

MONATSBERICHT

**OKTOBER
2004**

NOVEMBER

DEZEMBER

JANUAR

FEBRUAR

56. Jahrgang
Nr. 10

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-1
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 5601071

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006

Abgeschlossen am 15. Oktober 2004.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird auf Grund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Bericht zur Stabilität des deutschen Finanzsystems	5
<hr/>	
Überblick	5
Gesamtwirtschaftliche Perspektiven und Risikofaktoren	9
Internationales Finanzsystem	15
Finanzintermediäre in Deutschland	34
Rechtliches Rahmenwerk und finanzielle Infrastruktur	63
Indikatoren der Risikoaversion internationaler Anleger (Anhang)	72
Stresstests bei deutschen Banken – Methoden und Ergebnisse	79
<hr/>	
Kurzberichte	89
<hr/>	
Konjunkturlage	89
Öffentliche Finanzen	92
Wertpapiermärkte	94
Zahlungsbilanz	96
Statistischer Teil	1*
<hr/>	
Wichtige Wirtschaftsdaten für die EWU	6*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der EWU	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	52*
Konjunkturlage	60*
Außenwirtschaft	67*
Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
<hr/>	

Bericht zur Stabilität des deutschen Finanzsystems

Überblick

Die Stabilität des deutschen Finanzsystems hat sich seit Ende letzten Jahres weiter gefestigt. Dazu trug nicht zuletzt die zügige Aufhellung des makroökonomischen Umfelds infolge der von den USA und Ostasien ausgehenden weltwirtschaftlichen Erholung bei. Im Euro-Raum und insbesondere in Deutschland steht zwar die verhaltene Binnennachfrage einem kräftigeren Aufschwung entgegen. Dennoch ist auch hier zu Lande von einer Fortsetzung des moderaten Wachstums auszugehen, so dass die Finanzintermediäre in Deutschland von den günstigeren Rahmenbedingungen profitieren können. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Stärkung ihrer Ertragslage insgesamt als auch mit Blick auf geringere Ausfallrisiken im konjunkturabhängigen Kreditgeschäft. Die finanzielle Lage der kapitalmarktaktiven Unternehmen hat sich im laufenden Jahr sowohl in den USA als auch im Euro-Raum merklich verbessert und zu einer Stabilisierung der Kreditqualität beigetragen.

*Verbesserung
der Stabilität
des deutschen
Finanzsystems*

Trotz des positiven Gesamtbildes bleiben Risiken für das globale Finanzsystem. Einen besonderen Unsicherheitsfaktor für den weltwirtschaftlichen Konjunkturverlauf stellt dabei die Rohölpreisentwicklung dar. Im Falle eines nachhaltig hohen Preisniveaus für Rohöl wäre auf globaler Ebene für gewisse Zeit mit einem gedämpften Wachstum und steigenden Inflationsraten zu rechnen. Auch wären Belastungen für die Finanzmärkte zu erwarten, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der Aktienmärkte und der Risikoprämien für Unternehmen sowie der rohölimportierenden Schwellenländer.

*Realwirtschaftliche Risiken
besonders aus
Ölpreisentwicklung*

*Weltweit
Verschuldung
privater Haushalte
deutlich
gestiegen*

Darüber hinaus könnten die in einigen Ländern auslaufenden fiskalischen und monetären Stimuli vorhandene Schwachstellen deutlicher zu Tage treten lassen und sich stärker als erwartet hemmend auf die zyklische Dynamik des globalen Wachstums auswirken. Hierzu gehört insbesondere die gestiegene Verschuldung der privaten Haushalte in einer Reihe von Ländern, die in Kombination mit zum Teil überhitzten Immobilienmärkten die Anfälligkeit der Haushalte gegenüber steigenden Marktzinsen erhöht. Damit verbundene Risiken (Vermögensverluste für Investoren, konsumdämpfende Effekte und steigende Kreditrisiken für den Finanzsektor) könnten indirekt auch auf das deutsche Finanzsystem durchschlagen.

*Globale außen-
wirtschaftliche
Ungleichgewichte
halten an*

Ein latentes Risiko auf globaler Ebene liegt weiterhin in den fundamentalen Ungleichgewichten, die sich nicht verringert haben. Das Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten hat sich vielmehr ausgeweitet, wengleich Besorgnisse über dessen Finanzierbarkeit durch den Wachstumsvorsprung der US-Volkswirtschaft und die verbesserten Zinsrelationen zu Gunsten des US-Marktes bislang in den Hintergrund gedrängt wurden. Angesichts der globalen Ungleichgewichte bei anhaltenden regionalen Wachstumsdisparitäten bleibt die Weltwirtschaft jedoch weiterhin anfällig für größere Wechselkursschwankungen.

*Zinswende der
US-Notenbank
bisher ohne
größere Finanz-
marktanspan-
nungen, wenn-
gleich Risiken
verbleiben*

An den Finanzmärkten hat die zunächst angekündigte und Ende Juni offiziell vollzogene Zinswende der US-amerikanischen Notenbank vor dem Hintergrund der weltweit reichlichen Liquiditätsausstattung einen vorsichtigen Korrekturprozess eingeleitet. Der von den Markt-

teilnehmern erwartete gemäßigte Kurs der US-Geldpolitik in Richtung auf ein neutrales Niveau ist indessen mit Unsicherheiten verbunden. Zum einen haben sich die Kapitalmarktrenditen von US-Staatsanleihen bisher nur wenig den langfristigen Wachstums- und Inflationserwartungen angenähert. Insoweit besteht weiterhin potenzieller Aufwärtsdruck auf die US-Kapitalmarktzinsen, insbesondere im Falle steigender Inflationserwartungen. Zum anderen könnte eine Aufwärtsbewegung der Renditen und Risikoprämien in einzelnen Marktsegmenten durch eine plötzliche Rückabwicklung der weiterhin verbreiteten Carry-Trade-Positionen¹⁾ verstärkt werden. Dies könnte zu Anspannungen an den internationalen Finanzmärkten führen, die wahrscheinlich auch auf Europa überspringen würden.

Angesichts der anhaltenden „Suche nach Rendite“ bedarf die Entwicklung in der Hedgefonds-Branche, die von einer Ausweitung des Investorenkreises profitierte, unter dem Gesichtspunkt der Finanzstabilität ebenfalls der erhöhten Aufmerksamkeit. Die starken Mittelzuflüsse der jüngsten Zeit und die vielfältigen Aktivitäten in unterschiedlichen Marktsegmenten haben den Einfluss dieser weitgehend unregulierten Marktakteure auf die Finanzmärkte erhöht. Zudem bestehen vielfältige Verbindungen zu den kreditgebenden Hausbanken (Prime Broker), deren marktdisziplinierende Rolle durch begrenzte Transparenz und starken Wettbewerbsdruck um Mandate beeinträchtigt werden könnte.

*Steigende
Bedeutung von
Hedgefonds*

¹ Bei Carry Trades werden zu niedrigen Zinsen kurzfristige Kredite aufgenommen und die Erlöse in höherverzinsliche längerfristige Titeln investiert (wie Staats-, Unternehmens- oder Schwellenländeranleihen).

*Ertragskraft
und Risiko-
tragfähigkeit im
deutschen
Bankensystem
haben
zugenommen*

Zu den auch in Anbetracht dieser Risiken derzeit günstigen Aussichten für die Stabilität des Finanzsystems trägt bei, dass die Ertragskraft und die Risikotragfähigkeit im deutschen Bankensystem zugenommen haben. Vielen Banken ist es gelungen, die eingeleiteten Korrekturprozesse, die zu niedrigeren Kosten, einer Entspannung der Kreditrisiken und zu einer strategischen Fokussierung geführt haben, mit Erfolg fortzusetzen. Diese Anstrengungen dürfen nun nicht nachlassen.

*Ergebnis-
verbesserung
im ersten
Halbjahr 2004*

Die sich verbessernde Ertragskraft der großen, international tätigen deutschen Banken fand in den veröffentlichten Ergebnissen für das erste Halbjahr 2004 ihren ersten Niederschlag. Noch sind die Fortschritte in erster Linie auf der Kostenseite erkennbar, also bei der Senkung des Verwaltungsaufwands und der Risikovorsorge. Aber auch auf der Ertragsseite ergeben sich erste positive Ansätze, insbesondere wenn man bedenkt, dass die zinstragenden Risikoaktiva massiv reduziert wurden und sich die Impulse für das Kreditgeschäft auf Grund des in Gang gekommenen konjunkturellen Aufschwungs erst allmählich in der Ergebnisrechnung niederschlagen.

Die aktuellen Marktindikatoren bestätigen die Aufwärtsentwicklung bei den großen deutschen Banken. Die Ratings der deutschen Großbanken blieben in den beiden ersten Quartalen des Jahres 2004 unverändert; die Ausblicke haben sich zum Teil verbessert. Die Kreditausfallswap-Prämien deutscher Großbanken befinden sich gegenwärtig auf niedrigem Niveau. Gleichwohl besteht weiterhin noch Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Profitabilität der international tätigen Banken,

zum einen, um an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen, und zum anderen, um im Interesse der Finanzstabilität die Widerstandskraft im Fall einer zyklischen Abschwächung zu stärken.

Die Landesbanken konnten zum überwiegenden Teil ihre Ergebnisse im ersten Halbjahr 2004 steigern. Die meisten Institute befinden sich im wichtigen Anpassungsprozess an den Wegfall der Staatsgarantien. Die deutliche Reduzierung ihrer Risikoaktiva, und damit auch der Risikovorsorge, ist ein Indiz hierfür. Mitte des Jahres veröffentlichten verschiedene Ratingagenturen so genannte „Stand-Alone-Ratings“ für die Landesbanken unter der Annahme, dass Anstaltslast und Gewährträgerhaftung nicht mehr bestünden. Sie liegen in einem Bereich, der den Landesbanken ausreichende Möglichkeiten geben sollte, den notwendigen Transformationsprozess erfolgreich fortzusetzen.

*Landesbanken
im Anpassungs-
prozess*

Insgesamt weist die Risikolage bei den großen Banken geringere Gefahrenquellen für systemische Störungen auf als noch vor einem Jahr. Hinsichtlich der Bedeutung einzelner Risikofaktoren haben sich indes Verschiebungen ergeben.

*Risikolage
insgesamt
verbessert*

Die Marktpreisrisiken im Handelsbuch haben in den letzten eineinhalb Jahren deutlich zugenommen. Die Konstellation einer expandierenden Weltwirtschaft bei vergleichsweise niedrigem Zinsniveau dürfte die Bereitschaft der Banken gestärkt haben, größere Risiken im Handel mit Wertpapieren und Derivaten einzugehen. Doch dürfte das systemische Risiko aus dem Marktbereich angesichts großer Unterschiede

*Marktpreis-
risiken haben
zugenommen*

zwischen den Banken im zeitlichen Profil des Auf- und Abbaus von Marktpreisrisiken sowie der eher geringen Korrelation der Handelsergebnisse der Banken begrenzt sein.

*Risikolage im
Kreditgeschäft
entspannt*

Die Risikolage im Kreditgeschäft hat sich deutlich entspannt. Hierzu tragen der teilweise erhebliche Abbau an Risikoaktiva in den Jahren 2002 und 2003, deutliche Fortschritte im Risikomanagement sowie eine im Durchschnitt sich verbessernde Kreditqualität bei. Insbesondere bei den großen Unternehmen im In- und Ausland sowie bei Schuldnern aus den Schwellenländern sind die Ausfallrisiken gesunken. Dem stehen nach wie vor hohe Insolvenzzahlen im Mittelstand sowie ein steigender Trend bei Verbraucherinsolvenzen in Deutschland gegenüber. Darüber hinaus haben die Risiken aus gewerblichen Immobiliengeschäften zugenommen, insbesondere in regionalen Teilmärkten mit sinkendem Preisniveau.

*Operationelle
Risiken
gewinnen an
Bedeutung*

In den letzten Jahren sind zunehmend auch die operationellen Risiken in den Fokus der Kreditwirtschaft gerückt. Hierzu zählen etwa Verlustgefahren, die aus Fehlern bei bank-internen Prozessen oder IT-Systemen sowie aus externen Ereignissen wie Naturkatastrophen folgen. Zuletzt haben insbesondere Rechtsrisiken durch Urteile beziehungsweise Gesetzesänderungen im Bereich des Verbraucher- und Anlegerschutzes an Bedeutung für die Banken gewonnen.

*Sparkassen
und Kredit-
genossen-
schaften*

Der Sparkassen- und der Genossenschaftssektor weisen traditionell ein hohes Maß an Stabilität auf, das vor allem auf ihrer starken Marktstellung im Geschäft mit privaten Haushalten und mittelständischen Unternehmen

beruht. Wichtig für die Ertragskraft dieser Institute ist insbesondere die Stabilisierung ihrer Zinsüberschüsse. Im Jahr 2003 stieg diese Hauptertragsquelle beider Bankengruppen zum zweiten Mal in Folge an, nachdem die zweite Hälfte der neunziger Jahre durch einen deutlichen Verfall der Zinseinkommen gekennzeichnet gewesen war. Eine gute Grundlage für weitere Fortschritte bilden der anhaltende Konsolidierungsprozess innerhalb beider Bankengruppen sowie die Bündelung von Aufgaben in den Verbänden.

Hartnäckige Ertragsprobleme liegen insbesondere noch im Sektor der reinen Hypothekenbanken. Die Zinsüberschüsse sind dort weiterhin zurückgegangen, weil die Margen deutlich geschrumpft sind und der Marktanteil der privaten Hypothekenbanken an Krediten für den nichtstaatlichen Wohnungsbau gefallen ist. Den gesunkenen Einnahmen der Hypothekenbanken stehen auf Grund der Schwäche der Immobilienmärkte in einigen inländischen Regionen gestiegene Risiken gegenüber, die sich in einem hohen Wertberichtigungsbedarf niederschlagen.

In der deutschen Versicherungswirtschaft haben sich die Ertragslage und die Solvabilität stabilisiert. So verbesserte sich die Eigenkapitalrentabilität in den Sparten „Leben“ und „Sach“ dank der parallelen Stärkung der Ergebnisse aus dem Versicherungsgeschäft und aus der Kapitalanlage im Jahr 2003 deutlich, auch wenn frühere Spitzenwerte zum Teil noch nicht wieder erreicht wurden. Hinzu kommt, dass die Lebensversicherer die stillen Lasten der im Anlagevermögen gehaltenen Aktien durch Verkäufe und Abschreibungen massiv senken

*Ertrags-
probleme bei
Hypotheken-
banken*

*Stabilisierung
in der
Versicherungs-
wirtschaft*

und die Gesamtverzinsung der Versicherten-guthaben vollständig aus dem verbesserten Kapitalanlageergebnis bedienen konnten.

Gesamtwirtschaftliche Perspektiven und Risikofaktoren

Globales Umfeld

Kräftiger Aufschwung der Weltwirtschaft

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich im bisherigen Jahresverlauf stärker als erwartet fortgesetzt. Der Prognose des IWF vom September zufolge könnte 2004 die Zunahme der Produktion um 0,3 Prozentpunkte höher ausfallen und sich auf 5,0% belaufen; für 2005 wird eine Rate von 4,3% vorausgeschätzt. Zugleich hat sich das makroökonomische Umfeld des internationalen Finanzsystems im Vergleich zum Vorjahr erheblich gefestigt, und der Aufschwung hat an Breite gewonnen. Die Terroranschläge von Madrid und die Eskalation der Gewalt in Nahost haben zwar zeitweise zu einer spürbaren Verunsicherung an den Finanzmärkten geführt. Aus heutiger Sicht resultierte daraus aber kein nachhaltiger allgemeiner Vertrauenschock, so dass die erhöhten geopolitischen Risiken den weltweiten Aufschwung bislang nicht gravierend gestört haben. Allerdings haben in jüngster Zeit insbesondere an den Finanzmärkten die Besorgnisse zugenommen, dass sich die zyklische Dynamik des globalen Wachstums abschwächen könnte.

Stärkerer Preisauftrieb

Das insgesamt günstige weltweite Konjunktur-bild wurde in den letzten Monaten durch einen stärkeren Preisauftrieb getrübt. Die durchschnittliche Teuerungsrate auf der Verbrau-

cherebene in den Industrieländern belief sich im Zeitraum April/August auf 2,2%, nach 1,4% im ersten Quartal. Ausschlaggebend hierfür war der kräftige Anstieg der internationalen Rohölnotierungen. Hinter den Ölpreissteigerungen stehen – abgesehen von spekulativen Einflüssen und einer Unsicherheitsprämie infolge geopolitischer Risiken – sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Kräfte. Die derzeit hohe Energieintensität des globalen Aufschwungs reflektiert insbesondere den konjunkturbedingten Mehrbedarf in den beiden Wachstumszentren USA und China, die beide eine relativ hohe Energieabhängigkeit aufweisen. Zudem bestehen Unsicherheiten über die noch effektiv nutzbaren Kapazitäten bei Förderung, Transport und Weiterverarbeitung. Zu der höheren Marktvolatilität haben auch die Hurrikanschäden an der US-amerikanischen Golfküste beigetragen.

Bei weiterhin hohen Ölpreisen könnte das Wachstum der Weltwirtschaft zwar gebremst werden, ein Abbrechen des globalen Aufschwungs ist aber aus heutiger Sicht nicht zu befürchten. Dabei spielt auch eine Rolle, dass der reale Ölpreis weiter unter seinen früheren Höchstständen blieb und die Abhängigkeit vom Produktionsfaktor Öl nicht mehr so hoch ist wie in den siebziger und achtziger Jahren. Für die Robustheit des gegenwärtigen Aufschwungs spricht, dass die Weltwirtschaft – trotz der deutlich gestiegenen Ölpreise – im Jahr 2004 voraussichtlich beträchtlich stärker wachsen wird als im Herbst 2003 und im Frühjahr 2004 erwartet. Den Simulationen des IWF zufolge führt ein dauerhafter Anstieg des Ölpreises um 5 US-\$ zu einem Rückgang des globalen Wachstums um 0,3 Prozentpunkte.

*Risikofaktor
Ölpreis*

Die Verbraucherpreise werden – nach der IWF-Projektion – in den fortgeschrittenen Ländern 2004 und 2005 um jeweils 2,1% steigen, das sind 0,4 Prozentpunkte mehr als noch im April prognostiziert. Positiv zu werten ist, dass sich bislang kaum Zweitrundeneffekte der höheren Ölpreise in Form verstärkter Lohnzuwächse abzeichnen. Die langfristigen Inflationserwartungen (Breakeven-Inflation) an den Finanzmärkten lagen in den USA und im Euro-Raum – gemessen anhand inflationsindexierter Anleihen – Anfang Oktober bei 2,4 % beziehungsweise 2,3 %.

*Regionale
Wachstums-
unterschiede*

Nach wie vor gibt es in der Weltwirtschaft deutliche regionale Wachstumsunterschiede. Starke Impulse kommen weiter aus den USA und China. Auf die Überhitzungserscheinungen in China haben die Behörden mit der Beschränkung der Kreditvergabe reagiert, was mit dem geringen geldpolitischen Handlungsspielraum auf Grund der faktischen Wechselkursbindung an den US-Dollar zu tun hat. Die Abschwächung des Wachstums im Frühjahr hat die Wahrscheinlichkeit einer „harten Landung“ der chinesischen Wirtschaft, die mit beachtlichen wirtschaftlichen Konsequenzen für die Nachbarländer verbunden wäre,²⁾ vermindert. In Japan hat sich die zyklische Aufwärtsbewegung trotz einer Verlangsamung des Wachstumstempos fortgesetzt. Auch im Euro-Raum ist die Erholung vorangekommen, blieb aber noch recht exportlastig.

Eine Konstellation mit anhaltenden regionalen Wachstumsdisparitäten ist angesichts der fortbestehenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte störanfällig und dem latenten

Risiko größerer Wechselkursschwankungen ausgesetzt. Aus konjunktureller Sicht hat sich das Rückschlagpotenzial in den lateinamerikanischen Ländern allerdings insoweit etwas verringert, als insbesondere die großen Länder – unterstützt von höheren Einnahmen aus dem Export von Rohstoffen – wieder einen Wachstumskurs eingeschlagen haben. Russland und die Mehrzahl der übrigen GUS-Staaten profitieren von höheren Öleinnahmen. Insofern stellen die rohstoffbedingten Terms-of-Trade-Verschiebungen aus regionaler Sicht ein stabilisierendes Element dar.

USA

Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den USA hat sich nach einem kräftigen Anstieg im ersten Vierteljahr im zweiten Quartal auf $\frac{3}{4}$ % gegenüber der Vorperiode abgeschwächt. Ausschlaggebend für die abnehmende Dynamik war eine nur mäßige Zunahme des privaten Konsums. Dies hängt mit den ölpreisbedingten Belastungen der Haushalte, den nachlassenden fiskalischen Impulsen und den geringer gewordenen Stimuli aus Hypothekenumfinanzierungen zusammen. Umso mehr kommt es darauf an, inwieweit in Zukunft der private Konsum durch ein kräftigeres Beschäftigungswachstum gestützt wird. Die noch Anfang 2004 bestehende Sorge, dass es bei einem „jobless growth“ bleiben könnte, ist zwar geringer geworden. Im September blieb der Beschäftigungszuwachs jedoch mit 96 000 Stellen hin-

*Wachstum
im zweiten
Quartal etwas
verlangsamt*

² Der IWF schätzt, dass ein Rückgang des chinesischen Importwachstums um zehn Prozentpunkte die BIP-Expansionsrate in Asien (ohne China) um 0,4 Prozentpunkte im Vergleich zum Basisszenario reduzieren würde.

ter den Erwartungen zurück. Die jüngsten Wirtschaftsdaten zeigen ein gemischtes Bild, was auf eine – verglichen mit dem Verlauf im Jahr 2003 – ruhigere konjunkturelle Gangart hindeutet. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Expansionstempo der amerikanischen Wirtschaft bis Anfang 2004 deutlich über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials lag.

*Finanzielle
Situation
der privaten
Haushalte*

Die finanzielle Situation der privaten Haushalte in den USA hat sich im letzten Jahr insofern etwas verbessert, als die Schuldendienstbelastung (Zinsen und Tilgung) wegen der anhaltend niedrigen Zinsen leicht auf 13,2 % des verfügbaren Einkommens gesunken ist. Im ersten Halbjahr 2004 lag diese Quote bei 13,1%. Erweitert um andere regelmäßige zinsähnliche Belastungen wie Leasinggebühren betrug sie im Durchschnitt des vergangenen Jahres 18,5 %, nach 18,7 % im Jahr 2002; im ersten Halbjahr 2004 belief sie sich auf 18,2 %. Die Verbindlichkeiten summieren sich am Ende des zweiten Quartals 2004 auf rund 118 % des verfügbaren Einkommens; das waren sieben Prozentpunkte mehr als noch 2002. Hinter diesem Anstieg steht vor allem eine Zunahme der Hypothekenschulden, die von niedrigen Zinsen und steigenden Immobilienwerten getrieben wurde. Insgesamt ist die finanzielle Gesamtlage der privaten Haushalte auch deshalb kritisch zu sehen, weil die Sparquote mit zuletzt knapp 1 % nach wie vor sehr gering ist. Angesichts der tendenziell höheren Zinssätze dürfte die Zinslastquote jedoch wieder zunehmen.³⁾

Die Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse der US-Unternehmen haben sich 2003 und

im bisherigen Verlauf von 2004 weiter verbessert. Die Gewinne vor Steuern der nichtfinanziellen Unternehmen sind 2003 auf 10½ % der in dem Sektor erzeugten Wertschöpfung gestiegen und betragen im ersten Halbjahr 2004 knapp 12 %. Das machte es vielen Unternehmen möglich, Investitionsausgaben weitgehend aus internen Mitteln zu finanzieren. Als Folge hiervon sind die Verbindlichkeiten der Unternehmen 2003 nur geringfügig schneller gewachsen als 2002.⁴⁾ Die Zinsbelastungen der nichtfinanziellen Unternehmen sind 2003 auf 14,6 % ihres Cash-Flow gesunken und lagen im ersten Quartal 2004 bei 13,7 %. Im zweiten Vierteljahr hat die Quote allerdings wieder leicht zugenommen, und zwar auf 13,9 %. Insgesamt sind die bilanziellen Verhältnisse der US-Unternehmen aber besser geworden.

*Finanzielle
Situation der
Unternehmen*

Kritisch ist hingegen noch immer die Konstellation in Form der so genannten Zwillingdefizite, nämlich eines hohen Defizits der öffentlichen Haushalte zusammen mit einer chronisch defizitären Leistungsbilanz, zu bewerten. So ist das Leistungsbilanzdefizit im zweiten Quartal 2004 ausgehend von seinem Zwischentief im Herbst 2003 um gut einen

*Kritisches
Haushalts- und
Leistungsbilanz-
defizit*

³ Verstärkt werden die Bedenken hinsichtlich der finanziellen Situation der privaten Haushalte durch den in vielen Ländern zu beobachtenden Trend, Risiken aus dem Finanzsektor auf den Haushaltssektor zu verlagern. Dazu zählt z. B. die zunehmende Bedeutung marktabhängiger Risiken von Lebensversicherungen und Pensionsfonds, der Verkauf von Kreditrisiken an Pensionsfonds und Versicherungen sowie der höhere Anteil variabel verzinslicher Hypotheken.

⁴ Auch die Unterdeckungen in den Pensionskassen vieler US-Unternehmen haben sich auf Grund der Erholung am Aktienmarkt und höherer Kapitalmarktrenditen sowie regulatorischer Maßnahmen etwas verringert. Dennoch besteht langfristig das Risiko fort, dass die wachsenden Pensionsverbindlichkeiten von einigen Unternehmen nicht mehr erfüllt werden können.

Prozentpunkt auf nunmehr 5,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gestiegen. Angesichts des derzeitigen Wachstumsvorsprungs der USA ist bei anhaltend hohen Ölpreisen kurzfristig mit keiner nachhaltigen Verminderung des Leistungsbilanzdefizits zu rechnen.

Japan

Im ersten Halbjahr 2004 wuchs das reale BIP in Japan um saisonbereinigt 2,6 %. Dabei ist es im zweiten Quartal zu einer Verlangsamung des Expansionstempos gegenüber dem Winter gekommen. Einen beträchtlichen Wachstumsbeitrag lieferte erneut der Export, der preis- und saisonbereinigt um 3 ½ % gegenüber dem ersten Quartal zunahm. Im Rahmen seiner jüngsten Prognose hat der IWF auch die Abhängigkeit der japanischen Konjunktur von der chinesischen Wirtschaft untersucht. Ein Rückgang des chinesischen Importwachstums um zehn Prozentpunkte hätte danach einen Wachstumsverlust gemessen am BIP um 0,5 Prozentpunkte zur Folge. Die mit einer „harten Landung“ in China verbundenen Risiken für Japan sind demnach durchaus beachtlich, zumal die Drittmarkteffekte bei dieser Schätzung noch nicht berücksichtigt sind. Die Risiken sind auch deshalb nicht zu vernachlässigen, weil die Inlandsnachfrage – nach der starken Expansion in den beiden Vorperioden – im Frühjahr stagnierte und die japanische Volkswirtschaft insofern auf externe Impulse angewiesen ist. Außerdem darf die derzeit insgesamt gute konjunkturelle Situation nicht darüber hinwegtäuschen, dass vor allem im Finanzsektor und bei den kleinen und mittleren Produktionsunternehmen noch ein erheb-

licher Konsolidierungsbedarf besteht und die Deflation noch nicht überwunden ist.

EWU

Die im zweiten Halbjahr 2003 in Gang gekommene zögerliche Erholung im Euro-Raum hat nach der Jahreswende 2003/2004 an Schwung gewonnen. Im zweiten Vierteljahr wuchs das reale BIP saisonbereinigt – wie schon im ersten Quartal – um ½ %. Dabei beliefen sich die Wachstumsbeiträge der Inlandsnachfrage und des realen Außenhandels auf jeweils einen viertel Prozentpunkt.

Für dieses Jahr erwartet der EZB-Stab ein Wachstum des BIP zwischen 1,6 % und 2,3 %, und für 2005 prognostiziert er eine Spanne von 1,8 % bis 2,8 %. Gegenüber der Juni-Projektion des Eurosystems wurde eine Korrektur von 0,2 beziehungsweise 0,1 Prozentpunkten nach oben vorgenommen, die das besser als erwartete Ergebnis des ersten Halbjahres widerspiegelt. Angesichts der noch relativ verhaltenen binnenwirtschaftlichen Impulse bleibt der konjunkturelle Aufschwung nach wie vor anfällig für weltwirtschaftliche Störungen. Die Preisperspektiven haben sich ölpreisbedingt gegenüber der Juni-Prognose etwas eingetrübt. Zudem bleiben beachtliche Aufwärtsrisiken bestehen. Der Projektion vom Sommer zufolge könnte die Teuerung, gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), 2004 zwischen 2,1 % und 2,3 % liegen und sich 2005 in einer Spanne von 1,3 % bis 2,3 % bewegen.

Die finanziellen Verhältnisse der Unternehmen im Euro-Raum stehen einem sich selbst

*Anhaltendes
Wachstum im
zweiten Quartal*

*Prognose-
korrekturen des
EZB-Stabs*

*Gute
Konjunkturlage
mit Risiken*

Verschuldungssituation der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften verbessert

tragenden Aufschwung weiterhin nicht im Weg. Die Schuldenquote der nichtfinanziellen Unternehmen blieb in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres bei 62 % des nominalen BIP. Die auf Jahresrate hochgerechnete Zunahme der gesamten Fremdfinanzierung nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften betrug im zweiten Quartal 2004 rund 2 %, nach 2¼ % im ersten Quartal 2004. Die trotz der historisch niedrigen Fremdfinanzierungskosten moderate Entwicklung der Verschuldung dürfte bei erst partiell gefestigten Konjunkturerwartungen eine verstärkte Innenfinanzierung in der Anfangsphase eines Konjunkturaufschwungs widerspiegeln. Auch könnten einige Bilanzanpassungen noch nicht abgeschlossen sein. Die Verschuldung in Relation zum Gewinn ist seit Mitte 2003 rückläufig. Insgesamt scheint sich die Verschuldungssituation der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften verbessert zu haben.

Finanzlage der privaten Haushalte insgesamt stabil

Die am BIP gemessene Verschuldung der privaten Haushalte ist auf 54 % im zweiten Quartal 2004 gestiegen. Zur gleichen Zeit des Vorjahres betrug sie noch 52 %. Dahinter steht die anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten in Ländern mit boomenden Immobilienmärkten. Wegen des niedrigen Zinsniveaus blieb trotz der trendmäßigen Zunahme der Verschuldung der Anteil der Zinsausgaben der privaten Haushalte am BIP weitgehend auf dem Niveau von Mitte der neunziger Jahre. Dies weist darauf hin, dass die Finanzlage der privaten Haushalte im Euro-Raum insgesamt stabil ist.

Deutschland

Im zweiten Quartal 2004 hat die konjunkturelle Erholung der deutschen Wirtschaft etwas an Schwung gewonnen. Das BIP nahm gegenüber dem Vorquartal um 0,5 % zu. Einschließlich des Ergebnisses für das erste Quartal erreichte das Wachstumstempo auf Jahresrate hochgerechnet 1¾ %. Erstmals seit längerem dürfte die durchschnittliche Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten zugenommen haben. Allerdings ist die Basis der gegenwärtigen Erholung bislang noch recht schmal. Starke positive Impulse gingen vor allem von der Außenwirtschaft aus. Die Inlandsnachfrage blieb gedämpft. Die hohe außenwirtschaftliche Abhängigkeit ist somit die Achillesferse des konjunkturellen Aufschwungs in Deutschland.

Dämpfend wirkt sich die Energieverteuerung auf Grund der kräftig gestiegenen Ölpreise aus, der für die Ölverbraucher einen Realeinkommensverlust zu Gunsten der Ölförderer bedeutet und hier zu Lande das Wachstum bremst. Im Rahmen von Simulationsstudien hat die Bundesbank die Auswirkungen eines dauerhaft hohen Ölpreises auf den HVPI-Preisindex und das BIP untersucht. Blieben die Ölpreise dauerhaft auf einem Niveau von 50 US-\$ pro Barrel, wären die Verbraucherpreise 2006 um ¾ % höher als nach der aktuellen Basisprojektion, das reale BIP läge um ¾ % unter der Basislinie.

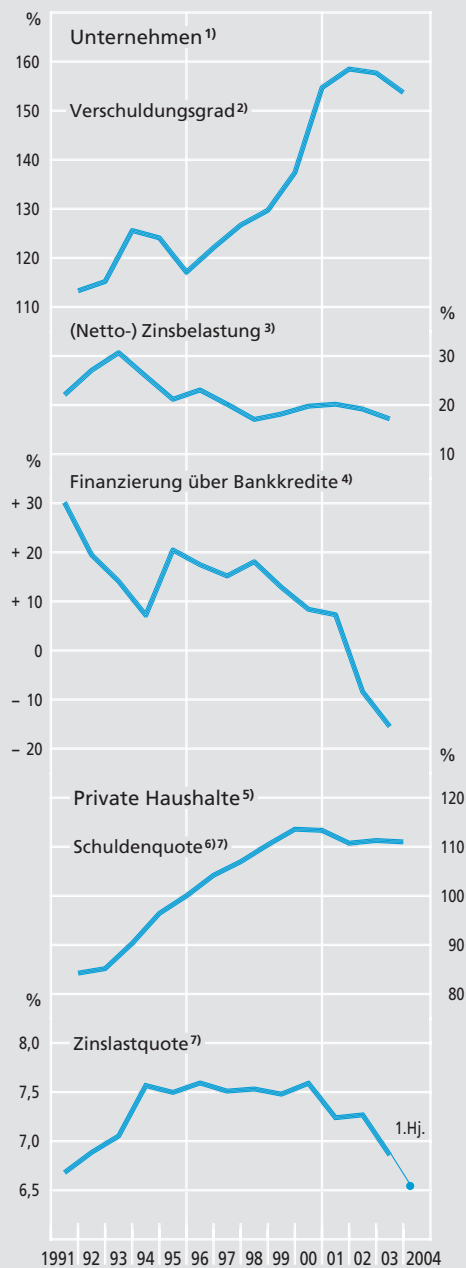
Insgesamt sind allerdings wichtige Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung des Aufschwungs weiterhin gegeben, wenn auch die konjunkturelle Grunddynamik im zweiten

Konjunkturelle Erholung bei hoher außenwirtschaftlicher Abhängigkeit

Gestiegene Ölpreissrisiken

Verbesserte finanzielle Situation der Unternehmen

Finanzielle Indikatoren des privaten Sektors



1 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften einschl. so genannter Quasi-Kapitalgesellschaften gemäß ESVG '95. — 2 In % der Bruttowertschöpfung; Stand am Jahresende. — 3 Nettozinsausgaben in % des Betriebsüberschusses. — 4 Finanzierung durch inländische Bankkredite in % des gesamten Mittelaufkommens. — 5 Abgrenzung gemäß ESVG '95. — 6 Stand am Jahresende. — 7 In % des verfügbaren Einkommens.

Deutsche Bundesbank

Halbjahr etwas geringer ausfallen könnte. Die Kostensituation ist entspannt und wirkt ertragsstabilisierend. Von der Finanzierungsseite her ist der Boden für mehr Wachstum bereitet. Die Anpassungen im nichtfinanziellen Unternehmenssektor sind gut vorangekommen. Im Jahr 2003 wurden von den Betrieben netto sogar Bankkredite getilgt. Ausschlaggebend hierfür war der Abbau von Verbindlichkeiten bei einer Reihe von Großunternehmen. Der Finanzierungssaldo war – wie bereits 2002 – leicht positiv. Die Zinsbelastung ist gesunken. Der Verschuldungsgrad ist auf 153 ½ % der Bruttowertschöpfung zurückgegangen.

Im bisherigen Jahresverlauf gingen von den Vermögensmärkten keine konjunkturrelevanten Einflüsse aus. Zwar blieb das Kursniveau an den Aktienmärkten zuletzt unter seinem Stand zu Jahresbeginn, und im Wohnimmobiliensektor dürften die Preise leicht gesunken sein. Zu einer generellen Neubewertung ist es aber bislang nicht gekommen. Im Jahr 2003 gingen erstmals seit einiger Zeit auch die Preise für neu errichtete Eigentumswohnungen und Eigenheime leicht zurück. Die Preise für gebrauchte Eigentumswohnungen tendieren bereits seit längerem etwas nach unten. Regional gesehen waren die Abschläge in den neuen Bundesländern stärker als in den alten. Zudem fielen sie in großen Städten eher höher aus als in kleineren Orten.

Keine größeren konjunkturellen Effekte der Vermögensmärkte

Die schon seit längerem zu beobachtende geringe Ausgabebereitschaft der privaten Haushalte hielt auch in den Sommermonaten 2004 an. Dies könnte – abgesehen von der schlechten Arbeitsmarktentwicklung – auch damit

zusammenhängen, dass die Diskussion über die Probleme der Renten- und Gesundheitssysteme die Notwendigkeit eigener Vorsorge stärker ins Bewusstsein gerückt hat. Der Aufbau privaten Vermögens für die Alterssicherung ist im Hinblick auf die demographischen Belastungen positiv zu werten. Dies verbessert längerfristig die finanzielle Position der privaten Haushalte und stützt insofern die Stabilität des Finanzsystems, auch wenn es derzeit die konjunkturelle Erholung bremst.

Finanzielle Lage der privaten Haushalte weitgehend stabil

Die Schuldenquote der privaten Haushalte ist 2003 weitgehend stabil geblieben, sie betrug am Jahresende 111% des verfügbaren Einkommens.⁵⁾ Ende 1999 belief sie sich noch auf 113%. Die Zinsausgabenquote ging erneut zurück. Mit 6,5% des verfügbaren Einkommens stellt sie im Mittel keinen übermäßigen „Kostenblock“ für die privaten Haushalte dar. Zwar sind im internationalen Vergleich die durchschnittlichen Aufwendungen für Eigenheime recht hoch. Dem steht aber eine geringere Eigentümerquote gegenüber.

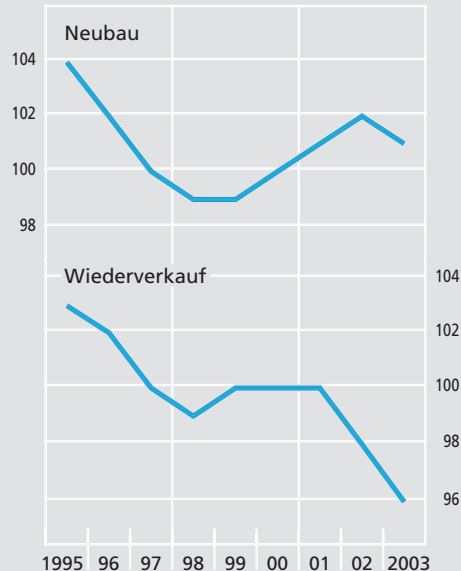
Internationales Finanzsystem

Weiterhin reichliche Liquiditätsausstattung im internationalen Finanzsystem

Die Entwicklung im internationalen Finanzsystem war in der Berichtsperiode maßgeblich von einer weiterhin reichlichen Liquiditätsausstattung und der in den USA eingeleiteten Zinswende geprägt. Der anstehende Korrekturprozess ist zwar bislang ohne größere Marktanspannungen verlaufen. Allerdings bestehen weiterhin Risiken und Unwägbarkeiten für einzelne Segmente der internationalen Finanzmärkte. Darüber hinaus sind

Immobilienpreise*) in Deutschland

2000 = 100, Jahresdurchschnitte, log. Maßstab



* Reihenhäuser und Eigentumswohnungen; eigene Berechnungen auf Basis von Grunddaten der BulwienGesa AG.

Deutsche Bundesbank

unter dem Blickwinkel der Finanzstabilität einige spezifische Aspekte und Risikofaktoren im internationalen Finanzsystem von Interesse, insbesondere die angespannten Immobilienmärkte in einigen Ländern, die zunehmende Bedeutung von Hedgefonds sowie Entwicklungen in den Schwellenländern und den neuen EU-Ländern.

Finanzmärkte

Der Zeitpunkt, das Ausmaß und die Auswirkungen der Zinswende in den Vereinigten Staaten zählen zu den zentralen Themen an den internationalen Finanzmärkten seit Jah-

Zinswende der Fed im Mai/Juni ...

⁵⁾ Da die Bezugsgröße der Schuldenquote das verfügbare Einkommen ist, ist sie nicht mit der weiter vorne genannten Schuldenquote des Euro-Raums vergleichbar. Bezugsgröße dort ist das nominale BIP.

Rentenmärkte in der EWU und in den USA



Quellen: Bloomberg, Thomson Financial Datastream, eigene Berechnungen. — 1 Wochenendstände. — 2 Von den Anlegern unterstellte Varianz zukünftiger Preisänderungen. Gleitende Fünftagesdurchschnitte. Ermittelt aus dem Preis von An-Geld-Optionen.

Deutsche Bundesbank

resbeginn 2004. Besondere Aufmerksamkeit schenkten die Marktteilnehmer dabei bislang der Entwicklung der neu geschaffenen Stellen auf dem US-Arbeitsmarkt, da angenommen wird, dass dieser Indikator erheblichen Einfluss auf die Zinsentscheidungen der Federal Reserve hat. In der Folge zweier überraschend positiver Arbeitsmarktberichte und höherer Inflationsraten zog die Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen von Anfang April bis Mitte Mai vorübergehend um rund 100 Basispunkte auf über 4,8% an. Im Sommer neuerlich aufkommende Zweifel an der Stärke der US-Wirtschaft trugen zusammen mit moderaten Inflationsraten zu einem Renditenrückgang auf unter 4,0% bei. Die vergleichbaren Staatsanleihenrenditen im Euro-Raum folgten diesen Zinsbewegungen in gedämpfter Form.

Die eingeleitete Zinswende, die von der US-Notenbank vorab kommuniziert und in gemäßigten Schritten vollzogen wurde,⁶⁾ verlief bisher ohne größere Anspannungen im internationalen Finanzsystem. Dies konnte insbesondere nach den Erfahrungen des abrupten Renditenanstiegs im Sommer 2003 und vor dem Hintergrund erheblicher Carry-Trade-Positionen nicht als selbstverständlich gelten. Zudem stellten die japanischen Währungsbehörden im März ihre offiziellen Devisenmarktinterventionen bis auf Weiteres ein, so dass von dieser Seite mit einer schwächeren Nachfrage nach US-Staatsanleihen zu rechnen war.⁷⁾

... bisher ohne größere Markt-turbulenzen verlaufen, ...

6 Die Federal Reserve hatte ab Mai eine moderate Straffung der Geldpolitik in ihren Stellungnahmen angekündigt und vollzog die ersten Schritte am 30. Juni, 10. August und 21. September (jeweils 25 Basispunkte).

7 Potenzieller Aufwärtsdruck auf die globalen Kapitalmarktrenditen erwächst daneben aus den hohen Defiziten der öffentlichen Haushalte.

Vor allem in den USA sind die Kapitalmarktzinsen gemessen an den langfristigen Inflations- und Wachstumserwartungen⁸⁾ weiterhin auffällig niedrig, so dass das Risiko abrupter Kurseinbrüche auf dem Rentenmarkt trotz des zwischenzeitlichen Renditenanstiegs wieder zugenommen hat. Auf Grund der niedrigen Zinsen der vergangenen Jahre weist ein großer Teil der ausstehenden US-Anleihen einen niedrigen Zinskupon auf, was bei konstanter Restlaufzeit die Zinssensitivität der Anleiheportfolios im Vergleich etwa zu 1994 deutlich erhöht.

... Risiken bestehen jedoch fort

Angesichts der im längerfristigen Vergleich weiterhin relativ steilen US-Dollar-Renditekurve bestehen zudem Anreize für eine Finanzierung langfristiger Portfolioinvestitionen durch kurzfristige Mittel. Nach den schwächeren Konjunkturdaten im Juli und August dürften wieder verstärkt solche Carry Trades eingegangen worden sein.⁹⁾ Abrupte Änderungen der Markterwartungen, insbesondere hinsichtlich der künftigen Wachstums- und Inflationsentwicklung, könnten eine plötzliche Rückabwicklung der Handelspositionen auslösen. Auf Grund der weiten Verbreitung dieser Anlagestrategie sind dabei Anspannungen an den Kapitalmärkten nicht auszuschließen, wengleich viele institutionelle Investoren solche Marktumschwünge in ihren Stresstests berücksichtigen.

Marktteilnehmer erwarten moderaten Renditenanstieg

Abgesehen von einer vorübergehenden Unsicherheit im April und Mai dieses Jahres nahm die implizite Volatilität aus Optionen auf langfristige US-Anleihefutures von August 2003 bis September 2004 tendenziell ab, was in Verbindung mit der steilen Zinsstruktur im

Wesentlichen die Markterwartung eines geordneten Renditenanstiegs widerspiegelt. Vor dem Hintergrund der nach wie vor sehr niedrigen kurzfristigen Realzinsen ist der moderate Anpassungspfad der US-amerikanischen Geldpolitik an ein weniger expansives Niveau allerdings mit Risiken verbunden, insbesondere wenn auf dem Weg der Inflationsdruck unerwartet zunehmen sollte.

Im Unterschied zu den USA liegen die Renditen im Euro-Währungsgebiet weiterhin näher an den langfristigen nominalen Wachstumserwartungen,¹⁰⁾ so dass keine Anzeichen von Überbewertungen bestehen. Risiken liegen jedoch in einem Überschwappen von möglichen Anpassungsschocks an den US-Märkten auf Europa.

Spillover-Risiken für Euro-Währungsgebiet

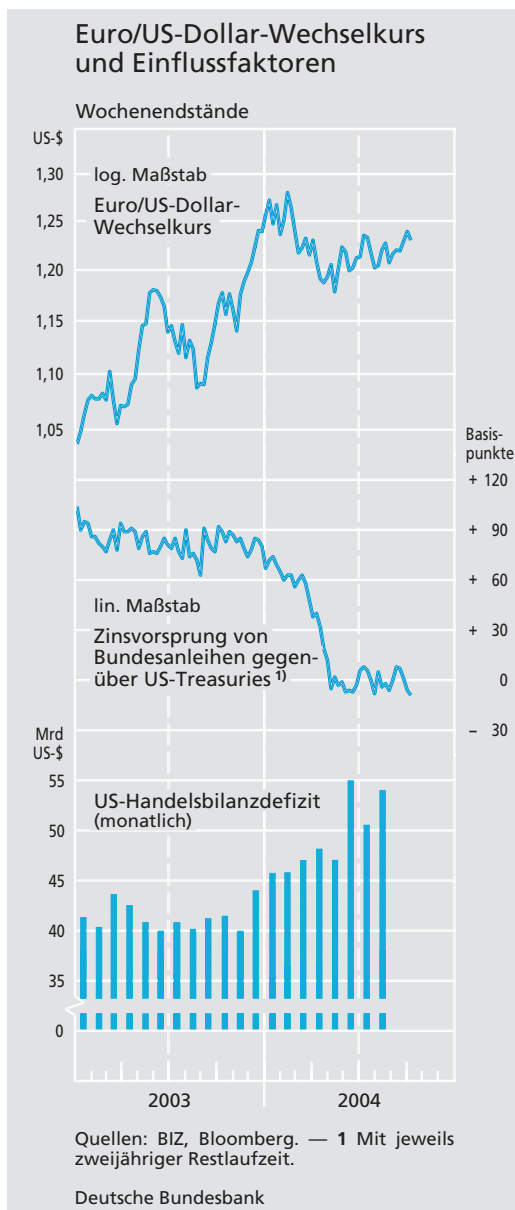
An den Devisenmärkten setzte sich die im September 2003 erneut einsetzende Abschwächung des US-Dollar gegenüber Euro und Yen bis in den Februar dieses Jahres fort. Nach Tiefständen von über 1,28 bewegte sich der Euro/US-Dollar-Kurs von März bis September in einer Spanne zwischen 1,18 und 1,25 seitwärts. Die monatlich veröffentlichten Daten zum Leistungsbilanzdefizit der USA fielen in diesem Jahr zwar zumeist negativer aus als von den Marktteilnehmern erwartet, dennoch reagierte der Wechselkurs in der Regel nur verhalten. Gestützt wurde der

Dollar-Abwertung vorerst gestoppt

⁸ Gemäß Consensus-Forecast-Schätzung wird für die USA langfristig ein nominales BIP-Wachstum von 5,7 % erwartet.

⁹ Ein Anhaltspunkt hierfür sind Veränderungen in den Wertpapierpositionen der Staatsanleihenhändler (Primary Dealer) in den USA.

¹⁰ Die langfristigen Schätzungen für das nominale BIP-Wachstum für das Euro-Währungsgebiet liegen gemäß Consensus Forecast derzeit bei 4 %.



US-Dollar kurzfristig insbesondere von der gegenüber anderen Währungsräumen verbesserten Zins- und Wachstumsperspektive. Auch das hohe Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte in den USA auf Grund der günstigeren Entwicklung der konjunkturabhängigen Steuereinnahmen etwas geringer ausfallen als dies noch zu Beginn des Jahres prognostiziert wurde. Vor diesem Hintergrund wurde die zur Jahreswende bei den Marktak-

teuren stark überwiegende Erwartung einer weiteren Dollar-Abwertung nicht erfüllt, was zeitweise zur Auflösung spekulativer Positionen führte und mit einer erhöhten Volatilität einherging. Dennoch vollzog sich der Kursumschwung zu Gunsten der US-Währung ohne größere Marktfriktionen.

Von dem sich ausweitenden US-Leistungsbilanzdefizit geht jedoch weiterhin das latente Risiko größerer Abwertungen des US-Dollar aus, zumal sich die Finanzierung seit einiger Zeit nicht mehr auf Direktinvestitionen, sondern auf potenziell volatilere ausländische Käufe von Rentenwerten stützt. Zudem haben wichtige Exportländer wie Japan und China die US-Währung zu Beginn des Jahres zwar durch massive Käufe gestützt. Auf Dauer dürften solche Interventionen jedoch aus binnenwirtschaftlichen Erwägungen dieser Länder an Grenzen stoßen. Letztlich werden die notwendigen strukturellen Anpassungen lediglich verzögert.

Weiterhin Abwertungsrisiko aus Leistungsbilanzdefizit

Während auf längere Sicht Risiken von einer weiteren Dollar-Abwertung ausgehen, könnten kurzfristig Anspannungen im Finanzsystem auch durch eine unerwartete Aufwertung der US-Währung entstehen. Soweit niedrig verzinsliche US-Dollar-Kredite aufgenommen wurden, um damit höher rentierliche Fremdwährungsanlagen zu finanzieren (Cross-Currency Carry Trades), könnte eine Dollar-Aufwertung bei steigenden US-Zinsen zu einer Rückabwicklung spekulativer Positionen führen. Der abrupte Wertzuwachs des breiten handelsgewichteten Dollar-Index im Mai dürfte zum Teil von solchen Effekten getrieben worden sein. Eine erhöhte Wech-

Kurzfristige Aufwärtsrisiken aus Rückabwicklung von Cross-Currency Carry Trades

selkursvolatilität könnte auch auf die Preise anderer Finanzaktiva überspringen und zu Fehllenkungen der globalen Kapitalströme beitragen.

*Aktienmärkte
seit März mit
Schwankungen
seitwärts*

Der nach dem Irakkrieg einsetzende breite Kursanstieg an den internationalen Aktienbörsen kam seit März dieses Jahres ins Stocken. Obwohl die Quartalsberichte der Unternehmen überwiegend deutliche Gewinnsteigerungen auswiesen, traten verschiedene Belastungsfaktoren in den Vordergrund und führten zu einer Konsolidierung der Aktienkurse sowie zu kurzzeitigen Ausschlägen der impliziten Volatilität. Zum einen wurden die Marktteilnehmer durch die Terroranschläge von Madrid, aufflackernde Kämpfe im Irak und die Anhebung der Terrorwarnstufen in den USA immer wieder an die fortbestehenden geopolitischen Unsicherheiten erinnert. Zum anderen trübten zunehmend gemischte US-Konjunkturdaten und steigende Rohölpreise die Wachstumsaussichten ein und erhöhten die Unsicherheit über die Ertragsperspektiven der Unternehmen.

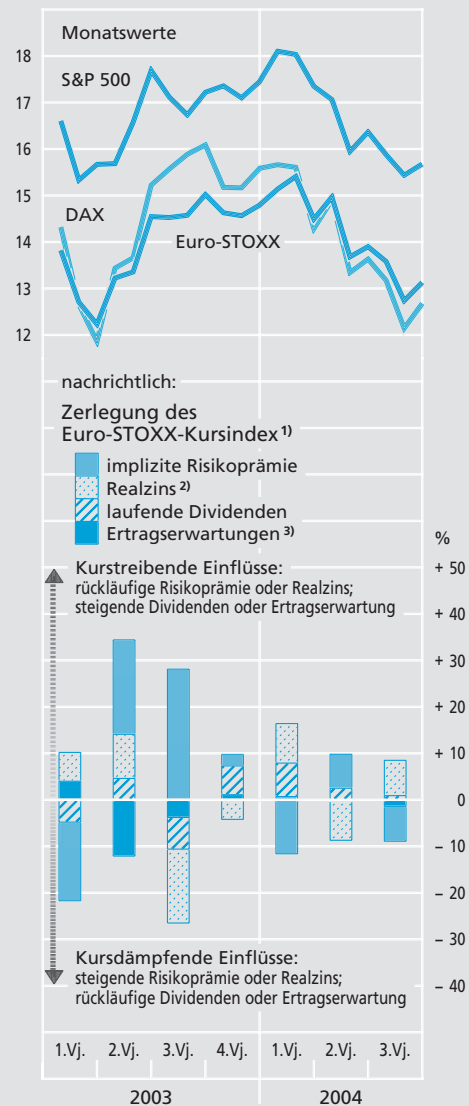
*Keine
Anzeichen für
Überbewertung
auf den Aktien-
märkten*

Infolge der verhalteneren Konjunkturaussichten nahmen die Risikoprämien für Anlagen in europäischen Aktien bis September wieder etwas zu und bewegen sich damit im historischen Vergleich weiterhin auf einem hohen Niveau.¹¹⁾ Gemessen als Differenz zwischen erwarteter Gewinnrendite¹²⁾ und Realzins lagen sie im August und September laut

11 Breitere Maße für die Risikobereitschaft, wie der „State-Street-Investors-Confidence“-Index, weisen in die gleiche Richtung.

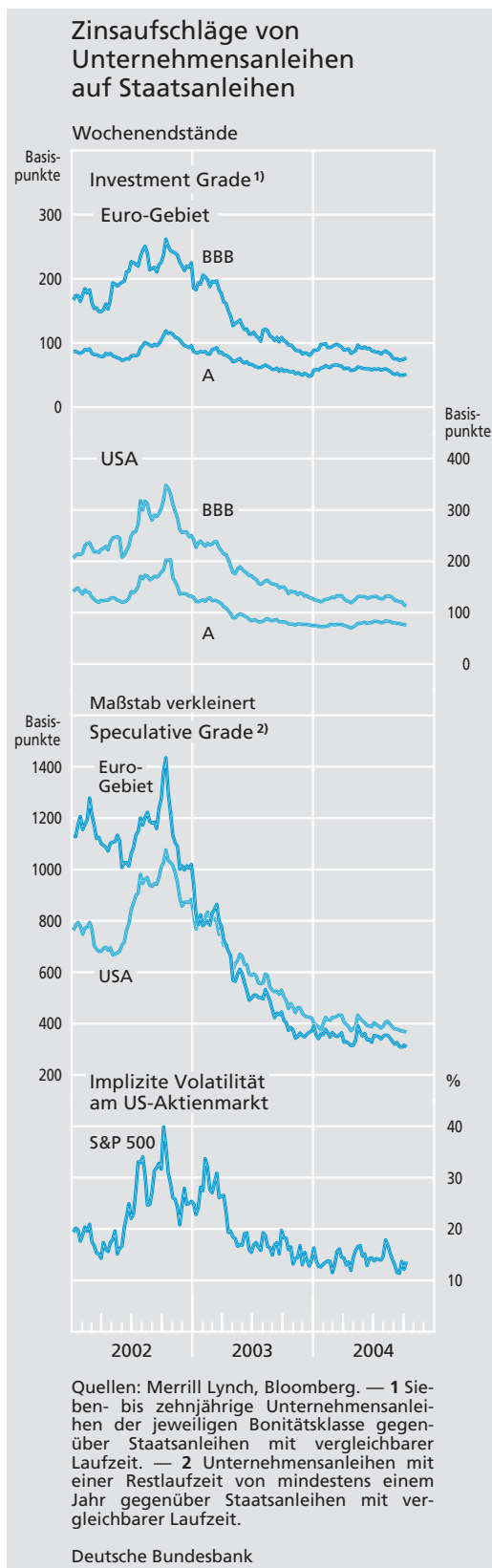
12 Errechnet als Verhältnis zwischen auf Jahresfrist erwarteten Gewinnen gemäß I/B/E/S (Institutional Brokers Estimate System) und aktuellem Kursniveau.

Kurs-Gewinn-Verhältnis wichtiger Aktienindizes*)



* Auf der Grundlage von Gewinnerwartungen über den Zeitraum der nächsten zwölf Monate nach I/B/E/S. Quelle: Thomson Financial Datastream. — 1 Beitrag der Faktoren zur Kursänderung im dreistufigen Dividendenbarwertmodell gemäß R.J. Fuller und C.-C. Hsia (1984), A Simplified Common Stock Valuation Model, Financial Analysts Journal, September-October, S. 49-56. Unterstellte langfristige Gewinnwachstumsersparungen: 2,5%. Saldo aus positiven und negativen Einflüssen: Kursniveau-Änderung gegenüber der Vorperiode. — 2 Errechnet aus der durchschnittlichen Rendite zehnjähriger nominaler EWS-Staatsanleihen abzüglich der durchschnittlichen Inflationsersparungen über die nächsten zehn Jahre. Quelle: Consensus Forecast. — 3 Mittelfristige Gewinnwachstumsersparungen (in drei bis fünf Jahren) gemäß I/B/E/S-Analysten-schätzungen. Quelle: Thomson Financial Datastream.

Deutsche Bundesbank



I/B/E/S-Umfragen sowohl für den marktbreiten Dow Jones Euro STOXX als auch für den DAX bei rund 5 ½ Prozentpunkten. Im Vergleich zum Rekordniveau im Frühjahr 2003 liegen die Risikoprämien damit nur um etwa einen halben Prozentpunkt niedriger.¹³⁾ Auch die Kurs-Gewinn-Verhältnisse an den US-amerikanischen und europäischen Aktienbörsen verminderten sich auf Werte, die zuletzt im Frühjahr 2003 erreicht wurden.¹⁴⁾ Insofern gibt es derzeit keine Anhaltspunkte für eine übertriebene Risikoneigung der Marktteilnehmer und entsprechende Fehlbewertungen, die Risiken für Kurseinbrüche bergen würden.

Vor dem Hintergrund einer weiterhin reichlichen Liquiditätsausstattung an den Finanzmärkten blieb das Finanzierungsumfeld für kapitalmarktaktive Unternehmen im bisherigen Verlauf des Jahres 2004 außerordentlich günstig. Die Zinsaufschläge von internationalen Unternehmensanleihen gegenüber Staatsanleihen gingen zu Jahresbeginn insgesamt nochmals weiter zurück, wobei in US-Dollar- und Euro-denominierte Titel des Speculative-Grade-Segments im April langjährige Tiefstände erreichten. Der starke Anstieg der Kapitalmarktrenditen führte zwar Anfang Mai vorübergehend zu einer Ausweitung der Risikoaufschläge für Anleihen

Finanzierungsumfeld für kapitalmarktaktive Unternehmen sehr günstig

¹³ Damit lagen die so gemessenen Risikoprämien für die Unternehmen im Euro STOXX und im DAX zuletzt um mehr als einen Prozentpunkt höher als zu Jahresbeginn. Hingegen blieb die implizit aus dem dreistufigen Dividendenbarwertmodell (unter Verwendung längerfristiger Gewinnerwartungen) ermittelte Risikoprämie für den DAX praktisch unverändert; für den Euro STOXX lag sie lediglich einen halben Prozentpunkt höher als zu Jahresbeginn.

¹⁴ Bis Mitte September sank das Kurs-Gewinn-Verhältnis auf Basis der von I/B/E/S-Analysten geschätzten Gewinne für die jeweils nächsten zwölf Monate für den DAX auf 12,7, für den Dow Jones Euro STOXX auf 13,2 und für den S&P 500 in den USA auf 15,7.

mit niedrigerem Rating. Allerdings wich die Unsicherheit schnell wieder aus dem Markt. Bei nachgebenden Renditen gingen anschließend die Risikoprämien bis Oktober auf Werte unterhalb des Jahresanfangsniveaus zurück. Dies steht im Einklang mit eigenen Berechnungen (vgl. Anhang auf S. 73), die einen im langfristigen Vergleich hohen Risikoappetit der Anleger am Anleihemarkt signalisieren.

*Geringeres
Neuangebot
internationaler
Unternehmens-
anleihen*

Zu den ausgesprochen geringen Risikoprämien dürften neben der anhaltenden „Suche nach Rendite“ eine Reihe weiterer Faktoren beigetragen haben. So ist das weltweite Angebot neuer Unternehmensanleihen (ohne Banken) auf dem internationalen Kapitalmarkt in den ersten drei Quartalen 2004 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um circa 20 % zurückgegangen. Fortdauernde Entschuldungsbemühungen großer Emittenten tragen hierzu maßgeblich bei. Dies gilt beispielsweise für Unternehmen aus dem Telekommunikationssektor, auf die ein großer Teil der ausstehenden Anleihen entfällt. Daneben ließen die geringere Zahl von Firmenzusammenschlüssen und -übernahmen sowie bereits im Jahr 2003 durchgeführte Vorausfinanzierungen die Emissionstätigkeit deutlich zurückgehen.

*Hohe Nach-
frage und
veränderte
Preisbildung*

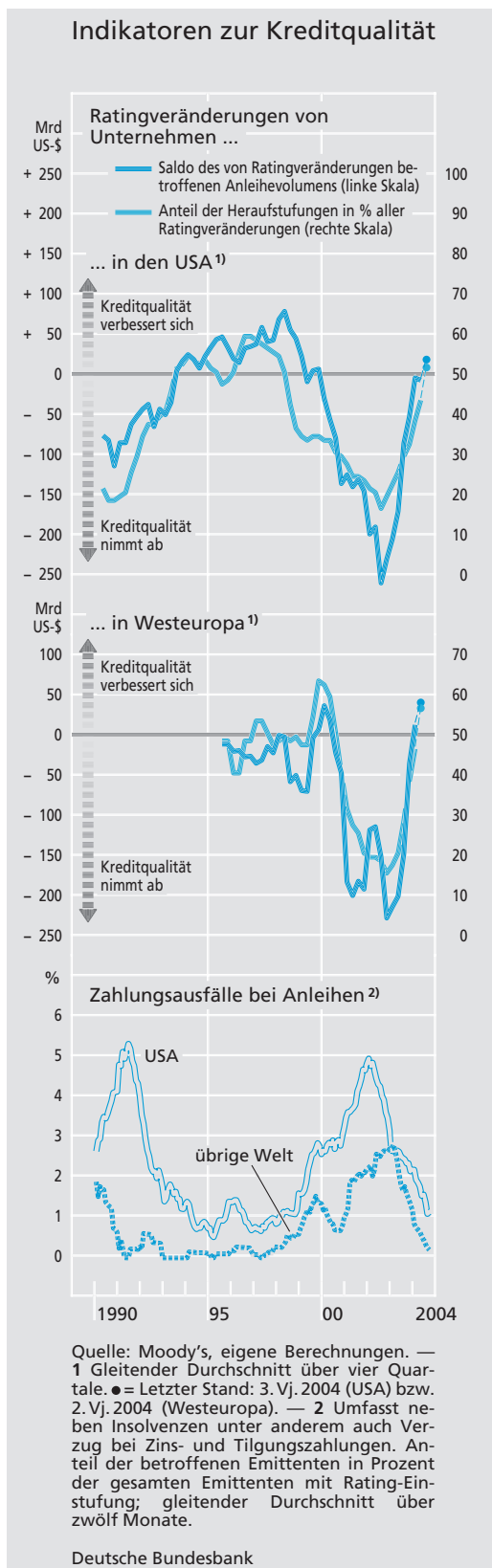
Von der Nachfrageseite wurde die Verringerung der Kreditspreads durch das starke Wachstum von strukturierten Finanzierungsinstrumenten (z. B. in Form von Collateralised Debt Obligations) begünstigt, bei denen Unternehmensanleihen als Deckung („Underlying“) verwendet wurden. Zudem dürfte die tendenzielle Abnahme der Aktienkursvolatili-

tät zu den niedrigeren Risikoaufschlägen beitragen. Dabei spielt eine Rolle, dass sich die Preisbildung für Unternehmensanleihen in jüngerer Zeit stärker an den Bewertungen der Unternehmen im Aktienmarkt orientiert.¹⁵⁾

Von Bedeutung ist schließlich die zunehmend stabilisierte Kreditqualität kapitalmarktaktiver Unternehmen. Nachdem im ersten Vierteljahr 2004 die über mehrere Jahre anhaltende Rating-Erosion bereits nahezu zum Stillstand gekommen war, überwogen im zweiten Quartal sowohl in Westeuropa als auch in den USA die Ratingheraufstufungen gegenüber entsprechenden Herabstufungen. Dieser Trend setzte sich nach bislang nur für die USA vorliegenden Daten auch im dritten Quartal fort. Parallel zum positiven Ratingtrend sanken die Zahlungsausfälle bei Unternehmensanleihen auf globaler Ebene im Jahresverlauf auf langjährige Tiefstände. Während sich in den USA das Kreditumfeld sektorübergreifend stabilisierte, beschränkten sich die Ratingverbesserungen in Westeuropa bisher in erster Linie auf den Finanzsektor. Der Trend steigender Bonität im Bereich kapitalmarktaktiver Unternehmen spiegelt neben der Aufhellung der gesamtwirtschaftlichen Perspektiven deutlich zunehmende Gewinne wider. In den vergangenen Monaten verwendeten die Unternehmen ihre freien Mittel in vielen Fällen jedoch nicht mehr für den weiteren Schuldenabbau, sondern für Maßnahmen wie Sonderausschüttungen und Aktienrückkäufe, die insbesondere den Anteils-

*Kreditqualität
kapitalmarkt-
aktiver Unter-
nehmen
deutlich
verbessert*

¹⁵⁾ Viele gebräuchliche Bewertungsmodelle für Unternehmensanleihen zerlegen den Titel in eine risikolose Anleihe und eine Stillhalter-Position in einer Put-Option, deren Preis unter anderem von der erwarteten Volatilität des Unternehmenswertes (d.h. dem Aktienkurs) abhängt, vgl.: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, April 2004, S. 25.



eignern zugute kamen. Auch dies deutet darauf hin, dass bei den Risikoprämien für Unternehmensanleihen kaum noch Spielraum für weitere Rückgänge besteht.

Zwar dürften die verbesserten Fundamentaldaten das Rückschlagpotenzial für die Risikoprämien bei Unternehmensanleihen insgesamt begrenzen. Dennoch könnte sich das außerordentlich niedrige Niveau als korrekturanfällig erweisen. Zum einen dürfte ein steigendes Zinsniveau mit einer Ausweitung der Zinsaufschläge einhergehen, zumal ein Renditenanstieg in der mittleren Frist mit höheren Zinsverpflichtungen durch Neu- und Refinanzierungen für die Unternehmen verbunden ist. Zum anderen könnte eine schwächere Wachstumsdynamik insbesondere die Kreditspreads von Emittenten mit geringerer Bonität, welche in den letzten Monaten verstärkt die günstigen Bedingungen des Anleihemarkts zur Fremdfinanzierung nutzten, belasten.

Rückschlagpotenzial bei Unternehmensanleihen insgesamt begrenzt

Auch im Bankenkreditmarkt hat sich in den letzten Monaten das Umfeld stabilisiert. Die Ergebnisse des Bank Lending Survey des Eurosystems zum Kreditgeschäft im Euro-Raum im zweiten Quartal 2004 zeigten insgesamt keine weitere Verschärfung der Kreditstandards an. Gleichzeitig setzte sich der Trend zu einer zunehmenden Risikodifferenzierung in der Konditionengestaltung fort.

Keine weitere Verschärfung der Kreditstandards der Banken im Euro-Raum

Die kürzerfristigen Zinssätze am Interbankenmarkt im Euro-Währungsgebiet änderten sich angesichts der seit Juni 2003 unveränderten Leitzinsen im Euro-Währungsgebiet nur wenig. Bei den längerfristigen Geldmarktsätzen gab es dagegen merkliche Schwankungen, die durch

Am Geldmarkt im Euro-Gebiet merkliche Schwankungen der längerfristigen Geldmarktzinsen

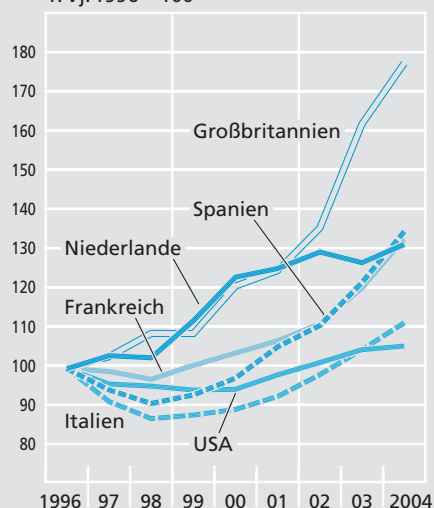
Unsicherheit über die weitere Zinsentwicklung ausgelöst wurden. So setzte der 12-Monats-EURIBOR im ersten Quartal 2004 seinen Anfang Dezember 2003 auf einem Stand von 2,50 % begonnenen Rückgang fort und fiel Ende März kurzzeitig leicht unter den Mindestbietungssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 2,00 %, als die Marktteilnehmer eine weitere Zinssenkung der EZB nicht mehr ausschlossen. Bis Mitte Juni wurde diese Abwärtsbewegung jedoch wieder korrigiert. Es folgte ein zwischenzeitlicher Rückgang bis knapp unter 2,30 %, bevor im September eine Stabilisierung bei 2,40 % einsetzte.

*Entspannte
Liquiditäts-
bedingungen
am Inter-
bankenmarkt*

Trotz dieser Schwankungen verlief das Geschehen am Interbankenmarkt in ruhigen Bahnen. Die implizite Volatilität gemessen an den Preisen von Am-Geld-Optionen auf 3-Monats-EURIBOR-Terminkontrakte ging im Durchschnitt des Zeitraums Januar bis September 2004 im Vergleich zum Vorjahrszeitraum um sechs Prozentpunkte zurück. Es herrschten im Allgemeinen entspannte Liquiditätsbedingungen, was sich in den meisten Laufzeitbereichen in einem spürbaren Rückgang der Geld-Brief-Spannen für unbesicherte Geschäfte um bis zu fünf Basispunkte auf nunmehr zwei bis sechs Basispunkte niederschlug. Die Unsicherheit bezüglich der Bonität der Geschäftspartner nahm zum Vorjahr ebenfalls erkennbar ab. Die Spanne zwischen der Rendite unbesicherter und besicherter Geschäfte, der so genannte „Depo-Repo-Spread“, lag je nach Laufzeit bei zwei bis sieben Basispunkten und damit um bis zu zwei Basispunkte unter den Ständen des Vorjahres. Der reibungslose Übergang zum neuen geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosyste-

Immobilienpreise*) im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt

1. Vj. 1996 = 100



Quellen: nationale Statistiken, eigene Berechnungen. — * Auf Grund unterschiedlicher Indexzusammensetzungen sind Vergleiche zwischen den Ländern nur mit erheblichen Einschränkungen möglich.

Deutsche Bundesbank

tems im März 2004 trägt zu einer weiteren Erhöhung der Geldmarktstabilität bei.¹⁶⁾

Ausgewählte Risiken im globalen Finanzsystem und wichtigen Ländern

Mit Blick auf das internationale Umfeld kommt der Entwicklung der Immobilienpreise weiterhin eine bedeutende Rolle unter den Stabilitätsrisiken zu. Für das deutsche Finanzsystem bestehen Beziehungen dabei sowohl durch realwirtschaftliche Effekte als auch aus Geschäftsverbindungen mit anderen international tätigen Finanzinstituten und direkten

*Risikofaktor
Immobilien-
märkte*

¹⁶ Eine ausführliche Darstellung des neuen geldpolitischen Handlungsrahmens findet sich in: Deutsche Bundesbank, Erste Erfahrungen mit dem neuen geldpolitischen Handlungsrahmen und der Beitrag der Bundesbank zur Liquiditätssteuerung des Eurosyste-

Kreditengagements. Seit dem Kursverfall an den Aktienmärkten, der im Jahr 2000 einsetzte, profitierten Immobilien in vielen Industrieländern von der Suche nach alternativen Anlagemöglichkeiten. Verstärkt wurden die Mittelzuflüsse durch historisch günstige Finanzierungsbedingungen. Im Unterschied zu früheren Jahren dürfte Inflationsschutz als Motiv für den Immobilienerwerb in jüngerer Zeit kaum von Bedeutung gewesen sein.

Unterschiedliche Risikolagen auf den Wohnimmobilienmärkten in Europa

Unter den größeren Volkswirtschaften im Euro-Raum verzeichnen Spanien, Frankreich und Italien bei Wohnimmobilien kräftige, bereits länger andauernde Preissteigerungen, die das Einkommenswachstum der privaten Haushalte übertreffen und zunehmend die Frage einer Überhitzung aufwerfen. In den Niederlanden hat sich die Hauspreisinflation hingegen seit 2002 etwas abgeschwächt. Eine abrupte Preiskorrektur im Zusammenhang mit steigenden Finanzierungskosten könnte insbesondere in Spanien neben den direkten Folgen für den volkswirtschaftlich wichtigen Bausektor auch zu einer Zunahme der Kreditausfälle im Haushaltssektor führen. Zum einen ist die Verschuldung der spanischen Privathaushalte relativ zum Einkommen höher als die entsprechende Quote in Frankreich und Italien. Zum anderen besteht in Spanien (wie in Großbritannien) auf Grund der weiten Verbreitung variabel verzinslicher Immobilienkredite zusätzlich das Risiko, dass die Haushalte ihre finanzielle Belastung bei steigenden Zinsen unterschätzen. Vor dem Hintergrund der größeren Unsicherheit der weiteren Immobilienpreisentwicklung können sich die Gläubiger zum Beispiel durch angemessene Bewertungsabschläge vor Verlusten

schützen. Auf Grund des starken Wettbewerbsdrucks bestehen jedoch Anreize für die Finanzinstitute, das Geschäftsvolumen auszuweiten und dazu die Kreditkonditionen entsprechend zu lockern.

Die jährliche Teuerungsrate britischer Wohnimmobilien scheint sich nach mehreren Leitzinserhöhungen der Bank of England¹⁷⁾ merklich zu verlangsamen, nachdem sich zuvor die Anzeichen für eine Überbewertung dieses Marktes häuften. Das Risiko abrupter Preisrückgänge dürfte jedoch durch das knappe Wohnungsangebot, ein robustes Einkommenswachstum sowie die geringe Arbeitslosigkeit gemindert werden. In den USA beschleunigte sich der Preisauftrieb der Wohnimmobilien seit Jahresbeginn weiter, in 15 Bundesstaaten – darunter Kalifornien, Florida und New York – betrug die jährliche Steigerungsrate zum Teil deutlich mehr als 10 %.¹⁸⁾

In der Folge verstärkten Personalabbaus sind in den vergangenen Jahren in vielen europäischen und US-amerikanischen Städten die Märkte für Büroflächen unter Druck gekommen. Die erwartete Entspannung wird wesentlich davon abhängen, wie schnell die konjunkturelle Erholung zu mehr Bürobeschäftigung führen wird. Im Vergleich mit den Büromärkten erwies sich die Nachfrage nach Einzelhandelsflächen in vielen Ländern als stabil, gestützt durch lebhaften, zum Teil kreditfinanzierten privaten Konsum. Als in Zu-

Märkte für Gewerbeimmobilien teilweise unter Druck

¹⁷ Die Bank of England hat den Leitzinssatz seit dem 6. November 2003 in fünf Schritten von 3,50 % auf 4,75 % am 5. August 2004 angehoben.

¹⁸ Preisindex des Office of Federal Housing Enterprise Oversight (OFHEO).

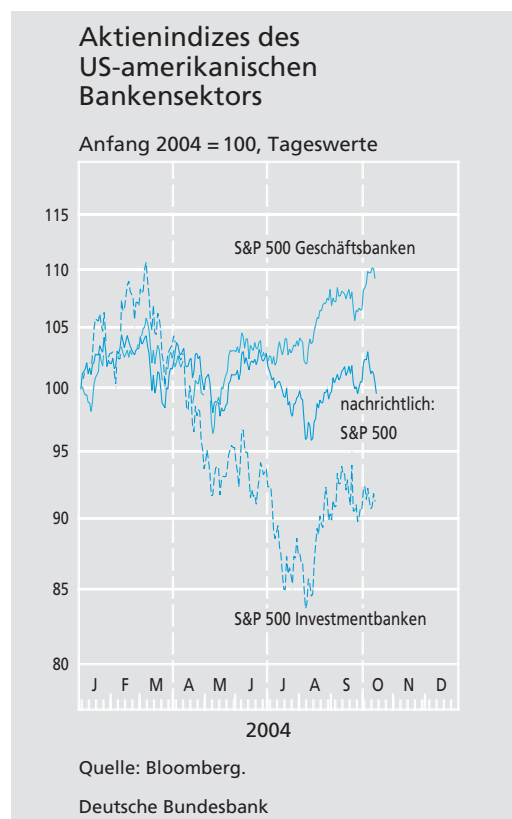
kunft belastend könnte sich jedoch die in einigen Ländern hohe Verschuldung der privaten Haushalte erweisen, falls sich diese negativ auf die Konsumnachfrage auswirkt.

*Günstige Lage
der US-Banken*

Der US-amerikanische Bankenmarkt, der für die Risikolage der international tätigen Banken besonders relevant ist, profitierte im ersten Halbjahr 2004 weiterhin von einem lebhaften Wirtschaftswachstum und den per Saldo nur moderat steigenden Zinsen. Der niedrige Anteil von Problemkrediten, der im ersten Quartal erstmals wieder unter dem Niveau der Boomjahre 1999/2000 lag, wirkte sich dämpfend auf die Risikovorsorge aus. Zu dem günstigen Umfeld für die Geschäftsbanken trug in der ersten Jahreshälfte wesentlich die starke Nachfrage nach Immobilienkrediten bei, deren Zuwächse sich allerdings in den Sommermonaten abschwächten. Seit dem Zinsanstieg zu Beginn des zweiten Quartals sind zudem die Anträge zur Umfinanzierung laufender Hypotheken deutlich zurückgegangen, was die Gebühreneinnahmen der Banken verminderte.

*Steigende
Kapitalmarkt-
zinsen mit ins-
gesamt posi-
tiver Wirkung
auf die Banken*

Mittelfristig dürften moderat steigende Kapitalmarktzinsen für die Banken aber besser zu verkraften sein als anhaltend niedrige Zinsen, von denen in der Regel zunehmender Druck auf die Margen ausgeht. Steigende Zinsen könnten jedoch zu höheren Ausfallraten bei Konsumentenkrediten führen und einige regionale Wohnungsmärkte belasten. Zudem sind die Kreditrisiken einzelner Banken stark auf Gewerbeimmobilien konzentriert. Das Bankensystem insgesamt scheint jedoch auf Grund seiner Ertragsstärke und Kapitalausstattung gut positioniert, um Schocks ab-



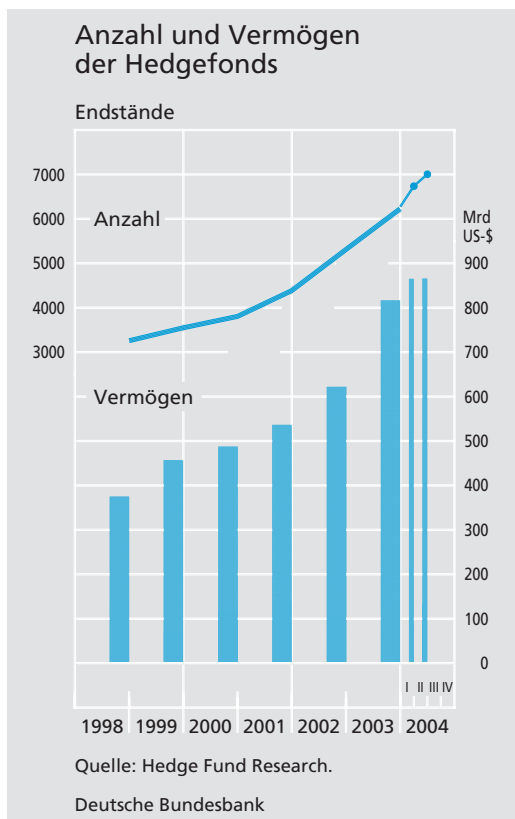
federn zu können. Dies spiegelt sich auch in den Ratingveränderungen der US-Banken wider, bei denen bereits seit Anfang 2002 die Heraufstufungen die Herabstufungen deutlich überwogen.

Die Ergebnisse einzelner US-amerikanischer Großbanken werden jedoch weiterhin durch erhebliche Risiken aus laufenden Gerichtsverfahren belastet. Allein die Ansprüche im Zusammenhang mit Enron und WorldCom schlugen sich im ersten Halbjahr 2004 in Rückstellungen und Schadenersatzzahlungen von über 7 Mrd US-\$ nieder.

Für Investmentbanken in den USA deutet die Entwicklung ihrer Aktienkurse nach dem erfolgreichen ersten Halbjahr auf ein schwierigeres Kapitalmarktumfeld hin. Der S&P

Rechts-...

*... und Markt-
risiken*



500-Sub-Index für Investmentbanken weist gegenüber dem Hauptindex seit Jahresanfang eine deutliche Underperformance auf. Möglicherweise spielt dabei die Ausweitung der ausgewiesenen Marktrisikopositionen eine Rolle, die prinzipiell ein höheres Risikopotenzial bei unerwarteten Marktentwicklungen birgt. In anderen Geschäftssparten des Investment Banking, wie dem Aktienhandel, dem Emissionsgeschäft und der Beratung bei Fusionen ist die Geschäftsentwicklung verhalten.

Hohe Mittelzuflüsse in Hedgefonds

Die lang anhaltende Niedrigzinsphase hat nicht zuletzt Hedgefonds von der „Suche nach Rendite“ profitieren lassen und zu starken Mittelzuflüssen geführt, die sich erst in jüngster Zeit abschwächten. Zunehmend treten dabei auch Banken, Versicherungen und Pensionsfonds als Investoren auf.¹⁹⁾ Das welt-

weite Gesamtvolumen der Branche per Juni 2004 wird auf 800 Mrd US-\$ bis 1 100 Mrd US-\$ geschätzt; dabei haben Anlagen in Dach-Hedgefonds²⁰⁾ deutlich an Bedeutung gewonnen und machen inzwischen rund ein Fünftel der Mittelanlagen in Hedgefonds aus. Angesichts ihrer überproportional hohen Umschlagshäufigkeit haben sich Hedgefonds zu bedeutenden Akteuren in einzelnen Marktsegmenten entwickelt, zudem stellen sie eine wichtige Quelle unter anderem für Provisionserträge ihrer Hausbanken (Prime Broker) dar.

Für eine Reihe von Anlagestrategien verliefen die letzten Monate weniger erfolgreich, insbesondere trendorientierte Strategien waren vom Richtungswechsel an den Märkten betroffen. Verstärkter Performancedruck für Hedgefonds dürfte daraus resultieren, dass sich bei steigenden Marktzinsen die relativen Renditevorteile im Vergleich zu traditionellen Anlageformen verringern (Zu den Schwierigkeiten einer adäquaten Performancemessung siehe die Erläuterungen auf S. 28). Gleichzeitig erhöhen sich die Kosten der Fremdfinanzierung zum Ausnutzen von Leverage-Effekten. Mit Blick auf die stark gestiegenen Anlagemittel der Hedgefonds-Branche liegt überdies die Vermutung nahe, dass sich Ertragschancen auch dadurch verringern könnten, dass erfolgreiche Strategien nachgeahmt werden und sich Marktineffizienzen abbauen dürften.

Gestiegener Ertragsdruck

¹⁹ Bezüglich der Verbindungen zwischen Hedgefonds und Banken vgl. Erläuterungen auf S. 42.

²⁰ Dach-Hedgefonds (engl. fund of hedge funds) investieren ihre Anlagegelder in ein Portfolio von Hedgefonds. Auf diese Art können Anleger ihr Portfolio besser diversifizieren und in Fonds mit hohen Mindesteinzahlungen investieren.

*Schwer
abschätzbare
Risikopotenziale
erfordern
besseren
Einblick*

Das in diesem veränderten Marktumfeld von Hedgefonds ausgehende Risikopotenzial ist schwer abschätzbar, wozu nicht zuletzt die geringe Markttransparenz beiträgt. Risiken sind im Falle von Verlusten zum einen mit einem hohen Verschuldungsgrad (Leverage) verbunden. Dieser Leverage-Effekt dürfte bei Betrachtung aller direkten Fremdfinanzierungsanteile der gesamten Anlagekette „Investor – Dach-Hedgefonds – Single-Hedgefonds“ sowie unter Einbeziehung von Derivatepositionen (indirektes Leverage) deutlich höher ausfallen als die in der Regel nur auf dem direkten Fremdfinanzierungsanteil von Hedgefonds beruhenden Marktschätzungen vermuten lassen. Zum anderen bestehen in weniger liquiden Marktsegmenten nicht unerhebliche Liquiditätsrisiken, insbesondere im Fall gleichgerichteter Handelsstrategien von Hedgefonds. Vor diesem Hintergrund könnten Risiken auf kreditgebende Hausbanken der Hedgefonds ausstrahlen, wenn der gestiegene Wettbewerbsdruck um Prime-Broker-Mandate zu einer Aufweichung der Standards zur Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken führt. Ein besserer Einblick offizieller Stellen in das Ausmaß von Leverage und Marktrisiken bei Hedgefonds wäre daher unter dem Gesichtspunkt der Finanzstabilität geboten.

*Deutliche Ver-
besserung der
Lage im japani-
schen Banken-
system ...*

Die Lage des japanischen Bankensystems hat sich merklich verbessert. Daran haben der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung und nicht zuletzt der zunehmende Druck auf die Banken seitens der Regierung und insbesondere der Finanzaufsichtsbehörde (Financial Services Agency) maßgeblichen Anteil. In Bezug auf Aktiva und Eigenkapitalposition der Banken sind qualitative Verbesserungen zu

verzeichnen, dagegen verläuft die Entwicklung der Erträge – trotz erkennbaren Aufwärtstrends – noch nicht zufriedenstellend. Die notleidenden Kredite sind von 52,4 Billionen Yen oder 394 Mrd € (Höchststand im März 2002) auf 34,6 Billionen Yen (260,2 Mrd €) im März 2004 gesunken. Die Großbanken haben das Regierungsziel nahezu schon erfüllt, die notleidenden Kredite – ausgehend vom Stand im März 2002 – bis März 2005 zu halbieren. Demgegenüber liegen die Regionalbanken und die genossenschaftlichen Kreditinstitute, die fast nur von regionaler Bedeutung sind, beim Abbau von Problemkrediten und der Durchführung notwendiger Strukturreformen weit zurück.

Mit Blick auf die Marktrisiken ist der Aktienbestand japanischer Banken zwar weiter zurückgegangen, bleibt aber noch groß genug, um bei einzelnen Kreditinstituten im Falle sinkender Aktienkurse zu Rückschlägen zu führen. Hingegen ist der Bestand an japanischen Staatsanleihen (JGBs) gestiegen – gewissermaßen als Alternative zur schwachen Kreditvergabe. Daher könnte ein abrupter Zinsanstieg viele Banken erheblich belasten, zumal in der Folge auch die notleidenden Kredite wieder ansteigen dürften. Insgesamt scheint sich das Marktrisiko der japanischen Banken aber verringert zu haben. Der vorgesehene Wegfall der unbeschränkten staatlichen Einlagengarantie ab April 2005 könnte sich zwar ungünstig auf schwache Banken auswirken, dürfte aber nicht mit Risiken für das Bankensystem als Ganzes verbunden sein.

*... bei fort-
bestehenden
Marktrisiken*

Im vergangenen Jahr führten Fortschritte in den wirtschaftlichen Grunddaten der Schwel-

Schwierigkeiten der Performancemessung bei Hedgefonds-Indizes

Mit dem starken Wachstum der Hedgefonds-Branche hat auch die Nachfrage nach Indizes¹⁾ zugenommen, die Informationen zur Wertentwicklung von Hedgefonds zur Verfügung stellen. Diese können sowohl als Maßstab für den Anlageerfolg einzelner Hedgefonds als auch zum Vergleich mit traditionellen Anlageformen (z.B. Aktien- und Rentenmarktanlagen) herangezogen werden.

Es zeigt sich allerdings, dass die Performance-Angaben verschiedener Indizes zur Messung des Gesamtergebnisses der Branche häufig beträchtlich voneinander abweichen, vor allem bei schwierigen Marktverhältnissen. Dies liegt vor allem daran, dass Hedgefonds keine homogene Anlageklasse bilden, sondern eine Vielzahl von Anlagestrategien umfassen. Die Zahl, Auswahl und Gewichtung der Fonds unterscheiden sich bei den einzelnen Indexanbietern teilweise erheblich. Divergenzen sind auch in den Sub-Indizes für einzelne Strategietypen (z.B. Global Macro-, Relative Value Arbitrage-, Long/Short Equity-Hedgefonds) zu verzeichnen, wozu uneinheitliche Abgrenzungen der Strategievarianten einzelner Index-Anbieter beitragen.

Darüber hinaus ist die Konstruktion von Hedgefonds-Indizes methodischen Problemen ausgesetzt, die größer sind als die von Indizes traditioneller Anlageformen. So gibt es Anhaltspunkte, dass die Performance-Angaben von Hedgefonds-Indizes stärkeren systematischen Verzerrungen unterliegen.

Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Meldungen der Hedgefonds auf freiwilliger Basis erfolgen und nicht standardisiert sind, was die Verlässlichkeit der Daten beeinträchtigt und die Vergleichbarkeit erschwert sowie Aussagen zu publizierten Risikokennziffern relativiert.

In der Literatur werden vor allem die folgenden potenziellen Verzerrungseffekte in der Beurteilung der Renditeentwicklung von Hedgefonds-Indizes unterschieden:²⁾

- **Selection Bias (Self-Reporting Bias):** Entsteht auf Grund eingeschränkter Repräsentativität der zu Grunde liegenden Datenbank. Dabei spielt insbesondere die Freiwilligkeit der Berichterstattung der Hedgefonds eine Rolle. So dürfte der Anreiz, Daten offen zu legen, für erfolgreiche Hedgefonds-Manager auf der Suche nach neuen Investoren höher einzuschätzen sein als für Hedgefonds-Manager, die ein angestrebtes Anlagevolumen schon erreicht haben oder die eine negative Performance aufweisen.
- **Survivorship Bias:** Resultiert daraus, dass die negative Performance von Fonds, die aus den Indizes entfallen, nicht oder nur unzureichend berücksichtigt wird.³⁾ Nach Marktschätzungen scheiden jedes Jahr bis zu 20 % aller Hedgefonds aus dem Markt aus. Damit legen Renditeberechnungen, die nur auf den Perfor-

¹ Anbieter von Hedgefonds-Indizes sind beispielsweise Credit Suisse First Boston/Tremont, TASS Research, Hedge Fund Research, Van Hedge Fund Advisors International, Hennessee Group und Zurich Capital Markets (ehemals Managed Accounts Reports – MAR). — ² Für eine Übersicht zu empirischen Arbeiten zur Problematik der Performancemessung z.B.: A. Signer (2003), Generieren Hedge Funds einen

Mehrwert?, Berlin, Stuttgart, Wien. — ³ Gründe für die Entfernung aus dem Index dürften nicht ausschließlich in der Auflösung einzelner Hedgefonds, sondern können auch in der Einstellung der (freiwilligen) Berichterstattung liegen. Die Vermutung liegt aber nahe, dass ein Großteil dieser Fonds aus mangelnder Performance ausscheidet. — ⁴ Eine Rolle spielt auch der jeweilige Strategietyp. Zudem sind

mancezahlen „überlebender“ Fonds beruhen, eine zu positive Wertentwicklung nahe.

- **Instant History Bias (Backfilling Bias):** Tendenziell besteht ein Anreiz für Fondsmanager, eine Aufnahme in einen Index eher zum Zeitpunkt einer vorangegangenen überdurchschnittlichen Wertentwicklung zu beantragen als bei einer schlechten Performance. Durch die nachträgliche Erfassung der gesamten Historie erfolgreicher Hedgefonds wird der tatsächliche Anlageerfolg tendenziell überzeichnet.

Diese systematischen Verzerrungseffekte können dazu führen, dass die publizierten Renditen tendenziell zu hoch ausgewiesen werden. Eine exakte Quantifizierung dieser Verzerrungseffekte ist schwierig und hängt unter anderem vom Betrachtungszeitraum und der zur Verfügung stehenden Stichprobenauswahl ab;⁴⁾ zudem unternehmen einige Indexanbieter Anstrengungen, die Verzerrungen zu verringern. Eine Reihe von Studien⁵⁾ beziffert den Wert einer möglichen Überschätzung der tatsächlich durch Hedgefonds erzielbaren Rendite aus Survivorship Bias auf 1,3 % bis 4,0 % pro Jahr⁶⁾ und aus Instant History Bias auf 0,5 % bis 4,0 % pro Jahr, während zum Selection Bias keine Schätzungen verfügbar sind.

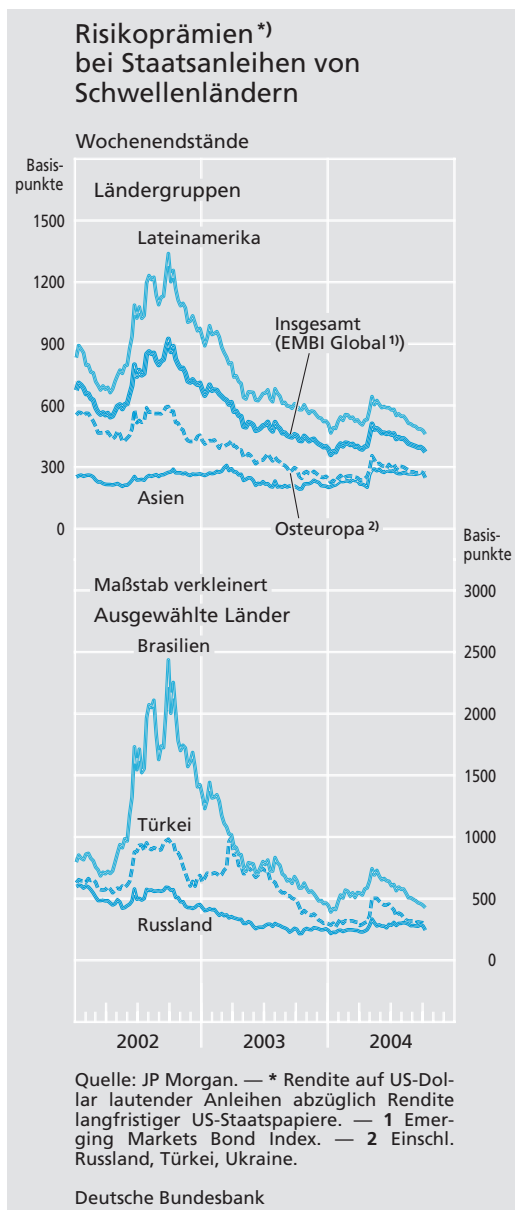
Ein weiteres Problemfeld stellen so genannte „**managed prices**“ dar. Hedgefonds sind oftmals

beispielsweise Dach-Hedgefonds weniger stark vom Survivorship Bias betroffen als Single-Hedgefonds. — 5 Vgl.: A. Signer, a.a.O.; Posthuma/van der Sluis (2003), A Reality Check on Hedge Fund Returns, Amsterdam; Fung/Hsieh (2000), Performance characteristics of hedge funds and CTA funds: Natural versus spurious biases, in: Journal of Quantitative and Financial Analyses, 35, S. 291–307; Amin/Kat (2002),

in nicht börsennotierten oder illiquiden Werten investiert, für die es keine gängigen Marktpreise gibt, so dass bei der Bewertung Ermessensspielräume bestehen. So zielt die kürzlich von der US-Aufsichtsbehörde SEC gestartete Regulierungsoffensive unter anderem auf das Problem der Ertragsglättung ab, wonach Fondsmanager dazu neigen, die Renditeschwankungen künstlich zu glätten und so die Volatilität ihrer Erträge günstig zu beeinflussen versuchen. Dies kann auch dadurch erreicht werden, dass eine einmal bestimmte Bewertung mangels zeitnaher Neubewertung über einen längeren Zeitraum unverändert fortgeschrieben wird. Im Ergebnis kann dies dazu führen, dass sowohl Angaben zur Volatilität als auch zur Korrelation mit traditionellen Anlageformen tendenziell zu niedrig ausfallen.

Die potenziellen Verzerrungen legen eine vorsichtige Interpretation der berichteten Performanceentwicklung von Hedgefonds-Indizes nahe. Die zuletzt schwächere Wertentwicklung fast aller Strategien deutet zudem darauf hin, dass sich auch diversifizierte Dach-Hedgefonds nicht dauerhaft von bestimmten Marktgegebenheiten abkoppeln können. Daher ist es bei Hedgefonds noch wichtiger als bei anderen Anlageformen, dass die Anleger ihre Renditeerwartungen nicht ausschließlich aus historischen Indexvergleichen ableiten, sondern sich auch eine genaue Kenntnis der verschiedenen Produkte und Strategien verschaffen.

Welcome to the dark side – Hedge Fund Attrition and Survivorship Bias over the Period 1994–2001, working paper, Cass Business School; B. Liang (2000), Hedge Funds: the living and the dead, Journal of Financial and Quantitative Analysis, 35(3), S. 309–360. — 6 Zum Vergleich: Der Survivorship Bias bei Investmentfondsanlagen wird auf 0,5 % bis 1,5 % geschätzt.



Volatile
Entwicklung
der Risiko-
aufschläge bei
Schwellen-
ländern

lenländer, vor allem aber auch die reichliche Liquidität und die höhere Bereitschaft internationaler Investoren, Risiken einzugehen, zu einem kräftigen Anstieg der privaten Netto-Kapitalzuflüsse in diese Länder (von 44 Mrd US-\$ im Jahr 2001 auf 115 Mrd US-\$ im Jahr 2003)²¹ und zu einem Rückgang der Risikoaufschläge am Markt für Staatsanleihen auf zum Teil historische Tiefstände. Im Zuge von Spekulationen über eine anstehende Zinswende an den US-

Märkten setzte bei den Risikoaufschlägen bereits im Januar 2004 eine Gegenbewegung ein, die den durchschnittlichen Spread bis Anfang Mai um mehr als 150 Basispunkte ansteigen ließ. Seitdem bildeten sich die Risikoprämien für Anleihen der Schwellenländer nahezu bis auf das Niveau von Anfang des Jahres zurück. Maßgeblich hierfür war, dass die Marktteilnehmer kaum mehr mit einem sprunghaften Anstieg des Weltzinsniveaus rechneten. Von der volatilen Entwicklung der Risikoaufschläge waren Länder wie Brasilien und die Türkei besonders betroffen, während vor allem die Risikoprämien asiatischer Schwellenländer weniger stark schwankten.²² Es spricht viel dafür, dass die Märkte inzwischen wieder stärker zwischen einzelnen Ländern differenzieren, so dass ein weiterer Anstieg der globalen Zinssätze die Schwellenländer unterschiedlich treffen wird. Für Länder mit großen Anpassungsfortschritten wird ein Anstieg der Risikoaufschläge wohl so lange kein großes Problem darstellen, wie die Aussicht auf steigende Exporte und kräftiges Wachstum günstig bleibt.

Trotz erzielter Anpassungsfortschritte bleibt vor allem Brasilien wegen der Höhe und der ungesunden Struktur der öffentlichen Verschuldung krisengefährdet. Ein Vorteil ist jedoch, dass der Umfang wechselkursindexierter Staatsverbindlichkeiten inzwischen gesunken ist und die Regierung bereits einen großen Teil ihres externen Refinanzierungsbedarfs für dieses Jahr gedeckt hat. Ein hohes

*Brasilien, Türkei
und Philippinen
bleiben
verwundbar*

²¹ Gemäß Abgrenzung des World Economic Outlook des IWF, September 2004. Hierin sind auch die Netto-Kapitalzuflüsse in Entwicklungsländer und nach Hongkong, Israel, Korea, Singapur und Taiwan enthalten.

²² Eine Rolle dürfte dabei auch spielen, dass liquidere Marktsegmente in höherem Maße zu Positionsveränderungen kurzfristig orientierter Anleger genutzt werden.

Gefährdungspotenzial besteht auch für die Türkei. Die reduzierte, aber immer noch hohe Auslandsverschuldung bei wieder steigendem Defizit der Leistungsbilanz könnte zu Vertrauensverlusten führen, zumal ein hoher Anteil des Finanzierungsbedarfs nur kurzfristig aufgebracht werden kann. Für die Philippinen erweist sich die Finanzierung der andauernden Defizite der öffentlichen Haushalte als eine zunehmende Belastung. Die hohe öffentliche Verschuldung ist zu einem Großteil in fremder Währung denominated. Der hieraus folgende hohe externe Finanzierungsbedarf macht das Land gegenüber plötzlichen Änderungen der Einschätzungen internationaler Anleger verwundbar. Die aktive Leistungsbilanz stellt jedoch ein Gegengewicht dar. Die ungelösten Verschuldungsprobleme Argentiniens bringen eine hohe Verantwortung des IWF mit sich, eine Prolongation seiner eigenen Finanzhilfe nur auf der Basis eines durchgreifenden Anpassungsprogramms in Betracht zu ziehen. Eine solche Stringenz ist erforderlich, um ein faires Verhalten der argentinischen Behörden gegenüber ihren privaten Gläubigern zu fördern und einen möglichst raschen Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber dem Fonds zu erreichen. Nachgiebigkeit des IWF könnte nicht zuletzt den Anpassungswillen anderer Schuldnerländer schwächen.

Förderung der heimischen Finanzmärkte ein wichtiges Anliegen bei der Krisenvermeidung

Um die Krisenfestigkeit der Schwellenländer weiter zu stärken, kommt es längerfristig darauf an, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie Auslandskapital zunehmend in eigener Währung aufnehmen beziehungsweise Fremdwährungsfinanzierungen zurückdrängen können. Zu diesem Zweck müssen Anstrengungen unternommen werden, stabile und

effiziente heimische Finanzsektoren zu entwickeln, damit diese als Kanal für den Zufluss ausländischer Ersparnisse dienen können. Die Verschuldung in fremder Währung verliert zugleich an Attraktivität, wenn den Wechselkursen mehr Spielraum gegeben wird, da das Risikobewusstsein der Kreditnehmer dann zunehmen dürfte. Insbesondere die G20 hat sich der Förderung heimischer Finanzmärkte als einem wichtigen Anliegen angenommen (vgl. Erläuterungen auf S. 32 f.).

Die Finanzsysteme der neuen EU-Staaten sind in erster Linie bankbasiert, während Aktien- und Anleihemärkte noch verhältnismäßig klein sind. Die Mehrzahl der heimischen Banken wurde in den letzten Jahren von westlichen Instituten, meist aus dem alten EU-Raum, übernommen. Daher sind die Finanzmärkte der neuen EU-Staaten bereits intensiv mit dem internationalen Finanzsystem verflochten, wengleich hieraus resultierende Risiken für das deutsche Finanzsystem gering sind. Durch den EU-Beitritt und damit die volle Integration in den europäischen Finanzmarkt dürften sich der Bankenwettbewerb, der Druck auf die Ertragsmargen sowie die Tendenz zur Konsolidierung weiter verstärken.

In der Mehrzahl der neuen EU-Länder geht der Anstieg der Bankkredite über das gesamtwirtschaftliche Wachstum deutlich hinaus. Die Tendenz zu intensiverer Finanzintermediation hängt freilich mit günstigen Wirtschaftsperspektiven der Region im Zuge des EU-Beitritts zusammen, aber auch mit den erreichten Zinskonditionen, die sich im historischen Vergleich zumeist auf einem nied-

Bankbasierte Finanzsysteme in den neuen EU-Staaten

Starkes Kreditwachstum auf Grund guter Wirtschaftsentwicklung und niedriger Zinsen

Stabile und leistungsfähige Finanzsysteme der Schwellenländer als Mittel der Krisenverhütung

Die informelle Gruppe der 20 (G20)¹⁾ befasst sich insbesondere mit Fragen des internationalen Währungs- und Finanzsystems und der weltwirtschaftlichen Integration (Globalisierung). In den letzten beiden Jahren standen die erforderlichen institutionellen Grundlagen für stabile und effiziente Finanzsektoren im Mittelpunkt der Diskussion. Zahlreiche G20-Mitglieder erstellten öffentlich verfügbare Studien über eigene Erfahrungen beim Aufbau des institutionellen Rahmens (vgl.: www.G20.org). Die Studien betonen Deregulierungs- und Liberalisierungsbestrebungen als Triebkräfte für die Verbesserung der institutionellen Fundamente. Darauf aufbauend setzte sich ein G20-Seminar unter Beteiligung des Privatsektors und der Wissenschaft vertieft mit der Frage auseinander, wie die nationalen Finanzmärkte in Schwellenländern gestärkt werden können, um deren Ersparnisbildung zu steigern, Kapitalflucht zu verhindern und den Kapitalimport zunehmend in eigener Währung anstatt in Fremdwährung zu bewerkstelligen.²⁾ Fortschritte in diesem Sinne würden die Krisenresistenz der Schwellenländer entscheidend erhöhen. Die nachfolgenden Ausführungen geben die wichtigsten Ergebnisse des Seminars wieder.

Die seit Mitte der neunziger Jahre eingetretenen internationalen Verschuldungskrisen zeigen, dass Währungskongruenzen („currency mismatches“) meistens den Kern der Krisenursachen bildeten. Viele Schwellenländer hatten gravierende Währungskongruenzen hingenommen, indem sie heimische Vorhaben in großem Umfang mit Fremdwährungskrediten finanzierten, ohne gleichzeitig entsprechende Währungsreserven aufzubauen. Dies führte bei einem Vertrauensverlust nicht nur zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten, sondern machte die betreffenden Länder auch anfällig gegenüber Abwertungen. Wenn sich der Schuldendienst in heimischer Währung gerechnet schlagartig erhöhte, waren explodierende Staatsausgaben, Unternehmensinsolvenzen und Banken Krisen zwangsläufig die Folge. Die von Zahlungsbilanzschwierigkeiten erfassten Länder gerieten somit in eine umso gravierendere Wirtschaftskrise.

Währungskongruenzen werden mitunter darauf zurückgeführt, dass die auf Kapitalimporte angewiesenen Schwellenländer kaum in der Lage sind, sich auf den internationalen Märkten in eigener Währung zu

verschulden.³⁾ Hieran wird dann die Forderung geknüpft, internationale Stellen sollten großvolumige Kredite in Einheiten eines Korbes aus Währungen der Schuldnerländer aufnehmen. Mit einer Weiterreichung dieser Mittel an die Schwellenländer würden folglich Währungskongruenzen weitgehend vermieden. Dabei wird aber übersehen, dass auch kleinere Industrieländer selten in der Lage sind, sich auf den internationalen Märkten in eigener Währung zu verschulden. Ebenso wie große Industrieländer verfügen diese jedoch über stabile und effiziente heimische Finanzsysteme, die auch für ausländische Investoren attraktiv sind und Kapitalimporte in eigener Währung ermöglichen. Diesen Weg sollten auch Schwellenländer zur dauerhaften Krisenverhütung beschreiten.

Tatsächlich haben wichtige Schwellenländer in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, ihre einheimischen Finanzmärkte zu stärken. Kumulativ beliefen sich nach Angaben des IWF die staatlichen und privaten Emissionen von 13 ausgewählten Schwellenländern (China, Hong Kong, Korea, Malaysia, Singapur, Thailand; Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko; Tschechien, Ungarn und Polen) im Zeitraum 1997 bis 2003 auf 3 271 Mrd US-\$. Davon wurden 90 % auf den eigenen Märkten begeben (und damit überwiegend in eigener Währung). Ausländern steht somit im Prinzip ein beachtliches Feld für Finanzanlagen in lokalen Währungen zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund diskutierten die Teilnehmer des Seminars, welche Rahmenseetzungen entscheidend zur Stärkung der heimischen Finanzmärkte beitragen können. Nachfolgend werden die identifizierten Anforderungen zusammengefasst.

Geld- und fiskalpolitische Disziplin

Bei hohen und volatilen Inflationsraten kann sich ein breiter und tiefer Finanzmarkt in heimischer Währung nicht entwickeln, da Kapitalgeber langfristige Instrumente meiden oder Fremdwährungsforderungen den Vorzug geben würden. Eine auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik, unterstützt von disziplinierter Fiskalpolitik, ist daher eine Grundvoraussetzung für einen leistungsfähigen Finanzmarkt. Darüber hinaus sollte die Fiskalpolitik auch die Höhe des Schuldenstandes und den Fremdwährungsbestandteil in der öf-

1 Der G20 gehören neben den größten Industriestaaten die weltwirtschaftlich wichtigsten Schwellenländer sowie die EU und Vertreter von IWF und Weltbank an. Träger der Zusammenarbeit sind die Finanzministerien und Zentralbanken. — 2 Das von der Bank of Canada

und der Bundesbank organisierte Seminar unter dem Titel „Entwicklung leistungsfähiger inländischer Finanzmärkte“ fand im April 2004 in Ottawa (Kanada) statt. Das englischsprachige Protokoll des Seminars kann unter www.G20.org, eine deutsche Übersetzung ebenfalls

fentlichen Verschuldung im Blick haben, um die Krisenanfälligkeit und Gefährdung der Geldwertstabilität möglichst gering zu halten.

Implementierung internationaler Standards und Kodizes

Die von internationalen Finanzinstitutionen und anderen Gremien erarbeiteten Standards und Kodizes für transparente, stabile und effiziente Finanzsysteme geben wertvolle Hilfestellungen für Länder, die die institutionellen Rahmensetzungen für ihren Finanzsektor stärken wollen. Diese Leitlinien zielen auf verbesserte Transparenz der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdaten sowie auf Schaffung einer effizienten Aufsicht und Infrastruktur für den Finanzsektor. IWF und Weltbank haben inzwischen gemeinsame Verfahren entwickelt, mit denen die Implementierung von Standards und Kodizes spürbar vorangebracht wird.

Solider Rechtsrahmen

Ein transparentes, berechenbares und effizientes Vertrags- und Eigentumsrecht ist Voraussetzung für einen funktionstüchtigen und stabilen Finanzsektor. Die Bereitstellung langfristigen Kapitals kann insbesondere mit einem Sicherheiten- und Insolvenzrecht verbessert werden, das Anleger vorrangig schützt.

Umsichtige Deregulierung

Der Finanzsektor sollte auf der Grundlage einer soliden Geld- und Fiskalpolitik zunächst verstärktem heimischen Wettbewerb ausgesetzt werden. Anschließend wären diese Maßnahmen durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs zu ergänzen, wobei der langfristige Kapitalverkehr – insbesondere die ausländischen Direktinvestitionen – vor den kurzfristigen Transaktionen freigegeben werden sollte. Der vollständigen Deregulierung und Liberalisierung sollte die Schaffung einer wirkungsvollen Banken- und Finanzmarktaufsicht vorausgehen.

Kapitalverkehrsliberalisierung mit zunehmender Wechselkursflexibilität verbinden

Die internationalen Verschuldungskrisen zeigen, dass die Krisenanfälligkeit rapide steigt, wenn die Liberali-

dort oder unter www.bundesbank.de abgerufen werden. — 3 Vgl.: Eichengreen, Hausmann, Panizza (2003), Currency Mismatches, Debt Intolerance and Original Sin: Why they are not the same and why it

sierung des Kapitalverkehrs unter Beibehaltung eines Regimes fester Wechselkurse mit dem Aufbau von Währungsinkongruenzen einhergeht. Die Kapitalverkehrsliberalisierung sollte daher mit zunehmender Wechselkursflexibilität kombiniert werden. Dies mindert nicht nur die Gefahr abrupter Wechselkursanpassungen, sondern stärkt auch den Anreiz der Marktteilnehmer, Währungsinkongruenzen gering zu halten, nicht zuletzt durch Absicherung von Währungspositionen gegen Wechselkursveränderungen.

Robuster Bankensektor wichtig für Entwicklung der Märkte

Für die Entwicklung von Wertpapiermärkten ist ein stabiler Bankensektor unentbehrlich. Kreditinstitute spielen bei der Emission eigener und fremder Wertpapiere eine wichtige Rolle und sind eine entscheidende Schnittstelle zwischen Investoren und dem Wertpapiermarkt. Um ausländisches Know-how nutzen zu können, sollten Hemmnisse für Direktinvestitionen im Finanzsektor abgebaut werden.

Zielgenaue Finanzmarktpolitik

Die Finanzmarktpolitik kann die Entwicklung der langfristigen Wertpapiermärkte entscheidend vorantreiben. Auf der Nachfrageseite können kapitalgedeckte soziale Sicherungssysteme der Marktentwicklung wesentliche Impulse geben.⁴⁾ Auf der Angebotsseite spielt das staatliche Schuldenmanagement eine wichtige Rolle, da liquide Staatspapiere, die ein breites Laufzeitenspektrum abdecken, Benchmark-Funktionen übernehmen können. Des Weiteren können besicherte Schuldverschreibungen den Aufbau des heimischen Marktes stützen. Die Bundesbank stellte dabei die Vorzüge des deutschen Pfandbriefs heraus. Strenge gesetzliche Auflagen sichern hohen Anlegerschutz und machen den Pfandbrief zu einer attraktiven langfristigen Kapitalanlage. Die Entwicklung eines Pfandbriefmarkts ist daher besonders für Länder interessant, deren Markt für Staatsanleihen noch unterentwickelt ist. Hinzu kommt, dass der Pfandbrief über die Indekungnahme von Sicherheiten auch solchen Kreditnehmern indirekt die Tür zum Kapitalmarkt öffnet, die ihn ansonsten gar nicht oder nur unter sehr viel schlechteren Bedingungen in Anspruch nehmen könnten.

matters, NBER Working Paper No. 10036, Cambridge, Mass. — 4 Vgl.: IWF, Institutional Investors in Emerging Markets, Global Financial Stability Report, April 2004, Washington D. C.

rigen Niveau bewegen. Im Allgemeinen gilt der Bankensektor dieser Länder als profitabel, liquide und ausreichend kapitalisiert. Die dynamische Kreditexpansion fordert allerdings sowohl von den bankinternen Kontrollinstanzen als auch von den staatlichen Aufsichtsbehörden besondere Aufmerksamkeit, um mögliche Fehlentwicklungen zu vermeiden. Gleichzeitig sind vom Bankensektor teils noch erhebliche Altlasten an zweifelhaften und uneinbringlichen Kreditforderungen zu bewältigen. In Polen waren Ende 2003 immerhin 22 % aller Bankkredite als problembehaftet klassifiziert, wobei erst Mitte 2003 ein fallender Trend erkennbar wurde. Bei dieser hohen Quote, die wesentlich über den Vergleichswerten der anderen Länder liegt, spielen zwar relativ stringente Klassifizierungsvorschriften eine Rolle, doch könnte sie auch auf unbewältigte Strukturprobleme im Unternehmenssektor sowie auf Lücken beim bankinternen Risikomanagement hindeuten.

*Deutlicher
Zuwachs der
Wohnungs-
und Devisen-
kredite*

Darüber hinaus lassen sich in zweifacher Hinsicht besondere Risiken im laufenden Kreditgeschäft erkennen, die das heimische Finanzsystem in Mitleidenschaft ziehen könnten. Dies betrifft zum einen die steigende Kreditinanspruchnahme von Privathaushalten in einigen Ländern Zentraleuropas sowie des Baltikums, die damit Wohnungskäufe und andere Anschaffungen finanzieren. Bereits Ende 2003 hat die ungarische Regierung ihre Wohnungsbauförderung revidiert, um einem möglichen Überschießen des Marktes entgegenzuwirken. Besondere Beobachtung erfordert zum anderen die steigende Bedeutung der Devisenkredite in der Region. Nach der konsolidierten BIZ-Statistik erhöhten sich die

grenzüberschreitenden Forderungen gegenüber den neuen EU-Mitgliedern sowie fremdwährungsdenominierte Forderungen dortiger Banken im Jahr 2003 um 36 Mrd US-\$ auf 141 Mrd US-\$. Zwar dürfte dieser kräftige Anstieg teilweise auch Reflex der veränderten Wechselkursrelation zwischen US-Dollar und Euro sein, auf den diese Forderungen wohl überwiegend lauten. Im Ergebnis war der von der BIZ registrierte Bestand an Devisenkrediten Ende 2003 um 7 Mrd US-\$ höher als die Bankforderungen in lokaler Währung, soweit sie von dortigen Filialen und Tochtergesellschaften ausländischer Banken gemeldet wurden. Die Präferenz für Devisenkredite hängt primär mit Zinsvorteilen gegenüber Mittelaufnahmen in Landeswährung zusammen, basiert aber letztlich auch auf der Erwartung der Kreditnehmer, dass sich die Wechselkursrelation zum Euro nicht wesentlich verschieben wird. Sollten sich allerdings wesentliche Kursveränderungen am Devisenmarkt ergeben, könnte dies zu Problemen bei der Kreditbedienung führen und damit auch zu erheblichen Implikationen für die betroffenen Banken.

Finanzintermediäre in Deutschland

Deutsche Kreditinstitute auf gutem Weg

Die deutschen Kreditinstitute befinden sich nach notwendigen Anpassungsmaßnahmen an veränderte Geschäftsbedingungen auf einem guten Weg. Vielen Banken ist es gelungen, ihre Kostenseite nachhaltig zu entlasten, die Risiken in den Kreditportfolios signifikant abzubauen und zugleich durch strategische Neuorientierung und Fokussierung einen

Grundstein für – wenn auch derzeit noch verhalten fließende – Erträge zu legen. Deutlich rückläufige – wenngleich immer noch hohe – Risikovorsorgezuführungen weisen darauf hin, dass der Höhepunkt der Risikosituation im Kreditgeschäft überschritten sein dürfte. Die konsequente Rückführung beziehungsweise Veräußerung riskanter Engagements wird ergänzt durch qualitativ verbesserte Kreditwürdigkeitsprüfungen beim Neugeschäft und das Bestreben, risikoadjustierte Konditionen durchzusetzen. Zugleich unterstützen gesunkene Ausfallwahrscheinlichkeiten sowohl im inländischen Firmenkundengeschäft als auch auf vielen Auslandskreditmärkten den Rückgang der Kreditrisiken. Allerdings haben die Risiken aus Immobilienkrediten bemerkenswert an Bedeutung gewonnen.

Aktuelle Tendenzen bei großen, international tätigen Banken²³⁾

Risikoaktiva nur noch leicht gesunken

Bei einer Reihe von großen Instituten wurde die eingeleitete Stärkung der Ertragskraft im vergangenen Jahr durch hohe Abschreibungen auf Unternehmensbeteiligungen zur Bereinigung stiller Lasten überlagert. Diese teilweise als Befreiungsschlag apostrophierten Wertkorrekturen haben aber neue geschäftspolitische Spielräume geschaffen. Entsprechend ist der seit dem Jahr 2002 zu beobachtende Prozess der Rückführung der gewichteten Risikoaktiva praktisch abgeschlossen. Die gesamten Risikoaktiva in der Gruppe großer, international tätiger Banken sanken im ersten Halbjahr 2004 nur noch um knapp 2 % auf einen Bestand per Ende Juni 2004 von 1 035 Mrd €, wobei drei der acht Banken in der Referenzgruppe die Risiko-

aktiva sogar wieder erhöhten. Im zweiten Halbjahr 2003 waren die gewichteten Risikoaktiva noch um fast 12 % zurückgegangen. Dies deutet darauf hin, dass der Prozess der Bilanzbereinigung zum Ende kommt und sich die Institute wieder verstärkt auf die im Kreditgeschäft liegenden Ertragspotenziale besinnen.

Die international tätigen deutschen Banken konnten ihre Vorsteuerergebnisse im ersten Halbjahr klar verbessern (siehe Tabelle auf S. 37).

Ergebnisverbesserung im ersten Halbjahr 2004

Den zentralen Beitrag zur Ergebnisverbesserung steuerte der deutlich verminderte Abschreibungs- und Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen aus dem Kreditgeschäft und bei Wertpapieren bei. Die Halbierung der Risikovorsorge im Vergleich zum Vorjahrszeitraum spiegelt vor allem die erhebliche Bereinigung der Kreditportfolios wider. Nach der ebenfalls vorgenommenen umfangreichen Bereinigung des Beteiligungsportfolios durch Verkäufe und Wertkorrekturen dürften zur Jahresmitte 2004 alle acht Banken per Saldo wieder über stille Reserven – zumeist auch kurzfristig liquidierbar – verfügen.

Risikovorsorge halbiert

Auch die Verwaltungsaufwendungen sind im ersten Halbjahr 2004 weiter gesunken. Offenkundig wirken die umfangreichen Umstrukturi-

Weiterer Rückgang der Verwaltungsaufwendungen

²³ Das Aggregat umfasst eine Gruppe von acht deutschen Banken aus allen drei Sektoren, deren Konzernbilanzsumme jeweils 250 Mrd € (per 30. Juni 2004) übersteigt. Alle Banken der Gruppe sind nicht nur in Deutschland aktiv, sondern betreiben ihre Geschäfte in größerem Umfang auch auf internationalen Märkten. Als Maßstab für die internationale Ausrichtung wurde auf die Höhe ihrer Auslandsaktiva – in absoluten Werten und in Relation zur Bilanzsumme – abgestellt. Für Zwecke der folgenden Analyse werden jeweils Konzerndaten der Institute verwendet.

Bilanzentwicklung großer, international tätiger deutscher Banken

Stand Ende	Bilanzsummen	darunter: Forderungen an Nichtbanken	Gewichtete Risikoaktiva 1)	Gewichtete Risikoaktiva 1)/ Bilanzsumme	Kernkapital- quote 1)
	Mrd €			in %	
2000 4. Vj.	3 383	1 588	1 397	41	6,49
2001 2. Vj.	3 749	1 741	1 472	39	6,63
4. Vj.	3 817	1 742	1 436	38	6,98
2002 2. Vj.	3 622	1 693	1 407	39	6,91
4. Vj.	3 336	1 441	1 278	38	6,94
2003 2. Vj.	3 490	1 540	1 204	35	7,66
4. Vj.	3 102	1 379	1 067	34	8,37
2004 2. Vj.	3 301	1 419	1 049	32	8,04

1 Gemäß zusammengefasstem Grundsatz I nach §§ 10, 10a Kreditwesengesetz (ohne Berücksichtigung der Markt- risikopositionen).

Deutsche Bundesbank

rierungsprogramme, die viele große Banken in den letzten Jahren auflegten, nach. Für die weitere Entwicklung der Leistungsfähigkeit der Banken ist es unerlässlich, dass sich die Kostenreduzierung als nachhaltig erweist.

Im Gegensatz zu den Aufwendungen zeichnet sich eine Stärkung der operativen Erträge²⁴⁾ bislang nur ansatzweise ab. Die absoluten Beträge sanken im Vorjahresvergleich um knapp 2 %, allerdings bei gleichzeitigem Rückgang der risikogewichteten Aktiva²⁵⁾ um gut 13 %. Diese geringere Risikonahme erklärt insbesondere den Rückgang im Zinsüberschuss des ersten Halbjahres 2004 um rund 5 % gegenüber dem Vorjahrszeitraum. Der Provisionsüberschuss entwickelte sich mit einem Wachstum von 4 ½ % im ersten Halbjahr 2004 positiv. Beim Handelsergebnis

mussten die Banken im ersten Halbjahr 2004 wegen des gegenüber dem Vorjahrszeitraum unterschiedlichen Entwicklungsprofils an den internationalen Kapitalmärkten einen Rückgang um 5 % hinnehmen. Hinsichtlich der Zusammensetzung der operativen Erträge setzte sich damit die in den letzten Jahren zu beobachtende graduelle Verschiebung der relativen Anteile zu Lasten des Zinsüberschusses und zu Gunsten des zinsunabhängigen Geschäfts fort. Seit 1998 sank der Anteil des Zinsüberschusses an den operativen Erträgen um rund zwölf Prozentpunkte auf knapp 45 %.

24 Die operativen Erträge setzen sich aus dem Zinsüberschuss, dem Provisionsüberschuss und dem Handelsergebnis zusammen.

25 Gemäß zusammengefasstem Grundsatz I nach § 10, 10a Kreditwesengesetz (ohne Berücksichtigung der Markt- risikopositionen).

Nur ansatzweise Stärkung der operativen Erträge

Weitere
Reduzierung
der Cost-
Income-Ratio

Der Rückgang bei den Verwaltungsaufwendungen hat geholfen, die Cost-Income-Ratio, das heißt das Verhältnis zwischen Verwaltungsaufwand und operativen Erträgen, abzusenken. Die Rate lag mit 73,5 % um gut zwei Prozentpunkte niedriger als der Halbjahreswert 2003. Betrachtet man beide Aufwandskomponenten, also Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge, zusammen, so liegen diese in den ersten sechs Monaten des Jahres 2004 bei rund 83 % der operativen Erträge, was im Vergleich zu den Jahren 2002 und 2003 (108 % bzw. 98 %) eine deutliche Verbesserung darstellt.

Weiterhin
Aufholbedarf
im
internationalen
Vergleich

Für die großen deutschen Banken besteht im internationalen Vergleich weiterhin Aufholbedarf. Ihre Eigenkapitalrentabilität – berechnet als Ergebnis vor Steuern im Verhältnis zum bilanziellen Eigenkapital – bleibt mit rund 13 % weiterhin hinter den Renditen ihrer internationalen Konkurrenten zurück, die zu meist deutlich über 20 % liegen. Zwar verringerte sich damit der Rückstand zum internationalen Renditestandard im Bankgewerbe; ein gewisser Aufholprozess der deutschen Institute ist in Gang gekommen. Gleichwohl bedarf es weiterer Anstrengungen, um im internationalen Bankenwettbewerb wieder eine stärkere Position einnehmen zu können.

Eigenkapital-
anforderungen
erfüllt

Die Erfüllung der nationalen und internationalen regulatorischen Kapitalanforderungen war bei einer nahezu unveränderten Kapitalbasis im bisherigen Verlauf 2004 stets gegeben. Die Kernkapitalquote der in die Betrachtung einbezogenen Banken liegt mit durchschnittlich 8 % weiterhin auf einem komfortablen Niveau.

Zentrale Ergebniskomponenten großer, international tätiger deutscher Banken

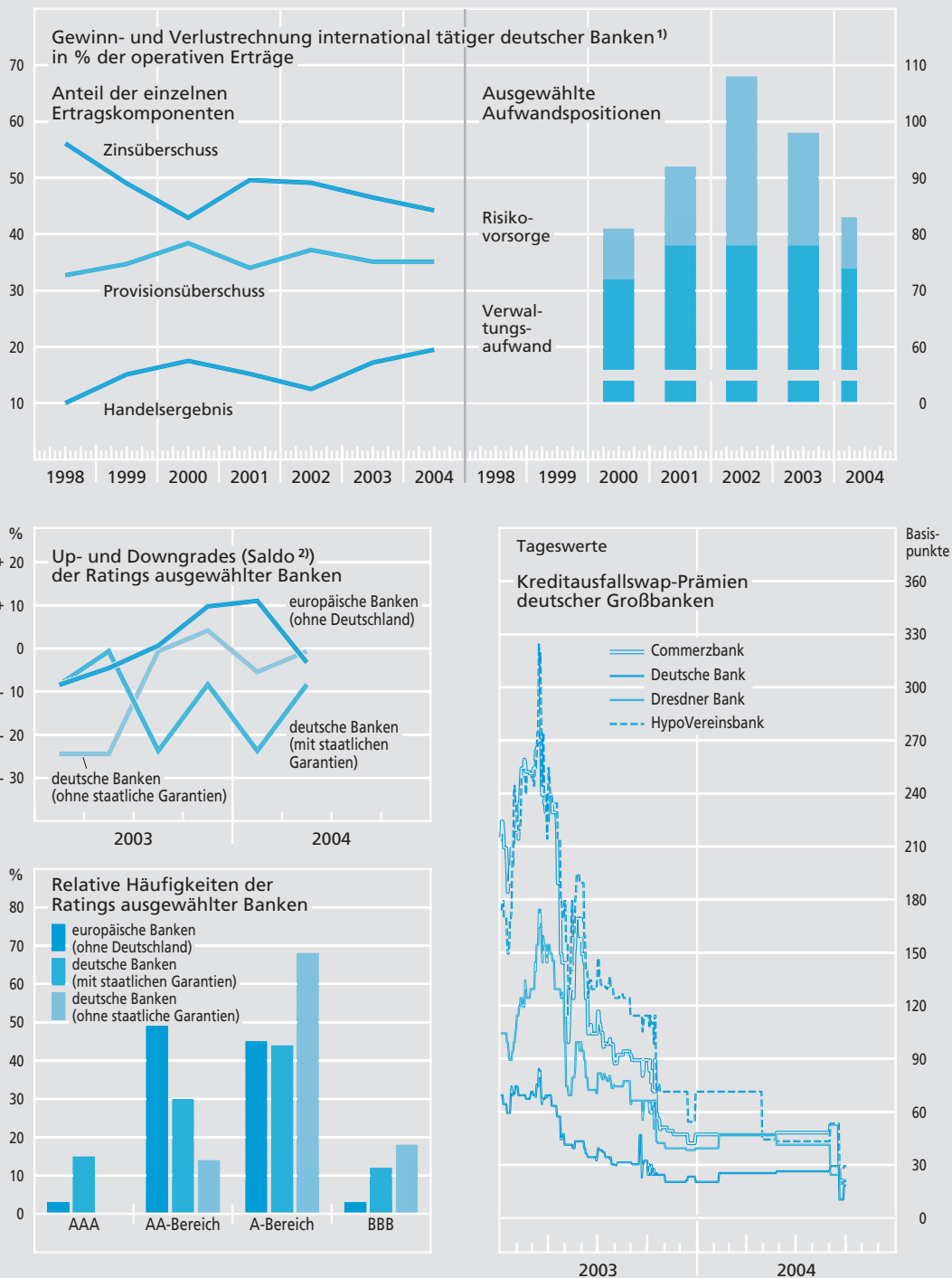
Position	Beträge in % der Bilanzsumme		Veränderung der absoluten Beträge des 1. Hj. 2004 gegenüber 1. Hj. 2003 in %
	1. Hj. 2003	1. Hj. 2004	
Zinsüberschuss	0,35	0,34	- 5,2
Provisionsüberschuss	0,25	0,27	4,5
Handelsergebnis	0,15	0,15	- 5,0
operative Erträge	0,76	0,76	- 1,9
Verwaltungsaufwand	0,57	0,56	- 4,6
Risikovorsorge	0,14	0,07	- 52,9
Ergebnis vor Steuern	0,04	0,16	> 100

Deutsche Bundesbank

Im bisherigen Jahresverlauf 2004 blieben die Ratings der deutschen Banken weitgehend unverändert. Im ersten Quartal 2004 stand den Herabstufungen zweier Hypothekenbanken die Heraufstufung einer Kreditbank gegenüber. Die Ratings der deutschen Großbanken bewegten sich im ersten Halbjahr 2004 nicht; die Ausblicke haben sich zum Teil jedoch verbessert. Der Median der Ratings der deutschen Banken liegt bei A-, während der Median für die Banken in anderen europäischen Ländern derzeit einen Ratingwert von AA- aufweist. Dieser Stand ist auch Folge der Entwicklung Anfang 2003, als – in relativer Betrachtung – deutlich mehr deutsche Banken ohne staatliche Garantien Herabstufungen hinnehmen mussten als Banken in anderen Staaten.

Ratings
weitgehend
unverändert

Ertragslage und Marktindikatoren ausgewählter Banken



Quellen: Bloomberg, S&P, Moody's, db research, Morgan Stanley, eigene Berechnungen. — 1 Das Aggregat umfasst acht deutsche Banken aus allen drei Sektoren, deren Konzernbilanzsumme jeweils 250 Mrd € übersteigt und die in größerem Umfang auch auf internationalen Märkten tätig sind. — 2 Saldo der Auf- und Abstufungen in % der Anzahl der in der jeweiligen Gruppe erfassten Banken.

Deutsche Bundesbank

*Kreditausfall-
swap-Prämien
auf niedrigem
Niveau*

Die Kreditausfallswap-Prämien deutscher Großbanken befinden sich gegenwärtig auf niedrigem Niveau. Die Marktteilnehmer stufen die Risiken der Institute demnach deutlich geringer ein als noch im Vorjahr. Auffällig ist die Stabilität dieser Einschätzung seit Herbst 2003. Gleichzeitig haben sich die Prämien für die einzelnen Institute seit einigen Monaten einander angenähert. Mit Ausnahme der Deutschen Bank sind die Prämien im europäischen Vergleich aber noch erhöht. Insgesamt lassen die Kreditausfallswap-Prämien der Großbanken kein erhöhtes Risikopotenzial erkennen.

Die Stabilität der Landesbanken im Vorfeld des Wegfalls von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung

*Ergebnis-
verbesserung
im ersten
Halbjahr 2004*

Die Landesbanken konnten zum überwiegenden Teil ihre Ergebnisse im ersten Halbjahr 2004 steigern. Dies beruhte insbesondere auf einer weiteren Reduzierung der Risikovorsorge und einer leichten Senkung der Verwaltungsaufwendungen. Die operativen Erträge waren hingegen teilweise rückläufig. So fiel im ersten Halbjahr 2004 bei den Landesbanken der Zinsüberschuss um rund 1½ %, allerdings bei gleichzeitiger Reduzierung der risikogewichteten Risikoaktiva um über 10 %. Das Provisionsergebnis fiel sogar um rund 9 % gegenüber dem Vorjahrszeitraum. Dies belegt die fortbestehende operative Ertragschwäche der Landesbanken.

Durch die Einigung über die für die Einbringung von Wohnungsbauvermögen zu vergütenden Zinsen dürften die anhängigen EU-Beihilfverfahren gegen einige Landesbanken

Stand-Alone-Ratings der Landesbanken im Überblick

Bank	Bilanzsumme per 31.12.2003 in Mrd €	Veröffentlichtes Individualrating	
		S&P	Fitch
Landesbank Baden-Württemberg	323,3	A+	A+
Bayerische Landesbank	313,4	A-	A+
WestLB AG	256,2	A-	A-
Norddeutsche Landesbank	193,1	-	A
HSH Nordbank AG	171,7	A	A
Landesbank Hessen-Thüringen	139,4	A	A+
Landesbank Berlin	92,6	-	BBB+
Landesbank Sachsen	76,1	BBB+	A-
Landesbank Rheinland-Pfalz	64,2	A-	A
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg	32,4	-	A
Landesbank Saar	16,6	-	A

Quelle: Ratingagenturen

Deutsche Bundesbank

bald abgeschlossen sein und damit Rechtssicherheit eintreten. Die fälligen Barleistungen in zum Teil beträchtlicher Höhe dürften – auch vor dem Hintergrund der Fähigkeit und Bereitschaft der Anteilseigner zur kompensatorischen Einbringung von Kapital – tragbar sein.

Mitte des Jahres veröffentlichten verschiedene Ratingagenturen so genannte Stand-Alone-Ratings für die Landesbanken nach dem Wegfall der Staatsgarantien. Diese Ratings liegen in einem Bereich, der den Landesbanken die Möglichkeit offen hält, den begonnenen notwendigen Transformationsprozess zu bewältigen. Die getroffenen Grandfathering-

„Stand-Alone-Ratings“

Exkurs: Value at Risk und eigene Marktrisikomodelle

Neben dem Kreditgeschäft ist der Eigenhandel mit Wertpapieren, Derivaten und anderen marktpreisbezogenen Finanzmarktprodukten für überregional tätige Banken ein bedeutendes Geschäftsfeld. Risiken in diesem Bereich werden zum einen durch Ausfallrisiken der Kontraktpartner und zum anderen durch Änderungen von Zinssätzen und Kursschwankungen hervorgerufen. Verglichen mit den Risiken aus dem Anlagebuch, vor allem den Ausfallrisiken bei Krediten, sind die Marktpreisrisiken des Eigenhandels von untergeordneter Bedeutung. Bei einer typischen Großbank entfallen derzeit etwa 4 % des regulatorisch notwendigen Eigenkapitals auf die Unterlegung von Marktpreisrisiken im Eigenhandel.¹⁾ Dieser relativ geringe Anteil liegt nicht alleine darin begründet, dass das Kreditgeschäft dominiert. Auch die Tatsache, dass Marktpreisrisiken sehr gut modelliert werden können, erlaubt eine relativ sparsame Eigenkapitalunterlegung dieser Risiken.

Die Banken dürfen unter gewissen Voraussetzungen die Marktpreisrisiken im Eigenhandel mit eigenen Risikomodelle abbilden. Derzeit erfüllen 15 Banken die bankenaufsichtlichen Voraussetzungen und berechnen die regulatorisch notwendige Eigenkapitalunterlegung für Marktpreisrisiken mit einem eigenen Risikomodelle. Als Risikokennzahl wird der Value at Risk (VaR) verwandt. Diese Größe benennt denjenigen Verlust (in Euro), der bei einer Haltezeit von zehn Tagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% nicht überschritten wird.

Auch wenn Banken VaR-Modelle derzeit als Standardinstrumente in der Risikosteuerung verwenden, darf nicht übersehen werden, dass die Modelle in Extremsituationen (z. B. am 11. September 2001) Risiken unterzeichnen.

¹ Die Kontrahentenrisiken des Handelsbuches sind in den erwähnten 4 % nicht enthalten. Ebenso bleiben die Marktpreisrisiken des Anlagebuchs, sofern es sich um Zinsänderungs- und Aktienkursrisiken handelt, unberücksichtigt.

Deutsche Bundesbank

Regelungen²⁶⁾ führen dazu, dass die veränderten Ratinggrundlagen erst allmählich auf die Refinanzierungskosten durchschlagen.

Ein gemeinsames Strategiemerkmal der Anpassungsprozesse der Landesbanken besteht in der engeren Verknüpfung mit den Primärinstituten: zum einen über die Neuadjustierung der Geschäftsmodelle, die stärker auf Dienstleistungen für die Sparkassen abstellen; zum anderen über verstärkte Regeln gegenseitigen Beistands und Haftung. Hinsichtlich der Finanzstabilität sollte die engere Verzahnung von Sparkassen und Landesbanken im Allgemeinen positiv wirken, da die Landesbanken direkt oder indirekt stärker von der Stetigkeit des Massengeschäfts profitieren. Die stärkere Fokussierung auf die effiziente Bündelung von Aufgaben sowie ein erfolversprechender Vorstoß, weiterhin im internationalen Investment- und Großkundengeschäft mit nennenswerten Marktanteilen vertreten zu bleiben, dürften indessen eine Konzentration der Kräfte verlangen.

Risikolage der deutschen Kreditwirtschaft

Im Fokus der internationalen Diskussion um Finanzstabilität steht seit längerem die Beobachtung zunehmender Marktpreisrisiken. Tatsächlich haben die Marktpreisrisiken im Handelsbuch der deutschen Banken in den letzten ein-

*Künftig enger
Verbund mit
Sparkassen als
Sicherheitsäule*

*Marktpreis-
risiken haben
zugenommen*

²⁶ Die Brüsseler Vereinbarung sieht folgende Übergangsregelungen vor: Verbindlichkeiten, die vor dem 18. Juli 2001 begründet wurden, sind zeitlich unbeschränkt bis zum Ende der Laufzeit von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung gedeckt. Vom 19. Juli 2001 bis 18. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten sind durch Anstaltslast und Gewährträgerhaftung gedeckt, wenn die Laufzeit spätestens am 31. Dezember 2015 endet.

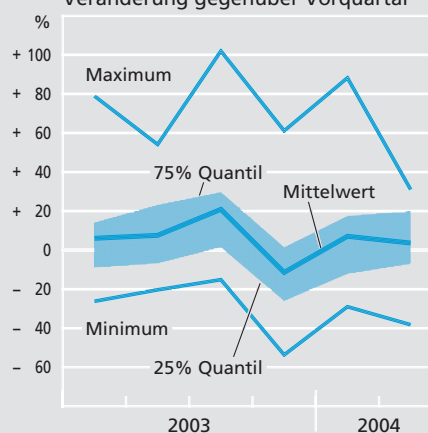
einhalb Jahren deutlich zugenommen.²⁷⁾ Die Konstellation einer expandierenden Weltwirtschaft bei vergleichsweise niedrigem Zinsniveau dürfte die Bereitschaft der Banken gestärkt haben, größere Risiken im Handel mit Wertpapieren und Derivaten einzugehen. So ist die Summe der Value-at-Risk-Zahlen aller hier untersuchten Banken im Zeitraum von Ende 2002 bis Mitte 2004 um über 40 % gestiegen (siehe Erläuterungen auf S. 40).²⁸⁾ Zwei Effekte lassen den Anstieg des Risikos im Handelsbuch bemerkenswert erscheinen. Zum einen liegt das Geschäftsvolumen der Banken Mitte 2004 weitgehend auf demselben Niveau wie Ende 2002. Folglich sind die Risiken des Handelsbuches nicht nur absolut gewachsen, sondern auch im Vergleich zum Anlagebuch. Betrug der Anteil der Unterlegung von Marktpreisrisiken des Handelsbuches am regulatorisch notwendigen Eigenkapital im Dezember 2002 noch 2,7 %, so stieg dieser Anteil zum Jahresende 2003 auf 3,5 % und zur Jahresmitte 2004 auf 4,3 %. Zum anderen ist die Volatilität an den Kapitalmärkten zumindest im ersten Halbjahr 2004 zurückgegangen. Die gegenläufige Zunahme des Value at Risk zeigt, dass viele Banken gezielt Positionen in die Handelsbücher aufgenommen haben dürften, um Ertragschancen zu nutzen.

Geringe Korrelation der Handelsergebnisse dämpft systemisches Risiko

Allerdings deuten die individuellen Unterschiede im Aufbau von Marktpreisrisiken darauf hin, dass die einfache Addition der VaR-Werte das Risiko deutlich überzeichnet. Das nebenstehende Schaubild zeigt die Verteilung der relativen Veränderungen der Value-at-Risk-Beträge. Die dargestellte Spannbreite der Banken ist beträchtlich. Diese Heterogenität

Marktrisiko: Value at Risk (VaR) ausgewählter deutscher Banken*)

Veränderung gegenüber Vorquartal



* VaR stellt für ein Portfolio oder auch das gesamte Handelsbuch einer Bank den Verlustbetrag dar, welcher innerhalb eines vorgegebenen Zeitrahmens (hier: zehn Tage) mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (hier: 99%) nicht überschritten wird. Daten liegen für die Banken vor, die über ein für regulatorische Zwecke zugelassenes Risikosteuerungsmodell verfügen.

Deutsche Bundesbank

im zeitlichen Profil von Auf- und Abbau der Marktpreisrisiken sowie die eher geringe Korrelation der Handelsergebnisse der Banken dämpfen das systemische Risiko aus dem Marktbereich.

Das Kreditrisiko ist das bedeutendste Einzelrisiko für deutsche Banken. Die Höhe der Vorsorge wird nicht unerheblich von der

Kreditrisiken im inländischen Großkunden-geschäft sinken leicht

27 Alle folgenden Aussagen beziehen sich auf derzeit 15 Banken, die ein eigenes Risikomodelle zur Bestimmung der regulatorisch notwendigen Eigenmittel für die Marktpreisrisiken des Handelsbuches anwenden dürfen. Gegebenenfalls sind Banken mit Brüchen in den Zeitreihen aus der Untersuchung entfernt worden.

28 Die Summe einzelner Value at Risk entspräche allerdings nur dann dem aggregierten Value at Risk, wenn die Ergebnisse des Eigenhandels der einzelnen Banken vollständig positiv korreliert wären. Untersuchungen zeigen, dass diese Korrelationen aber eher gering ausfallen. Demnach liegt der aggregierte Value at Risk deutlich unter dem Wert, der sich rechnerisch durch simple Addition der einzelnen Größen ergibt.

Verbindungen zwischen Hedgefonds und Banken

Mit zunehmenden Anlagevolumina der Hedgefonds nimmt ihre Bedeutung auch für die deutsche Kreditwirtschaft zu. Dabei entstehen Verflechtungen zwischen Hedgefonds und Banken insbesondere über deren Tätigkeit als Prime Broker, Kreditgeber, Investor und Beteiligungspartner.

Neben den führenden amerikanischen Investmenthäusern treten zunehmend auch deutsche Großbanken als Prime Broker am Hedgefonds-Markt auf. Die Tätigkeit eines Prime Brokers dient als Schnittstelle zwischen dem Hedgefonds und seinen Anlegern. Dabei beschränkt sich die Aufgabe der Banken nicht nur auf eher technische Aufgaben wie die Berechnung von Risikokennziffern, die Transaktionsabwicklung und die Depotverwaltung; vielmehr agieren Banken gegenüber Hedgefonds auch als Kreditgeber, Wertpapierverleiher und Kontrahenten bei Derivategeschäften und gehen damit selbst bedeutende Risiken ein. Dennoch dürfte sich der Wettbewerb um Prime-Broker-Mandate weiter verschärfen, da sich die Tätigkeit immer mehr zu einem Wachstumsfeld für Provisionserträge entwickelt.

Banken können auch direkt, das heißt nicht unter der Dienstleistung des Prime-Brokerage, als Kontrahenten von Hedgefonds agieren. Sie vergeben Bankkredite, die zur Erzielung eines hohen Leverage dienen, und sind Geschäftspartner bei derivativen Geschäften wie zum Beispiel Swaps oder OTC-Optionen.

Unter Risikogesichtspunkten ist darüber hinaus vor allem die Eigenanlage der Banken in Hedgefonds von Bedeutung. Grundsätzlich können Hedgefonds auf Grund ihrer niedrigen Korrelation mit traditionellen Anlageformen und ihrer besonderen Handelsstrategien, die auf die Nutzung von Wettbewerbsvorsprüngen in ausgewählten Marktsegmenten zielen, zur Portfoliooptimierung sowie zur Erzielung neuer Rendite-Risiko-Kombinationen eingesetzt werden. Im Falle eines Hedgefonds-Ausfalls können bei einem unzureichenden Risikomanagement, überhöhten Positionen oder einer Gleichläufigkeit der Hedgefonds mit sonstigen Eigenhandelspositionen der Bank jedoch erhebliche Verluste entstehen. Das Risikomanagement einer Bank steht hier insbesondere vor dem Problem, dass wegen der Komplexität der Hedgefonds-Strategien und ihrer meist geringen Transparenz unter Umständen nur ein eingeschränkter Einblick in die tatsächliche Risikolage möglich ist.

Banken treten ferner als Beteiligungspartner von Hedgefonds auflegenden Gesellschaften auf, um an deren Markterfolg zu partizipieren. Bisher ist zu beobachten, dass

deutsche Großbanken diese Gesellschaften nicht unmittelbar, sondern vorwiegend über Töchter gründen. Die Höhe der Beteiligungen ist – verglichen mit dem gesamten Beteiligungsbestand der Banken – nach wie vor gering. Allerdings wollen die deutschen Großbanken ihre Aktivitäten im Vertrieb und bei der Auflage von Hedgefonds sowohl über Tochterunternehmungen als auch durch strategische Partnerschaften verstärken.

Die genannten Verbindungen zwischen Banken und Hedgefonds konzentrieren sich in Deutschland letztlich auf wenige große Kreditinstitute. Umso mehr kommt es darauf an, dass diese über ein Risikomanagement verfügen, das alle Ansteckungskanäle angemessen und im Einklang mit den sonstigen Risikopositionen des jeweiligen Instituts beachtet.

Der Vertrieb von Hedgefonds ist in Deutschland durch das Investmentmodernisierungsgesetz seit Anfang dieses Jahres erlaubt. Trotz der im internationalen Vergleich relativ liberalen Anforderungen an die Fonds läuft der Vertrieb eher schleppend an. Bei den privaten Anlegern dürfte dies unter anderem auf den noch geringen Bekanntheitsgrad der für sie relevanten Dach-Hedgefonds zurückzuführen sein. Obwohl die anfänglich bestehenden Unsicherheiten bezüglich der Investitionsmöglichkeiten von Versicherungsgesellschaften, Pensionskassen und -fonds inzwischen beseitigt wurden, ist zunächst nicht zu erwarten, dass sich deren bisher geringes Interesse an Hedgefonds deutlich erhöht.¹⁾ So dürfen Versicherungsunternehmen nur bei ausreichender Risikotragfähigkeit bis zu 5% ihres gebundenen Vermögens in Hedgefonds investieren, wobei nicht mehr als 1% dieser Anlagegelder in einen Single-Hedgefonds fließen kann.

Bisher wurden in Deutschland – vorwiegend durch Töchter heimischer Banken – vier Dach-Hedgefonds und vier Single-Hedgefonds aufgelegt. Für einen weiteren Single-Hedgefonds ist das Antragsverfahren im Gange. Obwohl auch deutschen Single-Hedgefonds die Zusammenarbeit mit einem Prime Broker erlaubt ist, machte von dieser Möglichkeit bisher nur ein Hedgefonds Gebrauch. Gestiegen ist das Interesse ausländischer Hedgefonds-Anbieter am deutschen Markt. So wurden drei Dach-Hedgefonds zum Vertrieb zugelassen; drei weitere Vertriebsanzeigen ausländischer Anbieter liegen bereits vor. Unter ihnen befinden sich mehrere Fonds, die von Tochtergesellschaften deutscher Banken bereits zu einem früheren Zeitpunkt im Ausland aufgelegt wurden. Insgesamt betrug das Fondsvermögen der deutschen Hedgefonds im August dieses Jahres 819,4 Mio €. Der Mittelzufluss ist in den Sommermonaten jedoch deutlich zurückgegangen.²⁾

¹ Laut einer Studie über das Anlageverhalten institutioneller Investoren in Deutschland betrug der Hedgefonds-Anteil am Gesamtportfolio aller befragten Investoren 2003 nur etwa 0,7%. Vgl.: Invesco, BVI: German Institutional Asset Management Survey 2004, Ergebnisse der 5. Studie

zum Anlageverhalten institutioneller Investoren in Deutschland, Juli 2004. — ² Während im Mai noch 409,1 Mio € in Hedgefonds investiert wurden, sank der Mittelzufluss zuletzt deutlich (Juni 39,2 Mio €, Juli 17,2 Mio €, August 30,7 Mio €). Quelle: BVI-Fondsstatistiken.

konjunkturellen Lage beeinflusst. Bei den Risiken für das inländische Kreditgeschäft mit Großkunden zeichnet sich eine leichte Entspannung ab. Zwar stuft Moody's KMV die Ausfallrisiken deutscher, börsennotierter Unternehmen weiterhin hoch ein. Doch haben die Ausfallwahrscheinlichkeiten (EDF)²⁹ im Vergleich zum Vorjahr etwas nachgegeben, wenngleich sich der rückläufige Trend der mittleren EDF im zweiten Quartal teilweise umgekehrt hat. Der leichte Rückgang der EDF im Vergleich zum Vorjahr hat alle Branchen ungefähr gleichermaßen erfasst; eine Ausnahme stellt allerdings die Sparte Grundstücks- und Wohnungswesen dar, bei der die EDF-Entwicklung keine eindeutige Richtung aufweist und deren Einzelunternehmenswerte stark streuen. Das nebenstehende Schaubild zeigt das auf einzelne Branchen entfallende Kreditvolumen. Es hat sich im Jahresverlauf kaum verändert, so dass der Rückgang der mittleren EDF zu leicht verminderten Risikokreditvolumina³⁰ in allen Branchen geführt hat.

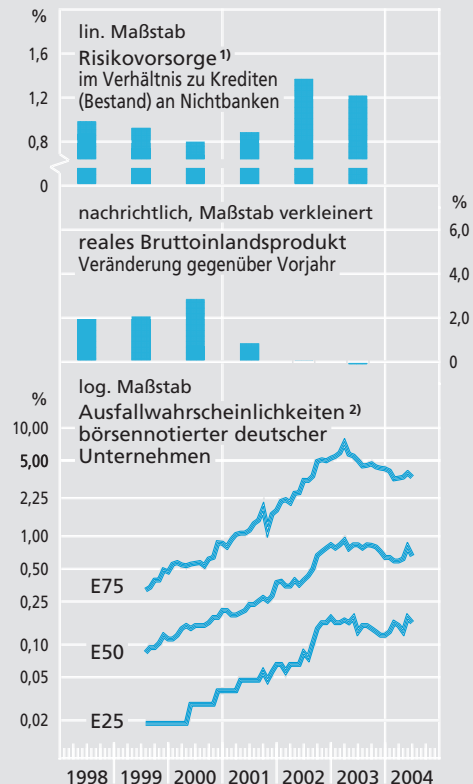
Kreditrisiken im Mittelstandsgeschäft

Die Kreditrisiken im Mittelstandsgeschäft bleiben auf recht hohem Niveau. Nachdem vor allem in den Jahren 2001 und 2002 vergleichsweise viele große Unternehmen insolvent wurden, spiegelt das derzeitige Insolvenzmuster eher die deutsche Wirtschaftsstruktur wider. Gut 70 % der im Jahr 2003

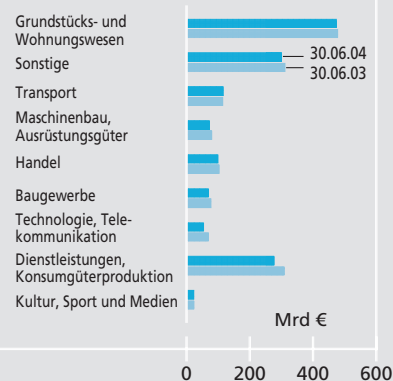
29 EDF (Expected Default Frequency) bezeichnet ein von Moody's KMV entwickeltes Maß für die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Unternehmens.

30 Das Risikokreditvolumen wird hier definiert als das Produkt aus dem Kreditvolumen (nach Millionenkreditmeldung) und der zugehörigen Ausfallwahrscheinlichkeit einer Branche. Als Ausfallwahrscheinlichkeit werden die Expected Default Frequencies (EDF) von Moody's KMV herangezogen.

Kreditrisiken deutscher Banken



Ausleihungen nach Branchen³⁾



1 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft; Institutskreis: alle Kreditinstitute. — 2 Expected Default Frequency nach Moody's KMV. E75 bedeutet, dass 25 % aller Unternehmen eine höhere und 75 % eine niedrigere Ausfallwahrscheinlichkeit (EDF) haben. Für E50 und E25 gilt Entsprechendes. — 3 Nur Kredite an Unternehmen, ohne Kredit- und Versicherungsgewerbe (nach Millionenkreditmeldung).

Insolvenzen und voraussichtlich betroffene Forderungen

Position	Anzahl	Veränderungen gegenüber Vorjahreszeitraum in %	Voraussichtlich betroffene Forderungen in Mrd €
Gesamtinsolvenzen 1)			
2004 1. Hj.	56 836	+ 14,8	19,9
2003	100 723	+ 19,3	41,9
darunter:			
Verbraucherinsolvenzen			
2004 1. Hj.	21 856	+ 39,5	1,7
2003	33 609	+ 56,8	3,1
Unternehmensinsolvenzen			
2004 1. Hj.	19 939	- 0,1	13,8
2003	39 320	+ 4,6	30,5

Quelle: Destatis. — 1 Neben Verbraucher- und Unternehmensinsolvenzen sind in den Gesamtinsolvenzen noch natürliche Personen als Gesellschafter o.Ä., ehemals selbständig Tätige und Nachlass-Insolvenzen enthalten.

Deutsche Bundesbank

insolvent gewordenen Unternehmen (gegenüber knapp 64 % im Jahr 2002) beschäftigten nicht mehr als fünf Mitarbeiter.³¹⁾ Diese Größenstruktur der Insolvenzen im Unternehmensbereich dürfte dazu beigetragen haben, dass das Volumen der tangierten Forderungen leicht zurückgegangen ist.

Die Steigerung der Gesamtzahl an Insolvenzen in Deutschland auf die Höchstmarke von 57 000 im ersten Halbjahr 2004 ist auf einen weiteren Anstieg der Verbraucherinsolvenzen zurückzuführen. Doch bleibt die Bonität der privaten Haushalte in Deutschland weiterhin auf hohem Niveau. Außerdem weisen typische Retailportfolios ein hohes Maß an Granularität auf. Deshalb ist in der näheren Zukunft aus Verbraucherinsolvenzen kein systemisches Risiko für deutsche Banken erkennbar.

In Deutschland ist der Immobilienkredit die bedeutendste Kreditart. Rund 60 % des Kreditvolumens an inländische Unternehmen und Privatpersonen (alle Kredite: 2 230 Mrd € zur Jahresmitte 2004) werden für Wohnungs- oder gewerblichen Bau ausgereicht. Circa 84 % dieser Ausleihungen sind grundpfandrechtlich gesichert. Von diesen wiederum entfallen 23 % (260 Mrd €) auf gewerbliche Bauvorhaben.

Im Bereich des gewerblichen Baus kommen verschiedene Risiken für Kreditgeber zusammen, falls die Marktentwicklung negativ verläuft. In diesem Fall nimmt die Bonität gewerblicher Immobilienkreditnehmer ab und zugleich sinkt die Verwertungsquote der Immobiliensicherheiten. In fünf ausgewählten Ballungszentren gaben die Spitzenmieten im Zeitraum von 2001 bis Juni 2004 zwischen 12 % und 29 % nach. Gleichzeitig stieg die Leerstandsquote (ohne Untermietvereinbarungen) in zwei der fünf Städte auf über 10 % und erhöhte sich auch in den anderen Städten deutlich. Darüber hinaus werden in einigen Städten weiterhin Bürobauten mit großer Nutzfläche errichtet.³²⁾ Der Markt durchläuft bereits seit einigen Jahren eine Preisanpassungsphase an die konjunkturell bedingt schwache Nachfrage, die nach Meinung von Marktteilnehmern noch nicht abgeschlossen ist.

Auf gewerbliche (Immobilien-)Kreditnehmer, die Wohnraum schaffen, entfallen mit 329 Mrd € rund 30 % aller Wohnraumdarlehen. Auch dieser Markt hat bereits eine mehrjäh-

Risiken aus Immobilien-geschäft, ...

... im gewerblichen Bau, ...

... im Wohnungs-bau ...

31 Quelle: Creditreform.

32 Quelle: Jones Lang LaSalle.

rige Preisanpassungsphase nach unten durchlaufen, wodurch die Bonität der Kreditnehmer tendenziell gesunken ist. Durch das verhältnismäßig moderate Anpassungstempo blieb den Banken jedoch Zeit, den Entwicklungen entgegenzusteuern. Die Marktaussichten für Wohnimmobilien sind regional heterogen. Insbesondere Banken mit Geschäftsschwerpunkten in Regionen mit weiter fallenden Preisen sehen sich daher weiterhin Risiken ausgesetzt.

... und bei
privaten
Bauherren

Wesentlich geringer ist das Risiko aus der Kreditvergabe an private Bauherren für wohnwirtschaftliche Zwecke. Zwar übersteigt hier das Volumen der ausgereichten Kredite mit 749 Mrd € dasjenige an gewerbliche Bauherren. Daneben nahm parallel zum Anstieg der Verbraucherinsolvenzen die Zahl der Zwangsversteigerungen von Wohnimmobilien³³⁾ (über 60 000 im Jahr 2003 und über 30 000 Objekte im ersten Halbjahr 2004³⁴⁾) zu, was generell auf ein erhöhtes Risiko aus der Kreditvergabe hindeuten könnte. Allerdings ist der Zusammenhang zwischen der Preisentwicklung der entsprechenden Immobilien, der Schuldendienstfähigkeit der Kreditnehmer und der Erlösquote bei Zwangsversteigerungen im wohnwirtschaftlichen Segment nicht so eng wie im gewerblichen Segment.

Risikokredit-
volumen
gegenüber
Schwellen-
ländern
reduziert

Hinsichtlich des Kreditrisikos aus dem Auslandskreditgeschäft gilt das besondere Augenmerk den Ausleihungen an Schwellenländer. Dabei hat sich das Risikokreditvolumen seit Mitte 2003 gegenüber den Schwellenländern in Asien, Lateinamerika und Europa sichtbar reduziert. Diese Entwicklung ist hauptsächlich durch verbesserte makroökonomische Grund-

Länderrisiko nach Regionen

Mrd €			
Zeit	Asien	Lateinamerika	Europa
Kreditvolumen nach Regionen			
Juni 2003	66,76	46,92	97,19
Juni 2004	68,59	45,83	121,54
Risikokreditvolumen ¹⁾ nach Regionen			
Juni 2003	1,30	5,32	2,92
Juni 2004	1,01	4,19	1,41

¹ Das Risikokreditvolumen wird hier definiert als das Produkt aus dem Kreditvolumen (nach Millionenkreditmeldung) und der zugehörigen Ausfallwahrscheinlichkeit eines Landes. Diese ergibt sich aus den entsprechenden Ratings von Standard & Poor's, nachdem sie auf Grundlage der 2-Jahres-Ausfallraten von Unternehmen in eine kardinale Skala transformiert wurden.

Deutsche Bundesbank

bedingungen zu erklären, die sich in entsprechenden Ratingverbesserungen widerspiegeln.

Gleichzeitig beobachtet man, dass die Banken ihre Kreditvergabe nach Osteuropa umgeschichtet haben. Die Kreditvergabe an den lateinamerikanischen und asiatischen Raum blieb dagegen nahezu konstant.

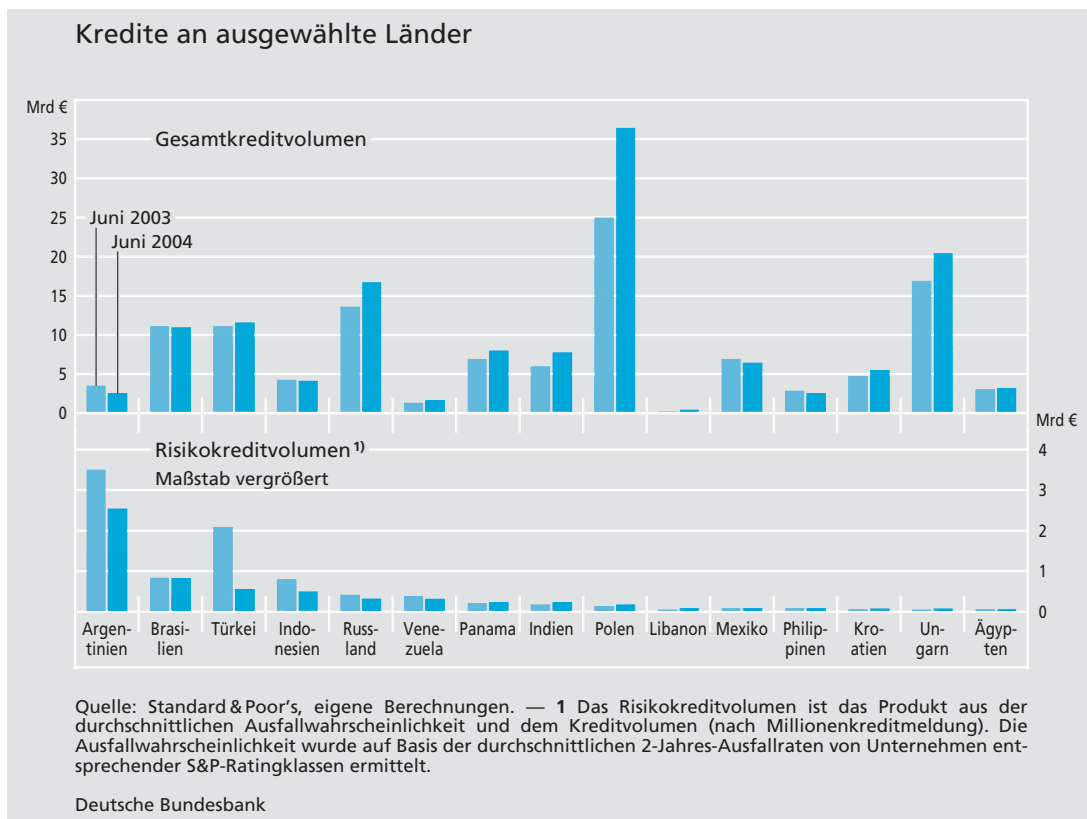
Umschichtung
von Krediten
nach Osteuropa

Hinsichtlich des Risikovolumentens dominiert jedoch weiterhin Lateinamerika. Argentinien weist hier mit 2,5 Mrd € den größten Einzelbetrag auf, stellt aber wegen des Zahlungsausfalls einen Sonderfall dar. Es folgen Brasilien mit 831 Mio €, Venezuela mit 307 Mio € und Panama mit 244 Mio € Risikokreditvolu-

Geographische
Verteilung der
Risiken

³³ Eigentumswohnungen, Ein- und Zweifamilienhäuser, Doppelhaushälften.

³⁴ Quelle: Argentra AG.



men (siehe oben stehendes Schaubild). Obwohl die Kreditvergabe nach Asien insgesamt stabil war, lassen sich Umschichtungen innerhalb dieser Region beobachten. Die Banken haben sich vor allem aus Ländern mit schlechten Ratings wie Indonesien und den Philippinen zurückgezogen.

Innerhalb der europäischen Länder konzentriert sich die Kreditvergabe vorrangig auf die beiden neuen EU-Mitgliedstaaten Polen und Ungarn sowie auf Russland. Polen wies im Sommer 2004 mit 36,4 Mrd € das größte Kreditvolumen aus; die Ausleihungen an Ungarn stiegen auf 20,4 Mrd €. Auch Russland verzeichnete im Sommer 2004 einen Anstieg in der Kreditvergabe auf 16,7 Mrd €. Trotz der Ratingverbesserung der Türkei für Schulden in Fremdwährung haben sich die

deutschen Banken mit weiteren Krediten an die Türkei zurückgehalten.

Die Kreditvolumina und die herrschende Kreditqualität bestimmen die aktuelle Risikolage. Interessant sind aber auch Informationen über den Umgang mit dem Kreditrisiko im Neugeschäft. Hierüber liefert der Bank Lending Survey³⁵⁾ wichtige Anhaltspunkte und Ergebnisse. Die Daten für Deutschland weisen auf eine weiter zunehmende Risikodifferenzierung hin. Insbesondere im Bereich des Privatkundengeschäfts deuten die Umfragedaten auf eine anhaltende, risikodifferenzierte Margenspreizung: Während die Margen für durchschnittliche Kredite teilweise rückläufig waren, weiteten die befragten Banken diese

Bank Lending Survey

35 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, August 2004, S. 27ff.

für risikoreichere Kredite zum Teil weiter aus. Im Bereich der Firmenkredite erhöhten die Banken dagegen sowohl die Margen für Kredite mit durchschnittlicher Bonität als auch für risikoreichere Kredite. Insgesamt jedoch scheinen die deutschen Banken ihre Kreditstandards im Unterschied zu den Anpassungen im Vorjahr dieses Jahr kaum noch zu verschärfen.

*Steigende
operationelle
Risiken ...*

In den letzten Jahren sind zunehmend die operationellen Risiken in den Fokus der Kreditwirtschaft gerückt. Diese Risikokategorie umfasst sowohl Verlustgefahren als Folge von Fehlern bei bankinternen Prozessen, bei menschlichem Handeln und in IT-Systemen (interne Faktoren) als auch Gefahren aus externen Ereignissen, zum Beispiel Naturkatastrophen. International üblich ist ferner die ausdrückliche Einbeziehung von Rechtsrisiken.³⁶⁾

*... aus Rechts-
fragen und ...*

Die Rechtsrisiken sind in jüngster Vergangenheit durch Urteile beziehungsweise Gesetzesänderungen zum Beispiel im Bereich des Verbraucher- und Anlegerschutzes in das Blickfeld gerückt.³⁷⁾ Auch Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit Großinsolvenzen, wie zum Beispiel im Fall Parmalat, bergen für die jeweils betroffenen Institute finanzielle Risiken. Insgesamt sind solche Risiken für die einzelnen Institute tragbar und

³⁶ Vgl.: Basel Committee on Banking Supervision, International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards, Juni 2004.

³⁷ So hatten vor dem BGH kürzlich einige Klagen von Investoren Erfolg, die im Rahmen von kreditfinanzierten Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds Verluste erlitten hatten und sich, je nach Abwicklung des Geschäftes, auf einen Verstoß gegen das Verbraucherkreditgesetz oder gegen das Haustürwiderrufgesetz stützten.

Auswirkungen von Basel II auf die Stabilität des Finanzsystems

Die im Juni 2004 veröffentlichten neuen Mindesteigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute (Basel II) wirken sich bereits heute auf das Risikomanagement der deutschen Banken aus. Ungefähr ein Drittel der deutschen Kreditinstitute plant, einen internen Ratingansatz umzusetzen, der eine wesentliche Weiterentwicklung der derzeitigen Regeln im Grundsatz I bedeutet. Zukünftig wird auch das operationelle Risiko explizit mit Eigenkapital zu unterlegen sein und die Risikogewichte für ausfallgefährdete Aktiva werden nicht mehr allein von der Forderungsklasse, sondern zusätzlich von dem bankinternen Rating abhängen.

Durch die verbesserte Risikosensitivität der Eigenkapitalanforderungen werden Anreize für eine risikogerechtere Ausgestaltung der Kreditkonditionen gegeben. Hierdurch sind für die Zukunft Effizienzgewinne des Bankensystems zu erwarten, welche die Stabilität des Finanzsystems weiter verbessern werden.

Eine stärker risikoorientierte Allokation des haftenden Eigenkapitals ist eng verbunden mit einem weiteren Kernziel von Basel II: der Annäherung des aufsichtlichen Risikogewichtungsschemas an die bankbetriebliche Risikomessung. Dadurch können Fehlentwicklungen, wie zum Beispiel Möglichkeiten zur Kapitalarbitrage, verhindert werden.

Bei der Vorgabe, die beiden Eigenkapitalbegriffe besser in Deckung zu bringen, spielt die Frage der „Kalibrierung“ der Eigenmittelanforderungen eine wichtige Rolle. Denn erst durch eine geeignete Anpassung der Risikogewichtsfunktionen wird gewährleistet, dass nicht nur die Risikosensitivität der Eigenmittelanforderungen erhöht wird und Anreize für die Auswahl eines risikosensitiveren Ansatzes gegeben sind, sondern auch dass das Gesamtkapital im Finanzsystem erhalten bleibt. Zu diesem Zweck wird die Kalibrierung kurz vor In-Kraft-Treten von Basel II im Jahr 2006 nochmals überprüft werden.

Deutsche Bundesbank

auch grundsätzlich nicht neu. Sie haben aber in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen und müssen unter Stabilitätsgesichtspunkten in einer Gesamtschau zusammen mit dem Risikopotenzial aus Kredit-, Markt- und anderen operationellen Risiken bewertet werden.

*... aus hoher IT-
Abhängigkeit*

Neben den Rechtsrisiken haben auch die weiteren Ursachenkomplexe des operationellen Risikos an Bedeutung zugenommen. Dazu zählen zum Beispiel menschliche Fehler oder Betrug, häufig im Zusammenhang mit unsachgemäßen Prozessen oder IT-Systemdefekten. So stellt die hohe und weiter zunehmende IT-Abhängigkeit der Bank- und Finanzkonzerne – vor allem in Kombination mit dem anhaltenden Trend zum Outsourcing, der verstärkten Abhängigkeit von oft wenigen Anbietern und den Schwachstellen bei e-Banking-Anwendungen – ein erhöhtes Risikopotenzial dar.³⁸⁾ Allerdings hat nicht zuletzt die Baseler Eigenmittelempfehlung, die erstmals eine eigenständige Kapitalunterlegung für operationelle Risiken implementiert, zu einer Schärfung des Bewusstseins in der Kreditwirtschaft beigetragen.

Sparkassen- und Kreditgenossenschaftssektor

Für beide im Verbund organisierten Bankengruppen haben sich die Ertrags- und Risikolage sowie die Aussichten verbessert.

*Weiter
steigender
Zinsüberschuss*

Sowohl Sparkassen als auch Kreditgenossenschaften konnten im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr einen um 0,04 % der durchschnittlichen Bilanzsumme (dBS) gestiegenen Zinsüberschuss erwirtschaften. Damit stieg

die Hauptertragsquelle dieser beiden Bankengruppen zum zweiten Mal in Folge an, nachdem die zweite Hälfte der neunziger Jahre durch einen deutlichen Verfall der Zinseinkommen gekennzeichnet war. Die Zinsüberschüsse summieren sich nunmehr bei Sparkassen auf 2,42 % der dBS und bei Kreditgenossenschaften auf 2,53 % der dBS. Hauptursache für den gestiegenen Zinsüberschuss waren die guten Möglichkeiten zur Fristentransformation, die aus einer steileren Zinsstrukturkurve resultierten. Die Differenz zwischen lang- und kurzfristigen Zinsen hat sich in den letzten zwei Jahren wieder ausgeweitet, nachdem sich die Zinsstruktur in den Jahren zuvor eher abflachte.

Die hohe Liquiditätspräferenz der Einleger schuf beiden Bankengruppen Spielräume, um die gebotenen Möglichkeiten der Fristentransformation zu nutzen. Die Entwicklungen im Jahr 2004 geben jedoch keinen eindeutigen Hinweis darauf, ob die Erholung beim Zinsüberschuss anhalten wird. Einerseits hat sich die Liquiditätspräferenz der Einleger etwas abgeschwächt, so dass sich die Refinanzierung der Institute verteuern könnte. Außerdem ist die Nachfrage nach Krediten immer noch schwach; insbesondere hat auch die Nachfrage nach Immobilienkrediten, die das Geschäft der beiden Bankengruppen im Jahr 2003 trug, abgenommen. Andererseits

*Hohe
Liquiditäts-
präferenz und
steile
Zinsstruktur
begünstigen
Fristen-
transformation*

³⁸ Viele der genannten Risikofaktoren sind gleichwohl nur die Kehrseite grundsätzlich positiver Entwicklungen, wie der Erzielung von Skaleneffekten durch Einsatz von IT und Outsourcing, der Erreichung optimaler Betriebsgrößen, der Forcierung notwendiger Strukturveränderungen sowie des effektiven Einsatzes komplizierter Verfahren zur Risikosteuerung. Diese positiven Effekte können jedoch nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn die hiermit verbundenen operationellen Risiken sachgerecht gesteuert werden.

zeigt die Zinsstrukturkurve bislang weiterhin einen steil nach oben gerichteten Verlauf. Die Differenz der Renditen von Bundeswertpapieren mit Restlaufzeiten von sieben Jahren und solchen von drei Monaten liegt im bisherigen Durchschnitt des Jahres 2004 rund 30 Basispunkte über der durchschnittlichen Zinsdifferenz des Vorjahres.

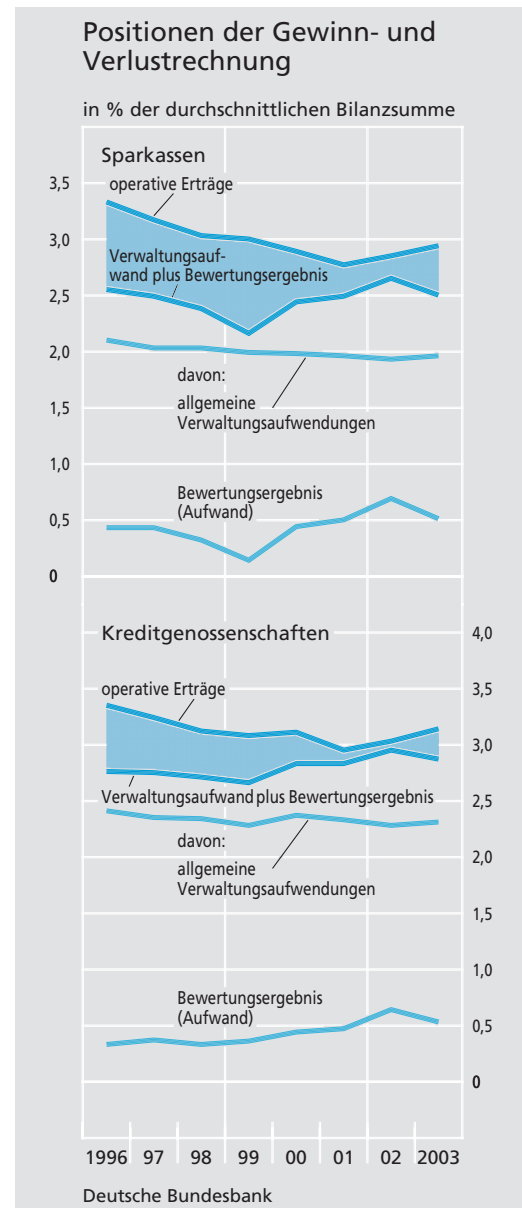
Zunehmender Provisionsüberschuss

Neben dem gestiegenen Zinsüberschuss stützte die Zunahme des Provisionsüberschusses das Ergebnis, auch wenn das kurzfristige Potenzial aus dieser Ertragsquelle, die sich bei Sparkassen auf 22 % und bei Kreditgenossenschaften auf 24 % der Zinsüberschüsse summiert, beschränkt sein dürfte. Im internationalen Vergleich zeigt sich aber, dass das Cross-Selling-Potenzial in beiden Sektoren noch nicht völlig ausgeschöpft wird.

Rückläufiger Verwaltungsaufwand

Auf der Betriebskostenebene dürften Institute beider Sektoren trotz fortschreitender Konsolidierung noch weitreichendes Sparpotenzial haben. Die Verbundstruktur beider Sektoren ermöglicht den Instituten die Balance zwischen konsequenter Arbeitsteilung einerseits und betriebswirtschaftlicher Selbstständigkeit andererseits. Hierzu müssen jedoch die Verbundvorteile konsequent genutzt und weitere Skaleneffekte durch Zusammenlegung erzielt werden. Zusammen schaffen Reduktion des Verwaltungsaufwands und Steigerung der Provisionseinkommen Möglichkeiten, den zum Ausgleich von Schwankungen des Bewertungsergebnisses dienenden Puffer auszuweiten.

Im Jahr 2003 führte die Kapitalmarktentwicklung zu einem positiven Bewertungssaldo im

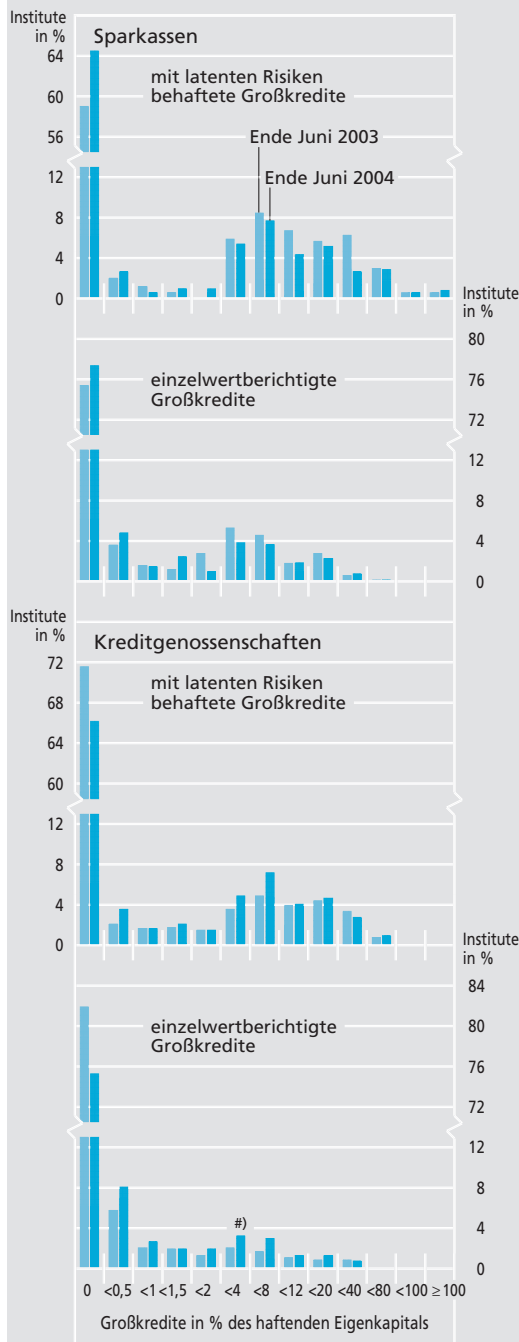


Wertpapierportfolio,³⁹⁾ der letztlich in einen Rückgang der gesamten Risikovorsorge mündete. Die Kreditrisikovorsorge als zweite Komponente des Bewertungsergebnisses

Positives Bewertungsergebnis

³⁹⁾ Vorläufige Hochrechnung auf Basis von 90 % aller Sparkassen und 95 % aller Kreditgenossenschaften: Ergebnisbeitrag Wertpapierportfolio: Sparkassen: + 0,07 % der dBS; Kreditgenossenschaften: + 0,04 % der dBS. Ergebnisbeitrag Kreditportfolio: Sparkassen: - 0,53 % der dBS; Kreditgenossenschaften: - 0,47 % der dBS.

Großkreditportfolios in Relation zum haftenden Eigenkapital



Lesebeispiel: Ende Juni 2004 hatten knapp 4% der Kreditgenossenschaften einzelwertberichtigte Großkredite zwischen 2% und 4% des haftenden Eigenkapitals.

Deutsche Bundesbank

stieg dagegen konjunkturell bedingt gegenüber dem Vorjahr leicht an.

Die Risikopositionen der Institute beider Bankengruppen konzentrieren sich weitgehend auf Kredite an inländische Unternehmen und Selbständige sowie Kredite an inländische private Haushalte.

Im Bereich der gewerblichen Kredite entfällt ein großer Teil auf den Immobilienbau oder -erwerb. Aus diesem Bestand können im derzeitigen Marktumfeld insbesondere Kredite für Büroimmobilien Abschreibungsbedarf hervorrufen, vor allem wenn ein Institut seinen – durch das Regionalprinzip vorgegebenen – Geschäftsschwerpunkt in Regionen mit negativer Immobilienmarktentwicklung hat.

*Überschaubare
Risiken im
gewerblichen ...*

Die Analyse der Großkreditdaten⁴⁰⁾ ergibt, dass sich die Qualität der Portfolios⁴¹⁾ der Kreditgenossenschaften im Vergleich zum letztjährigen Stabilitätsbericht leicht verschlechtert, die der Sparkassen hingegen leicht verbessert hat. So erhöhte sich insbesondere der Anteil der Sparkassen, die weder mit latenten Risiken behaftete noch einzelwertberichtigte Großkredite im Portfolio haben.

⁴⁰ Großkredit gemäß §§ 13, 13a, 13b KWG ist eine Forderung einer Bank, die 10% ihres haftenden Eigenkapitals übersteigt. Derartige Kredite werden in drei Risikoklassen unterteilt: Klasse 1: ohne erkennbare Risiken, Klasse 2: mit latenten Risiken behaftet, Klasse 3: bereits einzelwertberichtigt.

⁴¹ Mit 26% Anteil am durchschnittlichen Geschäftsvolumen (dGV) der Sparkassen bzw. 33% am dGV der Kreditgenossenschaften sind die Großkredite keine vollständige, jedoch eine näherungsweise Abbildung der gewerblichen Portfolios der beiden Bankengruppen.

... und
Privatkunden-
Portfolio

In beiden Bankengruppen stellen private Immobilienkredite die volumenmäßig bedeutendste Kreditkategorie dar. Zwar mehren sich die Anzeichen, dass die Risiken aus diesem Portfolio leicht ansteigen dürften. Gleichwohl sprechen die nach wie vor hohen Bonitäten dieser Kreditnehmer sowie die in weiten Teilen gegebene Wertbeständigkeit der Sicherheiten dafür, dass der hohe Anteil privat finanzierter Immobilien im Portfolio von Sparkassen und Kreditgenossenschaften unter Stabilitätsaspekten keine besonderen Risiken zeitigt.

Es ist indes nicht auszuschließen, dass sich in beiden Bankengruppen einzelne Institute künftig mit erhöhtem Wertberichtigungsbedarf – in der Hauptsache verursacht durch das gewerbliche Kreditportfolio – konfrontiert sehen könnten.

Eigen- und
Kernkapital
erhöht

Positiv zu werten ist, dass die Verlustpuffer der Sparkassen und Kreditgenossenschaften durch die verbesserte Ertragslage im Jahr 2003 gestiegen sind. Das haftende Eigenkapital von Sparkassen erhöhte sich in den ersten acht Monaten des Jahres 2004 um 5,2 %, das von Kreditgenossenschaften um 6,0 %. Sowohl Eigenkapital- als auch Kernkapitalquote liegen deutlich über den regulatorischen Mindestanforderungen von 8 % beziehungsweise 4 %.

Ergebnisse
eines
Hazardraten-
modells

Die insgesamt positive Einschätzung der Stabilität von Sparkassen und Kreditgenossenschaften wird gestützt durch die Ergebnisse eines von der Bundesbank zur Einschätzung der Bonität einzelner Banken eingesetzten Hazardratenmodells (siehe Erläute-

Ausgewählte Bilanzpositionen von Sparkassen und Kreditgenossenschaften

Stand: 30. Juni 2004; Mrd €

Kredite an/für ...	Sparkassen	Kredit- genossen- schaften
Inländische Unternehmen und Privatpersonen	574,7	338,9
darunter:		
inländische Unternehmen und Selbständige	279,6	154,4
inländische wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen	291,2	181,4
Kredite für Bauzwecke (gewerblich und privat)	352,4	216,9
darunter:		
Wohnungsbau an private Haushalte	217,9	133,3
Wohnungsbau an gewerbliche Kreditnehmer 1)	74,2	38,6
Kredite für gewerblichen Bau, grundpfandrechtl. gesichert 1)	60,3	45,0

1 Kredite für gewerbliche Bauvorhaben, die nicht grundpfandrechtl. besichert sind, werden von der Statistik nicht erfasst.

Deutsche Bundesbank

rungen auf S. 52). Verschiedene Kennziffern zur Ertragslage, Solvabilität und zum Risiko werden hier zu einer Ausfallwahrscheinlichkeit verdichtet. Die modellbasierte Bonitätseinschätzung für die Jahre 2004 und 2005 hat sich für beide Bankengruppen verbessert.

Eine wesentliche Komponente der Stabilitätslage der verbundartig organisierten Bankengruppen stellen die institutssichernden Haftungsverbände dar. Im genossenschaftlichen Sicherungssystem verursachte die mit der wirtschaftlichen Stagnation der letzten Jahre einhergehende Insolvenzwelle im Unternehmenssektor einen Anstieg des Beitragssatzes auf 2‰ der Bemessungsgrundlage. Sparkassen zahlen lediglich 0,3‰ einer ähnlich definierten Bemessungsgrundlage; allerdings

Instituts-
sicherung

Hazardratenmodell

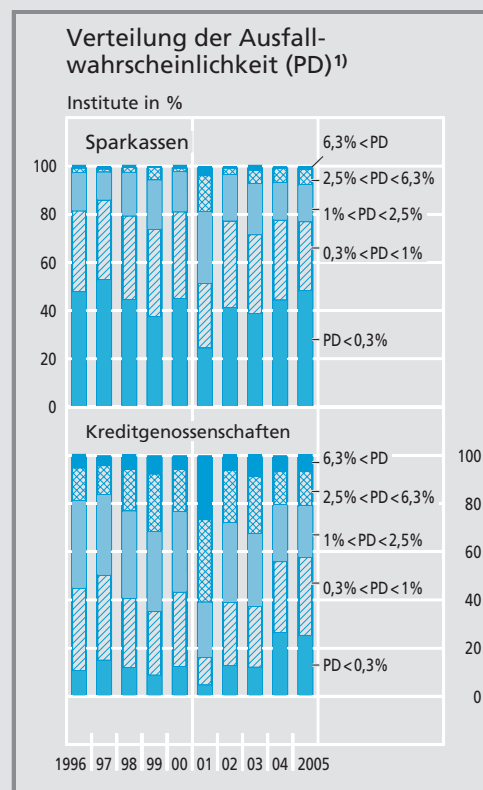
Hazardratenmodelle („Lebensdauermodelle“) werden zur Ermittlung von Ausfallwahrscheinlichkeiten im Zeitablauf eingesetzt. Gegenüber anderen Verfahren zur Schätzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten zeichnen sie sich dadurch aus, dass sowohl über die Zeit als auch im Querschnitt erhobene Daten simultan verarbeitet werden (Paneldaten). Die Bundesbank hat ein Hazardratenmodell zur Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeiten von Sparkassen und Kreditgenossenschaften entwickelt.

Das Hazardratenmodell unterstützt die makroprudenzielle Aufsicht bei der Einschätzung der Risiken im Bankensektor. Das Verfahren ist auf einen Prognosehorizont von einem Jahr kalibriert und schätzt damit die einjährige Ausfallwahrscheinlichkeit. Dabei gelten Institute als ausgefallen, sofern sie innerhalb des kommenden Jahres ohne stützende Maßnahmen des Verbands im Bestand gefährdet sind. Die Wahrscheinlichkeit für dieses Ereignis wird anhand institutsspezifischer, regionaler und gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen bestimmt. Die institutsspezifischen Kennzahlen beziehen sich auf die Kapitalausstattung, die Ertragslage, das Kreditrisiko und das Marktrisiko der jeweiligen Sparkasse oder Kreditgenossenschaft. Daneben bestimmen regionale und gesamtwirtschaftliche Faktoren die Entwicklung der mittleren Ausfallwahrscheinlichkeit über die Zeit.

Zur Kennzahlenauswahl und zur Bestimmung der Gewichte stand ein Panel historischer Daten über sämtliche Sparkassen und Kreditgenossenschaften seit 1993 (Vollerhebung) zur Verfügung. Der Ausfalldatenkatalog umfasste unter anderem Sanierungsfusionen und kapitalerhaltende Maßnahmen der Verbände. Das Hazardratenmodell wurde mit einer Logit-Linkfunktion unter Berücksichtigung der Panelstruktur der Daten geschätzt. Dabei ergibt sich eine gute Anpassung der geschätzten Ausfallwahrscheinlichkeiten an die historischen Ausfallraten und eine gute Diskriminierung der Ausfälle und Nichtausfälle (Ginikoeffizient: 0,62). Die Schätzung zeigt, dass der Kapitalausstattung bei weitem die größte Bedeutung bei der Diskriminierung zukommt. Es folgen Ertragslage, Kredit- und Marktrisiko mit ungefähr gleichem Gewicht. Auch die regionalen und gesamtwirtschaftlichen

Faktoren liefern signifikante Beiträge zur Erklärung der Ausfallraten im Zeitablauf. Eine Ausdehnung des Modells auf die gesamte Kreditwirtschaft scheitert unter anderem an der größeren Heterogenität und der geringeren Institutsanzahl der anderen Bankengruppen.

Im unten stehenden Schaubild ist die Verteilung der Institute auf verschiedene Risikoklassen für einen Zeitraum von zehn Jahren wiedergegeben. Es zeigen sich erhebliche zeitliche Schwankungen der Besetzungshäufigkeiten. Im Jahr 2001 lag der Anteil der Institute in den hohen Risikoklassen deutlich über dem Durchschnitt. Seitdem hat die Besetzung der risikoarmen Klassen wieder relativ zugenommen. Der Anteil der Kreditgenossenschaften in den risikoarmen Klassen liegt am aktuellen Rand sogar höher als in den anderen Jahren des Betrachtungszeitraums.



¹ Basierend auf den Daten des Jahres t (beispielsweise 2003) ordnet das Hazardratenmodell jedem Institut eine Ausfallwahrscheinlichkeit für das Jahr t+2 (im Beispiel 2005) zu.

sichern dort derzeit neben den Fondsmitteln auch Anstaltslast und Gewährträgerhaftung den Bestand eines Instituts. Da diese beiden staatlichen Stützen künftig wegfallen, können sich auch die öffentlich-rechtlichen Institute zukünftig mit durchschnittlich höheren Belastungen konfrontiert sehen. Im Lichte dieser Entwicklungen sind die unlängst durchgeführten institutionellen Reformen beider Haftungsverbände zu begrüßen. So belegen erste Erfahrungen, dass bereits das Wissen um die zukünftig ratingabhängigen Beiträge und die verbundinternen Bonitätsmessungen ein gestiegenes Preis-Risiko-Bewusstsein der Mitgliedsbanken ausgelöst hat und so langfristig die Solidität der Sicherungseinrichtungen fördert. Gesamtwirtschaftlich liefern beide institutssichernden Haftungsverbände einen erkennbaren Beitrag für die Stabilität des Finanzsystems, da sie auf Gläubiger vertrauensbildend wirken. Ordnungspolitische Bedenken bestehen gegenüber privatrechtlich organisierten und finanzierten Systemen nicht.

Regional- und sonstige Kreditbanken

Gegen den allgemeinen Trend expandierten einige Institute dieser recht heterogen zusammengesetzten Bankengruppe auch in den vergangenen Jahren wirtschaftlicher Stagnation. So konnten insbesondere Banken, die auf das Retailgeschäft spezialisiert sind, im Jahr 2003 ihre Kreditvergabe an inländische Privatpersonen überproportional ausweiten; diese Entwicklung setzte sich im ersten Halbjahr 2004 mit ähnlicher Dynamik fort. Zwar belastet die zunehmende Anzahl von Privatinsolvenzen die Ertragslage der Retailinstitute:

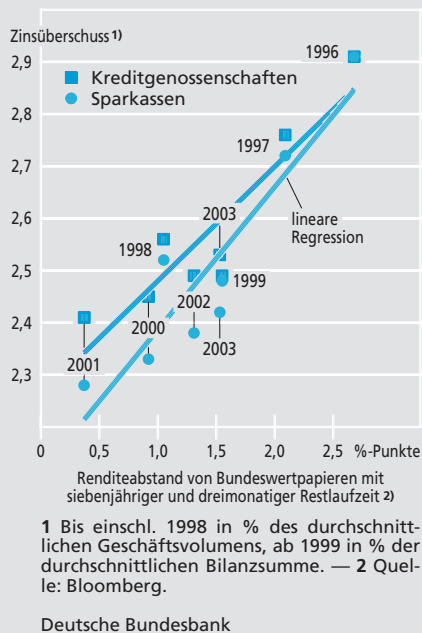
Im Unterschied zu der allgemeinen Entwicklung waren diese mit einem sprunghaften Anstieg der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und der Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft konfrontiert. Gleichwohl ist die Lage dieser fokussierten Institute recht komfortabel. Zum einen ist das von ihnen verfolgte Geschäftsmodell wegen hoher Margen wirtschaftlich attraktiv. Zum anderen sind die Portfolios dieser Banken sehr granular und die Einzelrisiken wenig korreliert, so dass Klumpenrisiken und Dominoeffekte nicht auftreten. Gleichzeitig liefern die vielen Kundendaten eine gute statistische Basis zur Entwicklung von Bonitätsbeurteilungsverfahren.

Nicht nur im Massengeschäft war in der jüngeren Vergangenheit wirtschaftlicher Erfolg möglich. So konnten Institute, die auf die Vermögensverwaltung von Privatkunden spezialisiert sind, ihren Jahresüberschuss vor Steuern im letzten Jahr spürbar steigern. Die genannten Beispiele zeigen, dass ein klares Profil und einfache, für Kunden und Mitarbeiter verständliche Geschäftsmodelle in einem schwierigen Marktumfeld wirtschaftlich erfolgreich sein können. Vereinzelte Marktaustritte in dieser Bankengruppe gehören zum – durchaus wünschenswerten – Ausleseprozess einer Marktwirtschaft und stehen nicht im Widerspruch zum guten Ergebnis vieler Kreditbanken.

*Erfolg durch
Fokussierung*

*Ertrags-
potenziale
spezialisierte
Retailbanken*

Zusammenhang zwischen dem Renditeabstand bei Bundeswertpapieren und dem Zinsüberschuss



Die Lage der privaten Hypothekenzbanken⁴²⁾

Begrenzte Geschäftsmöglichkeiten

Insbesondere den reinen Hypothekenzbanken fällt es seit einigen Jahren schwer, ausreichende Erträge zu erwirtschaften. Trotz einiger Erweiterungen im Laufe der Zeit bleibt das Geschäftsspektrum dieser Banken weitgehend auf die Finanzierung von Immobilien beziehungsweise Grundstücken und auf die Staatsfinanzierung beschränkt. Zwar schuf der Gesetzgeber diesen Instituten im Rahmen des vierten Finanzmarktförderungsgesetzes erweiterte Geschäftsmöglichkeiten in Form von provisionstragenden Neben- oder Hilfgeschäften und erweiterte ihren regionalen Spielraum deutlich. Trotzdem ist es den Instituten in ihrer Gesamtheit bislang nicht gelungen, im provisionstragenden Geschäft erkennbare Über-

schüsse zu erzielen. Zinserträge machten im Jahr 2003 98 % der gesamten Erträge der Hypothekenzbanken, Zinsaufwendungen 91 % der gesamten Aufwendungen aus.

Die Zinsüberschüsse dieser Banken gehen jedoch seit Jahren zurück, weil die Margen sowohl im privaten als auch im staatlichen Hypothekengeschäft in den letzten Jahren deutlich geschrumpft sind. Darüber hinaus nahmen in Deutschland die Geschäftsvolumina der privaten Hypothekenzbanken im Einklang mit sinkenden Marktanteilen ab. So verringerten sich die Bestände der Kredite für den Wohnungsbau an inländische Unternehmer und Privatpersonen dieser Institute im Jahr 2002 um 2,8 %, um 1,7 % im Jahr 2003 und um weitere 1,4 % im ersten Halbjahr 2004. Ihr Anteil an allen Krediten für den Wohnungsbau an inländische Unternehmen und Privatpersonen betrug Anfang der neunziger Jahre noch 18 %; Ende 2003 belief sich dieser Anteil nur noch auf 13 %. Die Margen im „zweiten Standbein“ Staatsfinanzierung sind geschäftsartbedingt eng. Mögliche Ertragssteigerungen über wachsende Volumina sind trotz zunehmender staatlicher Verschuldung dadurch begrenzt, dass der Staat zunehmend verbrieft Verbindlichkeiten begibt und weniger auf klassische Bankkredite zurückgreift. Auch der Versuch einiger Hypothekenzbanken, zukünftige Zinserträge mittels derivativer Geschäfte vorzuziehen, kann nur temporär Abhilfe schaffen.

Sinkende Zinsüberschüsse ...

42 Die hier analysierten privaten Hypothekenzbanken – ohne Bayerische HypoVereinsbank – gehören nach der Institutssystematik der Bundesbank zu der Gruppe der Realkreditinstitute. Die privaten Hypothekenzbanken vereinigen per Juni 2004 über 96 % der durchschnittlichen Bilanzsumme aller Realkreditinstitute auf sich.

... bei hohen
Risiken

Den gesunkenen Einnahmen der Hypothekenbanken stehen gestiegene Risiken beziehungsweise hohe Wertberichtigungen gegenüber. Die Bereinigung der im Zuge der deutschen „Wiedervereinigungseuphorie“ hohen Preise sowie steigende Leerstandsquoten insbesondere im ostdeutschen Immobilienmarkt führten zu steigenden Vorsorgeaufwendungen, so dass das operative Ergebnis nach Risikovorsorge deutlich geringer ist als in den späten neunziger Jahren.

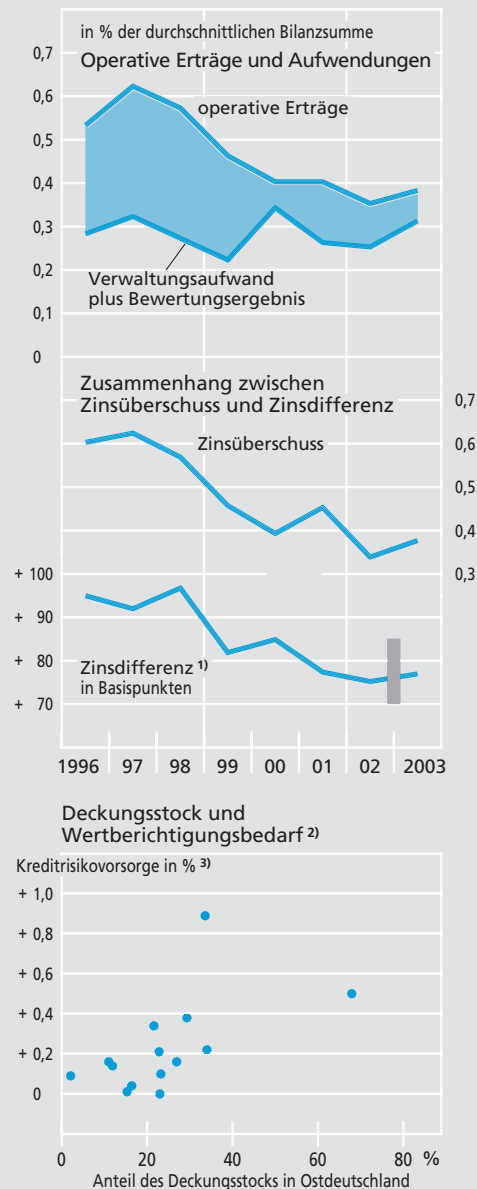
Weitreichende
Reform-
maßnahmen

Vor dem Hintergrund zunehmender Schuldendienstprobleme bei privaten Haushalten sowie der weiterhin schlechten Marktaussichten insbesondere für gewerbliche Immobilien ist daher sehr positiv zu werten, dass sich viele Hypothekenbanken tiefgreifenden Restrukturierungsprogrammen unterzogen haben. Im Zentrum der Aktivitäten standen und stehen die Bereinigung der Portfolios von „Altlasten“, die Erschließung neuer Ertragsquellen auch im provisionstragenden Geschäft und/oder auf Auslandsmärkten sowie die Weiterentwicklung des Risikomanagements. Insbesondere Letzteres ist im Hinblick auf die wachsenden Auslandsengagements sehr wichtig. Zwar lassen sich in anderen Ländern eventuell höhere Margen als in Deutschland erzielen; die Risiken sind jedoch auf Grund volatiler und/oder hoch bewerteter Märkte beachtlich.

Voraussichtliche
Änderung des
gesetzlichen
Umfelds

Die Bundesregierung plant, das Hypothekendarlehenbankgesetz und das Gesetz über öffentliche Pfandbriefe durch ein allgemeines Pfandbriefgesetz zu ersetzen (siehe Erläuterungen auf S. 56). Somit würde das seit mehr als 100 Jahren bestehende Spezialbankenprinzip für Hypothekenbanken aufgegeben. Der Vorteil

Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewählter privater Hypothekenbanken



1 Hypothekenzins (bis 2002 Festzins auf zehn Jahre für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke, Effektivzins; ab 2003 Wohnungsbaukredite an private Haushalte, Zinsbindung über zehn Jahre, Effektivzins) minus Umlaufrendite von Hypothekendarlehenpfandbriefen mit einer mittleren Restlaufzeit von über neun bis zehn Jahren. — 2 Werte 14 ausgewählter Hypothekenbanken. — 3 Betrag zuzügl. Aufwand für Rettungserwerb von Immobilien.

Das geplante Pfandbriefgesetz

Die Bundesregierung hat einen Gesetzesentwurf zur Neuordnung des Pfandbriefrechts vorgelegt. Dieses Pfandbriefgesetz soll das Hypothekendarlehenbankgesetz (HBG) sowie das Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) ablösen. Ziel des neuen Gesetzes ist, allen Kreditinstituten, die die im Gesetz festgelegten strengen Qualitätsstandards für die Pfandbriefbegebung erfüllen, den Zugang zum Pfandbriefgeschäft zu öffnen. Gleichzeitig wird hierdurch das für die privaten Hypothekendarlehenbanken geltende Spezialbankprinzip, das heißt die Beschränkung der zulässigen Geschäfte auf risikoarme Hypothekendarlehen- und Kommunalanleihen und ihre Refinanzierung durch gedeckte Schuldverschreibungen, abgeschafft.

Die Restriktionen des HBG, die den privaten Hypothekendarlehenbanken enge Grenzen in Bezug auf eine Diversifizierung ihres Leistungsspektrums setzen, erwiesen sich in den letzten Jahren zunehmend als kontraproduktiv, da sie die Möglichkeiten der Institute zur Ertragsgenerierung begrenzen. Hinzu kommt, dass das Nebeneinander von dem HBG unterliegenden privaten Hypothekendarlehenbanken und den auf der Grundlage des ÖPG regulierten öffentlich-rechtlichen Emittenten von Pfandbriefen (i.V. Landesbanken, aber auch einige Sparkassen) im Interesse eines fairen Wettbewerbs verbesserungsbedürftig ist. Dies gilt umso mehr, als die Voraussetzungen der Pfandbriefemission in beiden Gesetzen nicht einheitlich geregelt sind und sich durch den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die Landesbanken und Sparkassen eine grundlegende Veränderung der Rahmenbedingungen ergeben wird.

Die Anforderungen an die Pfandbriefbegebung werden sich nach dem neuen Gesetz an hohen Standards orientieren, und zwar insbesondere hinsichtlich der Auswahl der Beleihungsobjekte, der Beleihungswertermittlung, der Einhaltung der Beleihungsgrenzen, dem Risikomanagement, erhöhten Anforderungen an den Treuhänder, der Insolvenzfestigkeit und einer intensiveren Beaufsichtigung. Durch das Pfandbriefgesetz soll die hohe Qualität des Pfandbriefs weiter verbessert und das Vertrauen der Investoren in diese Anlageform gestärkt werden. Es soll noch vor dem Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung in Kraft treten.

Deutsche Bundesbank

für die reinen Hypothekendarlehenbanken bestünde darin, dass ihre Geschäfts- und damit Ertragsmöglichkeiten erweitert würden. Die Gefahr stärkerer Konkurrenz für die bestehenden Hypothekendarlehenbanken auf dem Pfandbriefmarkt ist überschaubar, da bereits heute praktisch alle Bankengruppen im Hypothekendarlehenmarkt vertreten sind und ein Markteintritt zusätzlicher Anbieter auf Grund niedriger Margen eher unattraktiv erscheint. Hinzu kommt, dass die Akzeptanz der Emittenten auf dem Pfandbriefmarkt nur über hohe Volumina und gute Bonität sichergestellt werden kann. Das begrenzt den Kreis potenzieller Emittenten. Auch wenn vereinzelte Fusionen und Marktaustritte nicht auszuschließen sind, so ist im Lichte der derzeit verfügbaren Informationen von einem geordneten Übergang zur neuen Gesetzeslage auszugehen. Aus bankenaufsichtlicher Perspektive ist es wichtig, dass Hypothekendarlehenbanken nicht auf Grund ihrer erweiterten Geschäftsmöglichkeiten und ohne genügend Expertise neue und unüberschaubare Risiken eingehen.

Versicherungsgesellschaften

Neben Kreditinstituten sind auch Versicherungsunternehmen für die Stabilität des deutschen Finanzsystems von hoher Relevanz. Insbesondere Lebensversicherer weisen eine enge Verknüpfung mit dem Bankensektor auf; sie sind häufig über Konzernstrukturen mit Sachversicherern verbunden.⁴³⁾ Rückversicherungs-gesellschaften haben auf Grund

43 Von den 50 größten Lebensversicherern gehören 46 einem „gemischten“ Konzern an.

ihres „Zweitversicherungsgeschäfts“ eine Netzwerkstellung⁴⁴⁾ in der Branche.

*Entspannung
der Ertrags-
und
Solvenzlage*

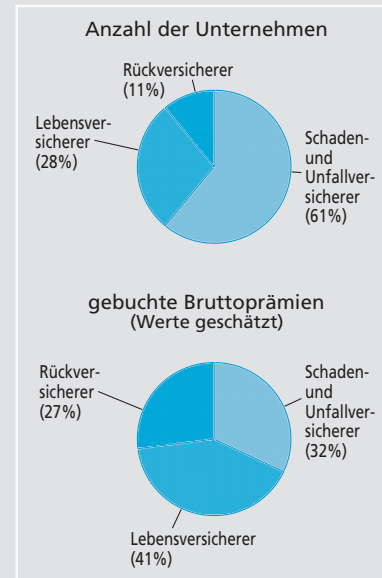
Die Ertragslage und die Solvabilität der deutschen Versicherungswirtschaft haben sich im Jahr 2003 stabilisiert. So verbesserte sich die Eigenkapitalrentabilität in den Sparten „Leben“ und „Sach“ dank der parallelen Stärkung der Ergebnisse aus dem Versicherungsgeschäft und der Kapitalanlage von 6,3 % beziehungsweise 7,9 % in 2002 auf 9,3 % beziehungsweise 15,8 % in 2003. Damit erreichen die Lebensversicherer noch nicht wieder das Niveau aus 1999 (12,1%),⁴⁵⁾ da die außerordentlichen Belastungen (Kapitalmarktentwicklung, zu großzügige Überschussbeteiligungen, etc.) der letzten drei Jahre noch nachwirken.

*Kapitalanlage-
ergebnis
heute ...*

Die Entspannung an den Kapitalmärkten führte 2003 zu einer deutlichen Verbesserung des Kapitalanlageergebnisses aller Versicherer (+ 13,8 % im Lebens-, + 7,4 % im Sachgeschäft). Darüber hinaus ist positiv zu werten, dass die stillen Lasten der im Anlagevermögen gehaltenen Aktien der Lebensversicherer durch Verkäufe und Abschreibungen nach Schätzungen des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft von 16 Mrd € in 2002 auf etwa 5 Mrd € Ende 2003 gesunken sind und damit weniger als 1% des gesamten Kapitalanlagebestandes betragen. Da dieser Rückgang jedoch teilweise auf Aktienverkäufe zurückzuführen ist, wird die Lebensversicherungsbranche an künftig möglichen Kursgewinnen – trotz des kursbedingt von 7 % in 2002 auf 8 % in 2003 gestiegenen Anteils der direkt und über Fonds gehaltenen

Struktur des deutschen Versicherungssektors

Stand: Ende 2003



Quelle: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Deutsche Bundesbank

Aktien an den gesamten Kapitalanlagen – nur eingeschränkt partizipieren.

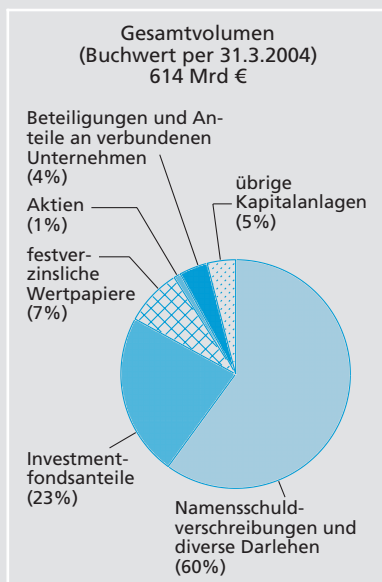
Lebensversicherer investieren im 5-Jahres-Vergleich verstärkt in Fonds mit Rentenpapieren, gefolgt von Schuldscheinen und Darlehen; der Anteil ihrer festverzinslichen Kapitalanlagen liegt nunmehr bei rund 80 %. Dadurch kann die Lebensversicherungsindustrie zum einen eine Annäherung der durchschnittlichen Bindungsdauer (Duration) von langfristigen, an den gesetzlichen Garantie-

... und künftig

⁴⁴ Die 50 größten Sachversicherer Deutschlands gaben 2003 25,9 % ihres Erstgeschäfts an Rückversicherungsgesellschaften ab. Bei den Lebensversicherern betrug die Quote 7,8 %.

⁴⁵ Diese und die folgenden Zahlen gelten für die 50 größten deutschen Lebensversicherer (Marktanteil: ca. 95 % der gebuchten Bruttoprämien 2003) und für die 50 größten deutschen Sachversicherer (Marktanteil: 92,6 % der gebuchten Bruttoprämien 2003).

Kapitalanlagen deutscher Lebensversicherer



Quelle: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Deutsche Bundesbank

zins gebundenen versicherungstechnischen Rückstellungen auf der Passivseite und den im Durchschnitt kürzer laufenden Anlagetiteln auf der Aktivseite erreichen. Zum anderen wird durch die Umschichtung in festverzinsliche Anlagen die Volatilität der Aktiva verringert. So ist eine ausgeprägte Anlage in alternative Investments wie Unternehmensanleihen, Hedgefonds, Private Equity und strukturierte Produkte nur bei einer geringen Anzahl von Versicherern festzustellen, wenngleich die Engagements in Credit Linked Notes und Asset Backed Securities im letzten Jahr leicht zugenommen haben.

Die deutlich gestärkte Ertragslage der Lebensversicherer – gemessen an der Steigerung der Jahresüberschüsse (2002: 494 Mio €, 2003: 754 Mio €) – resultiert ferner aus der Verbes-

serung des versicherungstechnischen Ergebnisses. Das Wachstum der gebuchten Bruttoprämien nahm bei den 50 größten Gesellschaften um 4,1% auf 63,2 Mrd € zu. Das gute Neugeschäft ist ein Indiz dafür, dass weiterhin – auch mangels alternativer privater Altersvorsorgeprodukte – ein hohes Vertrauen der Bevölkerung in das Produkt Lebensversicherung besteht. Im Vergleich zu den Vorjahren fällt jedoch auf, dass die Spanne des unternehmensindividuellen Neugeschäftsgewinns auseinanderzudriften beginnt. Diese heterogene Branchenentwicklung deutet auf eine Intensivierung des ohnehin schon hohen Wettbewerbs hin, der durch das sich ändernde Umfeld – zum Beispiel teilweiser Wegfall des Steuerprivilegs beim Flaggschiff Kapitallebensversicherung sowie wachsende Bedeutung der privaten Altersvorsorge – noch verstärkt wird.

Die Lebensversicherungsbranche hat auf diese Entwicklung mit einer Neubeziehungsweise Umgestaltung ihrer Produkte reagiert. Dies geschieht zum einen mit Blick auf Nachfrageverschiebungen. So gründeten oder öffneten Lebensversicherer in den letzten Jahren Pensionskassen und – weniger bedeutend – Pensionsfonds, die das Prämienwachstum 2003 zwar deutlich stärkten, deren Geschäft im Vergleich zu Einzelpolicen allerdings relativ margenarm ist. Zum anderen favorisieren Versicherer Produkte, bei denen sie ihr eigenes Risiko verringern können. Hierzu gehört die fondsgebundene Lebensversicherung, die mangels Garantieverzinsung das Kapitalmarktrisiko auf die Kunden abwälzt und von diesen nur zögerlich angenommen wird (durchschnittlicher Anteil am regelmäßigen

Stärkerer Wettbewerb im Neugeschäft der Lebensversicherer ...

Prämienvolumen: 8,9 %). Die im Zuge dieser – betriebswirtschaftlich notwendigen – Änderungen zunehmende Volatilität des Branchenergebnisses kann das Risiko von Schieflagen in der Branche grundsätzlich erhöhen.

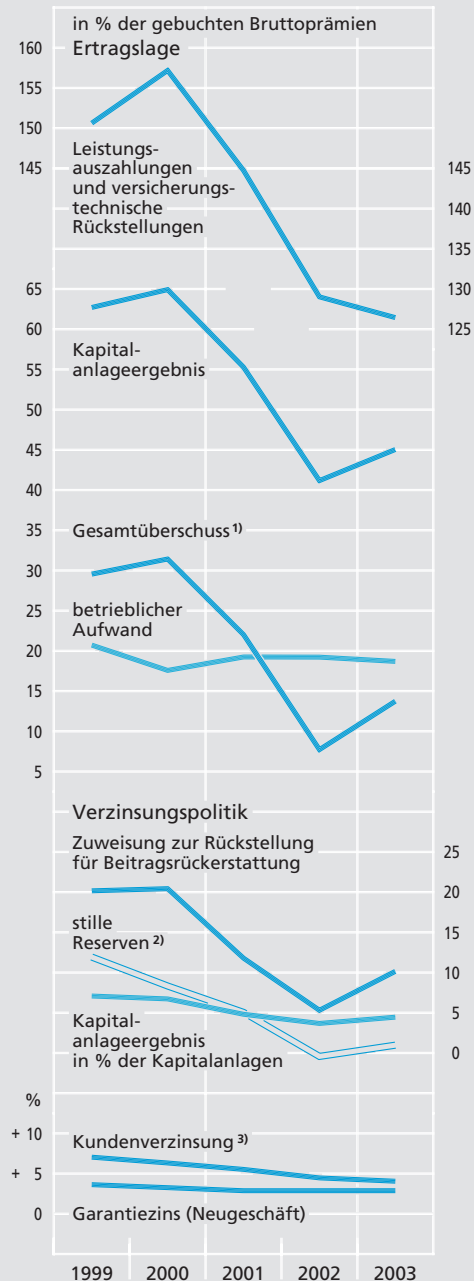
... bei reduzierten Überschussbeteiligungen

Der starke brancheninterne Wettbewerb spiegelte sich in den vergangenen Jahren auch in den hohen Erwartungen der Versicherungsnehmer hinsichtlich der über den gesetzlichen Garantiezins hinausgehenden Überschussbeteiligungen wider. Ihre Bedienung war nur durch den kontinuierlichen Abbau der Ertragspuffer möglich. Mittlerweile zwingt die angeschlagene Finanzkraft jedoch die Branche zu einer Absenkung dieser Beträge. Die Gesamtverzinsung der Versicherungsguthaben konnte im Jahr 2003 wieder vollständig aus dem verbesserten Kapitalanlageergebnis bedient werden, so dass die Ertragspuffer der freien Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) sowie der Bewertungsreserven aus Kapitalanlagen wieder zunehmen. Die Fortsetzung dieser nachhaltig tragbaren Ausschüttungen setzt jedoch die Erzielung stets ausreichender Kapitalanlagerträge auch in Niedrigzinsphasen voraus.

Gute Ergebnisse der Sachversicherer

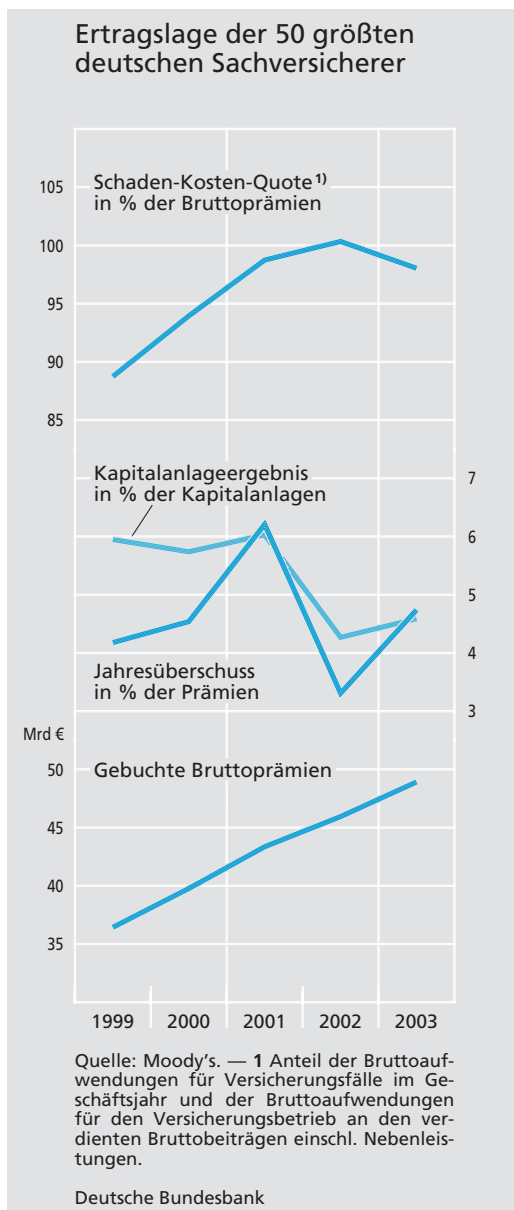
In der Schaden- und Unfallversicherung sorgte 2003 die Kombination aus sinkendem Schadenaufwand und steigenden Beitragseinnahmen erstmals seit 1998 für eine Schaden-Kosten-Quote von unter 100 %. Mit einem Jahresüberschuss von 2,7 Mrd € (Vorjahr 2,4 Mrd €) erwiesen sich die Schaden- und Unfallversicherer als stabilste Sparte; dies erleichterte es gemischten Konzernen, ihre Lebensversicherungssparten kapitalmäßig zu unterstützen. Auch im laufenden Jahr könn-

Daten der 50 größten deutschen Lebensversicherer



Quellen: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungs-
aufsicht, Moody's, Assekurata. —
1 Jahresüberschuss plus Zuweisung zur
Rückstellung für Beitragsrückerstattung. —
2 Quotient aus der Differenz zwischen
Markt- und Buchwert aller Kapitalanlagen
und dem Buchwert der Kapitalanlagen. —
3 Verzinsung der Versicherungsguthaben für
das folgende Jahr.

Deutsche Bundesbank



ten die Sachversicherer wieder stabile Ergebnisse liefern: Zum einen nähert sich der weiterhin harte Markt⁴⁶⁾ – geprägt durch hohe Prämien und restriktivere Policen – erst langsam seinem Ende; zum anderen blieb die Anzahl der durch deutsche Sachversicherer abzudeckenden Großschäden sowie der durch Mensch und Natur verursachten Katastrophen bislang relativ gering.

Zwar sorgten in der Rückversicherungsindustrie – im Wesentlichen einmalige – Belastungen durch Verflechtungen mit Banken und Erstversicherern für einen Rückgang der Jahresergebnisse 2003. Jedoch führten insgesamt günstige Rahmenbedingungen im operativen Geschäft desselben Jahres auch bei den Rückversicherern – gemessen an den beiden weltweit tätigen deutschen Marktführern – zu einer Reduzierung der Schaden-Kosten-Quote auf deutlich unter 100 %. Dieses gute Verhältnis wird im laufenden Jahr wegen der Serie schwerer Hurrikane möglicherweise nicht wiederholt werden können.

*Entspannung
bei Rück-
versicherern*

Für die Frage der Nachhaltigkeit einer grundsätzlich positiven Ertragsentwicklung ist neben dem Auftreten von Schäden und Schadenfolgezahlungen die Reaktion der Rückversicherer auf die sich abzeichnende Phase zyklisch bedingt niedrigerer Prämien entscheidend. Die deutschen Rückversicherer scheinen ihre vorsichtige Prämienpolitik zunächst fortzusetzen, was sich durch die Einbußen der letzten Jahre, die auch künftig auf niedrigem Niveau verharrenden Kapitalmarkterträge sowie den Wunsch zur Wiedererlangung der für Preisverhandlungen wichtigen hohen Ratings erklärt. Die deutsche Branche steht dabei jedoch vor dem Problem, dass insbesondere jüngst neu gegründete Konkurrenzunternehmen aus Offshore-Zentren unbelastet von den Kapitalmarkt- und Scha-

⁴⁶ Im Nicht-Lebengeschäft folgen die versicherungstechnischen Ergebnisse einem zyklischen Muster, das unter anderem durch (un-)günstige Schadenserfahrungen, die Rendite der Kapitalanlagen sowie das Streben der Versicherer nach höheren Marktanteilen hervorgerufen wird. Die Zyklen unterteilen sich in Phasen mit tiefen Prämienätzen („weiche Märkte“) und in solche mit hohen Prämienätzen („harte Märkte“).

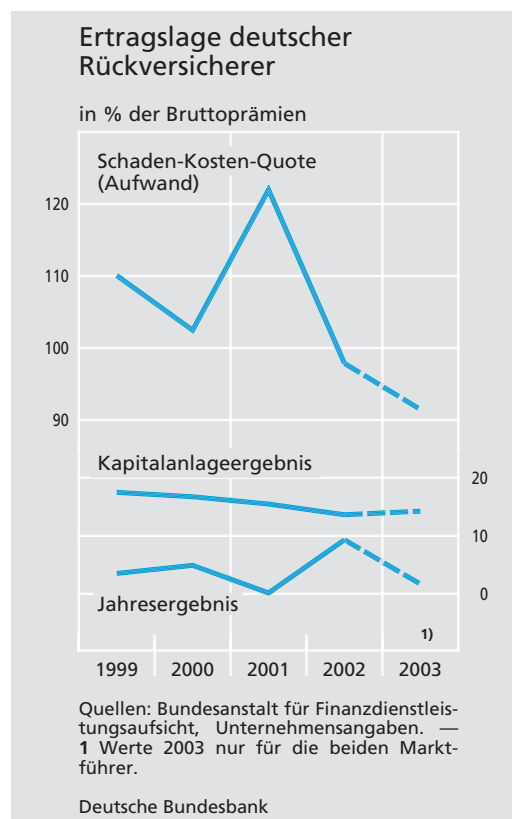
densentwicklungen der letzten Jahre agieren können und daher über einen größeren preispolitischen Handlungsspielraum verfügen.

*Stabilisierung
der Finanzkraft:
Ergebnisse der
Stresstests ...*

Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) seit 2003 durchgeführten Stresstests für Lebens- und Krankenversicherungsgesellschaften dienen als Frühwarnsystem im Kapitalanlagemanagement. Anhand aufsichtsseitig definierter Stresssituationen an den Kapitalmärkten⁴⁷⁾ wird überprüft, ob der Marktwert der Kapitalanlagen eines Unternehmens in bestimmten Extremfällen noch zur Deckung der Rückstellungen und Eigenmittel ausreicht. Zum Stichtag 31. Dezember 2003 haben insgesamt zwölf Lebensversicherer und zwei Krankenversicherer mindestens eines der drei Test-Szenarien „nicht bestanden“. Wegen der speziellen Annahmen des Tests bedeutet „nicht bestanden“ jedoch nicht zwingend, dass der entsprechende Versicherer sofort insolvent wäre, wenn das jeweilige Szenario einträte. So gilt beim Test zum Beispiel als Prämisse, dass alle Verpflichtungen einer Versicherungsgesellschaft sofort und gleichzeitig fällig werden. Tatsächlich verteilen sich die Verpflichtungen von Lebensversicherern aber über 20 und mehr Jahre. Aus dem Ergebnis sind somit keine unmittelbaren Gefahren für die Finanzstabilität abzuleiten; es kann allerdings auf eine noch nicht vollständig wiedergewonnene Finanzkraft der Branche hindeuten.⁴⁸⁾

*... und der
Solvabilitäts-
kennzahlen*

Dieser Eindruck spiegelt sich in den Solvabilitätskennzahlen der Lebensversicherer wider. Zwar erholte sich die Solvabilität – ähnlich wie in den anderen Versicherungssparten – dank verbesserter Ertragslage und Eigenmittelerhö-

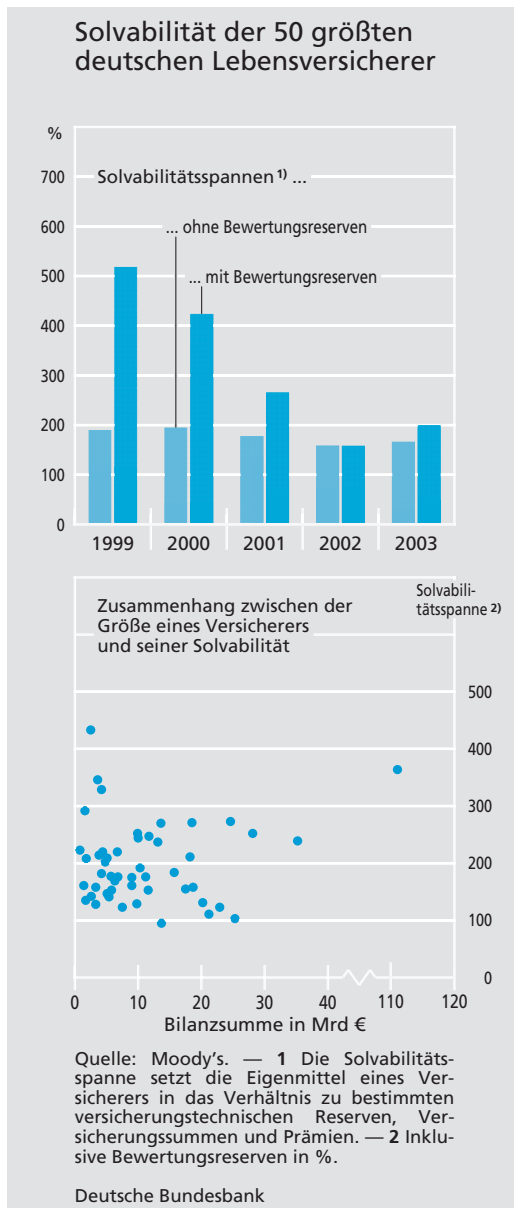


hungen (Anstieg der Solvabilitätsspanne⁴⁹⁾, geschätzt aus Geschäftsberichten, von durchschnittlich 159% im Vorjahr auf 167% in 2003); trotzdem wird das frühere Niveau noch nicht erreicht. Auffallend ist, dass die Solvabilität mittelgroßer Gesellschaften nicht hinter der großer Konkurrenten zurückbleibt; vielmehr weisen einige kleinere Lebensversicherer – auch bedingt durch ihre recht konservative Kapitalanlagepolitik in den letzten Jahren – überdurchschnittliche Werte aus.

⁴⁷ Szenario A misst, wie sich ein Rückgang der Aktienkurse um 35% auswirkt. In Szenario R wird ein Verfall der Werte von festverzinslichen Papieren um 10% unterstellt. Im Szenario AR werden simultane Preisrückgänge bei Aktien um 25% und bei Renten um 5% untersucht.

⁴⁸ Ein Vergleich mit den Vorjahrsergebnissen ist nicht sinnvoll, weil die BaFin die den Tests zu Grunde liegenden Szenarien und Annahmen verfeinert und stark geändert hat.

⁴⁹ Die Solvabilitätsspanne setzt die Eigenmittel eines Versicherers ins Verhältnis zu bestimmten versicherungstechnischen Reserven, Versicherungssummen und Prämien.



Künftige
Herausforderungen

Die Aussagekraft der Solvabilitätskennzahlen wird dadurch eingeschränkt, dass bei ihrer Ermittlung weder Kapitalanlagerisiken noch die vollen Marktwerte Berücksichtigung finden. Zudem werden die sich rasch ändernden Rahmenbedingungen nicht eingefangen, die die deutschen – aber auch andere europäische – Lebensversicherer dazu zwingen, künftig ihre regulatorischen und ökonomischen Eigenmittel deutlich zu stärken. Denn die 2005 schritt-

weise einzuführende Zeitwertbilanzierung nach IFRS nähert im Zusammenhang mit Solvency II, dem darauf aufbauenden risikoadäquateren EU-Solvabilitätsregime für Versicherungsunternehmen, das regulatorische Kapital stärker an das ökonomische an. Letzteres dürfte insbesondere durch die demographische Entwicklung steigen. So sind für das kommende Jahr wegen der längeren Lebenserwartung der Bevölkerung die Sterbetafeln aus dem Jahr 1994 überarbeitet worden. Außerdem wird durch das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben die Zahl der traditionellen Neugeschäftskunden tendenziell sinken. Damit in einem solchen Umfeld keine Gefahren für die Finanzstabilität aufkommen, ist auf eine Weiterentwicklung des Aktiv-Passiv-Managements ebenso wie auf das Wettbewerbsverhalten der Versicherer zu achten. Für diese wird entscheidend sein, das steigende Interesse der Bevölkerung an einer nicht staatlichen Altersvorsorge in eine hohe Anzahl von Neuverträgen mit betriebswirtschaftlich rentablen Konditionen umzuwandeln. Um hierbei langfristig Erfolg zu haben, muss einerseits die Finanzkraft als Wettbewerbsparameter für Kunden und freie Vermittler gestärkt und andererseits eine Überschussbeteiligung ausschüttet werden, die dem Wettbewerb mit der brancheneigenen Konkurrenz, aber auch mit den anders kalkulierenden Banken und Fondsgesellschaften standhalten kann.

Die Versicherungsgesellschaften versuchen, diesem Dilemma mit Kapitalerhöhungen, großvolumigen Kostensparprogrammen und einer generellen Reduzierung der Risiken zu begegnen, sei es durch die oben beschrie-

Reaktionen der
Versicherer

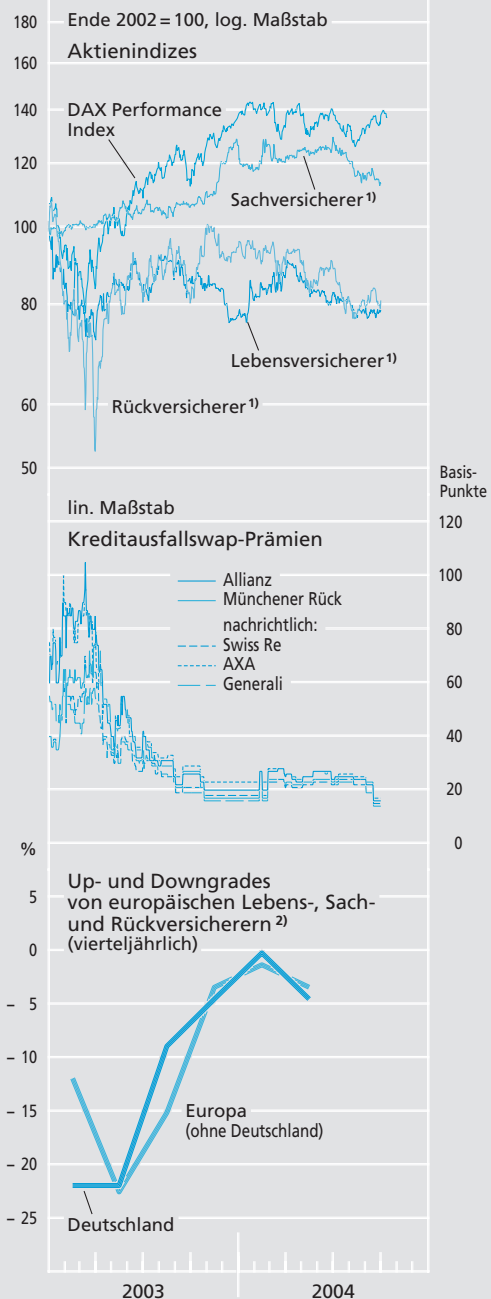
bene Verringerung der Aktienquote, ein überlegteres Wettbewerbsverhalten oder das Marketing von fondsgebundenen Versicherungen. Die Maßnahmen müssen beherzt fortgesetzt werden, zumal die Ertragslage in den kommenden Jahren nur bedingte Stärkung durch das Kapitalanlageergebnis erfahren dürfte. Zur Realisierung von Skalenerträgen wäre schließlich eine viel beschworene, aber bisher kaum einsetzende Konsolidierung innerhalb der Branche denkbar. Trotz finanzieller Schwächen und grundsätzlicher Bestrebungen der öffentlich-rechtlichen Unternehmen zu mehr Zusammenarbeit hat sich die Konzentration der stark fragmentierten Lebens- und Sachversicherungsmärkte in den letzten fünf Jahren kaum erhöht.

Marktindikatoren bestätigen Stabilisierung

Die Marktindikatoren für die Versicherungsbranche deuten insgesamt auf eine Stabilisierung der Situation hin. Die Kreditausfallswap-Prämien als Maß für das Ausfallrisiko in der Einschätzung der Märkte lassen für die beiden größten deutschen Versicherer im internationalen Vergleich keine besonderen Gefahren erkennen. Nachdem die Aktienkurse im späten Frühjahr 2003 Tiefstände erreicht hatten, haben sie sich mittlerweile auf niedrigem Niveau gefestigt. Trotzdem konnten Lebens- und Rückversicherer bisher kaum am Aufschwung des DAX-Index partizipieren. Die darin ausgedrückte Skepsis der Märkte über künftige Ertragsaussichten findet sich wieder in dem negativen Ausblick der Ratingagenturen auf die deutsche – wie auch auf die britische – Lebensversicherungsbranche sowie die Rückversicherungsindustrie. Die im September erfolgte Verbesserung des Ratingausblicks für Rückversicherer auf „stabil“ deutet jedoch

Marktindikatoren für den Versicherungssektor

Tageswerte



¹⁾ Deutsche Versicherungsunternehmen; Quelle: Thomson Financial, eigene Berechnungen. — ²⁾ Saldo der Auf- und Abstufungen in % der Anzahl der in der jeweiligen Gruppe erfassten Versicherungsunternehmen. Quelle: Moody's, eigene Berechnungen.

Deutsche Bundesbank

auf eine Stabilisierung der Branche hin. Darüber hinaus zeigt der europäische Vergleich der Ratingurteile, dass deutsche Versicherer in den letzten fünf Quartalen keine überdurchschnittliche Anzahl von Ratingherabstufungen hinnehmen mussten.

Rechtliches Rahmenwerk und finanzielle Infrastruktur

IAS-Bilanzierung

*Aktualität von
Publizitäts-
fragen*

Die Frage der Offenlegung von Unternehmensinformationen ist für Unternehmen des Finanzbereichs derzeit in zweifacher Hinsicht besonders aktuell. Zum einen ergeben sich aus der Säule III („Marktdisziplin“) der jüngst verabschiedeten neuen Baseler Rahmenvereinbarung („Basel II“) in der Zukunft erweiterte Anforderungen an die Unternehmenstransparenz. Zum anderen haben gemäß EU-Verordnung⁵⁰ alle kapitalmarktorientierten Unternehmen ab dem Jahr 2005 ihren Konzernabschluss gemäß den International Accounting Standards (IAS) – neue Standards werden künftig als International Financial Reporting Standards (IFRS) bezeichnet – aufzustellen und zu veröffentlichen. Eine Reihe deutscher Kreditinstitute macht bereits von dem im Jahr 1998 eingeräumten Wahlrecht Gebrauch, den Konzernabschluss gemäß § 292a HGB mit befreiender Wirkung nach international anerkannten Rechnungslegungsstandards aufzustellen.

*Konzeption
der IAS*

Während hinter den traditionellen Bilanzierungsgrundsätzen des HGB das Gläubigerschutzprinzip und damit verbunden der Vorsichtsgedanke stehen, sind die IAS auf die

Informationsinteressen der Investoren als primäre Bilanzadressaten ausgerichtet. Daraus folgen für die IAS im Vergleich zu den HGB umfassendere Bilanzansatzregeln. So werden erstmals alle derivativen Instrumente in der Bilanz erfasst. Daneben zeichnen sich die IAS durch eine weitreichende Ausrichtung der Bewertung an den beizulegenden Zeitwerten in der Form von tatsächlichen Marktwerten beziehungsweise von geschätzten Verkehrswerten unabhängig von deren Realisierung aus. Ein solcher Übergang auf weniger von Vorsichtsgesichtspunkten geprägte Bilanzierungs- und Bewertungsregeln stößt seitens der Zentralbanken wegen seiner möglicherweise nachteiligen Auswirkungen auf die Stabilität der Finanzmärkte auf Vorbehalte. Dahinter steht die Befürchtung, dass die Aufgabe durchaus bewährter Grundsätze wie Anschaffungswertprinzip, Realisationsprinzip und Imparitätsprinzip insbesondere in Umschwungphasen an den Finanzmärkten zu einer Erhöhung der Systemrisiken beitragen könnte.

Noch heftig umstritten ist der für Banken bedeutsame IAS 39 (Ansatz und Bewertung von Finanzinstrumenten). Die uneingeschränkte Möglichkeit, jedwedes Finanzinstrument zum Fair Value zu bewerten, ohne dass es dazu des Nachweises einer Handelsabsicht bedarf (Fair Value Option), erscheint problematisch. So stellt sich bei Instrumenten, für die keine entsprechenden Marktwerte existieren, die Frage nach der Verlässlichkeit der Wertansätze, insbesondere beim hilfswaisen Rückgriff

*Fair Value
Option*

⁵⁰ Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (IAS-Verordnung); Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 243 vom 11. September 2002, S. 1.

auf modellhaft geschätzte Werte. Erste Untersuchungen haben gezeigt, dass die Banken in unterschiedlichem Umfang von der Möglichkeit der Fair-Value-Bewertung Gebrauch machen wollen. Ein geringerer Gleichlauf in der Bewertungspraxis hätte zur Folge, dass die Vergleichbarkeit der Abschlüsse künftig stärker eingeschränkt wäre. Des Weiteren ist bei einer unbeschränkten Fair-Value-Bewertung mit höheren Volatilitäten der bilanziellen Wertansätze zu rechnen. Dies könnte eine erhöhte Verunsicherung bei den Marktteilnehmern und eine mögliche Tendenz zu kürzerfristigen Finanzbeziehungen zur Folge haben. Unter Stabilitätsaspekten entscheidend wird letztlich die praktische Handhabung einer mehr oder weniger weiten Zeitwertbilanzierung für Finanzinstrumente sein. Bei einer sachgerechten Begrenzung der Fair Value Option und unter der Annahme einer risikogerechten Anwendung ist durchaus auch eine Verringerung der bilanziellen Volatilität möglich.

*Hedge
Accounting*

Bei der Anwendung von IAS 39 sind zudem künstliche Volatilitäten aus der nicht sachgerechten bilanziellen Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu befürchten. Das IAS-Regelwerk zielt primär auf die bilanzielle Abbildung von einzeln gehedgten Positionen (Mikro Hedge). Eine bilanzielle Abbildung von größeren Bewertungseinheiten (Makro Hedge) soll dagegen nur eingeschränkt möglich sein. Problematisch ist in diesem Zusammenhang die Nichtanerkennung von internen Kontrakten.⁵¹⁾ Diese bilden bei den kontinentaleuropäischen Banken einen wichtigen Bestandteil der aufsichtlich anerkannten Risikomanagementverfahren und

sollten in der externen Rechnungslegung entsprechend Berücksichtigung finden. Letztlich schaffen unterschiedliche Vorgehensweisen im internen und externen Rechnungswesen nur Fehlerquellen und damit Gefahrenpotenzial im Rahmen der Risikosteuerung.

Neben der inhaltlichen Diskussion des IAS 39 kommt es darauf an, Sicherheit hinsichtlich der rechtlichen Umsetzung zu schaffen. Auf europäischer Ebene hat man sich nach langen Verhandlungen kürzlich auf eine nur teilweise Übernahme (partial endorsement) einigen können. Die umstrittenen Regeln zur Fair Value Option und zum Makro Hedge Accounting bleiben vorerst ausgeklammert. Es gilt, diesen Übergangszustand möglichst zügig zu beenden.

Endorsement

IWF-Projekt Financial Soundness Indicators

Die in den letzten Jahren intensivierten internationalen Anstrengungen zur Stärkung der Stabilität von Finanzsystemen spiegeln sich unter anderem in dem vom Internationalen Währungsfonds (IWF) initiierten Projekt der Financial Soundness Indicators⁵²⁾ (FSI) wider. Als Teil eines umfassenden makroprudentiellen Analyserahmens sollen diese quantitativen Indikatoren der Finanzstabilität dazu beitragen, die Transparenz von Finanzsystemen zu erhöhen und die Marktdisziplin zu stärken. Darüber hinaus soll mittels einer

*FSI als Teil der
makroprudentiellen
Analyse*

51 Interne Kontrakte dienen einem Kreditinstitut dazu, Risiken aus den unterschiedlichen Geschäftsbereichen in einer zentralen Treasury zu bündeln und kostengünstig zu steuern.

52 Details unter: www.imf.org/external/np/sta/fsi/eng/fsi.htm

Financial Soundness Indicators des IWF

Core Set

Deposit-takers

Capital adequacy

Asset quality

Earnings and profitability

Liquidity

Sensitivity to market risk

Encouraged Set

Deposit-takers

Other financial corporations

Nonfinancial corporate sector

Households

Market liquidity

Real estate markets

Regulatory capital to risk-weighted assets
 Regulatory Tier I capital to risk-weighted assets
 Nonperforming loans net of provisions to capital

Nonperforming loans to total gross loans
 Sectoral distribution of loans to total loans

Return on assets
 Return on equity
 Interest margin to gross income
 Noninterest expenses to gross income

Liquid assets to total assets (liquid asset ratio)
 Liquid assets to short-term liabilities

Net open position in foreign exchange to capital

Capital to assets
 Large exposures to capital
 Geographical distribution of loans to total loans
 Gross asset position in financial derivatives to capital
 Gross liability position in financial derivatives to capital
 Trading income to total income
 Personnel expenses to noninterest expenses
 Spread between reference lending and deposit rates
 Spread between highest and lowest interbank rate
 Customer deposits to total (non-interbank) loans
 Foreign currency-denominated loans to total loans
 Foreign currency-denominated liabilities to total liabilities
 Net open position in equities to capital

Assets to total financial system assets
 Assets to GDP

Total debt to equity
 Return on equity
 Earnings to interest and principal expenses
 Net foreign exchange exposure to equity
 Number of applications for protection from creditors

Household debt to GDP
 Household debt service and principal payments to income

Average bid-ask spread in the securities market ¹⁾
 Average daily turnover ratio in the securities market

Real estate prices
 Residential real estate loans to total loans
 Commercial real estate loans to total loans

¹ Or in other markets that are most relevant to bank liquidity, such as foreign exchange markets.

Deutsche Bundesbank

auf diesen Indikatoren aufbauenden kontinuierlichen Lage- und Risikoeinschätzung die Möglichkeit der Krisenprävention verbessert werden. Vor diesem Hintergrund dient die Initiative des IWF auch dazu, derartige Indikatoren im Rahmen von Artikel-IV-Konsultationen und Financial-Sector-Assessment-Programmen (FSAP) zur Beurteilung der Stabilität von Finanzsystemen heranzuziehen.

*Indikatoren
zum Bankensystem und ...*

Nach ersten Vorarbeiten, einschließlich einer Umfrage unter den Mitgliedstaaten, verabschiedete das Exekutivdirektorium des IWF im Jahr 2001 eine Übersicht von als relevant angesehenen FSI, die inzwischen in revidierter Fassung vorliegt. Das Indikatorenset umfasst aggregierte mikroprudentielle Daten des Bankensystems unter anderem zur Eigenkapitalausstattung, der Ertragslage, der Qualität der Aktiva, der Liquiditätsausstattung sowie zur Sensitivität für spezifische Marktrisiken. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass Kreditinstitute im Zentrum von Finanzsystemen stehen und deren finanzielle Lage beziehungsweise Schockresistenz für die Systemstabilität von maßgeblicher Bedeutung ist. Darüber hinaus zählen zu den FSI jedoch auch Strukturkennziffern zur Lage im Unternehmens- und privaten Haushaltssektor sowie Indikatoren, die die Entwicklung in für Finanzinstitute maßgeblichen Märkten (wie dem Kapital- oder Immobilienmarkt) abbilden. Um eine gewisse Flexibilität zu ermöglichen, die der unterschiedlichen Verfügbarkeit einzelner Indikatoren insbesondere in weniger entwickelten Ländern gerecht werden soll, und um gleichzeitig Prioritäten aufzuzeigen, ist die Indikatorenliste zweigeteilt. Sie besteht aus einem Kernkatalog (Core Set), dessen zwölf

... zu maßgeblichen Sektoren und Märkten

Indikatoren für die am Projekt teilnehmenden Staaten verbindlich sind, und einem empfohlenen Katalog (Encouraged Set), dessen 27 Indikatoren nach Möglichkeit und Verfügbarkeit berechnet werden sollen.

In einer weiteren Projektstufe hat der IWF im Frühjahr 2004 einen größeren Kreis von Ländern zu einem Testlauf (Coordinated Compilation Exercise) für die Zusammenstellung nationaler FSI eingeladen. Die methodischen Vorgaben hierzu werden in einem umfangreichen Handbuch (Compilation Guide on Financial Soundness Indicators⁵³) dokumentiert, dessen abschließende Fassung Mitte des Jahres veröffentlicht wurde. Die Bundesbank hat nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht dem IWF die Teilnahme Deutschlands an dieser Übung zugesagt und wird als nationaler Koordinator fungieren. Nach den Vorstellungen des IWF sollen erstmals Ende 2006 konkrete nationale Zahlen zu den FSI durch den IWF publiziert werden, die langfristig auch in den speziellen Veröffentlichungsstandard SDDS⁵⁴ aufgenommen werden könnten.

*Coordinated
Compilation
Exercise*

Mit diesem Vorhaben wird die internationale Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit von Daten zur Beurteilung nationaler Finanzsysteme gefördert, wenngleich Einschränkungen zu beachten sein werden. Unterschiede bei der Konzeption des bankstatistischen und bankaufsichtlichen Meldewesens sowie divergie-

*Bedeutung der
Metadaten*

⁵³ Abrufbar unter: www.imf.org/external/np/sta/fsi/eng/guide/index.htm

⁵⁴ Special Data Dissemination Standard, siehe: <http://dsbb.imf.org>

rende nationale Rechtsrahmen (z.B. Rechnungslegungsvorschriften) lassen rein indikatorenbasierte Ländervergleiche weiterhin nicht sinnvoll erscheinen. Deshalb wird im Rahmen des FSI-Projekts besonderer Wert auf die mit den Zahlen zu veröffentlichenden sogenannten Metadaten zu legen sein, in denen vom IWF akzeptierte nationale Abweichungen von den methodischen Vorgaben des Handbuchs zu erläutern sind. Die FSI können zudem nur einen Baustein im Rahmen einer umfassenderen Stabilitätsanalyse darstellen. Diese umfasst darüber hinaus neben der Beobachtung weiterer makroökonomischer Daten zum Beispiel zu Inflation und Wechselkursen auch qualitativ ausgerichtete Analysen und Stress-tests zur Simulation von Schocks.

Infrastruktur im Zahlungsverkehr und in der Wertpapierverrechnung

Für die Stabilität des Finanzsystems ist nicht zuletzt das Vorhandensein sicherer und effizienter Infrastrukturen für die Abwicklung von Zahlungstransaktionen von Bedeutung. Durch die fortgesetzte Weiterentwicklung und Verbesserung dieser Infrastrukturen haben sich die Risiken für die Finanzstabilität eher verringert.

*Untersuchung
des ESZB zum
Korrespondenz-
bankgeschäft*

In ihrer Zuständigkeit für die Zahlungsverkehrsüberwachung⁵⁵⁾ untersuchte die Bundesbank im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) in diesem Jahr das Korrespondenzbankgeschäft. Zu diesem Zweck wurden große Marktteilnehmer nach der Ausgestaltung ihres Zahlungsverkehrs in Euro sowie nach den Zahlungen befragt, die sie mit anderen Kreditinstituten direkt bilate-

ral abwickeln und verrechnen. Dabei wurde eine weite und vom üblichen bankbetrieblichen Verständnis abweichende Auslegung angewandt, indem nicht nur grenzüberschreitende, sondern auch inländische Beziehungen untersucht wurden. Ziel dieser Untersuchung war eine Analyse, ob das Geschäft mit Risiken behaftet ist, die das reibungslose Funktionieren des Zahlungsverkehrs gefährden könnten. Risiken könnten sich beispielsweise dadurch ergeben, dass die bilateral ausgetauschten ein- und ausgehenden Zahlungen erst am Tagesende endgültig verrechnet werden (Netting). Somit bestünden bei der Insolvenz einer beteiligten Korrespondenzbank während eines laufenden Geschäftstages Rückabwicklungsrisiken für Transaktionen, aus denen Kredit- und Liquiditätsrisiken für die jeweiligen Empfängerbanken resultieren könnten. Die Datenerhebung sowie die mit den in diesem Geschäft umsatzstärksten deutschen Kreditinstituten geführten vertiefenden Gespräche haben allerdings gezeigt, dass der über Korrespondenzbeziehungen abgewickelte Euro-Zahlungsverkehr derzeit kein Risikopotenzial für die Finanzstabilität in Deutschland birgt.

Die Dienstleistungsgesellschaft S.W.I.F.T. (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication), eine Genossenschaft mit Hauptsitz in Belgien, stellt dem Kreditgewerbe Einrichtungen für den Austausch von Nachrichten zur Verfügung. Die S.W.I.F.T.-Teilnehmer, Finanzinstitute aus allen Konti-

*S.W.I.F.T. –
Oversight*

⁵⁵ § 3 Satz 2 Gesetz über die Deutsche Bundesbank: „Sie ... sorgt für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland und trägt zur Stabilität der Zahlungs- und Verrechnungssysteme bei.“

zenten, nutzen die Leistungen unter anderem für die Abwicklung ihres Zahlungsverkehrs und die Durchführung von Wertpapiertransaktionen. S.W.I.F.T. definiert und fördert darüber hinaus aktiv globale Standards für den Finanzsektor (z. B. automationsgerechte Nachrichtenformate). Das deutsche Kreditgewerbe ist der drittgrößte S.W.I.F.T.-Nutzer weltweit. Die hohe Verfügbarkeit des S.W.I.F.T.-Netzes leistet einen wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität. Auch das von der Bundesbank betriebene RTGS^{plus}-System basiert auf S.W.I.F.T.-Standards und nutzt das S.W.I.F.T.-Kommunikationsnetz. Auf Grund entsprechender Vereinbarungen der G10-Zentralbanken erfolgt seit 1998 eine kooperative Überwachung von S.W.I.F.T. unter der Federführung der Nationalbank von Belgien. Sie ist verantwortlich für die fortlaufende Überwachungstätigkeit und wird bei einem Großteil der Basisarbeit von einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern verschiedener G10-Zentralbanken – darunter auch die Bundesbank – unterstützt. Gegenstand der Überwachung ist dabei unter anderem die Sicherheit und Verfügbarkeit der S.W.I.F.T.-Infrastruktur, die Widerstandsfähigkeit von S.W.I.F.T. gegenüber Krisen sowie die Implikationen strategischer Entscheidungen (z. B. Weiterentwicklung der S.W.I.F.T.-Netzwerkarchitektur).

*Continuous
Linked
Settlement
(CLS)*

Das Continuous-Linked-Settlement (CLS)-System, das seit September 2002 zur globalen Abwicklung von Devisenhandelstransaktionen in Betrieb ist, schaltet durch seine Konzeption das Erfüllungsrisiko im Devisenhandel weitgehend aus. Es unterliegt der kooperativen Zahlungsverkehrsüberwachung unter der

Federführung der Federal Reserve Bank of New York, in welche auch die Bundesbank eingebunden ist. Gegenwärtig können elf Währungen über CLS verrechnet werden. Unter den derzeit 55 so genannten „settlement members“⁵⁶⁾ von CLS befinden sich fünf deutsche Kreditinstitute. Die Ende Mai 2004 implementierte neue IT-Plattform hat die Transparenz über den Verrechnungsprozess für die Teilnehmer verbessert und die Abwicklung der Transaktionen beschleunigt. Auf Grund der von der CLS-Gruppe angestrebten weiteren Steigerung der Abwicklungsvolumina durch neue Teilnehmer und die Aufnahme zusätzlicher Währungen kommt der hohen Verfügbarkeit des CLS-Systems eine noch größere Bedeutung zu.

Die Stabilität der Zahlungs- und Verrechnungssysteme wird von der Bundesbank durch verschiedene Präventivmaßnahmen im und für das Kreditgewerbe gefördert. So wurde beispielsweise in Abstimmung mit den im Zentralen Kreditausschuss (ZKA) vertretenen Spitzenverbänden des deutschen Kreditgewerbes und wichtigen Marktteilnehmern ein Kommunikationsnetzwerk aufgebaut, das auf der Basis schwerer Krisen- und Bedrohungsszenarien im Individualzahlungsverkehr im Krisenfall zum Austausch wichtiger Informationen und zur Abstimmung der weiteren Vorgehensweise genutzt wird. Dieses Kommunikationsnetzwerk wurde im ersten Halbjahr im Rahmen der regelmäßigen Überprüfungsaktivitäten erstmals erfolgreich getestet.

Krisenvorsorge

⁵⁶⁾ „Settlement members“ sind Anteilseigner der CLS-Gruppe und zugleich die Direktteilnehmer am CLS-System.

*Neues Geld-
verrechnungs-
modell von
Clearstream*

Die geldseitige Verrechnung von Wertpapiertransaktionen besitzt auf Grund ihres Betragsvolumens eine große Bedeutung für die Stabilität des Finanzplatzes Deutschland. Im November 2003 hat die Clearstream Banking AG (Clearstream) mit Unterstützung der Bundesbank die erste Stufe des neuen Geldverrechnungsmodells erfolgreich eingeführt. Damit ist für die Nachtverarbeitung das Risiko einer Rückabwicklung der Transaktionen, falls ein Teilnehmer seinen geldlichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, beseitigt. Dieses Risiko kam bisher allerdings nie zum Tragen. Eine mögliche Rückabwicklung könnte negative Auswirkungen auf die Wertpapierverarbeitungszyklen und auf den Zahlungsverkehr (Dominoeffekte) haben.

Erste Stufe ...

Im Rahmen des neuen Geldverrechnungsmodells müssen Banken für die Nachtverarbeitung nunmehr sicheres Zentralbankgeld vorab bereitstellen. In einer weiteren Ausbaustufe ist vorgesehen, diese Methodik auch auf die Tagverarbeitung auszudehnen. Dann wird das beschriebene Risiko für alle Verarbeitungszyklen eliminiert sein und das Clearstream-Abwicklungssystem den Empfehlungen der G10-Notenbanken und der IOSCO⁵⁷⁾ voll entsprechen.

*... und Weiter-
entwicklung*

*Nacht-
verarbeitung
von Bundes-
emissionen*

Seit Einführung der neuen Methodik werden auch Neuemissionen sowie Zins- und Tilgungsleistungen des Bundes in der Nacht verarbeitet. Dies fördert über eine frühzeitige Verfügbarkeit der Zahlungseingänge aus Kapitaldiensten des Bundes, die zum Beispiel für die Finanzierung neuer (Anschluss-)Emissionen des Bundes genutzt werden können, eine reibungsfreie Platzierung der Emissionen

des Bundes und leistet so einen Beitrag zur Stabilität der Finanzmärkte.

Außerdem entwickelt die Bundesbank im Zuge der Einführung des neuen Settlementmodells in Zusammenarbeit mit Clearstream und interessierten Zentralbanken des Eurosystems ein Modell zur direkten Anbindung ausländischer Teilnehmer an die Clearstream-Nachtverarbeitung. Ausländische Teilnehmer können mittels einer Garantie ihrer Heimatzentralbank die dort verfügbare Zentralbankliquidität für die Besicherung von Wertpapiertransaktionen in der Clearstream-Nachtverarbeitung nutzen (sog. Garantiemodell). Diese grenzüberschreitende Nutzung von Zentralbankgeld außerhalb der Öffnungszeiten des Zahlungsverkehrssystems TARGET unterstützt einerseits die zentrale Liquiditätssteuerung europaweit agierender Banken und reduziert andererseits systemische Risiken, da die ausländischen Teilnehmer unmittelbar in Zentralbankgeld abwickeln können und nicht auf die Dienstleistungen von Geschäftsbanken angewiesen sind. Im Zuge einer weiteren Verbesserung der Liquiditätssteuermöglichkeiten können Clearstream-Kunden zudem ab November 2004 mehrere Liquiditätsquellen gleichzeitig für die Wertpapierabwicklung nutzen, was die Bereitschaft fördern wird, hohe Liquiditätsbeträge für eine sehr frühzeitige Abwicklung in der systemrisikofrei konzipierten Nachtverarbeitung bereitzustellen. Im Frühjahr 2005 wird ein weiterer Abwicklungszyklus in der Nachtverarbeitung eingeführt. Damit wird ein beträchtlicher Teil der Tagabwicklung, der

*Garantiemodell
zur Anbindung
ausländischer
Teilnehmer*

57 International Organization of Securities Commissions

noch von den oben erwähnten Risiken bedroht ist, in die sichere Nachabwicklung verlagert werden. Die damit verbundene verbesserte Vernetzung mit den Systemen der beiden internationalen Zentralverwahrer wird zu einer Erhöhung der systemübergreifenden Abwicklungsgeschwindigkeit und zu einer Reduzierung der Anzahl der nicht abgewickelten Geschäfte führen. Dies ist zugleich ein wichtiger Beitrag zu den europäischen Zielen der Effizienzsteigerung bei der grenzüberschreitenden Abwicklung, der Vermeidung von operationellen und systemischen Risiken sowie der Integration des europäischen Kapitalmarkts.

*Europäische
und internationale
Initiativen*

Auf europäischer Ebene unterstützt die Bundesbank verschiedene Initiativen zur Steigerung der Effizienz und der Sicherheit der grenzüberschreitenden Wertpapierabwicklung, zum Beispiel durch Mitarbeit in einem gemeinsamen Gremium von ESZB und CESR⁵⁸⁾ oder durch Beratung der Bundesregierung bei Initiativen der EU-Kommission zu Clearing und Settlement von Wertpapieren. Im internationalen Kontext wirkt sie unter anderem an einer CPSS⁵⁹⁾-IOSCO-Arbeitsgruppe mit, die Empfehlungen für zentrale Kontrahenten erarbeitet, welche in Kürze verabschiedet werden sollen. Zentrale Gegenparteien übernehmen für viele Finanz- und Warenterminmärkte eine risikosteuernde und -ausgleichende Funktion. Die Empfehlungen betreffen vor allem das Risikomanagement und sollen zur Stabilität der Finanzmärkte beitragen.

Anlegerschutzverbesserungsgesetz

Stabile Finanzmärkte setzen das Vertrauen der Anleger in die Integrität der Akteure, ein faires und ordnungsgemäßes Marktgeschehen sowie der Seriösität der gehandelten Produkte voraus. Mit dem bereits im Sommer 2002 vorgestellten und im Februar 2003 konkretisierten 10-Punkte-Programm zur Verbesserung der Unternehmensintegrität und des Anlegerschutzes hat sich die Bundesregierung eine umfassende Modernisierung und Verschärfung aller diesem Bereich zuzuordnenden gesetzlichen Vorschriften zum Ziel gesetzt. Das am 1. Juli 2004 vom Bundestag verabschiedete Anlegerschutzverbesserungsgesetz (AnSVG) ist ein wichtiger Bestandteil dieses Programms. Mit dem Gesetz, das im Oktober in Kraft getreten ist, wird die EU-Marktmissbrauchsrichtlinie⁶⁰⁾ umgesetzt sowie eine Prospektpflicht für Anlagen des so genannten „Grauen Kapitalmarkts“ eingeführt.

*AnSVG
Teil eines
10-Punkte-
Programms*

Das AnSVG führt zu einer bedeutenden Verschärfung des im Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) normierten Verbots des Insiderhandels sowie zu einer beträchtlichen Ausweitung der Ad-hoc-Publizität und der Meldepflichten so genannter Directors' Dealings. Der bisher verwendete Begriff der Insider-tatsache wird durch den wesentlich weiter gefassten Begriff der Insiderinformation ersetzt, der in Zukunft auch für die Verpflichtung zur Ad-hoc-Publizität maßgeblich ist. Als Insider-

*Änderungen
beim Insider-
handels-
verbot, ...*

⁵⁸ Committee of European Securities Regulators

⁵⁹ Committee on Payment and Settlement Systems

⁶⁰ Richtlinie 2003/6/EG über Insiderhandel und Marktmanipulation.

informationen gelten danach bereits konkrete Informationen über nicht öffentlich bekannte Umstände oder Ereignisse, die im Falle ihres Bekanntwerdens geeignet sind, den Preis der entsprechenden Papiere erheblich zu beeinflussen. Als Umstände oder Ereignisse gelten ausdrücklich auch solche, bei denen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass sie in Zukunft eintreten werden. Als weitere Neuerung werden die Emittenten zur Führung von Insiderverzeichnissen verpflichtet.

... bei Directors' Dealings, ...

Der Kreis der Personen, die nach § 15a WpHG Geschäfte in Aktien des „eigenen“ Unternehmens, so genannte Directors' Dealings, melden müssen, wird in Zukunft weiter gefasst. Bisherige Ausnahmetatbestände entfallen. Zudem wird die Bagatellgrenze für die Meldepflicht von derzeit 25 000 € innerhalb von 30 Tagen je Meldepflichtigen auf 5 000 € pro Jahr reduziert.

... beim Verbot der Kursmanipulation ...

Auch das ebenfalls im WPHG normierte Verbot der Kurs- und Marktpreismanipulation wird konkretisiert und verschärft. Die Rechte und Befugnisse der BaFin zur Verfolgung von Insidergeschäften und der Marktmanipulation werden ausgeweitet.

Wesentliche Änderungen ergeben sich durch das AnSVG auch für das Wertpapier-Ver-

kaufsprospektgesetz, welches Privatkunden durch geeignete Informationspflichten der Anbieter vor dem Kauf unseriöser Kapitalmarktprodukte schützen soll. Diese bislang nur für Wertpapiere geltende Prospektspflicht wird mit dem AnSVG ab 1. Juli 2005⁶¹⁾ auf bestimmte Produkte des so genannten Grauen Kapitalmarkts mit einer Anteilsgröße bis zu 200 000 €⁶²⁾ ausgedehnt. Die Neuregelung betrifft unter anderem Unternehmensbeteiligungen (z.B. GmbH-Anteile, Genossenschaftsanteile) sowie geschlossene Fonds (z.B. Immobilienfonds, Schiffs-, Windkraftfonds usw.). Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ist nach dem Gesetz verpflichtet, die vorgelegten Prospekte innerhalb einer Frist von 20 Tagen auf formale Richtigkeit zu prüfen. Verbessert wurde auch der Haftungsanspruch der Anleger, der in Zukunft nicht nur bei fehlerhaften, sondern auch bei nicht vorhandenen Prospekten eine Schadensersatzpflicht des Emittenten beinhaltet.

... und im Verkaufsprospektgesetz

⁶¹ Durch diese lange Vorlaufzeit soll verhindert werden, dass für den laufenden Vertrieb nachträglich Prospekte erstellt werden müssen. Die übrigen Bestimmungen des AnSVG treten bereits mit dem Datum der Verkündung in Kraft.

⁶² Damit werden deutlich mehr Anbieter von der Prospektspflicht betroffen als bei dem ursprünglich vorgesehenen Schwellenwert von nur 50 000 €, der von Verbraucherschützern als zu niedrig angesehen worden war.

Anhang

Indikatoren der Risikoaversion internationaler Anleger

*Risiko und
Risikoneigung*

Für die Stabilität des Finanzsystems ist es oft entscheidend, inwieweit Kursschwankungen von Wertpapieren auf veränderte Risiken oder veränderte Risikoaufschläge zurückzuführen sind. Ein Beispiel hierfür ist der kräftige Rückgang der Zinsaufschläge für Unternehmensanleihen im Jahr 2003. Dieser könnte grundsätzlich sowohl auf eine niedrigere Ausfallwahrscheinlichkeit beziehungsweise eine höhere erwartete Rückzahlungsquote als auch auf eine erhöhte Risikobereitschaft der Marktteilnehmer zurückzuführen sein. Im ersten Fall signalisiert der Rückgang des Zinsaufschlags eine in den realwirtschaftlichen Fundamentaldaten begründete Entspannung an den Finanzmärkten; im zweiten Fall könnte er auch Ausdruck spekulativer Übertreibungen sein, die später zu schmerzhaften Korrekturen führen.

*Messgrößen
für den Risiko-
appetit*

Da der zeitvariable Grad der Risikoaversion nicht direkt am Markt beobachtbar ist, versucht man ihn durch unterschiedliche Messgrößen zu approximieren. Dabei lässt sich zwischen einfachen Indikatoren und den mit Hilfe statistischer Methoden erstellten komplexeren Indikatoren unterscheiden.

*Einfache
Indikatoren ...*

Die Aussagekraft einfacher Indikatoren basiert in der Regel auf der subjektiv wahrgenommenen „Sicherheit“ bestimmter Vermögenswerte. Die zu Grunde liegende Hypothese ist, dass in unruhigen Zeiten Anleger Mittel in „sichere Häfen“, wie zum Beispiel Gold, umschichten. Eine Zunahme der Risikoaversion wäre demnach mit steigenden Goldpreisen verbunden. Allerdings besteht das Problem, dass die einfachen Indikatoren auch von zahlreichen anderen von der Risikoaversion unab-

hängigen Faktoren beeinflusst werden und daher nur unzuverlässige Maße für den Risikoappetit der Marktteilnehmer darstellen.

Eine andere einfache Methode besteht darin, Fondsmanager nach ihren Risikopräferenzen zu befragen. So führt eine amerikanische Investmentbank jeden Monat einen Global Fund Manager Survey unter mehr als 200 institutionellen Investoren durch und erhebt den Grad des Risikos, das sie in ihrer Anlagestrategie eingehen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Niveau des wahrgenommenen Risikos häufig mit dem zeitlichen Anlagehorizont ansteigt. Zudem sind auf Umfragen basierende Indikatoren nicht auf ähnlich hoher Frequenz verfügbar wie etwa aus Marktpreisen abgeleitete Indikatoren.

Weiter gefasste Indikatoren des „Risikoappetits“ können aus den Anleihemärkten gewonnen werden. Ein allgemein verwendetes Maß ist der Renditenabstand zwischen sicheren Staatsanleihen und risikobehafteten Unternehmensanleihen einer bestimmten Ratingkategorie. Allerdings muss ein veränderter Renditenabstand nicht notwendigerweise einer Veränderung der Risikoaversion der Investoren entsprechen, da die Ausfallwahrscheinlichkeiten der jeweiligen Ratingkategorien im Zeitablauf nicht konstant bleiben.

Auch die Aktienrisikoprämie (equity risk premium) unterliegt je nach dem Risikoappetit der Investoren Schwankungen. Dieser Aufschlag, den die Investoren für ein Engagement an den Aktienmärkten auf Grund der damit verbundenden Risiken über die Rendite der sicheren Anlagealternative hinaus fordern, kann nach dem Gordon-Modell zur Aktienbewertung als Summe aus Dividendenrendite

*... aus
Umfragen ...*

*... sowie aus
Preisen am
Anleihe-
markt, ...*

*... am Aktien-
markt ...*

... und am
Derivatemarkt

(Dividenden-Kurs-Relation) und dem erwarteten Dividendenwachstum abzüglich der Rendite einer risikolosen Anleihe abgeschätzt werden.

Schließlich können die in Optionspreisen enthaltenen Informationen zur Messung des Risikoappetits verwendet werden. Insbesondere die implizite Volatilität⁶³⁾ und ihre Abweichung von historischen Daten können Aufschluss darüber geben, wieviel Investoren für die Absicherung gegen nachteilige Marktbewegungen zu zahlen bereit sind. Die Chicago Board of Exchange beispielsweise vermarktet ihren VIX-Index als einen „Maßstab für die Anlegerangst“ („investor fear gauge“). Doch bedeutet eine erwartete Änderung des Volatilitätsverlaufs nicht unbedingt eine gleichgerichtete Änderung des Risikoappetits. Eine hohe implizite Volatilität könnte anstatt der Risikoneigung auch tatsächliche Risiken widerspiegeln.⁶⁴⁾ Insgesamt scheint der Indikator aber wegen seiner hohen Reagibilität auf den täglichen Informationsfluss gut geeignet, Trendwenden in der Risikoneigung aufzuspüren.

Komplexere
Indikatoren

Neben diesen „einfachen“ Indikatoren wurden in jüngster Zeit auch eine Reihe komplexerer Indikatoren erstellt. So konstruieren Kumar und Persaud einen auf einer Reihe verschiedener Devisenmärkte basierenden Index für den Risikoappetit.⁶⁵⁾ Ein weiteres Beispiel eines komplexen Indikators ist der State Street Investor Confidence Index, der auf den Portfolioumschichtungen einer großen Anzahl institutioneller Investoren basiert und dabei auf die Änderungen in der regionalen Zusammensetzung des Portfolios abstellt.

Außerdem wurden neue Verfahren zur Interpretation der in Optionspreisen enthaltenen Informationen entwickelt.⁶⁶⁾ Insbesondere können präferenzgewichtete Wahrscheinlichkeitsdichtefunktionen aus Optionskontrakten abgeleitet und mit der sta-

tistischen (oder risikoneutralen) Dichtefunktion verglichen werden.⁶⁷⁾ Empirische Untersuchungen von Optionspreisen zeigen die Neigung von Investoren, sehr negativen Ereignissen eine besonders hohe Wahrscheinlichkeit zuzuordnen. Daher gibt das Ausmaß der Abweichung von der „statistischen“ Wahrscheinlichkeit wertvolle Hinweise auf die im Zeitverlauf variierende Risikoaversion. Die Qualität solcher Indikatoren steht und fällt mit dem Erklärungsgrad des statistischen Modells für die künftige Kursentwicklung.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, durch die Aggregation mehrerer Einzelindikatoren für die Risikoneigung mit Hilfe der Hauptkomponentenanalyse einen zusammengesetzten Indikator zu bilden. Bei der Hauptkomponentenanalyse handelt es sich um eine statistische Methode, die aus mehreren miteinander in Wechselbeziehung stehenden Variablen einen gemeinsamen zeitvariablen Bestimmungsfaktor herausfiltert. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, dass sie im Idealfall den Einfluss der Risikoneigung, der sich in allen betrachteten Märkten beziehungsweise Variablen zeigt, von den zahlreichen anderen davon unabhängigen Einflussfaktoren, die nur für den einzelnen Markt beziehungsweise die einzelne Variable relevant sind, trennen kann. Sie geht daher stärker

Hauptkomponentenanalyse der Risikoaversion

⁶³ Die von den Anlegern unterstellte Varianz zukünftiger Preisveränderungen. Zur näheren Erläuterung vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, Zum Informationsgehalt von Derivaten für die Geld- und Währungspolitik, Monatsbericht, November 1995, S. 17 ff.

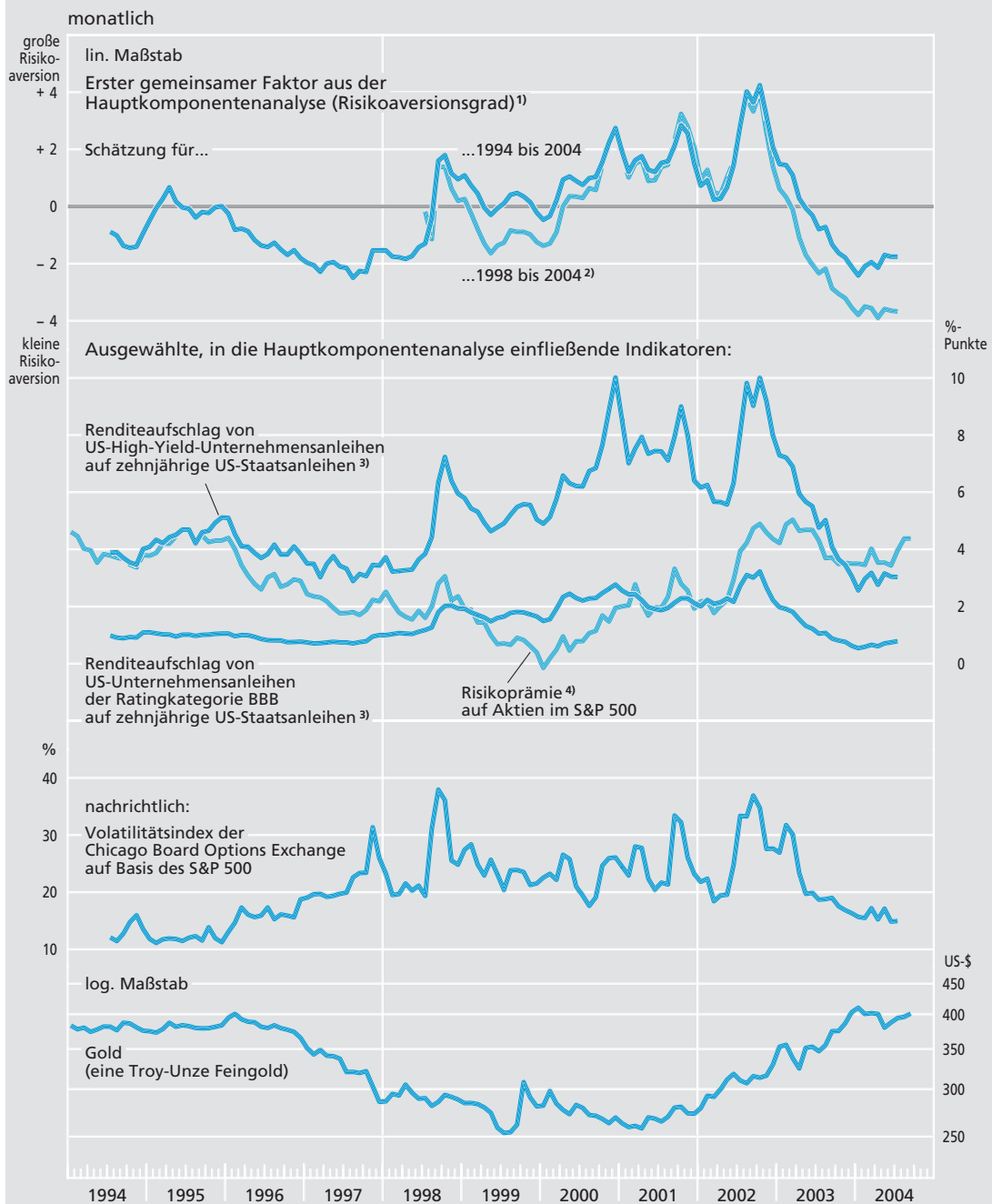
⁶⁴ Außerdem wird die für die Zukunft erwartete Volatilität in Krisenzeiten erfahrungsgemäß besonders hoch eingeschätzt, was die Beurteilung der Risikoneigung verzerren könnte.

⁶⁵ Vgl.: M. Kumar und A. Persaud (2001), Pure contagion and Investors' shifting risk appetite: analytical issues and empirical evidence, IMF Working Paper 01/134.

⁶⁶ Vgl.: N. Tarashev, D. Tastsaronis und K. Karampatos (2003), Optionen und ihre Aussagekraft über die Risikoneigung der Anleger, BIZ-Quartalsbericht Juni 2003.

⁶⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Instrumente zur Analyse von Markterwartungen: Risikoneutrale Dichtefunktionen, Monatsbericht, Oktober 2001, S. 33 ff.

Schätzung der Risikoaversion mit der Hauptkomponentenanalyse



1 Monatsdurchschnitte der Schätzungen mit Tagesdaten. Positive (negative) Werte kennzeichnen überdurchschnittlich große (kleine) Risikoaversion. Als weitere, hier nicht graphisch dargestellte Indikatoren wurden Renditeaufschläge asiatischer und lateinamerikanischer Staatsanleihen auf US-Staatsanleihen in der Hauptkomponentenanalyse berücksichtigt. — 2 In dieser Schätzung wurden zusätzlich zu den in diesem Schaubild und in Fußnote 1 aufgeführten Indikatoren die folgenden Indikatoren berücksichtigt: Renditenabstände sieben- bis zehnjähriger europäischer Unternehmensanleihen der Ratingkategorie BBB bzw. unterhalb BBB gegenüber Staatsanleihen sowie die Risikoprämie auf die DAX-Werte, gemessen als Quotient aus auf Jahresfrist erwarteten Gewinnen und dem DAX-Kursindex, abzügl. des Realzinsniveaus. — 3 Quelle: Lehman Brothers. — 4 Gemessen als Quotient aus auf Jahresfrist erwarteten Gewinnen (Quelle: I/B/E/S) und dem S&P 500 Aktienindex, abzügl. des Realzinsniveaus in den USA.

Deutsche Bundesbank

in Richtung einer „globalen“ Risikoneigung als andere Indikatoren. Die Hauptkomponentenanalyse wurde bisher etwa von McGuire und Schrijvers angewandt, die gemeinsame Variationen zwischen den Zinsaufschlägen mehrerer Schwellenländer untersuchen.⁶⁸⁾

Auch Baker und Wurgler bedienen sich der Hauptkomponentenanalyse, um einen zusammengesetzten Indikator für die Risikoneigung zu erstellen.⁶⁹⁾ Im Gegensatz zu McGuire und Schrijvers extrahieren sie den gemeinsamen Faktor aus sechs verschiedenen Datenkategorien, von denen sie eine Entwicklung im Einklang mit der Stimmungslage der Anleger erwarteten: die Differenz zwischen dem Buchwert der Anteile geschlossener Aktienfonds und ihrem Marktwert, der Aktienumsatz an der New York Stock Exchange (NYSE), die Zeichnungsrendite bei Börsengängen, der Anteil der Aktienemissionen am Gesamtabsatz von Wertpapieren und der Dividendenaufschlag, das heißt die Differenz in den Markt-/Buchwert-Verhältnissen zwischen Dividenden abwerfenden und sonstigen Aktien. In einer weiteren Untersuchung identifizieren Sløk und Kennedy schließlich einen gemeinsamen Faktor aus Zeitreihen der Zinsaufschläge von Unternehmens- und Schwellenländeranleihen sowie aus den Aktienrisikoprämien jeweils für die USA und Europa.⁷⁰⁾

*Risikoaversion
als gemein-
samer Faktor...*

Im Folgenden soll nun mittels der Analyse der Hauptfaktoren versucht werden, eine Zeitreihe für die Risikoaversion als gemeinsamen Faktor unterschiedlicher Finanzvariablen zu extrahieren. Für die hier zu Grunde liegende Stichprobe wurden Zeitreihen zu den Renditenabständen zwischen Investment Grade- und hochverzinslichen Unternehmensanleihen sowie Emerging-Market-Anleihen einerseits und sicheren Staatsanleihen (Treasuries) andererseits sowie geschätzte Angaben über die

*...von Rendite-
aufschlägen, ...*

Aktienprämie in den Vereinigten Staaten zwischen 1994 und 2004 benutzt. Eine reduzierte Stichprobe ab Juli 1998 enthält zusätzlich entsprechende Angaben für Europa. Die zu Grunde gelegten Daten wurden um weitere potenzielle Erklärungsvariablen für die Risikobereitschaft, wie den Goldpreis und den VIX-Volatilitätsindex, ergänzt, die aber bezüglich der Entwicklung der sich daraus ergebenden gemeinsamen Komponente wenn überhaupt nur wenig zusätzliche Informationen liefern.

Auf die erste Hauptkomponente kann etwa die Hälfte der Gesamtvarianz zurückgeführt werden. Allerdings ist ihr Erklärungsgehalt für die Aktienprämie vergleichsweise niedrig. Dies dürfte vor allem auf die stark divergierende Kursentwicklungen an den Aktien- und Anleihemärkten seit Anfang 2002 zurückzuführen sein. Insofern stellt sie nur eine Annäherung an die Risikoaversion der Marktteilnehmer am Aktienmarkt dar und sollte daher nur im Zusammenhang mit anderen Variablen betrachtet werden.

Die anekdotische Evidenz der generellen Investorenstimmung anhand einzelner Ereignisse in den letzten Jahren scheint die Datenreihe des gemeinsamen Faktors deutlich besser nachzuzeichnen als Einzelindikatoren wie der Goldpreis (siehe Schaubild auf S. 75).

Der gemeinsame Faktor veranschaulicht 1994/95 zeitgleich mit der Währungskrise in Mexiko einen

*... Aktien-
prämie, Gold-
preis und
Volatilitätsindex*

*Erste Haupt-
komponente
besitzt guten
Erklärungs-
gehalt*

*Entwicklung
der Risiko-
aversion*

⁶⁸ Vgl.: P. McGuire und M. Schrijvers (2003), Common factors in emerging market spreads, BIZ Quartalsbericht, Dezember 2003.

⁶⁹ Vgl.: M. Baker und J. Wurgler (2004), Investor Sentiment and the Cross-Section of Stock Returns, NBER Working Paper 10449.

⁷⁰ Vgl.: T. Sløk und M. Kennedy (2004), Factors Driving Risk Premia, OECD Economics Department, Working Paper No. 385.

merklichen Anstieg der Risikoaversion. Der eher von Investorenvertrauen geprägte Zeitraum zwischen 1996 und 1997 endete dann mit der Krise in den aufstrebenden Volkswirtschaften in den Jahren 1997 und 1998, wobei die Krise in Russland sowie der anschließende Zusammenbruch des Hedgefonds LTCM im Sommer 1998 das Vertrauen der Investoren wohl besonders stark erschüttert haben. Zwischen 1999 und 2000 stieg es zunächst wieder leicht, wurde dann aber von einer Periode abgelöst, die von einer allgemeinen Risikoabneigung geprägt war; dabei konnte zeitweise eine extreme Vorsicht unter den Anlegern beobachtet werden. Drei solche Zeitpunkte können klar identifiziert werden. Die erste Phase einer hohen Risikoaversion lag zwischen Oktober und November 2000 und stand mit der Furcht vor Aktienkursverlusten vor allem im Technologiesektor in Zusammenhang. Eine weitere Spitze trat im Monat nach den Terroranschlägen vom September 2001 auf.

Schließlich erreichte die Besorgnis der Investoren in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 nach den Unternehmensskandalen in den Vereinigten Staaten (vor allem der WorldCom- und Tyco-Skandale) ihren Höhepunkt. Die Risikoaversion blieb auch Anfang 2003 im Vorfeld des Irakkriegs hoch, im weiteren Jahresverlauf 2003 machte der Indikator dann aber eine deutliche Kehrtwende, was auch in der starken Verringerung der Renditenabstände zwischen risikoreichen Anleihen und Treasuries zum Ausdruck kam. Für das Jahr 2004 zeigt der Indikator im Hinblick auf das Risiko eine relativ entspannte Stimmung unter den Investoren an, die von den derzeit positiven Erwartungen für die Weltwirtschaft beflügelt wird. Die gegenwärtig am Markt für Unternehmensanleihen zu beobachtenden äußerst niedrigen Zinsaufschläge dürften dabei auch im Zusammenhang mit der hohen Risikoaversion der Anleger stehen.

Stresstests bei deutschen Banken – Methoden und Ergebnisse

Mit Hilfe von Stresstests können Kreditinstitute die potenziellen Auswirkungen krisenhafter Entwicklungen im Detail untersuchen und bereits im Vorfeld geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen. Stresstests haben sich daher in den letzten Jahren zu einem wichtigen Bestandteil des Risikomanagements der Banken entwickelt. Die kontinuierliche Durchführung von Stresstests ist nicht nur im Interesse der einzelnen Bank, sondern liefert einen wertvollen Beitrag für die Finanzstabilität insgesamt. Jüngste Umfragen belegen, dass die Kreditinstitute ihre Stresstestmethoden weiterentwickelt haben und insbesondere im Marktriskobereich sehr detaillierte und realitätsgetreue Analysen durchführen. Zudem zeigt sich eine große Vielfalt in der Ausgestaltung der Stressszenarien und der verwendeten Stresstestmethoden. Diese Diversität ist von Vorteil, da sie die Gefahr eines gleichgerichteten, stabilitätsgefährdenden Verhaltens der Banken reduziert.

Die Ergebnisse einer im Sommer 2004 von der Bundesbank durchgeführten quantitativen Analyse lassen trotz des beachtlichen Ausmaßes der unterstellten Schocks zurzeit keine Gefährdung der Finanzstabilität erkennen. Diesen Schluss legen sowohl die einzelrisikobezogenen Sensitivitätsanalysen als auch die auf Basis ökonomischer Modelle entwickelten Makrostresstests nahe.

Stresstests als Bestandteil des Risikomanagements der Banken

Stresstests ergänzen Risikokennzahlen

Die Banken haben in den letzten Jahren das Instrumentarium zur Beurteilung des Risikogehalts ihrer Portfolios erheblich ausgebaut und verfeinert. Als Standard im Marktrisikobereich hat sich mittlerweile das Konzept des Value at Risk durchgesetzt; hierauf aufbauende Risikomodelle können von Seiten der Bankenaufsicht zur Berechnung der Mindesteigenkapitalanforderungen anerkannt werden. Dennoch ist die Beurteilung des Risikos allein auf Grundlage einer einzigen mathematischen Kennzahl unzureichend. Zum einen sind die gängigen Value-at-Risk-Ansätze nicht dazu geeignet, die Verluste in extremen Marktsituationen („fat tails“) abzuschätzen. Zum anderen ist die Risikoermittlung auf Basis des Value at Risk an historische Daten gebunden, womit prinzipiell die Ausweitung der Stressszenarien auf hypothetische, in der Vergangenheit nicht beobachtete Ereignisse ausgeschlossen ist. Eine ergänzende Einschätzung des Risikomanagements über zukünftige gefährliche Marktentwicklungen ist aber essenziell. Mit Hilfe von Stresstests können Kreditinstitute von den starren statistischen Vorgaben abweichen und außergewöhnliche Marktentwicklungen simulieren, die in den Risikomodellen nicht berücksichtigt werden.

Im Sommer 2004 befragte die Bundesbank eine Gruppe großer, international tätiger Banken in Deutschland zu den von ihnen durchgeführten Stresstests im Marktrisiko- und Kreditrisikobereich. Ziel dieser Befragung war es, einen Überblick über die gegenwärtigen Methoden und Stresstestszenarien zu gewin-

nen. Eine ähnliche Studie wurde bereits 2000 im Auftrag des bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich angesiedelten Committee on the Global Financial System durchgeführt; diese wird teilweise als Vergleichsbasis herangezogen. Parallel zu dieser qualitativen Umfrage führte die Bundesbank eigene Stresstestanalysen bei einer repräsentativen Auswahl von Banken durch.

Qualitative Umfrage

Die Erhebungen der qualitativen Umfrage bestätigen wie bereits im Jahr 2000 die Vielfalt der verwendeten Methoden und unterstellten Szenarien. Die Differenziertheit der Stresstests hat seither weiter zugenommen. Diese Entwicklung ist positiv zu bewerten, da dadurch der Realität besser Rechnung getragen und gleichgerichtetes, stabilitätsgefährdendes Handeln vermieden wird.

Trotz der Heterogenität in der spezifischen Ausgestaltung liegt allen Stresstests die gleiche Struktur zu Grunde:¹⁾ Sie untersuchen, wie stark sich der Wert eines Wertpapier- oder Kreditportfolios bei einem unterstellten Schock in den Risikoparametern verändert. Dabei ist naturgemäß die Bewertung von handelbaren Aktiva leichter als die von illiquiden Titeln. Dies erklärt auch, warum Stresstests im Marktrisikobereich weiter verbreitet sind als im Kreditrisikobereich.

Als Risikoparameter kommen vor allem verschiedene Zinskurven, Wechselkurse, Aktien-

Stresstesting wird differenzierter

Stresstesting im Marktrisikobereich weit entwickelt

¹ Gemeint sind hier Stresstests für Portfolios von Wertpapieren und Krediten.

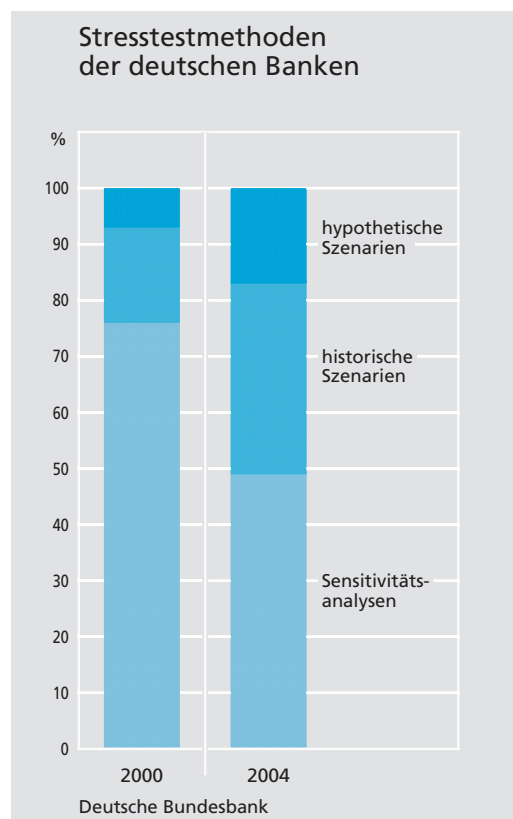
preise oder die Ratings der Kreditnehmer in Betracht. Hinsichtlich der Anzahl der verwendeten Risikofaktoren lässt sich grob zwischen univariaten und multivariaten Stresstests unterscheiden. Welcher Variante der Vorzug gegeben wird, hängt von der jeweiligen Fragestellung ab; in den meisten Fällen verwenden die Institute jedoch beide Methoden nebeneinander.

*Vielfalt der
Risikofaktoren
und Methoden*

Der Vorteil univariater Stresstests besteht darin, dass sie den spezifischen Einfluss einzelner Risikofaktoren von dem anderer Faktoren isolieren können. Man bezeichnet diese Art der Stresstests auch als Sensitivitätsanalysen, da Kreditinstitute mit ihrer Hilfe die Schwachstellen ihrer Portfoliostruktur relativ genau identifizieren können. Nachteilig ist jedoch, dass dieser Ansatz die in der Realität bestehende Interaktion verschiedener Risikofaktoren ignoriert. Gerade die Kumulierung von „Stress-Ereignissen“ wirkt aber unter Umständen stabilitätsgefährdend, während isolierte Schocks für sich genommen relativ unproblematisch erscheinen können.

Daher werden die Sensitivitätsanalysen vielfach durch multivariate Stresstests ergänzt. Eine Schwierigkeit ist hier insbesondere die realitätsnahe Modellierung der Szenarien. In der Praxis findet man hierzu vor allem zwei Methoden vor: Mit Hilfe einer historischen Simulation werden in der Vergangenheit beobachtete, extreme Konstellationen der Risikofaktoren auf das aktuelle Portfolio angewandt.

Alternativ können die Szenarien mit Hilfe ökonomischer Methoden ausgewählt wer-



den. Ein spezieller Fall sind Makrostresstests, bei denen makroökonomische Rahmenszenarien, wie zum Beispiel das Szenario einer tiefen Rezession, ex ante definiert und mit Hilfe eines makroökonomischen Modells umgesetzt werden.

Insgesamt scheinen die Institute verstärkt dazu überzugehen, Multifaktorenanalysen einzusetzen (siehe oben stehendes Schaubild). Dies ist erfreulich, da damit eine realitätsgetreuere Analyse ermöglicht wird. Zugleich nimmt die Anzahl der Stresstests insgesamt zu, so dass auch Sensitivitätsanalysen nicht vernachlässigt werden. Vorwiegend erfolgen diese multivariaten Analysen auf Basis historischer Szenarien.

*Verstärkter
Einsatz
multivariater
Analysen*

Die Analysen der einzelnen Institute unterscheiden sich deutlich hinsichtlich der Ausprä-

Risikokategorien

Die verschiedenen Risikofaktoren, die bei der Bewertung der Anlagen einer Bank eine wesentliche Rolle spielen, werden üblicherweise in Marktpreisrisiken und Kreditrisiken unterteilt. Das Liquiditätsrisiko, das ebenfalls für die Bewertung des Portfolios relevant ist, stellt einen Sonderfall dar und wird hier nicht betrachtet. Das Gleiche gilt für das operationelle Risiko.

Unter Kreditrisiko im engeren Sinn versteht man die Gefahr, dass ein Kreditnehmer seine Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht erfüllt (Ausfallrisiko). Im weiteren Sinn bezeichnet der Begriff das Risiko einer Verschlechterung der Kreditwürdigkeit eines Schuldners (Bonitätsrisiko), die zu einer Neubewertung der entsprechenden Aktiva führt.

Das Marktpreisrisiko stellt das Risiko einer Marktwertänderung von Long- oder Short-Positionen auf Grund von Schwankungen der zu Grunde liegenden Marktpreise dar. Je nach betrachteter Position unterscheidet man zwischen Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko, Warenpreisrisiko und Wechselkursrisiko. Als weitere Kategorie kommt das so genannte Volatilitätsrisiko in Betracht, das vor allem bei Derivaten relevant ist. Allerdings spielt es insgesamt eine eher untergeordnete Rolle.

Während die Bewertung von am Markt gehandelten Finanzinstrumenten meist unproblematisch ist, ist die Bewertung von nicht gehandelten oder illiquiden Aktiva zu Marktpreisen auch unabhängig von Rechnungslegungsgesichtspunkten umstritten. Dies stellt wohl einen der Gründe dar, warum sich Stresstests im Marktrisikobereich häufig lediglich auf Positionen des Handelsbuches, nicht jedoch auf die des Anlagebuches beziehen. Dies gilt insbesondere für das Zinsrisiko.

Deutsche Bundesbank

gung der Schocks wie auch in der Kombination der Risikofaktoren. Nur bei historischen Simulationen ist die Übereinstimmung erwartungsgemäß größer. Relativ viele historische Szenarien werden aus der Russlandkrise in 1998, den Ereignissen des 11. September 2001 oder dem Irakkrieg des Jahres 2003 abgeleitet. Dennoch sind auch hier erhebliche Unterschiede in der Umsetzung festzustellen. Beispielsweise hängen die Veränderungen der Risikoparameter entscheidend davon ab, welcher Anfangs- und Endzeitpunkt für das historische Szenario unterstellt wird.

Die Erhebungen bestätigen, dass Stresstests vor allem im Marktrisikobereich eingesetzt werden. Hier steht das Zinsrisiko im Vordergrund. Kreditrisiken werden hingegen in nur rund 30 % der Fälle betrachtet. Die niedrigen Werte für den Kreditrisikobereich sind wohl darauf zurückzuführen, dass die Modellierung des Kreditrisikos ein vergleichsweise junger Bereich ist. Zudem ist die Datenverfügbarkeit ungleich schlechter als im Marktrisikobereich.

Allerdings hat die Analyse von Kreditrisiken in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung dürfte sich weiter verstärken, da viele Institute zur Zeit ihre Risikomanagementsysteme im Kreditbereich ausbauen. Nicht zuletzt spielt hierbei die Vorbereitung auf Basel II eine wichtige Rolle.

Bemerkenswert ist zudem, dass die Banken vermehrt Szenarien definieren, bei denen die Risikoparameter aus unterschiedlichen Risikokategorien selektiert werden. Insbesondere verwenden Banken zunehmend Szenarien,

Stresstesting von Kreditportfolien gewinnt an Bedeutung

Komplexere Szenarien

Risikokategorien

in %

Art der Risikofaktoren	Anteil der Risiken in den Szenarien			
	ohne Mehrfachzählungen aus multivariaten Szenarien 1)		inklusive Mehrfachzählungen aus multivariaten Szenarien 2)	
	2004	2000	2004	2000
Marktpreisrisiken gesamt	42	69	70	82
Zinsrisiken	22	28	49	41
Aktienkursrisiken	10	21	30	26
Wechselkursrisiken	10	15	38	28
Güterpreisrisiken	0	5	3	8
Kreditrisiken	22	15	33	18
andere	9	3	10	3
Simultan mehrere Risiken aus verschiedenen Kategorien	28	13	–	–

Quellen: Deutsche Bundesbank, Angaben der Institute. — 1 Anteil der jeweiligen Kategorie in den Stresstests, wobei Fälle mit Risiken aus verschiedenen Kategorien als getrennte Gruppe betrachtet werden. — 2 Anteil der jewei-

ligen Kategorie in den Stresstests, wobei Fälle mit Risiken aus verschiedenen Kategorien mehrfach gezählt werden und allen relevanten Kategorien zugeordnet werden (Summe ungleich 100%).

Deutsche Bundesbank

die gleichzeitig Parameter aus dem Markt- und aus dem Kreditbereich berücksichtigen. Bei knapp der Hälfte der multivariaten Analysen handelt es sich jedoch immer noch um Szenarien, bei denen nur Parameter derselben Risikokategorie verändert werden (z.B. verschiedene Aktienindizes). Dies könnte daran liegen, dass die Integration der verschiedenen Risikomodule in ein einheitliches Risikomodell bei vielen Banken noch nicht vollständig erfolgt ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass gute Fortschritte bei der Anwendung von Stresstests erkennbar sind. Die Zahl der Analysen auf Institutsebene hat zugenommen, und es werden detailliertere, realitätsgerechtere Analysen durchgeführt. Insgesamt zeigt der Umfang der Analysen, dass Stress-

tests mittlerweile integraler Bestandteil des Risikomanagements vieler Banken sind. Ein sinnvoller Einsatz von Stresstests setzt jedoch voraus, dass die Szenarien regelmäßig auf ihre Relevanz überprüft werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass nahezu 40 % der derzeit eingesetzten Szenarien im laufenden Jahr überarbeitet oder neu erstellt wurden. Außerdem kann eine sinnvolle Risikobewertung mittels Stresstests nur dann stattfinden, wenn sie regelmäßig erfolgt. Nahezu alle befragten Institute führen ihre Stresstests mindestens einmal im Monat durch, immerhin circa 50 % wöchentlich.

Auch die stärkere Berücksichtigung von Kreditrisiken ist zu begrüßen. Ein weiterer Ausbau der Stresstests im Kreditbereich – wie er sich abzeichnet – ist wünschenswert, da das

Kreditrisiko in der Regel die wichtigste Risikokategorie der Banken darstellt. Auch die Anforderungen, die Basel II an die Zulassung interner Ratingsysteme der Banken stellt, lassen Weiterentwicklungen in diesem Bereich erwarten. Beispielsweise schreiben die neuen Eigenkapitalanforderungen vor, dass Banken, die sich für den IRB-Ansatz²⁾ qualifizieren, die Angemessenheit ihrer Eigenkapitalausstattung mit Hilfe von Stresstests untersuchen. Insbesondere sind die Auswirkungen auf die Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer sowie die Verlustquote und die Kredithöhe zum Zeitpunkt des Ausfalls zu berechnen. Die Angemessenheit dieser Stresstests wird zu den Prüfungsgegenständen im Rahmen des Supervisory Review Process (SRP) gehören.

Quantitative Erhebung

Bei einer Auswahl von Banken führte die Bundesbank im Sommer 2004 einheitliche, quantitative Stresstestanalysen durch. Die Konzeption dieser Analysen orientierte sich an den während des Financial Sector Assessment Program³⁾ im Jahr 2003 in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds durchgeführten Stresstests.⁴⁾ Wie damals standen in den diesjährigen Stresstests die Marktrisiken der Kreditinstitute aus dem Zins-, Aktien- und Wechselkursbereich im Zentrum der Befragungen. Parallel dazu führte die Bundesbank Makrostresstests für den Kreditbereich durch.

Der Vorteil einheitlicher Stresstests liegt in der Vergleichbarkeit der Ergebnisse über die Institute hinweg. Zudem erlauben sie in diesem

Fall den aufschlussreichen Vergleich zum Vorjahr. Dieser Vergleich ist gerade deswegen interessant, da die Banken auf Grund ihrer umfangreichen Umstrukturierungen mittlerweile die Talsohle ihrer Risikoentwicklung durchschritten zu haben scheinen und sich nun in zunehmendem Maße dem Neugeschäft zuwenden.

Für die Erhebung der Marktpreisrisiken wurden die Banken gebeten, auf Basis vorgegebener Szenarien die Marktwertveränderungen ihrer Positionen im gesamten Bestand (Handels- und Anlagebuch) zu ermitteln. Es wurde vereinfachend die Annahme getroffen, dass die resultierenden Verluste unmittelbar das Eigenkapital der Bank betreffen. Etwaige Anpassungsschritte der Institute sowie unterschiedliche Bilanzierungsvorschriften für das Anlage- und Handelsbuch blieben unberücksichtigt.

*Einheitliche
Stressszenarien*

Die Stresstests für das Zinsänderungsrisiko beziehen sich auf die gesamte Zinsstrukturkurve, da vor allem asymmetrische Zinsänderungen die Kreditinstitute vor Probleme stellen können. Drei Arten von Veränderungen wurden betrachtet (vgl. Tabelle auf S. 85): Drehungen der Zinsstrukturkurve am kurzen Ende, Parallelverschiebungen über alle Laufzeiten und Ausschläge im mittelfristigen Bereich.

² Internal ratings based approach.

³ In der ersten Jahreshälfte 2003 untersuchte der IWF im Rahmen des Financial Sector Assessment Program die Stabilität des deutschen Finanzsystems. Dabei wurden auch Stresstests für die deutschen Kreditinstitute durchgeführt.

⁴ Für eine detaillierte Beschreibung der damaligen Stresstests siehe: Deutsche Bundesbank, Das deutsche Bankensystem im Stresstest, Monatsbericht, Dezember 2003, S. 55 ff.

Zur Analyse des Wechselkursrisikos wurden eine Aufwertung beziehungsweise eine Abwertung des Euro um 15 % angenommen. Hinsichtlich des Aktienkursrisikos wurde ein auf allen Märkten zugleich auftretender Kurssturz in Höhe von 30 % unterstellt. Die impliziten Volatilitäten wurden um 30 Basispunkte verändert.

*Verringerung
des Zinsänderungsrisikos*

Im Vergleich zum Vorjahr sind beachtliche Veränderungen in den Risikopositionen der Banken zu erkennen. Insgesamt würden nahezu alle größeren Banken im Zinsbereich von den vorgegebenen Szenarien weniger tangiert als noch im Vorjahr. Während damals die meisten Banken dem Anschein nach auf fallende Zinsen gesetzt hatten – und daher potenziell Verluste bei einem Anstieg zu erwarten gehabt hätten – ist bei der aktuellen Analyse kein genereller Trend ersichtlich. Auch im Währungsbereich, der im Hinblick auf die Größenordnungen der Risiken von geringerer Bedeutung ist, haben die Banken ihre offenen Positionen reduziert.

*Stärkeres
Engagement im
Aktienhandel*

Der Aktienbereich scheint zunächst das Bild gesunkener Risiken zu bestätigen. Allerdings sind diese Zahlen dadurch verzerrt, dass die Risikoreduktion bei einer Bank auf inzwischen vorgenommene Wertkorrekturen in ihrem Anlagebuch zurückzuführen ist. Bei allen anderen größeren Banken haben sich dagegen die potenziellen Marktwertverluste ausgeweitet, was im Prinzip auf eine Ausweitung der in diesem Bereich eingegangenen Long-Positionen schließen lässt. Ein Großteil der Positionsausweitungen im Anlagebuch dürfte indes preisinduziert sein. Die Quote aus potenziellen Verlusten und haften-

Szenarien für die Zinsstrukturkurve

Veränderungen in Basispunkten

Szenario	kurz- fristig 1)	mittel- fristig 2)	lang- fristig 3)
Drehung (+)	110	60	40
Parallel (+)	70	70	70
Peak (+)	0	30	0
Drehung (-)	- 110	- 60	- 40
Parallel (-)	- 70	- 70	- 70
Peak (-)	0	- 30	0

1 Höchstens drei Monate. — 2 Mehr als drei Monate, aber höchstens fünf Jahre. — 3 Mehr als fünf Jahre.

Deutsche Bundesbank

dem Eigenkapital überzeichnet tendenziell das tatsächliche Verlustrisiko, da die aus zwischenzeitlichen Wertsteigerungen gelegten stillen Reserven nicht berücksichtigt werden können.

Die Situation bei den kleineren und mittleren Banken, die in einem geringeren Umfang im Wertpapiergeschäft engagiert sind, unterscheidet sich teilweise deutlich von derjenigen größerer Institute. Diese Institute weisen insgesamt eine größere Zinslastigkeit ihres Geschäfts auf, wobei sich das Zinsänderungsrisiko im Vorjahresvergleich sogar erhöht hat. Insgesamt haben sich aber im Rahmen der Sensitivitätsanalysen keine Anhaltspunkte ergeben, die Zweifel an der Robustheit der in die Stresstests einbezogenen Banken aufkommen lassen würden.

*Relativ große
Zinslastigkeit
der Anlagen
kleinerer
Banken*

Ergebnisse der Stresstests im Marktrisiko

Marktwertänderungen in % des haftenden
Eigenkapitals

Szenarien 1)	2003	2004		
	Mittelwert	Mittelwert	Untere Grenze	Obere Grenze
Große, international tätige Banken				
Zinsen				
Drehung (+)	- 1,20	- 0,62	- 1,72	- 0,25
Parallelshift (+)	- 0,84	- 0,52	- 1,62	0,21
Peak (+)	- 0,37	- 0,15	- 0,97	0,13
Drehung (-)	1,16	0,63	0,13	1,60
Parallelshift (-)	0,70	0,60	0,21	1,34
Peak (-)	0,43	0,16	- 0,01	0,91
Euro-Aufwertung	- 0,29	0,07	- 1,25	0,74
Euro-Abwertung	0,19	0,18	- 0,74	1,27
Aktienkursrückgang	- 9,86	- 8,00	- 15,49	- 3,72
Volatilität	0,05	- 0,06	- 0,26	0,07
Mittlere und kleinere Banken				
Zinsen				
Drehung (+)	- 0,91	- 1,09	- 11,47	- 0,34
Parallelshift (+)	- 0,95	- 1,22	- 15,11	0,42
Peak (+)	- 0,40	- 0,46	- 4,25	- 0,08
Drehung (-)	0,85	1,01	- 0,27	11,46
Parallelshift (-)	0,86	1,24	- 0,43	14,88
Peak (-)	0,41	0,41	- 4,15	2,27
Euro-Aufwertung	0,10	- 0,33	- 2,25	0,63
Euro-Abwertung	- 0,06	0,42	0,01	2,17
Aktienkursrückgang	- 0,84	- 1,48	- 10,00	- 0,17
Volatilität	0,03	0,00	- 0,01	0,05

Quellen: Deutsche Bundesbank, Berechnungen der Institute. — 1 Die Szenarien sind wie folgt definiert: Zinsszenario wie in Tabelle auf S. 85; Aktienkursrückgang von 30 % auf allen Märkten, Wechselkursänderungen \pm 15 %; Volatilitätsänderungen von 30 %.

Deutsche Bundesbank

Makrostresstests

Neben den Sensitivitätsanalysen rücken auch Makrostresstests zunehmend ins Zentrum der Risikoanalyse der Banken, da makroökonomische Entwicklungen zu den wesentlichen Einflussfaktoren auf Kreditrisiken gehören. Wegen des erheblichen Modellierungsaufwands sind zurzeit allerdings nur die großen Banken in der Lage, umfangreiche Makrostresstests durchzuführen. Eine direkte Befragung dieser Institute wäre aber nicht repräsentativ.

Makrostresstests untersuchen konjunkturelle Auswirkungen

Die Bundesbank hat daher im Spätsommer 2004 mit Hilfe ökonomischer Schätzungen und der ihr vorliegenden aufsichtlichen Daten sowie von Bilanzdaten des Jahres 2003 eigene Makrostresstests für das deutsche Bankensystem durchgeführt. Neben dem Basisszenario wurden hierbei folgende zwei Rahmenszenarien unterstellt:

Rahmenszenarien

- Ölpreisszenario: Unterstellt wird ein deutlicher Anstieg des Ölpreises im dritten Quartal 2004, der auch in den folgenden Quartalen auf diesem Niveau verharrt. Die weltwirtschaftliche Entwicklung wird durch den höheren Ölpreis gedämpft, und das Wachstum der deutschen Absatzmärkte geht zurück. Zudem wird angenommen, dass die Preise der ausländischen Konkurrenten ansteigen.
- Zinsszenario: Höhere Inflationserwartungen verbunden mit der Unsicherheit auf den Finanzmärkten führen zu einem Anstieg der Risikoaufschläge in den Kreditzinsen. Daher steigen die langfristigen Zin-

Ergebnisse der Makrostresstests *)

Angaben in %; Stichtag Ende August 2004

Jahr	neue EWB 1)	Risikovorsorge 1) (Mittelwert)	Risikovorsorge 1) (Median)	Risikovorsorge 1) 5 %-Quantil	Risikovorsorge 1) 95 %-Quantil
Ausgangssituation für alle drei Szenarien					
2002	1,27	3,16	3,04	0,61	9,04
2003	1,23	3,23	3,07	0,58	8,60
Basisszenario					
2004	1,08	3,20	3,20	0,56	9,64
2005	1,09	3,58	3,31	0,50	11,50
Ölpreisszenario					
2004	1,08	3,20	3,20	0,56	9,64
2005	1,10	3,60	3,33	0,50	11,55
Zinsszenario					
2004	1,15	3,35	3,36	0,59	10,09
2005	1,19	3,91	3,64	0,55	12,51

* Panelschätzung auf Grundlage der Bilanzdaten deutscher Banken. — 1 Anteil zu Krediten an Nichtbanken.

Deutsche Bundesbank

sen weltweit an, was zu einem geringeren Wachstum der deutschen Exportmärkte führt. Außerdem wird angenommen, dass das ausländische Konkurrenzpreisniveau ansteigt und der Euro nominal gegenüber dem US-Dollar abwertet.

Mit Hilfe eines ökonomischen Modells wurde unter Zugrundelegung der verschiedenen Szenarien die Entwicklung des Kreditrisikos prognostiziert. In die Schätzgleichungen gingen als abhängige Variable die Bildung von Einzelwertberichtigungen im Kreditgeschäft beziehungsweise die entsprechenden EWB-Bestände ein (jeweils im Verhältnis zum Gesamtkreditvolumen an Nichtbanken). Als erklärende Variablen wurden Bilanzkennzahlen sowie makroökonomische Größen herangezogen. Die entsprechende Schätz-

gleichung basierte auf einer dynamischen Panelregression, die im Gegensatz zu Verfahren der Zeitreihenanalyse nicht nur eine Prognose der Mittelwerte, sondern auch der gesamten künftigen Verteilung der Wertberichtigungen erlaubt.⁵⁾ Damit lassen sich insbesondere solche Institute identifizieren, für die mit einem hohen Wertberichtigungsbedarf im Kreditportfolio zu rechnen ist und deren Kapitaldecke die entstehenden Verluste möglicherweise nicht aufzufangen vermag.

Die Ausgangslage in allen Szenarien ist von den hohen Wertberichtigungs- und Risikovorsorgequoten der letzten beiden Jahre

Risikovorsorge verharret auf hohem Niveau ...

5 Methodisch lehnt sich die Schätzgleichung an die entsprechende Schätzung des Jahres 2003 an. Eine detailliertere Darstellung findet sich im Monatsbericht, Dezember 2003.

gekennzeichnet. Trotz der erwarteten günstigen Konjunkturaussichten, die sich in geringeren Zuführungen zu den Wertberichtigungen niederschlagen, dürften die Risikovorsorgequoten (Bestände) auch im Basisszenario auf einem vergleichsweise hohen Niveau verharren (oder sogar leicht ansteigen), da sich die positive wirtschaftliche Entwicklung erst zeitverzögert in der Kreditqualität der Altbestände niederschlägt. Bemerkenswert ist außerdem, dass die Schere zwischen Instituten mit niedriger und solchen mit hoher Risikovorsorge im Kreditportfolio weiter auseinandergeht. Allerdings kann von einer hohen Vorsorgequote allein nicht auf ein höheres Solvenzrisiko der betreffenden Institute geschlossen werden; nur im Zusammenhang mit einer niedrigen Eigenkapitaldecke und dem Fehlen stiller Reserven ergibt sich möglicherweise ein tatsächliches Gefahrenpotenzial.

Auch aus den beiden Stressszenarien lässt sich keine Gefährdung für die Stabilität des Bankensystems ableiten. Da im Ölpreisszenario nur relativ leichte Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erwartet werden, dürften die Wertberichtigungsquoten gegenüber dem Basisszenario nahezu unverändert bleiben. Allein im Zinsszenario ist mit erhöhtem Risikovorsorgebedarf zu rechnen, da die Kreditnehmer durch einen starken Anstieg langfristiger Zinsen stärker betroffen würden als durch die unterstellte vergleichsweise milde Abnahme des BIP-Wachstums.

Alles in allem erscheint die Größenordnung der durch die vorgegebenen Szenarien induzierten Veränderungen der Wertberichtigungen überschaubar.

... aber keine außergewöhnliche Erhöhung der Wertberichtigungen zu erwarten

Kurzberichte

Konjunkturlage

Industrie

Die Industriekonjunktur ist nach einer kräftigen Aufwärtsentwicklung in der ersten Jahreshälfte Mitte 2004 in ruhigeres Fahrwasser gekommen. Zwar sind die Auftragseingänge im Juli saisonbereinigt deutlich gestiegen. Dies hing aber zu einem guten Teil mit dem vergleichsweise geringen Urlaubseinfluss zusammen. Im August, auf den sich die Ferien stärker als üblich konzentrierten, gingen die Bestellungen etwas zurück. Nimmt man zum Ausgleich der kurzfristigen Sonderbewegungen Juli und August zusammen, waren die Geschäftsabschlüsse etwa so hoch wie im zweiten Quartal. Der Anstieg im Vorjahresvergleich verringerte sich auf 6 ½ %, nach 7 ½ % im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt.

*Auftrags-
eingang*

Relativ gut behauptet hat sich die Nachfrage des Auslands nach deutschen Industrieerzeugnissen. Hier ergibt sich saisonbereinigt im Zweimonatsabschnitt ein leichter Zuwachs von gut ½ % gegenüber dem Frühjahrsquartal, in dem es zu umfangreichen Geschäftsabschlüssen gekommen war. Die Zunahme im Vorjahresvergleich erreichte 9 %. Dagegen blieben die Bestellungen inländischer Kunden saisonbereinigt im Juli/August um ¼ % hinter dem Niveau der vorangegangenen Monate zurück. Den Vergleichsstand des Vorjahres überschritten sie um rund 4 ½ %.

Auch bei der Produktion ist der besondere Ferieneinfluss zu spüren. Saisonbereinigt wurde im August das Produktionsniveau des Vormonats nicht wieder erreicht. In den bei-

Erzeugung

Zur Wirtschaftslage in Deutschland *)

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2000 = 100			
	Industrie 1)			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2003 4. Vj.	100,5	95,7	106,5	79,5
2004 1. Vj.	101,1	95,9	107,7	78,8
2. Vj.	102,9	96,1	111,4	73,3
Juni	101,0	95,4	108,0	74,0
Juli	103,8	96,3	113,3	71,7
Aug.	102,2	95,3	110,9	...
Produktion; 2000 = 100				
	Industrie 2)			Bauhauptgewerbe
	darunter:		Bauhauptgewerbe	
	insgesamt	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten 3)
2003 4. Vj.	101,0	101,1	104,2	85,7
2004 1. Vj.	101,0	102,1	103,1	82,1
2. Vj.	102,8	103,3	106,4	77,3
Juni	102,3	103,1	105,6	77,5
Juli	103,8	104,1	107,3	77,6
Aug.	103,1	104,3	106,5	75,9
Arbeitsmarkt				
	Erwerbstätige 4)	Offene Stellen	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in % 5)
	Anzahl in 1 000			
2004 1. Vj.	38 303	304	4 304	10,3
2. Vj.	38 368	288	4 366	10,5
3. Vj.	...	280	4 408	10,6
Juni	38 379	282	4 392	10,6
Aug.	...	278	4 418	10,6
Sept.	...	280	4 445	10,7
	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 6)	Baupreise 7)	Verbraucherpreise
	2000 = 100			
2004 1. Vj.	95,6	104,3	100,5	105,4
2. Vj.	97,0	105,3	101,4	106,1
3. Vj.	101,8	106,5
Juli	97,6	106,0	...	106,3
Aug.	98,3	106,4	...	106,6
Sept.	106,6

* Angaben vielfach vorläufig. — 1 Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Einschl. Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen-teilen. — 4 Inlandskonzept. — 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 6 Im Inlandsabsatz. — 7 Eigene Berechnung; nicht saisonbereinigt. Stand zur Quartalsmitte.

Deutsche Bundesbank

den Sommermonaten zusammen ergibt sich nach den vorläufigen Ergebnissen eine Zunahme der Erzeugung gegenüber dem zweiten Quartal von etwas über 1/2 %. Es ist jedoch mit einer Korrektur nach unten zu rechnen. Dadurch wird auch der Produktionsanstieg im Vorjahrsvergleich, der nach jetzigem Datenstand fast 4 1/2 % beträgt, nicht mehr ganz so groß ausfallen.

Bauhauptgewerbe

Die Situation der Bauwirtschaft war auch zu Beginn der zweiten Jahreshälfte durch eine schwache Nachfrage und ein niedriges Produktionsniveau gekennzeichnet. Die Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe sind im Juli, über den die Angaben bisher nicht hinausreichen, saisonbereinigt deutlich geringer gewesen als im Vormonat und als im zweiten Quartal insgesamt. Gegenüber dem Vorjahr blieben sie um nahezu 15 % zurück.

Die Produktion des Bauhauptgewerbes fiel im August saisonbereinigt ebenfalls niedriger aus als im vorangegangenen Monat. In den beiden Sommermonaten Juli und August wurde der durchschnittliche Stand des zweiten Quartals um rund 3/4 % unterschritten. Binnen Jahresfrist ergibt sich nach der gegenwärtigen Datenlage eine zweistellige Abnahme. Auch wenn im Rahmen der diesjährigen Totalerhebung eine Aufwärtskorrektur wahrscheinlich ist, verbleibt eine kräftige Abschwächung der Bauaktivitäten.

Auftragseingang

Produktion

Gesamtwirtschaftliche Produktion

*Bruttoinlands-
produkt*

Die Entwicklung in der Industrie und im Handel sowie Indikatoren aus einigen Dienstleistungsbranchen deuten darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal weiter ausgeweitet worden ist. Allerdings dürfte die Dynamik im Vergleich zum vorangegangenen Dreimonatsabschnitt, als noch ein Zuwachs von 0,5 % erreicht worden war, schwächer gewesen sein. Dies hing insbesondere mit einer gewissen Beruhigung der Auslandsnachfrage zusammen. Die Inlandsnachfrage konnte dies nicht auffangen, wengleich sich die privaten Konsumausgaben gegenüber dem Frühjahr wohl etwas erholt haben und die Belastungen durch die Bauinvestitionen nicht mehr so groß gewesen sein dürften. Die Erwartung eines jahresdurchschnittlichen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts von knapp 2 % – beziehungsweise nach Ausschaltung des Kalendereinflusses von rund 1½ % – erscheint bisher aber nicht gefährdet.

Arbeitsmarkt

Beschäftigung

Die konjunkturelle Beurteilung des Arbeitsmarktes wird durch eine erneute Revision der Zahl der Erwerbstätigen, die vom Statistischen Bundesamt ermittelt werden, erschwert. Nach den jüngsten Angaben waren im Juni und Juli saisonbereinigt 38,38 Millionen Personen erwerbstätig. Gegenüber dem bisherigen Juni-stand bedeutet das eine Aufwärtskorrektur um rund 185 000, die zu einem großen Teil geringfügig Beschäftigte betrifft. Als Folge der Neuberechnung, die zum Jahresanfang 2004 einsetzt, ist der Beschäftigungsrückgang in saisonbereinigter Betrachtung bereits Ende

2003 ausgelaufen und hat einem Anstieg Platz gemacht. Dieser war am stärksten im Frühjahr, ist danach aber wieder schwächer geworden. Es erscheint allerdings fraglich, ob das neue Verlaufsbild auch im Sinne einer konjunkturellen Belebung des Arbeitsmarktes zu sehen ist. Vielmehr dürften Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik und statistische Faktoren die entscheidende Rolle gespielt haben. Hierauf deutet auch hin, dass sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bis zuletzt nicht verbessert hat.

Zudem nahm die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Arbeitslosen saisonbereinigt in den letzten Monaten kräftig zu. Ende September belief sie sich auf 4,45 Millionen. Das waren fast 180 000 Betroffene mehr als im Januar. Gegenüber der gleichen Vorjahrszeit beläuft sich der Zuwachs auf knapp 50 000. Berücksichtigt man die Herausnahme von Teilnehmern an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen aus der Statistik, so errechnet sich ein Anstieg um 160 000.

Arbeitslose

Preise

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe hat sich im September wieder beruhigt. Saisonbereinigt blieb das Preisniveau unverändert. Die Teuerung im Vorjahresvergleich verringerte sich nach dem nationalen Index von 2,0 % im August auf 1,8 % im September beziehungsweise beim Harmonisierten Verbraucherpreisindex von 2,1 % auf 1,9 %. Beigetragen hierzu haben nicht zuletzt Preisrückgänge bei Saisonnahrungsmitteln auf Grund reichlicher Ernten bei Gemüse und Obst. Hinzu kam eine

*Verbraucher-
preise*

unverändert sehr moderate Preisentwicklung im Bereich der gewerblichen Waren; beispielsweise konnten Bekleidung und Schuhe, Haushaltsgeräte sowie Computer weiterhin billiger als im Vorjahr eingekauft werden. Auch die Wohnungsmieten sind kaum gestiegen. Die Verteuerung der Verkehrsdienstleistung ist im Wesentlichen auf neue Gebühren für die Ausstellung von Flugtickets zurückzuführen. Der kräftige Preisanstieg bei Heizöl wurde im September durch Preisrückgänge bei Benzin mehr als kompensiert.

Ölpreise

Diese Preisermäßigungen dürften aber nur vorübergehend gewesen sein. Auf den internationalen Ölmärkten sind nämlich die Notierungen in den letzten Wochen bis auf rund 50 US-\$ für ein Barrel Brent-Öl emporgeschwungen. Inzwischen festigt sich angesichts einer anhaltend hohen internationalen Nachfrage und begrenzter Kapazitätsreserven der Eindruck dauerhaft hoher Ölpreise.

Einfuhr- und industrielle Erzeugerpreise

Die höheren Energiepreise haben sich auch auf der Einfuhrseite deutlich niedergeschlagen. Hinzu kamen starke Verteuerungen bei NE-Metallen und Stahl, die ebenfalls im Sog der weltweit kräftigen Nachfrage standen. Im August waren die Einfuhrgüter insgesamt daher um 2,5 % teurer als ein Jahr zuvor. Da der Preisanstieg bei den Ausfuhrgütern binnen Jahresfrist mit lediglich 1,1 % deutlich niedriger lag, haben sich die Terms of Trade entsprechend verschlechtert. Die Abgabepreise der deutschen Industrie im Inlandsabsatz wurden ebenfalls von der Hausse an den Rohstoff- und Energiemärkten geprägt. Gegenüber dem Preisniveau des Vorjahres ergibt sich im August ein Anstieg um 2,2 %.

Öffentliche Finanzen

Verschuldung der Gebietskörperschaften

Die Verschuldung der Gebietskörperschaften wuchs im August weiter um 5,4 Mrd €. Mit 3,3 Mrd € entfiel wiederum der Großteil des Anstiegs auf den Bund. Zwar wurden die Geldmarktverbindlichkeiten um 6,9 Mrd € reduziert, doch nahm die Kapitalmarktverschuldung um 10,2 Mrd € zu. Dabei wurde insbesondere der Umlauf von Anleihen (+7,1 Mrd €) und Bundesobligationen (+2,5 Mrd €) ausgeweitet. Aber auch das ausstehende Volumen von zweijährigen Schatzanweisungen stieg um 0,8 Mrd €.

August

Die Länder erhöhten ihre Schulden im August per saldo um 1,7 Mrd €. Die Ausgabe von Schatzanweisungen steuerte dazu allein 1,6 Mrd € bei, wovon ein Betrag von 1,1 Mrd € auf Nordrhein-Westfalen entfiel. Während über Schuldscheindarlehen weitere 0,4 Mrd € erlöst wurden, wurden Kassenkredite um 0,3 Mrd € abgebaut. Bei den nicht in die Bundesschuld eingegliederten Sondervermögen nahmen die Schuldscheindarlehen von Banken an den Fonds „Deutsche Einheit“ geringfügig zu. Auch die Verschuldung der Gemeinden dürfte im August weiter leicht gewachsen sein.

Kreditaufnahme des Bundes

Im September beschaffte sich der Bund am Kapitalmarkt zwar brutto 18,6 Mrd €. Dem stand mit 29,0 Mrd € allerdings ein sehr hohes Tilgungsvolumen gegenüber. Einschließlich der Tilgung von Geldmarktver-

Im September...

bindlichkeiten im Umfang von 0,2 Mrd € ergab sich deshalb eine Rückführung der Bundesschulden um insgesamt 10,6 Mrd €. Parallel dazu wurden die Einlagen am Geldmarkt freilich um 11,1 Mrd € reduziert. Den größten Anteil an der Bruttokreditaufnahme hatten die Bundesschatzanweisungen. Allein die mit einem Kupon von 2,5 % (nach zuletzt 2,75 %) versehene Neuemission erbrachte bei der Tenderzuteilung 8,4 Mrd €. Einschließlich der Marktpflegeoperationen und nach Abzug der Tilgung eines noch mit 3,25 % verzinsten Papiers in Höhe von 12 Mrd € verringerte sich der Umlauf jedoch um 3,1 Mrd €. Bei der monatlichen Emission von Bubills wurden Einnahmen von 5,4 Mrd € erzielt. Gegenüber dem Vormonat stieg die Rendite dabei leicht auf 2,1 %. Der Umlauf dieser Papiere wuchs um 0,5 Mrd €. Der Bestand an Bundesobligationen wurde über laufende Verkäufe um 1,1 Mrd € ausgeweitet. Bei den Anleihen erbrachten die Marktpflegeoperationen zwar fast genauso viel, doch liefen hier zwei Papiere mit einem Volumen von jeweils 5,1 Mrd € aus. Zum einen wurde die letzte Treuhandanleihe getilgt, die noch mit 7,5 % verzinst worden war. Zum anderen wurde die einzige variabel verzinsliche Bundesanleihe fällig, die mit einem Abschlag von einem viertel Prozentpunkt vom Dreimonats-Euribor für den Bund zuletzt ein sehr günstiges Finanzierungsinstrument gewesen war. Insgesamt ging so der Umlauf an Bundesanleihen um 9,1 Mrd € zurück.

... und in den
ersten drei
Quartalen

Von Januar bis September belief sich die marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes auf brutto 183,5 Mrd € und netto 46,3 Mrd €. Der im ursprünglichen Haushaltsgesetz vor-

Marktmäßige Nettokreditaufnahme

Kreditnehmer	2003		2004	
	insgesamt	darunter: Jan./Aug.	Jan./ Aug. ts)	Aug. ts)
Bund 1)	+ 42,4	+ 39,0	+ 56,8	+ 3,3
Länder	+ 31,6	+ 23,9	+ 20,0	+ 1,7
Gemeinden 2) ts)	+ 7,7	+ 4,4	+ 3,9	+ 0,4
ERP-Sondervermögen	- 0,1	- 0,0	- 0,7	-
Fonds „Deutsche Einheit“	- 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1
Gebietskörperschaften, insgesamt	+ 81,2	+ 67,7	+ 80,3	+ 5,4

1 Einschl. der hier nicht ausgewiesenen Sondervermögen. —
2 Einschl. Zweckverbände.

Deutsche Bundesbank

gesehene Betrag von 29,3 Mrd € wurde damit bereits weit überschritten. Inzwischen hat das Bundeskabinett wegen der Einnahmehausfälle bei den Steuern und beim Bundesbankgewinn sowie der arbeitsmarktbedingten Mehrausgaben einen Nachtragshaushalt verabschiedet, der den Kreditrahmen auf 43,7 Mrd € ausweitet. Ob dieser Wert eingehalten werden kann, hängt auch davon ab, ob die veranschlagten hohen Einnahmen aus Vermögensveräußerungen realisiert werden. Wegen des höheren Kreditbedarfs wurde der Emissionsplan wie im Vorquartal auch für das letzte Vierteljahr 2004 revidiert. Die Änderung bleibt mit einer zusätzlichen Aufstockung einer Bundesschatzanweisung um 2 Mrd € aber begrenzt. Im Hinblick auf die Struktur der Neuverschuldung in den ersten drei Quartalen haben Anleihen und Obligatio-

Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Mrd €; 2004

Position	September		Januar/September	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Veränderung der Geldmarktverschuldung	-0,2	- 0,2	4,6	4,6
Veränderung der Kapitalmarktverschuldung insgesamt ¹⁾	18,6	- 10,4	178,9	41,6
Unverzinsliche Schatzanweisungen	6,5	0,5	54,2	0,8
Finanzierungsschätze	0,0	- 0,0	0,6	- 0,2
Schatzanweisungen	8,8	- 3,1	43,5	7,7
Bundesschatzbriefe	1,1	1,1	27,3	13,5
Bundesschatzbriefe	0,2	- 0,1	0,8	- 2,3
Anleihen	1,0	- 9,1	2) 46,6	23,1
Bankkredite	1,0	0,4	5,9	- 1,6
Darlehen von Nichtbanken	-	-	-	1,8
Sonstige Schulden	-	-	-	- 1,2
Kreditaufnahme insgesamt	18,4	- 10,6	183,5	46,3

¹ Nachrichtlich: Kreditaufnahme gemäß Planungen des Bundes im Gesamtjahr 2004: brutto 215,4 Mrd €, netto 29,3 Mrd €. — ² Einschl. Aufnahme für FDE: 46,8 Mrd €.

Deutsche Bundesbank

nen mit 23,1 Mrd € beziehungsweise 13,5 Mrd € eine zentrale Rolle gespielt. Aber auch die zweijährigen Schatzanweisungen hatten mit einer Bestandszunahme von 7,7 Mrd € ein recht großes Gewicht. Vor allem bei den Bundesschatzbriefen und Schuldscheindarlehen überwogen dagegen die Tilgungen.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Absatz von
Rentenwerten

Der Absatz am deutschen Rentenmarkt war im August nach der lebhaften Emissionstätigkeit im Juli wieder schwächer. Der Bruttoabsatz der von inländischen Schuldnern begebenen Schuldverschreibungen ging von 112,1 Mrd € im Vormonat auf 86,1 Mrd € zu-

rück. Auch der Netto-Absatz nach Abzug der Tilgungen und Eigenbestandsveränderungen verringerte sich von 20,0 Mrd € auf 12,7 Mrd €. Ausländische Rentenwerte wurden in Deutschland per saldo für 2,9 Mrd € verkauft. Insgesamt belief sich das Mittelaufkommen aus dem Absatz in- und ausländischer Schuldverschreibungen im August mit 15,6 Mrd € auf lediglich knapp die Hälfte des Juli-Werts (33,9 Mrd €).

Die öffentliche Hand nahm den deutschen Rentenmarkt im August per saldo mit 9,2 Mrd € (Juli: 4,4 Mrd €) wieder etwas stärker in Anspruch. Hierbei dominierte der Bund, der 10,7 Mrd € aus dem Verkauf von Schuldverschreibungen erlöste. Im längerfristigen Bereich stockte er zehnjährige Bundesanleihen um 7,2 Mrd € und fünfjährige Bundesobligationen um 2,9 Mrd € (netto) auf. Außerdem setzte er zweijährige Bundesschatzanweisungen, die im Vormonat 4,9 Mrd € ausgemacht hatten, zu 0,6 Mrd € ab. Die Länder, die ihre Verschuldung am Rentenmarkt im Vormonat um 1,3 Mrd € verringert hatten, nahmen diesen im Berichtsmonat wieder mit 1,0 Mrd € in Anspruch. Eine Anleihe der ehemaligen Bundespost wurde für 2,6 Mrd € zurückgezahlt.

Anleihen der
öffentlichen
Hand

Aus dem Absatz von inländischen Bankschuldverschreibungen kamen im August 4,0 Mrd € auf und damit etwa 3 Mrd € weniger als im Vormonat. So hatten die Institute zwar ein hohes Mittelaufkommen aus dem Verkauf von Sonstigen Bankschuldverschreibungen (7,3 Mrd €) und den Emissionen von Spezialkreditinstituten (3,1 Mrd €). Öffent-

Bankschuldver-
schreibungen

liche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen wurden jedoch per saldo zurückgenommen.

Unternehmensanleihen

Das Mittelaufkommen aus dem Absatz von Industrieobligationen fiel nach dem Rekordwert vom Juli (10,6 Mrd €) – in dem allerdings neben „klassischen“ Unternehmensanleihen auch Papiere enthalten waren, die aus der Verbriefung der Russland-Forderungen des Bundes resultierten – auf 0,9 Mrd € zurück. Das ausstehende Volumen von Commercial Paper sank um 1,3 Mrd €, so dass der Umlauf von Schuldverschreibungen nichtfinanzieller Unternehmen um 0,5 Mrd € abnahm.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Die im August am deutschen Kapitalmarkt emittierten Rentenwerte wurden per saldo fast ausschließlich von ausländischen Investoren gekauft, die ihre Portefeuilles deutscher Anleihen mit 14,6 Mrd € in ähnlichem Umfang wie im Vormonat aufstockten. Dabei legten sie 9,8 Mrd € in Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand und 4,8 Mrd € in Papieren privater Schuldner an. Deutsche Kreditinstitute engagierten sich mit 4,9 Mrd € schwächer am Rentenmarkt als im Juli (11,8 Mrd €). Sie kauften für 3,1 Mrd € ausländische und für 1,7 Mrd € inländische Schuldverschreibungen. Die einheimischen Nichtbanken investierten im Ergebnis lediglich in Papieren privater inländischer Schuldner (1,2 Mrd €). Ihre Bestände an Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand, die sie bereits im Vormonat im Umfang von 10,2 Mrd € abgebaut hatten, reduzierten sie nochmals um 4,8 Mrd €. Ebenso verkauften sie ausländische Papiere im Wert von 0,2 Mrd €.

Absatz und Erwerb von Rentenwerten

Mrd €			
Position	2004		2003
	Juli	August	August
Absatz inländischer Rentenwerte ¹⁾	20,0	12,7	- 8,8
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	6,9	4,0	- 10,8
Anleihen der öffentlichen Hand	4,4	9,2	0,8
Ausländische Rentenwerte ²⁾	13,9	2,9	- 0,3
Erwerb			
Inländer	19,7	1,0	- 0,5
Kreditinstitute ³⁾	11,8	4,9	- 14,6
Nichtbanken ⁴⁾	8,0	- 3,8	14,1
darunter:			
inländische Rentenwerte	0,2	- 3,6	8,0
Ausländer ²⁾	14,2	14,6	- 8,6
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	33,9	15,6	- 9,2

¹ Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — ² Transaktionswerte. — ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. — ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt wurden weiterhin kaum Mittel aufgenommen. Inländische Unternehmen emittierten für nur 0,3 Mrd € junge Aktien. Bei den ausländischen Dividendenwerten waren Mittelabflüsse in Höhe von 1,6 Mrd € zu verzeichnen. Auf der Käuferseite des Aktienmarkts konzentrierten sich gebietsansässige Kreditinstitute auf ausländische Aktien (0,7 Mrd €) und gaben wie schon in den Vormonaten inländische Papiere ab, diesmal in Höhe von 1,0 Mrd €. Die Nichtbanken kauften inländische Aktien für 1,3 Mrd € und reduzierten ihren Bestand an ausländischen Werten um 2,3 Mrd €. Ausländische Käufer, die im Juli noch Aktien im Wert von 3,6 Mrd € erworben hatten, traten

Aktienabsatz und -erwerb

im Berichtsmonat am deutschen Markt per saldo nicht in Erscheinung.

Investmentzertifikate

*Absatz von
Investment-
zertifikaten*

Inländische Fondsgesellschaften hatten im August Mittelabflüsse von 0,3 Mrd € zu verzeichnen. Insbesondere die institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds haben Anteile zurückgenommen (0,4 Mrd €). Bei den inländischen Publikumsfonds überwogen per saldo knapp die Zuflüsse (0,1 Mrd €). Vor allem die Anteilscheine von Geldmarktfonds waren gefragt (1,2 Mrd €) und in geringem Umfang auch Zertifikate von Offenen Immobilienfonds (0,2 Mrd €). Dagegen mussten Aktienfonds und andere Wertpapierfonds Anteilscheine zurücknehmen (- 1,2 Mrd €). Der Umlauf ausländischer Fondsanteile am deutschen Markt nahm im Berichtsmonat um 1,4 Mrd € zu (Vormonat 0,1 Mrd €).

*Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

Kreditinstitute und ausländische Anleger kauften jeweils für 0,9 Mrd € Investmentzertifikate, wobei die Kreditinstitute ausschließlich in ausländischen Fonds investierten. Die Nichtbanken traten per saldo wieder als Verkäufer auf und gaben wie bereits im Vormonat inländische Anteile in Höhe von 1,1 Mrd € zurück. Anteilscheine ausländischer Fonds erwarben sie in Höhe von 0,4 Mrd €.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im August einen Überschuss von 0,9 Mrd €, nachdem sich das Plus im Vormonat auf 1,7 Mrd € belaufen hatte. Ursache dieses Rück-

gangs war eine Verringerung des Aktivsaldo in der Handelsbilanz. Das Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfassen, hat sich dagegen vermindert.

Das Plus im Außenhandel nahm im August gegenüber dem Vormonat nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 2,5 Mrd € auf 11,1 Mrd € ab. Nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen sank der Überschuss in der Handelsbilanz um 1 Mrd € auf 12 Mrd €, da der Rückgang bei den Wareneinfuhren niedriger ausfiel als bei den Warenausfuhren. So verringerten sich die Exporte im August saisonbereinigt um 1½ % gegenüber dem Vormonat, während die Importe kaum nachgaben. In den drei Monaten Juni bis August zusammen genommen stagnierten die Ausfuhren saisonbereinigt gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum. Die Importe stiegen im Dreimonatsvergleich um 3½ %. Dies war jedoch zum Teil preisbedingt.

Außenhandel

Das Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen verringerte sich im August gegenüber dem Vormonat um 1,5 Mrd € auf 9,2 Mrd €. Hinter diesem Rückgang standen insbesondere geringere Netto-Ausgaben bei den grenzüberschreitenden Faktorentgelten. So wies die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen im August ein Minus von 0,8 Mrd € auf, das um 3,3 Mrd € unter dem Passivsaldo vom Juli lag. Auch die Netto-Ausgaben bei den laufenden Übertragungen waren im August rückläufig. Sie betrugen 2,3 Mrd €, nach 3,1 Mrd € im Vormonat. Der

*„Unsichtbare“
Leistungstrans-
aktionen*

Minus-Saldo in der Dienstleistungsbilanz stieg hingegen vor allem saisonbedingt um 2,6 Mrd € auf 6,1 Mrd €.

Wertpapier-
verkehr

Die Netto-Kapitalimporte im Wertpapierverkehr bewegten sich im August etwa auf der Höhe des Vormonats (10,8 Mrd €, nach 9,5 Mrd € im Juli). Ausschlaggebend für die Mittelzuflüsse war, dass ausländische Investoren an den hiesigen Kapitalmärkten wiederum als Käufer auftraten (15,5 Mrd €). Wie bereits im Juli fragten sie Rentenwerte (13,5 Mrd €) und dabei vor allem öffentliche Anleihen (8,9 Mrd €) besonders stark nach. Weit geringer fiel ihr Interesse an Geldmarktpapieren und Investmentzertifikaten aus (1,1 Mrd € bzw. 0,9 Mrd €). Deutsche Anleger erwarben im August für 4,7 Mrd € ausländische Wertpapiere. Dabei engagierten sie sich in erster Linie in ausländischen Geldmarktpapieren (3,1 Mrd €) und Investmentzertifikaten (1,4 Mrd €), während Anleihen und Aktien als Anlageinstrumente im Berichtszeitraum per saldo kaum eine Rolle spielten.

Direkt-
investitionen

Im Bereich der Direktinvestitionen entwickelten sich die grenzüberschreitenden Aktivitäten der Unternehmen weiterhin recht verhalten und führten im August zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 2,2 Mrd €. Diese waren auf den Mittelabzug der ausländischen Investoren aus Deutschland zurückzuführen (2,3 Mrd €). Dabei entfiel nahezu der komplette Kapitalexport auf konzerninterne Kredittransaktionen. Das Engagement deutscher Unternehmen im Ausland hat sich hingegen per saldo kaum verändert. Während sie das Beteiligungskapital ihrer Auslandsniederlassungen im Ergebnis etwas verringerten

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Position	2003		2004	
	Aug.	Juli ¹⁾	Aug.	Aug.
Mrd €				
I. Leistungsbilanz				
1. Außenhandel ¹⁾				
Ausfuhr (fob)	49,9	62,5	56,3	
Einfuhr (cif)	39,3	48,9	45,2	
Saldo	+ 10,6	+ 13,6	+ 11,1	
nachrichtlich:				
Saisonbereinigte Werte				
Ausfuhr (fob)	55,8	61,8	60,9	
Einfuhr (cif)	43,8	49,0	49,0	
2. Ergänzungen zum Warenverkehr ²⁾	- 0,4	- 1,2	- 0,9	
3. Dienstleistungen				
Einnahmen	9,0	9,6	8,7	
Ausgaben	14,4	13,1	14,8	
Saldo	- 5,4	- 3,5	- 6,1	
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 0,1	- 4,1	- 0,8	
5. Laufende Übertragungen				
Fremde Leistungen	0,9	0,9	1,3	
Eigene Leistungen	3,9	4,0	3,6	
Saldo	- 3,0	- 3,1	- 2,3	
Saldo der Leistungsbilanz	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,9	
II. Vermögensübertragungen (Saldo) ³⁾	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)				
Direktinvestitionen	+ 2,9	- 2,8	- 2,2	
Deutsche Anlagen im Ausland	+ 0,6	- 0,4	+ 0,1	
Ausländische Anlagen im Inland	+ 2,4	- 2,3	- 2,3	
Wertpapiere	- 5,5	+ 9,5	+ 10,8	
Deutsche Anlagen im Ausland	- 0,1	- 12,0	- 4,7	
darunter:				
Aktien	- 0,1	+ 2,0	- 0,4	
Rentenwerte	+ 1,8	- 11,8	+ 0,2	
Ausländische Anlagen im Inland	- 5,4	+ 21,5	+ 15,5	
darunter:				
Aktien	+ 2,5	+ 3,6	+ 0,0	
Rentenwerte	+ 3,0	+ 15,3	+ 13,5	
Finanzderivate	+ 0,3	- 0,5	- 2,7	
Kreditverkehr	- 7,8	- 8,7	- 12,6	
Monetäre Finanzinstitute ⁴⁾	- 10,5	- 8,8	- 0,3	
darunter kurzfristig	- 3,6	+ 0,5	- 4,4	
Unternehmen und Privatpersonen	+ 4,4	- 3,5	+ 2,5	
Staat	+ 0,7	+ 0,1	+ 1,4	
Bundesbank	- 2,3	- 2,4	- 16,3	
Sonstige Kapitalanlagen	- 0,1	- 0,2	- 0,2	
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	- 10,2	- 2,7	- 6,9	
IV. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁵⁾	- 0,7	+ 0,8	+ 0,5	
V. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 8,9	- 0,0	+ 5,4	

¹ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — ² Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — ³ Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — ⁴ Ohne Bundesbank. — ⁵ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

(2,5 Mrd €), stellte sie diesen zugleich in ähnlichem Umfang zusätzliche Kredite zur Verfügung (2,2 Mrd €).

Kreditverkehr

Im unverbrieften Kreditverkehr führten die Finanztransaktionen der Nichtbanken zu Netto-Kapitalimporten von 4,0 Mrd €. Davon gingen 2,5 Mrd € auf die Dispositionen von Unternehmen und Privatpersonen zurück. Staatliche Stellen hatten Mittelzuflüsse von netto 1,4 Mrd € zu verzeichnen. Hingegen schlossen die Kredittransaktionen der mone-

tären Finanzinstitute (einschl. Bundesbank) mit Netto-Kapitalexporten von 16,6 Mrd € ab. Ausschlaggebend waren dabei die Forderungszugänge der Bundesbank (16,3 Mrd €), die insbesondere auf Transaktionen anderer Marktteilnehmer über das Zahlungsverkehrssystem TARGET zurückzuführen sind.

Die Währungsreserven der Bundesbank sind im August – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,5 Mrd € gesunken.

*Währungs-
reserven*

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 6* |
| 2. Außenwirtschaft | 6* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 7* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarktsätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion	44*
6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	45*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten in Deutschland	51*

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte	52*
---	-----

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	52*
3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	53*
4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften	53*
5. Steuereinnahmen nach Arten	54*
6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden	54*
7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte	55*
8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	57*
9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen	57*
10. Verschuldung des Bundes	58*
11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes	58*
12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	59*
13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	59*

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	60*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	61*
3. Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	62*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	63*
5. Einzelhandelsumsätze	63*

6. Arbeitsmarkt	64*
7. Preise	65*
8. Einkommen der privaten Haushalte	66*
9. Tarif- und Effektivverdienste	66*

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	67*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	68*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	69*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	70*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	70*
6. Vermögensübertragungen	70*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	71*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	72*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	72*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	73*
11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen	74*
12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU sowie Euro-Umrechnungskurse	74*
13. Effektive Wechselkurse für den Euro und ausgewählte fremde Währungen	75*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ...** Angabe fällt später an
- .** Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten
oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion
1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2003 Febr.	10,4	7,6	8,2	8,0	4,4	4,9	4,7	2,76	2,69	4,0
März	11,7	8,2	8,3	8,4	4,1	4,8	4,4	2,75	2,53	4,1
April	11,1	8,2	8,9	8,6	4,7	5,1	4,7	2,56	2,53	4,2
Mai	11,4	8,7	8,8	8,7	5,0	5,2	4,5	2,56	2,40	3,9
Juni	11,3	8,5	8,6	8,7	4,8	5,1	5,1	2,21	2,15	3,7
Juli	11,3	8,6	8,8	8,6	5,4	5,5	5,2	2,08	2,13	4,0
Aug.	11,7	8,7	8,4	8,3	5,5	5,6	5,3	2,10	2,14	4,2
Sept.	11,1	8,3	7,6	8,0	5,5	5,4	5,4	2,02	2,15	4,2
Okt.	11,6	8,2	8,0	7,7	5,7	5,4	5,8	2,01	2,14	4,3
Nov.	10,5	7,7	7,4	7,5	6,2	6,0	6,1	1,97	2,16	4,4
Dez.	10,7	7,7	7,2	7,1	5,9	5,8	5,9	2,06	2,15	4,4
2004 Jan.	11,5	7,5	6,6	6,6	5,8	5,8	6,0	2,02	2,09	4,2
Febr.	10,7	6,8	6,2	6,3	5,7	5,7	6,1	2,03	2,07	4,2
März	11,4	6,8	6,2	5,9	6,0	5,8	6,7	2,01	2,03	4,0
April	10,9	6,2	5,4	5,5	6,0	5,9	7,1	2,08	2,05	4,2
Mai	9,3	5,4	4,8	5,2	5,9	5,9	7,3	2,02	2,09	4,4
Juni	9,6	5,7	5,3	5,2	6,4	6,1	7,2	2,03	2,11	4,4
Juli	10,1	5,9	5,4	5,4	6,3	6,3	6,9	2,07	2,12	4,3
Aug.	9,3	5,7	5,5	...	6,1	6,0	6,9	2,04	2,11	4,1
Sept.	2,05	2,12	4,1

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs

gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.5, S.44*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen; ab 2001 Euro12.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz			Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	Kreditverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2003 Febr.	+ 2 645	+ 8 483	- 21 238	+ 2 318	- 7 098	- 21 798	+ 5 340	1,0773	96,6	98,2
März	+ 4 271	+ 6 782	+ 10 897	+ 2 037	+ 15 221	- 11 353	+ 4 992	1,0807	97,4	99,0
April	- 7 378	+ 6 607	+ 17 450	- 11 561	+ 24 770	+ 3 031	+ 1 210	1,0848	97,9	99,5
Mai	- 1 623	+ 7 443	- 23 004	+ 642	+ 11 068	- 35 072	+ 358	1,1582	101,8	103,5
Juni	+ 2 083	+ 10 107	- 26 419	+ 13 612	+ 24 804	- 65 588	+ 754	1,1663	102,2	104,2
Juli	+ 2 834	+ 15 457	+ 323	- 4 031	- 36 091	+ 38 614	+ 1 831	1,1372	101,0	102,8
Aug.	+ 3 033	+ 10 501	+ 5 943	- 5 564	- 38 761	+ 50 017	+ 251	1,1139	99,8	101,8
Sept.	+ 5 645	+ 10 865	- 6 902	- 9 529	+ 11 173	- 8 490	- 57	1,1222	99,6	101,7
Okt.	+ 7 993	+ 13 391	- 111	- 9 209	+ 35 686	- 27 339	+ 750	1,1692	101,3	103,3
Nov.	+ 3 251	+ 8 654	+ 13 242	+ 3 867	+ 4 029	- 172	+ 5 518	1,1702	101,2	103,3
Dez.	+ 6 094	+ 8 635	- 16 689	- 4 308	- 33 290	+ 13 587	+ 7 321	1,2286	104,2	106,2
2004 Jan.	- 3 082	+ 5 231	- 19 707	- 10 596	- 3 439	- 2 676	- 2 997	1,2613	105,4	107,4
Febr.	+ 5 221	+ 9 437	+ 16 680	+ 7 834	+ 17 369	- 17 174	+ 8 650	1,2646	105,3	107,3
März	+ 11 146	+ 13 398	- 11 006	- 26 100	- 2 493	+ 13 850	+ 3 737	1,2262	103,4	105,5
April	+ 338	+ 10 660	- 8 492	- 2 922	- 3 038	+ 155	- 2 687	1,1985	101,6	103,7
Mai	+ 3 378	+ 11 237	- 7 137	- 1 601	- 25 544	+ 19 344	+ 664	1,2007	102,4	104,4
Juni	+ 5 442	+ 12 218	+ 797	- 7 814	+ 31 279	- 21 573	- 1 095	1,2138	102,3	104,2
Juli	+ 3 132	+ 13 738	- 11 754	- 8 271	- 31 340	+ 27 241	+ 616	1,2266	102,8	104,7
Aug.	1,2176	102,6	104,8
Sept.	1,2218	103,0	105,2

* Quelle: EZB. — 1 S. auch Tab. X.12 und 13, S. 74*/ 75* . — 2 Einschl. Finanzderivate. — 3 Gegenüber den Währungen der EWK-23-Gruppe. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Belgien	Deutsch-land	Finnland	Frank-reich	Griechen-land	Irland	Italien	Luxem-burg	Nieder-lande	Öster-reich	Portugal	Spanien	EWU 7)
Reales Bruttoinlandsprodukt 1)													
2001	0,6	0,8	1,1	2,1	4,3	6,0	1,8	1,5	1,4	0,8	1,6	2,8	1,6
2002	0,7	0,1	2,3	1,2	3,6	6,1	0,4	2,5	0,6	1,4	0,4	2,0	0,8
2003	1,1	- 0,1	1,9	0,5	4,5	3,7	0,3	2,9	- 1,2	0,7	- 1,2	2,4	0,5
2003 1.Vj.	1,3	0,4	2,5	1,4	4,9	3,6	0,9		- 0,2	0,9	- 1,4	2,3	1,1
2.Vj.	0,9	- 0,7	1,6	- 0,5	4,0	5,3	0,1		- 1,4	0,5	- 2,2	2,3	- 0,1
3.Vj.	1,0	- 0,3	2,4	0,2	4,6	0,5	0,1		- 1,4	0,7	- 0,9	2,3	0,3
4.Vj.	1,2	0,2	1,7	1,0	4,5	5,1	0,0		- 0,5	0,6	- 0,4	3,0	0,7
2004 1.Vj.	3,0	1,5	2,9	2,0	4,0	6,1	0,8		1,2	0,8	0,1	2,7	1,7
2.Vj.	2,6	2,0	3,2	2,7	3,9	4,1	1,4		1,3	1,9	...	2,5	2,2
Industrieproduktion 1) 2)													
2001	- 0,3	0,2	0,1	1,1	1,0	10,1	- 1,2	3,2	0,4	2,8	3,1	- 1,5	0,4
2002	1,3	- 1,0	2,1	- 1,4	1,7	7,8	- 1,3	0,4	- 0,3	0,9	- 0,4	0,2	- 0,5
2003	0,7	0,4	0,8	- 0,3	1,5	6,3	- 0,5	2,6	- 2,4	2,2	- 0,1	1,4	0,3
2003 1.Vj.	1,5	1,5	2,3	0,0	0,7	2,4	- 0,2	4,5	0,3	4,1	0,6	1,6	1,0
2.Vj.	- 0,4	- 0,2	- 1,4	- 1,9	2,1	2,2	- 1,7	- 1,3	- 5,1	0,0	- 2,8	1,7	- 0,8
3.Vj.	0,4	- 1,1	1,6	- 0,6	2,2	5,4	- 0,2	4,7	- 4,0	2,5	1,1	1,0	- 0,3
4.Vj.	1,5	1,5	0,8	1,3	0,7	15,2	0,3	2,9	- 1,2	2,3	1,0	1,1	1,4
2004 1.Vj.	2,2	1,5	- 0,5	0,5	2,6	4,4	0,0	...	1,1	2,2	- 2,9	1,3	1,1
2.Vj.	2,3	4,0	4,6	2,8	0,7	2,2	1,1	...	3,0	5,9	- 1,8	2,5	2,7
Kapazitätsauslastung in der Industrie 3)													
2001	82,3	84,4	85,7	87,4	77,6	78,4	78,9	88,7	84,6	83,1	81,7	79,6	83,5
2002	79,6	82,3	82,7	85,3	77,0	75,9	77,3	85,1	82,9	80,2	79,4	77,2	81,4
2003	78,7	82,0	81,9	84,8	76,5	75,1	76,3	84,7	81,7	80,0	79,0	78,9	81,1
2003 2.Vj.	78,6	81,8	82,8	84,9	77,1	75,1	75,6	85,9	81,9	80,4	77,6	78,2	80,9
3.Vj.	77,9	81,0	80,7	84,8	76,8	77,1	76,1	84,8	81,0	79,4	76,4	79,5	80,7
4.Vj.	79,0	82,9	82,0	84,4	76,1	73,6	76,1	83,9	81,4	80,3	84,3	79,3	81,4
2004 1.Vj.	79,4	82,8	82,8	4) 81,4	77,5	74,4	76,8	83,5	82,1	80,0	80,6	77,0	4) 80,7
2.Vj.	79,6	82,6	83,4	81,8	74,6	77,7	75,9	85,6	82,8	80,4	79,3	79,7	80,7
3.Vj.	81,5	83,4	84,7	82,6	76,3	75,3	76,6	87,4	83,1	82,3	81,4	79,8	81,3
Arbeitslosenquote 5)													
2001	6,7	7,8	9,1	8,4	10,4	3,9	9,4	2,1	2,5	3,6	4,0	10,6	8,0
2002	7,3	8,7	9,1	8,9	10,0	4,3	9,0	2,8	2,7	4,2	5,0	11,3	8,4
2003	8,1	9,6	9,0	9,4	9,3	4,6	8,6	3,7	3,8	4,3	6,3	11,3	8,9
2004 März	8,5	9,7	9,0	9,5		4,5	...	4,1	4,7	4,5	6,3	11,1	8,9
April	8,5	9,7	9,0	9,5		4,5	...	4,2	4,8	4,5	6,5	11,0	9,0
Mai	8,6	9,8	9,0	9,5		4,5	...	4,2	4,8	4,5	6,5	11,0	9,0
Juni	8,6	9,8	9,0	9,6		4,5	...	4,2	4,8	4,5	6,4	11,0	9,0
Juli	8,6	9,9	9,0	9,6		4,4	...	4,3	4,8	4,5	6,4	11,0	9,0
Aug.	8,6	9,9	...	9,6		4,4	4,5	6,4	10,9	9,0
Sept.	...	9,9		4,4	10,9	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex 1)													
2001	2,4	1,9	2,7	1,9	3,7	4,0	2,3	2,4	5,1	2,3	4,4	2,8	2,3
2002	1,6	1,3	2,0	1,9	3,9	4,7	2,6	2,1	3,9	1,7	3,7	3,6	2,3
2003	1,5	1,0	1,3	2,2	3,4	4,0	2,8	2,5	2,2	1,3	3,3	3,1	2,1
2004 März	1,0	1,1	- 0,4	1,9	2,9	1,8	2,3	2,0	1,2	1,5	2,2	2,2	1,7
April	1,7	1,7	- 0,4	2,4	3,1	1,7	2,3	2,7	1,5	1,5	2,4	2,7	2,0
Mai	2,4	2,1	- 0,1	2,8	3,1	2,1	2,3	3,4	1,7	2,1	2,4	3,4	2,5
Juni	2,0	1,9	- 0,1	2,7	3,0	2,5	2,4	3,8	1,5	2,3	3,7	3,5	2,4
Juli	2,1	2,0	0,2	2,6	3,1	2,5	2,2	3,8	1,2	2,1	2,9	3,3	2,3
Aug.	2,0	2,1	0,3	2,5	2,8	2,5	2,4	3,6	1,2	2,2	2,4	3,3	2,3
Sept.	1,8	p)	0,2	p)	2,2	2,9	s)	2,1	p)	1,1	s)	3,1	s)
Staatlicher Finanzierungssaldo 6)													
2001	0,6	- 2,8	5,2	- 1,5	- 3,7	0,9	- 2,6	6,4	- 0,1	0,3	- 4,4	- 0,4	- 1,6
2002	0,1	- 3,7	4,3	- 3,2	- 3,7	- 0,2	- 2,3	2,8	- 1,9	- 0,2	- 2,7	- 0,1	- 2,4
2003	0,4	- 3,8	2,3	- 4,1	- 4,6	0,1	- 2,4	0,8	- 3,2	- 1,1	- 2,8	0,4	- 2,7
Staatliche Verschuldung 6)													
2001	108,1	59,4	43,8	56,5	114,7	35,9	110,6	5,5	52,9	67,1	55,8	57,5	69,6
2002	105,8	60,9	42,6	58,8	112,5	32,7	107,9	5,7	52,6	66,6	58,4	54,4	69,4
2003	100,7	64,2	45,6	63,7	109,9	32,1	106,2	5,4	54,1	65,1	60,3	50,7	70,7

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent; Bruttoinlandsprodukt Griechenlands und Portugals aus saisonbereinigten Werten berechnet. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. — 3 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. —

4 Frankreich und EWU ab I. Quartal 2004 nicht saisonbereinigt. — 5 Standardisiert, in Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. — 6 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; Maastricht-Definition; einschl. UMITS-Erlöse. — 7 Einschl. Griechenland (Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Staatlicher Finanzierungssaldo und Staatliche Verschuldung erst ab 2001).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)
a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2003 Jan.	53,4	30,4	5,4	23,0	21,8	8,6	19,2	10,6	15,3	- 0,8	- 2,1	6,7	11,4
Febr.	51,1	35,5	4,3	15,6	17,9	10,3	66,7	56,5	11,7	7,0	- 1,2	9,9	- 4,1
März	45,0	37,8	6,4	7,2	6,6	13,2	5,6	- 7,6	13,8	7,3	- 1,6	14,0	- 5,9
April	86,7	71,2	27,3	15,5	20,9	- 2,5	41,6	44,1	6,8	- 2,9	- 2,6	10,6	1,7
Mai	69,4	42,8	14,3	26,6	30,7	41,9	42,9	1,1	17,9	6,6	- 1,3	19,4	- 6,7
Juni	12,3	25,4	- 7,1	- 13,1	- 13,8	58,1	39,5	- 18,6	17,1	2,9	- 1,6	8,8	7,0
Juli	36,9	14,9	- 4,4	22,0	14,0	- 37,9	- 31,2	6,6	32,1	5,3	- 2,1	19,0	9,8
Aug.	1,3	11,6	4,9	- 10,3	- 3,9	- 31,6	- 70,8	- 39,2	16,7	7,7	- 1,6	3,9	6,7
Sept.	58,0	32,3	1,2	25,8	24,0	19,1	30,9	11,8	26,8	0,5	- 0,6	19,6	7,3
Okt.	51,0	33,5	4,2	17,5	17,8	9,9	50,6	40,7	27,7	4,9	0,1	20,8	2,0
Nov.	91,3	68,0	14,8	23,3	13,7	18,1	44,2	26,1	28,7	7,9	0,2	16,5	4,2
Dez.	22,8	45,0	4,9	- 22,2	- 32,2	- 11,8	- 11,5	0,3	20,5	16,6	1,1	0,4	2,3
2004 Jan.	42,5	27,7	5,0	14,8	17,5	22,0	110,9	88,9	16,5	1,6	- 1,1	15,9	0,6
Febr.	45,2	31,9	6,6	13,3	21,5	8,6	24,3	15,7	17,8	7,6	- 0,3	10,4	- 0,9
März	75,8	45,2	16,0	30,7	14,4	8,1	78,2	70,1	37,2	7,1	- 0,2	30,2	7,8
April	90,0	85,2	26,6	4,8	11,7	6,2	69,1	62,9	25,0	10,3	- 1,1	15,8	2,2
Mai	70,0	45,2	1,4	24,8	30,7	- 19,2	- 10,4	8,8	25,4	5,6	- 0,9	20,7	- 0,7
Juni	66,0	47,9	- 6,0	18,1	12,2	18,4	- 19,8	- 38,3	16,8	9,8	- 0,4	7,4	8,1
Juli	26,0	27,2	- 7,8	- 1,2	- 8,6	- 0,8	- 8,1	- 7,2	22,4	7,4	0,1	14,9	4,4
Aug.	- 15,0	- 9,5	- 6,1	- 5,5	- 0,2	29,3	44,5	15,3	15,9	6,3	- 0,0	9,7	5,6

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2003 Jan.	18,3	1,8	3,1	16,4	10,8	- 3,0	9,4	12,4	4,1	- 1,6	- 2,0	3,9	3,9
Febr.	0,7	7,9	- 1,3	- 7,2	0,5	10,3	20,2	9,9	4,4	6,3	- 1,2	0,8	- 1,5
März	4,6	2,7	- 1,2	1,9	5,1	18,7	25,2	6,5	1,7	1,9	- 1,6	- 1,1	2,6
April	4,9	6,6	5,9	- 1,7	- 2,6	4,5	14,7	10,1	- 2,6	- 2,0	- 2,5	0,5	1,5
Mai	1,9	4,0	3,0	- 2,1	2,4	27,6	22,6	- 5,0	- 2,8	- 1,6	- 1,5	4,8	- 4,4
Juni	- 18,0	- 0,9	- 3,0	- 17,1	- 10,0	38,5	24,6	- 13,9	4,8	0,1	- 1,4	3,7	2,4
Juli	0,6	- 8,4	- 0,5	9,0	- 1,6	- 24,6	- 18,6	6,0	8,7	4,9	- 2,1	4,9	1,0
Aug.	- 13,6	2,7	0,9	- 16,3	- 11,0	16,7	- 20,6	- 37,3	5,7	3,2	- 1,5	2,2	1,8
Sept.	17,7	12,8	- 3,6	4,9	10,8	- 1,8	10,5	12,3	2,3	- 1,3	- 0,7	9,1	- 4,8
Okt.	- 1,8	- 9,3	- 3,4	7,5	4,5	6,4	- 0,2	- 6,6	3,1	0,3	0,1	2,6	0,2
Nov.	24,5	15,5	5,5	8,9	2,4	7,9	12,4	4,6	3,3	0,2	0,2	3,0	- 0,1
Dez.	- 10,1	0,0	1,1	- 10,2	- 7,8	11,4	12,4	1,1	- 0,2	1,5	1,0	- 2,9	0,2
2004 Jan.	- 0,6	- 6,8	1,4	6,2	6,1	23,0	34,9	11,9	2,6	- 0,2	- 1,1	6,5	- 2,7
Febr.	16,6	2,9	- 3,6	13,7	22,4	- 23,5	- 2,7	20,8	- 5,8	0,6	- 0,4	0,5	- 6,5
März	28,7	10,4	9,6	18,3	5,8	- 2,0	10,3	12,3	9,4	0,0	- 0,2	9,4	0,2
April	10,8	16,4	13,3	- 5,6	1,1	14,8	22,0	7,2	13,0	4,5	- 1,2	6,2	3,4
Mai	- 10,4	- 10,6	- 8,3	0,1	6,0	11,3	- 4,9	- 16,2	5,0	4,3	- 0,9	4,9	- 3,3
Juni	- 9,2	- 12,4	- 12,7	3,2	8,5	21,1	- 8,6	- 29,7	7,9	4,0	- 0,3	- 1,8	6,0
Juli	6,4	- 4,1	- 1,5	10,5	1,5	- 3,3	- 9,4	- 6,1	7,8	1,7	0,1	2,2	3,9
Aug.	- 6,3	- 7,1	- 4,4	0,8	5,4	11,5	11,7	0,2	3,6	2,0	- 0,0	5,4	- 3,7

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beihet zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit			
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)				
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)	Repo-geschäfte							
					zusammen	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen 5)										
15,2	23,2	-	8,3	-	32,8	-	61,0	-	7,4	-	53,6	2,5	25,7	14,6	19,4	7,1	2003 Jan.
18,6	- 8,3	-	39,4	-	27,1	-	10,4	-	7,2	-	3,2	2,4	14,3	0,4	12,1	- 0,3	Febr.
- 1,1	6,5	-	38,9	-	54,3	-	47,0	-	7,9	-	39,0	- 5,8	13,2	- 9,2	4,3	- 10,5	März
- 16,5	5,2	-	88,6	-	50,1	-	31,1	-	9,1	-	22,0	10,8	8,2	6,4	11,8	- 20,3	April
10,4	25,3	-	57,7	-	65,3	-	37,5	-	7,4	-	30,0	19,1	8,8	1,3	8,8	- 17,6	Mai
30,2	18,3	-	4,8	-	29,7	-	55,3	-	7,3	-	48,0	- 38,9	13,3	- 16,7	- 0,8	- 7,4	Juni
- 24,6	- 14,3	-	5,9	-	4,5	-	18,9	-	11,1	-	30,0	3,1	11,3	5,2	10,2	- 5,0	Juli
- 10,0	- 32,3	-	4,7	-	2,7	-	13,8	-	1,2	-	15,0	3,9	7,2	- 2,9	2,2	- 1,3	Aug.
20,9	25,1	-	4,3	-	16,5	-	45,8	-	2,1	-	43,6	- 29,6	0,3	- 4,5	- 8,9	- 1,2	Sept.
- 18,0	3,0	-	48,3	-	20,0	-	4,4	-	6,4	-	2,0	10,5	5,1	13,2	5,7	9,5	Okt.
14,6	18,5	-	47,6	-	52,2	-	49,3	-	7,9	-	41,3	- 4,1	7,1	- 1,0	- 4,3	0,8	Nov.
- 26,8	- 46,5	-	63,9	-	96,1	-	67,2	-	18,8	-	48,5	0,3	28,7	- 16,0	- 2,6	- 13,7	Dez.
20,5	38,7	-	11,1	-	45,1	-	26,9	-	8,8	-	18,1	- 21,6	17,5	6,9	9,0	4,1	2004 Jan.
18,9	- 8,9	-	26,0	-	8,1	-	1,7	-	4,3	-	2,6	- 6,1	6,7	14,0	7,5	2,2	Febr.
- 9,2	31,5	-	24,4	-	28,9	-	40,5	-	6,1	-	34,4	- 12,4	5,2	- 10,7	4,8	- 3,0	März
- 4,7	23,2	-	52,6	-	25,9	-	24,4	-	9,8	-	14,6	0,4	8,3	5,8	8,4	5,4	April
15,5	- 15,0	-	24,8	-	26,9	-	17,9	-	7,3	-	10,6	11,1	6,0	- 3,6	- 1,1	- 5,4	Mai
29,2	9,3	-	29,2	-	28,6	-	46,3	-	6,3	-	40,0	- 25,3	12,2	- 4,0	- 5,2	5,2	Juni
- 22,6	2,5	-	22,9	-	1,3	-	0,5	-	13,2	-	13,7	10,0	7,6	5,1	3,8	- 3,1	Juli
- 8,5	19,6	-	12,7	-	38,7	-	37,4	-	2,8	-	34,6	3,4	5,7	3,0	11,4	1,2	Aug.

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit			
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)				
				insgesamt	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)							
															insgesamt	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen
- 0,8	15,1	0,5	- 0,7	-	3,1	-	9,3	-	4,7	-	4,1	5,3	2,5	-	1,1	-	2003 Jan.
1,4	- 14,2	2,2	1,7	-	19,5	-	5,6	-	0,7	-	3,0	2,3	1,3	-	8,1	-	Febr.
- 1,7	22,8	1,5	2,5	-	0,4	-	7,1	-	5,2	-	1,7	0,4	0,5	-	4,0	-	März
- 1,1	4,4	0,9	2,8	-	8,7	-	8,2	-	2,0	-	1,1	0,0	0,0	-	1,4	-	April
2,2	14,8	2,4	1,3	-	15,3	-	6,8	-	7,4	-	0,7	1,0	0,4	-	1,0	-	Mai
0,4	13,3	0,6	2,8	-	1,9	-	16,4	-	11,8	-	1,0	- 1,5	- 0,5	-	1,6	-	Juni
- 2,8	- 15,7	1,1	3,4	-	14,2	-	12,5	-	1,3	-	2,0	0,2	- 0,4	-	2,2	-	Juli
0,6	- 4,5	2,5	0,1	-	1,2	-	1,7	-	2,9	-	2,7	1,5	- 0,4	-	7,2	-	Aug.
0,3	11,8	1,3	0,9	-	1,5	-	10,8	-	13,8	-	0,9	3,2	- 0,0	-	0,5	-	Sept.
- 0,7	- 3,6	1,2	1,3	-	5,9	-	3,3	-	3,5	-	0,9	5,6	- 0,7	-	0,2	-	Okt.
0,1	3,3	1,0	2,4	-	25,5	-	22,8	-	0,3	-	0,6	- 1,2	- 0,5	-	4,1	-	Nov.
0,2	4,2	0,2	4,5	-	3,0	-	10,8	-	3,5	-	8,9	- 5,9	0,2	-	1,2	-	Dez.
0,0	22,5	3,5	- 5,0	-	2,7	-	8,3	-	14,1	-	1,3	2,5	- 0,5	-	0,3	-	2004 Jan.
1,3	- 1,8	1,1	0,9	-	0,6	-	5,7	-	5,2	-	1,2	0,9	- 0,2	-	3,0	-	Febr.
0,6	12,2	1,2	2,3	-	4,4	-	1,2	-	0,1	-	0,1	0,8	- 0,5	-	3,0	-	März
- 0,6	12,7	1,9	2,7	-	0,5	-	5,8	-	5,0	-	0,9	- 1,0	0,1	-	0,3	-	April
1,0	- 10,7	1,0	2,3	-	5,5	-	2,7	-	8,7	-	0,2	- 0,3	0,3	-	0,8	-	Mai
2,4	10,3	0,6	2,3	-	8,7	-	3,3	-	9,8	-	0,3	- 0,8	- 0,2	-	0,8	-	Juni
- 1,0	0,1	1,7	3,6	-	3,9	-	8,5	-	3,8	-	0,5	0,6	3,9	-	4,2	-	Juli
2,4	- 3,3	3,0	- 0,8	-	2,5	-	1,7	-	0,7	-	0,7	- 2,5	1,3	-	0,8	-	Aug.

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen

M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
2002 Juli	13 678,9	9 652,9	7 586,1	6 692,6	344,4	549,1	2 066,8	828,5	1 238,3	2 755,6	1 270,3
Aug.	13 649,1	9 645,5	7 591,1	6 692,3	339,7	559,1	2 054,4	818,0	1 236,4	2 745,1	1 258,5
Sept.	13 822,3	9 700,5	7 625,2	6 726,8	349,4	549,1	2 075,3	820,8	1 254,5	2 813,5	1 308,3
Okt.	13 863,8	9 726,3	7 657,4	6 742,7	353,1	561,6	2 068,8	820,4	1 248,5	2 862,9	1 274,6
Nov.	14 010,9	9 761,7	7 678,1	6 754,5	356,7	566,9	2 083,6	829,2	1 254,4	2 936,6	1 312,6
Dez.	13 931,2	9 779,1	7 720,9	6 781,2	367,0	572,7	2 058,2	837,2	1 221,0	2 839,6	1 312,4
2003 Jan.	13 975,4	9 853,5	7 748,2	6 804,6	374,9	568,7	2 105,3	829,2	1 276,1	2 851,7	1 270,3
Febr.	14 114,0	9 905,5	7 777,8	6 831,3	381,2	565,3	2 127,7	828,6	1 299,1	2 908,7	1 299,9
März	14 123,6	9 942,0	7 807,8	6 854,6	386,7	566,5	2 134,2	829,1	1 305,1	2 893,6	1 288,0
April	14 227,9	10 027,6	7 880,6	6 891,0	404,1	585,5	2 147,0	823,5	1 323,5	2 905,7	1 294,7
Mai	14 301,6	10 088,6	7 911,5	6 907,1	407,0	597,5	2 177,1	819,1	1 358,1	2 878,2	1 334,8
Juni	14 380,6	10 102,6	7 942,3	6 942,5	406,1	593,7	2 160,3	818,0	1 342,4	2 958,5	1 319,4
Juli	14 371,2	10 159,5	7 982,4	6 962,3	403,6	616,4	2 177,1	826,1	1 351,1	2 943,7	1 268,1
Aug.	14 361,1	10 167,8	8 001,5	6 975,1	407,1	619,3	2 166,3	820,0	1 346,3	2 930,5	1 262,8
Sept.	14 407,2	10 213,8	8 023,4	6 995,9	412,6	614,8	2 190,5	821,4	1 369,0	2 889,0	1 304,4
Okt.	14 492,9	10 260,8	8 057,7	7 024,7	420,3	612,7	2 203,2	821,1	1 382,1	2 951,9	1 280,1
Nov.	14 607,2	10 349,3	8 118,6	7 071,2	424,9	622,5	2 230,8	830,5	1 400,2	2 954,8	1 303,1
Dez.	14 553,6	10 361,7	8 152,6	7 102,1	426,9	623,6	2 209,1	841,7	1 367,4	2 885,0	1 306,9
2004 Jan.	14 765,8	10 411,8	8 177,3	7 118,0	426,5	632,8	2 234,5	839,2	1 395,3	3 014,0	1 339,9
Febr.	14 861,3	10 455,7	8 205,2	7 139,0	432,2	634,0	2 250,5	830,8	1 419,7	3 033,2	1 372,4
März	15 063,6	10 533,8	8 253,4	7 170,9	433,1	649,4	2 280,5	846,0	1 434,5	3 152,7	1 377,1
April	15 226,1	10 624,2	8 338,7	7 229,0	437,6	672,1	2 285,5	840,2	1 445,3	3 229,3	1 372,6
Mai	15 251,5	10 685,2	8 377,4	7 268,9	441,9	666,6	2 307,8	834,3	1 473,5	3 196,6	1 369,8
Juni	15 326,2	10 753,0	8 423,4	7 320,2	445,8	657,4	2 329,6	840,7	1 488,9	3 182,4	1 390,8
Juli	15 348,0	10 780,9	8 451,6	7 354,6	448,1	648,9	2 329,3	848,0	1 481,3	3 184,0	1 383,1
Aug.	15 383,9	10 763,4	8 436,7	7 346,0	447,8	642,8	2 326,8	842,6	1 484,2	3 223,1	1 397,4
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2002 Juli	4 303,6	3 317,5	2 589,5	2 291,3	69,8	228,4	728,0	489,0	239,0	801,2	184,9
Aug.	4 307,0	3 315,3	2 594,9	2 289,8	67,1	238,0	720,4	479,8	240,6	810,2	181,5
Sept.	4 355,6	3 327,5	2 605,3	2 301,6	66,5	237,3	722,2	477,0	245,2	841,9	186,1
Okt.	4 370,5	3 332,3	2 611,3	2 299,8	69,8	241,7	721,0	480,4	240,6	850,3	188,0
Nov.	4 413,9	3 341,1	2 615,3	2 299,5	69,6	246,2	725,8	481,7	244,1	879,3	193,5
Dez.	4 359,5	3 344,6	2 630,4	2 304,4	66,6	259,8	713,8	478,4	235,4	823,8	191,1
2003 Jan.	4 360,7	3 353,2	2 623,2	2 298,5	66,1	258,7	730,0	484,0	246,1	823,2	184,3
Febr.	4 383,3	3 351,8	2 627,3	2 303,8	66,5	257,0	724,6	477,9	246,6	841,2	190,2
März	4 395,2	3 351,2	2 624,8	2 302,6	67,2	255,0	726,4	474,6	251,7	861,1	182,9
April	4 400,8	3 353,3	2 629,0	2 300,8	67,3	260,9	724,3	475,4	248,9	867,3	180,3
Mai	4 401,1	3 351,6	2 629,9	2 298,8	67,9	263,2	721,7	470,7	251,1	871,8	177,7
Juni	4 411,5	3 334,6	2 629,8	2 301,7	67,0	261,1	704,8	463,7	241,2	906,3	170,6
Juli	4 391,1	3 334,6	2 620,8	2 293,4	64,4	263,0	713,9	474,3	239,6	891,4	165,1
Aug.	4 373,2	3 322,7	2 624,8	2 296,4	64,5	263,9	697,9	469,1	228,8	886,0	164,4
Sept.	4 384,6	3 337,1	2 634,6	2 309,9	64,2	260,5	702,5	463,0	239,4	877,7	169,8
Okt.	4 387,2	3 333,3	2 624,5	2 303,4	66,5	254,6	708,8	466,1	242,7	882,7	171,3
Nov.	4 409,5	3 355,4	2 637,9	2 311,5	66,9	259,5	717,5	472,5	245,0	884,0	170,2
Dez.	4 392,5	3 337,7	2 630,9	2 303,9	69,0	258,0	706,7	469,9	236,8	880,9	173,9
2004 Jan.	4 416,6	3 334,2	2 621,1	2 291,7	68,4	260,9	713,2	470,2	242,9	921,4	161,0
Febr.	4 424,0	3 346,3	2 619,5	2 295,4	67,9	256,2	726,7	461,6	265,2	916,1	161,5
März	4 479,7	3 374,8	2 629,5	2 295,8	66,6	267,0	745,3	474,2	271,1	939,4	165,5
April	4 514,1	3 385,7	2 646,0	2 299,2	65,4	281,5	739,6	467,5	272,2	962,8	165,7
Mai	4 495,6	3 374,2	2 634,5	2 296,1	66,2	272,3	739,7	461,6	278,0	952,1	169,3
Juni	4 477,8	3 364,6	2 621,6	2 295,8	66,5	259,2	742,9	456,3	286,6	944,6	168,6
Juli	4 479,3	3 372,7	2 619,4	2 292,9	70,7	255,8	753,4	465,2	288,2	937,4	169,1
Aug.	4 477,8	3 363,2	2 609,0	2 286,8	69,1	253,1	754,2	460,6	293,6	948,7	165,9

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bauparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarkt-

papiere von öffentlichen Haushalten. — 4 Ab 2002 Euro-Bargeldumlauf, bis Ende 2002 zuzüglich noch im Umlauf befindlicher nationaler Banknoten und Münzen (s. auch Anm. 8, S. 12*). Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält ab 2002 den Euro-Banknotenumlauf

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											
Bargeld- umlauf 4)	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
296,6	5 725,7	5 384,9	5 422,5	1 872,6	948,2	82,6	1 154,1	1 258,9	106,2	2002 Juli	
301,1	5 688,0	5 358,6	5 396,2	1 840,9	959,7	83,3	1 142,5	1 263,4	106,4	Aug.	
306,7	5 730,1	5 399,2	5 434,7	1 894,9	941,0	82,9	1 143,6	1 265,5	106,8	Sept.	
313,9	5 745,4	5 410,6	5 446,2	1 875,8	964,2	82,8	1 144,9	1 272,8	105,8	Okt.	
321,4	5 799,5	5 467,0	5 504,7	1 927,1	956,8	82,4	1 148,4	1 284,7	105,3	Nov.	
341,2	5 879,5	5 566,7	5 592,2	1 980,7	947,8	81,2	1 163,9	1 313,4	105,2	Dez.	
312,1	5 869,8	5 536,5	5 569,2	1 956,3	953,1	76,7	1 168,2	1 311,7	103,1	2003 Jan.	
319,3	5 913,0	5 560,3	5 586,5	1 956,1	952,7	75,4	1 175,6	1 324,8	101,9	Febr.	
327,2	5 963,6	5 610,2	5 639,9	1 995,3	948,2	75,9	1 182,7	1 337,5	100,4	März	
336,3	5 979,6	5 640,1	5 671,4	2 012,8	961,3	74,1	1 179,6	1 345,8	97,7	April	
343,8	6 041,4	5 695,7	5 715,4	2 035,9	972,4	73,0	1 185,2	1 352,6	96,4	Mai	
351,0	6 100,7	5 715,9	5 744,9	2 083,6	940,3	72,4	1 188,1	1 365,6	94,8	Juni	
361,5	6 093,4	5 739,1	5 770,3	2 090,1	944,5	72,1	1 194,5	1 376,3	92,8	Juli	
362,7	6 089,4	5 741,1	5 779,3	2 078,5	951,1	72,2	1 203,9	1 382,4	91,2	Aug.	
364,8	6 117,9	5 754,9	5 789,2	2 117,6	922,4	73,0	1 203,3	1 382,3	90,6	Sept.	
371,2	6 118,4	5 769,3	5 806,7	2 112,8	934,7	73,9	1 208,4	1 386,3	90,6	Okt.	
379,2	6 179,9	5 818,4	5 851,8	2 151,0	927,4	75,5	1 215,5	1 391,5	90,8	Nov.	
397,9	6 239,4	5 916,6	5 936,2	2 191,1	921,6	74,9	1 232,2	1 424,6	91,8	Dez.	
389,1	6 244,5	5 888,2	5 923,5	2 177,9	904,2	75,1	1 235,3	1 440,3	90,8	2004 Jan.	
393,5	6 263,6	5 889,9	5 924,9	2 171,9	899,2	74,6	1 242,6	1 446,1	90,5	Febr.	
399,6	6 290,5	5 919,0	5 966,5	2 210,5	891,9	73,2	1 250,4	1 450,2	90,3	März	
409,4	6 322,1	5 946,1	5 997,8	2 225,2	893,8	71,7	1 261,1	1 456,8	89,2	April	
416,6	6 366,8	5 978,2	6 023,1	2 235,6	900,2	71,3	1 266,1	1 461,7	88,3	Mai	
423,0	6 435,3	6 021,7	6 061,8	2 277,0	876,1	71,6	1 276,2	1 472,9	88,0	Juni	
436,2	6 417,9	6 026,7	6 069,3	2 260,6	886,8	70,9	1 283,6	1 479,4	88,0	Juli	
433,4	6 385,0	5 999,2	6 046,1	2 224,4	891,8	69,4	1 289,6	1 483,0	88,0	Aug.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
83,4	2 112,5	2 030,5	1 993,2	525,8	235,8	17,6	653,9	455,5	104,6	2002 Juli	
84,3	2 098,8	2 018,1	1 979,2	521,5	239,6	17,6	640,1	455,6	104,8	Aug.	
85,9	2 105,7	2 023,7	1 987,6	536,6	233,0	17,5	639,6	456,5	104,3	Sept.	
87,4	2 115,1	2 035,2	2 003,0	538,0	243,7	17,5	641,5	458,8	103,5	Okt.	
89,9	2 147,3	2 066,9	2 035,6	569,5	237,6	17,9	645,7	462,0	102,9	Nov.	
94,2	2 170,7	2 092,1	2 054,2	567,8	242,4	18,2	648,0	474,8	103,1	Dez.	
84,9	2 159,7	2 082,0	2 048,3	561,2	238,7	18,6	649,7	478,9	101,2	2003 Jan.	
86,6	2 173,9	2 094,9	2 058,5	564,8	237,3	18,5	656,1	481,8	100,0	Febr.	
89,0	2 175,8	2 098,2	2 063,3	572,0	232,8	18,6	657,9	483,5	98,4	März	
91,9	2 176,7	2 100,4	2 068,2	580,4	233,5	18,1	655,8	484,6	95,8	April	
93,2	2 189,4	2 112,0	2 073,9	585,9	236,9	17,8	653,8	485,3	94,3	Mai	
96,0	2 194,7	2 115,7	2 076,1	600,0	225,8	17,6	653,4	486,3	92,9	Juni	
99,4	2 183,0	2 107,8	2 071,3	591,1	225,3	17,3	658,5	488,3	90,8	Juli	
99,3	2 193,4	2 117,6	2 082,5	593,2	228,9	17,5	662,7	491,0	89,3	Aug.	
100,2	2 188,3	2 112,7	2 079,6	603,5	217,2	17,5	661,0	491,8	88,5	Sept.	
101,5	2 188,7	2 113,6	2 083,5	606,9	216,1	17,8	661,3	492,8	88,6	Okt.	
103,9	2 211,8	2 137,8	2 105,1	628,8	214,6	18,3	661,2	493,4	88,9	Nov.	
108,5	2 215,1	2 143,0	2 105,2	616,1	216,3	18,5	662,1	502,3	89,9	Dez.	
103,5	2 209,9	2 137,7	2 102,7	626,1	202,7	18,5	662,9	503,6	88,8	2004 Jan.	
104,4	2 213,0	2 140,9	2 103,8	630,1	198,8	18,3	663,3	504,7	88,5	Febr.	
106,7	2 215,1	2 142,0	2 106,6	631,3	200,7	18,0	663,6	504,8	88,2	März	
109,3	2 219,4	2 145,3	2 112,5	637,8	196,2	17,5	668,3	505,6	87,1	April	
111,6	2 229,8	2 154,8	2 118,4	634,1	202,7	16,9	672,6	505,8	86,2	Mai	
113,8	2 229,2	2 151,6	2 114,1	636,3	193,0	16,6	676,9	505,5	85,8	Juni	
117,4	2 226,0	2 149,7	2 113,7	629,2	197,9	16,2	678,5	506,0	85,9	Juli	
116,7	2 232,2	2 153,1	2 119,1	630,6	199,7	16,0	680,3	506,6	85,8	Aug.	

der Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlich-

keit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (s. „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva												
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte												
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte		mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt
zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten							
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
2002 Juli	151,9	151,3	69,3	51,4	1,5	26,3	2,4	0,4	228,8	224,9	450,1	1 795,6	1 478,8
Aug.	141,0	150,8	67,8	52,4	1,5	26,3	2,4	0,4	236,5	231,9	463,4	1 813,6	1 496,0
Sept.	146,3	149,1	70,7	48,4	1,3	25,9	2,4	0,4	238,3	234,4	460,9	1 812,1	1 494,1
Okt.	151,8	147,4	72,2	45,3	1,3	25,6	2,5	0,4	235,6	232,1	463,1	1 822,4	1 492,8
Nov.	147,5	147,4	71,9	45,6	1,3	25,6	2,5	0,4	229,6	225,8	477,6	1 829,6	1 494,1
Dez.	136,4	150,9	75,6	45,1	1,4	25,6	2,8	0,4	226,9	224,4	470,5	1 817,0	1 490,3
2003 Jan.	154,7	145,9	71,0	45,9	1,2	24,8	2,6	0,4	232,8	229,6	534,9	1 793,5	1 481,7
Febr.	175,8	150,6	72,2	49,9	1,0	24,4	2,7	0,4	233,3	229,7	547,2	1 802,1	1 485,6
März	176,2	147,5	71,8	47,1	0,9	24,5	2,8	0,3	224,0	220,8	550,8	1 803,1	1 485,7
April	159,7	148,4	75,0	45,2	1,0	24,2	2,8	0,3	230,5	227,0	563,0	1 833,9	1 516,8
Mai	170,1	155,9	76,9	50,8	0,9	24,1	2,8	0,3	231,7	228,2	571,1	1 819,2	1 514,8
Juni	200,3	155,5	80,1	46,8	0,9	24,6	2,8	0,3	215,0	212,1	571,0	1 829,0	1 514,1
Juli	173,0	150,1	75,2	46,4	0,9	24,5	2,8	0,3	219,9	216,4	585,6	1 844,7	1 515,7
Aug.	163,0	147,0	73,4	45,7	0,9	23,9	2,8	0,3	217,1	214,2	587,8	1 858,1	1 512,7
Sept.	183,9	144,9	74,8	42,0	1,0	23,9	2,8	0,3	211,5	207,9	576,9	1 860,2	1 518,5
Okt.	165,8	145,9	78,1	39,9	0,9	23,9	2,8	0,4	224,7	221,1	582,3	1 893,8	1 539,0
Nov.	180,4	147,7	80,0	39,6	0,9	24,0	2,9	0,3	224,7	220,9	584,7	1 902,5	1 552,4
Dez.	153,6	149,6	79,7	41,5	0,9	24,3	2,9	0,4	208,7	206,4	581,8	1 873,2	1 534,2
2004 Jan.	174,1	146,9	78,4	41,2	0,9	23,2	2,9	0,3	214,6	211,9	591,6	1 899,8	1 548,4
Febr.	193,0	145,7	76,7	41,3	0,9	23,5	3,0	0,4	228,6	225,3	599,2	1 910,5	1 558,5
März	183,8	140,3	73,5	39,1	0,9	23,3	3,1	0,4	219,4	215,8	602,0	1 948,1	1 576,1
April	179,6	144,7	77,7	39,2	1,0	23,1	3,2	0,4	225,5	222,5	610,8	1 972,6	1 586,2
Mai	195,1	148,5	78,3	42,5	1,0	23,1	3,3	0,4	221,9	218,5	609,7	1 982,9	1 589,0
Juni	224,3	149,2	81,1	40,6	1,0	22,8	3,3	0,4	217,9	214,4	608,6	1 996,4	1 599,2
Juli	201,7	146,9	77,7	41,4	1,0	22,9	3,4	0,4	222,9	219,5	613,0	2 012,4	1 607,5
Aug.	193,1	145,8	78,0	40,7	1,0	22,1	3,5	0,5	225,9	221,8	624,5	2 022,2	1 615,7
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2002 Juli	47,6	71,7	13,9	32,3	1,0	22,5	1,5	0,4	3,1	3,1	31,4	817,3	715,7
Aug.	48,9	70,7	13,0	32,2	1,0	22,6	1,6	0,4	4,3	4,3	32,9	840,1	733,6
Sept.	49,9	68,2	13,1	30,0	0,9	22,2	1,6	0,4	10,7	10,7	33,5	841,1	733,7
Okt.	48,3	63,7	12,8	26,0	0,9	22,0	1,6	0,4	9,6	9,6	34,0	844,6	730,7
Nov.	47,7	64,1	13,1	26,2	0,9	21,9	1,6	0,4	6,4	6,4	33,9	844,9	728,7
Dez.	47,7	68,7	15,7	27,7	1,0	22,2	1,6	0,4	3,3	3,3	32,9	826,4	716,6
2003 Jan.	46,9	64,5	12,7	26,9	1,0	21,8	1,7	0,4	8,6	8,6	35,5	817,6	702,1
Febr.	48,3	67,2	14,8	28,0	0,7	21,7	1,7	0,4	10,9	10,9	36,7	825,8	710,3
März	46,6	65,9	14,5	27,1	0,7	21,6	1,6	0,3	11,2	11,2	37,3	819,4	701,0
April	45,5	63,1	14,1	24,9	0,7	21,5	1,6	0,3	11,3	11,3	37,2	818,7	699,8
Mai	47,7	67,8	14,8	28,9	0,7	21,5	1,6	0,3	12,3	12,3	37,7	814,0	698,7
Juni	48,1	70,5	17,4	28,4	0,7	22,1	1,6	0,3	10,8	10,8	37,2	819,6	699,7
Juli	45,3	66,3	14,0	27,9	0,6	21,9	1,6	0,3	10,9	10,9	36,8	822,7	696,4
Aug.	46,0	65,0	14,0	27,1	0,6	21,2	1,7	0,3	12,4	12,4	36,4	821,8	688,4
Sept.	46,3	62,5	13,9	24,7	0,7	21,2	1,7	0,3	15,6	15,6	36,3	825,6	689,8
Okt.	45,5	59,7	13,8	22,1	0,6	21,2	1,6	0,4	21,1	21,1	35,7	829,7	692,4
Nov.	45,7	61,0	14,4	22,6	0,6	21,4	1,6	0,3	20,0	20,0	35,2	833,2	698,6
Dez.	45,9	64,0	15,8	23,9	0,6	21,6	1,6	0,4	14,1	14,1	35,3	826,4	693,3
2004 Jan.	46,0	61,3	14,4	23,6	0,6	20,7	1,7	0,3	16,6	16,6	34,9	836,4	695,5
Febr.	47,3	62,0	15,2	23,3	0,6	20,9	1,7	0,4	17,5	17,5	34,7	833,7	695,2
März	47,9	60,6	15,4	21,7	0,6	20,7	1,8	0,4	18,2	18,2	34,2	851,5	698,5
April	47,3	59,7	14,9	21,4	0,6	20,6	1,8	0,4	17,3	17,3	34,2	858,7	698,9
Mai	48,3	63,1	15,7	24,1	0,6	20,5	1,8	0,4	17,0	17,0	34,6	861,5	701,5
Juni	50,7	64,4	17,3	24,0	0,6	20,3	1,8	0,4	16,1	16,1	34,4	859,1	697,1
Juli	49,7	62,6	15,6	23,7	0,6	20,4	1,9	0,4	16,8	16,8	38,2	860,1	692,4
Aug.	52,1	61,0	15,7	22,8	0,6	19,5	2,0	0,5	14,2	14,2	39,5	865,1	696,9

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Sparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). — 1 Quelle: EZB. — 2 In Deutschland nur Spareinlagen. — 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen

veröffentlicht. — 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosistems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 8 Ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 4, S. 10*). — 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)								Nachrichtlich					Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende	
								Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)		Geldkapitalbildung 13)	sonstige Passivpositionen				Über- schuss der Inter- MFI- Verbind- lichkeiten
mit Laufzeit	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren													
bis zu 1 Jahr 4)															
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
...	...	1 669,1	2 648,3	993,4	- 2,9	1 542,7	-	2 328,0	4 757,9	5 562,3	3 950,5	174,9	2002 Juli		
...	...	1 685,7	2 616,3	1 004,3	- 0,2	1 525,4	-	2 301,2	4 749,7	5 576,1	3 967,0	177,7	Aug.		
...	...	1 679,0	2 674,3	1 015,9	- 5,0	1 588,0	-	2 364,1	4 791,4	5 622,0	3 973,4	178,3	Sept.		
...	...	1 687,5	2 697,5	1 014,0	- 3,3	1 568,2	-	2 354,8	4 810,4	5 642,8	3 979,4	180,3	Okt.		
...	...	1 695,4	2 737,3	1 016,2	- 3,4	1 601,5	-	2 414,5	4 875,0	5 713,3	3 994,4	181,8	Nov.		
...	...	1 686,9	2 627,0	1 006,4	- 10,8	1 550,9	-	2 499,4	4 981,0	5 806,0	3 990,8	192,4	Dez.		
...	...	1 682,7	2 662,6	1 016,9	- 10,0	1 541,9	-	2 440,8	4 923,8	5 800,7	3 997,7	192,8	2003 Jan.		
...	...	1 692,1	2 714,3	1 010,3	- 13,5	1 560,5	-	2 451,2	4 950,8	5 840,4	4 005,7	197,4	Febr.		
...	...	1 702,0	2 672,2	999,6	- 14,1	1 546,1	-	2 497,5	5 003,5	5 877,7	4 011,2	199,3	März		
...	...	1 708,4	2 715,1	997,0	- 20,9	1 592,6	-	2 527,2	5 050,6	5 967,9	4 008,9	198,1	April		
...	...	1 710,6	2 653,5	993,6	- 4,3	1 649,9	-	2 561,5	5 108,7	6 016,5	4 013,8	200,4	Mai		
...	...	1 728,5	2 672,2	997,6	- 16,3	1 625,9	-	2 605,4	5 129,3	6 012,3	4 037,6	186,6	Juni		
...	...	1 750,2	2 682,1	999,8	- 5,2	1 577,2	-	2 584,8	5 123,5	6 019,8	4 065,7	154,4	Juli		
...	...	1 765,3	2 680,5	1 014,3	- 3,6	1 553,2	-	2 573,2	5 125,2	6 019,7	4 102,1	156,2	Aug.		
...	...	1 765,8	2 639,7	1 016,6	- 5,4	1 612,6	-	2 615,6	5 136,1	6 015,8	4 103,7	156,3	Sept.		
...	...	1 790,5	2 690,4	1 014,1	- 9,3	1 587,3	-	2 620,4	5 157,1	6 065,0	4 130,3	157,3	Okt.		
...	...	1 800,1	2 685,3	1 014,3	- 4,6	1 631,3	-	2 667,8	5 205,3	6 115,7	4 146,5	158,1	Nov.		
...	...	1 784,5	2 637,2	1 010,8	- 6,5	1 597,6	-	2 729,5	5 298,1	6 176,3	4 145,0	162,9	Dez.		
...	...	1 807,4	2 750,5	1 008,8	- 17,2	1 649,7	-	2 703,1	3 590,9	6 168,9	4 166,8	161,8	2004 Jan.		
...	...	1 816,7	2 766,4	1 008,0	- 21,2	1 670,3	-	2 703,6	3 582,4	6 193,5	4 182,7	166,4	Febr.		
...	...	1 857,8	2 857,4	1 025,9	- 21,6	1 699,1	-	2 745,7	3 612,9	6 221,4	4 248,4	168,2	März		
...	...	1 877,3	2 938,0	1 021,8	- 16,2	1 709,7	-	2 770,9	3 639,3	6 275,5	4 273,4	166,4	April		
...	...	1 892,5	2 931,9	1 016,1	- 17,4	1 688,1	-	2 787,8	3 664,2	6 297,2	4 287,3	166,0	Mai		
...	...	1 900,9	2 896,5	1 027,0	- 8,9	1 712,8	-	2 834,7	3 692,9	6 330,3	4 316,2	163,2	Juni		
...	...	1 920,7	2 900,0	1 032,4	- 21,2	1 691,9	-	2 834,3	3 694,7	6 354,2	4 349,0	170,5	Juli		
...	...	1 926,2	2 904,9	1 042,1	- 22,8	1 723,2	-	2 796,4	3 655,5	6 340,3	4 371,5	173,4	Aug.		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
26,0	38,7	752,7	705,5	267,7	- 39,0	405,0	18,8	539,7	1 283,4	1 382,7	1 801,9	-	2002 Juli		
28,4	37,5	774,2	698,7	272,4	- 50,5	410,3	22,0	534,5	1 282,0	1 385,1	1 814,5	-	Aug.		
28,4	36,8	775,9	713,1	274,4	- 48,6	425,8	24,1	549,6	1 289,2	1 397,9	1 816,9	-	Sept.		
32,2	37,1	775,2	706,5	272,8	- 42,1	430,1	26,2	550,8	1 299,3	1 411,9	1 815,4	-	Okt.		
32,1	38,1	774,7	716,9	274,2	- 47,5	437,8	27,6	582,6	1 328,8	1 438,8	1 819,8	-	Nov.		
32,1	39,0	755,3	661,0	277,7	- 56,9	444,3	29,1	583,5	1 349,2	1 456,6	1 806,8	-	Dez.		
26,9	37,4	753,4	670,1	283,0	- 50,3	436,6	29,6	574,0	1 339,7	1 448,0	1 809,5	-	2003 Jan.		
34,6	37,7	753,4	679,1	279,5	- 63,2	440,5	31,9	579,5	1 347,5	1 467,5	1 811,1	-	Febr.		
31,9	36,5	751,0	682,6	280,3	- 48,9	437,6	33,3	586,5	1 350,9	1 467,7	1 809,6	-	März		
33,5	36,3	748,9	686,4	281,1	- 55,5	444,9	34,2	594,5	1 357,8	1 476,1	1 803,5	-	April		
32,2	34,1	747,7	666,8	277,5	- 43,6	447,0	36,6	600,7	1 371,8	1 488,0	1 795,1	-	Mai		
33,0	31,6	754,9	661,1	279,0	- 42,6	451,8	37,3	617,5	1 377,9	1 490,5	1 802,6	-	Juni		
30,6	31,7	760,4	668,9	280,4	- 63,1	451,5	38,4	605,0	1 366,0	1 476,0	1 812,5	-	Juli		
25,7	29,5	766,7	640,5	285,5	- 67,4	450,4	40,8	607,2	1 374,0	1 477,8	1 825,8	-	Aug.		
26,4	29,3	770,0	639,8	279,8	- 60,1	459,3	42,2	617,3	1 370,9	1 478,4	1 820,9	-	Sept.		
25,7	30,1	773,9	638,2	279,6	- 63,5	457,6	43,4	620,7	1 371,7	1 484,4	1 825,0	-	Okt.		
28,6	31,5	773,1	635,5	279,6	- 70,8	465,2	44,4	643,2	1 394,3	1 509,6	1 824,4	-	Nov.		
30,0	31,3	765,1	625,5	279,6	- 67,8	464,3	44,6	631,9	1 395,2	1 505,9	1 818,7	-	Dez.		
31,2	29,8	775,4	642,8	276,3	- 47,1	446,8	48,1	640,5	1 391,1	1 503,6	1 824,6	-	2004 Jan.		
26,7	31,3	775,8	663,0	270,2	- 60,8	452,6	49,2	645,3	1 392,7	1 502,8	1 819,0	-	Febr.		
29,6	31,4	790,6	680,7	273,8	- 54,5	460,7	50,4	646,8	1 394,2	1 507,6	1 837,3	-	März		
29,8	31,1	797,7	690,9	274,2	- 52,8	472,2	52,3	652,7	1 395,8	1 508,3	1 848,3	-	April		
27,6	32,3	801,5	671,6	270,6	- 61,3	471,9	53,3	649,8	1 401,8	1 513,4	1 851,8	-	Mai		
29,5	29,7	799,9	642,5	276,7	- 54,5	474,3	53,9	653,5	1 395,1	1 504,7	1 860,1	-	Juni		
27,2	27,7	805,2	638,2	280,6	- 59,0	478,3	55,6	644,8	1 391,0	1 501,0	1 871,1	-	Juli		
29,2	26,5	809,5	636,6	279,5	- 69,5	480,2	58,6	646,4	1 394,0	1 503,3	1 875,1	-	Aug.		

Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). — 10 Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. — 11 M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu

3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. — 12 M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. — 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. — 14 Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
**3. Liquiditätsposition des Bankensystems *)
Bestände**

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems											
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte	Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)		
Eurosystem 2)												
2002 April	395,4	112,7	60,0	0,4	–	0,2	–	285,9	55,9	95,3	131,2	417,3
Mai	397,7	110,6	60,0	0,1	–	0,3	–	293,7	49,2	93,5	131,7	425,6
Juni	396,2	112,6	60,0	0,5	–	0,4	–	300,8	45,1	91,2	131,8	433,0
Juli	369,1	130,4	60,0	0,2	–	0,2	–	313,4	54,4	60,3	131,4	445,0
Aug.	360,0	139,2	55,2	0,1	–	0,1	–	322,7	50,9	50,8	129,3	452,8
Sept.	362,3	140,9	50,8	0,1	–	0,2	–	323,6	49,1	51,7	129,6	453,4
Okt.	370,0	146,1	45,3	0,1	–	0,1	–	329,2	45,6	58,2	128,3	457,6
Nov.	372,1	147,5	45,0	0,1	–	0,1	–	334,0	42,8	58,6	129,3	463,4
Dez.	371,5	168,1	45,0	1,1	2,0	0,2	–	350,7	1,1	55,5	129,5	480,5
2003 Jan.	360,9	176,3	45,0	0,5	–	0,3	–	353,9	43,7	53,3	131,6	485,8
Febr.	356,4	168,6	45,0	0,3	–	0,3	–	340,7	50,2	48,0	131,1	472,2
März	352,5	179,5	45,0	0,2	–	0,1	–	347,8	59,1	40,6	129,6	477,5
April	337,4	179,4	45,0	0,1	–	0,2	–	358,5	52,1	20,5	130,6	489,3
Mai	333,1	177,1	45,0	0,4	–	0,2	0,1	366,2	42,6	15,5	130,9	497,3
Juni	331,3	194,7	45,0	0,4	–	0,3	0,2	373,2	52,6	13,2	131,9	505,3
Juli	320,4	204,7	45,0	0,4	–	0,3	–	382,7	52,4	2,9	132,2	515,2
Aug.	315,8	213,4	45,0	0,2	–	0,1	–	391,6	51,5	– 1,6	132,8	524,6
Sept.	315,0	214,0	45,0	0,1	–	0,6	–	391,7	54,4	– 4,4	132,0	524,2
Okt.	321,3	208,4	45,0	0,1	–	0,2	–	395,5	48,3	– 1,1	131,9	527,5
Nov.	321,8	205,8	45,0	0,1	–	0,3	–	399,4	43,4	– 2,2	131,8	531,4
Dez.	320,1	235,5	45,0	0,6	–	0,1	–	416,1	57,0	– 4,5	132,6	548,7
2004 Jan.	309,2	232,6	45,0	0,3	–	0,1	–	427,6	37,0	– 11,2	133,6	561,4
Febr.	303,3	219,4	56,7	0,4	–	0,2	–	418,0	48,6	– 21,1	134,1	552,3
März	301,4	217,9	67,1	0,4	–	0,4	–	425,3	51,5	– 25,7	135,3	561,0
April	310,7	213,2	75,0	0,1	–	0,1	0,4	436,4	46,0	– 18,9	135,0	571,5
Mai	311,3	224,7	75,0	0,1	–	0,5	–	442,5	52,2	– 21,1	137,1	580,1
Juni	308,2	245,4	75,0	0,3	–	0,1	–	449,1	65,0	– 24,1	138,8	588,1
Aug.	300,8	253,6	75,0	0,0	–	0,2	–	460,9	61,1	– 31,8	139,1	600,1
Sept.	299,4	251,6	75,0	0,1	–	0,2	–	462,8	56,3	– 32,4	139,3	602,3
Deutsche Bundesbank												
2002 April	92,3	57,6	40,4	0,3	–	0,2	–	80,8	0,1	71,8	37,9	118,8
Mai	92,3	53,1	39,7	0,1	–	0,3	–	83,8	0,1	63,1	38,0	122,0
Juni	91,6	60,6	38,8	0,1	–	0,3	–	85,4	0,1	67,3	38,1	123,8
Juli	84,7	67,6	37,1	0,2	–	0,2	–	89,2	0,1	62,0	38,1	127,5
Aug.	82,5	63,1	36,4	0,0	–	0,1	–	92,2	0,1	51,8	37,9	130,2
Sept.	82,4	64,4	32,7	0,1	–	0,1	–	92,4	0,0	49,1	37,9	130,4
Okt.	84,0	69,0	31,7	0,1	–	0,1	–	94,0	0,1	53,0	37,6	131,6
Nov.	84,3	73,2	31,6	0,1	–	0,1	–	94,6	0,1	56,5	37,9	132,6
Dez.	84,4	91,1	33,8	0,9	0,7	0,2	–	99,3	0,1	73,5	37,8	137,3
2003 Jan.	82,3	85,1	36,1	0,5	–	0,1	–	98,3	0,1	66,9	38,6	137,0
Febr.	81,4	81,6	36,5	0,2	–	0,3	–	95,5	0,1	65,6	38,3	134,1
März	81,4	90,0	34,9	0,1	–	0,1	–	97,5	0,1	70,9	37,9	135,5
April	78,5	95,6	32,3	0,1	–	0,2	–	100,7	0,1	67,4	38,2	139,1
Mai	77,6	98,8	32,4	0,4	–	0,1	0,1	102,5	0,1	68,4	38,1	140,7
Juni	77,2	112,4	32,9	0,3	–	0,2	0,1	104,4	0,1	79,8	38,3	142,8
Juli	74,3	115,5	32,4	0,3	–	0,2	–	107,1	0,1	77,1	38,2	145,4
Aug.	73,7	111,0	29,6	0,2	–	0,1	–	109,6	0,1	66,5	38,2	147,9
Sept.	73,9	114,0	29,1	0,1	–	0,4	–	109,8	0,1	69,2	37,7	147,9
Okt.	75,7	106,5	29,7	0,1	–	0,2	–	110,8	0,1	63,4	37,5	148,4
Nov.	76,1	102,3	30,8	0,0	–	0,2	–	111,5	0,1	60,0	37,5	149,1
Dez.	76,1	118,3	30,9	0,3	–	0,1	–	115,9	0,1	72,2	37,4	153,4
2004 Jan.	73,1	119,5	32,3	0,2	–	0,1	–	116,2	0,1	70,9	37,9	154,1
Febr.	72,4	109,7	41,3	0,2	–	0,2	–	113,5	0,1	72,0	37,9	151,5
März	72,9	97,9	48,7	0,2	–	0,3	–	115,8	0,1	65,7	37,8	153,9
April	75,4	100,7	51,8	0,0	–	0,0	0,1	119,3	0,1	70,9	37,7	157,0
Mai	75,6	115,6	49,4	0,1	–	0,3	–	121,2	0,1	80,9	38,3	159,9
Juni	74,6	127,9	49,6	0,2	–	0,0	–	122,7	0,1	91,1	38,5	161,1
Aug.	72,1	136,9	50,3	0,0	–	0,1	–	126,2	0,1	94,7	38,3	164,6
Sept.	72,2	131,7	50,3	0,1	–	0,1	–	127,5	0,1	88,8	37,9	165,4

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. — 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Im Februar 2004 endete auf Grund des Übergangs zum neuen geldpolitischen Hand-

lungsrahmen keine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. — 3 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewie-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 5)	Basisgeld 6)	Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditäts-ab-schöpfende Geschäfte	Banknoten-umlauf 3)	Einlagen von Zentral-regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)			
	Hauptrefinanzierungs-geschäfte	Längerfristige Refinanzierungs-geschäfte	Spitzenrefinanzierungs-fazilität	Sonstige liquiditäts-zuführende Geschäfte								
Eurosystem 2)												
+ 8,7	- 1,9	- 0,0	+ 0,2	-	+ 0,1	-	+ 2,6	+ 1,7	+ 3,5	- 0,9	+ 1,7	2002 April
+ 2,3	- 2,1	- 0,0	- 0,3	-	+ 0,1	-	+ 7,8	- 6,7	- 1,8	+ 0,5	+ 8,3	2002 Mai
- 1,5	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,4	-	+ 0,1	-	+ 7,1	- 4,1	- 2,3	+ 0,1	+ 7,4	2002 Juni
- 27,1	+ 17,8	- 0,0	- 0,3	-	- 0,2	-	+ 12,6	+ 9,3	- 30,9	- 0,4	+ 12,0	2002 Juli
+ 9,1	+ 8,8	- 4,8	- 0,1	-	- 0,1	-	+ 9,3	- 3,5	- 9,5	- 1,5	+ 7,8	2002 Aug.
+ 2,3	+ 1,7	- 4,4	+ 0,0	-	+ 0,1	-	+ 0,9	- 1,8	+ 0,9	- 0,3	+ 0,6	2002 Sept.
+ 7,7	+ 5,2	- 5,5	- 0,0	-	- 0,1	-	+ 5,6	- 3,5	+ 6,5	- 1,3	+ 4,2	2002 Okt.
+ 2,1	+ 1,4	- 0,3	+ 0,0	-	- 0,0	-	+ 4,8	- 2,8	+ 0,4	+ 1,0	+ 5,8	2002 Nov.
- 0,6	+ 20,6	+ 0,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,1	-	+ 16,7	+ 8,9	- 3,1	+ 0,2	+ 17,1	2002 Dez.
- 10,6	+ 8,2	± 0,0	- 0,6	- 2,0	+ 0,1	-	+ 3,2	- 8,0	- 2,2	+ 2,1	+ 5,3	2003 Jan.
- 4,5	- 7,7	± 0,0	- 0,2	-	+ 0,0	-	- 13,2	+ 6,5	- 5,3	- 0,5	- 13,6	2003 Febr.
- 3,9	+ 10,9	± 0,0	- 0,1	-	- 0,2	-	+ 7,1	+ 8,9	- 7,4	- 1,5	+ 5,3	2003 März
- 15,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,1	-	+ 10,7	- 7,0	- 20,1	+ 1,0	+ 11,8	2003 April
- 4,3	- 2,3	- 0,0	+ 0,3	-	- 0,0	+ 0,1	+ 7,7	- 9,5	- 5,0	+ 0,3	+ 8,0	2003 Mai
- 1,8	+ 17,6	+ 0,0	- 0,0	-	+ 0,1	-	+ 7,0	+ 10,0	- 2,3	+ 1,0	+ 8,0	2003 Juni
- 10,9	+ 10,0	- 0,0	+ 0,0	-	- 0,0	- 0,2	+ 9,5	- 0,2	- 10,3	+ 0,3	+ 9,9	2003 Juli
- 4,6	+ 8,7	- 0,0	- 0,2	-	- 0,2	-	+ 8,9	- 0,9	- 4,5	+ 0,6	+ 9,4	2003 Aug.
- 0,8	+ 0,6	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 2,9	- 2,8	- 0,8	- 0,4	2003 Sept.
+ 6,3	- 5,6	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,4	-	+ 3,8	- 6,1	+ 3,3	- 0,1	+ 3,3	2003 Okt.
+ 0,5	- 2,6	- 0,0	- 0,0	-	+ 0,1	-	+ 3,9	- 4,9	- 1,1	- 0,1	+ 3,9	2003 Nov.
- 1,7	+ 29,7	+ 0,0	+ 0,5	-	- 0,2	-	+ 16,7	+ 13,6	- 2,3	+ 0,8	+ 17,3	2003 Dez.
- 10,9	- 2,9	± 0,0	- 0,3	-	+ 0,0	-	+ 11,5	- 20,0	- 6,7	+ 1,0	+ 12,7	2004 Jan.
- 5,9	- 13,2	+ 11,7	+ 0,1	-	+ 0,1	-	- 9,6	+ 11,6	- 9,9	+ 0,5	- 9,1	2004 Febr.
- 1,9	- 1,5	+ 10,4	- 0,0	-	+ 0,2	-	+ 7,3	+ 2,9	- 4,6	+ 1,2	+ 8,7	2004 April
+ 9,3	- 4,7	+ 7,9	- 0,3	-	- 0,3	+ 0,4	+ 11,1	- 5,5	+ 6,8	- 0,3	+ 10,5	2004 Mai
+ 0,6	+ 11,5	+ 0,0	+ 0,1	-	+ 0,4	- 0,4	+ 6,1	+ 6,2	- 2,2	+ 2,1	+ 8,6	2004 Juni
- 3,1	+ 20,7	- 0,0	+ 0,2	-	- 0,4	-	+ 6,6	+ 12,8	- 3,0	+ 1,7	+ 8,0	2004 Juli
- 7,4	+ 8,2	± 0,0	- 0,3	-	+ 0,1	-	+ 11,8	- 3,9	- 7,7	+ 0,3	+ 12,0	2004 Aug.
- 1,4	- 2,0	- 0,0	+ 0,1	-	+ 0,0	-	+ 1,9	- 4,8	- 0,6	+ 0,2	+ 2,2	2004 Sept.
Deutsche Bundesbank												
+ 2,4	- 0,9	- 0,3	+ 0,1	-	+ 0,1	-	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,6	- 0,4	+ 0,7	2002 April
- 0,0	- 4,5	- 0,7	- 0,2	-	+ 0,1	-	+ 3,0	+ 0,0	- 8,7	+ 0,1	+ 3,3	2002 Mai
- 0,7	+ 7,5	- 0,9	+ 0,1	-	- 0,0	-	+ 1,6	- 0,0	+ 4,2	+ 0,2	+ 1,8	2002 Juni
- 6,9	+ 7,0	- 1,7	+ 0,0	-	- 0,1	-	+ 3,8	+ 0,0	- 5,3	- 0,1	+ 3,7	2002 Juli
- 2,2	- 4,5	- 0,7	- 0,1	-	- 0,1	-	+ 3,0	- 0,0	- 10,2	- 0,2	+ 2,7	2002 Aug.
- 0,1	+ 1,3	- 3,7	+ 0,0	-	+ 0,1	-	+ 0,2	- 0,0	- 2,8	- 0,0	+ 0,2	2002 Sept.
+ 1,6	+ 4,6	- 1,0	+ 0,0	-	- 0,0	-	+ 1,5	+ 0,0	+ 3,9	- 0,3	+ 1,2	2002 Okt.
+ 0,4	+ 4,3	- 0,1	- 0,0	-	- 0,0	-	+ 0,7	+ 0,0	+ 3,5	+ 0,3	+ 1,0	2002 Nov.
+ 0,1	+ 17,8	+ 2,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,1	-	+ 4,7	± 0,0	+ 17,1	- 0,2	+ 4,6	2002 Dez.
- 2,1	- 6,0	+ 2,4	- 0,5	- 0,7	- 0,0	-	- 1,0	- 0,0	- 6,7	+ 0,8	- 0,2	2003 Jan.
- 0,9	- 3,4	+ 0,4	- 0,2	-	+ 0,1	-	- 2,8	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,9	2003 Febr.
+ 0,0	+ 8,4	- 1,6	- 0,1	-	- 0,2	-	+ 2,0	+ 0,0	+ 5,2	- 0,4	+ 1,4	2003 März
- 2,8	+ 5,6	- 2,6	- 0,1	-	+ 0,1	-	+ 3,2	± 0,0	- 3,5	+ 0,3	+ 3,6	2003 April
- 0,9	+ 3,2	+ 0,1	+ 0,3	-	- 0,0	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 1,6	2003 Mai
- 0,4	+ 13,6	+ 0,5	- 0,1	-	+ 0,1	-	+ 1,9	+ 0,0	+ 11,4	+ 0,1	+ 2,1	2003 Juni
- 2,9	+ 3,1	- 0,4	- 0,0	-	- 0,0	-	+ 2,7	- 0,0	- 2,7	- 0,1	+ 2,6	2003 Juli
- 0,6	- 4,6	- 2,8	- 0,1	-	- 0,1	-	+ 2,5	+ 0,0	- 10,5	+ 0,1	+ 2,5	2003 Aug.
+ 0,2	+ 3,1	- 0,5	- 0,1	-	+ 0,3	-	+ 0,2	- 0,0	+ 2,7	- 0,5	- 0,0	2003 Sept.
+ 1,8	- 7,5	+ 0,6	+ 0,0	-	- 0,2	-	+ 1,0	- 0,0	- 5,7	- 0,2	+ 0,6	2003 Okt.
+ 0,4	- 4,3	+ 1,2	- 0,0	-	- 0,0	-	+ 0,7	+ 0,0	- 3,4	+ 0,0	+ 0,7	2003 Nov.
+ 0,0	+ 16,0	+ 0,0	+ 0,3	-	- 0,1	-	+ 4,4	+ 0,0	+ 12,1	- 0,1	+ 4,2	2003 Dez.
- 3,0	+ 1,2	+ 1,4	- 0,1	-	+ 0,0	-	+ 0,2	- 0,0	- 1,2	+ 0,5	+ 0,7	2004 Jan.
- 0,8	- 9,8	+ 9,0	+ 0,1	-	+ 0,1	-	- 2,7	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,0	- 2,6	2004 Febr.
+ 0,5	- 11,8	+ 7,4	- 0,0	-	+ 0,2	-	+ 2,4	- 0,0	- 6,3	- 0,1	+ 2,4	2004 April
+ 2,5	+ 2,9	+ 3,1	- 0,2	-	- 0,3	+ 0,1	+ 3,4	- 0,0	+ 5,2	- 0,1	+ 3,1	2004 Mai
+ 0,2	+ 14,9	- 2,4	+ 0,1	-	+ 0,3	- 0,1	+ 1,9	+ 0,0	+ 10,0	+ 0,7	+ 2,9	2004 Juni
- 1,0	+ 12,3	+ 0,1	+ 0,0	-	- 0,3	-	+ 1,5	- 0,0	+ 10,2	+ 0,1	+ 1,3	2004 Juli
- 2,5	+ 9,0	+ 0,7	- 0,1	-	+ 0,0	-	+ 3,6	- 0,0	+ 3,6	- 0,1	+ 3,5	2004 Aug.
+ 0,1	- 5,2	- 0,1	+ 0,1	-	- 0,0	-	+ 1,3	+ 0,0	- 6,0	- 0,5	+ 0,8	2004 Sept.

sen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur noch

Euro-Banknoten. — 4 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. — 5 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. — 6 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Aus- weisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Gold- forderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwah- rung an Ansässige im Euro-Wäh- rungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wert- papieranlagen, Auslandskre- dite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wert- papieran- lagen und Kredite	Forderungen aus der Kredit- fazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2004 Jan. 30.	824,4	130,3	178,3	29,0	149,3	17,1	7,6	7,6	-
Febr. 6.	817,0	130,3	177,5	29,0	148,5	17,6	7,3	7,3	-
13.	813,2	130,3	173,8	29,0	144,8	17,3	7,1	7,1	-
20.	816,9	130,3	171,2	28,9	142,3	17,6	7,3	7,3	-
27.	824,0	130,3	168,6	28,9	139,6	18,0	7,3	7,3	-
März 5.	826,8	130,3	168,1	28,9	139,2	17,5	7,2	7,2	-
12.	819,7	130,3	167,0	27,6	139,4	17,3	7,4	7,4	-
19.	822,8	130,3	166,6	27,6	138,9	17,2	7,2	7,2	-
26.	830,3	130,3	167,0	28,5	138,6	16,6	7,2	7,2	-
April 2.	3) 847,1	3) 136,5	3) 171,6	3) 29,3	3) 142,3	3) 17,8	8,5	8,5	-
8.	848,1	136,5	171,4	29,3	142,2	16,8	8,3	8,3	-
16.	835,3	136,5	171,2	29,3	141,9	17,0	8,0	8,0	-
23.	842,7	136,5	171,7	29,7	142,0	17,5	7,4	7,4	-
30.	853,5	136,5	173,6	29,7	143,9	17,7	7,4	7,4	-
Mai 7.	846,2	136,5	175,0	29,7	145,3	17,4	7,1	7,1	-
14.	842,0	136,2	174,2	29,8	144,4	17,3	7,4	7,4	-
21.	860,0	136,2	174,4	29,6	144,9	17,2	7,4	7,4	-
28.	867,3	136,2	173,0	29,6	143,4	16,7	7,4	7,4	-
2004 Juni 4.	870,1	136,2	173,3	29,5	143,8	16,2	7,7	7,7	-
11.	869,1	136,1	174,7	29,5	145,2	16,0	7,2	7,2	-
18.	867,8	136,1	174,8	29,2	145,5	16,0	7,0	7,0	-
25.	895,8	136,1	173,9	28,6	145,4	16,5	7,1	7,1	-
Juli 2.	3) 882,4	3) 127,4	3) 174,1	28,4	3) 145,7	16,6	6,9	6,9	-
9.	881,0	127,4	175,6	28,4	147,2	16,4	6,7	6,7	-
16.	868,8	127,4	173,7	28,2	145,6	16,9	7,0	7,0	-
23.	887,6	127,4	174,8	28,1	146,7	17,0	7,7	7,7	-
30.	883,7	127,4	172,1	28,0	144,1	17,3	7,9	7,9	-
Aug. 6.	880,2	127,4	170,7	28,1	142,7	17,8	7,7	7,7	-
13.	871,6	127,4	170,1	28,1	142,0	18,2	7,7	7,7	-
20.	872,0	127,4	173,0	27,8	145,2	17,1	7,3	7,3	-
27.	881,9	127,4	170,0	27,8	142,3	16,8	7,8	7,8	-
Sept. 3.	876,6	127,4	168,8	27,6	141,2	17,9	7,7	7,7	-
10.	874,6	127,4	167,5	27,4	140,1	17,6	7,9	7,9	-
17.	875,2	127,4	167,7	27,5	140,2	17,5	7,6	7,6	-
24.	885,8	127,4	168,8	27,2	141,6	17,3	8,1	8,1	-
Okt. 1.	3) 882,3	3) 130,7	3) 165,3	26,5	3) 138,8	17,1	7,6	7,6	-
Deutsche Bundesbank									
2002 Nov.	229,9	36,2	53,0	8,6	44,4	-	0,3	0,3	-
Dez.	3) 240,0	36,2	3) 48,8	8,3	3) 40,5	-	0,3	0,3	-
2003 Jan.	233,9	36,2	48,9	8,2	40,7	-	0,3	0,3	-
Febr.	236,2	36,2	49,2	8,2	41,0	-	0,3	0,3	-
März	3) 239,2	3) 34,1	3) 48,4	8,3	3) 40,1	-	0,3	0,3	-
April	230,5	34,1	47,0	8,2	38,7	-	0,3	0,3	-
Mai	258,1	34,1	47,8	8,3	39,6	-	0,3	0,3	-
Juni	3) 258,2	3) 33,4	3) 45,0	8,3	3) 36,7	-	0,3	0,3	-
Juli	246,9	33,4	44,8	8,3	36,5	-	0,3	0,3	-
Aug.	248,9	33,4	45,5	8,3	37,1	-	0,3	0,3	-
Sept.	3) 257,5	3) 36,5	3) 44,7	8,5	3) 36,2	-	0,3	0,3	-
Okt.	257,6	36,5	45,0	8,5	36,5	-	0,3	0,3	-
Nov.	254,4	36,5	44,5	8,5	36,0	-	0,3	0,3	-
Dez.	3) 267,7	36,5	3) 40,1	7,6	3) 32,5	-	0,3	0,3	-
2004 Jan.	258,1	36,5	40,4	7,6	32,7	-	0,3	0,3	-
Febr.	258,2	36,5	40,4	7,6	32,7	-	0,3	0,3	-
März	3) 256,2	3) 38,3	3) 41,5	7,6	3) 33,8	-	0,3	0,3	-
April	268,0	38,3	42,1	7,9	34,2	-	0,3	0,3	-
Mai	276,6	38,3	41,5	7,8	33,7	-	0,3	0,3	-
Juni	3) 290,3	3) 35,8	3) 41,2	7,4	3) 33,8	-	0,3	0,3	-
Juli	295,9	35,8	40,4	7,4	33,0	-	0,3	0,3	-
Aug.	284,2	35,8	39,8	7,4	32,4	-	0,3	0,3	-
Sept.	283,6	3) 36,7	3) 39,1	7,0	32,1	-	0,3	0,3	-

 *) Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Euro-
päischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken

 der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispo-
sitionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾		
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu- relle Ope- rationen	Spitzenre- finanzie- rungs- fazilität	Forderungen aus dem Mergen- ausgleich							
Eurosystem ²⁾													
279,0	224,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,1	63,6	42,7	104,7	2004 Jan. 30.		
270,0	215,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,1	65,3	42,6	105,3	Febr. 6.		
268,0	213,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,5	66,0	42,6	106,5	13.		
275,0	220,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,4	66,1	42,6	105,4	20.		
283,9	218,7	65,0	-	-	0,2	0,0	1,3	66,5	42,6	105,4	27.		
285,9	220,7	65,0	-	-	0,2	0,0	1,2	68,0	42,6	106,0	März 5.		
277,7	212,5	65,0	-	-	0,0	0,2	1,2	68,9	42,6	107,3	12.		
281,5	216,5	65,0	-	-	0,0	0,0	1,3	69,0	42,6	107,1	19.		
289,5	224,5	65,0	-	-	0,0	0,0	1,2	68,9	42,6	106,9	26.		
293,0	218,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,1	3)	68,5	42,6	3)	107,5	April 2.
293,5	218,5	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	69,9	42,6	108,1	8.		
280,5	205,5	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	70,0	42,6	108,4	16.		
286,0	211,0	75,0	-	-	0,0	0,0	0,9	71,2	42,5	108,9	23.		
295,1	220,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	71,0	42,5	108,7	30.		
286,1	211,0	75,0	-	-	0,1	0,0	1,1	71,8	42,6	108,6	Mai 7.		
282,0	207,0	75,0	-	-	0,0	-	0,6	72,5	42,6	109,3	14.		
298,6	223,5	75,0	-	-	0,1	-	0,7	73,6	42,6	109,4	21.		
308,2	232,5	75,0	-	-	0,6	0,0	0,9	72,8	42,6	109,6	28.		
311,1	236,0	75,0	-	-	0,1	0,0	0,7	72,9	42,6	109,4	2004 Juni 4.		
308,6	233,5	75,0	-	-	0,1	0,0	0,9	73,6	42,6	109,4	11.		
307,0	232,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	73,8	42,6	109,6	18.		
335,2	260,0	75,0	-	-	0,2	0,0	0,8	73,7	42,6	109,9	25.		
331,0	256,0	75,0	-	-	0,0	-	0,7	3)	73,4	42,1	3)	110,2	Juli 2.
328,0	253,0	75,0	-	-	0,0	0,0	0,5	73,8	42,1	110,5	9.		
317,5	242,5	75,0	-	-	0,0	0,0	0,8	73,2	42,1	110,2	16.		
334,5	259,5	75,0	-	-	-	0,0	0,9	72,9	42,1	110,5	23.		
333,0	258,0	75,0	-	-	0,0	0,0	0,9	67,5	42,1	115,5	30.		
330,0	255,0	75,0	-	-	-	0,0	0,8	68,0	42,1	115,7	Aug. 6.		
322,5	247,5	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	68,0	42,1	114,7	13.		
321,0	246,0	75,0	-	-	-	0,0	1,4	67,9	42,1	114,9	20.		
334,0	259,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,1	67,9	42,1	114,6	27.		
329,0	254,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,5	67,9	42,1	114,3	Sept. 3.		
327,6	252,5	75,0	-	-	0,1	0,0	1,5	67,9	42,1	115,2	10.		
328,0	253,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,6	68,0	42,1	115,4	17.		
337,5	262,5	75,0	-	-	0,0	0,0	1,6	67,6	42,1	115,4	24.		
334,0	259,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,8	67,4	42,1	3)	116,3	Okt. 1.	
Deutsche Bundesbank													
111,1	77,0	34,0	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	24,8	2002 Nov.		
125,5	87,1	36,1	-	-	2,2	-	0,0	-	4,4	24,8	Dez.		
124,3	87,5	36,6	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	19,8	2003 Jan.		
126,3	91,6	34,7	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,7	Febr.		
130,9	98,4	32,1	-	-	0,4	-	0,0	-	4,4	21,1	März		
125,0	92,5	32,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,7	April		
151,8	118,7	32,9	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	19,7	Mai		
155,0	122,5	32,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	20,1	Juni		
144,0	115,1	28,8	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	19,9	Juli		
145,2	116,0	29,1	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	20,1	Aug.		
151,4	121,5	29,7	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	3)	20,1	Sept.	
133,0	101,9	31,1	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	38,4	Okt.		
145,4	115,0	30,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	23,3	Nov.		
162,3	129,9	32,3	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	24,0	Dez.		
157,4	117,4	40,0	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,0	2004 Jan.		
157,6	109,9	47,5	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	18,9	Febr.		
141,7	94,1	47,5	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	30,1	März		
153,7	104,3	49,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	29,1	April		
173,2	123,7	49,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,9	Mai		
189,4	139,9	49,5	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	19,1	Juni		
196,0	145,1	50,9	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,1	Juli		
184,8	135,3	49,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,1	Aug.		
173,6	127,4	45,6	-	-	0,6	-	0,0	-	4,4	29,5	Sept.		

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Bank- notenum- lauf 2) 3)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahme- verein- barung			Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten
Eurosystem 5)													
2004 Jan. 30.	824,4	415,6	132,1	132,1	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	60,1	54,0	6,1
Febr. 6.	817,0	418,8	133,2	133,1	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	48,6	42,5	6,1
13.	813,2	418,5	135,4	135,3	0,1	-	-	-	0,3	1,1	44,8	38,7	6,2
20.	816,9	417,5	131,0	131,0	0,0	-	-	-	0,3	1,1	56,7	50,4	6,3
27.	824,0	418,9	128,9	128,8	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	67,4	61,1	6,2
März 5.	826,8	423,7	137,7	137,6	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	56,6	50,8	5,9
12.	819,7	424,1	135,2	135,2	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	51,8	46,1	5,7
19.	822,8	423,8	133,2	133,1	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	57,4	51,8	5,6
26.	830,3	423,8	131,9	131,8	0,1	-	-	-	0,3	1,1	66,7	61,1	5,5
April 2.	6) 847,1	431,0	140,2	140,0	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	54,9	48,9	5,9
8.	848,1	441,4	135,1	135,0	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	51,6	45,6	6,0
16.	835,3	435,8	135,2	135,2	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	44,3	38,3	6,0
23.	842,7	432,0	131,1	131,0	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	59,0	53,4	5,7
30.	853,5	435,4	133,6	133,5	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	62,1	56,3	5,8
Mai 7.	846,2	439,8	136,8	136,7	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	46,1	40,2	5,8
14.	842,0	440,1	136,7	136,6	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	43,3	37,5	5,8
21.	860,0	441,1	137,4	137,3	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	58,3	52,3	6,0
28.	867,3	443,7	138,7	136,0	2,8	-	-	0,0	0,3	1,1	64,0	58,2	5,8
2004 Juni 4.	870,1	447,4	139,3	139,1	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	63,6	57,5	6,1
11.	869,1	448,4	141,1	141,0	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	59,0	53,0	6,0
18.	867,8	447,6	140,4	140,3	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	57,7	51,5	6,2
25.	895,8	448,1	136,8	136,7	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	88,0	82,4	5,6
Juli 2.	6) 882,4	454,5	140,8	140,3	0,5	-	-	0,0	0,3	1,1	73,1	67,2	5,9
9.	881,0	458,2	137,6	137,5	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	70,7	65,0	5,7
16.	868,8	459,2	140,1	140,1	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	56,1	50,4	5,6
23.	887,6	458,7	136,8	136,8	0,0	-	-	0,0	0,1	1,1	78,2	72,5	5,6
30.	883,7	463,1	131,3	131,2	0,0	-	-	0,0	0,1	1,1	77,1	71,2	5,9
Aug. 6.	880,2	467,9	140,1	140,1	0,0	-	-	0,0	0,1	1,1	59,7	53,7	6,0
13.	871,6	466,7	138,7	138,6	0,0	-	-	0,0	0,1	1,1	55,9	49,9	5,9
20.	872,0	462,2	140,4	140,3	0,0	-	-	0,0	0,1	1,1	56,1	50,2	5,9
27.	881,9	460,0	137,9	137,9	0,0	-	-	-	0,1	1,1	74,0	68,4	5,6
Sept. 3.	876,6	464,3	137,7	137,6	0,1	-	-	-	0,1	1,1	64,1	58,3	5,8
10.	874,6	465,3	137,4	137,4	0,0	-	-	-	0,1	1,1	62,9	57,1	5,8
17.	875,2	463,9	138,5	138,4	0,0	-	-	-	0,1	1,1	61,6	55,7	5,9
24.	885,8	462,6	137,2	137,2	0,0	-	-	-	0,1	1,1	73,9	68,0	5,9
Okt. 1.	6) 882,3	466,8	142,5	142,4	0,0	-	-	0,0	0,1	1,1	60,9	54,9	6,0
Deutsche Bundesbank													
2002 Nov.	229,9	95,7	41,0	40,9	0,0	-	-	-	-	-	0,8	0,1	0,7
Dez.	6) 240,0	104,5	44,8	44,8	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,0	0,6
2003 Jan.	233,9	94,5	40,9	40,8	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,5
Febr.	236,2	96,1	38,1	38,1	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,5
März	6) 239,2	98,1	48,1	48,0	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
April	230,5	101,8	36,4	36,3	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Mai	258,1	103,2	36,3	36,2	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Juni	6) 258,2	105,2	38,8	38,8	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Juli	246,9	108,5	39,6	39,5	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,5
Aug.	248,9	108,6	41,0	41,0	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
Sept.	6) 257,5	109,2	41,7	41,7	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Okt.	257,6	110,8	42,0	42,0	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Nov.	254,4	112,7	36,4	36,4	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Dez.	6) 267,7	121,4	44,6	44,5	0,1	-	-	-	0,2	-	0,6	0,1	0,5
2004 Jan.	258,1	112,4	39,8	39,8	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
Febr.	258,2	113,3	36,8	36,7	0,1	-	-	-	-	-	0,7	0,3	0,4
März	6) 256,2	115,0	31,0	31,0	0,0	-	-	-	-	-	0,7	0,4	0,4
April	268,0	117,7	38,3	38,3	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Mai	276,6	120,8	43,4	43,4	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
Juni	6) 290,3	122,3	36,6	36,6	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Juli	295,9	126,0	39,3	39,3	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
Aug.	284,2	125,2	41,4	40,9	0,4	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
Sept.	283,6	126,5	40,1	40,1	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. — 2 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie bis Ende 2002 noch im Umlauf

befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten (s. auch Anm. 4). — 3 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 4)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 3)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem 5)										
9,6	0,4	13,5	13,5	—	5,8	54,8	—	69,1	62,0	2004 Jan. 30.
9,5	0,4	15,0	15,0	—	5,8	53,2	—	69,1	62,0	Febr. 6.
9,5	0,4	12,3	12,3	—	5,8	53,4	—	69,1	62,5	13.
9,3	0,4	10,6	10,6	—	5,8	52,5	—	69,1	62,8	20.
9,3	0,4	8,7	8,7	—	5,8	52,1	—	69,1	62,1	27.
10,0	0,5	8,9	8,9	—	5,8	51,0	—	69,1	62,1	März 5.
9,1	0,5	9,7	9,7	—	5,8	51,0	—	69,1	62,1	12.
9,0	0,4	9,3	9,3	—	5,8	51,5	—	69,1	62,1	19.
9,0	0,4	9,3	9,3	—	5,8	51,5	—	69,1	61,6	26.
8,6	0,3	9,6	9,6	—	5,9	55,2	6)	80,6	59,5	April 2.
8,6	0,3	9,0	9,0	—	5,9	55,0	—	80,6	59,3	8.
8,5	0,3	8,4	8,4	—	5,9	55,6	—	80,6	59,3	16.
8,4	0,3	8,8	8,8	—	5,9	56,0	—	80,6	59,3	23.
8,6	0,3	10,3	10,3	—	5,9	56,2	—	80,6	59,3	30.
8,2	0,3	11,2	11,2	—	5,9	56,6	—	80,6	59,4	Mai 7.
8,1	0,3	10,2	10,2	—	5,9	56,1	—	80,6	59,4	14.
8,0	0,3	10,2	10,2	—	5,9	57,3	—	80,6	59,5	21.
8,0	0,3	8,2	8,2	—	5,9	56,6	—	80,6	59,8	28.
7,8	0,3	8,2	8,2	—	5,9	55,9	—	80,6	59,8	2004 Juni 4.
7,9	0,3	9,3	9,3	—	5,9	55,6	—	80,6	59,8	11.
7,8	0,3	9,9	9,9	—	5,9	56,5	—	80,6	59,8	18.
8,0	0,2	10,3	10,3	—	5,9	56,8	—	80,6	59,8	25.
9,0	0,2	11,5	11,5	—	5,9	56,0	6)	70,2	59,8	Juli 2.
8,2	0,2	13,1	13,1	—	5,9	55,8	—	70,2	59,8	9.
8,2	0,2	11,3	11,3	—	5,9	56,6	—	70,2	59,8	16.
8,6	0,2	11,5	11,5	—	5,9	56,6	—	70,2	59,8	23.
8,8	0,2	9,4	9,4	—	5,9	56,8	—	70,2	59,8	30.
8,5	0,2	9,8	9,8	—	5,9	56,8	—	70,2	59,8	Aug. 6.
8,7	0,2	9,9	9,9	—	5,9	54,5	—	70,2	59,8	13.
9,0	0,2	11,9	11,9	—	5,9	55,1	—	70,2	59,8	20.
9,0	0,2	8,8	8,8	—	5,9	55,0	—	70,2	59,8	27.
9,3	0,3	8,9	8,9	—	5,9	55,1	—	70,2	59,8	Sept. 3.
9,1	0,3	7,4	7,4	—	5,9	55,2	—	70,2	59,8	10.
9,1	0,4	7,4	7,4	—	5,9	57,3	—	70,2	59,8	17.
9,3	0,4	8,4	8,4	—	5,9	56,9	—	70,2	59,8	24.
9,2	0,3	8,2	8,2	—	5,8	56,9	—	70,7	59,9	Okt. 1.
Deutsche Bundesbank										
7,1	0,0	3,1	3,1	—	1,6	10,5	27,6	37,3	5,1	2002 Nov.
7,1	0,0	1,8	1,8	—	1,6	11,1	29,1	34,2	5,0	Dez.
7,8	0,0	2,2	2,2	—	1,6	17,6	29,6	34,2	5,0	2003 Jan.
7,3	0,0	2,4	2,4	—	1,6	19,1	31,9	34,2	5,0	Febr.
7,1	0,0	3,4	3,4	—	1,5	11,7	33,3	30,4	5,0	März
7,1	0,0	2,0	2,0	—	1,5	11,6	34,2	30,4	5,0	April
7,3	0,0	2,7	2,7	—	1,5	34,5	36,6	30,4	5,0	Mai
7,4	0,0	3,2	3,2	—	1,5	31,3	37,3	28,2	5,0	Juni
7,3	0,0	3,0	3,0	—	1,5	14,9	38,4	28,2	5,0	Juli
7,4	0,0	3,5	3,5	—	1,5	12,4	40,8	28,2	5,0	Aug.
7,3	0,0	3,6	3,6	—	1,5	16,2	42,2	30,2	5,0	Sept.
7,4	0,0	3,9	3,9	—	1,5	12,9	43,4	30,2	5,0	Okt.
7,4	0,0	3,2	3,2	—	1,5	12,9	44,4	30,2	5,0	Nov.
7,7	0,0	2,8	2,8	—	1,4	10,5	44,6	29,1	5,0	Dez.
7,3	0,0	3,1	3,1	—	1,4	11,4	48,1	29,1	5,0	2004 Jan.
7,0	0,0	3,0	3,0	—	1,4	12,7	49,2	29,1	5,0	Febr.
6,5	0,0	3,1	3,1	—	1,5	10,8	50,4	32,2	5,0	März
6,2	0,0	3,4	3,4	—	1,5	10,9	52,3	32,2	5,0	April
5,8	0,0	2,7	2,7	—	1,5	11,5	53,3	32,2	5,0	Mai
5,6	0,0	3,4	3,4	—	1,5	32,2	53,9	29,3	5,0	Juni
5,9	0,0	2,6	2,6	—	1,5	30,3	55,6	29,3	5,0	Juli
5,8	0,0	2,0	2,0	—	1,5	15,2	58,6	29,3	5,0	Aug.
5,6	0,0	2,0	2,0	—	1,4	12,0	60,9	29,6	5,0	Sept.

Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Wertes an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten

Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 4 Für Deutsche Bundesbank: ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 2). 5 Quelle: EZB. — 6 Veränderungen überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken
1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bilanz- summe	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
1995	7 778,7	27,3	2 210,2	2 019,0	1 399,8	619,3	191,2	158,0	33,2	4 723,3	4 635,0	3 548,8	3 298,7
1996	8 540,5	30,3	2 523,0	2 301,1	1 585,7	715,4	221,9	181,2	40,7	5 084,7	4 981,9	3 812,8	3 543,0
1997	9 368,2	30,7	2 836,0	2 580,7	1 758,6	822,1	255,3	208,8	46,5	5 408,8	5 269,5	4 041,3	3 740,8
1998	10 355,5	29,9	3 267,4	2 939,4	1 977,4	962,0	328,1	264,9	63,1	5 833,9	5 615,9	4 361,0	3 966,5
1999	5 678,5	17,2	1 836,9	1 635,0	1 081,4	553,6	201,9	161,8	40,1	3 127,4	2 958,6	2 326,4	2 093,4
2000	6 083,9	16,1	1 977,4	1 724,2	1 108,9	615,3	253,2	184,5	68,6	3 249,9	3 062,6	2 445,7	2 186,6
2001	6 303,1	14,6	2 069,7	1 775,5	1 140,6	634,9	294,2	219,8	74,4	3 317,1	3 084,9	2 497,1	2 235,7
2002	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8
2003	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2002 Nov.	6 453,5	13,2	2 130,2	1 780,8	1 150,6	630,2	349,5	267,3	82,1	3 336,6	3 088,4	2 496,7	2 238,4
2002 Dez.	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8
2003 Jan.	6 380,7	13,2	2 104,3	1 748,5	1 136,2	612,3	355,8	277,0	78,8	3 348,8	3 101,1	2 501,4	2 237,9
2003 Febr.	6 424,9	13,2	2 124,3	1 751,7	1 142,1	611,7	370,5	289,5	81,1	3 347,4	3 097,7	2 501,7	2 239,2
2003 März	6 434,8	12,9	2 121,5	1 747,2	1 135,0	614,4	371,9	288,9	83,1	3 346,7	3 100,4	2 498,0	2 238,1
2003 April	6 430,3	13,8	2 107,6	1 732,2	1 118,6	613,6	375,4	291,6	83,8	3 348,8	3 102,2	2 499,1	2 234,6
2003 Mai	6 467,7	14,0	2 144,0	1 756,9	1 143,6	613,2	387,1	303,3	83,8	3 347,2	3 101,9	2 499,2	2 232,0
2003 Juni	6 472,9	13,3	2 139,0	1 748,0	1 137,1	610,9	390,9	305,4	85,5	3 330,2	3 089,9	2 502,9	2 239,7
2003 Juli	6 425,7	13,3	2 113,5	1 728,1	1 109,7	618,4	385,3	297,4	88,0	3 330,2	3 093,7	2 494,1	2 231,1
2003 Aug.	6 395,1	13,5	2 105,5	1 720,3	1 104,5	615,8	385,2	296,8	88,3	3 318,3	3 084,7	2 495,6	2 231,4
2003 Sept.	6 403,1	13,3	2 099,4	1 712,2	1 095,3	616,9	387,2	297,5	89,7	3 332,6	3 089,6	2 504,9	2 245,2
2003 Okt.	6 399,3	13,6	2 092,9	1 715,9	1 096,1	619,9	376,9	285,3	91,7	3 328,9	3 086,1	2 496,9	2 242,9
2003 Nov.	6 424,9	13,1	2 126,2	1 742,4	1 117,5	624,9	383,7	292,5	91,3	3 350,9	3 103,5	2 505,0	2 246,9
2003 Dez.	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2004 Jan.	6 424,2	13,2	2 084,1	1 713,6	1 101,3	612,4	370,4	278,3	92,1	3 329,8	3 078,3	2 489,0	2 230,4
2004 Febr.	6 448,7	13,2	2 100,2	1 722,7	1 101,9	620,8	377,5	282,5	94,9	3 341,8	3 081,9	2 483,5	2 230,2
2004 März	6 506,7	12,7	2 106,5	1 725,6	1 098,7	626,9	380,9	282,2	98,7	3 370,4	3 102,9	2 491,9	2 228,9
2004 April	6 568,8	12,9	2 132,5	1 749,7	1 115,1	634,6	382,9	282,4	100,4	3 381,2	3 110,1	2 506,6	2 230,4
2004 Mai	6 583,5	13,8	2 163,3	1 771,6	1 127,6	644,0	391,7	289,0	102,7	3 369,7	3 101,0	2 497,0	2 229,7
2004 Juni	6 551,3	13,1	2 150,2	1 746,3	1 112,7	633,6	404,0	299,5	104,4	3 360,1	3 090,4	2 483,2	2 229,4
2004 Juli	6 574,9	13,2	2 171,4	1 765,1	1 130,4	634,7	406,3	303,2	103,0	3 368,3	3 093,3	2 477,1	2 225,1
2004 Aug.	6 567,5	13,2	2 166,6	1 759,6	1 126,4	633,2	407,0	301,7	105,3	3 358,7	3 086,1	2 470,3	2 221,8
Veränderungen ¹⁾													
1996	761,8	3,0	312,8	282,1	186,0	96,1	30,7	23,2	7,5	361,5	346,9	264,0	244,3
1997	825,6	0,5	313,1	279,6	172,9	106,7	33,5	27,6	5,9	324,0	287,5	228,4	197,6
1998	1 001,0	- 0,8	422,2	355,7	215,1	140,6	66,4	56,2	10,2	440,4	363,3	337,5	245,2
1999	452,6	1,8	179,8	140,1	81,4	58,6	39,8	26,3	13,5	206,6	158,1	156,8	126,4
2000	401,5	- 1,2	143,0	91,7	28,1	63,6	51,4	22,8	28,6	123,2	105,4	116,8	89,5
2001	244,9	- 1,4	91,0	50,7	30,3	20,5	40,3	34,5	5,8	55,1	23,9	50,4	48,1
2002	165,7	3,3	63,6	6,5	23,7	- 17,1	57,1	51,9	5,2	34,1	15,7	16,5	10,4
2003	83,5	- 0,6	- 20,2	- 49,0	- 47,5	- 1,5	28,8	15,7	13,1	29,6	23,0	22,2	26,4
2002 Dez.	- 29,0	4,7	3,0	1,0	13,7	- 12,7	1,9	4,4	- 2,4	11,4	10,8	16,1	7,8
2003 Jan.	- 14,6	- 4,7	- 25,1	- 30,7	- 28,1	- 2,7	5,7	5,3	0,4	18,3	17,1	3,7	1,4
2003 Febr.	41,3	0,0	17,0	3,2	5,9	- 2,8	13,9	12,5	1,4	0,7	- 1,3	2,4	3,4
2003 März	14,1	- 0,4	- 2,9	- 4,3	- 7,1	- 2,8	1,4	- 0,6	2,1	4,6	7,8	1,4	3,9
2003 April	4,5	1,0	- 13,7	- 17,2	- 16,5	- 0,8	3,5	2,7	0,8	4,9	4,2	3,2	- 1,2
2003 Mai	57,3	0,2	36,6	24,8	25,1	- 0,3	11,9	11,8	0,1	1,9	2,5	2,9	- 0,0
2003 Juni	- 5,9	- 0,7	- 5,2	- 8,9	- 6,5	- 2,4	3,8	2,0	1,7	- 18,0	- 12,5	3,2	7,2
2003 Juli	- 49,6	- 0,1	- 25,7	- 20,1	- 27,4	- 7,3	- 5,6	- 8,0	2,4	0,6	4,5	- 8,1	- 8,1
2003 Aug.	- 43,7	0,3	- 8,1	- 7,9	- 5,2	- 2,7	- 0,3	- 0,5	0,3	- 13,6	- 10,0	0,5	- 0,6
2003 Sept.	26,2	- 0,2	- 5,9	- 8,1	- 9,2	1,2	2,1	0,7	1,4	17,7	7,4	11,8	16,2
2003 Okt.	- 5,0	0,3	- 6,5	4,1	0,8	3,3	- 10,6	- 12,6	2,0	- 1,8	- 2,0	- 7,3	- 1,7
2003 Nov.	67,6	- 0,5	33,6	26,6	21,4	5,1	7,1	7,2	- 0,1	24,5	19,2	9,8	5,6
2003 Dez.	- 8,6	4,2	- 14,4	- 10,3	- 0,7	- 9,6	- 4,1	- 4,7	0,7	- 10,1	- 13,7	- 1,4	0,3
2004 Jan.	- 15,4	- 4,1	- 26,5	- 18,1	- 15,5	- 2,6	- 8,5	- 9,4	0,9	- 0,6	- 1,0	- 4,6	- 6,6
2004 Febr.	26,4	0,0	17,3	9,0	0,4	8,6	8,3	4,2	4,1	16,6	8,0	- 1,1	2,5
2004 März	47,2	- 0,5	6,2	2,8	- 3,2	6,0	3,4	- 0,3	3,7	28,7	21,7	9,0	- 0,9
2004 April	57,9	0,1	26,1	24,1	16,4	7,7	1,9	0,2	1,7	10,8	7,1	14,6	1,4
2004 Mai	19,5	1,0	30,7	21,9	12,5	9,3	8,9	6,5	2,3	- 10,4	- 8,2	- 8,8	0,1
2004 Juni	- 33,2	- 0,7	- 13,0	- 25,2	- 14,9	- 10,4	12,2	10,6	1,7	- 9,2	- 10,1	- 13,2	0,2
2004 Juli	21,8	0,1	23,4	18,8	17,7	1,2	4,6	3,7	0,9	6,4	3,3	- 5,6	- 3,8
2004 Aug.	- 5,3	- 0,1	- 7,5	- 5,5	- 4,0	- 1,5	- 2,0	- 4,3	2,3	- 6,3	- 6,7	- 6,4	- 2,9

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen)

auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. auch Anm. * in Tab. II,1). —

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen	
Privat-		öffentliche Haushalte		Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		Wertpapiere	Wertpapiere 2)				
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen						
250,0	1 086,3	792,2	294,1	88,2	39,4	39,2	48,8	11,3	37,6	608,5	526,0	209,4	1995
269,7	1 169,1	857,8	311,4	102,8	36,8	36,8	66,0	17,2	48,8	678,1	575,3	224,4	1996
300,6	1 228,2	911,0	317,2	139,2	41,9	41,2	97,3	23,4	73,9	839,6	710,2	253,1	1997
394,5	1 254,9	939,1	315,8	218,0	62,5	56,0	155,5	35,6	119,9	922,0	758,0	302,2	1998
233,0	632,1	488,4	143,7	168,8	65,3	35,9	103,6	20,7	82,8	511,2	404,2	185,8	1999
259,1	616,9	478,5	138,4	187,3	83,8	44,2	103,5	20,0	83,5	622,4	481,7	218,1	2000
261,3	587,8	468,7	119,1	232,3	111,3	53,7	121,0	26,2	94,8	727,3	572,0	174,3	2001
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	2002
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	803,7	645,6	166,4	2003
258,2	591,7	449,2	142,5	248,2	118,6	61,0	129,6	28,0	101,6	791,0	634,2	182,4	2002 Nov.
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	Dez.
263,4	599,8	453,0	146,7	247,6	121,8	60,5	125,8	26,5	99,3	738,3	591,8	176,2	2003 Jan.
262,4	596,0	447,3	148,7	249,7	125,6	64,6	124,1	26,2	97,9	757,7	612,1	182,2	Febr.
259,9	602,4	444,0	158,4	246,3	126,8	64,5	119,5	26,2	93,3	778,6	630,9	175,1	März
264,5	603,1	445,8	157,4	246,6	129,9	66,2	116,7	25,2	91,5	787,6	641,1	172,5	April
267,2	602,7	439,8	162,9	245,3	130,7	66,7	114,6	26,5	88,2	792,4	644,3	170,2	Mai
263,2	587,0	434,6	152,4	240,2	126,9	61,9	113,4	24,6	88,7	827,6	668,9	162,8	Juni
263,0	599,6	444,9	154,7	236,5	126,7	62,3	109,8	24,9	84,9	811,5	651,6	157,3	Juli
264,1	589,1	440,6	148,5	233,6	129,2	65,0	104,4	24,1	80,3	801,2	642,0	156,6	Aug.
259,8	584,6	435,2	149,4	243,1	129,7	64,7	113,4	23,4	90,0	795,8	642,4	161,9	Sept.
254,0	589,2	436,6	152,6	242,8	127,6	60,6	115,2	25,1	90,1	800,6	643,9	163,3	Okt.
258,1	598,5	442,5	156,0	247,4	132,9	64,7	114,5	25,6	89,0	803,7	648,2	162,2	Nov.
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	803,7	645,6	166,4	Dez.
258,6	589,2	440,2	149,0	251,5	132,0	61,2	119,5	25,6	93,9	843,7	683,0	153,4	2004 Jan.
253,3	598,3	432,1	166,2	260,0	136,0	65,2	124,0	25,0	99,0	839,5	680,6	154,0	Febr.
263,0	611,0	444,9	166,2	267,4	137,6	67,0	129,8	24,9	104,9	859,1	697,2	158,0	März
276,2	603,5	437,2	166,3	271,1	139,4	68,8	131,7	25,8	105,9	884,1	722,1	158,1	April
267,2	604,1	431,4	172,7	268,7	137,6	66,3	131,1	25,8	105,3	875,0	707,5	161,6	Mai
253,9	607,2	426,2	181,0	269,7	138,4	66,5	131,3	25,7	105,6	867,0	695,6	160,8	Juni
252,0	616,2	434,4	181,8	275,0	142,3	67,7	132,8	26,4	106,4	860,7	687,7	161,3	Juli
248,5	615,8	429,9	186,0	272,6	138,7	65,0	133,9	26,2	107,6	871,0	696,4	158,0	Aug.
Veränderungen 1)													
19,7	82,9	65,5	17,3	14,6	- 2,6	- 2,5	17,2	6,0	11,2	69,5	49,3	15,1	1996
30,8	59,1	53,3	5,8	36,5	5,1	4,4	31,4	6,1	25,3	159,4	132,9	28,6	1997
92,3	25,8	28,1	- 2,3	77,1	18,9	13,0	58,3	12,5	45,7	83,9	52,0	55,3	1998
30,4	1,3	7,7	- 6,4	48,4	12,2	6,4	36,2	2,0	34,2	33,1	13,8	31,3	1999
27,3	- 11,4	- 6,7	- 4,6	17,8	16,8	7,2	1,0	- 0,3	1,2	103,9	71,9	32,5	2000
2,4	- 26,5	- 9,8	- 16,7	31,3	24,3	7,7	7,0	2,2	4,8	110,1	86,6	- 9,9	2001
6,2	- 0,8	- 20,2	19,4	18,3	15,9	12,0	2,4	- 0,6	3,0	65,7	64,1	- 0,4	2002
- 4,3	0,8	- 8,7	9,6	6,6	13,4	2,7	- 6,8	- 0,8	- 6,0	113,4	98,5	- 38,7	2003
8,3	- 5,3	- 0,8	- 4,6	0,6	6,9	3,1	- 6,3	- 2,3	- 4,0	- 39,1	- 32,8	- 8,4	2002 Dez.
2,3	13,4	4,6	8,8	1,2	- 1,8	- 2,7	3,0	1,1	2,0	9,4	10,1	- 12,5	2003 Jan.
- 1,0	- 3,7	- 5,7	2,0	2,0	5,5	5,8	- 3,5	- 2,0	- 1,4	19,9	20,7	3,6	Febr.
- 2,5	6,4	- 3,3	9,7	- 3,2	1,3	0,0	- 4,5	0,1	- 4,5	24,4	21,8	- 11,6	März
4,4	1,0	1,8	- 0,9	0,7	3,4	1,9	- 2,7	- 1,0	- 1,7	16,1	16,3	- 3,8	April
2,9	- 0,4	- 5,9	5,5	- 0,6	1,1	1,0	- 1,7	1,5	- 3,1	21,8	18,8	- 3,2	Mai
- 4,0	- 15,7	- 5,2	- 10,5	- 5,6	- 4,1	- 5,1	- 1,4	- 1,9	0,5	25,4	16,1	- 7,5	Juni
0,0	12,6	10,3	2,3	- 3,9	- 0,3	0,3	- 3,6	0,3	- 3,9	- 18,6	- 19,0	- 5,9	Juli
1,1	- 10,5	- 4,3	- 6,2	- 3,6	2,2	2,4	- 5,8	- 0,9	- 4,8	- 21,0	- 19,0	- 1,2	Aug.
- 4,3	- 4,4	- 5,4	0,9	10,3	1,0	0,3	9,3	- 0,5	9,9	10,2	14,5	4,4	Sept.
- 5,6	5,3	1,4	3,9	0,2	- 2,0	- 4,2	2,2	1,6	0,5	- 0,5	- 3,6	3,5	Okt.
4,1	9,4	6,0	3,4	5,3	5,7	4,3	- 0,4	0,6	- 1,0	13,0	12,4	- 3,0	Nov.
- 1,7	- 12,4	- 2,9	- 9,5	3,6	1,4	- 1,4	2,2	0,5	1,7	13,4	9,4	- 1,7	Dez.
2,1	3,6	0,6	3,0	0,4	- 2,3	- 1,6	2,7	- 0,4	3,1	34,7	32,1	- 18,8	2004 Jan.
- 3,7	9,1	- 8,0	17,2	8,6	4,0	4,0	4,6	- 0,6	5,2	- 2,7	- 1,1	- 4,8	Febr.
9,8	12,7	12,7	- 0,0	7,0	1,4	1,6	5,6	- 0,1	5,8	10,7	8,6	2,1	März
13,2	- 7,5	- 7,6	0,1	3,6	1,8	1,7	1,9	0,9	1,0	21,3	21,2	- 0,4	April
- 8,9	0,6	- 5,9	6,5	- 2,2	- 1,7	- 2,4	- 0,5	0,1	- 0,5	- 4,4	- 10,4	2,6	Mai
- 13,4	3,1	- 5,2	8,3	0,9	0,8	0,2	0,1	- 0,2	0,2	- 8,9	- 14,1	- 1,5	Juni
- 1,8	9,0	8,2	0,8	3,1	1,5	1,2	1,5	0,8	0,8	- 8,2	- 9,8	0,1	Juli
- 3,5	- 0,3	- 4,5	4,2	0,4	- 0,7	0,2	1,1	- 0,1	1,2	12,1	10,4	- 3,4	Aug.

2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken
1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
	Bilanzsumme	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit 2)		mit vereinbarter Kündigungsfrist 3)		zusammen	täglich fällig
								zusammen	darunter bis zu 2 Jahren 4)	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
1995	7 778,7	1 761,5	1 582,0	179,6	3 260,0	3 038,9	549,8	1 289,0	472,0	1 200,1	749,5	110,1	4,5
1996	8 540,5	1 975,3	1 780,2	195,1	3 515,9	3 264,0	638,1	1 318,5	430,6	1 307,4	865,7	137,3	7,5
1997	9 368,2	2 195,6	1 959,1	236,5	3 647,1	3 376,2	654,5	1 364,9	426,8	1 356,9	929,2	162,5	7,3
1998	10 355,5	2 480,3	2 148,9	331,4	3 850,8	3 552,2	751,6	1 411,1	461,6	1 389,6	971,9	187,4	9,4
1999	5 678,5	1 288,1	1 121,8	166,3	2 012,4	1 854,7	419,5	820,6	247,0	614,7	504,4	111,1	6,5
2000	6 083,9	1 379,4	1 188,9	190,5	2 051,4	1 873,6	441,4	858,8	274,3	573,5	450,5	107,9	6,9
2001	6 303,1	1 418,0	1 202,1	215,9	2 134,0	1 979,7	525,0	880,2	290,6	574,5	461,9	105,2	7,6
2002	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1
2003	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3
2002 Nov.	6 453,5	1 460,0	1 214,3	245,7	2 146,5	2 008,8	571,8	874,6	273,2	562,4	460,2	90,1	10,0
Dez.	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1
2003 Jan.	6 380,7	1 457,2	1 213,2	244,0	2 160,0	2 024,7	564,4	882,9	275,8	577,4	477,0	88,5	9,1
Febr.	6 424,9	1 466,4	1 224,6	241,9	2 173,4	2 036,7	571,1	886,4	272,1	579,2	479,9	88,5	8,0
März	6 434,8	1 471,5	1 218,2	253,2	2 175,3	2 040,7	578,3	883,1	266,2	579,3	481,6	88,0	7,7
April	6 430,3	1 455,5	1 200,9	254,6	2 176,2	2 044,3	585,8	880,6	264,8	577,9	482,7	86,5	8,2
Mai	6 467,7	1 508,5	1 253,9	254,6	2 188,9	2 053,8	591,4	885,3	270,9	577,1	483,4	87,4	8,8
Juni	6 472,9	1 509,2	1 252,8	256,4	2 194,2	2 059,3	608,2	874,5	260,2	576,7	484,4	86,7	9,0
Juli	6 425,7	1 457,9	1 207,6	250,3	2 182,5	2 051,4	595,2	879,5	259,0	576,8	486,5	85,7	9,3
Aug.	6 395,1	1 450,5	1 198,0	252,5	2 193,0	2 061,5	597,8	885,7	261,3	578,0	489,3	85,5	8,9
Sept.	6 403,1	1 451,2	1 188,3	262,9	2 187,8	2 057,4	607,3	871,8	248,1	578,3	490,2	84,2	9,6
Okt.	6 399,3	1 439,5	1 179,5	260,0	2 188,2	2 057,3	609,5	868,5	243,9	579,4	491,2	85,4	10,7
Nov.	6 456,1	1 463,6	1 214,6	249,0	2 211,2	2 082,4	632,7	869,4	244,7	580,3	491,9	83,1	9,9
Dez.	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3
2004 Jan.	6 424,2	1 461,1	1 212,6	248,5	2 209,5	2 082,6	630,5	861,5	233,5	590,6	502,1	80,9	9,5
Febr.	6 448,7	1 454,4	1 215,7	238,7	2 212,3	2 085,6	633,8	860,3	230,1	591,5	503,3	79,5	10,8
März	6 506,7	1 459,9	1 203,6	256,3	2 214,3	2 088,7	632,9	864,4	230,9	591,4	503,5	77,8	13,1
April	6 568,8	1 482,1	1 227,2	254,9	2 219,0	2 097,2	641,7	864,4	225,6	591,2	504,3	74,5	10,6
Mai	6 583,5	1 496,5	1 251,2	245,4	2 229,4	2 105,3	640,0	874,8	232,1	590,6	504,6	75,8	9,4
Juni	6 551,3	1 501,5	1 256,7	244,8	2 228,7	2 101,4	640,7	870,7	224,0	590,0	504,3	76,7	12,4
Juli	6 574,9	1 524,1	1 274,6	249,6	2 225,5	2 103,0	634,7	877,7	228,7	590,6	504,9	72,9	9,7
Aug.	6 567,5	1 510,2	1 259,4	250,8	2 231,7	2 105,7	636,1	878,2	228,9	591,3	505,6	74,0	9,8
Veränderungen 1)													
1996	761,8	213,7	198,2	15,5	256,0	225,2	88,3	29,5	- 41,4	107,3	116,2	27,2	3,0
1997	825,6	223,7	185,5	38,3	130,8	112,1	16,3	46,4	- 3,8	49,4	60,3	25,0	- 0,3
1998	1 001,0	277,0	182,8	94,2	205,9	176,8	97,8	46,3	34,8	32,7	42,0	26,2	2,0
1999	452,6	70,2	66,4	3,7	75,0	65,6	34,2	36,7	13,5	- 5,3	7,4	7,5	1,7
2000	401,5	87,5	66,0	21,5	38,7	19,8	22,5	37,8	27,0	- 40,5	- 53,6	- 4,2	0,3
2001	244,9	32,4	8,4	24,0	80,6	105,2	83,0	21,2	16,2	1,1	11,4	- 4,0	0,4
2002	165,7	70,2	37,2	33,1	53,0	57,0	50,3	5,9	- 11,0	0,8	11,0	- 2,6	0,6
2003	83,5	3,8	- 3,3	7,1	44,7	50,3	48,8	- 13,6	- 31,6	15,1	28,0	- 3,8	1,4
2002 Dez.	- 29,0	22,0	23,3	- 1,2	24,6	26,7	3,4	10,5	6,3	12,8	12,6	- 2,2	- 1,9
2003 Jan.	- 14,6	- 19,2	- 22,2	3,0	- 14,2	- 13,7	- 10,1	- 5,7	- 4,2	2,1	4,1	0,3	0,9
Febr.	41,3	9,1	11,4	- 2,3	14,3	11,9	6,7	3,4	- 3,7	1,8	3,0	1,0	- 1,1
März	14,1	5,9	- 5,9	11,9	2,2	4,1	7,4	- 3,3	- 5,9	0,1	1,7	- 0,3	- 0,3
April	4,5	- 14,0	- 16,5	2,5	1,6	3,9	7,7	- 2,4	- 1,4	- 1,4	1,1	- 1,2	0,5
Mai	57,3	54,5	52,0	2,5	13,9	10,2	6,1	4,9	6,3	- 0,8	0,7	1,5	0,7
Juni	- 5,9	- 1,2	- 1,7	0,6	4,6	5,1	16,4	- 10,9	- 10,8	- 0,4	1,0	- 0,9	- 0,0
Juli	- 49,6	- 52,1	- 45,6	- 6,4	- 11,8	- 7,9	- 13,0	5,1	- 1,1	0,1	2,1	- 1,1	0,5
Aug.	- 43,7	- 10,0	- 10,5	0,5	9,7	9,6	2,3	6,1	2,3	1,3	2,8	- 0,5	- 0,5
Sept.	26,2	4,5	- 8,4	12,9	- 4,0	- 3,5	10,0	- 13,7	- 13,1	0,2	0,9	- 0,8	0,8
Okt.	- 5,0	- 10,3	- 7,5	- 2,8	0,3	- 0,1	2,2	- 3,4	- 4,2	1,1	1,0	1,1	1,1
Nov.	67,6	26,1	35,8	- 9,7	23,6	25,4	23,5	1,0	0,9	0,9	0,7	- 2,0	- 0,7
Dez.	- 8,6	10,4	15,9	- 5,5	4,4	5,1	- 10,2	5,3	3,4	10,0	8,9	- 1,0	- 0,5
2004 Jan.	- 15,4	- 11,1	- 17,2	6,1	- 5,5	- 4,6	8,2	- 13,1	- 14,5	0,3	1,3	- 1,0	0,2
Febr.	26,4	- 6,3	3,3	- 9,6	3,0	3,1	4,2	- 2,0	- 4,2	0,9	1,2	- 1,4	1,3
März	47,2	4,0	- 12,6	16,6	1,6	2,8	- 1,1	4,0	0,7	- 0,1	0,1	- 1,8	2,3
April	57,9	21,3	23,2	- 1,9	4,7	8,7	8,6	0,3	- 5,1	- 0,2	0,9	- 3,5	- 2,6
Mai	19,5	15,3	24,2	- 8,9	10,7	8,3	- 1,5	10,4	6,6	- 0,6	0,3	1,4	- 1,2
Juni	- 33,2	4,7	5,5	- 0,7	- 0,7	- 4,0	0,3	- 3,7	- 7,7	- 0,6	- 0,3	0,8	3,0
Juli	21,8	22,3	17,8	4,6	- 3,3	1,5	- 5,8	6,6	4,3	0,7	0,5	- 3,9	- 2,8
Aug.	- 5,3	- 13,5	- 14,9	1,4	7,3	3,7	1,5	1,5	0,2	0,7	0,7	1,2	0,1

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind

in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. a. Anm. * in Tab. II,1). — 2 Für deutschen Beitrag: ab 1999 einschl. Bauspareinlagen (s. dazu Tab. IV.12). — 3 Für deutschen Beitrag: bis Ende 1998 einschl. Bauspareinlagen (s. a. Anm. 2). — 4 Bis Dezember 1998 Laufzeit bis unter 4 Jahre. —

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 5)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet 6)	Geldmarkt-fonds-anteile 7)	Begebene Schuld-verschreibungen 7)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 7)							
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren 4)	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten													
97,3	11,4	8,3	8,3	111,0	111,0	-	39,1	1 608,1	70,3	393,9	325,0	391,0	1995			
120,6	9,0	9,2	9,2	114,6	114,6	-	34,0	1 804,3	54,4	422,1	350,0	438,8	1996			
145,8	9,2	9,4	9,4	108,3	108,3	-	28,6	1 998,3	62,5	599,2	388,1	511,3	1997			
168,3	13,8	9,7	9,7	111,2	111,2	-	34,8	2 248,1	80,2	739,8	426,8	574,8	1998			
99,7	8,9	4,8	3,7	46,6	45,9	2,0	20,8	1 323,6	97,4	487,9	262,6	281,1	1999			
96,3	6,7	4,7	3,3	69,9	67,6	0,4	19,3	1 417,1	113,3	599,8	298,1	318,4	2000			
92,4	9,0	5,2	3,8	49,1	46,9	4,9	33,2	1 445,4	129,3	647,6	319,2	300,8	2001			
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	2002			
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	2003			
75,6	9,4	4,5	3,4	47,6	46,3	6,4	37,9	1 496,8	68,8	653,5	342,5	309,8	2002 Nov.			
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	Dez.			
74,8	10,4	4,7	3,6	46,9	45,2	7,6	38,5	1 461,1	138,9	602,9	350,5	305,9	2003 Jan.			
75,9	12,3	4,6	3,6	48,2	45,1	10,9	39,6	1 468,4	145,7	606,7	354,1	305,4	Febr.			
75,7	13,0	4,6	3,6	46,6	45,2	11,2	40,2	1 467,9	143,5	612,1	353,1	303,6	März			
73,8	12,3	4,5	3,5	45,5	44,9	11,3	39,6	1 468,6	142,6	620,2	351,6	307,2	April			
74,1	13,3	4,4	3,5	47,7	44,4	12,3	39,4	1 463,3	133,3	599,0	351,0	305,4	Mai			
73,4	12,2	4,4	3,5	48,1	44,6	10,8	38,7	1 470,0	128,7	594,8	348,2	307,0	Juni			
72,1	12,1	4,3	3,4	45,3	43,8	10,9	38,4	1 482,8	133,0	603,6	348,1	301,6	Juli			
72,4	12,8	4,2	3,4	45,9	43,8	12,4	38,1	1 480,0	122,1	579,2	344,0	298,0	Aug.			
70,5	12,0	4,1	3,3	46,2	43,4	15,6	38,0	1 485,5	124,4	579,7	341,0	304,3	Sept.			
70,6	12,7	4,0	3,3	45,5	43,0	21,1	37,6	1 494,1	126,2	574,2	344,6	299,9	Okt.			
69,3	11,4	4,0	3,2	45,7	43,6	20,0	37,1	1 502,7	131,5	574,6	343,0	304,0	Nov.			
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	Dez.			
67,5	11,9	3,8	3,1	45,9	45,2	16,6	36,4	1 493,9	128,6	585,4	336,8	284,5	2004 Jan.			
64,9	10,9	3,8	3,1	47,3	45,8	17,5	36,2	1 503,7	127,3	604,4	332,2	288,0	Febr.			
60,9	10,1	3,7	3,1	47,8	46,2	18,2	35,8	1 532,3	134,7	623,1	330,1	292,8	März			
60,2	10,2	3,7	3,1	47,2	46,2	17,3	35,7	1 549,0	135,3	632,3	333,7	299,7	April			
62,7	12,3	3,7	3,0	48,3	45,8	17,0	36,1	1 559,8	132,3	612,5	336,4	295,8	Mai			
60,6	10,2	3,6	3,0	50,7	47,1	16,1	36,0	1 554,2	123,6	582,1	337,5	295,2	Juni			
59,6	9,7	3,6	3,0	49,7	47,2	16,8	39,9	1 558,7	120,0	576,6	339,4	293,9	Juli			
60,7	10,2	3,6	3,0	52,1	47,6	14,2	41,1	1 562,9	120,7	577,2	336,9	293,3	Aug.			
Veränderungen 1)																
23,3	- 2,4	0,9	0,9	3,6	3,6	-	- 5,1	196,3	- 15,9	28,1	25,0	47,8	1996			
25,1	0,2	0,2	0,2	6,2	6,2	-	- 4,5	194,8	8,1	172,3	37,1	71,2	1997			
24,0	4,6	0,3	0,3	2,9	2,9	-	6,2	263,3	28,1	151,4	28,8	68,3	1998			
5,9	1,5	- 0,2	- 1,3	1,9	1,2	0,6	3,5	168,0	65,1	89,7	38,0	7,7	1999			
- 4,5	- 0,5	- 0,1	- 0,3	23,1	21,6	- 1,6	- 1,5	90,6	15,9	97,8	35,3	54,6	2000			
- 4,6	1,6	- 0,2	- 0,4	- 20,5	- 20,4	4,6	13,3	59,5	18,6	34,8	20,9	- 1,1	2001			
- 2,6	1,1	- 0,5	- 0,3	- 1,4	- 1,3	- 1,6	4,1	18,8	14,8	- 2,1	25,6	- 2,7	2002			
- 4,4	2,0	- 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,4	10,7	0,0	49,8	- 2,2	4,6	- 3,9	- 26,3	2003			
- 0,6	0,6	0,2	0,2	0,1	- 0,7	- 3,1	- 1,2	- 24,8	- 6,6	- 42,1	1,3	- 6,0	2002 Dez.			
- 0,6	- 0,5	- 0,0	0,0	- 0,8	- 0,4	5,3	1,8	4,8	2,9	11,3	3,2	- 7,7	2003 Jan.			
2,1	3,0	- 0,0	0,0	1,4	- 0,1	2,3	1,1	8,1	6,8	4,4	3,7	- 1,7	Febr.			
- 0,0	0,7	- 0,1	- 0,0	- 1,6	0,1	0,4	0,5	0,8	- 2,4	8,2	- 0,7	- 3,2	März			
- 1,6	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 1,1	- 0,3	0,0	- 0,5	3,5	- 0,8	13,7	- 0,9	1,2	April			
0,9	1,2	- 0,1	- 0,0	2,2	- 0,5	1,0	- 0,2	3,4	- 6,9	- 8,2	0,7	- 7,8	Mai			
- 0,8	- 1,0	- 0,1	- 0,0	0,4	0,2	- 1,5	- 0,7	3,1	- 4,5	- 11,4	- 3,6	4,7	Juni			
- 1,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 2,8	- 0,8	0,2	- 0,4	12,1	- 4,3	7,0	- 0,2	- 4,6	Juli			
0,0	0,6	- 0,1	- 0,0	0,6	0,0	1,5	- 0,2	- 7,1	- 10,9	- 32,4	- 4,9	- 0,2	Aug.			
- 1,5	- 0,7	- 0,1	- 0,1	0,3	- 0,4	3,2	- 0,1	11,6	2,4	12,3	- 1,9	0,7	Sept.			
0,1	0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,7	- 0,4	5,6	- 0,5	7,8	1,8	- 10,3	3,4	- 1,1	Okt.			
- 1,1	- 1,2	- 0,1	- 0,1	0,1	0,6	- 1,2	- 0,5	12,3	5,3	6,8	- 1,0	1,3	Nov.			
- 0,3	0,1	- 0,1	- 0,1	0,3	0,6	- 5,9	- 0,4	- 10,6	- 0,1	3,2	- 1,8	- 7,9	Dez.			
- 1,2	0,5	- 0,1	- 0,0	0,0	0,9	2,5	- 0,3	4,2	- 2,7	12,7	- 3,9	- 13,9	2004 Jan.			
- 2,6	- 1,0	- 0,0	- 0,0	1,3	0,6	0,9	- 0,2	10,0	- 1,3	19,6	- 4,6	4,1	Febr.			
- 4,1	- 0,8	- 0,0	- 0,0	0,5	0,4	0,8	- 0,5	23,2	7,5	14,0	- 2,5	6,7	März			
- 0,8	0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 1,0	- 0,0	15,5	0,3	6,4	3,4	7,7	April			
2,6	2,1	- 0,0	- 0,0	1,0	- 0,4	- 0,3	0,3	12,2	- 2,8	- 16,7	2,6	- 4,6	Mai			
- 2,1	- 2,1	- 0,0	- 0,0	2,4	1,3	- 0,8	- 0,1	- 5,9	- 8,6	- 31,0	1,1	- 0,5	Juni			
- 1,1	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 1,0	0,0	0,6	3,9	3,6	- 3,6	- 7,0	- 1,8	- 0,1	Juli			
1,1	0,5	- 0,0	- 0,0	2,4	0,4	- 2,5	1,2	5,4	0,7	2,1	- 3,3	- 2,0	Aug.			

5 Ohne Einlagen von Zentralregierungen. — 6 Erst ab 1999 gesondert erfragt; bis Dezember 1998 in den Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren enthalten. — 7 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen

mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht.

IV. Banken
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2004 März	2 219	6 542,8	43,9	2 459,8	1 762,0	687,8	3 633,3	481,1	2 559,0	3,7	580,5	147,0	258,9
April	2 216	6 604,4	52,3	2 498,9	1 791,0	697,0	3 648,7	476,7	2 563,8	3,7	594,5	145,9	258,4
Mai	2 213	6 618,6	55,2	2 529,2	1 806,8	712,7	3 626,7	452,4	2 566,7	3,7	594,1	146,5	260,9
Juni	2 200	6 587,5	50,5	2 507,2	1 792,0	705,3	3 622,4	449,1	2 566,6	3,5	590,4	145,6	261,8
Juli	2 184	6 608,2	53,1	2 516,2	1 799,5	708,0	3 633,5	453,0	2 568,9	3,6	590,5	142,7	262,7
Aug.	2 178	6 599,5	54,8	2 507,3	1 790,0	708,0	3 636,8	450,0	2 570,3	3,5	593,9	141,4	259,2
Kreditbanken ⁵⁾													
2004 Juli	252	1 847,8	17,7	684,3	550,0	132,1	970,7	246,4	544,5	1,9	167,9	76,6	98,5
Aug.	252	1 846,0	20,2	677,7	544,3	130,9	978,1	248,0	544,8	1,9	171,8	75,6	94,4
Großbanken ⁶⁾													
2004 Juli	4	1 059,1	9,6	389,2	335,8	52,1	525,0	155,8	264,8	1,2	94,9	67,1	68,3
Aug.	4	1 061,4	11,1	387,5	333,1	53,4	532,9	159,6	263,8	1,2	98,3	66,0	63,8
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2004 Juli	164	702,7	7,0	251,0	173,1	77,2	408,1	73,0	263,1	0,6	69,9	9,5	27,1
Aug.	164	696,5	8,6	242,3	167,9	73,3	408,6	71,6	264,3	0,6	70,6	9,5	27,4
Zweigstellen ausländischer Banken													
2004 Juli	84	86,0	1,1	44,2	41,0	2,8	37,6	17,6	16,6	0,0	3,0	0,1	3,1
Aug.	84	88,1	0,5	47,8	43,2	4,2	36,6	16,8	16,7	0,0	2,9	0,1	3,1
Landesbanken													
2004 Juli	13	1 403,9	4,1	724,3	575,2	147,2	593,2	67,0	411,3	0,3	112,1	30,7	51,7
Aug.	13	1 398,9	3,6	723,2	571,4	149,7	589,3	63,0	412,0	0,3	111,6	30,4	52,5
Sparkassen													
2004 Juli	483	984,4	17,4	228,9	72,7	155,7	701,9	70,5	538,7	0,9	91,6	14,7	21,4
Aug.	481	982,8	17,8	227,6	72,8	154,4	701,3	69,3	539,8	0,9	91,2	14,7	21,4
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2004 Juli	2	196,0	1,1	134,0	91,8	41,7	41,9	9,8	20,5	0,1	11,4	11,4	7,6
Aug.	2	198,1	0,2	137,0	94,7	41,9	42,5	10,3	20,3	0,1	11,8	11,4	6,9
Kreditgenossenschaften													
2004 Juli	1 368	566,7	11,4	145,8	58,7	85,4	386,6	43,0	301,3	0,5	41,7	6,0	16,8
Aug.	1 364	567,1	11,8	145,5	59,6	84,2	386,9	42,6	302,3	0,5	41,3	6,0	16,8
Realkreditinstitute													
2004 Juli	25	871,6	1,1	230,4	140,9	88,0	621,8	9,8	487,9	-	121,1	0,8	17,5
Aug.	25	868,9	0,9	227,8	137,2	89,0	621,1	11,0	486,3	-	121,0	0,8	18,3
Bausparkassen													
2004 Juli	27	177,0	0,0	43,2	31,2	11,9	121,3	1,5	106,7	.	12,4	0,4	12,1
Aug.	27	177,3	0,0	42,7	30,7	11,8	122,0	1,5	106,9	.	12,5	0,4	12,1
Banken mit Sonderaufgaben													
2004 Juli	14	560,8	0,3	325,2	279,0	46,0	196,1	5,0	157,9	-	32,5	2,1	37,2
Aug.	14	560,4	0,3	325,7	279,4	46,1	195,5	4,4	158,0	-	32,5	2,1	36,8
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2004 Juli	126	399,6	2,7	175,0	124,0	50,5	208,6	37,4	124,9	0,2	45,8	0,8	12,5
Aug.	126	399,8	3,1	174,2	122,0	51,6	209,0	36,9	125,7	0,2	46,0	0,8	12,8
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2004 Juli	42	313,6	1,6	130,8	83,0	47,7	171,0	19,7	108,3	0,2	42,8	0,7	9,4
Aug.	42	311,7	2,6	126,3	78,7	47,4	172,5	20,1	109,1	0,2	43,1	0,7	9,6

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen s. Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuld-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 4)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 1)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 2)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 1)									
Alle Bankengruppen														
1 844,5	276,3	1 568,0	2 472,0	697,2	320,2	746,6	83,6	601,3	511,3	106,8	1 576,3	283,6	366,4	2004 März
1 873,9	270,9	1 602,9	2 477,8	701,0	319,4	750,3	84,4	601,0	512,2	106,0	1 593,8	286,2	372,7	April
1 868,9	248,3	1 620,4	2 487,6	705,5	322,3	753,7	76,9	600,4	512,4	105,7	1 606,1	287,2	368,7	Mai
1 861,1	258,6	1 602,4	2 468,5	704,0	302,5	756,9	68,0	599,7	512,1	105,4	1 601,3	287,6	369,0	Juni
1 873,9	249,5	1 624,2	2 470,3	691,7	314,6	758,3	72,1	600,3	512,6	105,3	1 607,5	287,9	368,7	Juli
1 854,6	229,2	1 625,3	2 480,0	696,3	319,3	758,0	76,3	601,0	513,4	105,5	1 610,2	286,7	368,0	Aug.
Kreditbanken 5)														
721,7	142,3	579,3	702,6	318,8	151,1	122,1	62,9	101,6	91,7	9,1	208,7	91,9	122,8	2004 Juli
711,3	131,0	580,1	711,8	320,8	155,7	123,1	66,4	102,9	93,4	9,3	210,7	89,7	122,6	Aug.
Großbanken 6)														
440,3	99,5	340,8	348,3	143,6	104,9	69,3	57,1	30,0	28,2	0,5	144,7	53,0	72,8	2004 Juli
436,9	89,6	347,2	355,7	143,9	109,3	70,3	60,8	31,6	29,8	0,5	146,5	50,6	71,8	Aug.
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
216,8	31,8	184,9	339,2	164,6	43,6	50,9	5,8	71,6	63,6	8,5	64,0	36,4	46,2	2004 Juli
207,9	31,5	176,3	340,7	166,4	43,4	50,9	5,6	71,3	63,6	8,7	64,2	36,7	47,0	Aug.
Zweigstellen ausländischer Banken														
64,6	11,1	53,5	15,2	10,6	2,7	1,9	-	0,0	0,0	0,0	-	2,4	3,8	2004 Juli
66,6	9,9	56,6	15,3	10,4	3,0	1,9	-	0,0	0,0	0,0	-	2,4	3,8	Aug.
Landesbanken														
469,6	60,2	409,5	323,9	43,6	39,4	224,8	6,7	15,3	14,4	0,8	487,6	60,6	62,3	2004 Juli
464,8	55,6	409,2	324,7	45,1	38,9	224,5	7,0	15,3	14,4	0,8	489,4	60,6	59,5	Aug.
Sparkassen														
215,8	6,0	209,8	630,1	195,4	51,2	11,1	-	302,4	250,8	70,1	44,3	47,5	46,8	2004 Juli
213,8	5,7	208,1	630,4	196,2	51,1	11,1	-	302,0	250,4	70,0	44,2	47,5	46,9	Aug.
Genossenschaftliche Zentralbanken														
117,9	29,3	88,6	29,2	6,0	6,7	16,2	2,3	-	-	0,3	29,9	10,1	9,0	2004 Juli
118,7	28,1	90,5	29,2	5,9	7,0	16,0	2,9	-	-	0,3	29,7	10,1	10,4	Aug.
Kreditgenossenschaften														
76,0	1,8	74,1	404,1	122,6	51,7	24,3	-	180,8	155,3	24,7	32,4	31,1	23,1	2004 Juli
75,8	1,3	74,5	404,5	122,9	52,3	24,2	-	180,4	154,8	24,7	32,5	31,2	23,1	Aug.
Realkreditinstitute														
135,5	6,5	129,0	149,2	1,3	5,4	142,3	0,2	-	-	0,2	540,9	21,2	24,8	2004 Juli
135,5	4,3	131,2	148,5	1,1	5,4	141,8	-	-	-	0,2	537,5	22,1	25,3	Aug.
Bausparkassen														
29,2	1,9	27,4	112,9	0,4	0,8	111,2	-	0,4	0,4	0,2	7,0	7,4	20,5	2004 Juli
29,3	1,3	28,0	113,2	0,3	0,8	111,4	-	0,4	0,4	0,2	7,0	7,4	20,4	Aug.
Banken mit Sonderaufgaben														
108,2	1,6	106,5	118,3	3,6	8,1	106,5	-	-	-	-	256,5	18,2	59,6	2004 Juli
105,4	1,8	103,6	117,8	3,9	8,0	105,8	-	-	-	-	259,2	18,2	59,8	Aug.
Nachrichtlich: Auslandsbanken 7)														
139,2	23,7	115,5	126,3	79,8	12,0	24,5	0,2	6,9	6,7	3,1	99,0	13,0	22,0	2004 Juli
136,9	22,5	114,3	129,4	80,7	14,1	24,7	0,2	6,9	6,7	3,1	98,2	13,0	22,2	Aug.
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 8)														
74,6	12,6	62,0	111,1	69,3	9,3	22,6	0,2	6,9	6,7	3,1	99,0	10,6	18,2	2004 Juli
70,4	12,6	57,7	114,1	70,2	11,1	22,8	0,2	6,9	6,7	3,1	98,2	10,6	18,4	Aug.

verschreibungen. — 5 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG. — 7 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheits-

besitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 8 Ausgliederung der in den Bankengruppen „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Euro-Währungen 1)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) 2) 3)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 8)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel 4)	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken 5)	Wertpapiere von Banken 6)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 7)	insgesamt	Buchkredite	Wechsel 4)	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 9)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1994	25,0	61,5	1 695,6	1 150,6	17,4	4,6	513,6	9,5	4 137,2	3 502,8	45,9	2,2	433,7
1995	26,0	61,0	1 859,9	1 264,9	17,5	4,3	561,9	11,4	4 436,9	3 802,0	46,8	1,4	427,3
1996	28,9	59,7	2 134,0	1 443,3	17,9	3,4	657,2	12,2	4 773,1	4 097,9	44,8	5,9	437,2
1997	29,3	60,2	2 397,9	1 606,3	18,1	3,6	758,9	11,1	5 058,4	4 353,9	44,7	2,9	473,3
1998	28,5	63,6	2 738,2	1 814,7	14,6	12,2	887,7	9,1	5 379,8	4 639,7	32,8	5,0	527,8
1999	16,8	45,6	1 556,9	1 033,4	0,0	19,2	504,2	3,9	2 904,5	2 569,6	7,0	3,0	287,5
2000	15,6	50,8	1 639,6	1 056,1	0,0	26,8	556,6	3,6	3 003,7	2 657,3	6,5	2,3	304,7
2001	14,2	56,3	1 676,0	1 078,9	0,0	5,6	591,5	2,8	3 014,1	2 699,4	4,8	4,4	301,5
2002	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2003 März	12,6	47,5	1 655,8	1 081,1	0,0	10,0	564,7	2,5	3 005,5	2 677,5	3,8	4,8	316,4
April	13,5	37,7	1 648,8	1 074,6	0,0	9,9	564,3	2,5	3 007,6	2 676,4	3,8	5,0	319,4
Mai	13,7	38,3	1 674,3	1 099,7	0,0	9,2	565,3	2,5	3 003,6	2 667,8	3,9	4,5	324,5
Juni	12,9	40,9	1 665,5	1 090,9	0,0	9,9	564,7	2,5	2 992,4	2 670,2	3,9	3,9	311,4
Juli	12,9	40,5	1 645,6	1 063,8	0,0	10,9	571,0	2,4	2 996,0	2 671,8	4,0	3,4	314,7
Aug.	13,2	42,5	1 636,2	1 056,4	0,0	9,3	570,5	2,4	2 986,9	2 667,9	4,0	3,4	309,6
Sept.	12,9	42,1	1 627,9	1 047,0	0,0	9,7	571,2	2,4	2 995,7	2 676,3	3,9	2,1	311,4
Okt.	13,3	44,3	1 630,0	1 046,2	0,0	9,7	574,1	2,4	2 992,9	2 675,4	3,9	3,1	308,4
Nov.	12,8	38,2	1 663,1	1 073,8	0,0	10,5	578,8	2,3	3 012,2	2 685,5	3,7	3,4	317,5
Dez.	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004 Jan.	12,9	39,5	1 632,9	1 055,9	0,0	8,4	568,5	2,3	2 992,0	2 667,0	3,5	2,6	316,8
Febr.	12,9	37,6	1 645,1	1 058,5	0,0	8,5	578,0	2,3	2 994,8	2 658,8	3,4	2,5	328,1
März	12,4	31,1	1 656,6	1 062,0	0,0	8,1	586,4	2,4	3 015,7	2 670,4	3,2	2,1	338,0
April	12,6	39,4	1 673,5	1 070,7	0,0	8,6	594,1	2,4	3 022,9	2 664,3	3,2	3,0	350,5
Mai	13,5	41,4	1 693,0	1 081,2	0,0	7,7	604,1	2,4	3 013,6	2 657,8	3,2	2,9	347,8
Juni	12,8	37,3	1 671,7	1 070,0	0,0	7,7	594,0	2,3	3 003,5	2 652,5	3,0	3,6	342,6
Juli	12,8	39,9	1 687,1	1 082,3	0,0	6,9	597,9	2,3	3 007,5	2 656,4	3,0	6,8	340,2
Aug.	12,8	41,6	1 679,0	1 075,6	0,0	7,4	596,0	2,3	3 001,8	2 648,6	3,0	5,9	343,3
Veränderungen *)													
1995	+ 1,0	- 0,5	+ 193,5	+ 139,4	+ 0,1	- 0,5	+ 54,3	+ 0,2	+ 312,8	+ 303,6	+ 1,0	- 0,8	+ 2,9
1996	+ 2,9	- 1,3	+ 257,8	+ 161,8	+ 0,4	- 1,1	+ 95,8	+ 0,8	+ 336,3	+ 311,7	- 2,0	+ 4,7	+ 10,6
1997	+ 0,4	+ 0,5	+ 262,5	+ 160,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 102,6	- 1,1	+ 285,2	+ 255,5	- 0,1	- 3,0	+ 36,5
1998	- 0,8	+ 3,4	+ 343,3	+ 210,3	- 3,6	+ 8,6	+ 130,0	- 2,0	+ 335,3	+ 302,1	- 11,9	+ 2,1	+ 52,1
1999	+ 2,2	+ 13,2	+ 122,1	+ 66,3	+ 0,0	+ 12,9	+ 42,8	- 0,7	+ 156,1	+ 136,9	+ 2,6	+ 0,4	+ 16,7
2000	- 1,1	+ 5,1	+ 83,6	+ 21,7	- 0,0	+ 7,6	+ 54,3	- 0,3	+ 100,7	+ 83,7	- 0,5	- 0,8	+ 19,0
2001	- 1,4	+ 5,5	+ 34,6	+ 20,1	- 0,0	- 21,3	+ 35,8	- 0,9	+ 11,9	+ 40,8	- 1,6	+ 1,6	+ 0,3
2002	+ 3,3	- 10,7	+ 15,0	+ 33,1	+ 0,0	+ 2,3	- 20,3	- 0,2	- 19,2	- 18,0	- 0,8	- 1,1	+ 1,7
2003	- 0,5	+ 1,1	- 47,2	- 48,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 8,0	- 0,4	+ 0,3	+ 9,3
2003 März	- 0,4	+ 8,5	- 11,8	- 14,4	- 0,0	+ 0,2	+ 2,4	- 0,0	+ 3,7	- 5,0	- 0,0	+ 1,3	+ 7,4
April	+ 0,9	- 9,8	- 7,0	- 6,5	-	- 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 2,1	- 1,1	- 0,0	+ 0,2	+ 3,1
Mai	+ 0,2	+ 0,6	+ 25,5	+ 25,1	- 0,0	- 0,7	+ 1,1	- 0,1	- 3,8	- 8,7	+ 0,1	- 0,6	+ 5,3
Juni	- 0,7	+ 2,6	- 8,8	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	- 11,1	+ 2,5	+ 0,0	- 0,5	- 13,1
Juli	- 0,0	- 0,4	- 20,1	- 27,2	- 0,0	+ 0,8	+ 6,3	- 0,0	+ 3,8	+ 1,6	+ 0,1	- 0,3	+ 3,4
Aug.	+ 0,2	+ 2,0	- 9,4	- 7,4	- 0,0	- 1,5	- 0,5	- 0,0	- 9,1	- 3,9	- 0,0	- 0,0	- 5,1
Sept.	- 0,2	- 0,3	- 7,8	- 9,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,2	- 0,0	+ 9,6	+ 8,4	- 0,1	- 1,3	+ 2,6
Okt.	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,1	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	+ 2,9	+ 0,0	- 2,8	- 0,9	- 0,0	+ 1,1	- 3,0
Nov.	- 0,5	- 6,1	+ 33,1	+ 27,6	-	+ 1,0	+ 4,5	- 0,1	+ 19,3	+ 10,1	- 0,2	+ 0,3	+ 9,1
Dez.	+ 4,2	+ 8,5	- 19,3	- 9,8	-	- 1,7	- 7,8	- 0,0	- 16,1	- 8,6	- 0,0	- 0,0	- 7,4
2004 Jan.	- 4,1	- 7,1	- 11,0	- 8,1	-	- 0,4	- 2,6	- 0,0	- 3,7	- 10,0	- 0,1	- 0,7	+ 7,2
Febr.	+ 0,1	- 1,9	+ 12,0	+ 2,4	-	+ 0,1	+ 9,5	- 0,0	+ 2,8	- 8,1	- 0,2	- 0,2	+ 11,3
März	- 0,5	- 6,5	+ 11,5	+ 3,5	- 0,0	- 0,4	+ 8,4	+ 0,1	+ 20,9	+ 11,6	- 0,2	- 0,4	+ 9,9
April	+ 0,1	+ 8,3	+ 16,9	+ 8,7	+ 0,0	+ 0,5	+ 7,7	+ 0,0	+ 7,3	- 6,1	+ 0,0	+ 0,8	+ 12,6
Mai	+ 0,9	+ 2,0	+ 19,6	+ 10,5	- 0,0	- 0,9	+ 9,9	- 0,1	- 9,4	- 6,5	- 0,0	- 0,1	- 2,7
Juni	- 0,7	- 4,1	- 21,3	- 11,2	-	- 0,1	- 10,1	- 0,0	- 10,1	- 5,4	- 0,2	+ 0,7	- 5,2
Juli	+ 0,1	+ 2,5	+ 15,4	+ 12,2	+ 0,0	- 0,8	+ 3,9	- 0,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 0,0	+ 3,2	- 2,3
Aug.	- 0,0	+ 1,7	- 8,1	- 6,6	- 0,0	+ 0,4	- 1,9	- 0,0	- 5,7	- 7,8	- 0,0	- 0,9	+ 3,1

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998: inländische Noten und Münzen. — 2 Bis Dezember 1998 ohne Kredite an inländische Bausparkassen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 7. — 4 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlich-

keiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 5 Bis November 1993 in den Wertpapieren enthalten; s. a. Anm. 6. — 6 Bis November 1993 einschl. börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Namensschuldverschreibungen. — 7 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 3. — 8 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 10)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3) 11) 12)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 17)					Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 13) 14)	Termin- ein- lagen 14) 15)	weiter- gegebene Wechsel 16)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)	insgesamt	Sicht- ein- lagen 13)	Termin- ein- lagen 15) 18)	Spar- ein- lagen 19)	Spar- briefe 20)		Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)
68,1	84,4	70,7	1 427,9	342,8	976,9	75,2	33,1	2 875,7	540,2	1 109,3	940,5	206,9	78,8	1994
71,3	88,1	83,2	1 539,4	363,9	1 065,1	75,5	35,0	3 021,1	579,9	1 086,1	1 046,1	227,4	81,6	1995
81,3	106,0	89,7	1 731,0	401,1	1 202,4	75,4	52,2	3 241,5	675,1	1 109,8	1 143,0	227,8	85,8	1996
76,0	107,6	95,1	1 902,3	427,6	1 349,1	75,6	50,0	3 341,9	689,8	1 146,9	1 182,1	236,9	86,1	1997
71,6	102,8	129,2	2 086,9	472,5	1 505,2	59,4	49,7	3 520,3	799,5	1 194,1	1 211,0	234,9	80,9	1998
37,5	58,0	75,6	1 122,0	114,4	1 007,3	0,3	29,8	1 905,3	420,4	759,6	614,7	110,7	42,1	1999
33,1	58,5	82,7	1 189,2	113,4	1 075,3	0,4	30,1	1 945,8	443,4	819,9	573,5	109,0	42,1	2000
4,0	57,0	95,9	1 204,9	123,1	1 081,6	0,3	27,2	2 034,0	526,4	827,0	574,5	106,0	43,3	2001
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
3,0	54,8	116,1	1 218,0	144,0	1 073,9	0,2	25,5	2 089,6	578,9	828,4	579,3	103,0	42,1	2003 März
3,0	54,6	116,7	1 203,4	137,4	1 065,9	0,1	25,5	2 094,8	586,3	828,2	577,9	102,4	41,8	April
3,0	54,5	119,6	1 254,2	146,4	1 107,7	0,1	25,5	2 101,9	591,7	831,2	577,1	101,9	41,7	Mai
3,0	54,4	118,1	1 252,5	150,5	1 101,8	0,1	25,4	2 109,6	608,9	822,7	576,7	101,3	41,8	Juni
2,0	54,2	119,1	1 207,7	123,6	1 084,0	0,1	25,3	2 102,3	595,6	829,0	576,8	100,9	41,7	Juli
2,0	54,6	118,8	1 198,2	120,9	1 077,2	0,1	25,7	2 111,4	598,5	834,5	578,0	100,4	41,7	Aug.
2,0	54,4	115,1	1 188,2	116,0	1 072,0	0,1	25,5	2 112,3	608,8	825,4	578,3	99,9	41,5	Sept.
2,0	53,9	115,0	1 179,6	122,1	1 057,4	0,1	25,3	2 114,7	610,9	824,5	579,4	100,0	40,7	Okt.
2,0	54,1	113,3	1 214,5	135,3	1 079,1	0,1	25,5	2 138,6	634,1	824,0	580,3	100,1	40,7	Nov.
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	Dez.
2,0	57,2	108,9	1 213,2	142,0	1 071,1	0,1	28,3	2 137,5	632,2	814,3	590,6	100,3	40,3	2004 Jan.
2,0	56,6	108,8	1 215,7	134,0	1 081,6	0,1	28,2	2 141,8	635,4	814,8	591,5	100,1	40,5	Febr.
2,0	54,9	107,2	1 204,3	140,0	1 064,2	0,1	27,8	2 145,8	635,3	819,2	591,4	99,8	39,3	März
2,0	54,4	106,6	1 227,8	143,2	1 084,5	0,1	27,7	2 154,0	644,0	819,6	591,2	99,2	39,0	April
2,0	54,3	107,1	1 252,0	134,2	1 117,7	0,1	27,6	2 162,4	642,7	830,2	590,6	98,9	39,0	Mai
2,0	54,9	106,7	1 257,3	129,2	1 128,0	0,1	28,4	2 158,3	643,5	826,2	590,0	98,7	38,8	Juni
1,0	55,9	103,5	1 275,2	125,7	1 149,4	0,1	29,5	2 160,4	637,6	833,6	590,6	98,6	38,7	Juli
1,0	55,8	102,2	1 260,2	122,4	1 137,7	0,1	29,4	2 161,3	639,1	832,2	591,3	98,7	38,6	Aug.
Veränderungen *)														
- 1,2	+ 7,3	+ 12,5	+ 134,2	+ 20,4	+ 111,5	+ 0,4	+ 2,0	+ 158,3	+ 48,9	- 14,2	+ 105,6	+ 11,7	+ 6,3	1995
+ 8,0	+ 3,3	+ 6,5	+ 175,9	+ 36,6	+ 137,7	- 0,2	+ 1,7	+ 218,4	+ 94,3	+ 23,2	+ 96,9	+ 0,7	+ 3,3	1996
- 5,3	+ 1,6	+ 5,4	+ 175,9	+ 31,6	+ 146,7	+ 0,2	- 2,6	+ 100,5	+ 13,0	+ 37,1	+ 39,1	+ 9,2	+ 2,1	1997
- 4,4	- 4,8	+ 34,1	+ 179,0	+ 39,7	+ 156,4	- 16,2	- 0,9	+ 179,3	+ 110,6	+ 47,2	+ 28,9	- 2,1	- 5,3	1998
- 0,6	+ 0,1	+ 9,3	+ 69,0	- 1,8	+ 81,8	- 11,1	- 0,4	+ 67,3	+ 32,7	+ 48,4	- 4,5	- 9,3	+ 0,7	1999
- 0,8	+ 0,5	+ 7,1	+ 64,7	- 2,3	+ 66,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 41,3	+ 22,3	+ 61,1	- 40,5	- 1,7	- 0,0	2000
- 29,1	- 1,5	+ 13,3	+ 9,6	+ 7,4	+ 2,3	- 0,2	- 2,9	+ 88,5	+ 82,3	+ 8,1	+ 1,1	- 2,9	+ 1,0	2001
- 1,0	- 2,1	+ 24,2	+ 37,9	+ 1,7	+ 36,3	- 0,1	- 1,5	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	2002
- 1,0	+ 2,1	- 9,8	- 5,6	- 9,5	+ 3,9	+ 0,0	+ 2,4	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	2003
+ 0,0	- 0,0	- 1,9	- 6,7	+ 9,5	- 16,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 5,1	+ 7,3	- 1,6	+ 0,1	- 0,7	- 0,1	2003 März
- 0,0	- 0,2	+ 0,6	- 14,6	- 6,6	- 8,0	- 0,0	+ 0,0	+ 5,1	+ 7,4	- 0,2	- 1,4	- 0,6	- 0,2	April
-	- 0,1	+ 3,0	+ 50,8	+ 8,9	+ 41,9	- 0,0	- 0,0	+ 7,1	+ 5,4	+ 3,0	- 0,8	- 0,5	- 0,1	Mai
- 0,0	- 0,1	- 1,5	- 1,7	+ 4,2	- 5,9	- 0,0	- 0,1	+ 7,7	+ 17,2	- 8,5	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	Juni
- 1,0	- 0,2	+ 1,0	- 44,9	- 27,0	- 18,0	- 0,0	- 0,1	- 7,1	- 13,3	+ 6,5	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	Juli
- 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 9,5	- 2,7	- 6,8	- 0,0	+ 0,4	+ 9,1	+ 2,9	+ 5,5	+ 1,3	- 0,5	- 0,1	Aug.
+ 0,0	- 0,2	- 3,6	- 8,7	- 3,5	- 5,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,8	+ 10,3	- 9,1	+ 0,2	- 0,5	- 0,2	Sept.
- 0,0	- 0,4	- 0,2	- 8,6	+ 6,1	- 14,7	+ 0,0	- 0,2	+ 2,5	+ 2,1	- 0,9	+ 1,1	+ 0,1	- 0,3	Okt.
-	+ 0,2	- 1,7	+ 34,9	+ 13,2	+ 21,7	+ 0,0	+ 0,2	+ 23,8	+ 23,2	- 0,4	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,0	Nov.
+ 0,0	+ 2,7	- 4,1	+ 15,1	- 18,6	+ 33,6	+ 0,1	+ 2,3	+ 1,7	- 10,1	+ 1,7	+ 10,0	+ 0,1	- 0,2	Dez.
- 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 16,3	+ 25,3	- 41,5	- 0,1	+ 0,4	- 2,8	+ 8,2	- 11,4	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	2004 Jan.
-	- 0,5	- 0,1	+ 2,4	+ 8,0	+ 10,5	- 0,0	- 0,1	+ 4,3	+ 4,1	- 0,4	+ 0,9	- 0,2	+ 0,2	Febr.
+ 0,0	- 1,8	- 1,6	- 11,4	+ 6,0	- 17,4	+ 0,0	- 0,3	+ 4,0	- 0,0	+ 4,5	- 0,1	- 0,3	- 1,2	März
- 0,0	- 0,5	- 0,6	+ 23,2	+ 3,2	+ 20,0	+ 0,0	- 0,2	+ 8,5	+ 8,7	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	April
-	- 0,1	+ 0,4	+ 24,2	- 9,0	+ 33,2	+ 0,0	- 0,1	+ 8,4	- 1,4	+ 10,6	- 0,6	- 0,2	- 0,0	Mai
-	+ 0,6	- 0,4	+ 5,3	- 5,0	+ 10,3	+ 0,0	+ 0,8	- 4,1	+ 0,4	- 3,6	- 0,6	- 0,3	- 0,2	Juni
- 0,9	+ 1,1	- 3,1	+ 17,9	- 3,4	+ 21,4	- 0,0	+ 1,1	+ 2,1	- 5,5	+ 7,0	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	Juli
+ 0,0	- 0,2	- 1,4	- 15,0	- 3,3	- 11,7	- 0,0	- 0,1	+ 1,9	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	Aug.

Umtausch von Ausgleichsforderungen. — 11 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 12 Bis Dezember 1998 ohne Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 13 Bis Dezember 1998 einschl. Termingelder bis unter 1 Monat. — 14 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. — 15 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 16 Eigene Akzepte und Sola-

wechsel im Umlauf und bis Dezember 1998 zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln. — 17 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 18 Seit Einbeziehung der Bausparkassen Januar 1999 einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 19 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Ann. 18. — 20 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen 1)	Kredite an ausländische Banken (MFIs) 2)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel 3)			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken 4)	Wertpapiere von Banken 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	insgesamt	Buchkredite, Wechsel 3)			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
1994	1,2	492,3	455,0	309,0	146,0	0,1	23,7	13,5	257,4	173,0	35,0	138,0	0,6	66,5
1995	1,2	538,4	500,8	349,7	151,1	0,1	25,6	11,8	289,2	191,1	42,1	148,9	1,7	79,7
1996	1,4	588,9	544,2	386,6	157,6	0,3	31,5	13,0	352,0	230,4	60,2	170,2	4,9	103,9
1997	1,5	689,1	635,3	456,1	179,2	0,2	43,1	10,5	474,8	312,7	96,2	216,5	6,0	140,3
1998	1,5	774,9	706,9	533,6	173,3	0,4	58,7	9,0	610,3	364,9	93,9	270,9	11,6	211,0
1999	0,4	427,1	383,5	279,5	104,1	0,4	43,2	4,2	396,1	235,8	52,7	183,1	7,5	152,7
2000	0,4	507,7	441,4	325,4	116,0	1,3	65,0	3,6	475,8	286,8	71,1	215,7	6,5	182,5
2001	0,4	596,1	521,7	383,7	138,0	0,8	73,6	3,5	570,3	347,2	99,7	247,5	5,2	217,9
2002	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2003 März	0,3	733,3	654,1	504,0	150,1	1,0	78,3	2,6	574,8	354,5	113,1	241,3	8,5	211,8
April	0,3	738,6	657,2	505,9	151,2	1,7	79,8	2,6	583,3	364,8	125,1	239,7	7,4	211,1
Mai	0,3	760,1	676,4	524,6	151,8	1,3	82,4	2,5	578,6	362,3	126,8	235,6	6,8	209,4
Juni	0,4	794,3	707,2	553,1	154,1	1,3	85,8	2,6	578,1	351,6	115,2	236,4	7,0	219,5
Juli	0,3	779,1	689,4	533,9	155,5	1,4	88,3	2,6	567,4	345,3	106,5	238,8	6,8	215,3
Aug.	0,3	771,9	682,3	522,9	159,4	1,3	88,3	2,6	561,3	344,3	101,3	243,0	7,4	209,5
Sept.	0,4	769,8	680,3	520,2	160,1	1,3	88,2	2,3	569,4	346,6	110,3	236,3	7,2	215,6
Okt.	0,4	757,0	664,9	502,0	162,9	0,9	91,2	1,6	576,6	348,6	106,0	242,6	8,0	219,9
Nov.	0,3	764,6	672,3	512,8	159,5	1,3	91,1	1,6	583,8	357,5	118,0	239,6	6,4	219,8
Dez.	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2004 Jan.	0,3	788,7	693,8	531,9	161,9	1,2	93,6	1,6	588,4	353,0	118,0	235,0	5,5	229,8
Febr.	0,3	790,5	691,5	530,7	160,8	1,3	97,7	1,6	598,7	360,7	126,1	234,6	6,0	232,0
März	0,3	803,2	700,1	538,5	161,6	1,7	101,4	1,7	617,6	370,2	133,9	236,4	4,8	242,5
April	0,3	825,5	720,4	557,5	162,9	2,2	102,8	1,7	625,8	376,7	137,2	239,5	5,0	244,0
Mai	0,3	836,2	725,7	570,5	155,2	1,9	108,7	1,7	613,1	361,8	123,6	238,2	5,0	246,3
Juni	0,4	835,5	722,1	566,9	155,2	2,1	111,3	1,7	618,9	363,8	124,6	239,1	7,3	247,8
Juli	0,4	829,1	717,3	557,4	159,9	1,7	110,1	1,6	626,0	366,1	127,6	238,5	9,7	250,2
Aug.	0,4	828,3	714,6	557,9	156,7	1,8	112,0	1,6	635,0	372,4	134,6	237,7	12,1	250,5
Veränderungen *)														
1995	+ 0,1	+ 59,1	+ 57,6	+ 49,2	+ 8,4	+ 0,0	+ 2,9	- 1,4	+ 38,3	+ 21,3	+ 7,8	+ 13,6	+ 1,1	+ 16,1
1996	+ 0,2	+ 34,2	+ 29,9	+ 27,2	+ 2,7	+ 0,2	+ 5,2	- 1,1	+ 58,4	+ 36,2	+ 17,0	+ 19,2	+ 3,1	+ 21,4
1997	+ 0,1	+ 80,6	+ 71,5	+ 53,3	+ 18,2	- 0,1	+ 10,4	- 1,2	+ 109,3	+ 73,0	+ 33,7	+ 39,3	+ 0,7	+ 32,9
1998	- 0,0	+ 100,8	+ 89,5	+ 79,3	+ 10,2	+ 0,0	+ 13,1	- 1,8	+ 122,0	+ 42,7	- 6,4	+ 49,1	+ 5,5	+ 66,0
1999	- 0,3	+ 17,7	+ 5,7	- 5,3	+ 11,0	+ 0,2	+ 11,7	- 0,0	+ 85,8	+ 42,8	+ 8,4	+ 34,4	+ 1,3	+ 41,8
2000	- 0,0	+ 78,9	+ 56,5	+ 44,6	+ 11,8	+ 0,9	+ 21,6	- 0,7	+ 72,0	+ 45,0	+ 17,4	+ 27,7	- 1,2	+ 28,2
2001	+ 0,0	+ 83,7	+ 75,6	+ 54,4	+ 21,2	- 0,5	+ 8,5	- 0,2	+ 88,3	+ 53,4	+ 27,0	+ 26,4	- 1,5	+ 36,3
2002	- 0,1	+ 120,3	+ 118,0	+ 99,4	+ 18,6	+ 0,1	+ 2,2	- 0,9	+ 21,2	+ 12,7	- 0,4	+ 13,2	+ 4,6	+ 3,9
2003	- 0,1	+ 103,8	+ 84,6	+ 65,2	+ 19,3	+ 0,6	+ 18,7	- 0,4	+ 46,3	+ 35,1	+ 24,0	+ 11,0	- 2,7	+ 13,9
2003 März	+ 0,0	+ 21,4	+ 18,3	+ 16,3	+ 2,0	- 0,4	+ 3,5	- 0,0	+ 0,3	+ 3,5	+ 3,6	- 0,2	- 1,6	- 1,5
April	+ 0,0	+ 8,9	+ 6,4	+ 4,5	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,7	- 0,0	+ 12,8	+ 13,7	+ 12,8	+ 0,9	- 1,1	+ 0,2
Mai	+ 0,0	+ 30,1	+ 28,0	+ 24,9	+ 3,2	- 0,4	+ 2,5	- 0,0	+ 5,6	+ 6,0	+ 3,8	+ 2,3	- 0,4	- 0,0
Juni	+ 0,1	+ 29,4	+ 26,3	+ 25,1	+ 1,2	- 0,0	+ 3,2	+ 0,0	- 6,2	- 14,9	- 12,6	- 2,3	+ 0,1	+ 8,6
Juli	- 0,1	- 16,5	- 19,1	- 20,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 2,4	- 0,0	- 12,3	- 7,5	- 9,0	+ 1,5	- 0,3	- 4,6
Aug.	+ 0,0	- 13,2	- 12,8	- 15,3	+ 2,5	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 13,0	- 6,1	- 6,4	+ 0,2	+ 0,5	- 7,3
Sept.	+ 0,0	+ 5,7	+ 5,4	+ 2,9	+ 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 0,3	+ 19,1	+ 10,6	+ 10,8	- 0,2	+ 0,0	+ 8,5
Okt.	- 0,0	- 14,4	- 17,0	- 18,8	+ 1,8	- 0,4	+ 3,0	- 0,0	+ 3,1	- 1,9	- 4,4	+ 2,5	+ 0,8	+ 4,2
Nov.	- 0,0	+ 12,5	+ 12,1	+ 14,3	- 2,3	+ 0,4	+ 0,1	- 0,0	+ 12,8	+ 13,3	+ 12,9	+ 0,5	- 1,5	+ 1,0
Dez.	- 0,0	+ 11,7	+ 9,9	+ 7,6	+ 2,3	+ 0,3	+ 1,5	- 0,0	+ 0,5	- 6,0	- 5,7	- 0,4	- 0,2	+ 6,8
2004 Jan.	+ 0,0	+ 16,3	+ 14,8	+ 14,0	+ 0,8	- 0,3	+ 1,8	+ 0,0	+ 7,6	+ 5,3	+ 6,4	- 1,1	- 0,6	+ 2,9
Febr.	- 0,0	+ 2,7	- 1,5	- 0,6	- 0,9	+ 0,1	+ 4,1	+ 0,0	+ 11,1	+ 8,0	+ 8,4	- 0,4	+ 0,6	+ 2,5
März	+ 0,0	+ 6,1	+ 2,2	+ 5,3	- 3,1	+ 0,3	+ 3,6	+ 0,0	+ 15,6	+ 7,4	+ 7,0	+ 0,4	- 1,3	+ 9,4
April	-	+ 20,3	+ 18,4	+ 17,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,0	+ 5,6	+ 4,2	+ 3,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,3
Mai	+ 0,0	+ 13,0	+ 7,5	+ 14,8	- 7,3	- 0,3	+ 5,8	- 0,0	- 9,7	- 12,7	- 13,1	+ 0,4	+ 0,0	+ 3,0
Juni	+ 0,0	- 1,1	- 4,1	- 3,9	- 0,2	+ 0,2	+ 2,9	- 0,0	+ 5,4	+ 0,4	+ 1,0	- 0,6	+ 2,3	+ 2,7
Juli	+ 0,0	- 5,2	- 5,9	- 10,2	+ 4,3	- 0,4	+ 1,1	- 0,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 2,8	- 1,6	+ 2,4	+ 0,1
Aug.	- 0,0	- 2,5	- 4,5	- 1,7	- 2,8	+ 0,1	+ 1,9	- 0,0	+ 12,8	+ 10,0	+ 9,8	+ 0,2	+ 2,4	+ 0,4

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Bis Dezember 1998: Noten und Münzen in Fremdwährung. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 6. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 7)	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen 8)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	insgesamt	Sichteinlagen 8)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	
				zusammen 9)	kurzfristig 9)	mittel- und langfristig				zusammen 9)	kurzfristig 9)	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
17,3	34,0	402,3	111,6	283,7	150,8	132,9	7,1	181,5	20,6	155,3	41,7	113,6	5,6	1994
16,7	38,8	463,7	116,9	339,7	191,6	148,2	7,0	224,4	22,1	198,0	45,3	152,6	4,4	1995
12,7	45,8	486,5	147,1	335,7	172,0	163,7	3,8	273,5	34,3	237,2	50,0	187,2	2,1	1996
15,7	54,7	670,3	226,0	440,2	254,3	185,9	4,0	333,9	43,5	285,7	63,0	222,7	4,8	1997
22,9	62,9	875,7	309,5	562,5	359,1	203,4	3,7	390,3	51,3	329,6	71,8	257,8	9,5	1998
13,6	33,9	483,6	65,6	418,0	332,3	85,6	2,0	284,4	23,8	260,6	64,9	195,7	5,8	1999
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	2000
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003
15,4	43,3	621,7	131,7	490,0	384,4	105,6	1,0	339,8	43,3	296,5	109,2	187,3	4,2	2003 März
15,1	43,2	634,6	141,6	493,0	387,9	105,1	1,0	333,3	39,3	294,0	110,3	183,7	4,0	April
14,7	41,7	620,9	128,0	492,9	386,0	106,9	1,0	332,0	43,6	288,4	109,8	178,7	3,8	Mai
15,1	42,2	622,8	143,1	479,7	372,8	106,9	1,0	324,6	43,8	280,8	99,8	180,9	3,9	Juni
15,2	43,1	617,2	123,6	493,7	384,1	109,6	0,9	328,0	40,3	287,7	108,5	179,2	3,9	Juli
15,3	43,1	601,1	108,0	493,1	386,3	106,8	0,3	324,7	39,5	285,2	103,5	181,7	4,7	Aug.
15,0	43,7	607,5	144,2	463,3	361,2	102,1	0,3	326,6	40,0	286,6	109,5	177,1	6,8	Sept.
11,7	43,0	597,1	129,1	468,0	360,1	107,9	0,3	332,0	38,2	293,8	116,4	177,5	3,4	Okt.
11,7	41,3	583,1	113,9	469,2	361,3	107,9	0,3	333,5	38,8	294,7	121,6	173,1	3,3	Nov.
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	Dez.
11,7	40,9	606,8	138,7	468,2	359,1	109,0	0,5	315,6	44,8	270,8	99,6	171,2	3,7	2004 Jan.
12,0	39,7	602,9	122,7	480,2	368,1	112,1	0,5	328,7	55,9	272,8	104,6	168,2	3,4	Febr.
9,5	39,8	640,2	136,3	503,8	389,4	114,4	0,5	326,2	61,8	264,4	103,0	161,4	0,9	März
9,6	39,3	646,0	127,7	518,3	403,7	114,6	0,5	323,8	56,9	266,8	106,6	160,2	0,9	April
9,6	39,4	616,9	114,2	502,7	389,0	113,8	0,5	325,2	62,9	262,4	102,3	160,0	0,9	Mai
9,6	38,9	603,8	129,4	474,4	360,2	114,2	0,5	310,2	60,6	249,6	90,0	159,7	0,9	Juni
9,7	39,2	598,6	123,8	474,8	359,8	115,1	0,5	309,9	54,1	255,8	96,6	159,1	0,9	Juli
9,7	39,3	594,3	106,8	487,5	371,5	116,0	0,5	318,7	57,2	261,5	102,7	158,8	0,9	Aug.
Veränderungen *)														
- 0,2	+ 5,2	+ 71,0	+ 7,9	+ 64,6	+ 45,9	+ 18,7	- 1,5	+ 47,8	+ 2,2	+ 46,5	+ 4,1	+ 42,4	- 0,9	1995
- 2,3	+ 5,9	+ 11,3	+ 27,1	- 13,9	- 26,6	+ 12,7	- 1,9	+ 44,7	+ 11,7	+ 35,0	+ 3,7	+ 31,3	- 2,0	1996
+ 2,7	+ 7,9	+ 157,3	+ 67,7	+ 89,5	+ 71,8	+ 17,7	+ 0,1	+ 51,0	+ 5,4	+ 43,3	+ 11,4	+ 31,9	+ 2,3	1997
+ 7,7	+ 8,8	+ 215,6	+ 87,7	+ 128,1	+ 108,1	+ 20,0	- 0,3	+ 64,7	+ 10,4	+ 48,9	+ 10,3	+ 38,6	+ 5,5	1998
+ 1,1	+ 10,9	+ 37,4	- 9,2	+ 46,6	+ 47,6	- 1,0	- 0,0	+ 61,0	+ 7,2	+ 53,8	+ 15,9	+ 37,9	+ 0,1	1999
- 0,2	+ 12,8	+ 90,0	+ 47,0	+ 43,0	+ 42,9	+ 0,1	- 0,4	+ 24,4	+ 11,1	+ 13,3	- 2,9	+ 16,2	- 0,8	2000
- 0,5	- 0,5	+ 23,5	- 23,6	+ 47,0	+ 42,4	+ 4,6	- 0,4	+ 30,8	- 1,8	+ 32,6	+ 33,3	- 0,7	- 0,6	2001
+ 1,7	+ 1,6	+ 22,7	+ 14,6	+ 8,1	- 1,3	+ 9,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,8	+ 3,8	- 4,6	+ 8,4	- 0,9	2002
- 0,7	- 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 20,6	- 16,5	+ 1,9	2003
- 0,1	+ 1,0	+ 7,4	+ 14,3	- 6,9	- 7,0	+ 0,0	- 0,0	+ 10,3	+ 10,2	+ 0,1	+ 2,0	- 1,9	- 0,1	2003 März
- 0,3	+ 0,1	+ 17,1	+ 10,6	+ 6,5	+ 6,4	+ 0,2	+ 0,0	- 4,0	- 3,8	- 0,1	+ 1,8	- 1,9	- 0,3	April
- 0,4	- 0,7	- 4,3	- 11,8	+ 7,5	+ 4,2	+ 3,3	- 0,1	+ 5,0	+ 4,7	+ 0,2	+ 0,9	- 0,7	- 0,2	Mai
+ 0,4	+ 0,1	- 3,0	+ 14,1	- 17,1	- 16,2	- 0,8	+ 0,0	- 10,9	+ 0,0	- 10,9	- 10,6	- 0,3	+ 0,2	Juni
+ 0,0	+ 0,3	- 6,9	- 19,8	+ 12,8	+ 10,4	+ 2,4	- 0,1	+ 2,7	- 3,6	+ 6,4	+ 8,5	- 2,1	- 0,0	Juli
+ 0,2	- 0,5	- 22,3	- 16,7	- 5,6	- 1,7	- 3,9	- 0,0	- 7,3	- 1,1	- 6,2	- 5,9	- 0,2	+ 0,1	Aug.
- 0,3	+ 1,2	+ 16,1	+ 37,6	- 21,5	- 18,4	- 3,1	- 0,0	+ 7,8	+ 1,1	+ 6,7	+ 7,5	- 0,8	+ 2,1	Sept.
+ 0,0	- 0,8	- 11,8	- 15,4	+ 3,6	- 1,5	+ 5,1	-	+ 1,4	- 1,8	+ 3,2	+ 6,7	- 3,6	+ 0,0	Okt.
- 0,0	- 1,3	- 9,2	- 14,2	+ 5,1	+ 4,0	+ 1,0	-	+ 4,9	+ 0,9	+ 4,0	+ 6,0	- 2,0	- 0,1	Nov.
- 0,1	+ 0,6	+ 14,9	- 17,7	+ 32,6	+ 31,1	+ 1,5	+ 0,1	- 21,2	- 6,2	- 15,0	- 17,7	+ 2,7	+ 0,3	Dez.
+ 0,1	- 0,8	+ 12,9	+ 43,2	- 30,2	- 30,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 5,8	+ 12,5	- 6,7	- 3,5	- 3,2	+ 0,1	2004 Jan.
+ 0,3	- 1,3	- 3,2	- 15,9	+ 12,7	+ 9,4	+ 3,2	- 0,0	+ 13,2	+ 11,1	+ 2,2	+ 5,1	- 2,9	- 0,3	Febr.
+ 0,1	- 0,1	+ 30,7	+ 13,1	+ 17,6	+ 19,0	- 1,4	- 0,0	- 1,5	+ 5,8	- 7,3	- 2,2	- 5,1	- 0,0	März
+ 0,0	- 0,6	+ 3,8	- 9,1	+ 12,8	+ 13,1	- 0,3	+ 0,0	- 3,8	- 5,1	+ 1,3	+ 3,1	- 1,9	- 0,0	April
+ 0,0	+ 0,3	- 26,7	- 13,1	- 13,6	- 13,4	- 0,2	- 0,0	+ 2,8	+ 6,1	- 3,3	- 3,8	+ 0,5	+ 0,0	Mai
+ 0,0	- 0,5	- 13,5	+ 15,2	- 28,7	- 29,1	+ 0,3	-	- 15,1	- 2,3	- 12,8	- 12,4	- 0,4	+ 0,0	Juni
+ 0,1	+ 0,1	- 6,2	- 5,9	- 0,3	- 1,0	+ 0,6	+ 0,0	- 1,2	- 6,6	+ 5,4	+ 6,5	- 1,1	- 0,0	Juli
- 0,0	+ 0,1	- 3,4	- 16,9	+ 13,5	+ 12,4	+ 1,1	+ 0,0	+ 9,6	+ 3,1	+ 6,4	+ 6,2	+ 0,2	- 0,0	Aug.

vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Bis November 1993 in den Wertpapieren enthalten; s. a. Anm. 5. — 5 Bis November 1993 einschl. börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Namensschuldverschreibungen. — 6 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a.

Anm. 2. — 7 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebskapital. — 8 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 9 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt ^{1) 2)}		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel ^{3) 4)}	zusammen	Buch-	Schatz-	wechsel ⁵⁾		
mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen			börsenfähige Geldmarktpapiere							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}											
1994	4 137,2	3 633,1	583,5	549,1	548,6	0,4	34,4	32,7	1,8	3 553,7	2 661,9
1995	4 436,9	3 936,9	615,2	584,0	583,3	0,7	31,3	30,5	0,8	3 821,7	2 785,5
1996	4 773,1	4 248,7	662,2	617,2	616,2	1,0	45,1	40,2	4,9	4 110,8	3 007,2
1997	5 058,4	4 506,2	667,8	625,8	624,8	1,0	41,9	40,1	1,9	4 390,6	3 223,4
1998	5 379,8	4 775,4	704,3	661,3	660,8	0,5	43,0	38,5	4,5	4 675,5	3 482,4
1999	2 904,5	2 576,5	355,3	328,9	328,7	0,2	26,4	23,6	2,8	2 549,2	1 943,6
2000	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2003 März	3 005,5	2 681,3	369,2	332,5	330,4	2,2	36,7	34,0	2,7	2 636,3	2 071,6
April	3 007,6	2 680,2	366,3	326,5	324,2	2,2	39,8	37,0	2,8	2 641,3	2 079,0
Mai	3 003,6	2 671,7	356,2	321,4	319,1	2,3	34,7	32,6	2,2	2 647,4	2 080,5
Juni	2 992,4	2 674,1	359,6	328,9	326,9	2,0	30,7	28,8	1,9	2 632,8	2 077,4
Juli	2 996,0	2 675,8	357,5	315,5	314,2	1,3	42,0	39,8	2,2	2 638,6	2 081,8
Aug.	2 986,9	2 671,9	346,7	308,2	306,8	1,4	38,5	36,5	2,0	2 640,2	2 090,5
Sept.	2 995,7	2 680,2	356,7	323,8	322,9	0,9	32,9	31,7	1,2	2 639,0	2 088,3
Okt.	2 992,9	2 679,3	353,7	317,2	316,1	1,0	36,6	34,5	2,1	2 639,1	2 087,7
Nov.	3 012,2	2 689,2	360,7	317,5	316,6	0,9	43,2	40,6	2,6	2 651,5	2 097,0
Dez.	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004 Jan.	2 992,0	2 670,5	346,6	305,7	304,4	1,3	41,0	39,6	1,4	2 645,3	2 097,7
Febr.	2 994,8	2 662,2	339,5	306,0	304,8	1,1	33,6	32,2	1,3	2 655,2	2 091,2
März	3 015,7	2 673,6	353,0	306,8	305,9	0,8	46,3	45,0	1,3	2 662,7	2 098,5
April	3 022,9	2 667,5	346,1	304,0	303,3	0,7	42,2	39,9	2,3	2 676,8	2 116,1
Mai	3 013,6	2 661,0	335,4	297,1	296,2	0,9	38,3	36,3	2,0	2 678,2	2 113,0
Juni	3 003,5	2 655,4	331,5	294,9	294,2	0,7	36,7	33,8	2,9	2 672,0	2 102,1
Juli	3 007,5	2 659,4	335,7	287,6	287,0	0,6	48,2	42,0	6,2	2 671,7	2 104,4
Aug.	3 001,8	2 651,6	324,8	281,2	280,5	0,6	43,6	38,4	5,2	2 677,0	2 105,5
Veränderungen ^{*)}											
1995	+ 312,8	+ 311,9	+ 35,9	+ 37,9	+ 37,7	+ 0,2	- 1,9	- 1,0	- 1,0	+ 276,9	+ 185,1
1996	+ 336,3	+ 312,9	+ 44,3	+ 32,6	+ 32,2	+ 0,4	+ 11,7	+ 7,4	+ 4,3	+ 292,0	+ 221,5
1997	+ 285,2	+ 256,9	+ 2,7	+ 5,9	+ 5,9	+ 0,0	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 282,5	+ 219,9
1998	+ 335,3	+ 285,5	+ 51,7	+ 50,6	+ 51,2	- 0,6	+ 1,1	- 1,6	+ 2,7	+ 283,6	+ 258,3
1999	+ 156,1	+ 139,5	+ 9,6	+ 6,3	+ 6,4	- 0,0	+ 3,3	+ 2,9	+ 0,4	+ 146,4	+ 146,4
2000	+ 100,7	+ 83,2	+ 14,5	+ 18,1	+ 17,8	+ 0,3	- 3,6	- 2,5	- 1,1	+ 86,1	+ 93,8
2001	+ 11,9	+ 39,2	+ 15,3	+ 7,0	+ 5,9	+ 1,0	+ 8,4	+ 7,8	+ 0,6	- 3,4	+ 32,0
2002	- 19,2	- 18,8	- 23,4	- 25,7	- 25,2	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,6	+ 4,3	+ 7,6
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0
2003 März	+ 3,7	- 5,1	+ 4,8	+ 3,2	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,3	- 1,2	- 5,9
April	+ 2,1	- 1,1	- 3,0	- 6,0	- 6,1	+ 0,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 5,1	+ 7,2
Mai	- 3,8	- 8,5	- 10,1	- 5,0	- 5,1	+ 0,1	- 5,1	- 4,5	- 0,6	+ 6,3	+ 1,8
Juni	- 11,1	+ 2,5	+ 3,4	+ 7,5	+ 7,8	- 0,3	- 4,1	- 3,8	- 0,2	- 14,6	- 3,1
Juli	+ 3,8	+ 1,7	- 1,9	- 13,2	- 12,7	- 0,5	+ 11,3	+ 11,0	+ 0,2	+ 5,7	+ 4,3
Aug.	- 9,1	- 4,0	- 10,7	- 7,3	- 7,4	+ 0,1	- 3,4	- 3,3	- 0,1	+ 1,6	+ 8,7
Sept.	+ 9,6	+ 8,3	+ 10,0	+ 15,6	+ 16,1	- 0,5	- 5,6	- 4,8	- 0,9	- 0,4	- 2,2
Okt.	- 2,8	- 0,9	- 2,9	- 6,6	- 6,8	+ 0,1	+ 3,7	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,2	- 0,6
Nov.	+ 19,3	+ 9,9	+ 6,9	+ 0,3	+ 0,5	- 0,2	+ 6,6	+ 6,2	+ 0,4	+ 12,4	+ 9,3
Dez.	- 16,1	- 8,6	- 5,4	- 2,4	- 3,2	+ 0,8	- 3,0	- 2,2	- 0,8	- 10,7	- 0,9
2004 Jan.	- 3,7	- 10,1	- 8,6	- 9,4	- 9,0	- 0,4	+ 0,8	+ 1,1	- 0,4	+ 5,0	+ 1,7
Febr.	+ 2,8	- 8,3	- 7,1	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 7,4	- 7,4	- 0,0	+ 9,9	- 6,5
März	+ 20,9	+ 11,4	+ 13,8	+ 1,1	+ 1,4	- 0,3	+ 12,7	+ 12,8	- 0,1	+ 7,1	+ 7,1
April	+ 7,3	- 6,1	- 7,0	- 2,8	- 2,7	- 0,1	- 4,2	- 5,1	+ 0,9	+ 14,3	+ 17,6
Mai	- 9,4	- 6,5	- 10,4	- 6,6	- 6,8	+ 0,2	- 3,9	- 3,6	- 0,3	+ 1,1	- 3,4
Juni	- 10,1	- 5,6	- 3,7	- 2,0	- 1,8	- 0,2	- 1,6	- 2,6	+ 0,9	- 6,4	- 11,2
Juli	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,2	- 7,3	- 7,2	- 0,1	+ 11,5	+ 8,2	+ 3,3	- 0,3	+ 2,3
Aug.	- 5,7	- 7,9	- 10,9	- 6,4	- 6,5	+ 0,1	- 4,5	- 3,6	- 0,9	+ 5,3	+ 1,1

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Baupar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 9. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab Dezember 1993 einschl.

IV. Banken

Kredite 2) 6)													Zeit
nehmen und Privatpersonen 1) 2)					an öffentliche Haushalte 2)								
Buchkredite			Wertpapiere 6)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 9)	zu-sammen	Buchkredite			Wertpapiere 6) 10)	Ausgleichs-forderungen 11)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 9)		
zu-sammen	mittel-fristig 7)	lang-fristig 8)				zu-sammen	mittel-fristig 7)	lang-fristig 8)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2 390,4	228,3	2 162,0	203,2	68,3	891,8	577,0	34,5	542,5	230,5	68,1	16,1	1994	
2 522,0	214,1	2 307,9	192,9	70,6	1 036,2	713,0	74,5	638,4	234,4	71,3	17,5	1995	
2 713,3	215,8	2 497,5	205,9	88,0	1 103,6	773,0	69,5	703,6	231,3	81,3	18,0	1996	
2 900,0	216,2	2 683,8	234,1	89,3	1 167,2	833,8	53,0	780,8	239,2	76,0	18,3	1997	
3 104,5	206,8	2 897,8	292,4	85,4	1 193,2	868,8	33,1	835,7	235,4	71,6	17,3	1998	
1 764,8	182,5	1 582,3	178,9	49,2	605,6	459,5	30,9	428,6	108,6	37,5	8,7	1999	
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000	
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001	
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 907,1	193,1	1 714,0	164,5	47,2	564,6	409,8	29,9	379,8	151,9	3,0	7,6	2003 März	
1 910,3	193,3	1 717,0	168,6	47,0	562,4	408,6	30,9	377,6	150,8	3,0	7,5	April	
1 912,9	193,2	1 719,7	167,6	47,0	566,9	407,1	31,5	375,5	156,9	3,0	7,5	Mai	
1 912,8	193,5	1 719,3	164,6	47,0	555,4	405,7	31,5	374,2	146,8	3,0	7,4	Juni	
1 916,9	193,9	1 723,0	164,9	46,9	556,8	404,9	31,3	373,6	149,8	2,0	7,3	Juli	
1 924,6	195,5	1 729,1	165,9	47,3	549,7	403,9	32,9	371,1	143,7	2,0	7,2	Aug.	
1 922,2	195,0	1 727,2	166,1	47,2	550,6	403,3	33,7	369,6	145,3	2,0	7,2	Sept.	
1 926,8	195,7	1 731,1	160,9	46,8	551,4	402,0	32,5	369,4	147,5	2,0	7,2	Okt.	
1 930,3	195,9	1 734,3	166,7	47,0	554,5	401,7	33,1	368,6	150,8	2,0	7,1	Nov.	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	Dez.	
1 926,0	195,0	1 731,0	171,7	50,1	547,6	400,5	33,9	366,5	145,1	2,0	7,1	2004 Jan.	
1 925,4	194,3	1 731,1	165,8	49,6	564,1	399,8	34,8	365,0	162,3	2,0	7,0	Febr.	
1 922,9	193,9	1 729,1	175,6	47,9	564,1	399,7	35,4	364,4	162,4	2,0	7,0	März	
1 927,1	194,7	1 732,5	189,0	47,4	560,7	397,2	34,9	362,3	161,5	2,0	7,0	April	
1 933,6	197,1	1 736,4	179,5	47,4	565,1	394,9	34,6	360,3	168,3	2,0	6,9	Mai	
1 935,2	198,2	1 737,0	166,9	48,1	569,9	392,3	34,4	357,9	175,7	2,0	6,8	Juni	
1 938,2	199,0	1 739,2	166,2	49,2	567,3	392,3	34,1	358,2	174,0	1,0	6,7	Juli	
1 941,3	200,2	1 741,1	164,2	49,1	571,5	391,3	33,9	357,4	179,1	1,0	6,7	Aug.	
Veränderungen *)													
+ 176,0	- 1,9	+ 177,9	+ 3,3	+ 5,9	+ 91,8	+ 91,8	+ 15,3	+ 76,6	- 0,4	- 1,2	+ 1,5	1995	
+ 204,4	+ 1,6	+ 202,8	+ 14,0	+ 3,1	+ 70,4	+ 65,7	- 5,5	+ 71,2	- 3,3	+ 8,0	+ 0,1	1996	
+ 189,0	+ 0,3	+ 188,7	+ 29,5	+ 1,4	+ 62,6	+ 60,6	- 18,0	+ 78,6	+ 7,0	- 5,3	+ 0,2	1997	
+ 205,7	- 8,9	+ 214,6	+ 56,5	- 3,9	+ 25,3	+ 35,0	- 20,0	+ 55,0	- 4,4	- 4,4	- 0,9	1998	
+ 121,8	+ 25,1	+ 96,8	+ 24,6	+ 0,3	+ 0,0	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,3	- 7,8	- 0,6	- 0,1	1999	
+ 71,8	+ 6,9	+ 64,9	+ 22,1	+ 0,8	- 7,7	- 3,8	- 0,4	- 3,5	- 3,1	- 0,8	- 0,3	2000	
+ 41,9	- 2,8	+ 44,7	- 9,8	- 1,2	- 35,4	- 16,5	- 5,5	- 10,9	+ 10,1	- 29,1	- 0,4	2001	
+ 26,6	- 2,1	+ 28,7	- 19,0	- 1,6	- 3,4	- 23,1	+ 1,0	- 24,1	+ 20,7	- 1,0	- 0,5	2002	
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	- 1,9	+ 2,6	- 5,9	- 16,1	+ 4,9	- 21,0	+ 11,2	- 1,0	- 0,5	2003	
- 4,0	- 0,9	- 3,0	- 2,0	+ 0,1	+ 4,8	- 4,6	- 1,5	- 3,1	+ 9,4	+ 0,0	- 0,1	2003 März	
+ 3,2	+ 0,2	+ 3,0	+ 4,0	- 0,2	- 2,1	- 1,2	+ 1,0	- 2,2	- 0,9	- 0,0	- 0,0	April	
+ 2,6	- 0,1	+ 2,7	- 0,8	- 0,1	+ 4,6	- 1,5	+ 0,6	- 2,1	+ 6,1	-	- 0,0	Mai	
- 0,1	+ 0,3	- 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 11,5	- 1,4	- 0,0	- 1,4	- 10,1	- 0,0	- 0,1	Juni	
+ 4,1	+ 0,4	+ 3,7	+ 0,3	- 0,1	+ 1,4	- 0,7	- 0,2	- 0,6	+ 3,1	- 1,0	- 0,1	Juli	
+ 7,8	+ 1,6	+ 6,1	+ 1,0	+ 0,4	- 7,1	- 1,0	+ 1,5	- 2,5	- 6,1	- 0,0	- 0,1	Aug.	
- 2,4	- 0,5	- 1,9	+ 0,2	- 0,2	+ 1,8	- 0,6	+ 0,9	- 1,5	+ 2,4	+ 0,0	- 0,0	Sept.	
+ 4,5	+ 0,7	+ 3,8	- 5,1	- 0,4	+ 0,8	- 1,4	- 1,2	- 0,1	+ 2,2	- 0,0	- 0,0	Okt.	
+ 3,5	+ 0,2	+ 3,3	+ 5,8	+ 0,2	+ 3,1	- 0,2	+ 0,6	- 0,8	+ 3,3	-	- 0,0	Nov.	
- 2,5	- 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 2,9	- 9,7	- 0,7	+ 1,5	- 2,2	- 9,0	+ 0,0	- 0,1	Dez.	
- 1,7	+ 0,0	- 1,7	+ 3,4	+ 0,2	+ 3,3	- 0,5	- 0,6	+ 0,1	+ 3,8	- 0,0	+ 0,1	2004 Jan.	
- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 5,9	- 0,5	+ 16,4	- 0,7	+ 0,9	- 1,6	+ 17,1	-	- 0,0	Febr.	
- 2,7	+ 0,3	- 3,0	+ 9,8	- 1,7	+ 0,1	- 0,1	+ 1,5	- 1,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	März	
+ 4,2	+ 0,8	+ 3,4	+ 13,4	- 0,5	- 3,3	- 2,5	- 0,5	- 2,1	- 0,8	- 0,0	- 0,0	April	
+ 6,1	+ 2,5	+ 3,7	- 9,5	- 0,1	+ 4,4	- 2,3	- 0,3	- 2,0	+ 6,8	-	- 0,0	Mai	
+ 1,4	+ 1,0	+ 0,5	- 12,6	+ 0,8	+ 4,8	- 2,6	- 0,2	- 2,4	+ 7,4	-	- 0,2	Juni	
+ 3,0	+ 0,8	+ 2,2	- 0,7	+ 1,1	- 2,6	+ 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 1,7	- 0,9	- 0,0	Juli	
+ 3,1	+ 0,8	+ 2,3	- 2,1	- 0,1	+ 4,2	- 0,9	- 0,2	- 0,7	+ 5,1	+ 0,0	- 0,0	Aug.	

sonstiger börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 6 Ab 1999 Aufgliederung der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 8 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von

4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5 Jahren. — 9 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 10 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 11. — 11 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:													
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
			zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau 2)	Bau- gewerbe	Handel 3)	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Finanzierungs- institutionen (ohne MFIs) und Versicherungs- gewerbe
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2001	2 236,3	981,4	1 053,9	757,7	296,2	1 295,6	346,1	174,3	36,7	67,9	172,9	31,3	50,0	39,0
2002	2 241,2	1 008,9	1 068,7	776,3	292,4	1 277,3	340,1	161,5	37,4	64,6	162,6	31,3	51,3	39,5
2003 Juni	2 240,1	1 011,4	1 070,5	782,5	288,0	1 267,1	338,0	157,8	37,0	62,9	156,9	32,5	52,2	48,7
Sept.	2 245,6	1 106,2	1 077,5	845,7	231,8	1 262,1	338,1	154,4	36,2	61,7	153,3	32,9	53,6	53,9
Dez.	2 241,6	1 124,5	1 083,3	867,1	216,2	1 252,2	335,1	151,0	37,2	59,0	152,3	32,1	54,4	54,4
2004 März	2 229,2	1 124,8	1 075,2	861,7	213,5	1 242,1	329,3	149,3	37,7	58,4	148,6	31,9	56,3	57,5
Juni	2 229,7	1 125,6	1 081,5	865,7	215,9	1 235,2	329,0	145,9	37,8	57,5	147,0	32,3	57,6	53,8
Kurzfristige Kredite														
2001	355,8	–	15,9	–	15,9	304,1	10,6	59,6	5,5	17,8	63,5	4,1	9,3	14,2
2002	331,4	–	14,5	–	14,5	281,1	9,3	52,0	5,1	15,9	58,7	4,2	8,4	13,6
2003 Juni	327,3	–	14,4	–	14,4	278,8	9,3	51,1	4,5	15,9	56,5	4,7	7,9	22,3
Sept.	323,3	–	14,0	–	14,0	274,7	8,7	48,7	4,0	15,1	54,6	4,7	7,8	26,3
Dez.	313,9	–	14,1	–	14,1	266,7	8,9	46,6	4,2	13,2	55,9	3,9	8,0	25,8
2004 März	306,3	–	13,2	–	13,2	261,4	8,0	47,0	4,0	13,5	53,8	4,1	8,6	27,6
Juni	294,6	–	12,4	–	12,4	250,0	7,4	44,8	4,1	13,1	52,8	4,4	6,9	24,0
Mittelfristige Kredite														
2001	191,1	–	37,1	–	37,1	120,1	12,0	18,5	1,9	6,5	13,4	3,2	7,2	7,7
2002	193,5	–	36,1	–	36,1	121,8	11,3	17,9	2,0	6,5	13,5	3,3	8,5	6,8
2003 Juni	193,5	–	37,4	–	37,4	121,0	11,9	17,6	2,5	6,0	12,7	3,4	9,9	6,4
Sept.	195,0	–	38,0	–	38,0	121,4	12,0	17,6	2,2	6,1	12,6	3,4	10,5	6,4
Dez.	195,0	–	38,2	–	38,2	121,2	12,0	17,5	2,3	6,0	11,9	3,4	10,9	6,5
2004 März	193,9	–	37,2	–	37,2	121,0	11,5	17,2	3,0	5,8	11,6	3,3	11,3	6,9
Juni	198,2	–	38,7	–	38,7	124,0	12,2	17,4	3,0	5,9	11,8	3,3	11,6	7,2
Langfristige Kredite														
2001	1 689,4	981,4	1 000,9	757,7	243,2	871,4	323,5	96,2	29,4	43,7	96,1	24,0	33,5	17,1
2002	1 716,3	1 008,9	1 018,1	776,3	241,9	874,4	319,4	94,3	30,3	42,2	90,3	23,8	34,4	19,0
2003 Juni	1 719,3	1 011,4	1 018,7	782,5	236,2	867,2	316,7	89,1	30,0	41,0	87,6	24,4	34,4	20,1
Sept.	1 727,2	1 106,2	1 025,5	845,7	179,8	866,1	317,4	88,1	30,0	40,6	86,1	24,7	35,2	21,2
Dez.	1 732,8	1 124,5	1 031,0	867,1	164,0	864,3	314,2	86,9	30,6	39,9	84,5	24,7	35,5	22,1
2004 März	1 729,0	1 124,8	1 024,8	861,7	163,0	859,7	309,8	85,0	30,6	39,1	83,3	24,5	36,4	23,0
Juni	1 737,0	1 125,6	1 030,4	865,7	164,8	861,2	309,4	83,6	30,8	38,5	82,4	24,6	39,1	22,6
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2003 2.Vj.	+ 2,2	+ 0,7	+ 5,8	+ 2,7	+ 3,1	– 6,1	– 1,1	– 0,7	– 0,2	– 0,6	– 2,3	+ 0,5	+ 1,0	– 1,6
3.Vj.	+ 5,4	+ 4,5	+ 7,9	+ 5,8	+ 2,1	– 4,9	– 0,8	– 3,5	– 0,8	– 1,1	– 3,4	+ 0,4	+ 1,4	+ 5,1
4.Vj.	– 4,0	+ 1,7	+ 5,0	+ 4,5	+ 0,5	– 9,9	– 2,6	– 3,4	+ 0,9	– 2,7	– 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5
2004 1.Vj.	+ 12,4	– 0,6	– 2,0	– 0,1	– 1,9	– 9,2	– 2,5	– 1,6	+ 0,5	– 0,5	– 3,6	+ 0,1	+ 1,9	+ 2,9
2.Vj.	+ 0,5	+ 1,8	+ 5,2	+ 2,0	+ 3,2	– 6,5	– 0,6	– 3,0	+ 0,2	– 0,8	– 1,2	+ 0,5	+ 0,8	– 3,6
Kurzfristige Kredite														
2003 2.Vj.	– 3,4	–	+ 0,4	–	+ 0,4	– 4,0	+ 0,3	+ 0,5	– 0,2	– 0,1	– 0,8	+ 0,2	– 0,1	– 2,0
3.Vj.	– 4,0	–	– 0,4	–	– 0,4	– 4,2	+ 0,7	– 2,4	– 0,6	– 0,8	– 1,8	+ 0,0	– 0,1	+ 3,9
4.Vj.	– 9,5	–	+ 0,1	–	+ 0,1	– 7,9	+ 0,2	– 2,1	+ 0,3	– 1,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,2	– 0,6
2004 1.Vj.	– 7,3	–	– 0,9	–	– 0,9	– 5,1	– 0,9	+ 0,5	– 0,2	+ 0,3	– 2,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 2,0
2.Vj.	– 11,3	–	– 0,8	–	– 0,8	– 10,9	– 0,7	– 2,2	+ 0,1	– 0,4	– 0,8	+ 0,3	– 1,7	– 3,5
Mittelfristige Kredite														
2003 2.Vj.	+ 0,4	–	+ 0,7	–	+ 0,7	– 0,3	+ 0,3	– 0,1	+ 0,3	– 0,3	– 0,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,1
3.Vj.	+ 1,5	–	+ 0,5	–	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,0	– 0,0	– 0,2	+ 0,1	– 0,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1
4.Vj.	– 0,0	–	+ 0,2	–	+ 0,2	– 0,2	– 0,1	– 0,1	+ 0,1	– 0,1	– 0,7	– 0,1	+ 0,4	+ 0,1
2004 1.Vj.	– 0,4	–	– 0,2	–	– 0,2	– 0,1	– 0,2	– 0,3	+ 0,7	– 0,2	– 0,3	– 0,1	+ 0,5	– 0,0
2.Vj.	+ 4,2	–	+ 1,5	–	+ 1,5	+ 2,8	+ 0,6	+ 0,1	– 0,1	+ 0,1	+ 0,3	– 0,0	+ 0,3	+ 0,0
Langfristige Kredite														
2003 2.Vj.	+ 5,3	+ 0,7	+ 4,6	+ 2,7	+ 2,0	– 1,8	– 1,6	– 1,1	– 0,3	– 0,3	– 1,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
3.Vj.	+ 7,9	+ 4,5	+ 7,8	+ 5,8	+ 2,0	– 1,1	– 0,2	– 1,0	+ 0,0	– 0,4	– 1,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,1
4.Vj.	+ 5,5	+ 1,7	+ 4,7	+ 4,5	+ 0,2	– 1,8	– 2,7	– 1,2	+ 0,6	– 0,8	– 1,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 1,0
2004 1.Vj.	– 4,7	– 0,6	– 1,0	– 0,1	– 0,9	– 4,1	– 1,4	– 1,8	– 0,0	– 0,7	– 1,2	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,9
2.Vj.	+ 7,6	+ 1,8	+ 4,5	+ 2,0	+ 2,6	+ 1,6	– 0,6	– 0,9	+ 0,2	– 0,5	– 0,7	+ 0,2	+ 2,2	– 0,1

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bauspar-
kassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistisch bedingte Verände-
rungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den

jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen
durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erschei-
nen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Treuhandkredite. —

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:				Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen				Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbständige 4)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau			
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					zusammen	Ratenkredite 5)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt		
723,3	169,4	50,3	194,3	458,6	74,7	926,7	704,3	222,4	110,7	22,9	14,1	3,5	2001		
729,2	165,0	50,2	207,2	451,8	72,4	949,5	725,1	224,3	114,3	23,0	14,4	3,5	2002		
719,1	163,2	48,5	206,8	444,5	71,9	958,8	729,1	229,8	114,2	22,7	14,2	3,5	2003 Juni		
716,1	162,3	48,6	205,7	441,8	70,2	969,6	735,9	233,7	116,1	23,2	13,8	3,5	Sept.		
711,9	160,7	44,0	207,2	437,0	67,7	975,6	744,7	230,9	118,6	21,6	13,7	3,5	Dez.		
702,5	158,7	43,6	206,2	429,5	66,5	973,4	742,6	230,9	119,1	20,1	13,7	3,3	2004 März		
703,2	165,6	45,3	200,7	428,4	66,2	981,2	749,2	232,0	120,9	20,1	13,3	3,3	Juni		
													Kurzfristige Kredite		
130,1	21,6	20,4	34,1	56,0	15,8	50,3	5,3	45,0	2,8	22,9	1,4	0,0	2001		
123,3	19,8	19,1	34,7	53,8	14,8	48,5	5,2	43,3	2,4	23,0	1,7	0,0	2002		
115,9	18,7	17,9	33,6	51,8	15,0	46,8	5,0	41,7	2,3	22,7	1,7	0,0	2003 Juni		
113,5	17,9	18,3	32,1	50,6	14,4	47,2	5,2	42,0	2,3	23,2	1,4	0,0	Sept.		
109,1	17,9	14,6	31,2	49,4	12,9	45,9	5,1	40,8	2,4	21,6	1,2	0,0	Dez.		
102,7	17,2	14,2	29,4	47,2	13,0	43,5	5,2	38,4	2,2	20,1	1,4	0,0	2004 März		
99,9	17,2	14,9	27,4	46,5	12,7	43,5	5,0	38,5	2,3	20,1	1,1	0,0	Juni		
													Mittelfristige Kredite		
61,9	6,7	6,5	14,7	31,2	5,3	70,5	25,0	45,4	33,4	-	0,6	0,1	2001		
63,2	6,2	7,2	16,7	31,2	4,8	71,1	24,7	46,4	35,3	-	0,5	0,1	2002		
62,5	6,1	6,3	17,6	31,0	4,7	72,0	25,4	46,6	36,4	-	0,5	0,1	2003 Juni		
62,5	5,9	6,0	17,7	30,8	4,6	73,1	26,0	47,2	37,3	-	0,5	0,1	Sept.		
62,7	5,7	5,6	18,0	30,4	4,5	73,2	26,2	47,0	37,1	-	0,6	0,1	Dez.		
61,9	5,5	5,8	18,1	29,6	4,2	72,3	25,6	46,7	37,3	-	0,6	0,1	2004 März		
63,7	6,8	6,4	17,5	30,0	4,1	73,7	26,5	47,2	38,1	-	0,5	0,1	Juni		
													Langfristige Kredite		
531,3	141,1	23,4	145,6	371,3	53,7	806,0	674,0	132,0	74,4	-	12,1	3,5	2001		
542,8	139,0	24,0	155,8	366,8	52,8	829,8	695,3	134,6	76,6	-	12,1	3,4	2002		
540,7	138,4	24,3	155,6	361,8	52,2	840,1	698,6	141,5	75,5	-	12,0	3,4	2003 Juni		
540,1	138,4	24,2	155,9	360,4	51,2	849,2	704,7	144,5	76,5	-	11,9	3,4	Sept.		
540,0	137,1	23,8	158,0	357,2	50,4	856,5	713,4	143,1	79,1	-	11,9	3,4	Dez.		
537,9	136,0	23,6	158,6	352,7	49,3	857,6	711,8	145,8	79,6	-	11,7	3,2	2004 März		
539,6	141,5	24,0	155,8	352,0	49,3	864,1	717,8	146,3	80,6	-	11,7	3,2	Juni		
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt		
- 2,2	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	- 3,2	- 1,0	+ 8,4	+ 6,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	2003 2.Vj.		
- 3,1	- 1,2	- 0,1	- 0,5	- 2,4	- 1,4	+ 10,8	+ 8,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,0	3.Vj.		
- 4,2	- 0,5	- 4,6	+ 0,4	- 4,8	- 1,9	+ 6,0	+ 7,6	- 1,6	+ 0,4	+ 1,6	- 0,1	- 0,0	4.Vj.		
- 8,8	- 2,1	- 0,3	- 0,7	- 6,6	- 1,2	- 3,1	+ 0,6	- 3,7	+ 0,5	- 1,5	- 0,1	- 0,2	2004 1.Vj.		
+ 0,5	+ 2,4	+ 1,9	- 1,6	- 0,9	- 0,3	+ 7,4	+ 5,8	+ 1,6	+ 2,1	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	2.Vj.		
													Kurzfristige Kredite		
- 1,4	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,3	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	2003 2.Vj.		
- 2,3	- 0,8	+ 0,4	- 1,5	- 1,2	- 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	3.Vj.		
- 4,4	- 0,0	+ 3,7	- 0,9	- 1,1	- 1,5	- 1,3	- 0,1	- 1,2	+ 0,0	+ 1,6	- 0,2	+ 0,0	4.Vj.		
- 6,3	- 0,7	- 0,4	- 1,8	- 2,3	+ 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 2,4	- 0,2	- 1,5	+ 0,1	-	2004 1.Vj.		
- 2,7	+ 0,1	+ 0,7	- 2,0	- 0,7	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	- 0,0	2.Vj.		
													Mittelfristige Kredite		
- 1,0	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2003 2.Vj.		
- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,9	-	+ 0,0	- 0,0	3.Vj.		
+ 0,3	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	- 0,4	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	-	+ 0,1	+ 0,0	4.Vj.		
- 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	- 0,5	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	+ 0,2	-	- 0,0	- 0,0	2004 1.Vj.		
+ 2,2	+ 1,3	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	-	- 0,0	+ 0,0	2.Vj.		
													Langfristige Kredite		
+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	+ 0,5	- 2,7	- 0,6	+ 7,1	+ 6,3	+ 0,8	+ 0,9	-	- 0,0	- 0,0	2003 2.Vj.		
- 0,6	- 0,3	- 0,2	+ 0,7	- 1,0	- 0,7	+ 9,2	+ 8,0	+ 1,2	+ 1,1	-	- 0,1	- 0,0	3.Vj.		
- 0,1	- 0,2	- 0,4	+ 1,0	- 3,3	- 0,3	+ 7,3	+ 7,5	- 0,2	+ 0,5	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.		
- 2,1	- 1,1	- 0,2	+ 0,7	- 3,9	- 1,0	- 0,4	+ 0,5	- 1,0	+ 0,5	-	- 0,2	- 0,2	2004 1.Vj.		
+ 1,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,0	+ 6,1	+ 5,1	+ 1,0	+ 1,3	-	- 0,1	+ 0,0	2.Vj.		

2 Einschl. Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Zugl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 4 Einschl. Einzelkaufleute. — 5 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den

Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	2 034,0	526,4	827,0	268,7	558,3	10,3	548,0	574,5	106,0	43,3	26,2	3,1		
2002	2 085,9	575,6	830,6	258,3	572,3	8,8	563,5	575,3	104,4	42,1	27,9	1,5		
2003	2 140,3	624,0	825,7	237,8	587,9	8,3	579,6	590,3	100,3	40,5	30,4	9,3		
2003 Sept.	2 112,3	608,8	825,4	240,3	585,1	7,9	577,2	578,3	99,9	41,5	30,1	11,6		
Okt.	2 114,7	610,9	824,5	238,7	585,7	8,0	577,7	579,4	100,0	40,7	30,4	14,5		
Nov.	2 138,6	634,1	824,0	237,5	586,5	8,3	578,2	580,3	100,1	40,7	30,5	12,7		
Dez.	2 140,3	624,0	825,7	237,8	587,9	8,3	579,6	590,3	100,3	40,5	30,4	9,3		
2004 Jan.	2 137,5	632,2	814,3	225,0	589,3	8,3	581,0	590,6	100,3	40,3	30,7	9,8		
Febr.	2 141,8	635,4	814,8	223,4	591,4	8,3	583,1	591,5	100,1	40,5	30,8	10,4		
März	2 145,8	635,3	819,2	225,3	594,0	8,6	585,4	591,4	99,8	39,3	31,2	10,9		
April	2 154,0	644,0	819,6	220,8	598,8	8,5	590,3	591,2	99,2	39,0	31,3	10,6		
Mai	2 162,4	642,7	830,2	227,9	602,3	8,4	593,9	590,6	98,9	39,0	31,3	11,4		
Juni	2 158,3	643,5	826,2	220,4	605,8	8,2	597,5	590,0	98,7	38,8	31,4	9,9		
Juli	2 160,4	637,6	833,6	225,8	607,7	8,2	599,5	590,6	98,6	38,7	31,5	10,3		
Aug.	2 161,3	639,1	832,2	224,5	607,7	8,0	599,7	591,3	98,7	38,6	31,9	8,2		
Veränderungen *)														
2002	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	- 10,2	+ 14,3	- 1,5	+ 15,8	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	+ 1,8	- 1,6		
2003	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	- 20,3	+ 15,6	- 0,5	+ 16,1	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	+ 2,0	+ 7,8		
2003 Sept.	+ 0,8	+ 10,3	- 9,1	- 7,8	- 1,4	- 0,1	- 1,3	+ 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 0,1	+ 5,4		
Okt.	+ 2,5	+ 2,1	- 0,9	- 1,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 2,9		
Nov.	+ 23,8	+ 23,2	- 0,4	- 1,2	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	- 1,8		
Dez.	+ 1,7	- 10,1	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,4	- 0,0	+ 1,4	+ 10,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 3,4		
2004 Jan.	- 2,8	+ 8,2	- 11,4	- 12,9	+ 1,5	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	+ 0,5		
Febr.	+ 4,3	+ 4,1	- 0,4	- 2,5	+ 2,1	- 0,0	+ 2,1	+ 0,9	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,7		
März	+ 4,0	- 0,0	+ 4,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,3	+ 2,3	- 0,1	- 0,3	- 1,2	+ 0,4	+ 0,5		
April	+ 8,5	+ 8,7	+ 0,3	- 4,4	+ 4,8	- 0,1	+ 4,9	- 0,2	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	- 0,3		
Mai	+ 8,4	- 1,4	+ 10,6	+ 7,1	+ 3,5	- 0,1	+ 3,5	- 0,6	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,7		
Juni	- 4,1	+ 0,4	- 3,6	- 7,1	+ 3,5	- 0,2	+ 3,7	- 0,6	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 1,5		
Juli	+ 2,1	- 5,5	+ 7,0	+ 5,1	+ 1,9	- 0,1	+ 2,0	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5		
Aug.	+ 1,9	+ 1,5	- 0,4	- 1,3	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,4	- 2,2		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	122,7	16,1	102,3	37,7	64,5	1,2	63,3	2,3	2,1	36,6	1,4	-		
2002	113,9	16,6	93,3	30,9	62,4	0,9	61,5	2,1	1,9	36,3	1,2	-		
2003	108,1	17,8	86,6	29,1	57,5	0,5	57,0	2,0	1,7	34,9	1,1	-		
2003 Sept.	105,0	15,4	85,9	28,7	57,2	0,5	56,7	2,0	1,7	36,0	1,1	-		
Okt.	101,6	15,2	82,7	25,7	57,0	0,5	56,5	2,0	1,7	35,8	1,1	-		
Nov.	104,1	15,8	84,6	27,0	57,7	0,5	57,2	2,0	1,7	35,8	1,1	-		
Dez.	108,1	17,8	86,6	29,1	57,5	0,5	57,0	2,0	1,7	34,9	1,1	-		
2004 Jan.	106,3	16,1	86,6	29,8	56,8	0,5	56,3	2,0	1,7	34,8	1,2	-		
Febr.	107,4	16,6	87,2	30,0	57,1	0,5	56,7	2,1	1,6	34,8	1,2	-		
März	106,4	17,6	85,0	28,6	56,4	0,9	55,6	2,2	1,6	33,5	1,0	-		
April	105,8	17,3	84,7	28,6	56,2	0,9	55,3	2,2	1,6	33,3	1,1	-		
Mai	108,9	18,5	86,6	30,6	56,0	0,9	55,0	2,2	1,6	33,2	1,0	-		
Juni	111,4	20,0	87,5	32,1	55,4	0,9	54,5	2,2	1,6	33,1	1,1	-		
Juli	109,5	18,5	87,0	31,5	55,5	0,9	54,6	2,4	1,6	33,0	1,0	-		
Aug.	108,6	18,7	85,8	31,2	54,7	0,9	53,8	2,4	1,6	33,0	1,0	-		
Veränderungen *)														
2002	- 8,6	+ 0,5	- 8,7	- 6,6	- 2,1	- 0,3	- 1,8	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	-		
2003	- 4,8	+ 1,2	- 5,7	- 1,6	- 4,1	- 0,4	- 3,7	- 0,1	- 0,2	- 1,6	- 0,1	-		
2003 Sept.	- 2,6	+ 0,7	- 3,3	- 2,1	- 1,2	+ 0,0	- 1,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	-		
Okt.	- 3,4	- 0,2	- 3,2	- 3,0	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	-		
Nov.	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,1	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,6	-	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-		
Dez.	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,9	- 0,0	-		
2004 Jan.	- 1,8	- 1,7	- 0,0	+ 0,7	- 0,7	- 0,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Febr.	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	+ 0,4	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
März	- 1,0	+ 1,0	- 2,1	- 1,4	- 0,7	+ 0,4	- 1,1	+ 0,1	- 0,0	- 1,3	- 0,1	-		
April	- 0,6	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	-		
Mai	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,1	- 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	-		
Juni	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,5	- 0,6	- 0,0	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	-		
Juli	- 1,9	- 1,5	- 0,5	- 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	-		
Aug.	- 0,0	+ 0,2	- 0,2	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	-		

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	1 911,3	510,4	724,7	231,0	493,7	9,1	484,6	572,3	103,9	6,6	24,8	3,1		
2002	1 972,0	559,0	737,3	227,5	509,8	7,9	502,0	573,2	102,5	5,8	26,6	1,5		
2003	2 032,2	606,2	739,1	208,7	530,4	7,8	522,6	588,3	98,6	5,7	29,3	9,3		
2003 Sept.	2 007,3	593,4	739,5	211,6	527,9	7,4	520,5	576,2	98,1	5,5	29,0	11,6		
Okt.	2 013,1	595,7	741,8	213,0	528,7	7,5	521,2	577,4	98,3	5,0	29,2	14,5		
Nov.	2 034,5	618,3	739,4	210,6	528,8	7,8	521,0	578,3	98,4	4,9	29,4	12,7		
Dez.	2 032,2	606,2	739,1	208,7	530,4	7,8	522,6	588,3	98,6	5,7	29,3	9,3		
2004 Jan.	2 031,1	616,1	727,7	195,2	532,6	7,8	524,7	588,6	98,7	5,6	29,6	9,8		
Febr.	2 034,3	618,8	727,6	193,4	534,3	7,8	526,4	589,4	98,5	5,7	29,6	10,4		
März	2 039,3	617,7	734,2	196,7	537,6	7,7	529,8	589,2	98,2	5,8	30,1	10,9		
April	2 048,2	626,8	734,9	192,3	542,7	7,6	535,0	589,0	97,5	5,8	30,2	10,6		
Mai	2 053,5	624,2	743,6	197,3	546,3	7,5	538,8	588,3	97,3	5,8	30,2	11,4		
Juni	2 046,8	623,4	738,7	188,3	550,4	7,4	543,0	587,7	97,1	5,7	30,4	9,9		
Juli	2 050,9	619,0	746,6	194,3	552,2	7,3	545,0	588,3	97,0	5,7	30,5	10,3		
Aug.	2 052,8	620,4	746,4	193,4	553,0	7,1	545,9	588,9	97,2	5,6	30,9	8,2		
Veränderungen *)														
2002	+ 60,3	+ 47,9	+ 12,8	- 3,6	+ 16,4	- 1,2	+ 17,5	+ 1,0	- 1,4	- 0,8	+ 2,0	- 1,6		
2003	+ 58,7	+ 47,2	+ 1,0	- 18,7	+ 19,7	- 0,1	+ 19,8	+ 15,1	- 4,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 7,8		
2003 Sept.	+ 3,5	+ 9,6	- 5,8	- 5,6	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 5,4		
Okt.	+ 5,9	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 2,9		
Nov.	+ 21,2	+ 22,6	- 2,5	+ 2,6	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,9	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	- 1,8		
Dez.	- 2,3	- 12,1	- 0,3	- 1,9	+ 1,5	- 0,0	+ 1,6	+ 10,0	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	- 3,4		
2004 Jan.	- 1,1	+ 9,9	- 11,4	- 13,6	+ 2,2	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5		
Febr.	+ 3,2	+ 3,6	- 1,0	- 2,7	+ 1,7	- 0,0	+ 1,7	+ 0,8	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,7		
März	+ 5,0	+ 1,1	+ 6,6	+ 3,3	+ 3,3	- 0,1	+ 3,4	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5		
April	+ 9,1	+ 9,0	+ 0,6	- 4,4	+ 5,0	- 0,1	+ 5,2	- 0,3	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,3		
Mai	+ 5,3	- 2,6	+ 8,7	+ 5,0	+ 3,7	- 0,1	+ 3,8	- 0,6	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,7		
Juni	- 6,7	- 1,2	- 4,6	- 8,6	+ 4,1	- 0,1	+ 4,2	- 0,6	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 1,5		
Juli	+ 4,1	- 4,0	+ 7,5	+ 5,7	+ 1,8	- 0,1	+ 1,9	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,5		
Aug.	+ 1,9	+ 1,4	- 0,2	- 1,0	+ 0,8	- 0,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	+ 0,4	- 2,2		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	668,4	180,0	461,3	91,7	369,6	2,9	366,8	4,3	22,8	6,4	14,3	3,1		
2002	700,4	194,6	479,4	99,2	380,2	1,5	378,7	4,4	22,0	5,6	15,8	1,5		
2003	730,8	205,8	498,1	102,1	396,0	1,6	394,4	4,8	22,1	5,4	17,3	9,3		
2003 Sept.	723,7	200,7	495,9	99,7	396,2	1,5	394,7	4,8	22,3	5,3	17,4	11,6		
Okt.	727,9	201,0	500,0	103,2	396,8	1,5	395,3	4,8	22,1	4,7	17,4	14,5		
Nov.	733,5	206,0	500,7	102,8	397,9	1,7	396,2	4,7	22,0	4,7	17,4	12,7		
Dez.	730,8	205,8	498,1	102,1	396,0	1,6	394,4	4,8	22,1	5,4	17,3	9,3		
2004 Jan.	726,6	211,6	488,2	90,4	397,9	1,8	396,1	4,9	21,9	5,3	17,4	9,8		
Febr.	723,7	207,6	489,3	90,0	399,3	1,8	397,5	5,1	21,7	5,4	17,4	10,4		
März	730,9	207,4	496,5	94,6	401,9	1,9	400,0	5,1	21,8	5,5	17,8	10,9		
April	740,0	213,5	499,5	92,7	406,8	2,0	404,9	5,2	21,8	5,5	17,8	10,6		
Mai	741,6	205,6	509,0	98,2	410,8	1,9	408,9	5,3	21,8	5,5	17,8	11,4		
Juni	737,6	204,6	506,2	91,6	414,5	1,9	412,7	5,1	21,7	5,5	18,0	9,9		
Juli	742,9	200,6	515,4	99,0	416,4	1,9	414,5	5,2	21,8	5,4	18,0	10,3		
Aug.	746,1	203,8	515,3	98,7	416,6	1,8	414,8	5,2	21,8	5,3	18,1	8,2		
Veränderungen *)														
2002	+ 31,1	+ 13,4	+ 18,3	+ 7,4	+ 10,9	- 1,3	+ 12,2	+ 0,1	- 0,7	- 0,8	+ 1,6	- 1,6		
2003	+ 29,6	+ 11,2	+ 17,9	+ 2,9	+ 15,0	+ 0,1	+ 14,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,4	+ 7,8		
2003 Sept.	+ 6,8	+ 11,1	- 4,1	- 3,5	- 0,6	- 0,1	- 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 5,4		
Okt.	+ 4,3	+ 0,3	+ 4,1	+ 3,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 2,9		
Nov.	+ 5,4	+ 5,0	+ 0,5	- 0,6	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,9	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 1,8		
Dez.	- 2,7	- 0,2	- 2,6	- 0,7	- 1,9	- 0,1	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	- 0,1	- 3,4		
2004 Jan.	- 4,2	+ 5,8	- 9,9	- 11,7	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5		
Febr.	- 2,9	- 3,1	+ 0,2	- 1,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,7		
März	+ 7,1	- 0,2	+ 7,2	+ 4,6	+ 2,6	+ 0,1	+ 2,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5		
April	+ 9,5	+ 6,1	+ 3,0	- 1,9	+ 4,9	+ 0,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,3		
Mai	+ 1,6	- 7,9	+ 9,4	+ 5,5	+ 4,0	- 0,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,7		
Juni	- 4,1	- 1,0	- 2,8	- 6,6	+ 3,7	- 0,0	+ 3,7	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 1,5		
Juli	+ 5,3	- 4,1	+ 9,2	+ 7,4	+ 1,8	- 0,1	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5		
Aug.	+ 3,4	+ 3,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	- 2,2		

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2001	1 242,9	330,4	320,1	55,8	220,9	43,4	10,2	263,4	242,9	36,3	182,4	24,2	
2002	1 271,6	364,5	352,8	61,3	241,4	50,0	11,7	257,9	238,3	35,2	180,5	22,6	
2003	1 301,4	400,4	388,1	66,9	265,1	56,1	12,3	241,0	222,1	29,2	174,5	18,4	
2004 März	1 308,5	410,3	397,0	67,5	270,8	58,6	13,3	237,8	219,8	28,2	173,7	17,9	
April	1 308,1	413,3	400,2	69,4	272,9	58,0	13,0	235,4	218,0	27,5	172,8	17,6	
Mai	1 311,9	418,6	405,9	69,4	278,2	58,4	12,7	234,7	216,8	26,7	172,6	17,5	
Juni	1 309,3	418,8	405,2	68,0	279,2	58,0	13,5	232,5	214,8	26,2	171,6	17,0	
Juli	1 308,0	418,5	405,5	70,1	277,9	57,5	13,0	231,2	214,1	26,2	171,4	16,6	
Aug.	1 306,7	416,6	403,5	70,6	275,5	57,4	13,1	231,0	214,1	26,3	171,3	16,5	
Veränderungen *)													
2002	+ 29,2	+ 34,5	+ 33,1	+ 5,6	+ 22,4	+ 5,1	+ 1,5	- 5,5	- 4,2	- 1,0	- 1,1	- 2,1	
2003	+ 29,2	+ 36,0	+ 35,3	+ 5,6	+ 23,7	+ 6,0	+ 0,6	- 16,9	- 16,2	- 6,0	- 6,0	- 4,2	
2004 März	- 2,1	- 0,9	- 1,4	- 1,7	+ 0,9	- 0,5	+ 0,4	- 0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,0	- 0,2	
April	- 0,3	+ 3,0	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,1	- 0,7	- 0,3	- 2,4	- 1,8	- 0,6	- 0,9	- 0,3	
Mai	+ 3,7	+ 5,4	+ 5,6	- 0,1	+ 5,3	+ 0,4	- 0,3	- 0,7	- 1,1	- 0,8	- 0,2	- 0,1	
Juni	- 2,6	- 0,2	- 1,0	- 1,4	+ 0,6	- 0,3	+ 0,8	- 1,7	- 1,7	- 0,5	- 0,6	- 0,5	
Juli	- 1,3	+ 0,1	+ 0,6	+ 2,1	- 1,1	- 0,5	- 0,5	- 1,7	- 1,0	- 0,1	- 0,5	- 0,4	
Aug.	- 1,5	- 1,9	- 2,0	+ 0,6	- 2,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2001	122,7	46,9	1,6	2,7	42,7	0,0	13,2	19,2	2,7	1,8	14,6	0,1	23,2		
2002	113,9	45,6	0,9	3,6	41,1	0,0	13,5	18,9	2,5	1,4	14,9	0,1	22,6		
2003	108,1	44,2	2,0	5,2	36,9	0,0	12,6	18,5	3,1	1,3	14,1	0,1	21,9		
2004 März	106,4	46,2	2,5	7,0	36,7	0,0	12,4	19,6	3,6	2,9	13,0	0,1	20,9		
April	105,8	46,2	2,5	7,2	36,5	0,0	12,6	19,6	3,5	3,0	13,0	0,1	20,4		
Mai	108,9	45,8	2,7	6,6	36,4	0,0	12,6	18,4	2,5	2,7	13,1	0,0	20,3		
Juni	111,4	47,1	2,8	8,2	36,0	0,0	12,6	21,2	4,8	3,4	12,9	0,1	20,2		
Juli	109,5	47,2	3,0	8,1	36,0	0,0	12,5	19,4	3,2	3,4	12,7	0,1	20,2		
Aug.	108,6	47,6	3,0	8,5	36,1	0,0	12,5	16,8	2,5	2,5	11,8	0,1	20,1		
Veränderungen *)															
2002	- 8,6	- 1,3	- 0,6	+ 0,9	- 1,6	+ 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	- 0,6		
2003	- 4,8	- 1,4	+ 1,1	+ 1,7	- 4,2	- 0,0	- 1,0	- 0,2	+ 0,5	+ 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,7		
2004 März	- 1,0	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 1,0		
April	- 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,5		
Mai	+ 3,0	- 0,4	+ 0,3	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,2	- 1,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,1		
Juni	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,6	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 2,8	+ 2,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,0	- 0,1		
Juli	- 1,9	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 1,8	- 1,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,0		
Aug.	- 0,0	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 1,6	- 0,7	- 0,9	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0		

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
20,6	139,3	124,1	6,2	117,9	568,0	558,6	9,4	81,1	0,2	10,5	-	2001	
19,6	128,3	129,6	6,3	123,3	568,8	559,9	8,9	80,4	0,2	10,8	-	2002	
18,9	106,7	134,3	6,1	128,2	583,5	574,3	9,2	76,5	0,2	12,0	-	2003	
18,0	102,1	135,7	5,9	129,8	584,1	574,7	9,4	76,3	0,2	12,4	-	2004 März	
17,4	99,6	135,8	5,6	130,2	583,8	574,3	9,5	75,7	0,2	12,4	-	April	
17,8	99,1	135,5	5,6	129,9	583,1	573,6	9,5	75,5	0,2	12,4	-	Mai	
17,7	96,7	135,8	5,5	130,4	582,6	573,1	9,5	75,4	0,2	12,4	-	Juni	
17,0	95,3	135,9	5,4	130,5	583,1	573,6	9,5	75,2	0,3	12,5	-	Juli	
16,9	94,6	136,4	5,3	131,1	583,7	574,1	9,6	75,4	0,3	12,8	-	Aug.	
Veränderungen *)													
- 1,3	- 10,9	+ 5,4	+ 0,1	+ 5,3	+ 0,9	+ 1,3	- 0,5	- 0,7	- 0,0	+ 0,3	-	2002	
- 0,7	- 21,6	+ 4,7	- 0,2	+ 4,9	+ 14,7	+ 14,4	+ 0,3	- 4,6	+ 0,0	+ 0,6	-	2003	
+ 0,2	- 1,3	+ 0,8	- 0,1	+ 0,9	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	-	2004 März	
- 0,6	- 2,5	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	-	April	
+ 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	-	Mai	
- 0,1	- 2,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	-	Juni	
- 0,7	- 1,7	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	-	Juli	
- 0,1	- 0,7	+ 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2	-	Aug.	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
27,8	9,2	13,8	1,8	3,1	0,2	28,7	2,7	19,5	5,4	1,1	0,1	2001
27,6	10,5	12,2	2,0	3,0	0,2	21,7	2,7	13,7	4,5	0,9	0,1	2002
24,8	9,9	10,1	1,9	2,8	0,2	20,6	2,8	12,5	4,5	0,8	0,0	2003
23,0	8,5	9,6	2,0	2,9	0,2	17,6	3,0	9,1	4,7	0,9	0,0	2004 März
22,8	8,8	9,1	2,0	2,9	0,2	17,2	2,5	9,3	4,6	0,9	0,0	April
24,8	10,2	9,7	2,0	2,9	0,2	19,9	3,0	11,5	4,5	0,9	0,0	Mai
23,8	9,4	9,6	2,0	2,9	0,3	19,3	3,0	10,9	4,5	0,9	0,0	Juni
23,9	9,6	9,3	2,0	3,0	0,2	19,1	2,8	10,6	4,8	0,9	0,0	Juli
25,5	10,2	10,3	2,0	3,0	0,3	18,6	3,0	9,9	4,8	0,9	0,0	Aug.
Veränderungen *)												
+ 0,0	+ 1,3	- 1,4	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 7,0	- 0,0	- 5,7	- 1,0	- 0,3	- 0,0	2002
- 2,8	- 0,5	- 2,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1	- 1,3	+ 0,9	- 0,1	- 0,0	2003
- 0,8	- 0,6	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,6	+ 0,5	- 1,2	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	2004 März
- 0,2	+ 0,3	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,4	- 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	April
+ 2,0	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,2	- 0,2	+ 0,0	-	Mai
- 1,0	- 0,8	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	Juni
+ 0,0	+ 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,0	-	Juli
+ 1,6	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	+ 0,0	-	Aug.

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €													
Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
	von Inländern				von Ausländern					Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2001	586,5	574,5	461,9	327,2	112,7	97,2	12,0	8,8	19,9	112,8	106,0	87,2	6,8
2002	586,2	575,3	472,8	343,5	102,4	88,5	10,9	8,1	17,6	111,3	104,4	86,3	6,9
2003	600,4	590,3	500,8	377,1	89,5	76,4	10,1	7,9	16,0	107,2	100,3	83,9	7,0
2004 April	601,0	591,2	504,4	383,5	86,8	75,0	9,9	7,8	0,3	106,0	99,2	84,7	6,9
Mai	600,4	590,6	504,6	384,3	86,0	74,2	9,8	7,8	0,3	105,7	98,9	84,8	6,8
Juni	599,7	590,0	504,3	385,1	85,6	73,8	9,7	7,8	0,3	105,4	98,7	84,9	6,8
Juli	600,3	590,6	504,9	387,4	85,7	74,0	9,7	7,8	0,3	105,3	98,6	85,1	6,7
Aug.	601,0	591,3	505,6	388,1	85,7	74,0	9,7	7,8	0,3	105,5	98,7	85,4	6,7
Veränderungen *)													
2002	- 0,3	+ 0,8	+ 11,0	+ 16,4	- 10,2	- 8,7	- 1,1	- 0,7	.	- 1,5	- 1,6	- 0,9	+ 0,1
2003	+ 14,2	+ 15,1	+ 28,0	+ 23,8	- 12,9	- 12,1	- 0,8	- 0,2	.	- 4,6	- 4,8	- 3,0	+ 0,1
2004 April	- 0,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,3	- 1,1	- 1,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,4	- 0,2	+ 0,3	- 0,1
Mai	- 0,7	- 0,6	+ 0,3	+ 0,8	- 0,9	- 0,8	- 0,1	- 0,0	.	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,1
Juni	- 0,7	- 0,6	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,1	- 0,0	.	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0
Juli	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,1
Aug.	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	.	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere								Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)			Nachrangig begebene		
	ins- gesamt 1)	darunter:				mit Laufzeit:			ins- gesamt	darunter mit Laufzeit:		börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 2)	Null- Kupon- Anlei- hen 2) 3)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 4) 5)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl. 1)	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl. 1)	über 2 Jahre 1)		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.			über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2001	1 472,3	324,0	16,3	144,1	17,6	46,5	124,9	1 300,9	5,8	3,7	1,0	1,2	43,3	2,4
2002	1 462,9	339,2	16,1	159,5	34,7	62,3	120,1	1 280,5	9,9	7,8	0,7	1,3	42,4	2,3
2003	1 490,1	353,4	20,8	177,5	39,0	70,1	105,2	1 314,8	2,4	0,6	0,5	1,2	40,2	3,2
2004 April	1 553,0	376,8	21,5	206,5	36,5	69,6	111,2	1 372,2	2,3	0,4	0,5	1,4	40,9	3,3
Mai	1 565,4	383,4	20,1	208,0	36,5	67,6	111,8	1 386,1	2,4	0,5	0,5	1,4	40,7	3,3
Juni	1 560,4	374,6	20,8	210,6	40,0	71,3	100,3	1 388,8	2,4	0,5	0,4	1,5	41,0	3,3
Juli	1 566,5	377,8	22,1	218,5	37,5	69,4	100,3	1 396,9	2,3	0,4	0,4	1,5	41,0	3,3
Aug.	1 568,8	382,2	21,3	218,5	42,4	69,9	99,2	1 399,8	2,5	0,6	0,4	1,5	41,4	3,5
Veränderungen *)														
2002	+ 9,1	+ 6,3	- 4,5	+ 12,1	+ 16,2	+ 14,2	+ 4,6	- 9,7	+ 4,8	+ 4,9	- 0,3	+ 0,2	- 1,9	- 0,1
2003	+ 19,6	+ 7,0	+ 4,7	+ 13,2	+ 3,2	+ 0,1	- 14,9	+ 34,4	+ 2,6	+ 2,9	- 0,2	- 0,1	- 1,5	+ 0,3
2004 April	+ 17,7	+ 6,1	- 0,6	+ 7,9	- 0,4	+ 1,2	+ 0,3	+ 16,1	- 0,2	- 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0
Mai	+ 12,4	+ 6,6	- 1,4	+ 1,6	+ 0,1	- 2,0	+ 0,5	+ 13,9	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0
Juni	- 5,1	- 8,8	+ 0,7	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,7	- 11,5	+ 2,7	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0
Juli	+ 6,2	+ 3,2	+ 1,3	+ 7,9	- 2,5	- 2,0	+ 0,0	+ 8,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1
Aug.	+ 2,2	+ 4,4	- 0,8	+ 0,0	- 0,5	+ 0,5	- 1,1	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,2

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Abgänge im Juni 2002 durch Übergang auf Nettoausweis des Umlaufs (d. h. Abzug der eigenen Schuldverschreibungen). Der statistische Bruch ist in den Veränderungen ausgeschaltet. — 2 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 3 Emissionswert bei Auflegung. — 4 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 5 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 3.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückkla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2003	27	172,9	30,1	0,1	10,6	37,3	63,6	8,6	11,3	0,4	29,3	106,8	4,0	7,1	7,2	105,5
2004 Juni	27	176,0	31,0	0,1	11,8	36,0	64,5	9,0	12,5	0,4	29,3	108,8	4,2	7,0	7,4	7,6
Juli	27	177,0	31,2	0,1	12,0	35,9	63,3	9,1	13,0	0,4	28,8	108,7	4,2	7,0	7,4	7,0
Aug.	27	177,3	30,7	0,1	12,0	35,6	63,7	9,2	13,6	0,4	28,9	108,9	4,2	7,0	7,4	6,7
Private Bausparkassen																
2004 Juni	16	127,4	24,7	0,0	5,9	23,0	46,6	8,2	8,4	0,3	21,5	74,0	4,0	7,0	4,7	4,9
Juli	16	128,6	25,1	0,0	6,0	22,9	45,4	8,3	9,0	0,3	21,4	73,9	4,0	7,0	4,7	4,4
Aug.	16	129,0	24,5	0,0	6,1	22,7	45,8	8,4	9,6	0,3	21,6	74,1	4,0	7,0	4,7	4,2
Öffentliche Bausparkassen																
2004 Juni	11	48,6	6,3	0,1	5,9	13,0	17,9	0,8	4,0	0,1	7,7	34,8	0,2	-	2,6	2,7
Juli	11	48,4	6,0	0,1	6,0	13,0	17,8	0,8	4,0	0,1	7,5	34,8	0,2	-	2,6	2,5
Aug.	11	48,3	6,1	0,0	5,9	12,9	17,9	0,8	4,0	0,1	7,3	34,9	0,2	-	2,6	2,5

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Woh- nungs- bau- prä- mien 12)		
	einge- zahlte Bauspar- be- träge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lun- gen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	dar- unter aus Zutei- lun- gen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lun- gen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal			
							Bauspareinlagen									Bauspardarlehen 9)	
							zu- sammen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfin- anzie- rungs- krediten								zu- sammen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfin- anzie- rungs- krediten
Alle Bausparkassen																	
2003	27,0	2,9	5,7	48,2	29,7	43,7	17,9	4,0	8,2	3,2	17,5	12,2	8,0	14,8	11,9	0,6	
2004 Juni	2,1	0,0	0,5	3,7	2,4	3,7	1,5	0,3	0,7	0,3	1,5	12,0	8,0	1,1	2,7	0,0	
Juli	2,0	0,0	0,5	4,0	2,8	4,1	1,7	0,5	0,9	0,4	1,5	11,6	8,0	1,0	0,1	0,1	
Aug.	1,9	0,0	0,4	2,9	2,0	3,0	1,2	0,3	0,5	0,2	1,3	11,2	7,9	1,0	0,0	0,0	
Private Bausparkassen																	
2004 Juni	1,4	0,0	0,3	2,6	1,5	2,6	1,0	0,2	0,4	0,2	1,2	7,3	4,0	0,8	1,8	0,0	
Juli	1,3	0,0	0,3	2,9	1,8	3,0	1,2	0,4	0,5	0,3	1,2	7,0	3,9	0,7	0,0	0,0	
Aug.	1,2	0,0	0,3	2,0	1,2	2,2	0,8	0,2	0,3	0,1	1,0	6,7	3,9	0,7	0,0	0,0	
Öffentliche Bausparkassen																	
2004 Juni	0,7	0,0	0,2	1,2	0,9	1,1	0,5	0,1	0,3	0,1	0,3	4,7	4,1	0,4	0,9	0,0	
Juli	0,7	0,0	0,2	1,2	1,0	1,1	0,5	0,1	0,3	0,1	0,3	4,6	4,0	0,3	0,0	0,0	
Aug.	0,6	0,0	0,2	0,9	0,8	0,9	0,4	0,1	0,2	0,1	0,2	4,5	4,0	0,3	0,0	0,0	

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

IV. Banken
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktiv- posi- tionen	
	deut- schen Banken (MFIs) mit Auslands- filialen bzw. Auslands- töchtern	Auslands- filialen 1) bzw. Auslands- töchter		ins- gesamt	Guthaben und Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- piere 2) 3)	ins- gesamt	Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- piere 2)		
					zu- sammen	deutsche Banken	auslän- dische Banken			zu- sammen	an deutsche Nichtbanken	darunter Unter- nehmen und Privat- personen			an auslän- dische Nicht- banken
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2001	68	216	1 689,3	870,6	761,6	213,6	548,0	109,0	744,9	549,0	20,6	17,2	528,4	195,9	73,9
2002	60	205	1 407,4	679,9	572,3	198,3	374,0	107,6	668,5	484,0	18,8	15,0	465,1	184,6	59,0
2003	55	202	1 294,1	599,0	522,9	185,6	337,3	76,1	632,7	438,0	19,0	16,8	419,0	194,7	62,5
2003 Okt.	55	200	1 368,7	621,8	540,7	168,3	372,5	81,1	680,1	476,0	20,0	16,5	456,0	204,1	66,8
Nov.	55	201	1 356,0	618,6	539,3	173,7	365,6	79,2	670,9	471,2	18,3	15,7	452,8	199,7	66,6
Dez.	55	202	1 294,1	599,0	522,9	185,6	337,3	76,1	632,7	438,0	19,0	16,8	419,0	194,7	62,5
2004 Jan.	55	202	1 390,3	647,7	566,3	191,5	374,8	81,3	673,5	472,8	19,2	16,9	453,6	200,8	69,1
Febr.	55	203	1 413,6	666,3	587,2	190,0	397,2	79,1	679,6	482,5	19,3	17,1	463,1	197,1	67,8
März	55	203	1 466,2	689,6	607,6	198,5	409,1	82,0	708,6	506,9	19,0	16,9	487,9	201,7	67,9
April	55	205	1 493,1	713,2	631,2	207,6	423,6	82,0	711,1	509,6	18,8	16,6	490,8	201,5	68,8
Mai	55	206	1 435,9	672,9	591,4	199,1	392,3	81,5	691,9	506,0	18,1	16,0	487,9	185,9	71,2
Juni	55	205	1 435,5	670,2	588,8	190,3	398,5	81,5	681,9	486,5	18,3	16,7	468,1	195,4	83,3
Juli	54	204	1 447,9	675,6	589,2	177,6	411,6	86,4	686,8	500,5	17,1	15,7	483,4	186,3	85,6
Veränderungen *)															
2002	- 8	- 11	-139,1	-133,4	-139,9	- 15,4	-124,5	+ 6,5	- 3,6	- 9,2	- 1,9	- 2,2	- 7,3	+ 5,7	- 2,2
2003	- 5	- 3	- 6,8	- 45,3	- 17,4	- 12,7	- 4,7	- 27,9	+ 22,5	- 2,5	+ 0,2	+ 1,7	- 2,7	+ 24,9	+ 15,9
2003 Okt.	+ 1	- 1	- 13,6	- 13,7	- 20,8	- 3,0	- 17,8	+ 7,1	- 6,4	- 8,9	+ 0,9	+ 0,2	- 9,8	+ 2,5	+ 6,5
Nov.	-	+ 1	+ 10,8	+ 4,9	+ 6,0	+ 5,5	+ 0,5	- 1,1	+ 3,8	+ 4,6	- 1,7	- 0,8	+ 6,3	- 0,8	+ 2,1
Dez.	-	+ 1	- 28,0	- 8,3	- 6,2	+ 11,9	- 18,0	- 2,2	- 19,6	- 19,5	+ 0,7	+ 1,0	- 20,2	- 0,1	- 0,1
2004 Jan.	-	-	+ 80,6	+ 42,7	+ 38,0	+ 6,0	+ 32,1	+ 4,7	+ 31,7	+ 28,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 28,0	+ 3,7	+ 6,2
Febr.	-	+ 1	+ 24,8	+ 19,5	+ 21,7	- 1,6	+ 23,2	- 2,2	+ 6,7	+ 9,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 9,5	- 3,0	- 1,3
März	-	-	+ 36,7	+ 16,7	+ 14,4	+ 8,5	+ 5,9	+ 2,4	+ 20,1	+ 18,3	- 0,3	- 0,3	+ 18,6	+ 1,8	- 0,2
April	-	+ 2	+ 19,9	+ 21,1	+ 21,4	+ 9,1	+ 12,3	- 0,2	- 1,9	- 0,7	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 1,2	+ 0,7
Mai	-	+ 1	- 44,9	- 36,0	- 35,8	- 8,5	- 27,4	- 0,1	- 13,0	+ 0,7	- 0,7	- 0,6	+ 1,4	- 13,7	+ 4,0
Juni	-	- 1	- 2,1	- 3,3	- 3,2	- 8,8	+ 5,6	- 0,1	- 10,7	- 19,9	+ 0,3	+ 0,6	- 20,1	+ 9,2	+ 12,0
Juli	- 1	- 1	+ 5,9	+ 3,3	- 1,4	- 12,7	+ 11,2	+ 4,7	+ 1,4	+ 11,2	- 1,3	- 1,0	+ 12,4	- 9,8	+ 1,3
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2001	46	200	811,5	342,4	262,8	105,7	157,1	79,6	382,2	293,1	51,9	47,7	241,2	89,2	87,0
2002	47	200	704,2	333,7	265,5	125,7	139,8	68,2	300,1	239,1	46,7	42,9	192,4	61,0	70,4
2003	46	179	645,8	307,2	246,4	127,3	119,1	60,7	277,0	213,8	41,5	37,9	172,3	63,3	61,6
2003 Okt.	46	187	652,0	308,5	244,4	128,1	116,3	64,1	272,2	206,3	39,3	36,9	167,0	65,9	71,4
Nov.	46	182	649,9	308,4	244,9	128,7	116,3	63,5	270,2	204,5	39,8	37,0	164,7	65,7	71,3
Dez.	46	179	645,8	307,2	246,4	127,3	119,1	60,7	277,0	213,8	41,5	37,9	172,3	63,3	61,6
2004 Jan.	46	177	618,1	295,8	233,1	115,2	117,9	62,7	263,3	199,1	41,6	37,9	157,5	64,2	59,0
Febr.	46	179	621,3	297,2	235,7	114,8	120,9	61,5	260,4	196,5	38,8	37,1	157,7	63,9	63,7
März	46	176	650,7	300,5	238,8	111,7	127,1	61,7	270,0	204,6	41,6	38,0	163,0	65,4	80,3
April	46	176	663,2	298,4	236,6	111,1	125,5	61,8	274,8	207,7	40,9	37,8	166,8	67,1	90,1
Mai	46	175	629,3	280,2	218,7	106,5	112,1	61,5	275,1	206,6	39,5	37,9	167,1	68,5	74,0
Juni	45	173	628,6	283,0	220,9	110,7	110,2	62,1	278,9	210,0	40,3	37,3	169,7	68,9	66,7
Juli	45	173	636,3	292,3	229,6	116,4	113,2	62,7	279,0	209,7	39,6	36,7	170,1	69,2	65,0
Veränderungen *)															
2002	+ 1	± 0	- 78,3	+ 6,7	+ 13,3	+ 20,0	- 6,7	- 6,6	- 70,0	- 42,0	- 5,2	- 4,8	- 36,8	- 28,1	- 15,0
2003	- 1	- 21	- 32,8	- 14,0	- 10,7	+ 1,6	- 12,3	- 3,3	- 11,9	- 14,2	- 5,2	- 5,0	- 9,0	+ 2,3	- 6,9
2003 Okt.	- 1	- 3	- 10,2	- 3,8	- 4,1	- 3,1	- 1,1	+ 0,3	- 2,6	- 3,6	- 1,0	- 0,5	- 2,6	+ 1,0	- 3,8
Nov.	-	- 5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,5	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	+ 0,3
Dez.	-	- 3	+ 2,7	+ 2,1	+ 3,7	- 1,4	+ 5,1	- 1,6	+ 9,5	+ 11,9	+ 1,6	+ 0,9	+ 10,3	- 2,4	- 8,9
2004 Jan.	-	- 2	- 30,7	- 13,1	- 14,4	- 12,1	- 2,3	+ 1,4	- 14,9	- 15,8	+ 0,1	+ 0,0	- 15,9	+ 0,9	- 2,8
Febr.	-	+ 2	+ 3,6	+ 1,5	+ 2,6	- 0,4	+ 3,0	- 1,1	- 2,6	- 2,3	- 2,8	- 0,7	+ 0,5	- 0,3	+ 4,7
März	-	- 3	+ 26,7	+ 1,8	+ 2,1	- 3,1	+ 5,2	- 0,3	+ 8,5	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,8	+ 4,3	+ 1,5	+ 16,4
April	-	-	+ 10,8	- 3,1	- 3,0	- 0,6	- 2,4	- 0,1	+ 3,9	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	+ 2,9	+ 1,7	+ 10,0
Mai	-	- 1	- 32,5	- 17,3	- 17,3	- 4,6	- 12,8	+ 0,1	+ 1,0	- 0,5	- 1,4	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,5	- 16,2
Juni	- 1	- 2	- 0,9	+ 2,7	+ 2,1	+ 4,2	- 2,0	+ 0,5	+ 3,7	+ 3,3	+ 0,8	- 0,6	+ 2,5	+ 0,4	- 7,2
Juli	-	-	+ 6,9	+ 8,9	+ 8,5	+ 5,7	+ 2,8	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	- 0,7	- 0,5	+ 0,1	+ 0,3	- 1,7

* Ab März 2000 einschl. Auslandsfilialen der Bausparkassen. „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises

werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite											Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	Sonstige Passiv-positio-nen 6)	Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)						auslän-dische Nicht-banken				
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)									
					zu-sammen	kurzfristig	mittel- und langfristig							
					zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen	zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											Auslandsfilialen			
1 271,3	855,3	194,0	661,2	416,0	57,4	54,2	51,2	3,2	3,0	358,6	316,8	24,0	77,2	2001
1 116,0	758,5	250,1	508,4	357,5	62,6	58,4	55,0	4,2	3,8	294,9	212,1	25,9	53,6	2002
1 076,8	727,6	267,1	460,5	349,2	66,2	60,6	56,8	5,7	5,4	283,0	139,4	30,5	47,4	2003
1 136,7	739,5	265,4	474,1	397,2	76,4	70,9	66,7	5,5	5,2	320,9	149,0	24,8	58,2	2003 Okt.
1 124,7	738,8	261,6	477,2	385,9	69,5	64,0	60,6	5,5	5,2	316,4	149,4	26,6	55,3	Nov.
1 076,8	727,6	267,1	460,5	349,2	66,2	60,6	56,8	5,7	5,4	283,0	139,4	30,5	47,4	Dez.
1 155,0	765,6	281,4	484,3	389,4	74,0	68,0	64,8	6,0	5,7	315,4	149,9	28,9	56,4	2004 Jan.
1 186,4	790,4	267,1	523,2	396,1	72,4	66,3	62,6	6,1	5,7	323,7	144,6	28,9	53,7	Febr.
1 227,8	808,2	273,9	534,3	419,5	71,8	65,6	62,4	6,1	5,7	347,8	155,4	28,1	55,0	März
1 249,4	822,6	275,2	547,4	426,8	69,1	62,9	58,7	6,3	5,9	357,7	157,4	28,1	58,2	April
1 193,8	776,0	268,5	507,5	417,9	65,0	58,3	54,4	6,7	6,3	352,9	155,3	27,8	59,0	Mai
1 187,6	775,6	267,1	508,5	412,0	65,9	59,2	55,8	6,7	6,4	346,1	160,2	28,0	59,7	Juni
1 199,1	774,5	261,5	513,0	424,6	69,2	62,0	58,9	7,1	6,8	355,4	161,9	28,0	58,9	Juli
Veränderungen *)											Auslandstöchter			
- 53,4	+ 31,7	+ 56,0	- 87,7	- 21,7	+ 5,2	+ 4,2	+ 3,8	+ 1,0	+ 0,8	- 26,9	-104,8	+ 1,8	+ 17,2	2002
+ 34,4	+ 12,6	+ 17,0	- 4,4	+ 21,8	+ 3,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 18,1	- 72,6	+ 4,6	+ 26,8	2003
- 8,3	- 11,4	- 9,2	- 2,1	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,8	+ 0,1	- 4,6	2003 Okt.
+ 4,4	+ 8,8	- 3,7	+ 12,5	- 4,4	- 6,9	- 6,9	- 6,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,5	+ 0,5	+ 1,8	+ 4,1	Nov.
- 23,4	+ 2,8	+ 5,5	- 2,7	- 26,2	- 3,3	- 3,5	- 3,9	+ 0,2	+ 0,2	- 22,9	- 10,0	+ 3,9	+ 1,4	Dez.
+ 66,6	+ 31,0	+ 14,2	+ 16,8	+ 35,5	+ 7,8	+ 7,4	+ 8,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 27,8	+ 10,5	- 1,5	+ 5,1	2004 Jan.
+ 31,9	+ 25,5	- 14,2	+ 39,7	+ 6,4	- 1,6	- 1,7	- 2,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 8,0	- 5,3	- 0,0	- 1,7	Febr.
+ 29,7	+ 10,0	+ 6,8	+ 3,2	+ 19,6	- 0,6	- 0,6	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 20,3	+ 10,8	- 0,8	- 2,9	März
+ 14,8	+ 10,7	+ 1,3	+ 9,5	+ 4,1	- 2,7	- 2,8	- 3,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,8	+ 2,1	- 0,0	+ 3,0	April
- 47,3	- 41,3	- 6,7	- 34,6	- 6,0	- 4,1	- 4,6	- 4,3	+ 0,4	+ 0,4	- 1,8	- 2,2	- 0,2	+ 4,7	Mai
- 7,2	- 1,2	- 1,4	+ 0,2	- 6,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,0	+ 0,1	- 7,0	+ 4,9	+ 0,2	+ 0,0	Juni
+ 6,4	- 3,9	- 5,7	+ 1,8	+ 10,2	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 7,0	+ 1,7	+ 0,0	- 2,2	Juli
576,5	362,5	79,2	283,3	214,0	36,4	32,5	23,9	3,9	3,8	177,6	99,8	47,3	87,9	2001
503,5	307,7	99,5	208,2	195,7	27,0	22,5	21,1	4,5	4,5	168,7	78,4	43,0	79,3	2002
467,9	283,1	99,8	183,3	184,8	29,9	25,9	24,0	4,0	3,9	155,0	68,2	41,3	68,4	2003
469,3	288,2	92,9	195,3	181,1	29,6	25,4	23,5	4,3	4,2	151,5	71,0	40,1	71,6	2003 Okt.
469,7	291,3	94,9	196,5	178,3	31,0	26,8	24,4	4,2	4,2	147,3	71,9	39,2	69,1	Nov.
467,9	283,1	99,8	183,3	184,8	29,9	25,9	24,0	4,0	3,9	155,0	68,2	41,3	68,4	Dez.
444,3	263,0	86,3	176,7	181,3	30,0	26,0	25,7	4,0	3,9	151,3	67,9	38,3	67,6	2004 Jan.
447,4	263,5	86,0	177,4	183,9	30,1	26,1	25,7	4,0	3,9	153,8	68,3	39,0	66,7	Febr.
470,2	273,7	88,0	185,7	196,5	32,6	28,7	28,3	3,9	3,8	163,9	71,1	39,2	70,2	März
480,6	297,0	75,6	221,4	183,6	30,0	26,2	25,8	3,9	3,8	153,6	70,7	39,4	72,4	April
451,1	271,9	75,7	196,3	179,2	28,5	24,7	24,2	3,8	3,7	150,7	70,6	39,2	68,5	Mai
449,2	273,7	81,0	192,6	175,5	29,4	25,6	25,1	3,8	3,7	146,1	70,3	39,5	69,6	Juni
457,0	279,0	83,1	195,9	178,0	30,0	26,1	25,3	3,9	3,9	148,0	71,4	39,9	68,0	Juli
Veränderungen *)											Auslandstöchter			
- 47,1	- 37,4	+ 20,3	- 57,8	- 9,7	- 9,4	- 10,0	- 2,9	+ 0,6	+ 0,6	- 0,3	- 21,4	- 4,4	- 5,4	2002
- 13,8	- 10,3	+ 0,3	- 10,6	- 3,5	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,9	- 0,5	- 0,5	- 6,3	- 10,3	- 1,6	- 7,2	2003
- 9,7	- 4,7	- 2,9	- 1,9	- 5,0	- 0,2	- 0,3	- 1,8	+ 0,1	+ 0,1	- 4,8	+ 1,7	- 0,6	- 1,6	2003 Okt.
+ 4,0	+ 5,4	+ 2,0	+ 3,4	- 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,9	- 0,0	- 0,0	- 2,8	+ 0,9	- 0,9	- 1,8	Nov.
+ 4,0	- 4,4	+ 4,9	- 9,3	+ 8,4	- 1,2	- 0,9	- 0,5	- 0,3	- 0,3	+ 9,5	- 3,7	+ 2,1	+ 0,3	Dez.
- 26,1	- 21,4	- 13,5	- 7,9	- 4,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,7	- 0,0	- 0,0	- 4,7	- 0,3	- 3,0	- 1,4	2004 Jan.
+ 3,2	+ 0,7	- 0,2	+ 0,9	+ 2,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 2,5	+ 0,4	+ 0,7	- 0,6	Febr.
+ 20,8	+ 9,0	+ 1,9	+ 7,1	+ 11,9	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	- 0,1	- 0,1	+ 9,3	+ 2,8	+ 0,2	+ 2,9	März
+ 8,8	+ 22,5	- 12,4	+ 34,9	- 13,7	- 2,6	- 2,6	- 2,5	- 0,0	- 0,1	- 11,1	- 0,4	+ 0,3	+ 2,2	April
- 28,0	- 24,1	+ 0,1	- 24,2	- 3,9	- 1,5	- 1,4	- 1,6	- 0,1	- 0,1	- 2,4	- 0,2	- 0,3	- 4,0	Mai
- 2,1	+ 1,6	+ 5,4	- 3,8	- 3,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,0	- 4,6	- 0,2	+ 0,3	+ 1,1	Juni
+ 7,1	+ 5,0	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,4	- 1,6	Juli

angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsen-

fähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

V. Mindestreserven
**1. Reservesätze
Deutschland**

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

 Durchschnitt
im Monat 1)

	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

 Erfüllungs-
periode
beginnend
im Monat 1)

	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kre- ditinstitute auf Girokonten 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschrei- tungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2004 Febr. 8)	–	–	–	–	–	–	–
März	6 756,2	135,1	0,5	134,6	135,3	0,7	0,0
April	6 747,2	134,9	0,5	134,4	135,0	0,6	0,0
Mai	6 847,2	136,9	0,5	136,4	137,1	0,7	0,0
Juni	6 925,3	138,5	0,5	138,0	138,8	0,8	0,0
Juli	6 949,1	139,0	0,5	138,5	139,1	0,6	0,0
Aug.	6 963,2	139,3	0,5	138,7	139,3	0,6	0,0
Sept. p)	138,7	139,3	0,6	...
Okt.
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2004 Febr. 8)	–	–	–	–	–	–	–
März	1 885 245	37 705	217	37 488	37 784	296	3
April	1 883 341	37 667	216	37 451	37 681	230	0
Mai	1 911 592	38 232	216	38 016	38 331	315	1
Juni	1 913 668	38 273	216	38 058	38 465	407	4
Juli	1 914 325	38 287	214	38 073	38 336	263	1
Aug.	1 890 399	37 808	213	37 595	37 860	265	1
Sept. p) 9)	1 875 073	37 501	212	37 290	37 543	253	...
Okt. p)	1 870 662	37 413	211	37 203

1 Bis Dezember 2003 begann die Mindestreserveerfüllungsperiode des Eurosystem-Mindestreservesystems am 24. eines jeden Monats und endete am 23. des Folgemonats (Dauer der ersten Mindestreserveerfüllungsperiode vom 1. Januar 1999 bis 23. Februar 1999). Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. Für den Übergang galt eine verlängerte Mindestreserveerfüllungsperiode vom 24. Januar 2004 bis 9. März 2004. — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs.

1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht. — 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 8 Auf Grund der Änderungen im geldpolitischen Handlungsrahmen begann im Monat Februar 2004 keine Mindestreserveerfüllungsperiode. — 9 Die Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität
1999 1. Jan.	2,00	3,00	4,50	2002 6. Dez.	1,75	2,75	3,75
4. Jan.	2,75	3,00	3,25	7. März	1,50	2,50	3,50
22. Jan.	2,00	3,00	4,50	6. Juni	1,00	2,00	3,00
9. April	1,50	2,50	3,50				
5. Nov.	2,00	3,00	4,00				
2000 4. Febr.	2,25	3,25	4,25				
17. März	2,50	3,50	4,50				
28. April	2,75	3,75	4,75				
9. Juni	3,25	4,25	5,25				
1. Sept.	3,50	4,50	5,50				
6. Okt.	3,75	4,75	5,75				
2001 11. Mai	3,50	4,50	5,50				
31. Aug.	3,25	4,25	5,25				
18. Sept.	2,75	3,75	4,75				
9. Nov.	2,25	3,25	4,25				

% p.a.

Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß DÜG 2)	Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß BGB 3)
1999 1. Jan.	2,50	2002 1. Jan.	2,57
1. Mai	1,95	1. Juli	2,47
2000 1. Jan.	2,68	2003 1. Jan.	1,97
1. Mai	3,42	1. Juli	1,22
1. Sept.	4,26	2004 1. Jan.	1,14
2001 1. Sept.	3,62	1. Juli	1,13
2002 1. Jan. bis 3. April	2,71		

1 Bis 21. Juni 2000 Mengentender, ab 28. Juni 2000 Zinstender zum Mindestbietungssatz. — 2 Gemäß Diskontsatz-Überleitungsgesetz (DÜG) i.V. mit der

Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung. — 3 Gemäß § 247 BGB.

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	% p.a.	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	
Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
2004 1. Sept.	343 768	254 000	—	2,00	2,02	7
8. Sept.	326 708	252 500	—	2,00	2,02	7
15. Sept.	332 636	253 000	—	2,00	2,02	7
22. Sept.	331 112	262 500	—	2,00	2,02	7
29. Sept.	327 330	259 000	—	2,00	2,02	7
5. Okt.	325 420	255 500	—	2,00	2,02	7
12. Okt.	338 406	244 500	—	2,00	2,02	8
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte						
2004 1. Juli	37 698	25 000	—	—	2,06	91
29. Juli	40 354	25 000	—	—	2,07	91
26. Aug.	37 957	25 000	—	—	2,06	91
30. Sept.	37 414	25 000	—	—	2,06	84

Quelle: EZB. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				EURIBOR 3)						
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld		EONIA 2)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Neun- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
	Monats- durch- schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats- durch- schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monatsdurchschnitte						
2004 März	2,01	1,80 – 2,08	2,01	1,92 – 2,06	2,01	2,05	2,04	2,03	2,02	2,02	2,06
April	2,07	2,00 – 2,80	2,03	1,92 – 2,07	2,08	2,05	2,05	2,05	2,06	2,11	2,16
Mai	2,02	1,55 – 2,30	2,07	2,04 – 2,09	2,02	2,05	2,06	2,09	2,14	2,21	2,30
Juni	2,03	1,70 – 2,20	2,09	2,05 – 2,12	2,03	2,07	2,08	2,11	2,19	2,29	2,40
Juli	2,06	2,02 – 2,45	2,10	2,08 – 2,12	2,07	2,07	2,08	2,12	2,19	2,26	2,36
Aug.	2,04	1,85 – 2,12	2,09	2,07 – 2,11	2,04	2,07	2,08	2,11	2,17	2,22	2,30
Sept.	2,05	1,95 – 2,50	2,10	2,07 – 2,15	2,05	2,07	2,08	2,12	2,20	2,28	2,38

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate veröffentlicht wird. — 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion *)

a) Bestände ^{o)}

Effektivzinssatz % p.a. ¹⁾

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		
	mit vereinbarter Laufzeit		mit Laufzeit		Wohnungsbaukredite			Konsumentenkredite und sonstige Kredite					
	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2003 Dez.	1,97	3,54	2,14	4,25	5,09	4,88	5,14	8,04	7,05	6,00	4,56	4,23	4,66
2004 Jan.	1,94	3,36	2,09	4,28	5,05	4,89	5,11	8,15	7,02	5,92	4,58	4,07	4,56
Febr.	1,93	3,42	2,09	4,22	5,01	4,91	5,11	8,13	7,16	5,95	4,62	4,06	4,58
März	1,92	3,32	2,08	4,17	4,98	4,82	5,03	8,05	7,17	5,89	4,56	3,96	4,61
April	1,90	3,35	2,09	4,17	4,90	4,75	5,01	8,03	7,08	5,85	4,51	3,91	4,59
Mai	1,89	3,28	2,07	4,15	4,89	4,73	4,99	7,99	7,04	5,82	4,50	3,87	4,55
Juni	1,89	3,27	2,09	4,11	4,87	4,69	4,97	7,93	6,99	5,80	4,47	3,89	4,53
Juli	1,89	3,25	2,10	4,10	4,90	4,63	4,94	7,94	6,98	5,76	4,48	3,88	4,50
Aug.	1,89	3,22	2,13	4,02	4,88	4,58	4,91	7,94	6,95	5,77	4,46	3,85	4,48

b) Neugeschäft ^{+))}

Effektivzinssatz % p.a. ¹⁾

Erhebungs- zeitraum	Einlagen privater Haushalte						Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften					
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist			täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			
		bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 3 Monate	von über 3 Monaten	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren		
2003 Dez.	0,69	1,89	2,40	2,41	2,02	2,68	0,86	2,00	2,42	3,35		
2004 Jan.	0,69	1,91	2,37	2,74	2,03	2,65	0,93	1,99	2,07	3,12		
Febr.	0,69	1,88	2,16	2,45	2,02	2,63	0,86	1,98	2,21	3,59		
März	0,70	1,92	2,15	2,34	2,00	2,59	0,86	1,96	2,11	3,35		
April	0,70	1,92	2,14	2,44	2,02	2,57	0,85	1,97	2,00	3,50		
Mai	0,70	1,85	2,16	2,41	2,00	2,55	0,86	1,96	2,06	3,75		
Juni	0,70	1,88	2,23	2,40	2,00	2,55	0,87	1,99	2,27	3,79		
Juli	0,70	1,91	2,22	2,53	1,99	2,55	0,86	1,99	2,59	4,00		
Aug.	0,71	1,91	2,19	2,66	2,00	2,53	0,87	1,99	2,36	3,99		

Erhebungs- zeitraum	Kredite an private Haushalte												
	Über- ziehungskredite 2)	Konsumentenkredite				Wohnungsbaukredite				Sonstige Kredite			
		insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren bis 10 Jahre	von über 10 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	
2003 Dez.	9,69	7,71	7,66	6,43	7,63	4,45	3,63	4,17	5,02	4,95	3,85	5,00	5,08
2004 Jan.	9,87	8,32	7,62	7,04	8,49	4,49	3,63	4,30	5,02	4,92	4,05	5,12	5,16
Febr.	9,81	8,16	7,43	6,91	8,44	4,35	3,55	4,23	4,97	4,84	4,10	5,07	5,05
März	9,72	8,01	7,34	6,80	8,28	4,28	3,47	4,14	4,86	4,78	3,94	5,06	4,97
April	9,73	7,82	7,31	6,60	8,22	4,27	3,42	4,05	4,78	4,68	3,86	4,89	4,92
Mai	9,68	7,92	7,30	6,69	8,17	4,21	3,40	4,04	4,75	4,61	4,11	4,81	4,94
Juni	9,56	7,94	7,11	6,66	8,34	4,21	3,42	4,12	4,81	4,69	3,93	4,94	5,01
Juli	9,57	8,08	7,19	6,86	8,47	4,22	3,47	4,16	4,81	4,69	4,03	4,92	5,02
Aug.	9,62	8,26	7,67	6,89	8,54	4,34	3,50	4,19	4,86	4,65	3,91	5,07	5,02

Erhebungs- zeitraum	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
	Überziehungskredite	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung			Kredite über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2003 Dez.	5,58	4,04	4,84	4,81	3,12	3,41	4,32
2004 Jan.	5,67	4,06	4,86	4,81	3,01	3,37	4,29
Febr.	5,63	4,02	4,94	4,78	2,97	3,19	4,30
März	5,56	3,94	4,79	4,77	2,91	3,25	4,41
April	5,51	3,87	4,71	4,64	2,96	3,28	4,41
Mai	5,46	3,98	4,57	4,57	2,94	3,30	4,24
Juni	5,46	3,96	4,76	4,71	3,02	3,26	4,08
Juli	5,36	4,02	4,86	4,65	3,02	3,28	4,25
Aug.	5,36	4,06	4,89	4,73	2,99	3,12	4,30

Quelle: EZB. — Anmerkungen *, o und 1 s. S. 45; Anmerkung + s. S. 46. — 2 Effektiver Jahreszinssatz gemäß der Richtlinie 87/102/EWG, der die even-

tuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Aug.	2,04	135 705	3,24	187 639	2,05	80 491	5,03	28 452
Sept.	2,00	133 458	3,23	187 511	2,04	77 051	5,04	29 069
Okt.	1,99	131 553	3,22	187 892	2,02	80 075	5,02	29 052
Nov.	1,98	129 649	3,16	186 957	2,02	80 795	4,99	29 633
Dez.	2,00	128 564	3,16	190 465	2,05	74 309	4,98	29 363
2004 Jan.	1,97	126 519	3,14	191 301	2,00	65 515	4,97	29 816
Febr.	1,94	124 617	3,13	191 935	1,99	72 633	4,96	29 775
März	1,94	122 662	3,11	192 728	1,98	71 568	4,96	29 211
April	1,92	119 413	3,07	192 985	1,97	71 450	4,93	29 591
Mai	1,90	118 543	3,05	192 822	1,98	73 261	4,93	29 523
Juni	1,89	115 574	3,03	193 431	1,98	71 355	4,88	29 376
Juli	1,91	113 816	3,03	193 684	1,99	72 644	4,86	29 709
Aug.	1,91	112 858	3,03	194 632	2,00	70 571	4,82	29 782

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Laufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Aug.	5,54	7 963	5,15	32 709	5,87	877 688	8,91	87 862	6,40	71 011	6,34	333 305
Sept.	5,48	8 022	5,11	32 871	5,85	879 014	8,94	90 945	6,38	70 957	6,34	333 058
Okt.	5,50	7 772	5,07	33 146	5,83	882 447	8,89	89 093	6,36	70 809	6,32	332 152
Nov.	5,44	7 751	5,04	33 167	5,82	884 545	8,74	84 602	6,33	70 975	6,30	331 730
Dez.	5,55	7 756	5,01	33 052	5,79	886 159	8,90	88 558	6,35	70 446	6,28	329 925
2004 Jan.	5,43	7 641	4,97	32 907	5,78	885 875	8,87	84 977	6,32	69 872	6,27	328 719
Febr.	5,38	7 521	4,96	32 809	5,77	884 820	8,77	83 635	6,29	69 585	6,26	328 977
März	5,32	7 690	4,90	32 180	5,75	880 980	8,74	84 319	6,27	69 587	6,25	331 220
April	5,29	7 401	4,87	32 148	5,74	881 832	8,81	82 911	6,19	70 268	6,22	331 533
Mai	5,27	7 501	4,84	32 268	5,73	882 795	8,74	81 301	6,15	70 586	6,21	331 611
Juni	5,23	7 635	4,83	33 008	5,71	886 304	8,88	83 204	6,14	70 479	6,21	331 013
Juli	5,24	7 577	4,77	33 072	5,69	888 736	8,80	81 277	6,10	71 134	6,21	331 665
Aug.	5,24	7 478	4,75	33 203	5,68	890 886	8,77	80 999	6,07	71 478	6,20	331 011

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Laufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Aug.	4,89	188 935	4,54	88 871	5,40	489 036
Sept.	4,88	193 086	4,51	88 151	5,39	486 570
Okt.	4,83	188 707	4,48	88 246	5,37	487 573
Nov.	4,75	190 666	4,48	88 462	5,36	489 132
Dez.	4,84	187 742	4,46	87 966	5,33	488 777
2004 Jan.	4,82	181 660	4,40	88 474	5,30	487 166
Febr.	4,78	181 186	4,37	87 879	5,29	488 299
März	4,76	183 464	4,34	87 519	5,27	487 244
April	4,75	179 606	4,32	87 478	5,25	489 214
Mai	4,77	174 716	4,28	89 876	5,23	491 825
Juni	4,79	176 791	4,32	90 154	5,22	488 805
Juli	4,72	171 094	4,26	90 072	5,21	487 135
Aug.	4,68	170 136	4,21	90 723	5,19	487 903

* Gegenstand der EWU-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstitutionen (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur neuen Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankstatistik / EWU-Zinsstatistik) entnehmen. — ^o Die Bestände werden zeit-

punktbezogen zum Monatsultimo erhoben. — 1 Die Effektivzinssätze können grundsätzlich als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt werden. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — 6 Einschl. Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft *)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Aug.	1,05	394 794	2,07	25 650	2,59	627	2,68	1 378	2,08	490 805	2,92	88 948
Sept.	1,06	393 137	1,88	28 352	2,46	679	2,73	1 891	2,04	491 693	2,88	88 197
Okt.	1,07	394 958	1,94	28 477	2,47	986	2,93	3 332	2,20	492 668	2,76	88 289
Nov.	1,06	412 862	1,89	24 839	2,52	1 065	3,04	3 325	2,15	493 279	2,73	88 529
Dez.	1,08	400 936	1,89	29 428	2,84	1 512	2,91	2 519	2,17	502 167	2,72	89 528
2004 Jan.	1,10	405 052	1,92	30 791	2,78	1 542	3,15	3 852	2,18	503 431	2,68	88 506
Febr.	1,10	411 617	1,95	23 387	2,41	1 056	2,86	2 340	2,12	504 560	2,66	88 115
März	1,12	410 717	2,03	28 021	2,31	840	2,66	2 357	2,10	504 583	2,62	87 863
April	1,13	412 968	2,01	32 020	2,30	1 243	2,76	2 061	2,13	505 420	2,60	86 706
Mai	1,13	418 859	1,88	30 506	2,33	1 097	2,74	2 404	2,10	505 649	2,58	85 838
Juni	1,13	419 073	1,88	25 696	2,46	838	2,71	1 725	2,13	505 366	2,57	85 480
Juli	1,14	418 729	1,90	25 693	2,43	1 071	2,86	2 113	2,10	505 800	2,57	85 562
Aug.	1,16	416 992	1,96	24 546	2,50	701	3,12	2 459	2,11	506 415	2,56	85 491

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Aug.	1,16	118 994	2,00	40 582	2,52	187	3,68	2 473
Sept.	1,15	124 565	1,94	34 584	2,61	210	3,92	1 179
Okt.	1,15	127 129	1,93	40 008	2,41	156	4,02	4 523
Nov.	1,07	129 086	1,95	35 693	2,56	256	3,26	1 160
Dez.	1,05	138 713	1,96	36 247	2,76	360	4,09	1 075
2004 Jan.	1,16	136 443	1,92	35 633	2,43	174	3,90	823
Febr.	1,11	128 210	1,95	38 596	2,18	197	4,26	697
März	1,11	130 095	1,92	34 914	2,28	201	3,82	1 274
April	1,10	134 285	1,90	30 589	1,85	222	3,93	1 075
Mai	1,10	131 703	1,92	32 753	2,44	115	4,24	1 535
Juni	1,09	134 255	1,92	31 971	2,59	163	4,22	1 273
Juli	1,08	131 254	1,95	32 273	3,10	334	4,25	2 601
Aug.	1,08	135 724	1,94	30 356	2,56	102	4,29	1 823

Kredite an private Haushalte													
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)								Sonstige Kredite mit anfänglicher Zinsbindung 5)					
insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
		effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.
2003 Aug.	7,73	5,57	1 388	6,36	4 844	8,66	3 658	3,84	7 060	4,96	1 461	5,03	2 316
Sept.	7,65	5,41	1 785	6,33	5 374	8,36	4 575	3,69	9 281	4,94	1 693	5,24	2 684
Okt.	7,52	5,26	2 631	6,33	5 096	8,42	4 398	3,73	11 515	5,00	3 368	5,26	2 543
Nov.	7,47	5,24	1 532	6,27	5 631	8,32	3 851	3,93	7 820	5,14	1 440	5,21	2 004
Dez.	6,90	5,02	1 541	5,80	5 234	7,81	3 701	3,57	12 315	4,93	2 578	5,13	3 978
2004 Jan.	8,01	5,30	1 427	6,62	4 233	9,00	3 746	3,85	8 611	5,08	1 992	5,27	1 998
Febr.	7,98	4,98	1 308	6,50	4 963	9,08	3 539	3,85	5 613	5,04	1 588	5,07	2 112
März	7,83	5,28	1 553	6,29	5 806	8,88	4 494	3,69	8 974	5,11	2 037	5,00	3 549
April	7,56	5,05	1 664	6,08	6 345	8,86	4 074	3,50	9 264	4,92	1 658	5,00	2 903
Mai	7,77	5,21	1 147	6,21	5 257	8,94	3 147	3,94	5 901	4,85	1 552	5,10	1 725
Juni	7,87	5,34	1 402	6,21	5 371	9,11	3 794	3,48	8 704	5,00	2 816	5,07	3 278
Juli	8,02	5,25	1 492	6,34	5 020	9,27	3 792	3,64	9 119	4,90	1 908	5,15	2 018
Aug.	8,13	5,42	1 090	6,44	5 187	9,16	3 038	3,52	8 837	5,07	1 379	5,17	1 365

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und Überziehungskredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet,

das sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Effektivzinssatz nach PANGV, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet. — 10 Ohne Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Überziehungskredite 11)		insgesamt	variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
Erhebungszeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	effektiver Jahreszinssatz 9) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Aug.	10,38	63 305	4,79	4,73	1 695	4,25	2 701	4,81	5 441	4,91	3 600
Sept.	10,47	64 592	4,90	4,63	2 033	4,52	3 166	4,96	6 143	5,03	3 584
Okt.	10,41	63 212	4,90	4,44	2 463	4,48	3 292	5,00	6 201	5,08	3 200
Nov.	10,27	59 790	5,00	4,68	1 866	4,62	2 903	5,07	5 368	5,12	3 108
Dez.	10,48	62 675	5,06	4,63	2 878	4,75	3 710	5,14	7 473	5,19	3 380
2004 Jan.	10,40	59 768	5,02	4,57	2 827	4,65	3 280	5,15	5 978	5,19	3 201
Febr.	10,40	57 555	4,95	4,56	1 999	4,61	2 457	5,06	4 262	5,03	2 628
März	10,38	57 884	4,85	4,43	2 504	4,48	3 240	4,99	5 417	4,98	2 983
April	10,36	56 755	4,76	4,26	2 706	4,32	3 127	4,91	5 106	4,95	2 964
Mai	10,35	55 144	4,80	4,49	2 079	4,37	2 736	4,91	4 497	4,94	2 865
Juni	10,38	56 024	4,83	4,49	2 314	4,32	3 479	4,96	5 292	5,09	2 934
Juli	10,35	54 012	4,84	4,26	3 233	4,51	3 279	4,92	5 963	5,11	2 873
Aug.	10,33	53 601	4,88	4,37	2 071	4,59	2 291	5,04	3 844	4,99	2 648

Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften								
Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)								
Überziehungskredite 11)		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungszeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Aug.	6,54	86 025	4,36	5 782	4,91	1 626	4,93	1 714
Sept.	6,40	88 489	4,52	7 119	5,00	1 205	5,02	1 671
Okt.	6,47	85 930	4,51	7 345	4,99	1 471	5,08	1 868
Nov.	6,36	88 429	4,47	7 001	5,20	1 146	4,95	1 215
Dez.	6,44	87 201	4,55	6 976	5,05	1 613	5,14	1 850
2004 Jan.	6,33	84 562	4,52	6 495	5,13	1 152	5,20	1 579
Febr.	6,26	86 480	4,58	6 151	5,12	1 510	5,04	1 068
März	6,22	87 095	4,44	7 140	5,00	1 262	5,20	1 385
April	6,11	84 844	4,43	6 733	4,89	1 419	5,04	1 211
Mai	6,27	81 810	4,52	6 616	5,00	987	4,93	1 186
Juni	6,23	84 291	4,54	7 185	4,98	1 268	5,19	1 509
Juli	6,21	80 484	4,62	7 193	5,01	1 360	5,05	1 171
Aug.	6,25	77 547	4,42	6 223	5,08	1 030	5,00	1 098

noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)						
variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungszeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Aug.	3,36	27 749	3,84	2 478	4,50	4 873
Sept.	3,24	34 013	3,84	3 239	4,72	4 921
Okt.	3,25	34 631	4,06	3 284	4,63	5 125
Nov.	3,16	35 610	3,90	3 669	4,73	4 434
Dez.	3,32	41 204	3,87	5 084	4,78	7 639
2004 Jan.	3,25	32 666	4,33	4 274	4,99	4 169
Febr.	3,24	26 802	3,60	2 681	4,58	3 317
März	3,20	35 662	3,85	3 509	4,85	5 627
April	3,25	30 662	3,79	3 034	4,57	5 536
Mai	3,26	26 670	3,93	3 403	4,79	4 593
Juni	3,26	32 704	3,93	3 754	4,63	5 444
Juli	3,27	35 348	3,91	4 012	4,89	4 475
Aug.	3,26	28 221	3,60	3 766	4,70	3 971

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 46*. — 11 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. — 12 Geschätzt. Der von

den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 13 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt
1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz					Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				ausländische Schuldverschreibungen 3)	Inländer				Ausländer 7)
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Indus- trie- obligati- onen	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)	
Mio DM											
1991	231 965	219 346	131 670	667	87 011	12 619	173 099	45 095	127 310	694	58 866
1992	291 762	284 054	106 857	175	177 376	7 708	170 873	132 236	37 368	1 269	120 887
1993	395 110	382 571	151 812	200	230 560	12 539	183 195	164 436	20 095	1 336	211 915
1994	303 339	276 058	117 185	65	158 939	27 281	279 989	126 808	154 738	1 557	23 349
1995	227 099	203 029	162 538	350	40 839	24 070	141 282	49 193	94 409	2 320	85 815
1996	254 359	233 519	191 341	649	41 529	20 840	148 250	117 352	31 751	853	106 109
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	–	128 276
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	–	173 038
Mio €											
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	–	136 898
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 398	151 568	91 447	60 121	–	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 572	117 119	35 848	81 271	–	63 108
2002	178 057	124 035	47 296	14 506	62 235	54 021	83 314	13 536	69 778	–	94 743
2003	170 154	134 455	31 404	30 262	72 788	35 699	101 553	35 748	65 805	–	68 601
2004 Juni	17 742	4 835	675	2 211	3 299	12 907	29 832	8 588	21 244	–	12 090
Juli	33 915	20 006	6 888	8 716	4 402	13 909	19 724	11 754	7 970	–	14 191
Aug.	15 638	12 729	4 042	467	9 154	2 909	1 046	4 861	3 815	–	14 592

Aktien									
Zeit	Absatz			Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)		
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)			
Mio DM									
1991	33 478	13 317	20 161	32 247	2 466	29 781	1 230		
1992	32 595	17 226	15 370	40 651	2 984	37 667	8 055		
1993	39 355	19 512	19 843	30 871	4 133	26 738	8 485		
1994	55 125	29 160	25 966	54 466	1 622	52 844	659		
1995	46 422	23 600	22 822	49 354	11 945	37 409	2 931		
1996	72 491	34 212	38 280	55 962	12 627	43 335	16 529		
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	22 677		
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	100 352		
Mio €									
1999	150 013	36 010	114 005	103 136	18 637	84 499	46 877		
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	24 194		
2001	81 546	17 575	63 971	3 371	14 714	11 343	84 918		
2002	39 700	9 232	30 470	19 058	23 236	42 294	20 642		
2003	17 382	16 838	544	7 885	7 056	14 941	25 268		
2004 Juni	893	1 306	413	16 699	14 792	1 907	17 592		
Juli	–	1 844	244	2 088	5 487	4 221	1 266		
Aug.	–	1 244	312	1 556	1 277	316	961		

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Investmentzertifikate siehe Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschließlich Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung

(–) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschließlich 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
1991	442 089	292 092	19 478	91 489	80 738	100 386	707	149 288	32 832
1992	572 767	318 522	33 633	134 363	49 195	101 333	–	254 244	57 282
1993	733 126	434 829	49 691	218 496	34 028	132 616	457	297 841	87 309
1994	627 331	412 585	44 913	150 115	39 807	177 750	486	214 261	61 465
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004 Mai	79 506	54 816	3 510	8 013	7 458	35 836	2 315	22 375	3 400
Juni	78 494	54 369	3 268	6 264	14 324	30 513	3 566	20 560	–
Juli	92 541	55 773	3 399	2 630	14 833	34 912	10 710	26 058	–
Aug.	66 334	43 087	609	3 195	10 518	28 765	1 223	22 024	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
1991	303 326	172 171	11 911	65 642	54 878	39 741	707	130 448	22 772
1992	430 479	211 775	28 594	99 627	40 267	43 286	–	218 703	51 939
1993	571 533	296 779	43 365	160 055	26 431	66 923	230	274 524	82 049
1994	429 369	244 806	36 397	109 732	29 168	69 508	306	184 255	53 351
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004 Mai	43 733	27 078	2 717	5 780	2 931	15 650	2 150	14 505	400
Juni	25 868	20 131	2 363	3 101	3 566	11 101	535	5 202	–
Juli	41 977	22 990	2 893	1 222	2 377	16 498	5 401	13 586	–
Aug.	31 235	15 418	175	1 712	3 024	10 508	537	15 279	–
Netto-Absatz 6)									
1991	227 822	139 396	4 729	22 290	65 985	46 390	558	87 868	18 583
1992	304 751	115 786	13 104	58 235	19 585	24 864	–	189 142	34 114
1993	403 212	159 982	22 496	122 917	–	13 156	180	243 049	43 701
1994	270 088	116 519	18 184	54 316	–	6 897	62	153 630	21 634
1995	205 482	173 797	18 260	96 125	3 072	56 342	–	354	61 020
1996	238 427	195 058	11 909	121 929	6 020	55 199	585	42 788	69 951
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	1 560	67 437	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	–
2001	84 122	60 905	6 932	9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	–
2002	131 976	56 393	7 936	–	26 806	20 707	14 306	61 277	–
2003	124 556	40 873	2 700	–	42 521	44 173	18 431	65 253	–
2004 Mai	29 454	18 525	1 007	–	1 518	3 122	1 563	9 367	–
Juni	2 805	1 098	–	–	549	7 676	1	2 123	–
Juli	28 213	6 802	–	–	554	8 127	11 227	10 834	–
Aug.	13 585	4 516	–	–	1 063	5 232	2 934	8 201	–

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 2, Kapitalmarktstatistik. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Schuldverschreibungen von Wirtschaftsunternehmen. — 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. —

4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrie- obligationen	Anleihen der öffent- lichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Aus- landsanleihen unter inländ. Konsortialfüh- rung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypotheken- pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver- schreibungen von Spezial- kreditinstituten	Sonstige Bankschuld- verschreibungen			
Mio DM									
1991	1 686 765	1 040 374	142 757	392 190	221 031	284 396	3 161	643 230	241 760
1992	1 991 515	1 156 162	155 862	450 424	240 616	309 259	2 983	832 370	275 873
1993	2 394 728	1 316 142	178 357	573 341	227 463	336 981	3 163	1 075 422	319 575
1994	2 664 814	1 432 661	196 541	627 657	219 214	389 249	3 101	1 229 053	341 210
1995	2 870 295	1 606 459	214 803	723 781	222 286	445 589	2 746	1 261 090	402 229
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180
1997	3 366 245	1 990 041	243 183	961 679	240 782	544 397	4 891	1 371 313	535 359
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
Mio €									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004 Juni	2 729 438	1 675 796	161 005	592 321	300 527	621 943	57 725	995 918	185 037
Juli	2 757 651	1 682 598	161 559	584 195	303 675	633 170	68 302	1 006 752	180 952
Aug.	2 771 236	1 687 114	160 496	578 963	306 609	641 046	69 170	1 014 952	178 776
Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)									
Stand Ende August 2004									
bis unter 2	974 378	648 757	54 183	234 230	94 221	266 122	20 337	305 284	56 466
2 bis unter 4	662 567	438 259	51 959	176 761	88 438	121 101	16 837	207 471	58 033
4 bis unter 6	457 758	281 612	32 133	98 456	55 015	96 009	9 735	166 410	39 887
6 bis unter 8	246 457	113 793	14 930	35 751	23 928	39 184	10 422	122 243	7 999
8 bis unter 10	204 685	91 183	7 099	21 850	16 562	45 671	4 956	108 546	7 578
10 bis unter 15	78 017	67 709	159	7 209	6 267	54 075	3 003	7 305	4 921
15 bis unter 20	24 829	11 244	35	940	6 709	3 560	702	12 883	2 076
20 und darüber	122 545	34 558	-	3 767	15 466	15 325	3 179	84 808	1 816

 * Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldver-
schreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung über-
gebene Stücke. — 2 Gerecht vom Berichtsmont bis zur Endfälligkeit bei ge-

 samtfülligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restli-
chen Umlaufbetrages bei nicht gesamtfülligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichts- zeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften auf Grund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitali- sierung) Stand am Ende des Berichts- zeitraums 2)			
			Barein- zahlung und Umtausch von Wandel- schuld- verschrei- bungen 1)	Ausgabe von Kapital- berichts- ungsaktien	Einbringung von Forde- rungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-An- teilen u.Ä.	Verschmel- zung und Vermögens- übertragung	Umwand- lung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalher- absetzung und Auflösung				
Mio DM													
1991	151 618	6 932	3 656	610	2 416	407	-	182	411	-	386	.	
1992	160 813	9 198	4 295	728	1 743	1 073	-	732	3 030	-	942	.	
1993	168 005	7 190	5 224	772	387	876	-	10	707	-	783	.	
1994	190 012	14 237	6 114	1 446	1 521	1 883	-	447	5 086	-	1 367	.	
1995	211 231	21 217	5 894	1 498	1 421	1 421	-	623	13 739	-	2 133	.	
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	-	3 056	833	-	2 432	.	
1997	221 575	5 115	4 164	2 722	370	1 767	-	2 423	197	-	1 678	.	
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	-	4 055	3 905	-	1 188	.	
Mio €													
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	-	2 099	1 560	-	708	1 603 304	
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	-	1 986	1 827	-	1 745	1 353 000	
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	-	1 018	905	-	3 152	1 205 613	
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	-	868	-	2 152	-	647 492	
2003	162 131	-	6 585	4 482	923	211	-	322	-	10 806	-	1 584	851 001
2004 Juni	163 175	810	420	180	0	17	-	34	294	-	67	873 884	
Juli	163 742	567	143	199	2	92	-	287	108	-	264	831 751	
Aug.	163 743	1	257	51	4	21	-	7	24	-	312	812 941	

 o Ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Gesellschaften (dadurch be-
dingte Zunahme des Umlaufs: 7 771 Mio DM). — 1 Einschl. der Ausgabe von
Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren
Aktien zum Amtlichen Markt, zum Regierten Markt oder zum Neuen Markt
(Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner

 auch Gesellschaften, deren Aktien im Freiverkehr gehandelt werden. Eigene
Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft
Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. — 3 Durch Revision um
1 902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)									Indizes 2) 3)				
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen			nach-richtlich: DM-/Euro-Auslandsanl. unter inländ. Konsortial-führung begeben 1) 5)	Renten		Aktien			
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)			Tagesdurchschnittskurs	Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	Ende 1987=100	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)		mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre	Ende 1987=1000							
% p.a.														
1991	8,7	8,6	8,6	8,5	8,9	8,6	8,9	9,2	96,35	.	148,16	1 577,98		
1992	8,1	8,0	8,0	7,8	8,3	8,1	8,7	8,8	101,54	.	134,92	1 545,05		
1993	6,4	6,3	6,3	6,5	6,5	6,8	6,9	6,8	109,36	.	191,13	2 266,68		
1994	6,7	6,7	6,7	6,9	6,8	7,2	7,0	6,9	99,90	.	176,87	2 106,58		
1995	6,5	6,5	6,5	6,9	6,5	7,2	6,9	6,8	109,18	.	181,47	2 253,88		
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	5,8	110,37	.	217,47	2 888,69		
1997	5,1	5,1	5,1	5,6	5,0	5,9	5,2	5,5	111,01	.	301,47	4 249,69		
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	5,3	118,18	100,00	343,64	5 002,39		
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	5,4	110,60	92,52	445,95	6 958,14		
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	6,3	112,48	94,11	396,59	6 433,61		
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	6,2	113,12	94,16	319,38	5 160,10		
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	5,6	117,56	97,80	188,46	2 892,63		
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	4,5	117,36	97,09	252,48	3 965,16		
2004 Juni	4,0	4,0	4,0	4,3	3,9	4,5	4,0	4,3	116,96	96,84	256,55	4 052,73		
Juli	3,9	3,9	3,9	4,2	3,8	4,4	3,9	4,2	117,54	97,33	246,85	3 895,61		
Aug.	3,7	3,8	3,8	4,1	3,6	4,3	3,7	4,0	118,53	98,30	239,67	3 785,21		
Sept.	3,7	3,8	3,8	4,0	3,6	4,2	4,5	4,0	118,72	98,34	246,50	3 892,90		

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuld-

verschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten in Deutschland

Zeit	Absatz von Zertifikaten							Erwerb							
	inländischer Fonds (Mittelaufkommen)							Inländer							Ausländer 4)
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds			ausländischer Fonds 3)	Spezialfonds	Kreditinstitute 1) einschl. Bausparkassen	Nichtbanken 2)							
		zu-sammen	darunter					zu-sammen	zu-sammen	darunter ausländische Zertifikate					
Geldmarkt-fonds			Wertpapier-fonds	Offene Immobilien-fonds							zu-sammen	darunter ausländische Zertifikate			
	zu-sammen	zu-sammen	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Offene Immobilien-fonds	Spezial-fonds	ausländischer Fonds 3)	zu-sammen	zu-sammen	darunter ausländische Zertifikate	zu-sammen	darunter ausländische Zertifikate			
Mio DM															
1991	50 064	37 492	13 738	-	11 599	2 144	23 754	12 572	49 890	8 594	-	5	41 296	12 577	174
1992	81 514	20 474	- 3 102	-	9 189	6 087	23 575	61 040	81 518	10 495	2 152	71 023	58 888	-	4
1993	80 259	61 672	20 791	-	6 075	14 716	40 881	18 587	76 258	16 982	2 476	59 276	16 111	4 001	
1994	130 995	108 914	63 263	31 180	24 385	7 698	45 650	22 081	125 943	9 849	-	689	116 094	22 770	5 052
1995	55 246	54 071	16 777	6 147	3 709	6 921	37 294	1 175	56 295	12 172	188	44 123	987	-	1 049
1996	83 386	79 110	16 517	- 4 706	7 273	13 950	62 592	4 276	85 704	19 924	1 685	65 780	2 591	-	2 318
1997	145 805	138 945	31 501	- 5 001	30 066	6 436	107 445	6 860	149 977	35 924	340	114 053	6 520	-	4 172
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	-	2 775
Mio €															
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	-	637	85 659	14 722	5 761
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 000	
2001	97 032	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 221	96 082	10 251	2 703	85 831	17 518	951	
2002	66 478	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	6 996	67 150	2 100	3 007	65 050	3 989	-	673
2003	48 195	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	4 252	49 726	- 2 658	734	52 384	3 518	-	1 530
2004 Juni	88	- 432	- 886	- 200	- 1 048	365	453	520	633	- 436	153	1 069	367	-	545
Juli	1 609	1 493	3 550	3 834	- 970	677	- 2 056	116	- 2 070	- 1 217	-	630	- 853	746	3 679
Aug.	1 081	- 311	138	1 159	- 1 223	189	- 449	1 392	225	931	-	971	- 706	421	856

1 Buchwerte. — 2 Als Rest errechnet. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentzertifikate durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer

Investmentzertifikate durch Ausländer; Transaktionswerte (bis einschl. 1988 unter Aktien erfasst). — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland
1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen		Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen 5)	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter Steuern	insgesamt 3)	darunter:												
				Personal- ausgaben	Laufen- der Sach- aufwand	Laufen- de Zu- schüsse	Zins- ausgaben	Sach- investitionen	Finanz- ierungs- hilfen 4)							
1993	928,7	749,1	1 060,2	296,8	136,0	340,5	102,1	97,0	87,3	-131,5	660,8	658,7	+ 2,1	1 492,1	1 621,5	-129,4
1994	995,2	786,2	1 102,2	315,5	137,3	353,4	114,0	93,2	86,5	-106,9	694,1	693,7	+ 0,4	1 596,4	1 702,9	-106,5
1995	1 026,4	814,2	1 136,4	324,8	135,5	367,2	129,0	90,1	86,3	-110,1	731,2	743,8	-12,5	1 664,9	1 787,5	-122,6
1996	1 000,3	800,0	1 121,8	326,2	137,0	362,2	130,7	83,9	80,1	-121,5	769,4	784,0	-14,6	1 665,6	1 801,6	-136,1
1997	1 014,3	797,2	1 108,9	325,0	135,7	356,3	132,1	80,1	79,2	-94,5	797,3	794,5	+ 2,9	1 705,3	1 797,0	-91,7
1998	1 072,1	833,0	1 128,8	325,4	137,4	373,7	133,7	79,7	79,8	-56,7	812,2	808,9	+ 3,3	1 765,5	1 818,9	-53,4
1999	566,1	453,1	592,9	168,7	72,4	202,7	69,8	40,8	38,0	-26,8	429,1	425,6	+ 3,5	925,2	948,6	-23,4
2000 p)	612,3	467,3	595,5	169,3	73,7	205,7	67,6	40,7	37,9	+ 16,8	433,8	434,3	- 0,5	974,6	958,2	+ 16,4
2001 6) p)	555,8	446,2	599,9	169,9	69,8	213,8	66,6	40,1	39,2	- 44,1	445,0	449,1	- 4,1	923,5	971,7	- 48,2
2002 ts)	550,9	441,7	608,0	173,3	69,5	225,9	66,1	38,7	33,5	- 57,1	457,9	466,4	- 8,5	924,1	989,7	- 65,6
2003 ts)	546,6	442,2	615,2	174,0	68,8	236,4	65,7	36,3	32,5	- 68,6	466,8	473,3	- 6,5	924,5	999,6	- 75,1
2003 1.Vj.	117,2	96,3	154,5	40,9	15,6	61,8	23,6	5,6	6,5	- 37,3	116,3	116,8	- 0,5	207,7	245,5	- 37,8
2.Vj.	135,8	108,9	143,8	40,9	15,5	61,3	10,8	7,5	7,5	- 8,0	115,5	118,4	- 2,9	228,2	239,1	- 10,9
3.Vj.	131,2	109,6	155,8	42,4	16,6	58,5	21,6	9,2	7,4	- 24,6	115,1	117,8	- 2,7	225,0	252,3	- 27,4
4.Vj. p)	160,7	127,4	159,8	48,1	20,5	55,2	9,5	12,9	13,7	+ 0,9	119,0	120,4	- 1,5	261,1	261,7	- 0,6
2004 1.Vj. p)	116,1	97,0	157,9	41,7	15,4	62,8	25,3	5,4	6,3	- 41,8	116,4	116,8	- 0,4	206,1	248,3	- 42,2

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Die hier verwendete haushaltsmäßige Abgrenzung weicht von der Systematik des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und bei den Vierteljahresdaten in einigen Punkten auch von der Finanzstatistik ab. — 1 Einschl. Nebenhaushalte. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. Zu den Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn vgl. Anmerkung 1 zu Tab. VIII. 2. — 2 Die

Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 4 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen sowie Beteiligungserwerb. — 5 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit. — 6 Durch Umstellungen der Gruppierungsübersicht insbes. Verschiebungen zwischen lfd. Sachaufwand und lfd. Zuschüssen.

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Bund		Länder				Gemeinden			
	Einnahmen 1)	Ausgaben	West 2) 3)		Ost 3)		West 3)		Ost 3)	
			Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1993	401,6	462,5	326,5	352,8	76,4	92,5	222,5	230,9	54,4	59,0
1994	439,6	478,9	328,8	357,0	79,3	95,9	228,9	235,1	53,9	59,2
1995	439,3	489,9	338,6	370,2	88,4	101,5	225,6	237,9	58,7	60,8
1996	411,9	490,4	344,8	379,7	93,7	105,5	227,7	232,9	55,0	57,7
1997	416,8	480,3	349,2	376,5	94,3	105,2	222,9	226,9	52,6	54,2
1998	439,0	495,6	360,5	380,3	96,4	104,7	231,4	226,3	51,5	52,4
1999	240,3	266,5	191,6	196,6	50,0	53,3	119,8	117,5	26,1	26,3
2000 4)	292,1	265,2	193,4	200,9	50,7	53,6	122,4	120,5	25,6	25,6
2001 p)	240,6	261,3	184,6	207,1	50,5	52,5	119,0	123,2	24,7	25,2
2002 ts)	238,9	271,6	183,5	207,4	47,8	53,2	119,9	124,5	25,1	25,3
2003 ts)	239,6	278,8	182,3	208,7	48,3	53,5	117,1	125,0	24,7	25,5
2003 1.Vj.	46,6	71,9	42,2	51,1	9,7	12,6	25,2	29,4	5,3	5,6
2.Vj.	59,1	64,6	44,4	50,2	12,0	12,0	26,7	29,1	5,6	5,8
3.Vj.	57,6	74,5	45,3	50,5	12,2	13,1	29,3	30,6	6,1	6,3
4.Vj. p)	76,3	67,8	49,9	56,5	14,1	15,6	35,6	35,3	7,6	7,6
2004 1.Vj. p)	44,8	73,4	42,4	51,5	11,1	12,8	25,8	29,7	5,4	5,5
2.Vj. p)	56,4	62,3	46,5	51,2	11,3	11,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Vgl. die entsprechende Anmerkung zu Tab. VIII. 1. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist bis 1994 in voller Höhe und ab 1995 nur bis zu dem im Haushalt veranschlagten Betrag von 7 Mrd DM berücksichtigt. Überplanmäßige Einnahmen fließen seitdem di-

rekt dem Erblastentilgungsfonds zu. — 2 Einschl. Stadtstaaten und Berlin (Ost). — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen. — 4 Einschl. Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Position	1996	1997	1998	1999	2000 1)	2001	2002	2003 ts)
Einnahmen	1 704,0	1 726,8	1 775,9	943,2	965,8	951,2	954,2	961,4
darunter:								
Steuern	850,0	856,9	897,4	490,4	511,7	488,3	486,0	489,9
Sozialbeiträge	696,7	720,1	727,7	375,4	378,4	383,6	389,3	394,8
Ausgaben	1 826,6	1 826,5	1 859,6	972,6	989,7	1 009,8	1 031,7	1 042,7
darunter:								
Vorleistungen	142,7	140,2	144,1	76,2	78,0	81,0	84,5	83,9
Arbeitnehmerentgelte	319,6	319,0	319,3	165,4	165,9	165,7	168,0	167,9
Zinsen	131,7	133,2	136,4	68,9	68,4	67,7	66,0	66,7
Sozialleistungen 2)	970,7	984,7	998,4	523,1	532,7	549,2	573,1	587,1
Bruttoinvestitionen	76,4	69,4	69,9	37,8	37,0	36,8	35,9	31,9
Finanzierungssaldo	- 122,7	- 99,7	- 83,7	- 29,4	- 23,9	- 58,6	- 77,5	- 81,3
in % des Bruttoinlandsprodukts	- 3,4	- 2,7	- 2,2	- 1,5	- 1,2	- 2,8	- 3,7	- 3,8
Nachrichtlich:								
Verschuldung gemäß								
Maastricht-Vertrag	2 143,9	2 232,9	2 298,2	1 210,3	1 221,8	1 232,8	1 283,6	1 366,6
in % des Bruttoinlandsprodukts	59,8	61,0	60,9	61,2	60,2	59,4	60,9	64,2

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG '95. Abweichend vom Ausweis des Statistischen Bundesamts saldenneutrale Einbeziehung der Zölle, des Anteils der EU am Mehrwertsteueraufkommen und der Subventionen der EU. — 1 Bereinigt um Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen. Im Ausweis des Statistischen Bundesamts werden diese

Erlöse (50,85 Mrd €) beim Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern erfasst, so dass die staatlichen Ausgaben niedriger ausfallen und ein Überschuss (22,8 Mrd € bzw. 1,1% des BIP) ausgewiesen wird. — 2 Monetäre Sozialleistungen und soziale Sachleistungen.

4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Gemeinden 4)		Saldo nicht verrechneter Steueranteile 5)
	Insgesamt	Bund 2)		Länder		Europäische Union 3)	zusammen	darunter: in den neuen Bundesländern	
		zusammen 1)		zusammen	darunter: neue Bundesländer				
1991	661 920	577 150	321 334	224 321	19 139	31 495	84 633	2 540	+ 137
1992	731 738	638 423	356 849	247 372	23 807	34 203	93 374	4 034	- 58
1993	749 119	653 015	360 250	256 131	27 542	36 634	95 809	5 863	+ 295
1994	786 162	688 785	386 145	261 947	32 052	40 692	97 116	7 677	+ 260
1995	814 190	719 332	390 807	288 520	.	40 005	94 498	8 460	+ 359
1996	799 998	706 071	372 390	294 232	.	39 449	94 641	7 175	- 714
1997	797 154	700 739	368 244	290 771	.	41 724	96 531	7 703	- 117
1998	833 013	727 888	379 491	306 127	.	42 271	104 960	8 841	+ 164
1999	453 068	396 734	211 727	164 724	.	20 284	56 333	4 810	+ 1
2000	467 253	410 117	219 034	169 249	.	21 833	57 241	4 895	- 104
2001	446 248	392 189	213 342	159 115	.	19 732	54 047	4 590	+ 12
2002	441 703	389 162	214 371	156 231	.	18 560	52 490	4 769	+ 51
2003	442 235	390 437	214 002	155 510	.	20 925	51 671	4 751	+ 127
2004 1.Vj. p)	97 312	84 148	42 010	36 033	.	6 105	9 679	...	+ 3 486
2.Vj.	.	97 988	53 116	40 298	.	4 574	.	.	.
2004 April	.	29 375	16 227	12 095	.	1 053	.	.	.
Mai	.	29 974	16 246	11 964	.	1 764	.	.	.
Juni	.	38 640	20 644	16 239	.	1 757	.	.	.
Juli	.	28 561	14 927	11 858	.	1 776	.	.	.
Aug.	.	28 209	15 270	11 152	.	1 787	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einschl. der Erträge aus den Lastenausgleichsabgaben. — 2 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen und Anteile am Mineralölsteueraufkommen. — 3 Einschl. der zu Lasten der Steuererträge des Bundes ab 1988 der EU zustehenden weiteren Einnahmenquelle, deren Bezugsgröße das Brutto-

sozialprodukt ist. — 4 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 5 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den Einkommensteuern (s. Tab. VIII. 5) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Steuereinnahmen nach Arten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern											Reine Bundessteuern 8)	Reine Ländersteuern 8)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindefeuersteuern 9)
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Umsatzsteuern 5) 6)								
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuern 4)	zusammen	Mehrwertsteuer	Einfuhrumsatzsteuer	Gewerbesteuerumlage 6) 7)					
1991	615 506	298 804	214 175	41 532	31 716	11 381	179 672	98 797	80 875	5 986	92 583	29 113	8 307	38 356	
1992	681 751	331 310	247 322	41 531	31 184	11 273	197 712	117 274	80 438	6 923	104 802	32 963	7 742	43 328	
1993	697 988	341 785	257 987	33 234	27 830	22 734	216 306	174 492	41 814	4 181	93 678	34 720	7 240	44 973	
1994	734 234	343 055	266 522	25 510	19 569	31 455	235 698	195 265	40 433	6 271	105 410	36 551	7 173	45 450	
1995	765 374	344 554	282 701	13 997	18 136	29 721	234 622	198 496	36 126	8 412	134 013	36 602	7 117	46 042	
1996	746 958	317 870	251 278	11 616	29 458	25 456	237 208	200 381	36 827	8 945	137 865	38 540	6 592	40 887	
1997	740 272	313 794	248 672	5 764	33 267	26 092	240 900	199 934	40 966	8 732	135 264	34 682	6 900	39 533	
1998	775 028	340 231	258 276	11 116	36 200	34 640	250 214	203 684	46 530	10 284	130 513	37 300	6 486	47 140	
1999	422 012	184 408	133 809	10 887	22 359	17 353	137 155	111 600	25 555	5 463	72 235	19 564	3 186	25 277	
2000	436 115	192 381	135 733	12 225	23 575	20 849	140 871	107 140	33 732	5 521	75 504	18 444	3 394	25 998	
2001	417 358	170 817	132 626	8 771	- 426	29 845	138 935	104 463	34 472	5 510	79 277	19 628	3 191	25 170	
2002	414 008	165 096	132 190	7 541	2 864	22 502	138 195	105 463	32 732	5 752	83 494	18 576	2 896	24 846	
2003	414 846	162 567	133 090	4 568	8 275	16 633	136 996	103 162	33 834	7 085	86 609	18 713	2 877	24 409	
2004 1.Vj.	88 802	32 644	29 518	- 5 808	2 177	6 756	34 243	25 919	8 324	133	15 570	5 522	691	4 654	
2.Vj.	103 712	41 892	29 560	3 054	4 481	4 797	33 673	25 023	8 650	1 317	20 979	5 097	755	5 723	
2004 April	30 961	10 717	9 700	- 955	545	1 427	10 775	7 588	3 187	927	6 616	1 663	262	1 586	
Mai	31 566	10 305	9 859	- 1 225	46	1 626	12 109	9 289	2 821	384	6 989	1 528	251	1 592	
Juni	41 186	20 870	10 002	5 234	3 891	1 744	10 788	8 146	2 642	5	7 374	1 906	242	2 546	
Juli	30 246	10 426	10 844	- 1 430	- 350	1 362	10 750	8 329	2 421	943	6 265	1 602	261	1 686	
Aug.	29 797	8 720	9 721	- 1 116	- 982	1 098	11 891	9 246	2 645	486	6 887	1 542	272	1 588	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. VIII. 4 sind hier die Einnahmen aus Lastenausgleichsabgaben, aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (abzüglich der Umlage), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Das Einkommen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer wird ab 1980 im Verhältnis 42,5 : 42,5 : 15 auf Bund, Länder und Gemeinden, das Einkommen aus Körperschaft- und Kapitalertragsteuer im Verhältnis 50 : 50 auf Bund und Länder verteilt. — 3 Ab 1996 nach Abzug des Kindergeldes. — 4 Ab Februar 1993 einschl. der Erträge aus dem steuerlichen Zinsabschlag, an denen die Gemeinden mit 12% partizipieren. — 5 Ab 1998 vorab 3,64%, ab 1999 5,63% für den Bund zur Fi-

nanzierung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung, von Restsumme 2,2% für die Gemeinden, von neuem Restbetrag: Bund 50,5%, Länder 49,5%, ab 2000 Bund 50,25%, Länder 49,75%, ab 2002 Bund 49,6%, Länder 50,4%. Von den genannten Bundesanteilen geht außerdem der EU-Anteil ab. — 6 Seit 1991 werden außerdem die Umsatzsteuererteilung sowie die Höhe und Verteilung der Gewerbesteuerumlage von der Finanzierung des Schuldendienstes für den Fonds „Deutsche Einheit“ beeinflusst. — 7 Bund und Länder je 50%. Ab 1998 Bund 42,2%, Länder 57,8%. — 8 Aufgliederung s. Tab. VIII. 6. — 9 Ab 1998 einschl. Anteil an den Umsatzsteuern.

6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Reine Bundessteuern						Reine Ländersteuern					Gemeindesteuern		
	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Branntweinabgaben	Versicherungssteuer	Stromsteuer	sonstige Bundessteuern 1)	Kraftfahrzeugsteuer	Vermögenssteuer	Erbsteuer	Biersteuer	übrige Ländersteuern	Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern	sonstige Gemeindesteuern 3)
1991	47 266	19 592	5 648	5 862	.	14 215	11 012	6 729	2 636	1 647	7 090	41 297	9 921	1 181
1992	55 166	19 253	5 545	8 094	.	16 744	13 317	6 750	3 030	1 625	8 241	44 848	10 783	1 281
1993	56 300	19 459	5 134	9 290	.	3 495	14 059	6 784	3 044	1 769	9 065	42 266	11 663	1 383
1994	63 847	20 264	4 889	11 400	.	5 011	14 169	6 627	3 479	1 795	10 482	44 086	12 664	1 445
1995	64 888	20 595	4 837	14 104	.	29 590	13 806	7 855	3 548	1 779	9 613	42 058	13 744	1 426
1996	68 251	20 698	5 085	14 348	.	29 484	13 743	9 035	4 054	1 718	9 990	45 880	14 642	1 463
1997	66 008	21 155	4 662	14 127	.	29 312	14 418	1 757	4 061	1 698	12 749	48 601	15 503	1 509
1998	66 677	21 652	4 426	13 951	.	23 807	15 171	1 063	4 810	1 662	14 594	50 508	16 228	1 532
1999	36 444	11 655	2 233	7 116	1 816	12 973	7 039	537	3 056	846	8 086	27 060	8 636	824
2000	37 826	11 443	2 151	7 243	3 356	13 485	7 015	433	2 982	844	7 171	27 025	8 849	784
2001	40 690	12 072	2 143	7 427	4 322	12 622	8 376	290	3 069	829	7 064	24 534	9 076	790
2002	42 193	13 778	2 149	8 327	5 097	11 951	7 592	239	3 021	811	6 913	23 489	9 261	696
2003	43 188	14 094	2 204	8 870	6 531	11 722	7 336	230	3 373	786	6 989	24 146	9 658	671
2004 1.Vj. p)	4 612	2 376	439	3 834	1 473	2 836	2 091	34	1 197	178	2 021	6 200	2 239	204
2.Vj.	10 599	3 484	502	1 627	1 861	2 905	2 076	13	1 245	201	1 563	.	.	.
2004 April	3 320	1 326	161	524	508	777	717	4	315	62	566	.	.	.
Mai	3 828	1 136	169	604	464	789	652	2	329	69	475	.	.	.
Juni	3 452	1 022	172	499	890	1 339	707	6	601	70	522	.	.	.
Juli	3 195	1 130	180	420	584	756	692	9	293	76	533	.	.	.
Aug.	3 376	1 185	166	919	557	684	591	7	328	73	543	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Übrige Verbrauchsteuern sowie die von Mitte 1991 bis Mitte 1992 und erneut ab Anfang 1995 erhobene Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer („Solidaritätszu-

schlag“). — 2 Nach Ertrag und Kapital. — 3 Einschl. steuerähnlicher Einnahmen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- bedingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
Öffentliche Haushalte													
1998	2 280 154	.	25 631	227 536	199 774	92 698	723 403	894 456	550	26 073	1 249	88 582	202
1999	1 199 975	.	12 594	102 364	120 998	41 621	416 051	450 111	281	10 200	476	45 175	105
2000	1 211 439	.	11 616	109 951	126 276	35 991	438 888	433 443	211	10 524	285	44 146	108
2001	1 223 929	.	23 036	151 401	130 045	26 395	448 148	422 440	174	13 110	85	8 986	108
2002	1 277 630	.	30 815	203 951	137 669	17 898	456 300	404 046	137	18 844	29	7 845	97
2003 Juni	1 326 312	.	31 165	232 373	150 627	14 284	462 639	401 696	135	25 460	- 4	7 845	92
Sept.	1 346 412	.	33 424	237 449	146 729	13 754	469 120	406 758	317	32 071	- 6	6 706	91
Dez.	1 358 121	.	36 022	246 414	153 616	12 810	471 129	396 832	341	34 163	- 1	6 711	86
2004 März p)	1 403 438	.	37 209	260 445	159 735	11 245	485 920	400 897	345	40 890	- 45	6 711	88
Bund 7) 8)													
1998	957 983	.	24 666	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	-	2 603	1 270	8 684	186
1999	714 069	.	11 553	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	.	11 516	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001	701 077	.	21 136	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002	725 405	.	30 227	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	29	7 845	97
2003 Juni	749 920	.	30 416	82 834	140 442	14 284	428 166	43 744	-	2 102	- 4	7 845	91
Sept.	766 213	.	32 892	85 526	136 544	13 754	434 085	49 360	186	7 076	- 6	6 706	90
Dez.	767 697	.	35 235	87 538	143 431	12 810	436 194	38 146	223	7 326	- 1	6 711	85
2004 März	802 690	.	36 463	88 901	150 050	11 245	450 711	49 888	223	8 456	- 45	6 711	87
Juni	803 991	.	35 630	92 190	152 957	10 590	453 479	43 026	223	9 144	- 45	6 711	88
Westdeutsche Länder													
1998	525 380	.	520	83 390	.	.	.	430 709	43	10 716	.	-	2
1999	274 208	.	150	43 033	.	.	.	226 022	23	4 979	.	-	1
2000	282 431	.	-	48 702	.	.	.	227 914	22	5 792	.	.	1
2001	305 788	.	1 800	67 721	.	.	.	228 270	5	7 991	.	.	1
2002	328 390	.	250	97 556	.	.	.	217 333	5	13 246	.	.	1
2003 Juni	345 390	.	322	116 274	.	.	.	209 820	8	18 966	.	.	1
Sept.	348 006	.	322	118 815	.	.	.	208 313	3	20 552	.	.	1
Dez.	355 661	.	472	125 356	.	.	.	207 880	4	21 949	.	.	1
2004 März p)	363 202	.	222	136 105	.	.	.	200 366	4	26 504	.	.	1
Juni p)	368 240	.	900	141 270	.	.	.	197 032	4	29 033	.	.	1
Ostdeutsche Länder													
1998	98 192	.	445	27 228	.	.	.	70 289	-	230	.	.	.
1999	53 200	.	891	14 517	.	.	.	37 602	-	189	.	.	.
2000	55 712	.	100	16 092	.	.	.	39 339	-	182	.	.	.
2001	58 771	.	100	20 135	.	.	.	37 382	-	1 154	.	.	.
2002	63 782	.	338	23 838	.	.	.	37 739	-	1 867	.	.	.
2003 Juni	66 910	.	427	28 418	.	.	.	36 204	-	1 861	.	.	.
Sept.	66 595	.	211	28 260	.	.	.	36 214	-	1 911	.	.	.
Dez.	68 076	.	315	28 833	.	.	.	37 022	-	1 906	.	.	.
2004 März p)	69 661	.	524	30 752	.	.	.	35 314	-	3 070	.	.	.
Juni p)	71 252	.	777	31 897	.	.	.	35 530	-	3 048	.	.	.

Anmerkungen s. Ende der Tabelle.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland
noch: 7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- be- dingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
Westdeutsche Gemeinden 9)													
1998	158 960	.	.	300	.	.	1 330	153 208	119	4 003	.	.	.
1999	81 511	.	.	153	.	.	680	78 726	53	1 898	.	.	.
2000	81 414	.	.	153	.	.	680	78 656	33	1 891	.	.	.
2001	82 203	.	.	153	.	.	629	79 470	29	1 922	.	.	.
2002	84 097	.	.	153	.	.	629	81 307	22	1 986	.	.	.
2003 Juni	88 000	.	.	153	.	.	578	85 269	20	1 980	.	.	.
Sept.	89 250	.	.	153	.	.	578	86 519	20	1 980	.	.	.
Dez.	90 906	.	.	77	.	.	603	87 868	19	2 339	.	.	.
2004 März p)	92 400	.	.	77	.	.	732	89 231	20	2 340	.	.	.
Ostdeutsche Gemeinden 9)													
1998	39 873	.	.	225	.	.	460	38 777	255	156	.	.	.
1999	20 726	.	.	51	.	.	335	20 138	124	78	.	.	.
2000	17 048	.	.	51	.	.	335	16 497	114	50	.	.	.
2001	17 005	.	.	-	.	.	284	16 581	107	33	.	.	.
2002	16 745	.	.	-	.	.	284	16 318	102	41	.	.	.
2003 Juni	16 750	.	.	-	.	.	284	16 326	100	40	.	.	.
Sept.	16 850	.	.	-	.	.	284	16 426	100	40	.	.	.
Dez.	16 951	.	.	-	.	.	131	16 601	87	132	.	.	.
2004 März p)	16 900	.	.	-	.	.	131	16 549	90	130	.	.	.
Fonds „Deutsche Einheit“ / Entschädigungsfonds 7)													
1998	79 413	.	-	-	.	.	47 998	30 975	-	440	.	.	.
1999	40 234	.	-	275	500	.	28 978	10 292	-	189	.	.	.
2000	40 629	.	-	275	2 634	.	29 797	7 790	-	133	.	.	.
2001	39 923	.	-	3 748	10 134	.	21 577	4 315	-	149	.	.	.
2002	39 810	.	-	3 820	10 134	.	22 685	3 146	-	26	.	.	.
2003 März	40 422	.	.	4 694	10 134	.	23 420	2 175	-	-	.	.	.
Juni	39 942	.	.	4 694	10 134	.	23 443	1 672	-	-	.	.	.
Sept.	40 099	.	.	4 694	10 134	.	24 005	1 266	-	-	.	.	.
Dez.	39 568	.	.	4 610	10 134	.	24 032	793	-	-	.	.	.
2004 März	40 010	.	.	4 610	9 634	.	24 177	1 589	-	-	.	.	.
Juni	39 500	.	.	4 538	9 634	.	24 183	1 144	-	-	.	.	.
ERP-Sondervermögen 7)													
1998	34 159	11 944	20 988	-	1 227	.	.	.
1999	16 028	6 250	9 458	21	299	.	.	.
2000	18 386	7 585	10 411	13	377	.	.	.
2001	19 161	9 462	9 310	8	381	.	.	.
2002	19 400	.	.	.	51	.	10 144	8 686	8	512	.	.	.
2003 März	19 369	.	.	.	51	.	10 138	8 660	8	512	.	.	.
Juni	19 399	.	.	.	51	.	10 169	8 660	8	512	.	.	.
Sept.	19 399	.	.	.	51	.	10 169	8 660	8	512	.	.	.
Dez.	19 261	.	.	.	51	.	10 169	8 522	8	512	.	.	.
2004 März	18 576	.	.	.	51	.	10 169	7 960	8	389	.	.	.
Juni	18 525	.	.	.	51	.	10 169	7 909	8	389	.	.	.
Bundeseisenbahnvermögen 7) 8)													
1998	77 246	.	.	-	500	.	31 648	42 488	79	2 531	.	.	.
1999 Juni	39 231	.	.	-	1 023	.	16 805	20 401	34	968	.	.	.
Kreditabwicklungsfonds / Erblastentilgungsfonds 7) 8)													
1998	304 978	.	-	31 633	-	.	110 006	79 226	54	4 167	- 20	79 899	15
1999 Juni	151 097	.	-	11 127	2 000	.	58 897	36 133	27	2 015	- 9	40 902	4
Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz 7) 8)													
1998	3 971	300	3 671	-	-	.	.	.
1999 Juni	2 302	153	2 148	-	-	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkom-

men; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden ab Juli nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung *)

Position	Stand Ende			Nettokreditaufnahme 1)						2004
	2002	2003	März 2004 p)	2002		2003		2004		
				insgesamt	insgesamt	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj. p)
	Mio €									
Kreditnehmer										
Bund 2)	725 405	767 697	802 690	+ 24 328	+ 42 292	+ 19 995	+ 4 520	+ 16 293	+ 1 484	+ 34 993
Fonds „Deutsche Einheit“	39 441	39 099	39 620	- 197	- 342	+ 588	- 503	+ 131	- 558	+ 520
ERP- Sondervermögen	19 400	19 261	18 576	+ 239	- 139	- 31	+ 30	-	- 138	- 685
Entschädigungsfonds	369	469	391	+ 84	+ 100	+ 25	+ 23	+ 26	+ 27	- 79
Westdeutsche Länder	328 390	355 661	363 202	+ 22 603	+ 27 271	+ 11 596	+ 5 404	+ 2 616	+ 7 655	+ 7 541
Ostdeutsche Länder	63 782	68 076	69 661	+ 5 011	+ 4 294	+ 1 183	+ 1 945	- 315	+ 1 481	+ 1 585
Westdeutsche Gemeinden 3)	84 097	90 906	92 400	+ 2 630	+ 7 439	+ 2 003	+ 1 739	+ 1 154	+ 2 543	+ 1 961
Ostdeutsche Gemeinden 3)	16 745	16 951	16 900	- 242	+ 249	- 46	+ 63	+ 111	+ 121	- 30
Insgesamt	1 277 630	1 358 121	1 403 438	+ 54 455	+ 81 164	+ 35 311	+ 13 221	+ 20 015	+ 12 616	+ 45 805
Schuldarten										
Unverzinsliche Schatzanweisungen 4)	30 815	36 022	37 209	+ 7 779	+ 5 207	- 185	+ 535	+ 2 258	+ 2 598	+ 1 187
Obligationen/Schatzanweisungen 5)	203 951	246 414	260 445	+ 52 551	+ 42 463	+ 16 486	+ 11 936	+ 5 075	+ 8 965	+ 14 031
Bundesschatzbriefe	17 898	12 810	11 245	- 8 497	- 5 088	- 2 464	- 1 150	- 530	- 944	- 1 565
Anleihen 5)	456 300	471 129	485 920	+ 8 152	+ 14 829	+ 13 266	- 6 927	+ 6 481	+ 2 008	+ 14 792
Direktausleihungen der Kreditinstitute 6)	404 046	396 832	400 897	- 17 640	- 6 541	- 945	- 1 554	+ 4 977	- 9 019	+ 4 553
Darlehen von Sozialversicherungen	137	341	345	- 37	+ 204	- 2	+ 1	+ 181	+ 24	+ 4
Sonstige Darlehen 6)	18 803	34 122	40 849	+ 5 733	+ 15 319	+ 3 684	+ 2 932	+ 6 611	+ 2 092	+ 6 727
Altschulden 7)	126	85	43	- 67	- 41	- 33	- 6	- 3	+ 0	- 42
Ausgleichsforderungen	7 845	6 711	6 711	- 1 142	- 1 134	-	+ 0	- 1 139	+ 5	+ 0
Investitionshilfeabgabe	41	41	41	- 0	- 0	+ 0	- 0	- 0	+ 0	-
Insgesamt	1 277 630	1 358 121	1 403 438	+ 54 455	+ 81 164	+ 35 311	+ 13 221	+ 20 015	+ 12 616	+ 45 805
Gläubiger										
Bankensystem										
Bundesbank	4 440	4 440	4 440	-	-	-	-	-	-	-
Kreditinstitute	532 600	524 800	550 400	- 746	- 7 127	+ 13 319	- 8 968	+ 2 215	- 13 693	+ 26 088
Inländische Nichtbanken										
Sozialversicherungen	137	341	345	- 37	+ 204	- 2	+ 1	+ 181	+ 24	+ 4
Sonstige 8)	228 653	289 840	292 653	+ 1 438	+ 61 187	+ 2 594	+ 9 788	+ 17 919	+ 30 885	+ 2 813
Ausland ts)	511 800	538 700	555 600	+ 53 800	+ 26 900	+ 19 400	+ 12 400	- 300	- 4 600	+ 16 900
Insgesamt	1 277 630	1 358 121	1 403 438	+ 54 455	+ 81 164	+ 35 311	+ 13 221	+ 20 015	+ 12 616	+ 45 805

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Die Nettokreditaufnahme weicht von der Veränderung des Schuldenstandes ab, die auch die Übernahme und den Abgang von Schulden einschließt. — 2 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 3 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände. — 4 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 5 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 6 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 7 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Als Differenz ermittelt.

len Zweckverbände. — 4 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 5 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 6 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 7 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Als Differenz ermittelt.

9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt 1)	Bund 2) 3)	Fonds „Deutsche Einheit“	ERP-Sondervermögen	Länder	Gemeinden 4) 5)	Bundes-eisenbahn-vermögen 3)	Erblasten-tilgungs-fonds 3)	Ausgleichs-fonds Stein-kohle 3)
1998	898 030	23 094	31 415	22 215	504 148	184 942	45 098	83 447	3 671
1999	444 031	64 704	10 481	9 778	264 158	94 909	-	-	-
2000	431 364	54 731	7 178	10 801	268 362	90 292	-	-	-
2001	416 067	44 791	4 464	9 699	267 988	89 126	-	-	-
2002	398 910	34 636	3 172	9 205	262 840	89 057	-	-	-
2003 März	396 685	33 202	1 585	9 180	264 827	87 892	-	-	-
Juni	396 008	33 375	1 329	9 180	263 083	89 041	-	-	-
Sept.	398 318	38 309	793	9 180	260 264	89 773	-	-	-
Dez.	399 304	38 410	793	9 042	260 046	91 013	-	-	-
2004 März p)	396 842	38 307	793	8 357	258 808	90 578	-	-	-

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Ohne Schuldbuchforderungen und Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite. Einschl. geringer Beträge an Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgeldern. — 2 Einschl. Lastenaus-

gleichsfonds. — 3 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 4 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. kommunaler Zweckverbände. — 5 Einschl. Vertragsdarlehen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland
10. Verschuldung des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Unverzinsliche Schatzanweisungen 1)		Bundes- schatz- anwei- sungen/ Obliga- tionen 2)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 3) 4)	Schulden bei Nichtbanken		Altschulden			
	Ins- gesamt	zu- sam- men						darunter: Finanzie- rungs- schätze	Sozial- versiche- rungen	sonstige 3) 5) 6)	vereini- gungsbe- dingte 7)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 8)
1996	839 883	26 789	7 166	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	5	7 766	1 330	8 684	183
1997	905 691	25 286	5 221	78 848	177 721	99 317	481 619	31 845	5	870	1 300	8 684	197
1998	957 983	24 666	4 558	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	-	2 603	1 270	8 684	186
1999 9)	714 069	11 553	1 584	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	11 516	1 805	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001	701 077	21 136	1 658	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002	725 405	30 227	1 618	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	29	7 845	97
2003	767 697	35 235	1 240	87 538	143 431	12 810	436 194	38 146	223	7 326	- 1	6 711	85
2003 Sept.	766 213	32 892	1 229	85 526	136 544	13 754	434 085	49 360	186	7 076	- 6	6 706	90
Okt.	769 146	33 239	1 218	90 274	142 861	12 761	439 993	35 959	186	7 076	2	6 706	89
Nov.	769 493	34 180	1 215	90 637	143 575	12 792	436 109	38 142	186	7 076	2	6 706	87
Dez.	767 697	35 235	1 240	87 538	143 431	12 810	436 194	38 146	223	7 326	- 1	6 711	85
2004 Jan.	786 023	35 941	1 229	92 560	143 816	11 830	448 242	39 290	223	7 326	- 1	6 711	86
Febr.	789 107	35 197	1 208	92 768	144 190	11 212	453 213	38 183	223	7 326	- 1	6 711	86
März	802 690	36 463	1 178	88 901	150 050	11 245	450 711	49 888	223	8 456	- 45	6 711	87
April	798 786	35 616	1 128	95 468	150 031	10 786	449 577	41 875	223	8 456	- 45	6 711	88
Mai	804 270	36 639	1 096	95 913	152 810	10 575	452 391	40 513	223	8 456	- 46	6 708	88
Juni	803 991	35 630	1 105	92 190	152 957	10 590	453 479	43 026	223	9 144	- 45	6 711	88
Juli	821 291	35 744	1 111	97 599	153 362	10 439	461 338	47 829	223	9 144	- 45	5 572	88
Aug.	824 560	35 362	1 104	98 350	155 852	10 558	468 445	41 013	223	9 144	- 45	5 572	87
Sept. p)	813 992	35 832	1 055	95 224	156 941	10 482	459 305	41 228	223	9 144	- 45	5 572	87

1 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Im Nov. 1999 einschl. Kassenscheine. — 2 Ohne den Eigenbestand des Emittenten — 3 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 4 Einschl. Geldmarktkredite. — 5 Einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 7 Übernahme von NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 8 Ab-

lösungs- und Entschädigungsschuld sowie hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden. — 9 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundesisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden hier ab Juli 1999 dem Bund zugerechnet.

11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt		darunter:								Verän- derung der Geldmarkt- einlagen	
	brutto 1)	netto	Anleihen		Bundesobligationen		Sonstige Wertpapiere 2)		Schuldschein- darlehen			Geld- markt- kredite
			brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto	netto		
1996	+ 185 696	+ 83 049	+ 54 038	+ 31 988	+ 45 445	+ 5 445	+ 67 015	+ 39 586	+ 15 050	+ 1 906	+ 4 148	+ 6 548
1997	+ 250 074	+ 65 808	+ 79 323	+ 47 323	+ 59 557	+ 1 557	+ 98 275	+ 24 983	+ 12 950	- 8 009	- 30	- 3 304
1998	+ 228 050	+ 52 292	+ 78 304	+ 38 099	+ 55 078	+ 21 553	+ 85 706	- 1 327	+ 12 023	- 2 927	- 3 065	- 5 440
1999	+ 139 865	+ 31 631	+ 53 931	+ 114 080	+ 22 229	+ 18 610	+ 44 904	- 5 836	+ 14 861	+ 52 897	+ 3 937	+ 1 832
2000	+ 122 725	+ 1 750	+ 49 395	+ 20 682	+ 26 342	+ 3 144	+ 45 278	- 5 323	+ 7 273	- 9 973	- 5 563	- 940
2001	+ 135 018	- 14 741	+ 36 511	+ 15 705	+ 19 603	- 3 730	+ 69 971	+ 14 989	+ 5 337	- 9 941	+ 3 595	- 1 495
2002	+ 178 203	+ 24 328	+ 41 378	+ 6 364	+ 36 037	+ 7 572	+ 93 853	+ 19 535	+ 4 716	- 10 155	+ 2 221	+ 22
2003	+ 227 078	+ 42 292	+ 62 535	+ 13 636	+ 42 327	+ 15 947	+ 109 500	+ 8 874	+ 11 480	+ 3 775	+ 1 236	+ 7 218
2003 Jan.-Sept.	+ 185 033	+ 40 808	+ 52 803	+ 11 526	+ 29 475	+ 9 061	+ 80 799	+ 5 463	+ 9 692	+ 3 673	+ 12 265	+ 451
2004 Jan.-Sept. p)	+ 183 511	+ 46 295	+ 46 553	+ 23 111	+ 27 312	+ 13 510	+ 99 120	+ 5 954	+ 5 880	+ 254	+ 4 646	+ 827
2003 Sept.	+ 23 605	+ 1 845	+ 6 694	+ 606	+ 1 246	+ 1 246	+ 13 693	- 1 297	+ 977	+ 298	+ 995	- 73
Okt.	+ 11 968	+ 2 933	+ 8 442	+ 5 908	+ 6 317	+ 6 317	+ 10 100	+ 4 102	+ 296	- 214	- 13 187	- 188
Nov.	+ 17 180	+ 347	+ 1 205	- 3 883	+ 6 680	+ 715	+ 6 311	+ 1 335	+ 394	- 408	+ 2 590	- 189
Dez.	+ 12 897	- 1 796	+ 85	+ 85	- 145	- 145	+ 12 290	- 2 026	+ 1 099	+ 723	- 432	+ 7 144
2004 Jan.	+ 26 811	+ 18 326	+ 12 047	+ 12 048	+ 385	+ 385	+ 11 926	+ 4 748	+ 533	- 776	+ 1 920	- 321
Febr.	+ 17 553	+ 3 084	+ 4 971	+ 4 971	+ 7 849	+ 375	+ 5 535	+ 1 156	+ 760	+ 456	- 1 563	- 1 186
März	+ 36 156	+ 13 583	+ 1 580	- 2 502	+ 5 860	+ 5 860	+ 15 425	- 2 567	+ 673	+ 217	+ 12 619	+ 6 423
April	+ 3 991	- 3 904	- 1 135	- 1 135	- 19	- 19	+ 11 797	+ 5 262	+ 855	- 507	- 7 507	- 5 683
Mai	+ 17 688	+ 5 484	+ 6 903	+ 2 815	+ 4 133	+ 2 779	+ 7 549	+ 1 257	+ 448	- 17	+ 1 345	+ 3 254
Juni	+ 17 741	- 279	+ 1 087	+ 1 087	+ 146	+ 146	+ 13 163	- 4 717	+ 187	+ 44	+ 3 157	+ 87
Juli	+ 30 551	+ 17 300	+ 12 942	+ 7 859	+ 405	+ 405	+ 11 629	+ 5 371	+ 1 111	+ 340	+ 4 464	+ 7 072
Aug.	+ 14 595	+ 3 269	+ 7 108	+ 7 108	+ 7 463	+ 2 490	+ 6 575	+ 489	+ 335	+ 70	- 6 886	+ 2 285
Sept. p)	+ 18 425	- 10 568	+ 1 049	- 9 140	+ 1 090	+ 1 090	+ 15 522	- 2 733	+ 977	+ 428	- 213	- 11 104

1 Nach Abzug der Rückkäufe. — 2 Bundesschatzanweisungen, Bundesschatzbriefe, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Einlagen 6)	Wertpapiere	Darlehen und Hypotheken 7)	Grundstücke	
		Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes		Renten 3)	Krankenversicherung der Rentner 4)							
Gesamtdeutschland													
1993	290 393	232 408	52 671	298 065	252 920	15 898	- 7 672	39 786	29 957	8 499	1 100	229	6 297
1994	322 335	256 662	61 891	324 323	273 880	17 751	- 1 988	33 578	24 194	8 170	909	305	6 890
1995	338 185	270 294	64 387	348 115	294 034	20 285	- 9 930	21 756	16 801	3 948	746	262	7 800
1996 8)	353 672	282 616	68 388	362 667	305 780	21 660	- 8 995	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1997	374 853	297 402	74 961	372 955	316 511	23 280	+ 1 898	14 659	10 179	1 878	2 372	230	9 261
1998	389 101	297 827	88 755	385 707	327 823	24 393	+ 3 394	18 194	14 201	1 493	2 274	226	9 573
1999	208 173	152 206	54 628	203 295	172 919	12 950	+ 4 878	13 623	11 559	824	1 127	114	4 904
2000	211 137	150 712	58 862	210 558	178 599	13 365	+ 579	14 350	11 459	1 676	1 105	110	4 889
2001 8)	216 927	152 048	63 093	217 497	184 730	13 762	- 570	13 973	10 646	1 517	1 699	111	4 917
2002	221 563	152 810	66 958	225 689	191 133	14 498	- 4 126	9 826	6 943	1 072	1 685	126	4 878
2003	229 371	156 510	71 447	231 362	196 038	15 178	- 1 991	7 641	5 017	816	1 682	126	4 862
2003 1.Vj.	55 374	37 289	17 761	57 255	48 883	3 727	- 1 881	8 686	5 649	1 230	1 685	122	4 874
2.Vj.	56 442	38 349	17 749	57 396	48 763	3 735	- 954	7 698	4 906	980	1 686	126	4 867
3.Vj.	57 241	39 085	17 830	58 256	49 409	3 858	- 1 015	6 348	3 822	727	1 683	116	4 855
4.Vj.	59 796	41 772	17 703	58 269	49 363	3 916	+ 1 527	7 641	5 017	816	1 682	126	4 862
2004 1.Vj.	55 431	37 289	17 846	58 350	49 858	3 873	- 2 919	6 196	3 693	695	1 681	127	4 866
2.Vj.	56 665	38 446	17 873	57 794	49 437	3 416	- 1 129	3 750	1 914	28	1 682	126	4 892

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ab 1993 einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger

an die Krankenkassen nach § 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Ab 1995 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Schwankungsreserve. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. Ab 1992 gesamtdeutsche Werte. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger; einschl. Beteiligungen. — 8 Ohne Einnahmen aus der Höherbewertung von Beteiligungen.

13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes	
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt	Arbeitslosen-unterstützungen 3) 4)	davon:			davon:				
		Beiträge	Umlagen 2)			West-deutschland	Ost-deutschland	berufliche Förderung 4) 5)	West-deutschland	Ost-deutschland			Winterbau-förderung
Gesamtdeutschland													
1993	85 109	79 895	1 829	109 536	48 005	34 149	13 856	36 891	15 895	20 996	1 919	- 24 426	24 419
1994	89 658	81 536	3 822	99 863	48 342	35 163	13 179	31 273	14 382	16 891	1 822	- 10 205	10 142
1995	90 211	84 354	2 957	97 103	49 254	36 161	13 094	34 441	16 745	17 696	1 586	- 6 892	6 887
1996	91 825	85 073	3 346	105 588	57 123	40 186	16 938	36 478	18 368	18 111	903	- 13 763	13 756
1997	93 149	85 793	2 959	102 723	60 273	40 309	19 964	31 418	16 117	15 301	443	- 9 574	9 574
1998	91 088	86 165	2 868	98 852	53 483	35 128	18 355	34 279	16 784	17 496	471	- 7 764	7 719
1999	47 954	45 141	1 467	51 694	25 177	16 604	8 573	20 558	10 480	10 078	279	- 3 740	3 739
2000	49 606	46 359	1 403	50 473	23 946	15 615	8 331	20 324	10 534	9 790	294	- 868	867
2001	50 682	47 337	1 640	52 613	25 036	16 743	8 294	20 713	11 094	9 619	268	- 1 931	1 931
2002	50 885	47 405	2 088	56 508	27 610	19 751	7 860	21 011	11 568	9 443	245	- 5 623	5 623
2003	50 635	47 337	2 081	56 850	29 735	21 528	8 207	19 155	10 564	8 591	272	- 6 215	6 215
2003 1.Vj.	11 617	11 281	48	14 408	7 647	5 422	2 225	4 785	2 576	2 209	180	- 2 790	5 151
2.Vj.	12 272	11 487	536	14 667	7 975	5 708	2 267	4 721	2 623	2 098	84	- 2 395	2 408
3.Vj.	12 828	11 797	619	13 645	7 251	5 313	1 938	4 453	2 462	1 991	7	- 817	514
4.Vj.	13 917	12 773	878	14 131	6 863	5 086	1 777	5 196	2 903	2 293	1	- 214	- 1 858
2004 1.Vj.	11 524	11 261	47	14 448	8 200	6 001	2 199	4 389	2 491	1 898	144	- 2 924	5 244
2.Vj.	12 042	11 419	394	13 949	7 782	5 673	2 109	4 268	2 510	1 758	67	- 1 907	1 946
3.Vj.	12 516	11 709	481	12 818	7 044	5 189	1 855	3 919	2 309	1 610	4	- 303	166

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Insolvenzgeld. — 3 Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld. Einschl. des an Aus- und Übersiedler als Ersatz für das Arbeitslosengeld gezahlten Eingliederungsgeldes. — 4 Einschl. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge. Januar-Rentenver-

sicherungsbeiträge für Bezieher von Lohnersatzleistungen werden seit 2003 nicht mehr schon im Dezember, sondern im Januar gezahlt. — 5 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltsicherung und Existenzgründungszuschüsse.

IX. Konjunkturlage
**1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens
Deutschland**

Position	2000	2001	2002	2003	1.Hj. 2004	2001	2002	2003	1.Hj. 2004	2000	2001	2002	2003
	Mrd €					Veränderung gegen Vorjahr in %				Anteil in %			
in Preisen von 1995													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	450,5	444,6	443,0	445,0	227,1	- 1,3	- 0,4	0,5	- 4,6	22,9	22,4	22,3	22,4
Baugewerbe	102,6	96,9	92,3	88,2	41,5	- 5,6	- 4,8	- 4,4	- 0,3	5,2	4,9	4,6	4,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	345,9	359,4	364,5	367,8	183,4	3,9	1,4	0,9	2,5	17,6	18,1	18,3	18,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	572,9	594,6	595,2	598,5	299,1	3,8	0,1	0,5	1,3	29,1	29,9	29,9	30,1
Öffentliche und private Dienst- leister 3)	390,1	390,8	397,1	395,4	197,6	0,2	1,6	- 0,4	0,2	19,8	19,7	20,0	19,9
Alle Wirtschaftsbereiche	1 886,5	1 910,9	1 916,2	1 918,9	960,9	1,3	0,3	0,1	2,0	95,8	96,2	96,4	96,7
Nachr.: Unternehmenssektor	1 657,7	1 683,0	1 688,5	1 693,3	848,6	1,5	0,3	0,3	2,4	84,2	84,7	85,0	85,3
Wirtschaftsbereiche bereinigt 4)	1 786,2	1 805,9	1 811,3	1 812,7	907,2	1,1	0,3	0,1	2,1	90,7	90,9	91,1	91,3
Bruttoinlandsprodukt	1 969,5	1 986,0	1 987,6	1 985,2	993,2	0,8	0,1	- 0,1	1,8	100	100	100	100
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 121,2	1 140,7	1 132,5	1 132,5	555,2	1,7	- 0,7	0,0	- 0,4	56,9	57,4	57,0	57,0
Konsumausgaben des Staates	378,6	382,4	389,8	390,2	192,0	1,0	1,9	0,1	0,1	19,2	19,3	19,6	19,7
Ausrüstungen	176,5	167,8	153,4	151,2	70,6	- 4,9	- 8,6	- 1,4	- 1,2	9,0	8,4	7,7	7,6
Bauten	242,1	230,5	217,2	210,1	98,6	- 4,8	- 5,8	- 3,2	- 0,8	12,3	11,6	10,9	10,6
Sonstige Anlagen 6)	25,5	26,9	27,3	27,8	13,8	5,5	1,4	1,7	2,2	1,3	1,4	1,4	1,4
Vorratsveränderungen 7)	- 7,7	- 26,9	- 35,5	- 18,1	2,2	- 0,4	- 1,4	- 1,8	- 0,9
Inländische Verwendung	1 936,3	1 921,6	1 884,5	1 893,7	932,5	- 0,8	- 1,9	0,5	- 0,2	98,3	96,8	94,8	95,4
Außenbeitrag	33,2	64,5	103,1	91,5	60,8	1,7	3,2	5,2	4,6
Exporte	660,4	698,1	726,6	740,0	397,7	5,7	4,1	1,8	10,1	33,5	35,2	36,6	37,3
Importe	627,3	633,7	623,5	648,5	337,0	1,0	- 1,6	4,0	5,6	31,8	31,9	31,4	32,7
Bruttoinlandsprodukt	1 969,5	1 986,0	1 987,6	1 985,2	993,2	0,8	0,1	- 0,1	1,8	100	100	100	100
in jeweiligen Preisen													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 196,8	1 237,2	1 242,2	1 255,3	623,7	3,4	0,4	1,1	1,2	59,0	59,7	58,9	59,0
Konsumausgaben des Staates	385,8	394,2	405,4	408,5	193,9	2,2	2,8	0,8	- 0,3	19,0	19,0	19,2	19,2
Ausrüstungen	176,7	167,4	151,9	146,9	68,5	- 5,3	- 9,3	- 3,2	- 2,2	8,7	8,1	7,2	6,9
Bauten	240,2	228,9	215,4	208,3	98,7	- 4,7	- 5,9	- 3,3	- 0,0	11,8	11,0	10,2	9,8
Sonstige Anlagen 6)	23,2	24,3	24,5	24,5	12,0	5,0	0,6	0,2	0,3	1,1	1,2	1,2	1,2
Vorratsveränderungen 7)	- 0,6	- 19,3	- 26,9	- 7,6	10,5	- 0,0	- 0,9	- 1,3	- 0,4
Inländische Verwendung	2 022,0	2 032,8	2 012,5	2 036,0	1 007,3	0,5	- 1,0	1,2	0,7	99,6	98,0	95,5	95,7
Außenbeitrag	8,0	41,2	94,8	92,2	63,4	0,4	2,0	4,5	4,3
Exporte	685,3	730,7	761,6	769,3	412,7	6,6	4,2	1,0	9,2	33,8	35,2	36,1	36,1
Importe	677,3	689,5	666,8	677,1	349,2	1,8	- 3,3	1,5	3,5	33,4	33,2	31,6	31,8
Bruttoinlandsprodukt	2 030,0	2 074,0	2 107,3	2 128,2	1 070,7	2,2	1,6	1,0	2,9	100	100	100	100
IV. Preise (1995 = 100)													
Privater Konsum	106,7	108,5	109,7	110,8	112,3	1,6	1,1	1,0	1,6
Bruttoinlandsprodukt	103,1	104,4	106,0	107,2	107,8	1,3	1,5	1,1	1,1
Terms of Trade	96,1	96,2	98,0	99,6	100,1	0,1	1,9	1,6	1,2
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 099,1	1 120,8	1 129,4	1 132,2	537,2	2,0	0,8	0,2	- 0,1	72,8	72,9	72,8	72,1
Unternehmens- und Vermögens- einkommen	410,4	417,6	422,4	437,1	252,2	1,7	1,2	3,5	14,8	27,2	27,1	27,2	27,9
Volkseinkommen	1 509,5	1 538,4	1 551,9	1 569,3	789,4	1,9	0,9	1,1	4,2	100	100	100	100
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 021,2	2 062,9	2 088,1	2 114,2	1 064,0	2,1	1,2	1,2	3,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2004. — 1 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung nach Abzug unterstellter Bankge-

bühr, jedoch ohne Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). — 5 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

IX. Konjunkturlage

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe
Deutschland

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Bauhauptgewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie ¹⁾									
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				Vorleistungsgüterproduzenten ⁴⁾	Investitionsgüterproduzenten ⁵⁾	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	Chemische Industrie	Metallerzeugung und -bearbeitung	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen	
2000 = 100												
1999	95,3	103,7	100,2	94,0	94,5	91,1	96,2	98,5	97,2	92,4	93,3	89,8
2000	99,9	100,0	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9
2001	99,5	92,4	97,3	100,4	99,4	102,3	100,4	98,8	98,0	101,1	102,1	104,0
2002	98,3	89,0	97,4	99,3	98,9	101,1	92,0	98,2	101,7	101,8	99,5	105,4
2003	98,4	85,1	99,8	99,5	99,5	102,0	87,2	97,4	102,0	99,9	97,8	107,6
2002 Dez.	92,6	63,4	106,6	93,7	84,5	105,4	83,3	92,8	88,3	81,5	118,5	90,6
2003 Jan.	90,3	51,8	110,3	91,7	93,9	89,9	82,0	92,9	102,6	101,0	80,8	101,9
Febr.	92,4	51,5	104,1	94,9	94,2	98,3	87,1	91,7	98,3	100,1	91,4	110,9
März	104,6	83,8	109,0	106,0	105,9	110,0	97,1	100,6	112,0	110,4	103,5	121,4
April	98,4	92,1	100,3	98,7	100,4	99,4	85,7	96,7	105,6	102,9	93,3	108,9
Mai	96,0	91,2	95,3	96,5	98,9	97,3	79,8	93,9	102,5	101,3	91,9	106,9
Juni	100,0	98,6	91,6	101,0	102,5	103,4	83,5	97,4	103,4	97,7	101,9	106,8
Juli	100,4	102,3	90,5	101,3	102,5	103,1	85,8	98,6	105,1	101,7	98,9	108,7
Aug.	90,0	89,8	90,4	90,0	93,1	86,6	67,2	95,4	98,8	88,2	85,5	80,0
Sept.	102,3	100,9	92,2	103,5	103,3	106,6	97,2	99,1	97,6	101,6	104,4	110,8
Okt.	105,1	99,3	102,2	106,0	106,9	106,3	97,9	105,2	104,0	107,6	98,2	112,3
Nov.	106,4	93,1	104,6	107,8	105,3	113,9	100,1	103,2	101,4	103,2	105,9	125,1
Dez.	95,0	67,0	107,0	96,2	87,1	108,8	82,9	94,2	92,6	83,0	117,8	97,5
2004 Jan.	92,0	49,3	115,8	93,3	96,4	90,7	83,4	94,0	101,4	104,5	82,5	98,8
Febr.	94,1	56,7	105,8	96,3	98,4	97,0	86,4	92,4	101,0	103,0	87,7	111,7
März	7) 104,8	7) 74,0	109,7	107,2	107,6	111,8	96,0	99,8	107,0	111,7	106,2	123,2
April ^{r)}	7) 100,5	7) 83,2	102,3	101,9	104,2	103,8	88,1	96,3	106,8	104,0	98,2	115,1
Mai ^{r)}	7) 99,6	7) 84,1	97,2	101,3	103,3	104,1	86,2	94,8	101,8	105,2	98,3	116,0
Juni ^{r)}	7) 103,2	7) 90,2	90,6	105,8	107,0	111,0	87,0	97,2	102,8	111,2	106,2	121,2
Juli ^{+))}	7) 102,6	7) 92,6	91,9	104,7	106,7	107,5	86,9	99,1	106,2	106,5	103,9	113,0
Aug. ^{+))}	7) 93,2	7) 82,2	88,7	94,7	98,9	92,8	68,1	95,8	104,5	94,3	88,7	91,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
1999	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,0	- 0,4	+ 1,9	+ 3,5	- 3,6	- 2,3	+ 3,2
2000	+ 4,8	- 3,6	- 0,3	+ 6,3	+ 5,7	+ 9,7	+ 3,8	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,1	+ 7,1	+ 11,2
2001	- 0,4	- 7,6	- 2,6	+ 0,5	- 0,5	+ 2,4	+ 0,5	- 1,1	- 1,9	+ 1,2	+ 2,2	+ 4,1
2002	- 1,2	- 3,7	+ 0,1	- 1,1	- 0,5	- 1,2	- 8,4	- 0,6	+ 3,8	+ 0,7	- 2,5	+ 1,3
2003	+ 0,1	- 4,4	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 5,2	- 0,8	+ 0,3	- 1,9	- 1,7	+ 2,1
2002 Dez.	+ 0,1	- 12,2	- 3,4	+ 1,3	+ 3,3	+ 0,9	- 8,4	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,4	- 1,5	+ 5,2
2003 Jan.	+ 0,9	- 9,9	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,3	- 8,5	- 0,9	+ 3,8	+ 3,3	- 3,3	+ 6,7
Febr.	+ 0,4	- 23,0	+ 7,3	+ 1,2	+ 0,3	+ 4,7	- 5,9	- 2,0	- 1,0	+ 1,5	+ 2,1	+ 10,0
März	+ 0,8	- 6,6	+ 6,3	+ 0,7	+ 1,4	+ 2,0	- 6,6	- 2,0	+ 1,5	+ 1,8	- 1,2	+ 5,1
April	+ 0,3	- 4,5	+ 3,5	+ 0,4	+ 1,1	- 0,3	- 4,9	+ 1,2	+ 3,0	- 1,5	- 3,9	+ 2,9
Mai	+ 0,4	- 3,8	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 2,2	- 4,4	- 1,9	+ 0,0	- 0,5	- 0,1	+ 5,8
Juni	- 2,0	- 1,6	+ 5,3	- 2,8	- 0,5	- 5,1	- 12,1	- 0,3	- 0,3	- 8,9	- 6,7	- 7,7
Juli	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,1	- 0,4	- 1,8	- 1,3	+ 6,7
Aug.	- 2,6	- 4,5	+ 1,2	- 2,8	- 2,4	- 3,8	- 9,2	- 0,5	- 1,1	- 7,3	+ 0,4	- 12,8
Sept.	- 2,3	- 3,4	+ 0,0	- 2,5	- 2,3	- 2,1	- 6,4	- 3,0	- 5,4	- 5,9	- 4,0	- 3,2
Okt.	+ 1,1	- 2,6	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	- 2,7	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 1,0	+ 0,8
Nov.	+ 0,6	- 3,2	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 2,7	- 3,3	- 2,5	- 0,7	- 2,0	+ 0,2	+ 4,3
Dez.	+ 2,6	+ 5,7	+ 0,4	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,2	- 0,5	+ 1,5	+ 4,9	+ 1,8	- 0,6	+ 7,6
2004 Jan.	+ 1,9	- 4,8	+ 5,0	+ 1,7	+ 2,7	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,2	- 1,2	+ 3,5	+ 2,1	- 3,0
Febr.	+ 1,8	+ 10,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 4,5	- 1,3	- 0,8	+ 0,8	+ 2,7	+ 2,9	- 4,0	+ 0,7
März	7) + 0,2	7) - 11,7	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	- 1,1	- 0,8	- 4,5	+ 1,2	+ 2,6	+ 1,5
April ^{r)}	7) + 2,1	7) - 9,7	+ 2,0	+ 3,2	+ 3,8	+ 4,4	+ 2,8	- 0,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 5,3	+ 5,7
Mai ^{r)}	7) + 3,8	7) - 7,8	+ 2,0	+ 5,0	+ 4,4	+ 7,0	+ 8,0	+ 1,0	- 0,7	+ 3,8	+ 7,0	+ 8,5
Juni ^{r)}	7) + 3,2	7) - 8,5	- 1,1	+ 4,8	+ 4,4	+ 7,4	+ 4,2	- 0,2	- 0,6	+ 13,8	+ 4,2	+ 13,5
Juli ^{+))}	7) + 2,2	7) - 9,5	+ 1,5	+ 3,4	+ 4,1	+ 4,3	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,0	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,0
Aug. ^{+))}	7) + 3,6	7) - 8,5	- 1,9	+ 5,2	+ 6,2	+ 7,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 5,8	+ 6,9	+ 3,7	+ 14,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — ¹⁾ Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — ²⁾ Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — ³⁾ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung. — ⁴⁾ Einschließlich

Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — ⁵⁾ Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen. — ⁶⁾ Einschließlich Druckgewerbe. — ⁷⁾ Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe vorläufig. — + Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das III. Quartal (Industrie: durchschnittlich - 2,3%).

IX. Konjunkturlage
3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt )

Zeit	Industrie insgesamt		davon:				davon:				davon:	
			Inland		Ausland		Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten 1)		Konsumgüter- produzenten 2)	
	2000=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2000=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2000=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2000=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2000=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2000=100	Verände- rung gegen Vorjahr %
Deutschland												
2000	99,9	+ 13,8	99,9	+ 8,2	100,0	+ 21,8	100,0	+ 14,2	100,0	+ 16,3	99,9	+ 4,2
2001	98,3	- 1,6	97,6	- 2,3	99,1	- 0,9	95,9	- 4,1	99,4	- 0,6	101,4	+ 1,5
2002	98,3	± 0,0	94,6	- 3,1	102,8	+ 3,7	96,4	+ 0,5	99,6	+ 0,2	99,0	- 2,4
2003	99,0	+ 0,7	94,7	+ 0,1	104,4	+ 1,6	97,8	+ 1,5	100,7	+ 1,1	95,4	- 3,6
2003 Aug.	89,9	- 2,0	87,3	- 3,5	93,2	± 0,0	89,5	± 0,0	89,5	- 3,1	92,9	- 3,2
Sept.	102,9	+ 1,1	98,4	+ 0,1	108,5	+ 2,2	100,9	+ 0,7	104,4	+ 2,6	102,8	- 4,3
Okt.	102,7	+ 2,4	99,1	+ 1,5	107,2	+ 3,4	102,5	+ 2,8	102,9	+ 2,4	102,8	+ 0,9
Nov.	102,5	+ 0,9	99,2	+ 1,8	106,6	- 0,2	102,1	+ 2,7	104,4	+ 0,8	95,6	- 4,6
Dez.	98,0	+ 6,8	89,7	+ 1,5	108,5	+ 12,9	91,1	+ 5,3	106,4	+ 9,0	86,9	+ 1,5
2004 Jan.	99,8	+ 1,2	93,7	+ 1,2	107,4	+ 1,1	101,9	+ 3,3	99,8	+ 0,6	93,0	- 3,5
Febr.	101,2	+ 2,4	95,9	+ 0,4	107,8	+ 4,8	102,2	+ 5,6	101,2	+ 1,5	98,4	- 3,6
März	111,1	+ 5,2	105,2	+ 5,2	118,6	+ 5,4	110,8	+ 5,3	113,1	+ 6,7	103,7	- 1,1
April	104,1	+ 7,1	98,0	+ 5,4	111,8	+ 9,1	106,3	+ 9,1	105,2	+ 6,8	92,8	+ 1,6
Mai	104,0	+ 11,7	95,1	+ 4,5	115,1	+ 20,3	105,0	+ 12,4	107,1	+ 13,3	88,3	+ 2,3
Juni	105,6	+ 4,9	98,4	+ 3,5	114,6	+ 6,4	107,3	+ 8,9	108,3	+ 2,8	89,3	+ 0,1
Juli	105,4	+ 8,0	99,5	+ 4,8	112,8	+ 11,8	107,0	+ 9,1	106,6	+ 8,8	95,2	+ 1,4
Aug. )	96,2	+ 7,0	92,7	+ 6,2	100,6	+ 7,9	99,1	+ 10,7	94,9	+ 6,0	91,9	- 1,1
Westdeutschland												
2000	100,0	+ 13,6	99,9	+ 7,8	100,0	+ 21,4	99,9	+ 13,5	100,0	+ 16,3	99,9	+ 3,5
2001	97,8	- 2,2	97,2	- 2,7	98,6	- 1,4	95,1	- 4,8	99,2	- 0,8	101,2	+ 1,3
2002	97,3	- 0,5	93,7	- 3,6	101,6	+ 3,0	95,1	± 0,0	98,9	- 0,3	98,3	- 2,9
2003	97,6	+ 0,3	93,2	- 0,5	102,9	+ 1,3	95,7	+ 0,6	99,9	+ 1,0	94,3	- 4,1
2003 Aug.	88,6	- 1,8	85,6	- 4,0	92,2	+ 0,9	86,7	- 1,1	89,2	- 2,0	91,8	- 3,7
Sept.	101,3	+ 0,2	96,3	- 1,1	107,4	+ 1,8	98,6	- 0,2	103,4	+ 2,0	101,8	- 4,9
Okt.	101,1	+ 1,7	97,1	+ 0,6	106,0	+ 3,1	100,1	+ 1,9	101,9	+ 2,0	101,5	+ 0,4
Nov.	100,4	+ 0,1	97,4	+ 1,0	103,9	- 1,0	100,0	+ 1,7	102,2	+ 0,1	94,0	- 5,3
Dez.	96,0	+ 6,1	88,0	+ 1,3	105,5	+ 11,4	89,7	+ 4,9	103,4	+ 7,9	85,3	+ 0,7
2004 Jan.	98,1	+ 0,5	92,4	+ 0,7	105,0	+ 0,4	99,9	+ 4,1	98,4	- 1,0	91,9	- 3,8
Febr.	99,8	+ 1,9	94,2	- 0,6	106,5	+ 4,7	100,2	+ 5,1	100,1	+ 1,0	97,5	- 4,1
März	109,6	+ 5,2	103,6	+ 4,9	116,9	+ 5,6	108,3	+ 4,7	112,4	+ 7,1	102,6	- 1,3
April	102,8	+ 7,2	96,3	+ 5,1	110,7	+ 9,5	103,9	+ 9,1	104,9	+ 7,2	91,3	+ 1,4
Mai	102,3	+ 11,3	93,0	+ 3,9	113,4	+ 19,6	102,2	+ 11,8	106,2	+ 13,0	86,6	+ 1,9
Juni	103,6	+ 3,9	96,3	+ 3,3	112,3	+ 4,4	104,5	+ 8,4	106,8	+ 1,5	87,8	- 0,5
Juli	104,1	+ 7,9	97,9	+ 4,5	111,5	+ 11,7	104,3	+ 8,8	106,4	+ 8,8	94,0	+ 1,0
Aug. )	94,7	+ 6,9	90,7	+ 6,0	99,4	+ 7,8	96,2	+ 11,0	94,6	+ 6,1	90,3	- 1,6
Ostdeutschland												
2000	99,9	+ 18,1	100,0	+ 13,9	99,9	+ 29,7	99,9	+ 20,7	100,0	+ 16,3	100,0	+ 15,1
2001	104,9	+ 5,0	102,4	+ 2,4	110,9	+ 11,0	106,0	+ 6,1	103,4	+ 3,4	106,1	+ 6,1
2002	111,0	+ 5,8	104,0	+ 1,6	127,8	+ 15,2	111,7	+ 5,4	110,7	+ 7,1	109,4	+ 3,1
2003	117,9	+ 6,2	110,8	+ 6,5	135,1	+ 5,7	122,8	+ 9,9	114,1	+ 3,1	112,7	+ 3,0
2003 Aug.	108,3	- 3,7	105,5	+ 1,2	115,1	- 13,1	121,1	+ 8,4	94,5	- 17,5	109,7	+ 2,0
Sept.	124,3	+ 11,2	121,1	+ 12,3	132,1	+ 8,7	128,4	+ 10,8	121,0	+ 13,3	119,9	+ 4,4
Okt.	124,9	+ 9,8	121,1	+ 10,2	133,9	+ 8,9	131,0	+ 12,7	118,6	+ 6,9	123,3	+ 7,5
Nov.	132,2	+ 11,2	118,4	+ 9,8	165,5	+ 13,7	127,3	+ 13,1	140,1	+ 10,8	121,5	+ 5,1
Dez.	127,3	+ 14,6	108,3	+ 3,3	173,2	+ 37,4	106,9	+ 7,9	152,6	+ 20,3	112,5	+ 13,9
2004 Jan.	122,6	+ 8,9	107,8	+ 6,4	158,4	+ 13,3	125,8	- 3,3	122,4	+ 29,3	110,0	- 0,2
Febr.	120,7	+ 8,7	114,3	+ 10,4	136,0	+ 5,3	125,4	+ 10,1	117,7	+ 8,0	112,6	+ 5,4
März	131,9	+ 6,2	122,6	+ 8,7	154,2	+ 1,6	139,7	+ 10,3	126,0	+ 2,5	121,9	+ 2,7
April	121,9	+ 5,9	116,0	+ 7,6	136,0	+ 2,6	135,1	+ 9,6	109,4	+ 1,9	116,0	+ 4,8
Mai	127,3	+ 16,7	117,6	+ 10,1	150,7	+ 31,4	136,6	+ 16,4	120,6	+ 19,3	114,6	+ 7,9
Juni	133,6	+ 17,3	120,7	+ 4,5	164,5	+ 49,4	139,4	+ 13,1	132,0	+ 24,6	114,2	+ 7,3
Juli	123,9	+ 10,4	117,1	+ 8,9	140,2	+ 13,4	138,5	+ 11,7	110,6	+ 9,2	115,7	+ 9,0
Aug. )	117,6	+ 8,6	113,8	+ 7,9	126,7	+ 10,1	134,0	+ 10,7	100,4	+ 6,2	117,3	+ 6,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung; Ergebnisse für fachliche

Betriebsteile; Werte ohne Mehrwertsteuer. — ) Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 2 Einschließlich Druckgewerbe.

IX. Konjunkturlage

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt 1)

Zeit	Deutschland					Westdeutschland					Ostdeutschland				
	insgesamt	davon:				insgesamt	davon:				insgesamt	davon:			
		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau	Veränderung gegen Vorjahr %		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau	Veränderung gegen Vorjahr %		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau	Veränderung gegen Vorjahr %
2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100
2000	100,0	- 8,5	100,0	99,9	100,0	99,9	- 7,0	99,9	99,9	100,0	100,0	- 13,4	100,0	99,9	100,0
2001	94,5	- 5,5	82,8	96,9	99,0	97,4	- 2,5	87,6	99,9	100,7	85,2	- 14,8	68,3	86,4	94,2
2002	88,7	- 6,1	72,8	91,5	95,6	90,9	- 6,7	79,6	93,1	95,6	81,7	- 4,1	51,9	85,8	95,7
2003	79,2	- 10,7	67,5	78,5	87,4	80,8	- 11,1	74,5	78,3	87,8	74,2	- 9,2	46,1	79,2	86,2
2003 Juli	90,6	- 3,4	71,2	86,6	107,3	91,1	- 5,5	79,1	85,7	105,1	89,0	+ 4,2	46,9	89,9	113,5
Aug.	81,1	- 8,3	67,7	76,1	95,2	81,7	- 6,2	73,8	74,7	94,9	79,2	- 14,3	49,0	81,0	95,7
Sept.	91,2	- 10,5	76,3	88,8	103,1	91,2	- 11,8	84,9	85,3	102,3	90,9	- 6,4	50,2	101,3	105,4
Okt.	80,1	- 5,2	70,6	75,8	90,8	83,4	- 3,0	79,8	76,4	93,9	69,6	- 13,0	42,6	73,7	81,9
Nov.	69,2	- 7,5	62,0	73,5	68,7	71,0	- 3,8	69,5	74,0	68,5	63,1	- 19,0	39,1	71,7	69,3
Dez.	69,3	- 12,6	66,7	68,4	71,9	71,1	- 14,4	73,9	68,4	72,5	63,4	- 5,8	44,9	68,3	69,8
2004 Jan.	53,2	- 6,2	41,5	65,7	46,6	55,3	- 5,5	47,8	67,6	45,4	46,6	- 9,0	22,1	58,6	49,7
Febr.	66,2	+ 2,8	58,3	75,3	60,8	67,3	- 0,3	64,7	79,2	54,9	62,6	+ 15,3	38,8	61,8	77,7
März	81,9	- 7,7	70,7	72,7	99,2	83,4	- 9,1	81,0	70,8	99,8	77,0	- 2,5	39,2	79,3	97,4
April	77,1	- 6,4	62,8	72,4	91,2	78,7	- 7,3	71,6	73,3	89,5	71,9	- 3,5	36,1	69,4	95,9
Mai	75,8	- 8,3	66,7	65,2	93,4	77,0	- 5,6	73,8	64,3	94,1	71,9	- 16,6	44,9	68,3	91,5
Juni	89,6	- 5,1	72,8	82,6	107,9	92,0	- 4,1	82,3	83,7	107,8	82,0	- 8,6	43,9	78,6	108,1
Juli	78,9	- 12,9	63,5	71,9	96,5	80,8	- 11,3	70,8	71,9	97,8	72,8	- 18,2	41,1	72,0	92,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Werte ohne Mehrwertsteuer. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vor-

reitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 1 Einschließlich Bahn und Post.

5. Einzelhandelsumsätze *)
Deutschland

Kalenderbereinigt 1)

Zeit	Einzelhandel 1)										Nachrichtlich:					
	insgesamt	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen:								Einzelhandel zuzüglich Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und zuzüglich Tankstellen		darunter Einzelhandel mit Kraftwagen 3)				
		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)	Kosmetische, pharmazeutische und medizinische Produkte 2)	Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren 2)	Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf 2)	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %			
2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100				
1996	96,8	- 0,2	- 1,1	96,7	- 0,5	81,6	+ 3,6	103,0	- 1,2	96,2	- 1,4	95,9	+ 0,9	+ 0,1	91,0	+ 5,7
1997	96,1	- 0,7	- 1,3	96,0	- 0,7	83,4	+ 2,2	101,4	- 1,6	95,4	- 0,8	96,0	+ 0,1	- 0,4	94,4	+ 3,7
1998	97,0	+ 0,9	+ 1,0	97,3	+ 1,4	88,1	+ 5,6	100,2	- 1,2	98,3	+ 3,0	97,5	+ 1,6	+ 1,3	98,9	+ 4,8
1999	97,5	+ 0,5	+ 0,2	97,8	+ 0,5	94,4	+ 7,2	99,9	- 0,3	97,3	+ 2,0	98,3	+ 1,8	+ 0,5	102,2	+ 3,3
2000	100,0	+ 2,6	+ 1,4	99,8	+ 2,0	100,1	+ 6,0	99,9	± 0,0	99,9	+ 2,7	100,0	+ 1,7	+ 0,4	100,0	- 2,2
2001	101,9	+ 1,9	.	104,7	+ 4,9	107,4	+ 7,3	99,5	- 0,4	96,6	- 3,3	102,0	+ 2,0	.	102,9	+ 2,9
2002	100,3	- 1,6	- 2,2	107,5	+ 2,7	111,2	+ 3,5	94,5	- 5,0	89,0	- 7,9	101,3	- 0,7	- 1,4	105,9	+ 2,9
2003	100,1	- 0,2	- 0,3	109,9	+ 2,2	114,1	+ 2,6	89,7	- 5,1	88,2	- 0,9	101,8	+ 0,5	+ 0,2	108,8	+ 2,7
2003 Aug.	93,8	- 1,5	- 1,7	108,5	+ 3,2	106,6	- 1,8	76,1	- 10,5	80,8	- 3,6	95,5	- 0,2	- 0,7	101,5	+ 4,2
Sept.	97,5	- 1,9	- 2,3	105,3	+ 1,4	109,8	+ 0,2	95,4	- 5,8	84,6	- 3,4	99,1	- 0,6	- 1,2	105,6	+ 4,1
Okt.	104,6	+ 0,1	- 0,3	112,3	+ 3,1	115,9	+ 2,7	105,8	- 2,3	93,4	+ 0,1	106,1	+ 0,9	+ 0,2	113,2	+ 3,3
Nov.	104,5	- 0,5	- 1,1	112,4	+ 1,8	116,7	+ 3,3	89,9	- 7,6	95,9	- 1,0	105,1	- 0,1	- 1,0	109,6	+ 1,4
Dez.	122,5	+ 0,2	- 0,2	130,2	+ 2,0	144,6	+ 12,4	110,4	- 6,6	104,4	- 1,2	117,5	- 0,2	- 0,9	101,1	- 1,8
2004 Jan.	90,1	- 1,6	- 1,7	100,7	+ 1,7	101,0	- 7,8	74,3	- 6,3	79,0	+ 1,7	89,1	- 1,8	- 2,0	86,3	- 2,5
Febr.	86,0	- 3,4	- 2,6	97,5	- 1,4	100,3	- 5,2	67,8	- 1,5	77,1	- 0,6	87,1	- 3,3	- 3,1	91,9	- 3,4
März	100,4	- 2,1	- 1,5	111,4	- 1,8	112,7	+ 1,2	88,0	- 6,8	92,8	- 2,4	103,1	- 3,2	- 3,1	113,9	- 6,3
April	100,1	- 1,8	- 1,9	110,6	- 0,6	112,5	+ 0,4	95,5	+ 3,4	91,3	- 0,9	103,4	- 1,7	- 2,2	115,9	- 1,6
Mai	96,1	- 2,8	- 3,4	108,6	± 0,0	108,1	- 2,1	85,6	- 6,7	86,5	- 2,4	99,7	- 2,9	- 3,8	113,1	- 2,9
Juni	94,2	- 2,3	- 2,7	105,8	- 2,8	110,5	- 0,1	81,4	- 4,7	83,5	+ 0,5	97,6	- 3,2	- 3,8	110,4	- 5,7
Juli	96,6	- 1,4	- 1,9	108,5	- 1,2	116,3	± 0,0	86,2	- 0,1	84,2	- 0,4	100,2	- 2,1	- 2,8	113,7	- 3,7
Aug. 5)	93,9	+ 0,1	- 0,3	107,5	- 0,9	108,0	+ 1,3	78,2	+ 2,8	81,9	+ 1,4	94,4	- 1,2	- 1,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer; Angaben ab 2003 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten erfahrungsgemäß besonders unsicher. — 1 Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne Handel mit Kraftfahr-

zeugen und ohne Tankstellen. — 2 Einzelhandel in Verkaufsräumen. — 3 Einschließlich Kraftwagenteilen und Zubehör. — 4 Bis einschließlich 2000 in Preisen von 1995, ab 2001 in Preisen von 2000.

IX. Konjunkturlage

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1) 2)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 3)		Kurz- arbeiter 2)	Beschäftigte in Beschäftigung- schaffenden Maß- nahmen 2) 5)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung 2)	Arbeitslose 2)		Arbeits- losen- quote 2) 6) %	Offene Stellen 2) Tsd			
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe 2)				Tsd	Bau- haupt- gewerbe 4)			Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	%
		%	Tsd														
Deutschland																	
2001	38 923	+ 0,4	+ 172	34 843	+ 0,3	6 395	958	123	243	352	3 853	- 37	9,4	507			
2002	38 698	- 0,6	- 225	34 598	- 0,7	6 217	7) 883	207	192	340	4 061	+ 209	9,8	452			
2003	38 316	- 1,0	- 382	34 146	- 1,3	8) 6 136	817	195	140	260	4 377	+ 315	10,5	355			
2003 Sept.	38 589	- 0,8	- 317			6 146	835	169	133	233	4 208	+ 265	10,1	330			
Okt.	38 715	- 0,7	- 254			6 114	824	163	138	242	4 151	+ 220	10,0	297			
Nov.	38 690	- 0,5	- 199	34 421	- 0,9	6 096	814	162	140	245	4 184	+ 157	10,0	275			
Dez.	38 517	- 0,4	- 164			6 060	790	149	135	235	4 315	+ 89	10,4	258			
2004 Jan.	r) 37 755	r) - 0,3	r) - 106			6 035	737	164	123	217	4 597	9) + 37	9) 11,0	277			
Febr.	r) 37 760	r) - 0,2	r) - 84	33 519	- 0,7	6 019	711	186	117	203	4 641	+ 15	11,1	309			
März	r) 37 984	r) - 0,0	r) - 13			6 018	10) 728	197	109	200	4 547	+ 30	10,9	324			
April	r) 38 258	r) + 0,2	r) + 60			6 013	10) 745	177	102	199	4 443	+ 32	10,7	324			
Mai	r) 38 356	r) + 0,2	r) + 73	33 888	- 0,7	6 004	10) 748	171	103	197	4 293	+ 43	11) 10,3	319			
Juni	38 425	+ 0,2	+ 62			6 006	10) 752	162	109	185	4 233	+ 62	10,2	305			
Juli	o) 38 416	o) + 0,2	o) + 67			6 018	10) 752	138	116	p) 165	4 360	+ 83	10,5	297			
Aug.	107	119	p) 158	4 347	+ 110	10,5	287			
Sept.	115	122	p) 165	4 257	+ 160	10,3	275			
Westdeutschland 12)																	
2001	5 769	696	94	53	202	2 321	- 60	7,2	436			
2002	5 593	7) 654	162	42	198	2 498	+ 178	7,7	378			
2003	8) 5 503	607	160	30	161	2 753	+ 255	8,4	292			
2003 Sept.	5 507	617	139	27	149	2 653	+ 213	8,1	261			
Okt.	5 476	609	136	27	157	2 637	+ 187	8,0	237			
Nov.	5 459	603	135	26	159	2 665	+ 144	8,1	222			
Dez.	5 427	587	122	25	152	2 750	+ 102	8,4	212			
2004 Jan.	5 401	553	135	22	139	9) 2 927	9) + 71	9) 8,9	234			
Febr.	5 386	535	151	21	131	2 945	+ 49	8,9	263			
März	5 384	10) 548	159	21	129	2 871	+ 52	8,7	275			
April	5 377	10) 559	143	21	130	2 805	+ 50	8,5	274			
Mai	5 368	10) 560	139	22	130	2 710	+ 58	11) 8,2	265			
Juni	5 368	10) 562	133	23	123	2 669	+ 65	8,1	253			
Juli	5 378	10) 561	112	25	p) 110	2 760	+ 79	8,4	247			
Aug.	84	25	p) 104	2 764	+ 92	8,4	239			
Sept.	92	27	p) 110	2 700	+ 119	8,2	223			
Ostdeutschland 13)																	
2001	626	262	29	190	150	1 532	+ 23	17,3	71			
2002	7) 624	229	45	150	142	1 563	+ 31	17,7	74			
2003	8) 632	210	35	110	99	1 624	+ 61	18,5	63			
2003 Sept.	639	218	30	106	83	1 554	+ 52	17,8	69			
Okt.	638	215	27	112	85	1 514	+ 34	17,3	60			
Nov.	637	211	27	113	86	1 519	+ 13	17,4	53			
Dez.	633	203	27	110	83	1 565	- 14	17,9	46			
2004 Jan.	634	183	29	101	78	9) 1 670	9) - 33	9) 19,1	43			
Febr.	633	175	35	96	72	1 696	- 33	19,4	46			
März	633	10) 181	37	89	70	1 676	- 22	19,2	49			
April	637	10) 186	34	81	69	1 639	- 18	18,8	51			
Mai	637	10) 188	32	81	67	1 583	- 15	11) 18,3	54			
Juni	638	10) 190	29	85	62	1 565	- 3	18,1	53			
Juli	641	10) 191	26	91	p) 55	1 600	+ 4	18,5	50			
Aug.	24	94	p) 54	1 582	+ 18	18,3	48			
Sept.	23	96	p) 54	1 557	+ 41	18,0	52			

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Monatswerte: Endstände; Erwerbstätige und Arbeitnehmer: Durchschnitte; Kurzarbeiter: Stand Monatsmitte; Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte. — 1 Inlandskonzept. — 2 Jahreswerte: Eigene Berechnung; die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind runderungsbedingt. — 3 Einschl. tätiger Inhaber. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 5 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM). — 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 7 Ergebnisse ab März 2002 positiv beeinflusst durch erstmalige Einbeziehung meldepflichtiger Baubetriebe, die im Zuge des Aufbaus des Unternehmens-

registers festgestellt worden sind. — 8 Ergebnisse ab 2003 positiv beeinflusst durch erstmalige Einbeziehung meldepflichtiger Betriebe, die im Zuge des Aufbaus des Unternehmensregisters festgestellt worden sind. — 9 Ab Januar 2004 Arbeitslose ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. — 10 Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung vorläufig. — 11 Ab Mai 2004 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 12 Ohne West-Berlin; Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie Bauhauptgewerbe einschließlich derjenigen in West-Berlin. — 13 Einschließlich West-Berlin; Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie Bauhauptgewerbe ohne diejenigen in West-Berlin. — o Erste vorläufige Schätzung.

IX. Konjunkturlage

7. Preise
Deutschland

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex 2) 3)	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 4)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 5)	
	insgesamt	davon:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 6)	sonstige Rohstoffe 7)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1) 2)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten							
	2000 = 100								1995 = 100	2000 = 100			
Indexstand													
1999	98,6	100,6	100,3	87,7	99,0	98,8	99,3 2)	97,0	89,9	97,0	90,8	57,6	83,1
2000	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	95,4	100,0	100,0	100,0	100,0
2001	102,0	105,1	100,3	105,7	102,4	101,2	100,3	103,0	100,8	101,0	100,6	91,4	91,9
2002	103,4	106,1	101,1	106,0	104,9	102,6	100,2	102,4	94,6	100,8	98,4	86,1	91,1
2003	104,5	106,0	101,4	110,2	106,4	103,8	100,3	104,1	94,8	100,6	96,2	82,9	86,9
2002 Dez.	104,0	104,0	100,9	105,6	107,7	103,0		102,4	94,4	100,7	97,9	87,2	89,6
2003 Jan.	104,0	105,3	101,4	110,7	105,1	103,2		103,8	94,8	100,9	98,2	92,2	88,3
Febr.	104,5	105,9	101,6	113,0	105,7	103,4	100,3	104,2	96,4	101,0	98,5	97,3	89,7
März	104,6	106,3	101,6	113,8	105,6	103,5		104,4	94,8	101,0	98,0	89,5	88,3
April	104,3	106,6	101,4	110,2	105,8	103,7		104,2	94,6	100,9	96,5	76,0	87,8
Mai	104,1	106,8	101,4	108,2	105,6	103,7	100,3	103,9	93,9	100,5	95,2	72,5	83,5
Juni	104,4	107,1	101,3	108,8	106,1	103,8		103,9	95,4	100,3	95,1	77,0	81,3
Juli	104,6	106,3	101,1	109,2	107,4	103,8		104,1	92,4	100,3	95,2	81,5	82,7
Aug.	104,6	105,1	101,0	110,4	107,7	103,9	100,3	104,1	94,0	100,4	95,8	86,4	85,2
Sept.	104,5	105,6	101,4	109,7	106,7	103,9		104,2	97,4	100,5	95,7	78,7	87,5
Okt.	104,5	105,7	101,4	110,0	106,4	103,9		104,2	96,2	100,4	95,5	81,0	88,7
Nov.	104,3	105,5	101,4	109,5	105,8	104,1	100,3	104,2	97,6	100,4	95,5	81,7	91,0
Dez.	105,1	105,7	101,4	109,4	109,0	104,1		104,2	96,1	100,2	95,1	80,7	89,4
2004 Jan.	105,2	106,9	102,1	110,5	107,2	104,4		104,0	96,6	100,2	95,2	82,6	92,8
Febr.	105,4	106,4	101,9	110,2	108,3	104,5	100,5	104,1	97,8	100,3	95,3	82,2	96,2
März	105,7	106,1	103,1	111,4	108,0	104,6		104,7	98,2	100,8	96,4	91,2	103,5
April	106,0	106,3	103,3	113,1	108,1	104,7		105,1	96,8	101,1	96,9	94,9	105,1
Mai	106,2	106,6	103,1	116,1	108,1	104,7	101,4	105,6	96,0	101,3	97,6	104,5	101,1
Juni	106,2	106,7	103,1	114,2	108,6	104,8		105,5 p)	97,7	101,1	97,0	100,8	99,1
Juli	106,5	106,0	102,8	115,5	109,9	104,8		106,1 p)	97,2	101,2	97,3	104,7	97,6
Aug.	106,7	104,9	102,8	117,3	110,3	105,0	101,8	106,4	...	101,5	98,2	114,3	94,6
Sept.	106,4	104,3	102,9	116,6	109,2	105,0		112,7	93,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
1999	+ 0,6	- 1,1	+ 0,1	+ 4,0	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3 2)	- 1,0	- 6,0	- 0,5	- 0,5	+ 37,1	- 6,2
2000	+ 1,4	- 0,6	- 0,3	+ 14,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,7 2)	+ 3,1	+ 6,1	+ 3,1	+ 10,1	+ 73,6	+ 20,3
2001	+ 2,0	+ 5,1	+ 0,3	+ 5,7	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,3	+ 3,0	+ 5,7	+ 1,0	+ 0,6	- 8,6	- 8,1
2002	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 1,4	- 0,1	- 0,6	- 6,2	- 0,2	- 2,2	- 5,8	- 0,9
2003	+ 1,1	- 0,1	+ 0,3	+ 4,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,2	- 0,2	- 2,2	- 3,7	- 4,6
2002 Dez.	+ 1,2	- 1,1	+ 0,1	+ 4,1	+ 1,8	+ 1,4		+ 0,6	- 5,4	+ 0,1	- 0,1	+ 23,2	+ 2,9
2003 Jan.	+ 1,1	- 3,1	± 0,0	+ 7,0	+ 1,7	+ 1,2		+ 1,5	- 3,5	+ 0,2	- 0,1	+ 25,1	- 1,1
Febr.	+ 1,3	- 1,9	+ 0,1	+ 8,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,9	- 3,0	+ 0,3	- 0,3	+ 26,0	- 2,1
März	+ 1,2	- 1,4	+ 0,1	+ 7,4	+ 1,4	+ 1,1		+ 1,7	- 4,9	+ 0,1	- 1,5	+ 0,1	- 6,4
April	+ 1,0	- 1,1	+ 0,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,3		+ 1,7	- 1,5	- 0,1	- 3,2	- 19,5	- 6,2
Mai	+ 0,7	- 0,8	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,4	- 0,6	- 0,4	- 4,0	- 20,7	- 8,0
Juni	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,2		+ 1,4	+ 1,8	- 0,6	- 3,1	- 8,7	- 9,6
Juli	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 3,1	+ 0,8	+ 1,1		+ 1,9	- 1,2	- 0,5	- 2,4	- 3,0	- 7,5
Aug.	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 4,0	+ 1,6	+ 1,1	± 0,0	+ 2,0	+ 0,6	- 0,4	- 2,1	- 1,7	- 5,2
Sept.	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,1		+ 2,0	+ 3,0	- 0,4	- 2,6	- 15,3	- 4,7
Okt.	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,5	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,0		+ 1,7	+ 2,0	- 0,4	- 2,8	- 10,5	- 3,7
Nov.	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,4	+ 4,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,1	+ 2,0	+ 3,0	- 0,3	- 1,8	+ 1,5	+ 0,2
Dez.	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,6	+ 1,2	+ 1,1		+ 1,8	+ 1,8	- 0,5	- 2,9	- 7,5	- 0,2
2004 Jan.	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,7	- 0,2	+ 2,0	+ 1,2		+ 0,2	+ 1,9	- 0,7	- 3,1	- 10,4	+ 5,1
Febr.	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3	- 2,5	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,5	- 0,7	- 3,2	- 15,5	+ 7,2
März	+ 1,1	- 0,2	+ 1,5	- 2,1	+ 2,3	+ 1,1		+ 0,3	+ 3,6	- 0,2	- 1,6	+ 1,9	+ 17,2
April	+ 1,6	- 0,3	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,0		+ 0,9	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 24,9	+ 19,7
Mai	+ 2,0	- 0,2	+ 1,7	+ 7,3	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,2	+ 0,8	+ 2,5	+ 44,1	+ 21,1
Juni	+ 1,7	- 0,4	+ 1,8	+ 5,0	+ 2,4	+ 1,0		+ 1,5 p)	+ 2,4	+ 0,8	+ 2,0	+ 30,9	+ 21,9
Juli	+ 1,8	- 0,3	+ 1,7	+ 5,8	+ 2,3	+ 1,0		+ 1,9 p)	+ 5,2	+ 0,9	+ 2,2	+ 28,5	+ 18,0
Aug.	+ 2,0	- 0,2	+ 1,8	+ 6,3	+ 2,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,2	...	+ 1,1	+ 2,5	+ 32,3	+ 11,0
Sept.	+ 1,8	- 1,2	+ 1,5	+ 6,3	+ 2,3	+ 1,1		+ 43,2	+ 6,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWA-Institut. — 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe.— 2 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesam-

tes.— 3 Früher: Gesamtwirtschaftliches Baupreisniveau.— 4 Ohne Mehrwertsteuer.— 5 HWWA-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis.— 6 Kohle und Rohöl.— 7 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe.

IX. Konjunkturlage

8. Einkommen der privaten Haushalte *)
Deutschland

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
1991	1 355,4	.	941,4	.	426,2	.	1 367,6	.	1 917,5	.	250,1	.	13,0
1992	1 467,3	8,3	1 003,0	6,5	473,9	11,2	1 476,9	8,0	2 054,3	7,1	266,1	6,4	13,0
1993	1 505,9	2,6	1 032,7	3,0	511,2	7,9	1 543,9	4,5	2 120,6	3,2	261,3	- 1,8	12,3
1994	1 528,1	1,5	1 029,3	- 0,3	529,4	3,6	1 558,6	1,0	2 181,9	2,9	254,0	- 2,8	11,6
1995	1 577,1	3,2	1 037,9	- 0,8	553,7	4,6	1 591,7	2,1	2 256,4	3,4	252,1	- 0,7	11,2
1996	1 594,0	1,1	1 032,7	- 0,5	595,7	7,6	1 628,3	2,3	2 307,5	2,3	249,5	- 1,0	10,8
1997	1 591,3	- 0,2	1 015,9	- 1,6	609,6	2,3	1 625,5	- 0,2	2 356,5	2,1	244,7	- 1,9	10,4
1998	1 624,3	2,1	1 038,9	2,3	621,5	1,9	1 660,3	2,1	2 422,8	2,8	249,6	2,0	10,3
1999	855,4	3,0	549,2	3,4	327,5	3,1	876,7	3,3	1 281,1	3,4	125,1	- 1,9	9,8
2000	884,7	3,4	571,8	4,1	336,8	2,8	908,6	3,6	1 325,8	3,5	129,0	3,1	9,7
2001	904,2	2,2	592,9	3,7	348,1	3,3	941,0	3,6	1 377,6	3,9	140,4	8,8	10,2
2002	911,2	0,8	595,3	0,4	364,4	4,7	959,7	2,0	1 388,5	0,8	146,3	4,2	10,5
2003	909,8	- 0,2	590,5	- 0,8	373,9	2,6	964,4	0,5	1 406,4	1,3	151,1	3,3	10,7
2002 3.Vj.	227,5	1,1	152,7	0,6	91,6	5,6	244,3	2,5	342,2	1,0	30,7	4,9	9,0
4.Vj.	254,3	0,3	164,4	0,1	91,5	4,1	255,8	1,5	357,9	1,2	34,1	6,4	9,5
2003 1.Vj.	211,2	0,3	137,0	- 0,6	94,1	3,1	231,1	0,9	352,4	2,1	50,1	5,6	14,2
2.Vj.	218,7	- 0,1	138,9	- 1,0	92,7	2,8	231,6	0,5	349,4	1,8	35,3	3,8	10,1
3.Vj.	227,2	- 0,1	151,6	- 0,7	93,1	1,7	244,7	0,2	346,0	1,1	32,0	4,3	9,3
4.Vj.	252,7	- 0,6	163,0	- 0,8	94,0	2,8	257,0	0,5	358,6	0,2	33,7	- 1,1	9,4
2004 1.Vj.	211,5	0,2	138,8	1,3	95,7	1,8	234,5	1,5	356,6	1,2	50,9	1,5	14,3
2.Vj.	218,5	- 0,1	141,1	1,6	93,4	0,7	234,4	1,2	354,8	1,5	36,9	4,4	10,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2004. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich emp-

fangene monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarif- und Effektivverdienste
Deutschland

Zeit	Gesamtwirtschaft						Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)					
	Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer (Inlandskonzept) 2)		Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Beschäftigten (Inlandskonzept) 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis		1995 = 100	% gegen Vorjahr	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis		1995 = 100	% gegen Vorjahr
	1995 = 100	% gegen Vorjahr	1995 = 100	% gegen Vorjahr			1995 = 100	% gegen Vorjahr	1995 = 100	% gegen Vorjahr		
1995	100,0	4,9	100,0	4,6	100,0	3,2	100,0	6,1	100,0	5,5	100,0	4,1
1996	102,6	2,6	102,4	2,4	101,4	1,4	103,8	3,8	102,9	2,9	102,9	2,9
1997	104,1	1,5	103,9	1,5	101,7	0,3	105,8	1,9	104,6	1,7	104,7	1,7
1998	106,0	1,9	105,8	1,8	102,7	1,0	107,7	1,8	106,4	1,7	106,4	1,6
1999	109,1	2,9	108,7	2,8	104,3	1,5	110,9	3,0	109,4	2,9	108,3	1,8
2000	111,3	2,0	110,8	2,0	105,9	1,6	113,2	2,0	111,6	2,0	111,2	2,7
2001	113,5	2,0	113,0	2,0	107,9	1,9	115,2	1,8	113,6	1,8	113,7	2,2
2002	116,6	2,7	116,0	2,7	109,5	1,5	118,9	3,2	117,3	3,2	116,0	2,0
2003	118,9	2,0	118,5	2,1	110,8	1,1	122,0	2,6	120,3	2,5	.	.
2002 3.Vj.	120,4	2,7	119,9	2,8	109,3	1,9	128,2	3,7	126,4	3,7	112,9	3,4
4.Vj.	132,0	2,8	131,4	2,8	121,8	1,5	132,0	3,4	130,2	3,4	125,4	2,3
2003 1.Vj.	109,2	2,8	108,8	2,9	104,0	1,9	109,7	3,2	108,2	3,1	.	.
2.Vj.	110,0	2,2	109,7	2,3	106,7	1,5	112,0	2,6	110,5	2,6	.	.
3.Vj.	122,8	2,0	122,4	2,1	110,4	1,1	131,1	2,3	129,3	2,3	.	.
4.Vj.	133,5	1,1	133,0	1,2	122,1	0,2	135,1	2,3	133,2	2,3	.	.
2004 1.Vj.	111,1	1,7	110,9	1,9	104,9	0,9	113,2	3,2	111,7	3,3	.	.
2.Vj.	111,7	1,5	111,4	1,6	107,3	0,6	113,5	1,3	112,0	1,4	.	.
2004 Febr.	110,8	1,9	110,6	2,1	.	.	112,4	2,4	110,9	2,5	.	.
März	111,7	1,4	111,5	1,6	.	.	115,0	4,8	113,5	4,9	.	.
April	111,3	1,1	111,1	1,3	.	.	113,1	0,8	111,6	0,8	.	.
Mai	112,0	1,8	111,7	2,0	.	.	114,2	2,2	112,7	2,3	.	.
Juni	111,7	1,4	111,5	1,6	.	.	113,3	1,0	111,8	1,1	.	.
Juli	148,0	0,5	147,7	0,7	.	.	169,2	1,1	166,9	1,2	.	.
Aug.	112,0	1,5	111,8	1,7	.	.	113,3	1,1	111,8	1,2	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch auf Grund von Nachmeldungen nach oben korrigiert. — 2 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2004. — 3 Produzierendes Gewerbe ohne Energieversorgung

sowie ohne Ausbaugewerbe. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts nach alter und neuer Systematik der Wirtschaftszweige.

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2001 1	2002	2003	2003		2004			
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	Juli
A. Leistungsbilanz	- 16 684	+ 54 455	+ 24 856	+ 17 338	+ 13 285	+ 9 158	+ 3 378	+ 5 442	+ 3 132
1. Außenhandel									
Ausfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	1 033 862	1 063 218	1 036 195	271 362	265 149	286 235	92 421	99 696	98 309
Einfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	960 211	929 666	927 716	240 683	237 083	252 119	81 183	87 478	84 571
Saldo	+ 73 651	+ 133 551	+ 108 481	+ 30 680	+ 28 066	+ 34 115	+ 11 237	+ 12 218	+ 13 738
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	321 672	329 844	325 956	84 373	75 027	84 546	28 748	29 825	30 637
Ausgaben	322 038	316 728	310 311	80 060	77 615	77 438	25 058	26 946	29 348
Saldo	- 369	+ 13 114	+ 15 645	+ 4 313	- 2 587	+ 7 109	+ 3 690	+ 2 880	+ 1 288
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 38 582	- 44 110	- 43 418	- 4 954	- 5 232	- 15 064	- 5 801	- 2 567	- 5 563
4. laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	78 798	85 305	80 753	19 375	31 698	14 906	4 987	5 220	4 966
eigene Leistungen	130 182	133 400	136 606	32 076	38 661	31 908	10 736	12 308	11 298
Saldo	- 51 387	- 48 097	- 55 851	- 12 700	- 6 964	- 17 002	- 5 749	- 7 088	- 6 331
B. Saldo der Vermögensübertragungen	+ 6 574	+ 10 977	+ 13 434	+ 7 373	+ 2 940	+ 3 802	+ 2 313	+ 820	+ 1 157
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 34 165	- 65 808	- 50 462	- 3 558	- 14 033	- 14 832	- 7 137	+ 797	- 11 754
1. Direktinvestitionen	- 112 440	- 4 718	- 13 125	- 9 650	- 28 862	- 12 337	- 1 601	- 7 814	- 8 271
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 316 489	- 151 328	- 118 595	- 27 248	- 25 860	- 20 754	- 1 004	- 11 897	- 11 328
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 204 055	+ 146 610	+ 105 471	+ 17 598	- 3 002	+ 8 416	- 598	+ 4 083	+ 3 057
2. Wertpapieranlagen	+ 67 948	+ 114 633	+ 17 608	+ 10 500	+ 5 196	+ 4 245	- 23 965	+ 31 222	- 30 476
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 281 866	- 175 759	- 283 802	- 64 325	- 89 883	- 61 197	- 18 741	- 12 622	- 32 964
Dividendenwerte	- 101 583	- 40 365	- 67 741	- 26 302	- 31 309	- 21 987	- 4 512	- 14 972	- 2 871
festverzinsliche Wertpapiere	- 155 875	- 89 592	- 172 769	- 25 429	- 46 358	- 30 680	- 16 661	- 5 279	- 12 270
Geldmarktpapiere	- 24 411	- 45 803	- 43 291	- 12 594	- 12 216	- 8 531	+ 2 432	+ 7 629	- 17 823
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 349 814	+ 290 394	+ 301 412	+ 74 827	+ 95 080	+ 65 442	- 5 224	+ 43 844	+ 2 488
Dividendenwerte	+ 232 553	+ 88 853	+ 103 619	+ 45 746	+ 19 925	+ 2 044	- 221	+ 15 121	+ 9 065
festverzinsliche Wertpapiere	+ 113 135	+ 133 670	+ 191 829	+ 34 639	+ 53 431	+ 64 376	+ 12 569	+ 24 656	- 3 156
Geldmarktpapiere	+ 4 129	+ 67 869	+ 5 965	- 5 559	+ 21 725	- 977	- 17 571	+ 4 068	- 3 421
3. Finanzderivate	- 856	- 10 785	- 13 090	- 4 075	+ 6 241	- 1 548	- 1 579	+ 57	- 864
4. Kreditverkehr und sonstige Anlagen (Saldo)	- 6 632	- 162 664	- 71 674	- 13 924	- 6 000	- 2 074	+ 19 344	- 21 573	+ 27 241
Eurosysteem	+ 5 032	+ 18 185	+ 11 236	- 1 350	- 1 888	+ 2 307	- 188	+ 1 347	+ 1 491
öffentliche Stellen	+ 2 545	- 8 160	- 4 974	- 1 862	- 6 638	- 2 346	+ 672	- 1 814	- 869
Monetäre Finanzinstitute 2)	+ 3 256	- 138 175	- 18 946	- 17 625	- 30	+ 15 594	+ 27 120	- 13 677	+ 35 065
langfristig	- 24 190	+ 19 536	+ 1 293	+ 1 574	- 17 319	- 5 299	+ 4 721	+ 372	+ 311
kurzfristig	+ 27 446	- 157 704	- 20 240	- 19 199	+ 17 289	+ 20 893	+ 22 399	- 14 049	+ 34 754
Unternehmen und Privatpersonen	- 17 462	- 34 518	- 58 988	+ 6 916	+ 2 553	- 17 631	- 8 261	- 7 430	- 8 447
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	+ 17 815	- 2 277	+ 29 817	+ 13 589	+ 9 390	- 3 118	+ 664	- 1 095	+ 616
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 44 278	+ 372	+ 12 172	- 21 153	- 2 192	+ 1 874	+ 1 447	- 7 059	+ 7 465

* Quelle: Europäische Zentralbank. — 1 Ab Januar 2001 einschl. Griechenland. — 2 Ohne Eurosystem.

X. Außenwirtschaft
**2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)**

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern 7)	Kapitalbilanz 7)	Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 8)	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	Nachrichtlich: Veränderung der Nettoauslandsaktiva der Bundesbank zu Transaktionswerten 8)
	Saldo der Leistungsbilanz 1)	Außenhandel 1) 2) 3)	Ergänzungen zum Warenhandel 4) 5)	Dienstleistungen 6)	Erwerbs- und Vermögens-einkommen	laufende Übertragungen					
Mio DM											
1990 o)	+ 73 021	+ 105 382	- 3 833	- 26 118	+ 32 859	- 35 269	- 4 975	- 89 497	- 11 611	+ 33 062	- 10 976
1991	- 36 298	+ 21 899	- 2 804	- 30 724	+ 33 144	- 57 812	- 4 565	+ 12 614	+ 9 605	+ 18 643	- 319
1992	- 30 013	+ 33 656	- 1 426	- 44 983	+ 33 962	- 51 222	- 1 963	+ 69 792	- 52 888	+ 15 072	- 68 745
1993	- 23 062	+ 60 304	- 3 038	- 52 549	+ 27 373	- 55 151	- 1 915	+ 21 442	+ 22 795	- 19 260	+ 35 766
1994	- 46 749	+ 71 762	- 1 104	- 62 803	+ 4 852	- 59 455	- 2 637	+ 57 871	+ 2 846	- 11 332	- 12 242
1995	- 38 642	+ 85 303	- 4 722	- 63 985	+ 178	- 55 416	- 3 845	+ 63 647	- 10 355	- 10 805	- 17 754
1996	- 20 643	+ 98 538	- 5 264	- 64 743	+ 1 815	- 50 989	- 3 283	+ 23 607	+ 1 882	- 1 564	+ 1 610
1997	- 14 916	+ 116 467	- 7 360	- 68 696	- 2 588	- 52 738	+ 52	+ 31	+ 6 640	+ 8 193	+ 8 468
1998	- 20 677	+ 126 970	- 5 934	- 75 072	- 13 337	- 53 304	+ 1 289	+ 32 810	- 7 128	- 6 295	- 8 231
1999	- 43 915	+ 127 542	- 13 656	- 90 099	- 18 775	- 48 927	- 301	- 44 849	+ 24 517	+ 64 548	- 72 364
2000	- 54 471	+ 115 645	- 13 505	- 95 967	- 5 166	- 55 478	+ 13 345	+ 55 434	+ 11 429	- 25 737	+ 94 329
2001	+ 3 421	+ 186 771	- 10 499	- 98 323	- 20 889	- 53 639	- 756	- 51 306	+ 11 797	+ 36 844	+ 63 911
Mio €											
1999	- 22 454	+ 65 211	- 6 982	- 46 067	- 9 599	- 25 016	- 154	- 22 931	+ 12 535	+ 33 003	- 36 999
2000	- 27 851	+ 59 128	- 6 905	- 49 067	- 2 641	- 28 366	+ 6 823	+ 28 343	+ 5 844	+ 13 159	+ 48 230
2001	+ 1 749	+ 95 495	- 5 368	- 50 272	- 10 680	- 27 425	- 387	- 26 233	+ 6 032	+ 18 838	+ 32 677
2002	+ 45 670	+ 132 788	- 5 968	- 36 422	- 16 844	- 27 883	- 212	- 70 724	+ 2 065	+ 23 201	- 33 292
2002 r)	+ 48 062	+ 132 215	- 7 335	- 35 537	- 12 515	- 28 767	+ 316	- 69 725	+ 445	+ 20 902	+ 2 658
2001 3.Vj.	- 2 466	+ 25 547	- 1 768	- 16 479	- 3 518	- 6 250	- 446	- 2 722	- 2 165	+ 7 798	- 13 360
4.Vj.	+ 8 737	+ 25 303	- 703	- 7 447	- 1 050	- 7 365	- 479	- 46 370	+ 2 085	+ 36 027	+ 36 688
2002 1.Vj.	+ 9 445	+ 33 328	- 1 028	- 10 633	- 6 722	- 5 500	+ 160	+ 5 740	- 1 352	- 13 993	- 18 496
2.Vj.	+ 10 420	+ 31 721	- 1 383	- 8 605	- 2 682	- 8 631	- 75	- 9 488	+ 2 432	- 3 289	+ 1 694
3.Vj.	+ 9 507	+ 35 543	- 1 552	- 12 652	- 5 563	- 6 269	+ 62	- 17 554	+ 87	+ 7 899	- 17 588
4.Vj.	+ 16 299	+ 32 195	- 2 005	- 4 532	- 1 877	- 7 483	- 359	- 49 422	+ 898	+ 32 584	+ 1 099
2003 1.Vj. r)	+ 9 124	+ 29 949	- 2 049	- 8 307	- 4 690	- 5 779	- 30	- 12 511	- 1 495	+ 4 912	+ 3 444
2.Vj. r)	+ 8 698	+ 30 436	- 1 860	- 8 340	- 3 649	- 7 890	+ 149	- 26 220	+ 1 505	+ 15 868	+ 22 123
3.Vj. r)	+ 11 377	+ 39 533	- 1 582	- 13 275	- 4 479	- 8 820	+ 208	- 5 229	- 751	- 5 605	- 15 902
4.Vj. r)	+ 18 863	+ 32 297	- 1 844	- 5 615	+ 303	- 6 278	- 12	- 25 764	+ 1 186	+ 5 727	- 7 008
2004 1.Vj.	+ 21 277	+ 41 150	- 1 483	- 8 878	- 3 942	- 5 571	+ 430	- 14 387	+ 205	- 7 526	- 6 821
2.Vj.	+ 26 209	+ 43 042	- 2 223	- 7 566	+ 46	- 7 090	+ 206	- 67 869	- 339	+ 41 793	+ 30 993
2002 März	+ 6 441	+ 12 245	- 198	- 3 814	+ 955	- 2 746	- 162	+ 1 044	+ 328	- 7 651	- 2 116
April	+ 2 949	+ 10 015	- 910	- 2 509	- 620	- 3 027	- 148	+ 330	+ 1 657	- 4 788	- 9 839
Mai	+ 3 584	+ 10 408	- 565	- 3 230	- 557	- 2 472	+ 47	+ 492	+ 1 379	- 5 501	+ 3 826
Juni	+ 3 887	+ 11 299	+ 92	- 2 866	- 1 506	- 3 132	+ 26	- 10 310	- 603	+ 7 000	+ 7 707
Juli	+ 1 110	+ 13 224	- 770	- 3 705	- 5 416	- 2 224	- 203	- 11 194	- 548	+ 10 836	- 15 567
Aug.	+ 2 031	+ 10 477	- 312	- 5 856	- 921	- 1 359	+ 86	- 4 630	+ 886	+ 1 627	- 5 579
Sept.	+ 6 367	+ 11 842	- 471	- 3 092	+ 773	- 2 686	+ 179	- 1 730	- 252	+ 4 564	+ 3 559
Okt.	+ 3 087	+ 11 529	- 364	- 3 826	- 966	- 3 287	- 82	- 21 706	+ 570	+ 18 132	- 5 279
Nov.	+ 8 450	+ 12 283	- 632	- 1 346	+ 446	- 2 301	- 137	- 5 800	- 842	- 1 670	+ 4 265
Dez.	+ 4 762	+ 8 383	- 1 009	+ 640	- 1 357	- 1 895	- 139	- 21 916	+ 1 171	+ 16 122	+ 2 112
2003 Jan. r)	- 1 449	+ 9 184	- 1 024	- 3 327	- 5 184	- 1 098	+ 461	- 3 103	- 97	+ 4 188	+ 6 799
Febr. r)	+ 4 067	+ 10 880	- 635	- 2 974	- 522	- 2 682	- 504	- 22 323	- 320	+ 19 080	+ 677
März r)	+ 6 507	+ 9 886	- 390	- 2 006	+ 1 016	- 2 000	+ 13	+ 12 915	- 1 078	- 18 356	- 4 032
April r)	+ 3 320	+ 9 425	- 752	- 2 310	- 339	- 2 704	- 126	- 3 639	+ 1 449	- 1 005	+ 1 477
Mai r)	+ 3 186	+ 10 416	- 549	- 2 775	- 1 379	- 2 527	+ 156	- 7 694	- 854	+ 5 205	+ 22 684
Juni r)	+ 2 191	+ 10 595	- 559	- 3 255	- 1 931	- 2 659	+ 119	- 14 887	+ 910	+ 11 667	- 2 037
Juli r)	+ 1 677	+ 14 374	- 695	- 3 648	- 5 401	- 2 953	+ 62	+ 308	+ 225	- 2 272	- 16 353
Aug. r)	+ 1 792	+ 10 609	- 356	- 5 401	- 74	- 2 987	+ 224	- 10 171	- 717	+ 8 872	- 3 057
Sept. r)	+ 7 908	+ 14 550	- 531	- 4 227	+ 997	- 2 880	- 78	+ 4 633	- 259	- 12 204	+ 3 508
Okt. r)	+ 6 595	+ 11 061	- 510	- 3 786	+ 1 704	- 1 874	- 27	- 6 460	- 255	+ 148	- 21 689
Nov. r)	+ 5 254	+ 10 607	- 591	- 1 543	- 320	- 2 899	+ 49	- 6 266	+ 521	+ 442	+ 14 870
Dez. r)	+ 7 015	+ 10 629	- 742	- 286	- 1 081	- 1 505	- 35	- 13 038	+ 921	+ 5 137	- 190
2004 Jan.	+ 1 642	+ 12 487	- 640	- 4 140	- 5 528	- 537	+ 53	- 1 592	- 206	+ 103	+ 5 619
Febr.	+ 6 338	+ 12 111	- 369	- 2 318	- 471	- 2 615	- 130	+ 4 471	- 26	- 10 652	+ 556
März	+ 13 297	+ 16 552	- 473	- 2 420	+ 2 057	- 2 419	+ 507	- 17 265	+ 437	+ 3 024	- 12 996
April	+ 9 739	+ 14 278	- 524	- 3 105	+ 835	- 1 745	+ 82	- 37 457	- 628	+ 28 264	+ 315
Mai	+ 8 762	+ 14 084	- 889	- 1 839	- 99	- 2 495	- 29	- 12 412	+ 607	+ 3 073	+ 9 981
Juni	+ 7 709	+ 14 681	- 810	- 2 622	- 689	- 2 850	+ 153	- 18 000	+ 318	+ 10 457	+ 20 697
Juli	+ 1 656	+ 13 570	- 1 236	- 3 454	- 4 107	- 3 117	+ 169	- 2 652	+ 847	- 20	- 1 588
Aug. p)	+ 933	+ 11 076	- 941	- 6 104	- 757	- 2 341	+ 69	- 6 893	+ 517	+ 5 374	- 15 748

o Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen der ehemaligen DDR mit dem Ausland. — 1 Ergebnisse ab Anfang 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. — 3 Ab Januar 1993 einschl. der Zuschätzungen für nicht meldepflichtigen Außen-

handel, die bis Dezember 1992 in den Ergänzungen zum Warenverkehr enthalten sind. — 4 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 5 S. Fußnote 3. — 6 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 7 Kapalexport: -. — 8 Zunahme: -. —

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland
nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2001	2002	2003	2004		2004			
					Jan. / Jul.	April	Mai	Juni	Juli	August p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	638 268	651 320	664 185	424 981	61 738	60 683	62 903	62 471	56 251
	Einfuhr	542 774	518 532	531 970	327 219	47 460	46 599	48 223	48 901	45 175
	Saldo	+ 95 495	+ 132 788	+ 132 215	+ 97 762	+ 14 278	+ 14 084	+ 14 681	+ 13 570	+ 11 076
I. Europäische Länder	Ausfuhr	461 512	470 873	490 496	314 216	45 539	45 102	46 672	45 345	...
	Einfuhr	384 901	372 955	385 358	236 002	34 036	33 358	34 426	35 043	...
	Saldo	+ 76 611	+ 97 918	+ 105 139	+ 78 214	+ 11 503	+ 11 744	+ 12 246	+ 10 302	...
1. EU-Länder (25)	Ausfuhr	401 887	408 286	426 298	271 128	39 269	38 550	39 980	38 748	...
	Einfuhr	325 968	314 981	325 614	199 529	28 583	28 400	28 731	29 450	...
	Saldo	+ 75 919	+ 93 304	+ 100 684	+ 71 598	+ 10 686	+ 10 450	+ 11 249	+ 9 297	...
nachrichtlich: EU-Länder (15)	Ausfuhr	351 611	354 813	369 763	235 255	33 666	33 483	35 047	34 095	...
	Einfuhr	277 034	262 849	268 295	165 415	22 807	24 075	24 840	24 737	...
	Saldo	+ 74 577	+ 91 964	+ 101 468	+ 69 840	+ 10 859	+ 9 409	+ 10 206	+ 9 358	...
EWU-Länder	Ausfuhr	275 384	276 270	288 458	184 112	26 348	26 306	27 596	26 514	...
	Einfuhr	221 680	211 642	217 853	135 178	18 778	19 743	20 211	20 225	...
	Saldo	+ 53 704	+ 64 628	+ 70 605	+ 48 934	+ 7 570	+ 6 563	+ 7 385	+ 6 289	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	35 187	34 108	38 412	25 273	3 687	3 654	3 914	3 463	...
	Einfuhr	28 521	26 505	27 710	17 243	2 440	2 469	2 685	2 474	...
	Saldo	+ 6 666	+ 7 603	+ 10 702	+ 8 030	+ 1 247	+ 1 186	+ 1 229	+ 988	...
Frankreich	Ausfuhr	69 601	68 721	69 413	43 797	6 367	6 179	6 619	6 293	...
	Einfuhr	49 743	48 200	48 832	30 765	4 203	4 749	4 763	4 606	...
	Saldo	+ 19 858	+ 20 521	+ 20 581	+ 13 033	+ 2 164	+ 1 430	+ 1 857	+ 1 687	...
Italien	Ausfuhr	47 119	47 335	48 597	31 178	4 309	4 394	4 621	4 570	...
	Einfuhr	35 280	33 482	33 670	20 316	2 798	2 936	3 077	3 122	...
	Saldo	+ 11 839	+ 13 853	+ 14 927	+ 10 861	+ 1 511	+ 1 459	+ 1 544	+ 1 448	...
Niederlande	Ausfuhr	40 011	40 463	41 711	25 578	3 511	3 660	3 868	3 671	...
	Einfuhr	43 233	40 751	44 404	26 679	3 621	3 735	3 918	4 054	...
	Saldo	- 3 222	- 288	- 2 694	- 1 101	- 109	- 75	- 51	- 382	...
Österreich	Ausfuhr	33 486	33 863	35 637	22 171	3 220	3 117	3 229	3 345	...
	Einfuhr	20 664	21 047	21 026	13 890	2 197	1 962	1 931	2 149	...
	Saldo	+ 12 822	+ 12 816	+ 14 611	+ 8 280	+ 1 022	+ 1 154	+ 1 298	+ 1 195	...
Spanien	Ausfuhr	27 841	29 436	32 314	21 738	3 156	3 287	3 202	3 178	...
	Einfuhr	15 226	15 532	16 421	10 149	1 365	1 487	1 466	1 566	...
	Saldo	+ 12 615	+ 13 903	+ 15 893	+ 11 589	+ 1 791	+ 1 800	+ 1 736	+ 1 612	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	126 503	132 016	137 840	87 016	12 921	12 544	12 384	12 234	...
	Einfuhr	104 288	103 339	107 761	64 351	9 805	8 658	8 520	9 226	...
	Saldo	+ 22 215	+ 28 677	+ 30 079	+ 22 664	+ 3 116	+ 3 887	+ 3 864	+ 3 008	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	52 764	53 761	55 580	35 881	5 033	4 949	5 233	5 537	...
	Einfuhr	37 259	33 075	31 961	19 214	2 597	2 762	2 918	3 082	...
	Saldo	+ 15 505	+ 20 685	+ 23 619	+ 16 667	+ 2 436	+ 2 187	+ 2 315	+ 2 455	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	59 624	62 588	64 198	43 088	6 271	6 251	6 692	6 597	...
	Einfuhr	58 933	57 974	59 744	36 472	5 454	4 958	5 695	5 592	...
	Saldo	+ 692	+ 4 614	+ 4 454	+ 6 616	+ 817	+ 1 294	+ 996	+ 1 005	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	175 203	178 818	172 236	110 022	16 097	15 498	16 088	17 042	...
	Einfuhr	157 199	144 950	145 910	90 850	13 365	13 198	13 751	13 813	...
	Saldo	+ 18 003	+ 33 869	+ 26 326	+ 19 171	+ 2 732	+ 2 300	+ 2 338	+ 3 229	...
1. Afrika	Ausfuhr	12 042	11 797	12 079	7 715	1 247	1 026	1 161	1 299	...
	Einfuhr	11 356	10 248	9 846	5 501	707	691	905	820	...
	Saldo	+ 686	+ 1 549	+ 2 233	+ 2 214	+ 540	+ 335	+ 256	+ 479	...
2. Amerika	Ausfuhr	89 801	89 081	79 617	49 437	7 451	6 849	7 202	7 572	...
	Einfuhr	59 575	52 822	51 322	31 231	4 702	4 736	4 967	4 694	...
	Saldo	+ 30 226	+ 36 259	+ 28 295	+ 18 206	+ 2 749	+ 2 113	+ 2 235	+ 2 878	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	67 824	68 263	61 669	38 081	5 692	5 305	5 574	5 889	...
	Einfuhr	45 982	40 376	39 046	23 498	3 669	3 697	3 820	3 334	...
	Saldo	+ 21 842	+ 27 887	+ 22 624	+ 14 582	+ 2 023	+ 1 608	+ 1 755	+ 2 555	...
3. Asien	Ausfuhr	68 936	72 915	75 539	49 775	6 968	7 202	7 278	7 685	...
	Einfuhr	84 220	79 892	82 991	52 953	7 818	7 641	7 689	8 120	...
	Saldo	- 15 285	- 6 977	- 7 453	- 3 177	- 849	- 439	- 412	- 435	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	14 130	15 045	15 503	9 848	1 271	1 490	1 438	1 566	...
	Einfuhr	5 434	4 696	4 460	2 413	295	411	384	377	...
	Saldo	+ 8 696	+ 10 349	+ 11 043	+ 7 435	+ 975	+ 1 080	+ 1 054	+ 1 189	...
Japan	Ausfuhr	13 103	12 576	11 838	7 370	952	902	1 020	1 170	...
	Einfuhr	22 910	19 896	19 139	12 258	1 889	1 757	1 715	1 744	...
	Saldo	- 9 807	- 7 320	- 7 301	- 4 888	- 937	- 855	- 695	- 574	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	12 118	14 571	18 201	12 707	2 004	1 891	1 927	1 844	...
	Einfuhr	19 942	21 338	25 024	16 566	2 424	2 382	2 485	2 616	...
	Saldo	- 7 824	- 6 768	- 6 823	- 3 859	- 420	- 491	- 559	- 773	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	4 424	5 026	5 001	3 094	431	421	448	485	...
	Einfuhr	2 048	1 988	1 751	1 165	139	130	189	178	...
	Saldo	+ 2 375	+ 3 038	+ 3 250	+ 1 928	+ 292	+ 290	+ 259	+ 307	...
Nachrichtlich:										
Südostasiatische Schwellenländer 3)	Ausfuhr	24 735	25 282	24 557	16 000	2 219	2 347	2 349	2 404	...
	Einfuhr	28 351	26 660	26 581	16 512	2 409	2 379	2 383	2 574	...
	Saldo	- 3 616	- 1 377	- 2 023	- 512	- 190	- 32	- 35	- 170	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. — 2 Ohne Hongkong. — 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand.

X. Außenwirtschaft
**4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)**

Mio €

Zeit	Dienstleistungen							übrige Dienstleistungen			Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	zusammen	darunter:				
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen			
1999	- 46 067	- 35 468	+ 2 882	+ 1 005	- 1 896	+ 1 997	- 14 588	- 2 245	- 403	- 756	- 8 843	
2000	- 49 067	- 37 249	+ 3 386	+ 1 668	- 3 012	+ 2 221	- 16 081	- 2 757	- 753	- 512	- 2 129	
2001	- 50 272	- 37 955	+ 4 151	+ 1 079	- 2 455	+ 3 488	- 18 581	- 2 538	- 619	- 257	- 10 424	
2002	- 36 422	- 35 445	+ 2 750	+ 1 380	- 1 461	+ 5 237	- 8 883	- 2 035	+ 403	- 144	- 16 700	
2003	- 35 537	- 36 869	+ 1 825	+ 1 529	- 882	+ 5 050	- 6 190	- 1 863	+ 1 419	- 86	- 12 428	
2002 4.Vj.	- 4 532	- 6 677	+ 1 072	+ 425	+ 100	+ 1 253	- 704	- 465	+ 250	+ 24	- 1 901	
2003 1.Vj.	- 8 307	- 6 921	+ 168	+ 449	- 293	+ 1 273	- 2 983	- 574	+ 473	+ 216	- 4 906	
2.Vj.	- 8 340	- 9 127	+ 695	+ 355	- 193	+ 1 203	- 1 272	- 485	+ 177	- 85	- 3 565	
3.Vj.	- 13 275	- 13 994	+ 453	+ 339	- 369	+ 1 316	- 1 020	- 410	+ 439	- 240	- 4 239	
4.Vj.	- 5 615	- 6 827	+ 509	+ 386	- 26	+ 1 257	- 915	- 393	+ 330	+ 22	+ 281	
2004 1.Vj.	- 8 878	- 7 018	+ 517	+ 351	- 188	+ 1 317	- 3 858	- 342	+ 214	+ 210	- 4 152	
2.Vj.	- 7 566	- 8 965	+ 1 529	+ 255	- 344	+ 1 438	- 1 478	- 303	- 13	- 57	+ 103	
2003 Okt.	- 3 786	- 3 904	+ 37	+ 85	- 37	+ 380	- 347	- 133	+ 100	- 0	+ 1 704	
Nov.	- 1 543	- 1 778	+ 183	+ 176	+ 2	+ 383	- 509	- 99	+ 92	- 8	- 312	
Dez.	- 286	- 1 144	+ 289	+ 125	+ 9	+ 494	- 58	- 161	+ 139	+ 30	- 1 111	
2004 Jan.	- 4 140	- 2 378	+ 32	+ 103	- 0	+ 437	- 2 333	- 143	+ 31	+ 67	- 5 595	
Febr.	- 2 318	- 1 907	+ 134	+ 112	+ 7	+ 426	- 1 091	- 93	+ 114	+ 64	- 534	
März	- 2 420	- 2 733	+ 351	+ 136	- 195	+ 455	- 434	- 105	+ 68	+ 80	+ 1 977	
April	- 3 105	- 2 689	+ 578	+ 66	- 125	+ 470	- 1 405	- 83	- 58	- 20	+ 855	
Mai	- 1 839	- 2 557	+ 256	+ 121	- 24	+ 453	- 88	- 107	+ 61	- 25	- 74	
Juni	- 2 622	- 3 719	+ 695	+ 68	- 195	+ 515	+ 14	- 113	- 17	- 12	- 677	
Juli	- 3 454	- 3 387	+ 303	+ 181	+ 86	+ 485	- 1 122	- 106	+ 99	- 76	- 4 031	
Aug.	- 6 104	- 6 359	+ 356	+ 122	- 50	+ 443	- 616	- 105	- 14	- 85	- 672	

1 Ergebnisse ab Januar 2002 mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
1999	- 25 016	- 17 348	- 15 428	- 13 846	- 1 920	- 7 667	- 3 429	- 4 239
2000	- 28 366	- 19 094	- 17 100	- 15 398	- 1 995	- 9 271	- 3 458	- 5 814
2001	- 27 425	- 16 927	- 14 257	- 12 587	- 2 670	- 10 499	- 3 520	- 6 978
2002	- 27 883	- 16 207	- 13 045	- 11 214	- 3 162	- 11 676	- 3 470	- 8 206
2003	- 28 767	- 18 793	- 15 397	- 13 732	- 3 396	- 9 974	- 3 332	- 6 642
2002 4.Vj.	- 7 483	- 4 477	- 3 232	- 2 998	- 1 245	- 3 006	- 868	- 2 139
2003 1.Vj.	- 5 779	- 3 317	- 2 297	- 1 628	- 1 020	- 2 463	- 833	- 1 629
2.Vj.	- 7 890	- 5 403	- 5 375	- 4 790	- 28	- 2 487	- 833	- 1 654
3.Vj.	- 8 820	- 6 017	- 4 896	- 4 650	- 1 121	- 2 803	- 833	- 1 970
4.Vj.	- 6 278	- 4 057	- 2 829	- 2 665	- 1 227	- 2 222	- 833	- 1 389
2004 1.Vj.	- 5 571	- 3 337	- 2 466	- 1 822	- 871	- 2 233	- 795	- 1 438
2.Vj.	- 7 090	- 4 404	- 4 474	- 4 187	+ 70	- 2 687	- 795	- 1 892
2003 Okt.	- 1 874	- 1 071	- 631	- 514	- 441	- 803	- 278	- 525
Nov.	- 2 899	- 2 161	- 1 684	- 1 674	- 477	- 739	- 278	- 461
Dez.	- 1 505	- 824	- 515	- 477	- 310	- 681	- 278	- 403
2004 Jan.	- 537	+ 278	+ 501	+ 863	- 223	- 815	- 265	- 550
Febr.	- 2 615	- 1 912	- 1 547	- 1 388	- 366	- 702	- 265	- 437
März	- 2 419	- 1 703	- 1 420	- 1 296	- 282	- 716	- 265	- 451
April	- 1 745	- 851	- 941	- 859	+ 90	- 894	- 265	- 629
Mai	- 2 495	- 1 475	- 1 538	- 1 422	+ 63	- 1 020	- 265	- 755
Juni	- 2 850	- 2 078	- 1 995	- 1 906	- 82	- 773	- 265	- 508
Juli	- 3 117	- 2 140	- 1 623	- 1 501	- 518	- 977	- 265	- 712
Aug.	- 2 341	- 1 609	- 1 192	- 1 086	- 417	- 732	- 265	- 467

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

6. Vermögensübertragungen (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2000	- 1 599	- 1 189	- 410
2001	- 387	- 1 361	+ 974
2002	- 212	- 1 416	+ 1 204
2003	+ 316	- 1 235	+ 1 551
2002 4.Vj.	- 359	- 565	+ 207
2003 1.Vj.	- 30	- 253	+ 223
2.Vj.	+ 149	- 276	+ 425
3.Vj.	+ 208	- 249	+ 457
4.Vj.	- 12	- 457	+ 445
2004 1.Vj.	+ 430	- 254	+ 684
2.Vj.	+ 206	- 239	+ 445
2003 Okt.	- 27	- 87	+ 60
Nov.	+ 49	- 229	+ 278
Dez.	- 35	- 141	+ 107
2004 Jan.	+ 53	- 84	+ 137
Febr.	- 130	- 95	- 36
März	+ 507	- 75	+ 582
April	+ 82	- 71	+ 153
Mai	- 29	- 91	+ 62
Juni	+ 153	- 77	+ 230
Juli	+ 169	- 102	+ 271
Aug.	+ 69	- 90	+ 159

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

X. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2001	2002	2003	2003		2004				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	Aug.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 270 632	- 249 672	- 189 429	- 590	- 24 246	- 77 020	- 10 199	+ 7 849	- 11 712	- 25 015
1. Direktinvestitionen 1)	- 41 185	- 9 161	- 2 268	- 3 041	+ 1 085	+ 10 210	- 2 503	- 1 229	- 442	+ 96
Beteiligungskapital	- 70 254	- 38 266	- 13 052	- 2 297	- 2 324	+ 21 155	- 1 091	+ 478	+ 676	+ 2 468
reinvestierte Gewinne 2)	+ 17 892	+ 16 224	+ 1 380	+ 345	+ 345	+ 325	+ 149	- 68	+ 333	+ 283
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 16 260	+ 20 639	+ 18 881	+ 939	+ 6 329	- 9 760	+ 935	- 346	- 607	- 2 238
übrige Anlagen	- 5 083	- 7 759	- 9 477	- 2 029	- 3 265	- 1 511	- 2 496	- 1 294	- 845	- 417
2. Wertpapieranlagen	- 124 375	- 65 848	- 32 323	- 1 554	- 10 668	- 25 990	- 31 569	- 13 225	- 12 005	- 4 691
Dividendenwerte 3)	- 10 581	- 4 832	+ 7 628	- 734	- 5 969	+ 1 230	+ 926	+ 202	+ 2 019	- 389
Investmentzertifikate 4)	- 20 222	- 6 995	- 4 253	- 240	- 467	- 7 059	- 2 526	- 520	- 116	- 1 392
festverzinsliche Wertpapiere 5)	- 95 067	- 49 056	- 37 811	- 860	- 6 645	- 26 144	- 25 642	- 10 061	- 11 793	+ 231
Geldmarktpapiere	+ 1 495	+ 4 965	+ 2 112	+ 280	+ 2 412	+ 5 983	- 4 327	- 2 846	- 2 116	- 3 140
3. Finanzderivate 6)	+ 6 829	- 863	- 493	- 384	- 36	- 1 255	+ 2 236	+ 538	- 490	- 2 686
4. Kredite	- 110 515	- 172 208	- 151 755	+ 5 066	- 13 957	- 58 969	+ 22 456	+ 22 227	+ 1 437	- 17 582
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 130 648	- 132 536	- 122 307	+ 29 417	- 10 941	- 36 597	- 14 365	+ 3 599	+ 4 411	- 6 619
langfristig	- 47 636	- 33 790	- 32 556	- 8 176	- 4 882	+ 3 570	+ 5 597	+ 704	- 2 825	+ 2 556
kurzfristig	- 83 012	- 98 746	- 89 750	+ 37 593	- 6 059	- 40 167	- 19 962	+ 2 895	+ 7 236	- 9 176
Unternehmen und Privatpersonen	- 19 861	- 10 830	- 30 944	- 8 622	+ 3 997	- 17 505	+ 4 860	- 2 268	- 1 509	+ 3 830
langfristig	- 2 502	- 1 187	- 2 729	- 565	- 888	- 669	- 480	- 194	- 837	- 27
kurzfristig 7)	- 17 360	- 9 643	- 28 215	- 8 056	+ 4 884	- 16 836	+ 5 340	- 2 074	- 672	+ 3 857
Staat	+ 15 980	+ 7 168	+ 1 265	- 160	+ 1 021	+ 1 158	+ 64	+ 333	+ 481	+ 695
langfristig	+ 257	+ 218	+ 692	+ 274	+ 115	+ 305	+ 7	- 6	+ 117	+ 57
kurzfristig 7)	+ 15 723	+ 6 950	+ 572	- 434	+ 906	+ 853	+ 57	+ 339	+ 364	+ 638
Bundesbank	+ 24 015	- 36 010	+ 230	- 15 569	- 8 033	- 6 025	+ 31 896	+ 20 563	- 1 946	- 15 487
5. sonstige Kapitalanlagen 9)	- 1 385	- 1 592	- 2 590	- 677	- 670	- 1 016	- 819	- 462	- 212	- 152
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr:+)	+ 244 399	+ 178 948	+ 119 704	- 4 640	- 1 518	+ 62 633	- 57 670	- 25 849	+ 9 060	+ 18 122
1. Direktinvestitionen 1)	+ 23 622	+ 38 269	+ 11 400	+ 5 829	- 12 994	- 32 076	- 5 025	- 1 919	- 2 331	- 2 322
Beteiligungskapital	+ 29 702	+ 29 311	+ 27 956	+ 3 906	+ 11 409	+ 5 014	- 2 515	- 4 152	- 310	- 183
reinvestierte Gewinne 2)	- 20 520	- 13 008	- 5 484	- 1 371	- 1 371	- 6 898	- 910	- 45	+ 44	- 109
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 14 584	+ 22 162	- 10 886	+ 3 266	- 22 980	- 30 246	- 1 581	+ 2 287	- 2 056	- 2 026
übrige Anlagen	- 143	- 197	- 186	+ 27	- 52	+ 54	- 19	- 10	- 8	- 4
2. Wertpapieranlagen	+ 150 870	+ 109 783	+ 91 276	- 4 798	+ 31 075	+ 34 063	+ 1 523	+ 4 952	+ 21 507	+ 15 480
Dividendenwerte 3)	+ 86 812	+ 15 712	+ 24 204	+ 2 989	+ 20 306	+ 2 793	- 11 739	+ 17 587	+ 3 638	+ 32
Investmentzertifikate	+ 951	- 673	- 1 530	- 802	+ 278	+ 835	- 981	- 545	+ 3 679	+ 856
festverzinsliche Wertpapiere 5)	+ 80 299	+ 83 473	+ 69 243	+ 6 343	+ 14 389	+ 42 914	+ 15 436	- 13 352	+ 15 292	+ 13 531
Geldmarktpapiere	- 17 191	+ 11 271	- 642	- 13 328	- 3 897	- 12 479	- 1 193	+ 1 262	- 1 102	+ 1 060
3. Kredite	+ 69 859	+ 30 814	+ 17 005	- 5 676	- 19 580	+ 60 603	- 54 247	- 28 886	- 10 113	+ 4 967
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 54 341	+ 28 453	+ 12 160	- 9 428	- 19 300	+ 57 886	- 52 845	- 29 308	- 7 257	+ 6 309
langfristig	+ 4 425	+ 18 379	- 4 512	- 7 407	+ 6 012	- 8 845	- 1 543	- 63	- 506	+ 1 491
kurzfristig	+ 49 916	+ 10 075	+ 16 672	- 2 021	- 25 312	+ 66 730	- 51 302	- 29 245	- 6 750	+ 4 818
Unternehmen und Privatpersonen	+ 12 008	+ 3 332	- 820	+ 1 032	+ 1 068	+ 7 908	- 3 371	- 606	- 1 946	- 1 314
langfristig	+ 11 743	+ 5 250	- 1 901	+ 1 345	+ 57	+ 3 078	+ 95	+ 560	- 335	- 1 174
kurzfristig 7)	+ 265	- 1 918	+ 1 081	- 314	+ 1 011	+ 4 830	- 3 467	- 1 166	- 1 611	- 141
Staat	+ 879	- 1 625	+ 3 682	+ 2 302	- 1 186	- 4 188	+ 2 534	+ 576	- 421	+ 750
langfristig	- 217	- 125	+ 4 861	- 158	+ 1 178	- 2 208	+ 1 359	- 669	+ 596	+ 476
kurzfristig 7)	+ 1 096	- 1 500	- 1 179	+ 2 460	- 2 365	- 1 980	+ 1 176	+ 1 245	- 1 017	+ 274
Bundesbank	+ 2 631	+ 653	+ 1 983	+ 418	- 161	- 1 002	- 564	+ 452	- 489	- 777
4. sonstige Kapitalanlagen	+ 47	+ 83	+ 24	+ 6	- 19	+ 43	+ 79	+ 5	- 4	- 3
III. Saldo aller statistisch erfassten Kapitalbewegungen (Nettokapitalausfuhr: -)	- 26 233	- 70 724	- 69 725	- 5 229	- 25 764	- 14 387	- 67 869	- 18 000	- 2 652	- 6 893

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbrieft Options sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Insbesondere Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen.

X. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	insgesamt	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1991	97 345	94 754	13 688	55 424	8 314	17 329	2 592	42 335	42 335	–	55 010
1992	143 959	141 351	13 688	85 845	8 199	33 619	2 608	26 506	26 506	–	117 453
1993	122 763	120 143	13 688	61 784	8 496	36 176	2 620	39 541	23 179	16 362	83 222
1994	115 965	113 605	13 688	60 209	7 967	31 742	2 360	24 192	19 581	4 611	91 774
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	–	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position der Bundesbank (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)	
	insgesamt	Währungsreserven					sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)			sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUWU- Ländern
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven	5					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1999 Jan. 4)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146	
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779	
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170	
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	– 17 385	5	8 752	67 396	
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942	
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951	
2003 April	93 702	79 453	33 442	8 123	37 888	312	13 496	441	9 126	84 575	
Mai	70 456	78 904	34 252	7 871	36 781	312	– 9 216	455	9 818	60 638	
Juni	73 550	78 425	33 435	8 292	36 698	312	– 5 663	476	10 537	63 014	
Juli	90 714	79 218	34 759	8 289	36 170	312	10 710	474	10 375	80 339	
Aug.	98 605	84 197	37 546	8 583	38 068	312	13 592	504	11 060	87 545	
Sept.	91 894	81 206	36 491	8 492	36 223	312	9 902	474	10 879	81 016	
Okt.	113 947	81 401	36 595	8 539	36 267	312	31 794	440	11 319	102 628	
Nov.	97 130	79 624	36 705	8 374	34 545	312	16 742	452	10 518	86 612	
Dez.	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951	
2004 Jan.	89 895	76 992	35 834	7 726	33 432	312	12 135	456	10 522	79 374	
Febr.	87 987	76 089	34 930	7 736	33 423	312	11 140	446	10 078	77 910	
März	104 464	79 717	38 266	7 610	33 841	312	23 981	454	9 545	94 920	
April	102 021	78 143	35 849	7 880	34 414	312	23 134	432	9 694	92 327	
Mai	89 877	76 473	35 705	7 685	33 083	312	12 641	451	8 537	81 340	
Juni	69 837	76 996	35 793	7 390	33 813	312	– 7 951	480	9 003	60 834	
Juli	70 865	76 076	35 721	7 395	32 960	312	– 6 009	486	8 545	62 320	
Aug.	87 570	77 171	37 195	7 395	32 581	312	9 455	632	7 755	79 815	
Sept.	100 176	75 729	36 680	6 996	32 054	312	23 480	655	7 625	92 552	

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende auf Grund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl.

Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

X. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)
gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2000	320 874	43 462	277 412	152 752	124 660	116 971	7 689	446 060	52 663	393 397	309 024	84 373	63 093	21 280
2001	358 120	62 434	295 686	171 939	123 747	114 857	8 890	505 266	60 132	445 134	354 561	90 573	65 988	24 585
2002 4)	331 671	63 817	267 854	148 913	118 941	111 406	7 535	533 423	57 696	475 727	387 850	87 877	62 622	25 255
2003	357 399	86 627	270 772	154 953	115 819	108 515	7 304	543 186	54 822	488 364	400 431	87 933	60 464	27 469
2004 März	383 299	101 332	281 967	162 540	119 427	112 036	7 391	523 358	58 687	464 671	373 242	91 429	60 912	30 517
April	378 176	98 826	279 350	161 096	118 254	110 603	7 651	516 565	57 255	459 310	371 128	88 182	57 028	31 154
Mai	375 102	94 057	281 045	161 579	119 466	111 809	7 657	518 986	56 858	462 128	372 372	89 756	57 967	31 789
Juni	383 333	96 394	286 939	163 660	123 279	115 754	7 525	525 509	54 845	470 664	379 253	91 411	60 242	31 169
Juli	384 727	99 250	285 477	164 940	120 537	112 958	7 579	521 160	53 175	467 985	377 346	90 639	58 787	31 852
Aug.	381 232	97 032	284 200	167 632	116 568	109 048	7 520	517 223	52 422	464 801	375 920	88 881	56 170	32 711
Industrieländer 2)														
2000	262 284	42 488	219 796	132 570	87 226	81 391	5 835	407 513	50 184	357 329	294 569	62 760	51 078	11 682
2001	298 904	61 403	237 501	151 047	86 454	79 453	7 001	466 206	57 861	408 345	340 344	68 001	54 364	13 637
2002 4)	278 074	62 861	215 213	133 509	81 704	75 996	5 708	493 155	55 770	437 385	372 464	64 921	50 731	14 190
2003	305 754	85 390	220 364	140 280	80 084	75 236	4 848	499 436	53 087	446 349	383 919	62 430	48 210	14 220
2004 März	331 633	99 757	231 876	147 990	83 886	78 987	4 899	476 713	56 284	420 429	355 947	64 482	48 285	16 197
April	326 684	97 406	229 278	146 701	82 577	77 612	4 965	470 049	54 973	415 076	353 847	61 229	44 745	16 484
Mai	333 646	92 672	240 974	151 041	89 933	84 613	5 320	480 255	54 711	425 544	358 690	66 854	48 839	18 015
Juni	341 730	95 129	246 601	153 095	93 506	88 252	5 254	487 219	52 718	434 501	365 438	69 063	51 545	17 518
Juli	342 717	97 853	244 864	154 277	90 587	85 286	5 301	482 661	51 086	431 575	363 602	67 973	50 079	17 894
Aug.	339 570	95 681	243 889	156 974	86 915	81 610	5 305	478 474	50 293	428 181	362 722	65 459	47 726	17 733
EU-Länder 2)														
2000	177 782	39 563	138 219	78 298	59 921	55 718	4 203	323 049	45 473	277 576	237 583	39 993	32 457	7 536
2001	198 118	58 039	140 079	79 205	60 874	55 371	5 503	372 937	53 683	319 254	275 749	43 505	34 716	8 789
2002 4)	200 930	60 118	140 812	84 643	56 169	51 693	4 476	402 561	52 503	350 058	307 920	42 138	32 650	9 488
2003	225 973	83 430	144 543	89 392	55 151	51 459	3 692	411 811	50 304	361 507	321 010	40 497	30 855	9 642
2004 März	251 007	93 160	157 847	99 577	58 270	54 521	3 749	384 501	50 947	333 554	290 940	42 614	31 286	11 328
April	247 132	90 875	156 257	99 192	57 065	53 335	3 730	378 851	49 982	328 869	289 006	39 863	28 413	11 450
Mai	255 423	86 130	169 293	103 970	65 323	61 205	4 118	391 604	49 732	341 872	295 897	45 975	33 084	12 891
Juni	259 865	88 680	171 185	103 659	67 526	63 401	4 125	396 192	47 760	348 432	301 273	47 159	34 708	12 451
Juli	260 893	90 783	170 110	105 315	64 795	60 688	4 107	393 232	46 239	346 993	300 284	46 709	33 963	12 746
Aug.	260 081	90 553	169 528	107 573	61 955	57 835	4 120	389 107	45 453	343 654	299 277	44 377	32 214	12 163
darunter: EWU-Mitgliedsländer 1)														
2000	120 976	22 737	98 239	52 976	45 263	42 389	2 874	247 830	33 698	214 132	185 595	28 537	23 569	4 968
2001	126 519	33 787	92 732	46 599	46 133	42 771	3 362	295 943	38 361	257 582	225 711	31 871	24 878	6 993
2002 4)	129 490	32 521	96 969	54 542	42 427	39 350	3 077	331 733	37 366	294 367	263 863	30 504	22 996	7 508
2003	147 633	45 887	101 746	59 279	42 467	39 619	2 848	338 794	29 541	309 253	279 101	30 152	22 748	7 404
2004 März	162 182	52 802	109 380	64 168	45 212	42 367	2 845	321 381	33 888	287 493	255 488	32 005	23 105	8 900
April	158 519	50 134	108 385	63 943	44 442	41 615	2 827	316 676	32 987	283 689	253 466	30 223	21 163	9 060
Mai	157 317	47 971	109 346	64 396	44 950	42 112	2 838	321 627	32 318	289 309	258 190	31 119	21 768	9 351
Juni	160 788	49 919	110 869	64 454	46 415	43 462	2 953	327 205	31 976	295 229	263 503	31 726	22 679	9 047
Juli	161 410	50 688	110 722	66 161	44 561	41 628	2 933	325 669	30 848	294 821	263 281	31 540	22 224	9 316
Aug.	161 538	51 458	110 080	67 626	42 454	39 493	2 961	321 285	30 154	291 131	261 821	29 310	20 610	8 700
Schwellen- und Entwicklungsländer 3)														
2000	58 590	974	57 616	20 182	37 434	35 580	1 854	38 547	2 479	36 068	14 455	21 613	12 015	9 598
2001	59 216	1 031	58 185	20 892	37 293	35 404	1 889	39 060	2 271	36 789	14 217	22 572	11 624	10 948
2002 4)	53 597	956	52 641	15 404	37 237	35 410	1 827	40 268	1 926	38 342	15 386	25 956	11 891	11 065
2003	51 645	1 237	50 408	14 673	35 735	33 279	2 456	43 750	1 735	42 015	16 512	25 503	12 254	13 249
2004 März	51 666	1 575	50 091	14 550	35 541	33 049	2 492	46 645	2 403	44 242	17 295	26 947	12 627	14 320
April	51 492	1 420	50 072	14 395	35 677	32 991	2 686	46 516	2 282	44 234	17 281	26 953	12 283	14 670
Mai	41 456	1 385	40 071	10 538	29 533	27 196	2 337	38 731	2 147	36 584	13 682	22 902	9 128	13 774
Juni	41 603	1 265	40 338	10 565	29 773	27 502	2 271	38 290	2 127	36 163	13 815	22 348	8 697	13 651
Juli	42 010	1 397	40 613	10 663	29 950	27 672	2 278	38 499	2 089	36 410	13 744	22 666	8 708	13 958
Aug.	41 662	1 351	40 311	10 658	29 653	27 438	2 215	38 749	2 129	36 620	13 198	23 422	8 444	14 978

* Einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle X. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab Januar 2001

einschl. Griechenland. — 2 Ab Mai 2004 einschl. neuer Beitrittsländer: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. — 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. — 4 Änderung des Berichtskreises wegen Erhöhung der Meldefreigrenze.

X. Außenwirtschaft

11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen *)

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Vereinigte Staaten USD	Japan JPY	Dänemark DKK	Schweden SEK	Vereinigtes Königreich GBP	Norwegen NOK	Schweiz CHF	Kanada CAD	Australien AUD 1)	Neuseeland NZD 1)
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse (1 bzw. 100 WE = ... DEM)										
1991	1,6612	1,2346	25,932	27,421	2,926	25,580	115,740	1,4501	1,2942	0,9589
1992	1,5595	1,2313	25,869	26,912	2,753	25,143	111,198	1,2917	1,1476	0,8406
1993	1,6544	1,4945	25,508	21,248	2,483	23,303	111,949	1,2823	1,1235	0,8940
1994	1,6218	1,5870	25,513	21,013	2,4816	22,982	118,712	1,1884	1,1848	0,9605
1995	1,4338	1,5293	25,570	20,116	2,2620	22,614	121,240	1,0443	1,0622	0,9399
1996	1,5037	1,3838	25,945	22,434	2,3478	23,292	121,891	1,1027	1,1782	1,0357
1997	1,7348	1,4378	26,249	22,718	2,8410	24,508	119,508	1,2533	1,2889	1,1453
1998	1,7592	1,3484	26,258	22,128	2,9142	23,297	121,414	1,1884	1,1070	0,9445
Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... WE) 2)										
1999	1,0658	121,32	7,4355	8,8075	0,65874	8,3104	1,6003	1,5840	1,6523	2,0145
2000	0,9236	99,47	7,4538	8,4452	0,60948	8,1129	1,5579	1,3706	1,5889	2,0288
2001	0,8956	108,68	7,4521	9,2551	0,62187	8,0484	1,5105	1,3864	1,7319	2,1300
2002	0,9456	118,06	7,4305	9,1611	0,62883	7,5086	1,4670	1,4838	1,7376	2,0366
2003	1,1312	130,97	7,4307	9,1242	0,69199	8,0033	1,5212	1,5817	1,7379	1,9438
2003 Jan.	1,0622	126,12	7,4324	9,1733	0,65711	7,3328	1,4621	1,6364	1,8218	1,9648
Febr.	1,0773	128,60	7,4317	9,1455	0,66977	7,5439	1,4674	1,6299	1,8112	1,9457
März	1,0807	128,16	7,4274	9,2265	0,68255	7,8450	1,4695	1,5943	1,7950	1,9497
April	1,0848	130,12	7,4255	9,1541	0,68902	7,8317	1,4964	1,5851	1,7813	1,9700
Mai	1,1582	135,83	7,4246	9,1559	0,71322	7,8715	1,5155	1,6016	1,7866	2,0083
Juni	1,1663	138,05	7,4250	9,1182	0,70224	8,1619	1,5411	1,5798	1,7552	2,0069
Juli	1,1372	134,99	7,4332	9,1856	0,70045	8,2893	1,5476	1,5694	1,7184	1,9386
Aug.	1,1139	132,38	7,4322	9,2378	0,69919	8,2558	1,5400	1,5570	1,7114	1,9137
Sept.	1,1222	128,94	7,4273	9,0682	0,69693	8,1952	1,5474	1,5330	1,6967	1,9227
Okt.	1,1692	128,12	7,4301	9,0105	0,69763	8,2274	1,5485	1,5489	1,6867	1,9446
Nov.	1,1702	127,84	7,4370	8,9939	0,69278	8,1969	1,5590	1,5361	1,6337	1,8608
Dez.	1,2286	132,43	7,4419	9,0228	0,70196	8,2421	1,5544	1,6131	1,6626	1,8982
2004 Jan.	1,2613	134,13	7,4481	9,1368	0,69215	8,5925	1,5657	1,6346	1,6374	1,8751
Febr.	1,2646	134,78	7,4511	9,1763	0,67690	8,7752	1,5734	1,6817	1,6260	1,8262
März	1,2262	133,13	7,4493	9,2346	0,67124	8,5407	1,5670	1,6314	1,6370	1,8566
April	1,1985	129,08	7,4436	9,1653	0,66533	8,2976	1,5547	1,6068	1,6142	1,8727
Mai	1,2007	134,48	7,4405	9,1277	0,67157	8,2074	1,5400	1,6541	1,7033	1,9484
Juni	1,2138	132,86	7,4342	9,1430	0,66428	8,2856	1,5192	1,6492	1,7483	1,9301
Juli	1,2266	134,08	7,4355	9,1962	0,66576	8,4751	1,5270	1,6220	1,7135	1,8961
Aug.	1,2176	134,54	7,4365	9,1861	0,66942	8,3315	1,5387	1,6007	1,7147	1,8604
Sept.	1,2218	134,51	7,4381	9,0920	0,68130	8,3604	1,5431	1,5767	1,7396	1,8538

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Devisenkurse aus Australien bzw. Neuseeland; für Neuseeland errechnet aus Kursen per Mitte und Ende der Monate. — 2 Die EZB veröffentlicht täglich Euro-Referenzkurse, die auf

Grundlage der Konzertation zwischen den Zentralbanken um 14.15 Uhr ermittelt werden. Weitere Euro-Referenzkurse der EZB siehe: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 5, Devisenkursstatistik.

12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU *)
sowie Euro-Umrechnungskurse

Durchschnitt im Jahr	Frankreich 100 FRF	Italien 1 000 ITL	Niederlande 100 NLG	Belgien/ Luxemburg 100 BEF/LUF	Österreich 100 ATS	Spanien 100 ESP	Finnland 100 FIM	Irland 1 IEP	Portugal 100 PTE	Griechenland 100 GRD / 1 EUR 2)	ECU-Werte 1) 1 ECU
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse in DEM											
1991	29,409	1,3377	88,742	4,857	14,211	1,597	41,087	2,671	1,149	0,9103	2,05076
1992	29,500	1,2720	88,814	4,857	14,211	1,529	34,963	2,656	1,157	0,8178	2,02031
1993	29,189	1,0526	89,017	4,785	14,214	1,303	28,915	2,423	1,031	0,7213	1,93639
1994	29,238	1,0056	89,171	4,8530	14,214	1,2112	31,108	2,4254	0,9774	0,6683	1,92452
1995	28,718	0,8814	89,272	4,8604	14,214	1,1499	32,832	2,2980	0,9555	0,6182	1,87375
1996	29,406	0,9751	89,243	4,8592	14,214	1,1880	32,766	2,4070	0,9754	0,6248	1,90954
1997	29,705	1,0184	88,857	4,8464	14,210	1,1843	33,414	2,6297	0,9894	0,6349	1,96438
1998	29,829	1,0132	88,714	4,8476	14,213	1,1779	32,920	2,5049	0,9763	0,5952	1,96913
1999	325,76	.
2000	336,63	.
Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse (1 EUR = ... WE) 3)											
	6,55957	1936,27	2,20371	40,3399	13,7603	166,386	5,94573	0,787564	200,482	4) 340,750	5) 1,95583

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Nach Mitteilungen der Europäischen Kommission. — 2 Bis 1998 reziproke Werte der von der Bank of Greece veröffentlichten Devisenkurse für die D-Mark; ab 1999 Euro-Referenzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

renzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

X. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse *) für den Euro und ausgewählte fremde Währungen

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				EWK-42 2)		19 Industrieländer 5)		49 Länder 6)		Effektive nominale Wechselkurse ausgewählter fremder Währungen gegenüber den Währungen von 19 Industrieländern 3) 5)			
	EWK-23 1)		Real, auf Basis des Preisindex des Bruttoinlandsprodukts 7)		Nominal	Real, auf Basis der Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft 7)	auf Basis der Preisdeflatoren des Gesamtumsatzes 7)	auf Basis der Verbraucherpreise	US-Dollar	Pfund Sterling	Japanischer Yen			
	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreise	Real, auf Basis des Preisindex des Bruttoinlandsprodukts 7)	Real, auf Basis der Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft 7)										
1999	95,9	95,9	95,8	96,1	96,5	95,8	97,8	98,2	97,7	100,8	102,3	105,1		
2000	86,1	86,0	85,6	85,3	87,9	85,8	91,7	92,8	91,2	105,4	105,2	117,9		
2001	86,7	86,8	86,7	85,1	90,4	87,0	91,9	93,2	91,5	112,0	103,6	106,7		
2002	89,2	90,3	90,2	88,2	94,8	90,8	93,0	94,2	92,6	110,7	104,2	100,8		
2003	99,9	101,7	101,5	99,3	106,6	101,6	96,7	97,9	97,2	97,7	99,2	99,9		
1999 1.Vj.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		
2.Vj.	96,2	96,2	96,2	96,7	96,4	96,0	98,5	98,6	98,0	102,8	102,8	99,0		
3.Vj.	94,8	94,8	94,6	94,7	95,5	94,6	97,0	97,8	97,2	101,4	102,3	106,2		
4.Vj.	92,9	92,7	92,5	93,0	94,3	92,8	95,6	96,4	95,8	99,1	104,1	115,2		
2000 1.Vj.	89,5	89,3	88,9	88,3	91,0	89,1	93,6	94,8	93,4	101,5	106,4	114,9		
2.Vj.	86,5	86,4	86,1	85,9	88,2	86,2	91,9	92,8	91,4	104,3	105,4	118,4		
3.Vj.	85,1	85,1	84,6	84,5	87,0	84,8	91,3	92,1	90,3	106,2	103,9	119,2		
4.Vj.	83,2	83,3	82,9	82,6	85,5	83,1	90,1	91,5	89,5	109,4	105,0	119,2		
2001 Jan.	88,9	88,6	.	.	91,3	88,2	.	93,9	92,2	107,7	102,4	108,3		
Febr.	88,0	87,7	88,1	86,3	90,5	87,6	92,7	93,7	92,0	108,8	102,0	109,9		
März	87,8	87,8	.	.	90,8	87,8	.	93,8	92,0	111,5	102,9	106,0		
April	86,9	87,0	.	.	90,3	87,2	.	93,4	91,8	113,0	103,7	104,9		
Mai	85,2	85,3	85,3	83,8	88,6	85,5	91,3	92,7	90,6	113,1	104,3	107,5		
Juni	83,8	83,9	.	.	87,3	84,2	.	92,1	89,9	114,1	104,4	108,3		
Juli	84,6	84,7	.	.	88,4	85,1	.	92,4	90,5	114,3	104,9	105,8		
Aug.	87,1	87,2	86,4	84,7	91,2	88,6	91,4	93,5	91,8	111,6	103,0	106,4		
Sept.	87,6	87,9	.	.	92,0	87,5	.	93,4	92,2	110,7	103,8	108,2		
Okt.	87,4	87,8	.	.	92,1	88,5	.	93,5	92,0	111,8	103,7	106,2		
Nov.	86,1	86,5	87,2	85,9	90,6	86,9	92,0	92,9	91,1	113,3	104,0	106,3		
Dez.	86,7	87,4	.	.	91,0	87,5	.	93,5	91,6	114,1	104,3	102,1		
2002 Jan.	86,5	87,4	.	.	90,7	87,2	.	93,6	91,2	116,4	104,9	98,3		
Febr.	85,7	86,6	86,9	84,9	90,1	86,5	92,2	93,2	90,9	117,3	105,3	98,2		
März	85,7	86,8	.	.	90,3	86,7	.	93,2	90,9	116,1	104,6	99,8		
April	86,1	87,1	.	.	90,7	87,0	.	93,1	90,6	115,3	105,2	99,4		
Mai	87,7	88,8	88,6	86,7	92,8	89,0	92,6	93,7	91,6	112,0	103,5	101,2		
Juni	89,8	90,9	.	.	95,5	91,5	.	94,6	92,9	109,0	101,9	101,7		
Juli	91,2	92,4	.	.	97,5	93,4	.	95,0	94,0	106,0	103,5	104,3		
Aug.	90,7	91,9	92,0	90,0	96,9	92,8	93,4	94,6	93,6	107,3	103,5	104,3		
Sept.	90,7	92,1	.	.	97,2	93,1	.	94,6	93,5	107,6	104,7	102,5		
Okt.	91,1	92,5	.	.	97,7	93,5	.	94,8	94,0	108,5	105,0	99,8		
Nov.	91,9	93,1	93,3	91,2	98,5	94,0	93,9	95,0	94,0	106,8	104,3	100,8		
Dez.	92,9	94,3	.	.	99,6	95,1	.	95,5	94,5	106,0	104,0	99,6		
2003 Jan.	95,3	96,8	.	.	102,3	97,6	.	96,2	95,5	103,0	102,6	100,4		
Febr.	96,6	98,2	97,6	95,6	103,7	99,0	95,6	96,8	96,4	102,2	101,2	99,2		
März	97,4	99,0	.	.	104,4	99,5	.	97,0	96,5	101,4	99,3	99,8		
April	97,9	99,5	.	.	104,6	99,5	.	97,2	96,4	101,4	98,7	98,6		
Mai	101,8	103,5	102,4	100,2	108,5	103,2	97,3	98,8	98,1	96,7	96,9	97,7		
Juni	102,2	104,2	.	.	108,8	103,7	.	99,0	98,3	96,1	98,9	96,3		
Juli	101,0	102,8	.	.	107,2	102,2	.	98,4	97,5	97,8	98,5	97,3		
Aug.	99,8	101,8	101,9	100,2	106,0	101,2	96,8	98,0	96,9	99,1	98,1	98,3		
Sept.	99,6	101,7	.	.	105,9	101,1	.	97,6	96,8	97,2	98,2	101,1		
Okt.	101,3	103,3	.	.	108,0	103,0	.	98,2	97,6	93,3	98,8	103,7		
Nov.	101,2	103,3	104,2	101,4	108,0	102,9	96,9	98,2	97,7	93,0	99,5	103,9		
Dez.	104,2	106,2	.	.	111,2	105,9	.	99,2	99,1	90,6	99,5	102,9		
2004 Jan.	105,4	107,4	.	.	112,5	106,9	.	99,7	99,6	88,9	101,6	102,9		
Febr.	105,3	107,3	106,8	103,9	112,3	106,8	97,9	99,4	99,4	89,3	104,1	102,4		
März	103,4	105,5	.	.	110,2	104,7	.	98,9	98,5	90,9	104,2	102,1		
April	101,6	103,7	.	.	108,3	103,0	.	98,5	97,7	91,8	104,3	104,0		
Mai	102,4	104,4	104,4	101,1	109,5	104,1	96,7	98,8	98,4	93,4	103,7	100,0		
Juni	102,3	104,2	.	.	109,6	104,0	.	98,5	98,1	91,9	104,9	101,6		
Juli	102,8	104,7	.	.	110,1	104,3	.	99,0	98,3	90,9	105,0	101,2		
Aug.	102,6	104,8	109,9	104,4	96,8	99,2	98,5	91,3	104,6	100,5		
Sept.	103,0	105,2	.	.	110,3	104,7	.	99,4	98,4	90,7	102,8	100,8		

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Malta, Norwegen, Polen, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Slowenien, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten und Zypern. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Soweit die Verbraucherpreise noch nicht vorlagen, sind Schätzungen angegeben. Zur Erläuterung der Methode siehe: EZB, Monatsbericht, September 2004, S. 78 ff. sowie Occasional Paper Nr. 2 der EZB, das von der Website der EZB (www.ecb.int) heruntergeladen werden kann. — 2 Berechnungen der EZB.

Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der EWK-23-Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Indien, Indonesien, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Rumänien, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand und Türkei. — 3 Berechnung methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff.). Im Unterschied zur Fußnote 1 beruhen die verwendeten Gewichte auf dem entsprechenden Handel im Zeitraum 1995 bis 1997. — 4 Rückgang der Werte bedeutet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 5 EWU-Länder sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. — 6 EWU-Länder sowie EWK-42-Länder außer Bulgarien, Lettland, Litauen und Malta. — 7 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder Zip-Diskette über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2003 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2004 beigefügte Verzeichnis.

November 2003

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2003

- Zur Währungsverfassung nach dem Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union

Dezember 2003

- Bericht zur Stabilität des deutschen Finanzsystems
- Das deutsche Bankensystem im Stresstest

Januar 2004

- Der Euro und die Preise: zwei Jahre später
- Zahlungsverkehrsüberwachung – ein Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems und zur Effizienz des Zahlungsverkehrs
- Die neue EWU-Zinsstatistik – Methodik zur Erhebung des deutschen Beitrags

Februar 2004

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2003/2004

März 2004

- Öffentliche Finanzen in der Krise – Ursachen und Handlungserfordernisse
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2003

April 2004

- Neuere Entwicklungen am Markt für Unternehmensanleihen
- Instrumente zum Kreditrisikotransfer: Einsatz bei deutschen Banken und Aspekte der Finanzstabilität
- Zur Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologie

Mai 2004

- Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die deutsche Wirtschaft

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2004

Juni 2004

- Geldpolitik unter Unsicherheit
- Die Kaufkraftparitätentheorie als Konzept zur Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit
- Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2003

Juli 2004

- Finanzielle Entwicklung und Perspektiven der gesetzlichen Krankenversicherung
- Zur Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte
- Erste Erfahrungen mit dem neuen geldpolitischen Handlungsrahmen und der Beitrag der Bundesbank zur Liquiditätssteuerung des Eurosystems

August 2004

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2004

September 2004

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2003
- Mehr Flexibilität am deutschen Arbeitsmarkt
- Die Bonitätsanalyse von Wirtschaftsunternehmen durch die Deutsche Bundesbank
- Neue Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute (Basel II)

Oktober 2004

- Bericht zur Stabilität des deutschen Finanzsystems
- Stresstests bei deutschen Banken – Methoden und Ergebnisse

Statistische Beihefte zum Monatsbericht¹⁾

- 1 Bankenstatistik (monatlich)
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Sonderveröffentlichungen

Die Geldpolitik der Bundesbank, Oktober 1995²⁾

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996³⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997³⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999³⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003³⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Februar 2004

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensystematik, Juli 2004⁴⁾

2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, September 2004³⁾⁵⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Januar 2000³⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2003, September 2004

5 Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971 bis 1996, März 1999¹⁾

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen für 1998 bis 2000, März 2003¹⁾

7 Erläuterungen zu den Leistungspositionen der Zahlungsbilanz, September 2001³⁾

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾

9 Wertpapierdepots, September 2004

10 Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Mai 2004¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2004

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2004³⁾

○ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Sonderveröffentlichung ist in verschiedenen Auflagen auch in französischer, spanischer, russischer und chinesischer Sprache verfügbar.

3 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

4 Nur die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Auslandsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellarische Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte) sind in englischer Sprache erhältlich.

5 Nur im Internet vierteljährlich aktualisiert verfügbar.

Diskussionspapiere^{*)}

Serie 1:

Volkswirtschaftliches Forschungszentrum

20/2004

Financial constraints for investors and the speed of adaptation: Are innovators special?

21/2004

How effective are automatic stabilisers? Theory and empirical results for Germany and other OECD countries

22/2004

Asset Prices in Taylor Rules: Specification, Estimation and Policy Implications for the ECB

23/2004

Financial Liberalization and Business Cycles: The Experience of Countries in the Baltics and Central Eastern Europe

24/2004

Towards a Joint Characterization of Monetary Policy and the Dynamics of the Term Structure of Interest Rates

25/2004

How the Bundesbank really conducted monetary policy: An analysis based on real-time data

26/2004

Real-time Data for Norway: Challenges for Monetary Policy

27/2004

Do Consumer Confidence Indexes Help Forecast Consumer Spending in Real Time?

28/2004

The use of real-time information in Phillips curve relationships for the euro area

29/2004

The reliability of Canadian output gap estimates

Serie 2:

Banken und Finanzaufsicht

1/2003

Measuring the Discriminative Power of Rating Systems

2/2003

Credit Risk Factor Modeling and the Basel II IRB Approach

1/2004

Forecasting Credit Portfolio Risk

2/2004

Systematic Risk in Recovery Rates – An Empirical Analysis of US Corporate Credit Exposures

3/2004

Does capital regulation matter for bank behaviour? Evidence for German savings banks

4/2004

German bank lending during emerging market crises: A bank level analysis

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Februar 2001³⁾

2a Grundsatz I über die Eigenmittel der Institute, Januar 2001³⁾

2b Grundsatz II über die Liquidität der Institute, August 1999³⁾

7 Merkblatt für die Abgabe der Groß- und Millionenkreditanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG, September 1998

* Frühere Diskussionspapiere sind – zum Teil als Zusammenfassungen – im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.